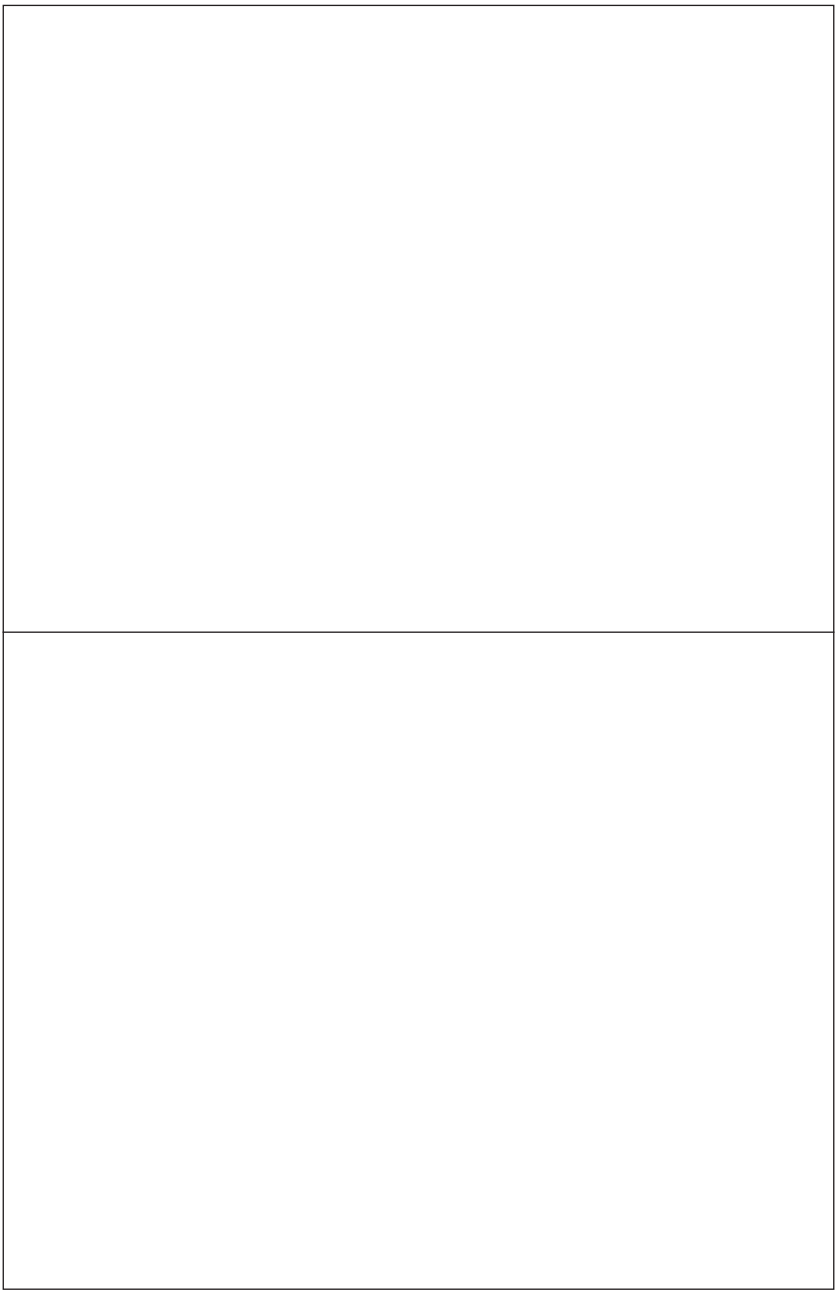
Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

21. Jahrgang 2009

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY



https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

21. Jahrgang 2009

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
herausgegeben von Birgit Bublies-Godau,
Monika Faßbender, Hans-Georg Fleck, Jürgen Frölich,
Hans-Heinrich Jansen und Beate-Carola Padtberg

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Anschrift der Redaktion:

c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

e-mail: juergen.froelich@freiheit.org

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://www.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8329-4797-2

1. Auflage 2009
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Themenschwerpunkt
»Erinnerungsorte des Liberalismus – liberale Erinnerungsorte in Deutschland«

Ralf Roth
Frankfurt am Main als Erinnerungsort des Liberalismus 7

Beate-Carola Padtberg
Hambach – Erinnerungsort aus dem südwestdeutschen Vormärz 29

Henning Pahl
Rastatt als Erinnerungsort der deutschen Freiheitsbewegung im 19. Jahrhundert 55

Jürgen Frölich
Erinnerungsorte der Liberalen und liberale Erinnerungsorte in Berlin. Spurensuche zur liberalen Erinnerungskultur an einem deutschen »Machtort« 72

Horst Sassin
Liberale Erinnerungsorte in Hamburg – Ausschnitte aus dem 20. Jahrhundert 91

Weitere Beiträge

Philipp Erbentraut
Karl Rosenkranz als Parteienforscher 121

Andreas Pehnke
Das Engagement liberaler Pädagogen im »Verein zur Abwehr des Antisemitismus« und seine Fortwirkungen 143

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Matthias Weippert
»Verantwortung für das Allgemeine«? Bundespräsident Heuss und die FDP 1949-1956 165

Hans-Heinrich Jansen
Unterwegs zur Einheit? Anmerkungen zur Deutschlandpolitik der FDP 1969-1982 199

Forum

Philippe Alexandre
Liberalismus und liberale Erinnerungskultur in Frankreich – Überlegungen zu einer paradoxen Situation 223

Stephanie Zibell
»... habe mich soeben durch eine kräftige Schädeldouche zu einer Unterhaltung mit Ihnen gestärkt«. – Von aufmüpfigen Dichtern, demokratischen Ideen und der Bedeutung der Kur für die 1848er Revolution. Eine (fast durchgängig) ernste Betrachtung 249

Christian Blasberg
Das Erbe Luigi Einaudis. Italiens Suche in der Vergangenheit nach Ikonen für die Gegenwart 263

Interdisziplinäres Graduierten-Kolleg der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 286

Autorenverzeichnis 289

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Beiträge

Ralf Roth

Frankfurt am Main als Erinnerungsort des Liberalismus

Einleitung

Frankfurt am Main hält etwas auf seine liberale Tradition – zu Recht, denn auch im engeren politischen Verständnis ist die Stadt ein zentraler Erinnerungsort des Liberalismus, wenn nicht der Erinnerungsort der liberalen Freiheitsbestrebungen in Deutschland. Dabei ist zwischen »Erinnerung der« und »Erinnerung an« zu unterscheiden. Erinnerungsmonumente in beiderlei Kontext zeichnen sich gemeinsam dadurch aus, bestimmte Handlungen oder Ereignisse – durchaus auch Niederlagen – auf dem Weg, den die politische Zielsetzung wies, vor dem Vergessen zu bewahren. Dieses Bestreben wird in der Regel mit einem Ort, Platz, besser noch mit einem Gegenstand verbunden, der als materielles Symbol für das ansonsten nur ideell begreifbare Ereignis dient. Die Tat, Aktion, das Ereignis wird so im übertragenen Sinn zu einem »Meilenstein« der Bewegung auf dem ideellen Weg zu ihrem Ziel oder ihrer politischen »Verortung« und allgemein als Erinnerungsbezug. Die Stadt Frankfurt ist reich an solchen Erinnerungs-»stücken« der liberalen Bewegung. Das reicht von Denkmälern, Gebäuden bis hin zu Straßennamen wie etwa die Erinnerung an die liberalen Oberbürgermeister Johannes Miquel, Franz Adickes und Ludwig Landmann oder die prominenten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Leopold Sonnemann und Willy Carl von Rothschild mit fein nuancierter Hierarchie, die aus der Lage und Prominenz der Straße resultiert.

Im Folgenden werden einige wichtige Denkmäler vorgestellt und dabei jeweils die Umstände ihrer Entstehung, die Akteure und ihre Motive dargestellt. In diese Kette werden auch die Denkmäler mit einbezogen, die bereits vor der Entstehung der liberalen Bewegung an zentrale Inhalte einer liberalen politischen Zielsetzung erinnerten. Tatsächlich schlug sich das Streben nach Recht und Freiheit bereits vor dem Beginn der liberalen Bewegung in überraschend eindeutigen Erinnerungsmonumenten im städtischen Raum nieder.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Das resultierte aus dem Umstand, dass Frankfurt kein Machtzentrum im politischen Sinne gewesen war, sondern eine verwundbare kleine Stadtrepublik, deren Sicherheit von den schwachen Kaisern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nicht immer garantiert werden konnte.

In diesem Zusammenhang ist als erstes der Gerechtigkeitsbrunnen mit der Justitia zu nennen. Beginnen wir mit dem Recht. Zweifellos gehören Recht und eine von Rechtsnormen bestimmte Gesellschaft zu den Fundamenten liberaler Überzeugung und politischer Tradition. Frankfurt verfügt hier mit dem Gerechtigkeitsbrunnen über ein Denkmal, das an das Privileg der städtischen Gerichtsbarkeit erinnert. Mit dem Stadtschultheißenamt hatte die Stadt bereits im Mittelalter eine weitgehende Souveränität in ihrer Gerichtspraxis erhalten. Die Gerichte setzten sich aus Mitgliedern der Senatoren, Schöffen und als Vertreter des Kaisers eben dem Stadtschultheißen zusammen. Bei dem Brunnen, der zur Mitte des 16. Jahrhunderts entstand, handelt es sich um einen Figurenbrunnen mit einer Statue der Göttin Justitia, die im Gegensatz zu den meisten Darstellungen nicht die Augen verbunden hat. Die Fontänen des Brunnens symbolisieren Fruchtbarkeit und entspringen vier Quellnymphen, die an den Ecken des Sockels postiert sind. Zu den Kaiserkrönungen floss roter und weißer Wein auf Kosten des neuen Kaisers aus dem achteckigen Brunnen. Dieser entstand 1611 in rotem Sandstein anstelle eines Vorläuferbaus, der schon seit 1543 bestanden hatte. Die damalige Brunnenfigur war von dem Bildhauer Johann Kocheisen aus Sandstein geschaffen und von dem Frankfurter Maler Philipp Uffenbach bunt bemalt worden. Im Laufe der Zeit verwitterte die Figur der Justitia zunehmend, so dass sie 1872 abgebaut werden musste. 1887 stiftete der Frankfurter Weinhändler Gustav Manskopf eine neue Justitia, diesmal in Bronze. Der Brunnen steht noch heute an seinem Platz vor dem Rathaus. Der Ort erinnert an die für Jahrhunderte gültige nicht ganz unproblematische Einheit von Exekutive und Judikative, also Rat und Gerichte. Die fehlende Gewaltenteilung bildete im Vormärz eine zentrale Kritik der liberalen Bewegung an der reichsstädtischen Verfassung der Stadt, die am Begin des 19. Jahrhunderts von der Constitutions-Ergänzungs-Akte übernommen worden war. So konnte sich die liberale Bewegung nicht ungebrochen auf dieses Monument beziehen, sondern wahrte lange Zeit eine kritische Distanz. Trotz dieser Ambivalenz bildet das Symbol für Recht und Gerechtigkeit einen anhaltend starken Bezugspunkt für die liberale Stadt.

Neben Gerechtigkeit bildet Freiheit einen zentralen Topos der liberalen Bewegung. Wie schnell sie bei Machtlosigkeit verloren geht, bekam Frankfurt wiederholt und nicht zuletzt im Siebenjährigen Krieg und den Auseinandersetzungen zwischen Frankreich, Preußen und dem Habsburger Reich zu spüren, als die Stadt 1759 von den Franzosen für mehrere Jahre besetzt wurde.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Bürger fügten sich nicht mit Begeisterung in die neuen Zwangsverhältnisse. Gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen blieb ihnen jedoch nur ein symbolischer und subtil versteckter Protest. Eine hygienische Baumaßnahme, die Umwandlung eines Ziehbrunnens, des Freythoffbrunnens, in einen Pumpenbrunnen, bot Gelegenheit, auf die schmucklose Steinsäule eine Statue zu setzen, die mit zersprengter Kette und Hut als Symbolen der Unabhängigkeit versehen, die Göttin der Freiheit darstellte. Aus dem Freythoffbrunnen wurde auf diese Weise und mit einer um eine Nuance veränderten Aussprache der Freiheitsbrunnen.
Das Denkmal hat zwar bis heute überlebt, seine Bedeutung geriet jedoch im 20. Jahrhundert beinahe in Vergessenheit. Der Brunnen fristete in den 1980er Jahren auf einem Bauhof ein recht tristes Dasein, wurde dann im Zuge der 1200-Jahr-Feier von 1994 restauriert, bei der Feier ausgestellt und wieder in den öffentlichen Raum der Stadt entlassen. Doch die Odyssee war mit seiner Einweihung auf dem Hühnermarkt noch nicht zu Ende. Der Brunnen wurde von einem Platz zum anderen verschoben, bis er vor ein paar Jahren wieder unbeachtet in der kleinen Grünanlage am Weckmarkt landete, was nicht gerade von einem sicheren Umgang mit den Freiheitsmonumenten einer ihre Liberalität stets betonenden Stadt zeugt.[1]

Aus einem ganz ähnlichen Anlass entstand ein zweites Denkmal gegen eine andere militärische Besetzung der Stadt, das sich gegen die Revolutionskriege und den Einzug von General Adam Philipp Custine im Jahre 1792 richtete. Der Besetzung folgten Kontributionsforderungen, die von dem Versuch Custines begleitet waren, die Frankfurter Bürger in eine Aristokratie und ein zu befreiendes Volk, welches sein Haupt »unter das entehrende Joch des Despotismus« krümmt, auseinanderzudividieren. Damals wiesen die Handwerker unter Verweis auf die republikanische Verfassung der Stadt den Versuch des Generals energisch zurück: »Sie wollen uns für Bedrückung schützen, von der Frankfurts Bürger Gottlob! nichts wissen, und noch weniger sie fühlen; Sie wollen uns eine Freiheit versichern, die wir schon genießen.«[2] Entsprechend dankbar war die Bürgerschaft, als die Besetzung der Stadt nach nur sechs Wochen am 2. Dezember 1792 mit dem Einzug der hessischen und preußi-

1 Vgl. Ralf Roth: Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760 bis 1914. München 1996, S. 13 ff. u. Ralf Roth: Frankfurt am Main von der Französischen Revolution bis zum Ende der Freien Stadt im Jahre 1866. Bd. 3 der Geschichte der Stadt Frankfurt am Main (erscheint demnächst). Zur aktuellen Diskussion um den Freiheitsbrunnen vgl. Jürgen Walburg: Gebt dem Freiheitsbrunnen seinen Frieden! In: Frankfurter Neue Presse v. 26. August 2008.

2 Die Bürger von Frankfurt an den Fränkischen Bürger und General Herrn Custine am 5. November 1792, Frankfurt am Main 1792. Institut für Stadtgeschichte (Frankfurt am Main), Nachlass Leonhardi S 1/165, Kistchen 4.II.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schen Truppen endete.[3] An diesen Akt der Befreiung erinnert das »Hessendenkmal« vor dem Friedberger Tor, das 1793 errichtet wurde.
Das Denkmal ist vom Charakter her weniger ein Freiheits- als ein Kriegerdenkmal. Auch waren es nicht die Bürger, sondern der preußische König, der das Denkmal stiftete. Auf einem Würfel mit einer Einfassung von schwarzem geschliffenem Marmor wurden an den Seiten vier metallene Tafeln angebracht, auf denen an die gefallenen Hessen erinnert wurde. Auf der Oberfläche des Würfels arrangierte der Künstler Symbole des Kriegs und des Kampfes aus der griechischen Mythologie zu einem einprägsamen Arrangement. Es setzt sich aus Aries dem Sturmbock zusammen, über dem die Haut des Nemäischen Löwen mit herabhängendem Kopf ausgebreitet liegt. Schild und Helm als Sinnbilder der Verteidigung sowie die Keule des Herkules ruhen auf der Löwenhaut. Diese Skulpturengruppe und die Tafeln wurden aus eroberten französischen Kanonen und Haubitzen gegossen.[4] Das Denkmal bildete am Ende der Befreiungskriege einen Bezugspunkt für die frühliberale Bewegung. Johann Friedrich vom Stein, der Bruder von Heinrich Friedrich Karl, hielt vor dem Hessendenkmal ganz passend eine Rede zur Wiedererlangung der Souveränität der Stadt. Ganz im Kontext der Befreiungskriege standen dann auch die ersten Erinnerungsfeiern der frühliberalen Bewegung – und die Erinnerung, dass Freiheit unter Umständen der Wehrhaftigkeit bedarf. Dass man das Denkmal Vertretern des Ancién Regimes und dann auch noch einem preußischen Prinzen zu verdanken hatte, verhinderte allerdings seine problemfreie Einordnung in die liberalen Erinnerungskultur.

2. *Frankfurt als Erinnerungsort der liberalen Bewegung*

Erinnerungsfeiern an die Befreiungskriege

Erstmals kam es 1814 nach den militärischen Erfolgen im Befreiungskrieg gegen Napoleon zu größeren Nationalfeiern. Die entscheidende Anregung kam von Ernst Moritz Arndt und seiner im September 1814 in Frankfurt am Main publizierten Flugschrift »Ein Wort über die Feier der Leipziger Schlacht«. Kurz zuvor hatten sich deutsche Patrioten in Rödelheim getroffen. Darunter befanden sich die Brüder Welcker und der Butzbacher Rektor Friedrich Ludwig Weidig, der später mit Georg Büchner den radikaldemokratischen »Oberhessischen Volksboten« herausgeben sollte, sowie der Rödelhei-

3 Isidor Kracauer: Frankfurt am Main und die Französische Revolution 1789–1792. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 9, 3. F., 1907, S. 211–298, hier S. 263.
4 Vgl. Erwin Kleinstück: Franfurt und Stein. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 41, 1953, S. 79–113, hier S. 107. Zum Denkmal vgl. auch den Artikel in dem Ausstellungskatalog Lothar Gall (Hrsg.): FFM 1200. Traditionen und Perspektiven einer Stadt. Ausstellungskatalog. Bearb. v. Ralf Roth. Sigmaringen 1994, S. 207.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mer Karl Hoffmann.[5] Die Feiern, die am 19. Oktober 1814 stattfanden, können als erstes Nationalfest angesehen werden und als ein erster Schritt zur Herausbildung einer auf die Nation bezogenen politischen Bürgerkultur. Als deutliche Zeichen dieser Feste brannten in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 1814 unzählige Feuer auf Bergen und Anhöhen unter einem sternenklaren Himmel und tauchten ganze Landstriche in ein Feuermeer. In Frankfurt hatte sich, anders als sonst, wo von Vereinen die Initiative ausging, der Senat der Sache angenommen und eine Deputation gebildet. In Kirchen und Synagogen fanden Dankgottesdienste statt. Die Stadt war geschmückt, Textbänder erinnerten und erläuterten die nationale Dimension der Völkerschlacht. Die Casinogesellschaft und andere gerade gegründete Vereine veranstalteten Bälle. Die Stadt- und Wachtürme waren festlich beleuchtet und ein großes Feuer loderte auf dem Feldberg.[6] Es wurde jedoch kein Denkmal errichtet, sondern nur in dem von Karl Hoffmann 1815 herausgegebenen und mehr als tausend Seiten starken Band mit Berichten über die Feiern vom 17. bis zum 19. Oktober 1814 an den Festakt erinnert.[7] Damals glaubten noch viele an eine rasche Verbreitung liberaler Ideen, in deren Geist ein neues Deutschland rasch errichtet werden könne. Doch fünf Jahre später setzte bereits die Restaurationszeit ein, die erst Anfang der 1830er Jahre endete.

Feiern und Denkmalserrichtungen im Vormärz

Mit der neuen liberaldemokratischen Bewegung entstanden auch wieder Erinnerungsorte wie das Fest in Hambach von 1832, das wie ein Fanal wirkte.[8] In Frankfurt entstand der Preß- und Vaterlandsverein und mit ihm nahm die Bewegung der Demokraten und Liberalen einen beträchtlichen Aufschwung. Eines ihrer Kennzeichen waren eine Reihe demokratischer Feste, bei denen versucht wurde, kulturelle Großereignisse in politische Demonstrationen umzumünzen und den öffentlichen Raum mit Denkmälern einer erneuerten modernen Bürgerkultur auszustatten. Dazu gehörten das Sängerfest von 1838,

5 Vgl. Dieter Düding: Das deutsche Nationalfest von 1814. Matrix der deutschen Nationalfeste im 19. Jahrhundert. In: Dieter Düding, Peter Friedemann, Paul Münch (Hrsg.): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Reinbek 1988, S. 67–88, hier S. 80.

6 Jürgen Steen: Frankfurter Nationalfeste des 19. Jahrhunderts. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 64, 1998, S. 267–292, hier S. 268 f.

7 Des Teutschen Volkes feuriger Dank- und Ehrentempel oder Beschreibung, wie das aus zwanzigjähriger französischer Sklaverei durch Fürsten-Eintracht und Volkskraft gerettete Teutsche Volk die Tage der entscheidenden Völker- und Rettungsschlacht bei Leipzig am 18. und 19. Oktober 1814 zum erstenmale gefeiert hat. Offenbach 1815.

8 Vgl. Cornelia Foerster: Das Hambacher Fest 1832. Volksfest und Nationalfest einer oppositionellen Massenbewegung. In: Düding, Friedemann, Münch: Öffentliche Festkultur (wie Anm. 5), 113–131, hier S. 113 f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die Gutenbergfeier von 1840, die Goethefeier von 1844, die Schillerfeier von 1859 und das Bundesschießen von 1862.[9]

Im Juli 1838 fand in Frankfurt ein Sängerfest statt, das als das erste große vormärzliche Nationalfest im Vormärz in Frankfurt bezeichnet werden kann. Die Feste waren nun, im Gegensatz zu den Feiern im Gefolge der Befreiungskriege, eindeutig Oppositionsfeste und erinnerten aus unterschiedlichen Anlässen an die ausstehende Verfassung und fehlende Einheit der Nation. Auch konterkarierten sie das Verbot von politischen Nationalfesten.[10] Heinrich Hoffmann, der Verfasser des »Struwwelpeter« und einer der Initiatoren des Sängerfests erinnerte sich noch in hohem Alter mit großer Begeisterung an die Feier: »Dieses Fest war das erste derartig allgemeine in Deutschland.« Sein Freund und Logenbruder Wilhelm Speyer hatte die Idee, zusammen überzeugten sie den Frankfurter Liederkranz und in kurzer Zeit entstand »ein Komitee von 44 Personen«, dem »Sänger(n) und Nichtsänger(n)« angehörten.[11] Der Termin des Sängerfestes war nicht zufällig auf den Juli 1838 gelegt worden. Die Initiatoren wollten damit an die Julirevolution, die »für die Regierungen so verhängnisvollen Tage«, wie es ein weiterer Initiator, Heinrich Weismann in einem Rückblick von 1861 formulierte.[12] Der äußere Anlass des Festes war die Einrichtung einer Mozartstiftung zur Unterstützung musikalischer Talente. Unter dem Mantel dieses Einweihungsaktes sollte ein jedoch eigentlich ein nationales Fest stattfinden. Die Veranstaltung musste zuvor vom Senat erlaubt werden und war bis in alle Details mit ihm abgesprochen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dem Senat seit Beginn der dreißiger Jahre auch Liberale mit demokratischer Gesinnung angehörten.

Die gleichzeitige Ankunft festlich geschmückter Schiffe am 28. Juli im Frankfurter Hafen am Fahrtor lockte die Einwohner an. Über 800 Mitglieder von zahlreichen Chören sangen später auf einer im Frankfurter Wald errichteten Tribüne das Vaterlandslied von Arndt, mit dem die Begeisterung des Publikums den Höhepunkt erreichte. Beim Bankett am nächsten Tag saßen die regierenden Bürgermeister und der für die Polizei zuständige Senator am Tisch des Festkomitees. Auch sie hörten die Ansprachen, die deutlich politischen Defizite anprangerten. Es war der große Tag von Heinrich Hoffmann,

9 Vgl. Jürgen Steen: Nationalfeste – Geschichte als reale Utopie 1838–1862. In: Historisches Museum Frankfurt (Hrsg.): Trophäe oder Leichenstein. Kulturgeschichtliche Aspekte des Geschichtsbewußtseins in Frankfurt im 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1978, S. 135–148. Zu den verschiedenen Vormärzereignissen vgl. in diesem Zusammenhang Richard Schwemer: Geschichte der freien Stadt Frankfurt am Main (1814–1866). 3 Bde. Frankfurt am Main 1910–1915, Bd. 3/1, S. 31f., 66 f., 73f. u. 86ff.

10 Steen: Frankfurter Nationalfeste 1998 (wie Anm. 6), S. 267.

11 Vgl. Verehrte Bürger vom 4. Juli 1838. Institut für Stadtgeschichte (Frankfurt am Main), Bethmann, W 1/9 III. 33.

12 Wilhelm Weismann: Erinnerungen an das 1. Deutsche Sängerfest und die Gründung der Mozartstiftung. Frankfurt am Main 1861, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der offen die Pressefreiheit einforderte.[13] Später schilderte er den politischen Ertrag des Festes in bewegenden Worten: »Es war ein mächtig ergreifender Anblick, das künstlerische Interesse ward Nebensache, aber das nationale trat mächtig an uns heran; ich will nicht leugnen, daß mir die hellen Tränen über die Wangen rannen.«[14] Für das Erinnerungsblatt der Feier dichtete Hoffmann »Das Aufgebot«, in dem es hieß: »Gar eine kräftige Waffe, allsiegend ist das Lied/ Es kämpft für Recht und Wahrheit, im Streite nimmermüd, (...) Herbei, wem frei und munter, das Herz im Busen schlägt (...) Seid uns willkommen Alle! Gegrüßt mit Herz und Hand. / Die Ihr des deutschen Liedes Euch freut im deutschen Land!«[15] Die Feier führte jedoch nicht – wie die Erinnerungsfeiern an die Völkerschlacht bei Leipzig – zu einem Denkmal. Allerdings gelang die Gründung der Mozartstiftung, mit dem Anspruch ewigen Gedenkens. Das verhielt sich bei der nächsten Feier anders.

Das Gutenbergdenkmal oder besser die Gutenbergdenkmäler, die an verschiedenen Orten zur vierhundertsten Wiederkehr des Jahres der Erfindung des Buchdrucks errichtet wurden, gehörten mit ihrer ganzen Symbolik in den Kontext der bürgerlich-demokratischen Bewegung des Vormärz.[16] Nicht zufällig erfolgte der öffentliche Spendenaufruf für das Mainzer Gutenbergdenkmal nur wenige Wochen nach dem Hambacher Fest.[17] Bei den in ganz Deutschland stattfindenden Erinnerungsfeiern konkurrierten zwei Festkonzepte: Zum einen die, mit dem Anspruch eines Nationalfestes im engeren Sinne, bei dem die Forderung nach Pressefreiheit in das Zentrum gerückt wurde. Dieses Konzept ging davon aus, dass die Herstellung einer nichtzensierten öffentlichen Meinungsbildung die nationale Einheit beschleunigen würde. Zum anderen wurden Feiern ausgerichtet, die ein Humanitäts- und Völkerfest zum Ziel hatten. Das erste Einweihungsfest für ein Gutenbergdenkmal in Mainz von 1837 war als Nationalfest konzipiert. In Frankfurt dagegen setzte sich die unpolitischere Variante eines Humanitätsfestes durch.[18] Dafür entstand das mit achtundvierzig Mitgliedern größte Vorbereitungskomitee unter allen Initiativen. Es repräsentierte die Breite der Bürger-

13 Vgl. Schwemer: Geschichte der Freien Stadt (wie Anm. 9), Bd. 2, S. 588 f., Bd. 3, T. 1, S. 32 f., u. Steen: Frankfurter Nationalfeste 1998 (wie Anm. 6), S. 270–272.
14 Heinrich Hoffmann: Lebenserinnerungen. Frankfurt am Main 1985, S. 109–110.
15 Abgedruckt in Erinnerung an das Sängerfest der Mozarstiftung-Festgabe den Sängern gewidmet, Frankfurt am Main 1838, S. 18. Zu Heinrich Hoffmann vgl. Ralf Roth: Heinrich Hoffmann und die Politik. In: Wolfgang Cilleßen und Jan Willem Huntebrinker (Hrsg.): Heinrich Hoffmann – Peter Struwwel. Ein Frankfurter Leben, 1809–1894. Frankfurt am Main 2009 (erscheint demnächst).
16 Vgl. Jürgen Steen: Vormärzliche Gutenbergfeste (1837 und 1840). In: Düding, Friedemann, Münch: Öffentliche Festkultur (wie Anm. 5), S. 147–165, hier S. 147ff.
17 Vgl. Steen: Vormärzliche Gutenbergfeste (wie Anm. 16), S. 148.
18 Aufruf des Frankfurter Komitees vom 25. März 1840. Historisches Museum Frankfurt. Grafische Sammlung C 19480.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gesellschaft: Etwa die Hälfte rekrutierte sich aus Vertretern des Buchgewerbes, die andere Hälfte bildeten Kaufleute, Fabrikanten, Bankiers, Handwerksmeister, Künstler, Lehrer und Advokaten.[19] Und es fand auch die Unterstützung des Senats. Präsident des Komitees wurde Senator Eduard Souchay. Er war einer der angesehensten Politiker der Stadt. Trotzdem warnte der Bundestag den Senat, die Bundesbeschlüsse zu beachten und kontrollierte sämtliche öffentliche Verlautbarungen.[20]

Das konnte den Erfolg der Feier nicht mindern. Bei der öffentlichen Festveranstaltung auf dem Roßmarkt wurde der Entwurf des Gutenbergdenkmals vor etwa 30.000 Versammelten enthüllt. Nach der Festrede von Pfarrer Gerhard Friedrich, der sich nicht in allem an die Zensurauflage hielt, begann eine Druckerpresse zu arbeiten und die Rede des Pfarrers auszudrucken. Von der Rede ging es direkt in die Presse. Es handelte sich um einen symbolischen Akt, der unmissverständlich war: Eine Zensur fand nicht statt. Der Bezug zu den Forderungen der liberalen Bewegung war praktisch hergestellt. Am anschließenden Festzug beteiligte sich die gesamte Stadt, also die Zünfte, die Frankfurter Schulen und Geistlichkeit aller Religionen sowie Gesangs-, Kunst- und wissenschaftliche Vereine, Deputationen der Handelskammer, des Schauspiels, der Oper und Gelehrte

Auf der Frankfurter Säkularfeier der Buchdruckkunst wurde ein von Eduard von der Launitz geschaffenes provisorisches Gutenbergdenkmal gezeigt. Das richtige Denkmal konnte erst 18 Jahre später errichtet werden. Es entstand zwischen 1854 und 1858 und wurde mit der neuen Technik der Galvanoplastik ausgeführt. Es zeigt auf einer Säule stehend die drei Figuren von Gutenberg, Schöffer und Fust, an den Ecken Allegorien der vier Wissenschaften (Theologie, Philosophie, Medizin, Rechtswissenschaft) und Verkörperungen der vier ersten Druckerstädte Mainz, Venedig, Straßburg und Frankfurt am Main. Die vier weiblichen Personen allegorisieren Theologie, Poesie, Naturwissenschaft und Industrie. Das Frankfurter Denkmal ist also der Erfindung und ihrer die gesamte Menschheit umspannenden Bedeutung gewidmet.

Der Gutenbergfeier blieben das Bewegende und auch der Enthusiasmus des Sängerfestes von 1838 versagt. Theodor Creizenach, einer der Veranstalter des Festes zeigte sich danach sehr enttäuscht über die ausbleibende politische Wirkung und meinte zum Denkmalsentwurf, die Zukunft werde zeigen, ob es eine »Trophäe« oder ein »Leichenstein« sein werde.[21] Doch für Pessimismus

19 Vgl. Gedenkbuch zu Friedrich von Schillers hundertjähriger Geburtstagsfeier, begangen in Frankfurt am Main den 10. November 1859. Eine Festgabe herausgegeben unter freundlicher Mitwirkung der betheiligten Körperschaften. Frankfurt am Main 1859, S. 216 f.

20 Vgl. Schwemer: Geschichte der Freien Stadt (wie Anm. 9), Bd. 3, Teil 1, S. 67.

21 Vgl. Gedenkbuch (wie Anm. 19), S. 78, und Steen: Frankfurter Nationalfeste 1998 (wie Anm. 6), S. 272–278.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bestand kein Anlass, denn die Absicht der Veranstalter und des Bundestages, die liberale Bewegung nicht zum Zuge kommen zu lassen, war missglückt. In Wort und Bild wurden stattdessen die Freiheitssymbole der damaligen Zeit öffentlich zur Schau gestellt. Ein Gedicht auf der Titelseite des Frankfurter Journals feierte am 24. Juni 1840 dann auch die Erfindung als Beginn einer neuen Zeit: »Der zu neuen Wahrheitstempeln/ festen Grundstein hat gelegt/ Und mit seinen heiligen Stempeln/ Neue Freiheit ausgeprägt«, oder: »Denn das Werk ist nicht vollbracht/ und noch liegt auf deutschen Gauen/ Mancher Schatten alter Nacht.«[22] Auch der Festzug und die Festrede sowie das aus Anlass der Feier herausgegebene Erinnerungsblatt enthielten zahlreiche Anspielungen auf die damalige Freiheitsrhetorik.[23]

Bei der Errichtung des Frankfurter Goethedenkmals im Jahre 1844 gestaltete sich der Versuch, den Festakt in eine Nationalfeier umzuwandeln, dagegen sehr schwierig. Goethe galt wie Gutenberg als Heroe des bürgerlichen Fortschritts im künstlerischen wie im allgemein kulturellen Sinne. Die Einweihungsfeiern beider Denkmäler gerieten zwar beides Mal zu Demonstrationen des bürgerlichen Selbstbewusstseins, doch die Einweihung des zwischen 1838 und 1840 geschaffenen Goethedenkmals von Ludwig Schwanthaler im Jahre 1844 wurde nicht als Nationalfest begangen. Über Goethe gingen die Meinungen auseinander. Zum einen hatte Goethe mit seinem von steuerlichen Erwägungen getragenen Austritt aus dem Bürgerverband im Jahre 1817 viele vor den Kopf gestoßen. Vor allem hatte die Zurückhaltung jedoch damit zu tun, dass Goethe als Minister eines kleindeutschen Staates nicht unbedingt als ein Heroe des politischen Befreiungskampfes galt. Das Verdikt des Frankfurter Ludwig Börne vom »Fürstenknecht« belastete seine politische Vereinnahmung. Deshalb hielt sich die demokratisch-liberale Opposition, die maßgeblich am Sängerfest und an der Gutenbergfeier beteiligt gewesen war, bei der Feier zur Einweihung des Goethedenkmals zurück.
Es war überhaupt ein langer Weg, bis ein Goethe-Denkmal zustande kam. Am Anfang stand der Entwurf einer Erinnerungsstätte auf der Maininsel zwischen Frankfurt und Sachsenhausen in Form eines klassizistischen Tempels, den der Frankfurter Architekt Friedrich Rumpf im Jahre 1820/21 nach dem Vorbild des Vesta-Heiligtums in Rom entworfen hatte. Der Tempel sollte eine Goethebüste von Johann Heinrich Dannecker sowie ein Relief von Bertel Thorvaldsen aufnehmen. Die Dimensionen der Anlage erklären sich aus dem intendierten Doppelcharakter eines Goethe- und Nationaldenkmals. So

22 Frankfurter Journal Nr. 176, 1840.
23 Das Erinnerungsblatt ist in der Form einer Standartenfahne gehalten. Der Bildteil zeigt die Veranstaltung auf dem Rossmarkt. Vgl. Steen: Frankfurter Nationalfeste 1998 (wie Anm. 6), S. 284. Zum Herstellungsverfahren vgl. Heinz Fricke: 150 Jahre Physikalischer Verein Frankfurt a. M. Frankfurt am Main 1974, S. 99 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schrieb der Bankier Simon Moritz von Bethmann, einer der wichtigsten Förderer des Projektes, an dessen eigentlichen Initiator, den Kunstforscher Sulpiz Boisserée, im Falle eines Scheiterns entginge »der freien Stadt, oder der deutschen Bundesstadt (...) die Zierde eines Nazional-Monuments, des ersten, das auf deutschem Boden errichtet und ein sichtbares Zeychen sein würde, daß die Deutschen Sinn für einen nazionalen Bund haben«. Tatsächlich blieb der Spendenaufruf des Denkmalvereins, drei Jahre nach Goethes Austritt aus dem Bürgerverband ohne jede Resonanz. Auch Goethe selbst äußerte Bedenken gegen »die architektonische Prachtmasse«. Infolgedessen musste der Verein, wie Bethmann im November 1825 schrieb, einsehen, »daß die Ausführung des Plans in der gedachten Größe untunlich war«.[24]

Später entwarf Bettina von Arnim Ende 1823 eine monumentale Figurengruppe, die Goethe ebenfalls sitzend, aber als Jupiter mit der kindlichen Psyche zwischen seinen Knien, zeigt. Doch sollte es über zwanzig Jahre dauern, bis sich mit Karl Steinhäuser (1813–1879) ein Künstler bereit fand, nach ihrem Entwurf zu arbeiten. Das Ergebnis überzeugte nicht, so dass das Frankfurter Denkmalskomitee 1837 bei dem dänischen Bildhauer Bertel Thorvaldsen Rat suchte. Der Frankfurter Maler und Kunstgelehrte Johann-David Passavant unterrichtete den Bildhauer von der Idee eines lebensgroßen Standbildes von Goethe. Es sollte aus Bronze gegossen und mit drei Bronzereliefs geschmückt werden, und es sollte unter freiem Himmel stehen. Diese Initiative belebte den Plan eines öffentlichen Goethedenkmals wieder.

Thorvaldsen formte daraufhin eine stehende Figur, die in der Rechten einen Griffel und in der Linken eine Tafel hielt, modern gekleidet und mit einem Lorbeerkranz gekrönt war. Doch er ließ sich dafür Zeit und präsentierte dem Denkmalskomitee erst am 12. Dezember 1840 seine Entwürfe. Über die schleppende Bearbeitung verärgert zog dieses den Auftrag zurück und betraute im Frühjahr 1841 den Münchener Bildhauer Ludwig Schwanthaler mit der Ausführung, der das Denkmal auch in den Jahren 1842 und 1843 fertig stellte, so dass es am 22. Oktober 1844 feierlich der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Der Aufwand, der mit dem Denkmal betrieben worden war, konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich im Vergleich zur vorangegangenen Gutenbergfeier die Enthüllungsfeierlichkeiten für Goethe in bescheidenem Rahmen hielten.[25] Das Denkmal selbst stellt Goethe in antiker Tracht dar. Er hält rechts eine Schriftenrolle und in der Linken lässig einen

24 Zit. n. Gall: FFM 1200 (wie Anm. 4), S. 233.

25 Zum gesamten Vorgang siehe Baron Ludwig Döry: Der lange Weg zum Goethedenkmal. In: Historisches Museum Frankfurt, Trophäe oder Leichenstein (wie Anm. 9), S. 289 ff., Georg Huthmacher (Hrsg.): Blätter zur Erinnerung an die Feier der Enthüllung des Goethedenkmals zu Frankfurt am 22. Oktober 1844. Frankfurt am Main 1844, Robert Hering: Nachlese zur Geschichte des Frankfurter Goethedenkmals. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 3, 4. F., 1932, S. 51–77, und die Unterlagen im Institut für Stadtgeschichte (Frankfurt am Main), S 3 / K 5 und S 3 / K 7153, sowie Bethmannarchiv II – 30.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Lorbeerkranz. Die Reliefs am Sockel des Denkmals zeigen Gestalten aus Goethes Werken, darunter allegorische Figuren der Wissenschaft sowie der dramatischen und lyrischen Dichtkunst. Erst später entwickelte sich Goethe dann zu dem Nationaldichter schlechthin, dessen literarische Hinterlassenschaft wie seine Denkmäler von einem breiten Parteienspektrum vereinnahmt wurden.

3. *Denkmäler der liberalen Bewegung vor der Reichsgründung*

Viel unbefangener trat man dem politischen Freund Goethes, also Friedrich Schiller entgegen. Schiller galt als der poetische Künder bürgerlicher Freiheit überhaupt, der den Widerstand der Obrigkeit herausforderte und dessen Texte wie etwa der »Don Carlos« oder die »Hymne an die Freude« in Preußen zum Teil verboten wurden. Wie sehr er die politische Phantasie beflügelte, das zeigte sich in den Schillerfeiern von 1859, die zehn Jahre nach der Revolution von 1848/49 de facto als erste große Erinnerungsfeiern an die verlorene Revolution begangen wurden.[26] Nach dem Verbot der politischen Vereine im Gefolge der Revolution hatte die liberal-demokratische Bewegung in den zahlreichen unpolitischen Vereinen überlebt und wuchs nun am Ende der fünfziger Jahre, gestützt auf die neu gegründeten Turn- und Schützenvereine und die verschiedenen Initiativen zu den großen nationalen Festen im Reichsgründungsjahrzehnt wie Phönix aus der Asche hervor. Zur hundertsten Wiederkehr des Geburtstages von Friedrich Schiller, wollten sich die Schillerstiftungen zur Deutschen Schillerstiftung vereinen. Von hier kamen die ersten Anregungen für ein Nationalfest, das dann in 440 deutschen Städten und weiteren fünfzig Städten des Auslands begangen wurde.[27]
In Frankfurt hatte sich bereits im Jahre 1855 auf Betreiben des Verlegers Carl Jügel ein Schillerverein als Zweigverein der in Dresden ansässigen Schillerstiftung gegründet. Mit einer groß angelegten Schillerfeier sollte die politische Bewegung über die Ehrung des Dichters hinaus einen neuen Impuls erhalten.[28] Zur Vorbereitung des Großereignisses, das am 9. und 10. November 1859 stattfand, konstituierte sich ein Ausschuss, dem mit Ludwig Braunfels, dem Begründer des jüdischen Vereins der Reformfreunde Theodor Crei-

26 Vgl. Karl Heinz Günther: Geschichte der Erziehung. 7. Aufl. Berlin 1965, S. 304, u. Steen: Frankfurter Nationalfeste 1998 (wie Anm. 6), S. 279.
27 Vgl. Steen: Nationalfeste 1978 (wie Anm. 9), S. 135.
28 Heinrich Meidinger: Frankfurts gemeinnützige Anstalten. Eine historisch-statistische Darstellung der milden Stiftungen, Stipendien, Wittwen u. Waisen-, Hülfs- und Sparkassen, Vereine, Schulen etc. 2 Bde. Frankfurt am Main 1845/56, Bd. 2, S. 213. Allgemein zur Schillerfeier und zu ihrer Rolle für den Neuaufschwung der liberalen Bewegung vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat. 2. Aufl. München 1984, S. 722, u. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988, S. 112.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zenach, Friedrich August Wilhelm Hessemer, Julius Friedleben, dem Fabrikanten Heinrich Remigius Fries, Maximilian Reinganum, dem Buchhändler Johann David Sauerländer, dem Karikaturisten der Revolution Ernst Schalck und dem Kaufmann Albrecht Varrentrapp die führenden Vertreter der demokratischen Bewegung angehörten, die sowohl in der Revolution von 1848 als auch in der neu erwachenden liberalen Bewegung an führender Stelle mitgewirkt hatten. Das Frankfurter Intelligenzblatt veröffentlichte am 10. November 1859 ein Gedicht, in dem es unter anderem hieß: »Gebt uns die Freiheit der Gedanken, ihr Purpurträger auf dem Thron!« und im großen Saal des Wolfsecks, wo das Festbankett stattfand, kündete ein Textplakat: »Ringe, Deutscher, nach römischer Kraft, nach griechischer Schönheit! Beides gelang dir, doch nie glückte der gallische Sprung!«[29]

Die Initiatoren nahmen mit diesen Worten direkt Bezug auf die Französische Revolution von 1789 und stellten darüber hinaus die Verbindung zum Sängerfest von 1838, zur Gutenbergfeier von 1840 und zur festlichen Einweihung des Goethedenkmals im Jahre 1844 her. Die Initiatoren schlugen gleichzeitig mit Maximilian Reinganum, der im jüdischen Milieu aufgewachsen war, im Jahre 1832 gemeinsam mit den Radikaldemokraten um Wilhelm Sauerwein die Petition zur Wiederherstellung der Pressefreiheit initiiert hatte und Mitglied der linken Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung der Frankfurter Bürgergesellschaft gewesen war, die damals bedeutendste Integrationsfigur der Frankfurter liberaldemokratischen Bewegung als Redner vor.[30]

Im Zentrum der Feier stand ein großer Festumzug, der erst vom Obermaintor aus durch die Straßen der Stadt weiter zur Hauptwache führte, die mit einem Riesentransparent geschmückt war, und dann weiter zum Römerberg zog. Wie bei der Gutenbergfeier beteiligten sich nicht nur die Honoratioren, die Deputierten der verschiedenen Wissenschaften, Künste, Buchhändler und Kaufleute, sondern auch die Handwerker. In gesonderten Abteilungen marschierten beispielsweise die Schreiner, Uhrmacher, Maschinenbauer und Mechaniker, die Wagner, Perückenmacher, Posamentierer und Tapezierer, die Bürstenbinder, Kammmacher und Schneider sowie die Schornsteinfeger und Säckler.[31]

Die Feuerhandwerker führten als Symbol der neuen Zeit eine Dampfmaschine mit sich und die Buchdrucker und Buchbinder eine Schnellpresse samt Gießofen. Am symbolträchtigsten aber handelten die Zimmerleute, die einen Wagen mit sich zogen, auf dem sich ein unvollendetes Schweizer Fachwerkhaus befand, unter dessen Giebel eine Schillerbüste angebracht war und dar-

29 Gedenkbuch (wie Anm. 20), S. XXI.
30 Roth: Stadt und Bürgertum (wie Anm. 1), S. 464–470.
31 Vgl. die Lithografien des Festzuges der Kunstanstalt von Ferdinand Carl Climsch. Historisches Museum Frankfurt. Grafische Sammlung C 11388a-p.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

über die Devise: »Das Werk ist angefangen und nicht vollendet, jetzt tut uns rüstiger Mut und feste Eintracht not.«[32] Das war für die Zeitverhältnisse ein vergleichsweise klarer Hinweis auf das Vorbild der angestrebten politischen Verhältnisse, die Schweizer Republik.

Der Zug hielt zuerst vor einem acht Meter hohen und fünf Meter breiten Transparentbau an der Hauptwache, dessen Segmente von den führenden Künstlern der Zeit gemalt, Schlüsselszenen und Motive aus den Werken Schillers zeigten. Dazu gehörte die Freiheitssehnsucht, der Kampf gegen Despotie, Verbrüderung: Motive aus den »Räubern«, aus »Wilhelm Tell« und aus der »Wallenstein«-Trilogie. Ihre Wirkung erzielten die Transparente nach Einbruch der Dunkelheit, als Fackeln die allegorischen Darstellungen beleuchteten.[33] An diesem Ort hoben die über 30.000 Menschen die Hand und sprachen den Rütlischwur aus Schillers Tell: »Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern.«[34] Dann zog die Menge weiter zum Römerberg, wo der Denkmalsentwurf enthüllt wurde und Reinganum die Abschlussrede hielt. Er hob den »Weltbürger« und den Poeten der nationalen Emanzipation hervor und feierte Schiller als wahrhaft volkstümlichen Dichter.[35] Die Schillerfeier wirkte noch lange nach. Es galt, den Guss des Denkmals zu sichern, und das gelang durch einen Aufruf von Hermann Mumm und die Auslage von zahlreichen Subskriptionslisten.[36] So konnte das fertige Denkmal, das heute im Anlagenring der Stadt steht, fünf Jahre nach der Feier an der Hauptwache enthüllt werden. Die Frankfurter Schillerfeier stand in der Tradition des demokratisch intendierten Humanitätsfestes und stärkte die linksliberale Bewegung. Dies galt auch für das Bundesschießen – die nationale Zusammenkunft der Schützenvereine –, das knapp drei Jahre später im Juli 1862 stattfand.[37] Es war die letzte große Nationalfeier vor der Reichsgründung, die jedoch ohne Erinnerungsmonument im öffentlichen Raum der Stadt blieb.

So war die Stadt bis zu ihrer Einverleibung in den preußischen Staat im Jahre 1866 und der wenige Jahre später erfolgten Reichsgründung, die nicht ganz im Sinne der demokratisch-liberalen Bewegung verlief – zumindest nicht derjenigen, die Frankfurt dominierte – mit einer ganzen Reihe von Erinnerungs-

32 Vgl. Steen: Nationalfeste 1978 (wie Anm. 9), S. 149 ff.

33 Die Fotografie von Carl Friedrich Mylius vom Transparentbau sowie die Entwürfe Viktor Müllers für die farbigen Transparente finden sich bei Steen: Nationalfeste 1978 (wie Anm. 9), S. 155 f. u. Steen: Nationalfeste 1998 (wie Anm. 5), S. 282.

34 Wolfgang Klötzer: Frankfurt am Main von der Französischen Revolution bis zur preußischen Okkupation 1789–1866. In: Frankfurter Historische Kommission (Hrsg.): Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. Sigmaringen 1992, S. 303–348, hier S. 342.

35 Die Rede ist abgedruckt in Gedenkbuch (wie Anm. 20), S. 62 f.

36 Vgl. Aufruf zur Unterzeichnung vom 10. November 1859 von Herrn Mumm, und Unterz.-Liste zum Erz-Guss des Schiller Monuments modellirt von S. Dielmann unter der Bed., daß daßselbe in 5 Jahren ausgeführt. Beides Institut für Stadtgeschichte (Frankfurt am Main), Nachlass Mumm, S 1/19.

37 Steen: Frankfurter Nationalfeste 1998 (wie Anm. 6), S. 279–286.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

monumenten bestückt, die an die Freiheit und Gerechtigkeit wie an den kulturellen Fortschritt und die Bildung erinnerten. Es fand in der Zeit der preußischen Stadt in dieser Hinsicht kein Revirement statt, keines der Denkmäler wurde entfernt. Allenfalls geriet das eine oder andere in Vergessenheit. Aber es waren nicht diese Monumente der liberalen Bewegung, die in den folgenden Jahren das politische Erbe der Demagogenzeit, des Vormärzes, der Revolution von 1848 oder der Reformen in den 1860er Jahren hochhielten, sondern neue Erinnerungsmonumente, die alle mehr oder weniger im Kontext der Revolution von 1848 standen. Es etablierte sich ein ganzes Ensemble von Monumenten, zu denen ja eigentlich auch das Schillerdenkmal gehört, das nicht zufällig im zehnten Jahr nach der gescheiterten Reichsverfassungskampagne in den öffentlichen Raum der Stadt gesetzt worden war – wenn auch erst einmal provisorisch.

4. *Die Erinnerung an die Revolution von 1848 im 19. und 20. Jahrhundert*

Das 25jährige Jubiläum und das Denkmal für die Septembergefallenen von 1873

Dem zehnten Jahrestag der Revolution folgten Revolutionsdenkmäler zum 25., 50., 75. und 100. Jubiläum der Revolution. Das erste beziehungsweise zweite Denkmal in dieser Serie, das sechs Meter hohe Denkmal »Zur Erinnerung an die am 18. September 1848 Gefallenen aus dem Volke«, hatte eine mehrjährige Vorgeschichte. Nur wenige Monate nach der Besetzung der Stadt durch die Preußen im Jahre 1866 wurde im Freundeskreis um Leopold Sonnemann – dem jüdischen Bankier, Herausgeber der Frankfurter Zeitung und streitbaren Politiker für eine linksliberale Politik –, dem der Weinhändler Eduard Fay sowie der später als Lokaldichter zu Ruhm gelangte Friedrich Stoltze angehörten, überlegt, wie dem Programm einer gegen den preußischen Staat und seine Annexionspolitik gerichteten Bewegung ein Symbol gesetzt und die Distanz zur von Preußen bestimmten Einigung Deutschlands offen zur Schau gestellt werden könne.[38] Die Verlegung der Grabstätte von August von Kotzebue in Mannheim, in deren Gefolge die dortigen Demokraten, mit denen Eduard Fay in persönlichem Kontakt stand, auch eine Gedenktafel für Karl Ludwig Sand, den Burschenschafter, der 1819 Kotzebue erdolchte und damit die erste Welle der Demagogenverfolgungen auslöste, auf dem Friedhof anbringen lassen wollten, wies den Weg.[39] Was dem einen sein Sand, das

38 Vgl. Ralf Roth: Leopold Sonnemann und seine Stadt. Kommunalliberalismus am Beispiel von Frankfurt am Main. In: Jahrbuch zurr Liberalismus-Forschung 19, 2007, S. 83–99.
39 Zu Sand vgl. Nipperdey: Geschichte 1800–1866 (wie Anm. 28), S. 281 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

waren dem anderen die Septembergefallenen von 1848. Für sie sollte als Ausdruck des politischen Willens ein Denkmal auf dem Frankfurter Hauptfriedhof errichtet werden. Die Botschaft, die das steinerne Mahnmal vermitteln sollte, verknüpfte mindestens vier Bezüge: Es erinnerte an die erste deutsche Nationalversammlung, deren zweitem Jubiläum, dem 25jährigen, man sich damals näherte. Es hob die Souveränität eines Parlaments hervor, denn um diesen Punkt hatten sich die Debatten gedreht, die dem Septemberaufstand vorausgegangen waren. Das Denkmal war darüber hinaus gegen Preußen gerichtet, dessen Missachtung der Hoheit der Nationalversammlung zum Aufstand geführt hatte, und es wies darauf hin, dass es Umstände gibt, die eine gewaltsame Erhebung legitimieren könnten. Insofern knüpfte es auch an die Schillerfeier und dem Bundesschießen von 1862 an. Das Denkmal erinnerte somit in vielerlei Hinsicht an die Gegnerschaft der Demokraten und Linksliberalen gegen den preußischen und kleindeutschen Weg der nationalen Einigung in einer Revolution von oben.

Doch allein die Errichtung des Denkmals reichte ihnen zur Bekundung ihrer politischen Einstellung noch nicht aus. Aus der Initiative von Eduard Fay und Friedrich Stoltze entwickelte sich eine mehrjährige Bewegung mit zahlreichen Veranstaltungen und großer öffentlicher Resonanz – um die es eigentlich ging –, auf denen die Mittel für das Denkmal zusammengetragen wurden.[40] Pünktlich zur 25. Jubiläumsfeier der Revolution von 1848 konnten die Demokraten am 9. November 1873, dem Jahrestag von Robert Blums Tod, schließlich auf dem Frankfurter Hauptfriedhof einen Obelisken mit den Inschriften der gefallenen Aufständischen errichten.[41] Damals schrieb die von Leopold Sonnemann herausgegebene »Frankfurter Zeitung«: »daß gerade unter den ungünstigen Verhältnissen die dazu nötige Summe zusammenkam, ist ein Beweis, daß noch nicht alle demokratische Gesinnung ausgetilgt ist in unserer Vaterstadt, wie man es so gerne haben möchte. Denn erst seit 1866 hat die demokratische Partei angefangen, bei Gleichgesinnten Beiträge zu sammeln, um nicht länger ihre Taten ohne sichtbare Zeichen der Erinnerung zu lassen.«[42] Beim Bau der Anlage wurde sorgfältig auf axiale Ausrichtung auf das Grabmal für die während des Septemberaufstandes 1848 ermordeten Abgeordneten von Auerswald und von Lichnowsky und die während der Kämpfe

40 Die Zentrale dieser über Jahre hinweg zelebrierten Sammlungen, an der sich Hunderte von Frankfurtern beteiligten, befand sich in der Gaststätte »Zum Prinzen von Arkadien« in der Großen Bockenheimerstraße. Vgl. Veit Valentin: Frankfurt am Main und die Revolution 1848/1849. Stuttgart/Berlin 1908, S. 221.

41 Vgl. Subscriptionsliste Theatralische Abendunterhaltung. Zum Besten des Fonds zur Errichtung eines Denkmals auf den Gräbern der am 18. September 1848 Gefallenen unter gefälliger Mitwirkung mehrerer Mitglieder der Neuen-Casinogesellschaft. Frankfurt am Main 1870. Institut für Stadtgeschichte (Frankfurt am Main), Nachlass Heinrich Eduard Fay, S1/11–5. Vgl. auch Dieter Bartetzko: »Franckfurth ist ein curioser Ort«. Streifzüge durch städtische Szenarien und Architekturen. Frankfurt am Main/New York 1991, S. 77 f.

42 Vgl. Gall: FFM 1200 (wie Anm. 4), S. 245.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gefallenen Soldaten geachtet. Dieses Denkmal war bereits 1850 errichtet und 1856/57 durch eine Stiftung des preußischen Kronprinzen und späteren Königs Wilhelm I. noch einmal neugotisch monumental überarbeitet worden. Der räumliche Bezug des Obelisken zu diesem Denkmal verstärkte noch einmal den Charakter als Gegendenkmal. Der rote Sandsteinobelisk kam im 20. Jahrhundert außer Mode und geriet in Vergessenheit. Erst im Zusammenhang mit der 1200-Jahr-Feier der Stadt wurde seine Geschichte in der Ausstellung gezeigt, die Erinnerung damit wach gerufen und der Obelisk insofern wieder in die Reihe der Revolutionsdenkmäler eingereiht.

Die Erinnerung an die Revolution von 1848 im Jahre 1898

Anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des ersten Deutschen Parlaments im Jahre 1898 stiftete die Stadt Frankfurt unter dem Oberbürgermeister Franz Adickes zwei große Bronzetafeln, die rechts und links vom Haupteingang der Paulskirche, die damals noch als evangelische Kirche in Betrieb war, angebracht wurden. Auf ihnen stand: »Hier tagte das Deutsche Vorparlament vom 31. März bis zum 3. April 1848 und die Deutsche Nationalversammlung vom 18. Mai 1848 bis zum 30. Mai 1849.« Sie nannten damit sachlich nüchtern die Fakten und Daten und vermieden bis auf zwei Fackeln alle Anspielungen auf die Inhalte der großen politischen Auseinandersetzung im halben Jahrhundert davor. Doch dabei blieb es nicht. Die Bürger überließen das Gedenken an die Revolution nicht dem Magistrat, sondern lancierten die Idee zur Schaffung eines eigenen Denkmals neben der Paulskirche, das die Erinnerung an Freiheit und Gleichheit wach halten sollte. Bei einem Wettbewerb unter den Frankfurter Künstlern gingen der Architekt Hessemer und der Bildhauer Kaufmann als Sieger hervor. Am Sockel des Denkmals, das überwiegend aus der »Einheitssäule« aus weißem Kalkstein gefertigt wurde, standen drei Bronzefiguren, die das Kämpfen des deutschen Volkes um Freiheit und Einheit darstellten. Diese wurden 1942 zur Metallbeschaffung für die Rüstung eingeschmolzen und auch 1952 bei der Restaurierung nicht mehr ersetzt.[43] Trotz ihrer markanten Gestalt rückte die Säule nie ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das war bei den Erinnerungsstücken zum 75jährigen Jubiläum der Revolution ganz anders. Die Erinnerungsfeier fiel mitten in die unruhigen Anfangsjahre der Weimarer Republik

43 Magistratsakten S 2686 Einheitsdenkmal Tom I 1897-1898 Dez., Tom II 1898 Dez.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die 75-Jahr-Feier und das sogenannte »Ebertdenkmal« an der Paulskirche

Auch für die 75-Jahr-Feier zur Erinnerung an die Revolution von 1848 bildete die Paulskirche der zentrale Bezugspunkt. Doch diesmal wurde das Denkmal nicht von Demokraten und Linksliberalen oder einem nationalliberalen Oberbürgermeister initiiert, sondern von einem linksliberal-sozialdemokratisch zusammengesetzten Magistrat, der sich demonstrativ zur Weimarer Verfassung bekannte. Seit 1922 fanden jährlich am 11. August die Verfassungsfeiern in der Paulskirche statt. Die Gedächtnisfeier für das 75-jährige Jubiläum der Nationalversammlung 1923 hatte Landmann zu einer »ersten republikanischen Massenkundgebung« gestaltet, zu der nicht nur Vertreter der Reichsregierung, aller deutscher Staaten und auch Österreichs kamen, sondern auch Friedrich Ebert noch einmal sprach, bevor er zwei Jahre später starb. So gelang es publikumswirksam, die republikanische Idee nicht aus dem Zusammenbruch des Kaiserreiches herzuleiten, sondern in die liberale und demokratische Tradition Frankfurts des 19. Jahrhunderts einzubinden.[44] In diesem Zusammenhang stand der Vorschlag für ein »Ebert«-Denkmal an der Paulskirche. Auf Anregung Richard Scheibes, der ursprünglich nur den Auftrag für eine Gedenktafel erhalten hatte, entschied sich der Magistrat für ein Standbild in Kombination mit einer Schrifttafel. Der Bildhauer lehrte seit 1925 an der Kunstgewerbeschule des Städel und hatte seinen männlichen Akt in nur sieben Tagen geschaffen. Er stieß bei vielen wegen seiner ungewöhnlichen Proportionen auf Unverständnis. Insgesamt sollte er für die gerade erlangte verfassungsmäßige Gleichheit aller Deutschen stehen.

Den politischen Intentionen von Magistrat und der politischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung folgten viele nicht. So protestierte der damalige Kirchenvorstand der Paulsgemeinde gegen das Denkmal. Seine Kritik richtete sich allerdings weniger gegen die politischen Absichten, sondern schob moralische und ästhetische Bedenken gegen die Statue eines nackten Mannes an der Kirche ihrer Gemeinde in den Vordergrund. Letztlich setzte sich die Behörde als Eigentümer der Kirche gegen den Widerstand der Gemeinde durch, und so konnte Oberbürgermeister Ludwig Landmann am 11. August 1926 anlässlich der Verfassungsfeier die Denkmalstatue einweihen und in der östlichen Nische zwischen Turm und Kirchenhalle in vier Metern Höhe auf einem Steinsockel aufstellen.

Die Figur stand dort nur wenige Jahre. Am 6. April 1933 wurde sie auf Verlangen des NSDAP-Gauleiters Jakob Sprenger entfernt. Doch das Denkmal überstand die Zeit des Nationalsozialismus eingelagert im Keller des Völkerkundemuseums. Dennoch wurde es nach dem Krieg nicht mehr an seinem ursprünglichen Ort aufgestellt, da sich der Künstler dagegen aussprach. Statt-

44 Vgl. Gall: FFM 1200 (wie Anm. 4), S. 301.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dessen schuf er zwei Jahre nach der großen Jahrhundertfeier der Revolution und der Umwidmung der Paulskirche zu einem Erinnerungsmonument der Revolution mit Einwilligung der Stadt eine neue, stärker an den klassischen Idealen orientierte Plastik, die am 28. Februar 1950, dem 25. Todestag von Friedrich Ebert, am ursprünglichen Platz eingeweiht wurde. So war trotz zeitweiliger Rückschläge aus dem Ensemble von Revolutionsmonumenten eine weiträumige Erinnerungsstätte entstanden.[45] Den Abschluss bildete die Umwidmung der Paulskirche zur 100-Jahr-Feier der Revolution.

100 Jahre Revolution 1848 – Die Paulskirche 1948

Bei den schweren Bombenangriffen auf Frankfurt am 18. und 22. März 1944 wurde auch die Paulskirche getroffen und brannte völlig aus. Die Jahrhundertfeier der Paulskirchenversammlung von 1848 bot vier Jahre später den Anlass, den Wiederaufbau Frankfurts mit einem symbolischen Bekenntnis zur deutschen Demokratie zu verbinden. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Walter Kolb appellierte 1947 an die Nation: »So muß auch unser werdender neuer Staat sich im Symbol neu erbauen. Ganz Deutschland muß die Paulskirche wieder-aufbauen, von außen und von innen, im Stein wie im Geiste!«[46] Seinem Spendenaufruf für den Wiederaufbau der Paulskirche als »Haus aller Deutschen« folgten Länder, Gemeinden, Firmen, Parteien und Einzelpersonen aller vier Besatzungszonen so zahlreich, dass die Kosten im wesentlichen von ihnen aufgebracht wurden. Nach kontroversen Diskussionen über Gestalt und künftige Nutzung der Paulskirche setzten sich schließlich die Befürworter einer vollständigen Neugestaltung unter Einbeziehung der erhaltenen Außenmauern durch. Der Wiederaufbau begann am 17. März 1947 unter der Leitung des Architekten Rudolf Schwarz. Aus Kostengründen und Mangel an Baumaterial wurde die ursprüngliche Innengestaltung stark verändert. Ein neuer Zwischenboden trennte das Untergeschoss, das heute als Ausstellungsraum dient, vom eigentlichen Saal im Obergeschoss. Vor allem aber wurde anstelle der früheren Kuppel ein Flachdach gebaut und sehr einfache Milchglasfenster eingesetzt.
Die Arbeiten konnten pünktlich für die Jahrhundertfeier am 18. Mai 1948 abgeschlossen werden. Mit einem Festakt, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des 1932 aus Frankfurt emigrierten Dichters Fritz von Unruh, eines Großnef-

45 Zur Geschichte des Friedrich Ebert-Denkmals an der Paulskirche siehe auch Lutz Becht (Red.): Frankfurt am Main 1933–1945 Hrsg. v. Institut für Stadtgeschichte; http://www.frankfurt1933-1945.de/ (Zugriff 6. September 2008), u. Evelyn Hils-Brockhoff und Sabine Hock: Die Paulskirche. Symbol demokratischer Freiheit und nationaler Einheit. Frankfurt am Main 1998, S. 91.

46 Zit. n. Gall: FFM 1200 (wie Anm. 4), S. 355.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

fen Heinrich von Gagerns, stand, wurde die Kirche unter nationaler wie internationaler Anteilnahme eingeweiht.[47] Die Stadt knüpfte mit dem feierlichen Gedenken an die Nationalversammlung von 1848 direkt an die demokratischen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts und der Weimarer Zeit an und schuf einen über die Stadt hinausweisenden zentralen Erinnerungsort für die liberalen Ideen in Deutschland.
Ein derartiger politisch motivierter Erinnerungstempel, konnte keine Kirche mehr sein. Tatsächlich ist die Paulskirche seit 1948 nicht mehr Versammlungsort einer Kirchengemeinde, sondern wird hauptsächlich für Ausstellungen und staatliche oder städtische Veranstaltungen genutzt. Am bekanntesten ist die Verleihung des 1927 von der Stadt Frankfurt am Main gestifteten Goethepreises. Ab 1950 kam die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Rahmen der jährlichen Frankfurter Buchmesse hinzu. Auch der Paul Ehrlich- und Ludwig Darmstaedter-Preis, die höchste wissenschaftliche Auszeichnung, die in Deutschland vergeben wird oder der Theodor-W.-Adorno-Preis werden im Plenarsaal der Paulskirche verliehen. Darüber hinaus kann die Paulskirche den Rahmen für Gedenkveranstaltungen und Ausstellungen oder für die Verleihung des sehr selten vergebenen Ehrenbürgerrechts der Stadt Frankfurt bilden.[48] Diese Gedenkstätte wurde in den folgenden Jahren beständig erweitert.

Davon zeugen zahlreiche Gedenksteine und Plaketten im Außenbereich der Paulskirche, die an bedeutende Personen oder Ereignisse der deutschen Geschichte zu erinnern. Abgesehen von den Tafeln zur 50. Jahr-Feier der Revolution und dem Ebert-Denkmal von Richard Scheibe sind vor allem folgende Tafeln, Plaketten und Denkmäler zu nennen: eine Gedenktafel zum 275. Todestag von Philipp Jakob Spener, die 1980 angebracht wurde, eine steinerne Relieftafel für Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom Stein, der 1816 wegen seiner Verdienste um die Wiederherstellung der städtischen Freiheit zum Ehrenbürger ernannt wurde, eine Plakette des Deutschen Turnerbundes zum 150. Todestag des Turnvaters Jahn, die an die Verbindung zwischen der Turnbewegung und der Nationalversammlung erinnert, eine Gedenkplatte an den ersten Präsidenten der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, eine bronzene Gedenkplatte an Carl Schurz, der sich im September 1848 unter die Besucher der Paulskirche gemischt hatte und zwei Jahr später nach Amerika auswandern musste, und das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus von Hans Wimmer. Die von Wimmer geschaffene Statue – eine überlebensgroße gefesselte, sich aufbäumende Gestalt – steht auf einem Sockel, in dem die 53 Namen von Konzentrations- und Vernichtungslagern eingemeißelt

47 Hils-Brockhoff, Hock: Die Paulskirche (wie Anm. 45), S. 71.
48 Hils-Brockhoff, Hock: Die Paulskirche (wie Anm. 45), S. 78.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sind. Weiterhin ist an der Nordostseite der Kirche eine am 25. Juni 1966 durch Oberbürgermeister Willi Brundert enthüllte Relieftafel für den ermordeten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy zu sehen, der am 25. Juni 1963 in der Paulskirche eine Rede gehalten hatte, aus der die Tafel den Satz zitiert: »Niemand soll von dieser unserer atlantischen Generation sagen, wir hätten Ideale und Visionen der Vergangenheit, Zielstreben und Entschlossenheit unseren Gegnern überlassen.« Das fügt sich durchaus in den Kontext der Erinnerung an die Revolution von 1848 und ihre Ziele. Insgesamt hat sich im Laufe der Zeit also eine bunte Vielfalt von weiteren Erinnerungsbezügen hergestellt, die man im weiteren Sinne mit einer demokratisch-liberalen Erinnerungskultur identifizieren kann.
Zu erwähnen ist noch die innere Ausgestaltung der Paulskirche im Sinne eines Erinnerungsortes. An prominenter Stelle ist hier das im Zuge des Umbaus von 1988 bis 1991 geschaffene kolossale Wandgemälde »Der Zug der Volksvertreter zur Paulskirche« des Berliner Malers Johannes Grützke, das am 16. April 1991 feierlich enthüllt wurde. Der »Zug der Volksvertreter« entstand 1989 bis 1991 und zeigt in zehn Szenen die Parlamentarier im Verhältnis zum Volk. Während das Volk – bunte, allegorische Figuren – im Vordergrund verharrt, schreiten seine monochrom grau-schwarz gekleideten Vertreter hinter ihm vorbei, einem unsichtbaren Ziel entgegen. Das Deutsche Reich ist als antikisierende Frauenstatue dargestellt, die mit der linken Hand ihren schwangeren Leib stützt. Nur vereinzelt gibt es Bezüge zu konkreten historischen Ereignissen, wie etwa in der Darstellung des füsilierten Robert Blum.[49] Grützke stellte damit mit oder ohne Wissen einen Bezug zum ersten Erinnerungsmonument der Revolution in Frankfurt her, das am Todestag von Blum eingeweiht wurde.

Schluss

Die Erinnerungskultur der liberalen Bewegung und das Erinnern an die zentralen Ziele und Ereignisse dieser Bewegung haben deutliche Spuren im öffentlichen Raum der Stadt Frankfurt hinterlassen. Waren es anfangs Denkmäler von Freiheit und Gerechtigkeit, die einer republikanischen Kultur entsprangen und an die der Frühliberalismus anknüpfen und Bezug nehmen konnte, so folgte eine Zeit der Umdeutung kultureller Festakte einer im weitesten Sinne bürgerlichen Kultur in politische Demonstrationen gegen die antiliberale Ordnung des Deutschen Bundes durch die städtische demokratisch-liberale Oppositionsbewegung. Der Aufstand gegen diese Ordnung in der

49 Vgl. Artikel »Frankfurter Paulskirche« in http://de.wikipedia.org/wiki/Portal:Geschichte (Zugriff am 6. September 2008).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Revolution von 1848 und 1849 wurde dann im Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik der zentrale Bezugspunkt für eine liberale Erinnerungskultur, der sich im Laufe des 20. Jahrhunderts auch die Sozialdemokratie anschloss. Bis dann nach der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus eine parteiübergreifende Erinnerungsstätte für die politische Verortung der Bundesrepublik geschaffen wurde – ein politisches Monument in einer Stadt, die anders als Berlin, München oder Dresden eigentlich nie politische Macht besessen hatte.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Beate-Carola Padtberg

Hambach – Erinnerungsort aus dem südwestdeutschen Vormärz

Dieses Konzept der Erinnerungsorte, das in Frankreich entstand, wird seit gut einem Jahrzehnt auch in Deutschland diskutiert, allerdings überwiegend unter einer »nationalen« Perspektive. Die Herausgeber dieses Jahrbuches stellten sich vor einiger Zeit die Frage, ob es auch für den deutschen Liberalismus Orte gibt, mit denen sich »Triumphe und Traumata« verbinden lassen? Was könnte eine Stätte zu einem Erinnerungsort der Liberalen oder gar einem liberalen Erinnerungsort machen? Bestehen dabei regionale und chronologische Schwerpunkte? Dabei kann ein »Erinnerungsort« sowohl einen »ganzen« Ort umfassen, als auch bestimmte »Orte« innerhalb eines »geographischen« Ortes meinen.
Daraus ergaben sich weiterführende Fragestellungen:

- Sind mehr der organisierte Liberalismus oder mehr unabhängige liberale Elemente grundlegend für die Erinnerungsorte?
- Lassen sich befriedigende Unterschiede bzw. gar Definitionen für »liberale Erinnerungsorte«, »Erinnerungsorte der Liberalen« und »Erinnerungsorte des Liberalismus« finden?
- Inwiefern ist die Aufspaltung des politischen Spektrums für die »liberale Erinnerungsarbeit« von Bedeutung?

Im Folgenden wird die Hambacher Schlossanlage, die hier als ein Ort gilt, obwohl Feiern und Zusammenkünfte zeitweise auch außerhalb – also nur auf dem Berghang stattfinden konnten – unter folgenden Gesichtspunkten betrachtet:
Warum kam es gerade hier zu einem derartig eindrucksvollen Protest? Welche gesellschaftspolitischen Modernisierungsanstöße gingen von dort aus und wie werden uns heute die damaligen Ereignisse nahegebracht?
Um die zentrale Frage, ob Hambach ein Erinnerungsort des Liberalismus ist, beantworten zu können, wird zuerst die überlieferte Erinnerungs- und Festkultur anlässlich verschiedener Jubiläen beschrieben: vom Vormärz bis in die Weimarer Republik und danach in der Bundesrepublik bis 2007, dem 175jährigen Jubiläum.
Anschließend wird untersucht, welchen Stellenwert die Hambach-Tradition für den heutigen Liberalismus hat, und zwar in der Geschichtswissenschaft, in

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der bundespolitischen Geschichte, in der Regionalpresse und bei der FDP in Rheinland-Pfalz. Dabei ist natürlich von besonderem Interesse, wie die Liberalen dort mit dieser Erinnerung umgehen und wie sie diesen Ort für sich einordnen.

Warum ausgerechnet Hambach? So mag sich mancher angesichts des 175jährigen Jubiläums verwundert gefragt haben. Aber die Wahl des Ortes erfolgte seinerzeit ohne Bezug auf seine bisherige Bau- und Nutzungsgeschichte.
Dieses Volksfest fand eher zufällig vor der Ruine der alten Kästenburg – wie das Hambacher Schloss früher hieß – statt, obwohl die Burg oberhalb des Dorfes Hambach, das heute zu Neustadt an der Weinstraße gehört, eine bewegte Geschichte hat: Aus einer römischen Anlage wurde im 11. Jahrhundert eine romanische Burg, die schon bald in den Besitz der Bischöfe von Speyer überging. Während der Bauernkriege wurde sie 1525 schwer beschädigt und im pfälzischen Erbfolgekrieg 1688 von französischen Truppen verwüstet. Nach dem Wiener Kongress kam die Ruine 1816 als Teil der nun bayerischen Rheinpfalz an das Königreich Bayern, das sie zum Verkauf anbot. 1823 erwarben sechzehn Neustädter Bürger den Berg samt der darauf stehenden Ruine und machten ihn zu einem populären Ausflugsziel.[1]
Der erste Anstoß zum Fest erfolgte im April 1832 durch einen Aufruf in mehreren pfälzischen Zeitungen zu einer »Feier des Jahrgedächtnisses der Verkündigung der Verfassungsurkunde vom 26. (!) Mai 1818 des Königreichs Bayern«. Der Inserent, ein Neustädter Geschäftsmann, der angeblich anonym blieb, wollte mit diesem Fest vermutlich nur Geld verdienen.
Aber Volksfeste mit politischem Hintergrund hatten in der Pfalz Tradition; dort wurden nicht nur der König oder die Verfassung gefeiert, sondern auch oppositionelle Abgeordnete. Denn seit der französischen Revolution von 1789 hatten deren politische Kernforderungen viele Anhänger in der Rheinpfalz gefunden – insbesondere unter Journalisten und Rechtsanwälten, die deshalb seit 1819 gegen die Karlsbader Beschlüsse und die daraus folgende Demagogenverfolgung auftraten. Die revolutionäre Welle von 1830 weckte zusätzlich Sympathien für alle Aufständischen, insbesondere für den Freiheitskampf der Polen. So wurden Polenvereine zur Unterstützung mit Geld-, Kleider- und Lebensmittel-Sammlungen gegründet; es entstanden emotionale Gedichte und Lieder als Bestandteile einer neuen politischen Festkultur.

> »Zu den engagiertesten Demokraten der Rheinpfalz zählten die Journalisten Siebenpfeiffer, Wirth, Hochdörfer, Kohlhepp und Kolb, die sich zugleich als Redak-

1 Klaus Bemmann: Deutsche Nationaldenkmäler und Symbole im Wandel der Zeiten. Göttingen 2007, hierzu und zum folgenden: Das Hambacher Schloss, S. 57f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

teure und Verleger betätigten und oppositionelle Zeitungen herausbrachten, sowie die Rechtsanwälte Schüler, Savoye und Geib, die Advokaten am Zweibrücker Appellationsgericht waren.«[2]

1832 hatten Wirth und Siebenpfeiffer gemeinsam mit engagierten Journalisten und demokratisch gesinnten Bürgern in Zweibrücken den »Deutschen Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse«, kurz Pressverein genannt, gegründet. »Innerhalb weniger Monate traten mehr als 5 000 Menschen aus ganz Deutschland dem Verein als Mitglieder bei. Der Pressverein ...organisierte auch politische Feste, um unter dem Deckmantel der Geselligkeit Gelegenheit zur politischen Diskussion ...zu geben.«[3] Mitglieder des Pressvereins, nämlich Siebenpfeiffer und 32 Neustädter Bürger, funktionierten die bereits erwähnte annoncierte bayerische Verfassungsfeier mit einem eigenen Aufruf in zahlreichen Zeitungen und als Flugblatt für ihre Ziele um und verlegten sie auf den 27. Mai, vermutlich weil dies ein Sonntag war. Das Verbot des Regierungspräsidenten im Rheinkreis vom 8. Mai verschaffte der Feier zusätzlich Popularität und musste als überzogen zurückgenommen werden. Wie wir wissen, kamen um die 30. 000 Besucher aus allen Bevölkerungsschichten, auch zahlreiche Frauen, und die Farben Schwarz-Rot-Gold dominierten – nicht nur bei den Fahnen. »Sie kamen aus Köln, Göttingen, Magdeburg, Leipzig, München, Konstanz, ja selbst aus Stralsund und Kiel, ... Sie kamen zu Fuß, zu Pferde, in Kutschen und Wagen. Und das Erstaunliche und Neuartige war: Sie kamen aus allen Schichten des Volkes. Die Akademiker und Studenten waren keineswegs in der Überzahl, sondern den größten Teil stellten die Handwerksmeister und -gesellen. Zahlreich waren auch die Kaufleute, Krämer, Wirte, Kleinbauern und Tagelöhner vertreten. Entsprechend der direkten Ansprache im Aufruf: »Deutsche Frauen und Jungfrauen ...schmücket und belebet die Versammlung durch eure Gegenwart!« waren auch viele Frauen der Einladung gefolgt. Außerdem waren Gesinnungsfreunde aus dem benachbarten Frankreich und polnische Freiheitskämpfer in nicht geringer Zahl erschienen.«[4]

Angesichts dieses zeitgenössischen Berichtes stellt sich die Frage, warum es gerade in dieser Region zu einem derartig eindrucksvollen Protest kam? Die Pfalz hatte zwischen 1797 und dem Wiener Kongress zur französischen Republik gehört, also hatten die Menschen das französische Verwaltungs- und Justizsystem schätzen gelernt. Als die linksrheinische Pfalz 1816 zum Königreich Bayern kam, engte die Staatsregierung die Rechte der Pfälzer jedoch mehr und mehr ein. Hohe Steuern, ein unausgewogenes Zollsystem, das den

2 Ebd., S. 59.
3 Ebd ., S. 60/61.
4 Ebd., S. 62.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Export von Wein und Tabak aus der Pfalz behinderte sowie Missernten führten zu wachsender wirtschaftlicher Not.
Welche dauerhaften Modernisierungsanstöße für einen bürgerlichen Nationalstaat gingen nun tatsächlich vom Hambacher Fest aus – laut einer häufig zitierten Bewertung von Theodor Heuss, der »ersten politischen Volksversammlung der neueren deutschen Geschichte« ? Im Vorwort zum »Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft« 2006 steht dazu:»Im Mai 2007 wird in einer Vielzahl von Veranstaltungen des Hambacher Fests vor dann 175 Jahren gedacht werden. In großer Übereinstimmung wird einmal mehr hervorgehoben werden, dass die Ereignisse des 27. und des 28. Mai 1832 auf der Schlossruine zu Hambach und im nahen Neustadt an der Haardt zu den eindrucksvollsten Manifestationen des deutschen Strebens nach Freiheit und Einheit vor dem März 1848 zählen. Kontrovers aber werden auch diesmal die Bewertungen und Beurteilungen der in Hambach formulierten Ziele, der Wirkungen des Fests und seiner Rezeption ausfallen. War das Hambacher Fest doch von Anfang an selbst im liberalen und demokratischen Lager umstritten.«[5]
Eine Historikerin aus Neustadt hat 2007/08 unter hambacher-anstoesse sieben Thesen ins Netz gestellt, deren Quintessenz aus heutiger Sicht lauten könnte:
- ein unbeschränktes Versammlungsrecht mit freier Meinungsäußerung und Pressefreiheit,
- gleiche Freiheitsrechte für jeden Menschen,
- die staatliche Einheit für die deutsche Nation,
- ein in Frieden vereinigtes Europa,
- Freundschaft und Solidarität unter den Völkern,
- Frauenrechte,
- politische Bildungsarbeit als Basis für eine Bürgergesellschaft.[6]

Hierbei handelt es sich um konkrete gesellschaftspolitische Aussagen, die anhand der zahlreichen Reden von 1832 überprüfbar sind und die bereits auf den ersten Blick zutreffend erscheinen. Aber es wurde auch häufig weniger Konkretes, dafür eher Überraschendes als »der wahre Geist von Hambach« überliefert, der anscheinend immer wieder dem Lauf der deutschen Geschichte als Abbild entsprechen sollte. Darauf wird im Zusammenhang mit der Erinnerungs- und Festkultur im Hauptteil näher eingegangen.
Aufschlussreich ist auch, in welcher Weise uns heute die damaligen Ereignisse nahegebracht werden. Denn das positive staatliche Gedenken und die politisch korrekte Verortung in doch recht unterschiedlichen Nachschlagewerken übermitteln jetzt eine bruchlose Hambach-Tradition:

5 175 Jahre Hambacher Fest 1832-2007. Hrsg. von der Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung e.V. Neustadt an der Weinstrasse. Jahrbuch 14 der Hambach Gesellschaft 2006.
6 Dr. Frauke Volkland, Historikerin, Neustadt/Weinstraße www.hambacher-anstoesse.de

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

– Wir können den berühmten Zug hinauf zur Schlossruine als Briefmarke für 145 Cent erwerben und versenden; denn die Deutsche Post hat diese Sondermarke zum 175jährigen Jubiläum herausgebracht.
– In der Brockhaus Enzyklopädie von 2001 heißt es unter »Hambacher Fest«: »Erste Massenkundgebung für ein freies und einiges Deutschland. ...Unter den Farben Schwarzrotgold forderten die Versammelten ein einiges und freies Deutschland als föderative Republik, die im Verbund mit den demokratischen Kräften in den europäischen Nachbarstaaten ein Gegengewicht zur Heiligen Allianz bilden sollte.«[7]
– Bei Wikipedia fand sich im Juli 2008 unter »Zug zum Hambacher Schloss« folgende Bewertung:»Die Hauptforderungen der Festteilnehmer waren Freiheit (Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit), Bürgerrechte, nationale Einheit, eine Neuordnung Europas auf der Grundlage gleichberechtigter Völker, Volkssouveränität und religiöse Toleranz.«

In der regionalen Presse, z.B. in der dort weit verbreiteten Tageszeitung »Die Rheinpfalz«, die regelmäßig über Ereignisse rund um das Hambacher Schloss berichtet, wird dieser Ort als »Wiege der deutschen Demokratie« und als »Freiheitssymbol« definiert und hoch geschätzt.[8] Von dort gingen – angeblich erstmalig – die damals revolutionären Forderungen nach »Vaterland, Volksfreiheit, Völkerbund!« aus und deshalb erschien es der Lokalredaktion in Neustadt beispielsweise sogar 2004 angemessen, als »Thema am Samstag« eine ganze Zeitungsseite mit Beiträgen und farbigen Abbildungen zum »Nordpfälzer Kampf für Demokratie und Bürgerrechte« zu füllen.[9] Selbstverständlich widmete »Die Rheinpfalz« erst recht im Jubiläumsjahr 2007 allen entsprechenden Aktivitäten zahlreiche Artikel; gestaltete erneut unter dem »Thema am Samstag« eine ganze, auch farbig schön illustrierte Seite zum Thema »Und immer wieder das Hambacher Schloss ...«[10]
In dieser Region wurde am 7. März 1985 ein Verein »Die Hambacher...e.V.«, Vereinigung zur Förderung der Dorfentwicklung, Heimat- und Kulturpflege gegründet, der seit 1991 jährlich zwei Ausgaben eines Journals unter gleichem Namen herausgibt. Zum Jubiläumsjahr erschien im Mai 2007 ein Doppelheft Nr. 30 als kleine Festschrift mit vielfältigen lokalhistorischen Beiträgen und entsprechenden Abbildungen. »Die Darstellungen spannen einen Bogen von der Baugeschichte des Schlosses über Hambachs Anteil an den

7 Studienausgabe in 24 Bänden, 20. überarb. u. akt. Ausg. F.A. Brockhaus, Leipzig 2001, Bd. 9, S. 418.
8 Die Rheinpfalz, Nr. 303 vom 29. 12. 2004, Seite: Kultur Regional.
9 Die Rheinpfalz, Nr. 176 vom 31.7. 2004, Seite: Rockenhausen.
10 Die Rheinpfalz, Nr. 221 vom 22.9.2007, Seite: Im Blickpunkt.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Traditionsfeiern bis hin zu den aktuellen Geschehnissen rund um die Jubiläumsfeierlichkeiten.«[11]

Auf diesem heimatkundlichen Hintergrund hatten Schüler aus der Pfalz im Juni 2007 Gelegenheit, den historischen Gang hinauf zum Schloss nachzuvollziehen und dabei auch selbstgemachte Transparente und Fahnen mit den seinerzeit gängigen Forderungen mit sich zu führen. Elftausend (!)Schüler nahmen an diesem »Hambacher Fest der Jugend« teil und die Berichte und Bilder darüber erreichten alle Medien in der Region unter dem Motto »Jugend die Idee der Demokratie vermitteln«.[12]

Burschenschaftler dagegen fanden im offiziellen, etliche Wochen ausfüllenden Festprogramm keinen Platz und deshalb besuchten etwa 300 Vertreter der Deutschen Burschenschaften »unter Sicherheitsvorkehrungen der Polizei« bereits Ende März die Schlossanlage, die zu diesem Zeitpunkt noch eine Baustelle war. Zuvor hatten sie auf einer Tagung in Landau über Meinungsfreiheit einst und jetzt diskutiert.[13]

Passend zu dieser regionalen Fixierung auf Hambacher Traditionen erschien ein Reiseführer, der natürlich auf dem Schloss vorgestellt wurde und Besucher über die »Straße der Demokratie« leitet. Dabei handelt es sich um eine Route von Nord nach Süd, beginnend bei Frankfurt am Main, über Mainz, Mannheim, Heidelberg, Neustadt, Landau, Bruchsal weiter nach Karlsruhe, Rastatt, Offenburg, Freiburg und Lörrach.[14]

Daneben gibt es inzwischen eine kaum überschaubare Vielfalt von persönlichen und historischen – teils populären, teils wissenschaftlichen – Darstellungen zum Hambacher Fest und seinen Folgen. Speziell in der Pfalz wurde diese Erinnerung an die eigene geschichtliche Tradition durch ständige – teilweise lokalpatriotische – Berichte am Leben gehalten; angereichert durch entsprechende Lieder und Gedichte, reproduzierte Portraits der populären Festredner und Devotionalien in Schwarz-Rot-Gold.[15]

Eine Literaturliste im Internet verzeichnete zum Begriff »Hambacher Fest« am 22. Mai 2007 aktuell 261 Buchtitel, war damit aber sicher nicht vollständig. Kein Zweifel, Hambach ist als Ort der Erinnerung auch heute noch lebendig.

11 Die Hambacher ..., Der Ortsvorsteher Klaus Göring berichtet, Heft 30, Neustadt 2007, S. 3. Ergänzende Informationen von Klaus Göring im Nov. 2008.

12 Die Rheinpfalz, Nr. 103 vom 4.5.2007, Seite: Die Rheinpfalz; Die Rheinpfalz »Viel besser als zehn Stunden Schule!«, Nr. 140 vom 20.6.2007, Seite: Südwestdeutsche Zeitung.

13 Die Rheinpfalz, Nr. 78 vom 2.4.2007, Seite: Neustadt an der Weinstrasse.

14 Die Straße der Demokratie – Revolution, Verfassung und Recht. Ein Routenbegleiter auf den Spuren der Freiheit. Hrsg. von Susanne Asche und Ernst Otto Bräunche für die Arbeitsgruppe Straße der Demokratie. Karlsruhe 2007.

15 Ausführlicher dazu Erich Schneider, Hambach-Gedenken vor dem Ersten Weltkrieg, in: 175 Jahre Hambacher Fest (wie Anm. 5), S. 187-189 u. Anm. 4-42.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ein Erinnerungsort des Liberalismus?

Aber ist Hambach auch ein Erinnerungsort des Liberalismus? Um diese Frage beantworten zu können erscheint es sinnvoll, erst einmal die überlieferte Erinnerungs- und Festkultur anlässlich historischer Ereignisse und verschiedener Jubiläen zu beschreiben.

Im Vormärz fanden bereits 1833 Erinnerungsfeiern am und auf dem Schlossberg statt, der ja weiterhin als Ausflugsziel beliebt und viel besucht war; allerdings nicht annähernd in der Größenordnung von 1832. Aber es ist überliefert, dass viele Besucher Hambacher Hüte und Bärte, spezielle Schürzen oder Röcke und natürlich traditionelle Spazierstöcke trugen – häufig mit schwarz-rot-goldener Dekoration. Es scheint eine eher folkloristische Erinnerung gewesen zu sein.[16] Für die Zeit danach ist nichts Spektakuläres überliefert, aber in den Revolutionsjahren 1848/49 wurden die Hambacher Ereignisse wieder aktuell. »Das zeigte sich u.a. bei der `Erinnerungsfeier`, die am 28. Mai 1848 auf der Wolfsburg bei Neustadt stattfand und beachtlichen Zulauf hatte.«[17]

Warum fand diese Feier nicht auf dem Hambacher Schlossberg statt? Weil die berühmte Ruine 1842 dem bayerischen Kronprinzen Maximilian von devoten Pfälzer Bürgern und Kommunalpolitikern zur Hochzeit mit Prinzessin Marie von Preußen geschenkt und in Maxburg umbenannt worden war. Sie sollte als Wohnsitz ausgebaut werden, um das bayerische Königshaus an die Pfalz zu binden, aber die Bauarbeiten wurden 1846 – angeblich aus Geldmangel – eingestellt.[18] Später, nach der gescheiterten Revolution und während der politisch reaktionären Regierungspolitik in der Pfalz war die Erinnerung an das Hambacher Fest offiziell unerwünscht, wurde aber durch eine vielfältige zeitgenössische Pfalzliteratur in der Bevölkerung wach gehalten.[19]

Der liberale Aufbruch, der mit der Neuen Ära in Preußen begann, hat sich anscheinend nicht augenfällig an der Hambacher Tradition orientiert, aber bald nach der Reichsgründung geriet das 40jährige Jubiläum in den Blick der nationalliberalen Partei, die in der Pfalz eine bedeutende Rolle spielte. So kam es 1872 zu einem patriotischen »Dank- und Siegesfest«, ganz im Einklang mit Kaiser und Reich, bei dem der Einheitsgedanke alle anderen Forderungen von 1832 verdrängte. Folglich wurden auch die schwarz-rot-goldenen Fahnen nun von zahlreichen Schwarz-Weiß-Roten fast überdeckt. Diese Umdeutung veranlasste die linksliberale und demokratische Presse zu heftiger Polemik. Auch führende Zentrumsblätter empfanden die kulturkämpferischen Parolen ausgerechnet bei dieser Feier als verletzend.[20]

16 Die Rheinpfalz, Nr. 221 vom 22.9.2007, Seite: Im Blickpunkt.
17 Schneider (wie Anm. 15), S. 189 u. Anm. 44.
18 Bemmann, (wie Anm. 1), S. 66.
19 Schneider (wie Anm. 15), S. 189 u. Anm. 48.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Als Revanche fühlte sich 1882 – zum 50. Jahrestag – die demokratische Volkspartei der Pfalz, die zum linken Flügel der Liberalen zählte, zu einer eindrucksvollen Jubiläumsfeier berufen. Dabei wollte sie vor allem an die demokratischen Tendenzen von 1832 erinnern, weil sie sich dem Erbe von 1848/49 verpflichtet fühlte. Die Nationalliberalen zeigten offiziell keinerlei Interesse an einer Feier, vermutlich wegen der eigenen organisatorischen Aufspaltung, die bei ihnen zu einem Rechtsruck führte. Das Festprogramm der Volkspartei wurde dann jedoch ausgerechnet von einem nationalliberalen Bezirksamtmann als gefährliche demokratische Massenkundgebung verboten; auch eine akademische Feier im Neustädter Saalbau, die als Ersatz dienen sollte, wusste er mit Hilfe einer Fehlinterpretation des Sozialistengesetzes zu unterbinden. Mit diesen Verboten und Verdächtigungen kämpfte der »unversöhnliche Demokratenfeind« gegen »republikanische und revolutionäre Tendenzen des 1832er Festes«, die er nicht erneut wiederbelebt sehen wollte. Tatsächlich versuchte daraufhin ein Sozialdemokrat in der Nacht zum 29. Mai 1882 eine rote Fahne auf der Schlossruine aufzustecken, wurde jedoch von Wache haltenden Gendarmen verhaftet. Auch ein im Schweizer Asyl lebender sozialdemokratischer »Hambacher Veteran« ließ seine Flugschrift zu diesem Jubiläum illegal in der Pfalz verbreiten.

Natürlich erregten diese Vorgänge reichsweit großes Aufsehen und vertieften die Polarisierung zwischen den Anhängern und Gegnern der Hambach Tradition in Wort und Schrift. Nach dieser verhinderten Fünfzig-Jahrfeier fanden in der Pfalz während des Kaiserreichs keine öffentlichen Erinnerungsveranstaltungen mehr statt, obwohl sich einige Jubiläumsdaten angeboten hätten, wie 1892, 1902, 1907 oder 1912. In welchem Umfang diese Jubiläen zumindest publizistisch gewürdigt wurden, wäre einen eigenen Beitrag wert. Aber die Volkspartei erinnerte 1892 wenigstens mit einer Abbildung auf der Titelseite der demokratischen »Pfälzischen Volkszeitung« an den historischen Zug hinauf zum Schloss.

Die »auffallende Hambach-Abstinenz der Nationalliberalen« war vermutlich auch eine Reaktion auf die Neubewertung des Hambacher Festes durch nationalliberale Historiker; allen voran durch Heinrich von Treitschke, der sich damit im 4. Band seiner »Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert« beschäftigte und abschließend »ein ziemlich vernichtendes Urteil über die Anliegen und die Ergebnisse von Hambach« fällte.[21] Bereits bei der Feier von 1872 war aufgefallen, dass die Nationalliberalen das Gedankengut von 1832 inzwischen stark reduziert – ja, uminterpretiert – hatten.

20 Schneider, hierzu und zum folgenden S. 190-194.

21 Jürgen Frölich, Hambach und die Folgen – Zur Rezeption des Hambacher Festes in der deutschen Historiographie, in: Johann Georg August Wirth (1798-1848). Ein Revolutionär aus Hof, hrsg. von Axel Herrmann und Arnd Kluge, Hof 1999, S. 139-158, Zitat S. 143.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dagegen begannen die Sozialdemokraten 1890, also sofort nach dem Fall des Sozialistengesetzes, das Hambacher Erbe für sich zu reklamieren. Dabei nahmen auch sie mit Hilfe einer journalistisch-historischen Hambach-Rezeption eine Neubewertung vor und definierten 1832 als revolutionären Vorläufer der Sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Ihr Vorwurf an das liberale Bürgertum, seine Tradition jetzt totzuschweigen – ja, sich ihrer zu schämen – verfestigte die Frontstellung gegen den »opportunistischen« Liberalismus.

Sogar prominente Sozialdemokraten wie Ferdinand Lassalle und Jahrzehnte später Wilhelm Liebknecht pilgerten zum Hambacher Schloss und schrieben danach in bewegenden Worten über diese Weihestätte mit ihrem speziellen Geist, den sie dort noch gespürt zu haben glaubten.[22] Als 1909 ein Sozialdemokrat überraschend die Stichwahl um das Reichstagsmandat im zweiten pfälzischen Wahlkreis (Dürkheim-Neustadt-Edenkoben-Landau) gewann und damit den Nationalliberalen in ihrer bisherigen Hochburg eine Niederlage zufügte, wurde dies in der regionalen Presse enthusiastisch kommentiert und entsprechend eingeordnet: »Die rote Fahne weht auf dem Hambacher Schloss!« Dem entsprechend veranstalteten die Sozialdemokraten dann 1910 eine große Maikundgebung für diesen Reichstagswahlkreis, die allerdings nur am Hambacher Schlossberg stattfand; denn die königliche Schlossanlage selber durfte dafür nicht genutzt werden. Zu dieser Feier ließen sie sogar eine spezielle »Maifeier-Postkarte« drucken, die das Hambacher Schloss als Wahrzeichen der Pfalz zeigte. Die Festrede begann: »Hut ab! – Der Boden, auf dem ihr steht, ist heiliges Land!« Dieser Mythos wurde auch später noch zelebriert, z.B. auf dem Landesparteitag der bayerischen Sozialdemokratie im Juli 1914 in Neustadt.

Erst zum 90. Jahrestag – also 1922 – fand wieder eine öffentliche Gedenkfeier statt und die Pfälzer Sozialdemokraten nahmen dieses Jubiläum zum Anlass für eine große Kundgebung unter dem Motto: »Für Republik, Demokratie und Sozialismus!« Denn das Schloss, auf dem nun die schwarz-rot-goldene Fahne wehte, erschien ihnen jetzt als Symbol für die deutsche Demokratie.[23]

Gleichzeitig hat es 1922 auch eine Feier der Deutschen Demokratischen Partei gegeben, die aber separat stattfand, weil die beiden Parteien sich im Vorfeld auf keinen gemeinsamen Ablauf einigen konnten.[24] Leider ist über die Gestaltung dieser Feier nichts überliefert. 1925 organisierte das »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« einen »Republikanischen Tag« von Hambach;

22 Ausführlich zur neuen parteipolitischen Historiographie bei Schneider, S. 195f.
23 Schneider (wie Anm. 15), S. 196-198.
24 Bemmann (wie Anm. 1), S. 67.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

anscheinend eine Verfassungsfeier als Demonstration für die Solidarität aller Demokraten quer durch die Parteien. Damit sollte auch an die republikanische Traditionslinie von 1832 erinnert werden, die lange Zeit kaum Beachtung gefunden hatte – eher verschwiegen worden war.

Bei der Hundertjahrfeier 1932 wollte man nun alles richtig machen; deshalb sollten die Parteien nicht als Veranstalter beteiligt werden. Das Fest sollte von einer neu gegründeten »Arbeitsgemeinschaft der Pfälzischen Presse« ausgerichtet werden, »denn der 28. Mai sei ein Gedenktag aller Deutschen«. Allerdings mischte sich diesmal das Haus Wittelsbach, dem das Schloss ja immer noch gehörte, hartnäckig und politisch zensierend ein. Deshalb mussten zwei Feiern stattfinden: eine auf dem Schlossplatz und eine im Neustädter Saalbau. Auch die Auswahl der Redner verlief strittig bis zuletzt, weil sie politisch vollkommen ausgewogen sein sollte.[25] Bereits am 10. Februar 1932 erschien ein Aufruf dieser Arbeitsgemeinschaft und danach versuchten alle Zeitungen und Vereine in der Region, die Menschen mit Informationen und Artikeln einzustimmen.
Dennoch entbrannte ein »Streit der Parteien um das Erbe von Hambach«, die Überparteilichkeit der Veranstalter wurde in Zweifel gezogen und alle parteinahen Presseorgane bombardierten sich mit den altbekannten Klischees. Nur der politische Katholizismus und das Zentrum reagierten ambivalent, hielten eine liberale Demokratie inzwischen für bedeutungslos und sahen in den Männern von 1832 keine Patrioten sondern »Revolluzer«.
Auch die Nationalsozialisten traten im Februar 1932 mit ihrer pfälzischen Zeitung »NSZ-Rheinfront« in diese Debatte ein, allerdings übertrafen sie alle anderen mit ihrer hasserfüllten und judenfeindlichen Polemik. Erstaunlicherweise wollten aber auch sie die Hakenkreuzfahne auf dem Hambacher Schloss wehen lassen und behaupteten: »Allein die NSDAP hätte das Recht, das Volk zu einem Hambacher Fest aufzurufen; denn hinter ihr würden Hunderttausende deutscher Volksgenossen marschieren und das Hakenkreuz vor sich hertragen, als Zeichen der Hoffnung.«[26] Später, während des Dritten Reiches, versuchte die pfälzische NSDAP sogar das Hambacher Schloss zu kaufen, um es dem Führer zu schenken; aber dieses Vorhaben scheiterte an regionalen Widerständen.[27]
Zur Feier von 1932 sollten auch die Nachfahren der Männer kommen, die als Wortführer aufgetreten waren: Dem Frankfurter Patentanwalt Richard Wirth gefiel das beliebig wirkende Veranstaltungskonzept zwar nicht, aber er trat dann doch als Redner auf. Der französische General Alfred Pistor blieb der

25 Günther Volz: Hundertjahrfeier des Hambacher Festes am 28. Mai 1932, in: 175 Jahre Hambacher Fest (wie Anm. 5), S. 205f.
26 Ebd., S. 212-215; Zitat S. 214, Anm.56.
27 Ebd., S. 232 u. Anm. 25.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Feier wegen bekannter antifranzösischer Ressentiments ihm gegenüber fern; besuchte aber später das Grab seines Vorfahren. Dr. Hermann Geib, Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, sprach wohl ausgewogen über das Motto: Gedenktag der deutschen Einheit und Freiheit.

Theodor Heuss war als Mitglied im Rednerstab der »Reichszentrale für Heimatdienst« – eine Einrichtung der Reichsregierung für alle Fragen der Volksaufklärung – eigentlich für den Festakt im Saalbau vorgesehen gewesen, aber zu guter Letzt hielt er sein lange vorher eingereichtes Referat auf der Kundgebung vor dem Schloss. Dabei ging er auch auf die tagespolitischen Umdeutungen ein: »Es hat Zeiten gegeben, da die Feiernden nur den nationaldeutschen Elan spüren wollten, andere, da sich alle Erinnerung um den Katalog bürgerlicher Freiheiten sammelte, andere, die den Unterton sozialrevolutionärer Strömungen als das Neue und Zukunftsrechtliche jener Begegnung empfanden. Wir haben die Naivität solcher vereinfachten Deutung verloren. Wir sehen stärker das Verwickelte und Komplexe der sehr konkreten Voraussetzungen, die zu dem Tage von 1832 geführt haben, und erspüren die Spannung der geistesgeschichtlichen Lage.«[28] Die Wurzeln dafür sah Heuss in den beiden seinerzeit maßgeblich handelnden Personen gelegt, also in Siebenpfeiffer und Wirth und deren höchst unterschiedlicher Werteorientierung: des einen im Geist der Aufklärung – des anderen im Geist der Romantik. Diese Rede von Heuss wurde von der Presse überwiegend als akademisch, aber auch als aufrecht demokratisch empfunden und zahlreiche Zeitungen zitierten daraus.[29]

Ein Zitat aus der »Pfälzischen Post« passend zum bekannten Heuss-Foto vom 28. Mai 1932 vermittelt ein Stimmungsbild: »Heuss spricht mit flatternden Haaren, neben ihm steht die alte Fahne, Turner in ihrem geschmackvollen Dress halten die Ehrenwache, ein Flugzeug kreist über der Burg, zwischen den von Sonne durchfluteten Bäumen drängen sich die Menschen, die hinaufgestiegen sind zum Mitfeiern.«[30] An dieser Feier vor dem Schloss nahmen etwa zwei- bis dreitausend Personen teil, überwiegend aus dem bürgerlichen Mittelstand, wenige Arbeiter und kaum Jugendliche. Die Nationalsozialisten hatten Heuss schon im Vorfeld heftig attackiert, vor allem wegen seines Buches »Hitlers Weg«, das Ende 1931 erschienen war und 1932 noch 8 Auflagen erlebte. Natürlich billigten sie auch im Nachhinein weder seinen Auftritt als Redner noch seine Worte.

Dieses Jubiläum veranlasste etliche Historiker zu einer Publikation über ein Hambach-Thema und der Buchmarkt bot dementsprechend Literatur für jedes

28 Ebd, S, 208-211, Zitat S. 211.
29 Die Rede ist erneut abgedruckt als Anhang zu Günter Volz: Theodor Heuss und die Hambach-Jubiläen von 1932 und 1957, in: 175 Jahre Hambacher Fest (wie Anm. 5), S. 233-239.
30 Ebd., S. 232 u. Anm. 23, Foto S. 231.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Niveau.[31] Aber auch die »Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse« hatte rechtzeitig aktuelle Quellenforschungen angeregt und die bayerische Staatsregierung hatte daraufhin für diese Forschungsarbeit ihre Archive, Bibliotheken und Sammlungen geöffnet. So konnte eine historische Ausstellung im Neustädter Heimatmuseum gezeigt werden.[32]

Das Gedenken an Hambach in der Bundesrepublik

»Nach 1945 dachte kaum jemand mehr an Hambach. Man hatte zunächst andere Sorgen«. Das schrieb »Die Freiheit«, das Presseorgan der rheinland-pfälzischen SPD 1957 rückblickend.

> »Dies überrascht, da die Errichtung eines freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates in den drei westlichen Besatzungszonen sehr wohl in der Tradition der Hambacher steht und man hätte erwarten können, dass die junge Bundesrepublik trotz aller Diskontinuitäten und Brüche deutscher Vergangenheit entschiedener auf die Hambach-Tradition zurückgegriffen hätte als sie es zunächst tat.«[33]

Angesichts dieses Vakuums ging die Initiative zu einer Feier anlässlich des 120jährigen Jubiläums 1952 vom Verkehrsverein Hambach aus und hatte das Ziel, das Schloss mit Hilfe eines Volksfestes touristisch zu vermarkten. Obwohl davon auch alle Winzer, Pensionen und Gasthäuser an der Deutschen Weinstraße profitiert hätten, kam es dennoch bald zu Auseinandersetzungen mit dem pfälzischen Fremdenverkehrsverband über Ort und Form einer »nationalen Feierstunde«. Als Ergebnis blieb die politische Prominenz dem Festzelt fern, dafür marschierten zahlreiche Burschenschaften »in vollem Wichs« auf und ein protestantischer Pfarrer fungierte als Festredner. Dieser definierte den Grundwert der Freiheit als »gebunden in der Verantwortung vor Gott« und den Grundwert der Einheit als »gelebt im Geiste Jesu Christi«.[34] Die abschließende Resolution forderte ein ganzes, freies Deutschland unter Einbeziehung der Ostgebiete. In der überregionalen Presse wurde diese Veranstaltung ignoriert.

Angesichts dieser Mischung aus Desinteresse und Unsicherheit hielt sich auch die historische Forschung zurück, die vor der nationalsozialistischen Machtübernahme mit den Arbeiten von Herzberg, Bühler, Sahrmann, Valentin schon ein hohes Niveau erreicht hatte. Vor und nach der Jubiläumsfeier erschienen zwar kleinere Aufsätze zur Geschichte des Hambacher Festes,

31 Den wiss. Ertrag bewertet ebd., S. 215-217.
32 Ebd., S. 222.
33 Erich Schunk u. Gerhard Nestler: Der Wandel der Hambach-Erinnerung in der Bundesrepublik Deutschland, in: 175 Jahre Hambacher Fest (wie Anm. 5), S. 242.
34 Ebd., S. 242f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

neue Forschungsergebnisse aber blieben selten. Allein die Arbeiten von Helmut Kimmel über den Anteil der pfälzischen Geistlichen am Hambacher Fest, Christian Degen über die Rolle von Harro Harring und Albert Zink über die Reaktion der pfälzischen Kreisregierung auf die Ereignisse vom 27. Mai 1832 bildeten eine Ausnahme.[35]

Aus dieser Erfahrung wollten nun viele in der Region die richtigen Lehren ziehen und so begannen die Vorbereitungen für das 125jährige Jubiläum 1957 bereits im Januar 1955 mit einer Sitzung aller Gremien – vom Landkreis Neustadt bis zum Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, von der Bezirksregierung bis zum Kultusministerium. Auch die dabei üblichen Beschlüsse wurden gefasst: sowohl ein Kuratorium als auch ein Arbeitskomitee zu bilden und die baulichen Schäden am Schloss beheben zu lassen. Denn bereits 1952 hatte der Landkreis Neustadt die Schlossruine aus dem Nachlass des Hauses Wittelsbach erworben.[36] Alles verlief planmäßig, sogar die Sanierungsarbeiten am Schloss waren im Herbst 1956 beendet worden – als unverhofft der Symbolcharakter des Hambacher Schlosses – bzw. der Doppelruine – verstärkt thematisiert wurde. Besonders deutlich kam dies in einem Artikel des Journalisten Karl Heinz zum Ausdruck, der im Januar 1957 in der »Rheinpfalz« veröffentlicht wurde:»Es ist unser aller Pflicht ein so bedeutsames politisches Denkmal wie die Doppelruine des Hambacher Schlosses zum Symbol zu machen (...) Die Stätte ruft geradezu nach einer politischen Mission; sie spricht selbst denjenigen an, der sie ohne geschichtliche Wissensfracht betritt. Die Schale ist also da; sie muss nun mit Geist gefüllt werden.«[37] Im Frühjahr 1957 beklagten sich dann die Sozialdemokraten erstmalig über den Mangel an parteipolitischer Beteiligung und fürchteten ein Fest in »Frack und Zylinder« sowie unlautere Wahlkampfwerbung der CDU aus der Staatskanzlei heraus; denn im September 1957 sollten Bundestagswahlen stattfinden. Aber dieser Konflikt eskalierte diesmal nicht.

Die Festlichkeiten verteilten sich über ein Wochenende und begannen am Freitag mit einem Konzert des Pfalzorchesters, wurden am Samstag mit einer Kundgebung des deutschen Journalistenverbandes fortgesetzt. Am Sonntag nach dem offiziellen Staatsakt fand am Nachmittag der inzwischen traditionelle Festzug mit historischen Gruppen, Trachtenvereinen, Vertretern der Burschenschaften und der Vertriebenen statt. Anders als bei der 120-Jahr-Feier traten Politik und historisch-politisches Gedenken mehr in den Vordergrund. Dies belegen auch die Namen der Festredner: »Ernst Lemmer (CDU), Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, der am Samstag sprach, und Carlo Schmid (SPD), Vizepräsident des Deutschen Bundes-

35 Ebd., S. 244 u. Anm. 14, 15, 16.
36 Bemmann (wie Anm. 1), S. 68.
37 Schunk/Nestler (wie Anm. 33), S. 244.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tages, Max Becker, der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier, die die Festreden beim offiziellen Staatsakt hielten. Bundespräsident Heuss und der ebenfalls eingeladene Bundeskanzler Konrad Adenauer hatten kurzfristig absagen müssen.«[38]
Die Reden kreisten um den Dualismus von Einheit und Freiheit, wobei die Sozialdemokraten auch die soziale Gerechtigkeit mit eingeschlossen sehen wollten. Damit verband die SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag allerdings auch eine Art Alleinvertretungsanspruch für das Vermächtnis von Hambach. Diese betonte Bedeutung und gestiegene Akzeptanz des 125. Jahrestages regte auch zu einer intensiveren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Hambacher Fest an. »Die Arbeiten von Hans Braun über Siebenpfeiffer, Edgar Süß über die Pfälzer im »Schwarzen Buch« und vor allem der von Kurt Baumann herausgegebene Sammelband »Das Hambacher Fest. 27. Mai 1832. Männer und Ideen« haben nicht nur den bisherigen Forschungsstand ergänzt, sondern ihn in wesentlichen Punkten korrigiert und erste Ansätze für eine sozialgeschichtliche Analyse des pfälzischen Frühliberalismus geliefert.«[39]

1982 fand das 150jährige Jubiläum auf dem Hintergrund heftiger gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen – ja, Richtungsentscheidungen – statt, vor allem über Kernkraft, Sozialstaat und Nato-Doppelbeschluss. In Rheinland-Pfalz regierte Bernhard Vogel als CDU-Ministerpräsident und der Historiker Wolfgang Schieder aus Trier mischte sich schon 1978 brieflich beratend ein, um »einseitige politische Parteinahme« vermeiden zu helfen. Folglich stellte Vogel bereits im Mai 1979 seine Pläne im Rahmen einer Regierungserklärung (!) vor, kündigte die Errichtung einer nationalen Gedenkstätte mit einer Dokumentation zur Geschichte der deutschen Demokratie an sowie einen Staatsakt zum 150. Jahrestag am 27. Mai. Für diese Vorhaben musste die Schlossruine zuerst einmal umfangreich saniert werden, was ab 1980 mit Bundesmitteln ermöglicht wurde.[40] Dieses betonte Engagement der Landesregierung führte umgehend zu heftigem Streit; vor allem, weil führende Pfälzer Sozialdemokraten erneut die Hambach-Tradition für sich reklamierten. Aber diesmal traten auch die Grünen in diese Debatte ein und sahen in Hambach nun ein Symbol für ein basisdemokratisches, ökologisches und pazifistisches Gedankengut. Damit war der »Wettstreit ums Hambach-Erbe« voll entbrannt und als Ergebnis fanden dann im Mai 1982 eine

38 Ebd., S. 245.
39 Ebd., S. 245f; ausführlich zur sozialgeschichtlich geprägten Forschung nach 1978 S. 255ff.
40 Bemmann (wie Anm. 1),, S. 68.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Vielzahl von Veranstaltungen unterschiedlichster gesellschaftspolitischer Tonart statt.
Die offiziellen Feierlichkeiten begannen mit einer Sitzung des Landtags am 18. Mai, dem Verfassungstag des Landes Rheinland-Pfalz. Danach fanden ein »Tag der Presse«, dann ein »Tag der Jugend« und am 23. Mai eine Europakundgebung mit Altbundespräsident Walter Scheel und dem Straßburger Oberbürgermeister Pierre Pflimlin statt. Am 25. Mai folgte ein »Tag der Parlamentarier« mit Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger. »Den »Schlussakkord«, so die Formulierung der »Rheinpfalz«, setzte schließlich am 27. Mai ein Festakt mit Bundespräsident Karl Carstens, Bundesratspräsident Hans Koschnick und Piet Dankert, dem Präsidenten des Europaparlaments. Veranstaltungen der FDP am 6. Juni und der CDU am 20. Juni rundeten das offizielle Programm ab.«[41]
Die SPD nahm zwar an den offiziellen Feiern teil, hatte aber ihr traditionelles Pfalz-Treffen schon am 16. Mai auf dem Markplatz in Neustadt veranstaltet, um ihre bisherige Kritik am Festprogramm der Landesregierung rechtzeitig zu bekräftigen. Festredner waren dort Erhard Eppler und Altbundeskanzler Willy Brandt – also ebenfalls erstrangige Politiker.
Einen Gegenpol gegen die offiziellen Feierlichkeiten wollten auch die Veranstaltungen der Grünen markieren. Vom 20. bis 22. Mai nahmen daran Gerd Bastian, Petra Kelly und Rudolf Bahro teil. Das »Alternative Hambach-Fest« vom 30. und 31. Mai wurde von über 50 Gruppen aus der Friedens- und Ökologiebewegung, den Gewerkschaften und dem politischen Spektrum links von der SPD organisiert. Hier sprachen u.a. der Friedensforscher Alfred Mechtersheimer, Detlef Hensche von der IG Druck und Papier und die Pfarrerin Christiane Dannemann von der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West. Von diesen Rednern wurde Hambach erneut umgedeutet, denn sie verglichen das Streben der Hambacher nach bürgerlicher Freiheit im Vormärz mit dem Kampf der Friedens- und Ökologiebewegung von 1982 und interpretierten das Fest vom 27. Mai 1832 als »Auftrag« und »Verpflichtung«, sich gegen die »schleichende ökologische Katastrophe«, einen »zunehmend wahrscheinlicher werdenden atomaren Vernichtungskrieg«, gegen »Sozialabbau«, Kabelfernsehen und »Kommerzfunk« einzusetzen. Hambach und die Friedensbewegung stünden in der gleichen »Tradition des Volkszorns gegenüber der Obrigkeit«, so Alfred Mechtersheimer, und die Kräfte, die gegen das »Ancien régime von heute« Sturm liefen, seien »im Auftreten und in ihren Kampfformen mit den Trägern des historischen Festes zu vergleichen: die Bürgerinitiativen und die von diesen mitgeprägten Bewegungen«, so Roland Vogt.

41 Hierzu und zum folgenden Schunk/Nestler (wie Anm. 33), S. 247-249

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Landesregierung hatte bereits mit der neuen Dauerausstellung auf dem Schloss versucht, Hambacher Geschichte und Traditionen eindeutig darzustellen – nicht zuletzt, um künftig den üblichen Parteienstreit zu versachlichen bzw. zu verwissenschaftlichen.[42] Ganz in diesem Sinne erfolgten dann in den 80er Jahren noch weitere Schritte:

- Seit 1982 findet jährlich ein »Hambacher Disput« als historisch-politisches Forum statt, der vom Landkreis Bad Dürkheim veranstaltet wird.
- 1986 wurde die Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung gegründet. Sie soll mit Hilfe eines eigenen Jahrbuches die Geschichte des Festes erforschen und die Pflege der demokratischen Traditionen fördern.
- Daneben entstand die Siebenpfeiffer-Stiftung, die ebenfalls historische Forschung betreibt und in einer Schriftenreihe über relevante Persönlichkeiten im Umfeld des historischen Festes berichtet. Außerdem verleiht sie einen Preis an kritische Journalisten als Vertreter der sogen. »Vierten Gewalt«.

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl fühlte sich der Hambach-Tradition verpflichtet, sah darin aber vor allem ein »Modell des künftigen Europa«. Für den 6. Mai 1985 hatte er den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf das Schloss eingeladen und dieser konnte dort vor zahlreichen (lt. Biographie von Helmut Kohl waren es zehntausend) Jugendlichen eine Rede halten. »Mit Ihnen an diesem geschichtsträchtigen Ort zusammen zu sein, macht dies zu einem ganz besonderen Tag. Sie haben uns bereits ein Geschenk der Hoffnung und Schönheit mit dem Anblick dieses markanten alten Schlosses gegeben, mit dem Geist Ihrer Jugend, dem Geist der Zukunft Deutschlands, und, jawohl, mit der Wärme, die wir in deutschen Herzen spüren. Von diesem Hügel und von dieser guten Erde aus wurde die Freiheit proklamiert und der Traum von Demokratie und nationaler Einheit in der deutschen Seele geweckt. Ich bin nur ein Besucher Ihres Landes, aber ich bin stolz, heute mit Ihnen an diesen Mauern des Hambacher Schlosses zu stehen. Dies sind historische Mauern, Wiege einer großen Vergangenheit und Wegweiser einer vielversprechenden Zukunft, die für die Ewigkeit in diesen weit offenen Himmel geschrieben ist.«[43]

Die erste Dauerausstellung von 1982 wurde im Mai 1998 durch eine zeitgemäße Konzeption mit dem Titel »Ein Fest für die Freiheit« ersetzt, die das Historische Museum der Pfalz in Speyer erarbeitet hatte. »Sie zeigt nicht nur zahlreiche historische Exponate des Festes von 1832, u.a. die Originalfahne

42 Vgl. dazu den Katalog zur Dauerausstellung: Hambacher Fest 1832. Freiheit und Einheit, Deutschland und Europa, bearb. von Joachim Kermann und Cornelia Foerster, 3. überarb. u. erw. Aufl. Mainz 1986.

43 Bemmann (wie Anm. 1), S. 70

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mit der Aufschrift »Deutschlands Wiedergeburt«, sondern dokumentiert in einem weit gespannten Bogen die Geschichte der Demokratie, angefangen von dem Athener Perikles im 5. vorchristlichen Jahrhundert über die Bauernkriege, die Französische Revolution von 1789, die deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 bis zur friedlichen Revolution in der DDR von 1989 und der anschließenden deutschen Wiedervereinigung. Zum Hambacher Fest wird nicht nur der Ablauf dokumentiert, sondern auch mit zahlreichen Exponaten, Bildern und Texten die Zeit dargestellt, in der es sich ereignete, nämlich die Zeit des »Vormärz« aber auch des Biedermeier und der Romantik. Schließlich verweist die Ausstellung auf die gemeinsame europäische Entwicklung und betont das Ziel eines vereinten demokratischen Europas.«[44] Diese Ausstellung war auch zum 175jährigen Jubiläum 2007 noch zu sehen; denn die wissenschaftlichen Vorarbeiten für eine »völlig neu konzipierte Dauerausstellung« beim Institut für Geschichtliche Landeskunde der Universität Mainz und deren Umsetzung verzögerten sich erheblich, was vielfältige Kritik hervorrief.[45]

Ich habe diese Ausstellung im Juni 2007 angesehen, da bestand sie 9 Jahre und ich fand sie weder »überaltert« noch hatte sie für mich »den Charme einer Geisterbahn«. Sie spiegelte die Ausstellungskultur, die wir als »museumspädagogischen Ansatz« inzwischen überall antreffen: Hin und wieder anschaulich »inszenierte Geschichte«, volkstümliches und auch sozialkritisches, zahlreiche zeitgenössische Objekte – auch aus dem Alltagsleben.

Der ständige Rückgang der Besucherzahlen: von rund 177 Tausend im Jahr 1987 auf rund 88 Tausend im Jahr 1997 und 82 Tausend für das Jahr 2002 kann kaum eine Reaktion auf diese Ausstellung sein.

Gravierender scheinen der jahrelange Schwebezustand und danach die Fehlplanungen beim neuerlichen Um- und Ausbau des Schlosses, das künftig als technisch optimal ausgestattetes Tagungszentrum mit großem Restaurant und Bistro in einem neuen Multifunktions-Gebäude vermarktet werden soll. Denn seit 2002 gehört das gesamte Hambach-Areal einer »Stiftung Hambacher Schloss«, in der neben dem Land auch der Bezirksverband Pfalz, die Stadt Neustadt und der Kreis Bad Dürkheim vertreten sind. Dieses Gremium versorgt seit 2002 die Regionalpresse mit Schlagzeilen und Berichten über seine teils umständliche, teils eigenwillige Arbeitsweise. So wurde der Architektenwettbewerb erst 2004 ausgelobt, das Ergebnis Ende 2005 bekannt gegeben und die Baustelle im Juli 2006 eingerichtet. Folglich mussten die Baumaßnahmen wegen der Jubiläumsfeierlichkeiten im Mai 2007 in zwei Abschnitte aufgeteilt werden: der erste Bauabschnitt davor – der zweite ab November 2007 danach. Dadurch verpuffte die Wirkung des Jubiläums fast vollständig. Natür-

44 Ebd., S. 70.
45 Die Rheinpfalz, Nr. 68 vom 21.3.2007, Seite: Südwestdeutsche Zeitung.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lich waren und blieben überdies einzelne Umbaumaßnahmen höchst umstritten, ganz besonders die Neugestaltung des Festsaals mit seiner rustikalen Holzdecke und den schmiedeeisernen Leuchten. Die emotionale Debatte darüber überschattete den Sommer 2007 erheblich. Auch das kommerzielle Nutzungskonzept der Stiftung stößt weiterhin auf heftige Kritik, weil sich Teile der Bevölkerung dadurch künftig ausgeschlossen fühlen.[46]

Die bereits erwähnte »Stiftung Hambacher Schloss« warb als Veranstalter der 175-Jahr-Feier mit einheitlich gestalteten Einladungskarten, Informationskarten zur Geschichte und Programmen: überall war der bekannte Festzug hinauf zum Schloss abgebildet, dazu ein Logo »Hambacher Fest 175 Jahre – erneut mit Schloss und schwarz-rot-goldener Fahne – dazu in Schreibschrift »Freiheit fühlen«.[47] Das Festprogramm bot für den Eröffnungstag, den 25. Mai 2007, ab 18 Uhr eine kleine neue Ausstellung über »Das Hambacher Schloss – ein (Bau)Denkmal von der Historie in die Zukunft«. Darin wurde anhand von Modellen die wechselvolle Baugeschichte der Burganlage anschaulich gemacht. Begleitend dazu gab es Interviews und Filme zur Bauforschung und Historie.[48]

Am 26. Mai fand um 11 Uhr der Festakt des Landes Rheinland-Pfalz statt, Zutritt nur mit Einladungskarte. Aber um 14 Uhr begann das Bürgerfest: im Ortsteil Hambach mit dem Stationenweg, an dem die üblichen historischen Kostüm- und Musikgruppen teilnahmen und auf dem Schloss, auch mit Musik- und Theatergruppen aus Frankreich und Polen. Für den späten Abend standen »Offenes Chorsingen« und »künstlerische Illumination« des Schlosses auf dem Programm. Auch am 27. und 28. Mai fanden Bürgerfeste mit ähnlichem Programmangebot statt; nur am Montag kam noch ein Abschlussfeuerwerk dazu.[49]

Für die Zeit danach bis Ende September war ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zusammengestellt worden, das vom historischen Theaterstück zur Lage 1832, über Vorträge zur Geschichte der Region oder Europas sowie der Entwicklung Freiheitsrechte und Musikdarbietungen mit überwiegend klassischer Musik bis zum Europäischen Jugendparlament und einem Drei-Länder-Jugendfest (Deutschland, Frankreich, Polen) vieles bot. Natürlich waren die Bundes- und die Landeszentrale für politische Bildung genauso vertreten wie die parteinahen politischen Stiftungen, sogar die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. beging dort den »Tag der Demokratie«. Die Friedrich-Naumann-Stiftung lud am 8. September im Rahmen ihres jährlichen Hambacher Symposiums zu einer Podiumsdiskussion über »Die Freiheit der

46 Berichte und Kommentare in »Die Rheinpfalz«; können unter servicecenter@rheinpfalz.de oder unter redneu@rheinpfalz.de angefordert werden.
47 Info-Karte »Hinauf Patrioten...«
48 Info-Karte mit Überblick über die Modelle.
49 Info-Karte »Zeitreise – 175 Jahre Hambacher Fest«.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

künftigen Generation« ein. Diese rheinpfälzisch-liberale Symposienreihe wird im letzten Teil dieses Beitrages vorgestellt werden.
Dennoch waren noch Termine frei geblieben, die u.a. mit dem Pfälzer Zahnärztetag, der AG der Verlagsjustitiare, der Freisprechungsfeier der Bäcker-Innung Pfalz-Rheinhessen und einem Motorradgottesdienst gefüllt wurden.[50] Vermutlich sollten diese Veranstaltungen den historischen Ort populär machen, ermöglichten damit jedoch eine inhaltliche Beliebigkeit und entwerteten so das politische Symbol.
Inmitten der Vielzahl aller Presseberichte wirkt eine Zeitungsseite vom 29. Mai 2007 besonders anschaulich, deren Haupttitel lautet »Alle sind ein bisschen Hambach ...« und darunter »Tausende feiern beim Jubiläums-Bürgerfest im Dorf und auf dem Schloss – Kokarde als Verkaufshit«. Dazu farbige Bilder vom »Singenden Jakobiner«, einem Biedermeier-Paar, einer Menschengruppe mit Kokarden und Fähnchen als »Lautstarker Protest gegen die Obrigkeit« und von einer Lichtinstallation, die das »historische Gemäuer in eine farbenprächtige patriotische Plakatwand« verwandelte. Im Kommentar dazu heißt es: »Auch wenn die Unterhaltung im Vordergrund stand, hat es an Nachdenkenswertem nicht gefehlt, sei es bei den Hambacher Anstößen auf der Bühne, sei es bei den per E-mail oder SMS eingeschickten Thesen zu Themen wie Freiheit und Demokratie oder europäischen Fragen heute. Gut war, dass das Fest weder rein historisch, noch rein auf die Zukunft ausgerichtet war, sondern als »Zeitreise« den Bogen geschlagen hat zwischen einst und jetzt«.[51]
Im November 2008 konnte dann tatsächlich der zweite Bauabschnitt abgeschlossen werden und auch die neue Dauerausstellung »Hinauf, hinauf zum Schloss« war präsentabel. Das Eröffnungsfest erstreckte sich über zwei Samstage: Der Auftakt fand am 8. Nov. mit einer konzertant aufgeführten Händeloper im Festsaal statt und am 15. Nov. folgte dann ein Bürgerfest mit buntem Programm beim »Tag des offenen Schlosses«. Bereits im Vorfeld, also im September und auch im Oktober berichtete »Die Rheinpfalz« lobend über die neue – eigentlich noch im Roh-Aufbau befindliche – Ausstellung, die »ein lebendiges Konzept« gut umgesetzt habe. Von zwei inhaltlichen Schwerpunkten – dem Fest von 1832 und der Demokratiegeschichte in Deutschland – ausgehend, würden die einzelnen Geschichtsepochen immer wieder auf die zentralen Anliegen der Hambacher Festteilnehmer zurückgeführt: Pressefreiheit statt Zensur, Grundrechte, den Einheitsgedanken und die Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold.[52]

50 Broschüre Veranstaltungen 2007.
51 Die Rheinpfalz, Nr. 122 vom 29.5.2007, Seite: Südwestdeutsche Zeitung.
52 »Pläne für neue Ausstellung kommen an«, in: Die Rheinpfalz, Nr. 211 vom 9.9.2008, Seite: Neustadt an der Weinstrasse/Service; »Massenandrang erwünscht«, in: Die Rheinpfalz, Nr. 255 vom 31.10.2008, Seite: Die Rheinpfalz.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schon am 8. November erschien ein ausführlicher Bericht unter der Überschrift »Eine Geschichtslektion voller Sinnlichkeit« und darunter »Das Hambacher Schloss hat eine neue Dauerausstellung, die ihm endlich gerecht wird – Die mitreißende Schau macht 1832 erlebbar«.[53] Natürlich wies die Zeitung dann auch eine Woche später werbend auf das neuerliche Bürgerfest hin: »Heute wird der Umbau gefeiert – Nach rund einjähriger Umbauzeit wird heute das Hambacher Schloss mit einem Bürgerfest wieder eröffnet. In die Modernisierung und den Ausbau zum Tagungszentrum werden insgesamt 20 Millionen Euro investiert. Die noch ausstehenden Bauabschnitte sind der Bau einer großen Gaststätte sowie die Neugestaltung der Außenanlagen.«[54]
Aus der Ferne betrachtet scheint inzwischen das Hauptziel bei der Pflege dieses Denkmals – »eines der fünf bis zehn größten Kulturdenkmäler in Deutschland«[55] – eine Besucherzahl von mehr als 100.000 Gästen pro Jahr zu sein und die regionalen Medien fühlen sich aufgefordert, dafür zu werben. Aus der Nähe betrachtet wird diese Berganlage noch über Jahre hinweg in Teilen eine Baustelle bleiben und dann als Tagungszentrum keineswegs volkstümlich bewirtschaftet werden können. Es ist zu befürchten, dass bei dieser Kommerzialisierung die politische Botschaft zunehmend in Vergessenheit gerät, bzw. erneut umgedeutet wird.

Welchen Stellenwert hat die Hambach-Tradition für den Liberalismus?

Im Rahmen der »Debatte über die historischen Grundlagen des deutschen Liberalismus« definierte Wolfgang Schieder 1978 den »rheinpfälzischen Liberalismus von 1832 als politische Protestbewegung.« Er habe typische Organisationsformen wie politische Festessen, Vereinsbildung und Protestation benutzt, sich auch zum Kleinbürgertum hin geöffnet, dann aber »offensichtlich an der Stelle halt(gemacht), an der sich Ansätze zu sozialer Revolutionierung zeigten«.[56] Cornelia Foerster untersuchte in ihrer 1982 erschienenen grundlegenden Arbeit über den Preß- und Vaterlandsverein »Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes«. Hierbei kam sie unter anderem zu dem Ergebnis, dass der Pressverein nicht nur »das erste Beispiel eines verfassungsmäßig organisierten politischen Zusammenschlusses oppositioneller Untertanen war, sondern

53 Die Rheinpfalz, Nr. 261 vom 8.11.2008, Seite: Kultur.
54 Die Rheinpfalz, Nr. 267 vom 15.11.2008, Seite: Die Rheinpfalz.
55 »Massenandrang erwünscht«, in: Die Rheinpfalz, Nr. 255 vom 31.10.2008, Seite: Die Rheinpfalz.
56 Wolfgang Schieder: Der rheinpfälzische Liberalismus von 1832 als politische Protestbewegung, in: Helmut Berding u.a. (Hrsg.), Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat, München 1978, S. 169-195.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

auch einen bereits »relativ weit entwickelten Prototyp einer Parteiorganisation darstellte«.[57]

Auf dem Symposium zur »Sozialgeschichte des frühen Liberalismus in Deutschland« an der Universität Trier, das 1982 parallel zu den Hambacher Jubiläumsveranstaltungen stattfand, ordnete Wolfgang Schieder die Hambacher Ereignisse in die »liberale Emanzipations- und Verfassungsbewegung des deutschen Vormärz« ein.[58]

»Damit war von Seiten der historischen Forschung die ältere ideengeschichtliche und partiell emotionale, aber auch die revolutionsnahe Interpretation des Hambacher Festes relativiert und revidiert zugunsten einer sozialgeschichtlichen Sichtweise.«[59]

Aber nach der Jahrtausendwende sind Überblicksdarstellungen erschienen, in denen die Auswirkungen des Hambacher Festes überraschend anders bewertet werden:

– Wie in »Deutsche Erinnerungsorte«, einer dreibändigen Essaysammlung, in der Hagen Schulze in seinem Beitrag über »Napoleon« das Hambacher Fest nur am Rande und einseitig aus Sicht der bayerischen Regierung erwähnt, die den 27. Mai 1832 als potentielle Initialzündung für einen »organisierten Widerstand der ehemaligen napoleonischen Soldaten« gefürchtet habe.[60]
– Oder wie in dem Sammelband über »Tage deutscher Geschichte. Von der Reformation bis zur Wiedervereinigung«, in dem das Datum von Hambach völlig fehlt; nach dem 18. Oktober 1813 folgt gleich der 18. März 1848 und danach der 18. Januar 1871.[61]

Sind dies Belege für eine erneute Fokussierung der Historiker auf Berlin – als Reaktion auf die Wiedervereinigung und somit im Sinne der neuen »Berliner Republik«? Zumindest erinnern diese Einordnungen jedoch an die nationalpolitische Verengung im 19. Jahrhundert, die insbesondere Heinrich von Treitschke bewusst vornahm.

Angesichts der tagespolitischen Realität in der damaligen »BRD« als westdeutscher Teilstaat – ja, als staatliches Provisorium – konnte kein bundesrepublikanisches Geschichtsbewusstsein entstehen. Aber auch die Rückbesinnung auf geschichtsträchtige Ereignisse und Daten blieb Jahrzehnte erschwert – vor

57 Cornelia Foerster: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982.
58 Wolfgang Schieder (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983.
59 Schunk/Nestler (wie Anm. 33), S. 255f, vgl. auch S. 246.
60 Hagen Schulze: Napoleon, in: Francois/Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Sonderausg. München 2003; Zitat Bd. 2, S. 39.
61 Eckart Conze, Thomas Nicklas (Hrsg.), Tage deutscher Geschichte, München 2004. Ausführlich dazu Schunk/Nestler (wie Anm. 33), S. 257-259.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

allem als Folge des Dritten Reiches und der beiden verlorenen Weltkriege, die einen Identitätsverlust verursacht hatten. So betonte die Bundespolitik nach 1953 lieber den Zerfall des deutschen Nationalstaates, dem man eine Mitschuld am »unglücklichen Verlauf der deutschen Geschichte« zuschrieb. Bei der betont westlichen Orientierung in der »Adenauer-Republik« hätten nationale Vereinigungsthemen nur gestört.
Erst Bundespräsident Gustav Heinemann erinnerte 1970 in seiner Rede über »Tradition und Geschichtsbewusstsein in Deutschland« eindringlich daran, dass eine Rückbesinnung auf die eigenen Freiheitsbewegungen im Vormärz nötig und sinnvoll sei. Er verband diese Aufforderung mit dem Wunsch nach einem zeitgemäßen, also demokratisch-freiheitlich geprägten Geschichtsbild.
Dagegen machte das neue Bundesland Rheinland-Pfalz das Hambach-Gedenken erneut zu einem Identität stiftenden Merkmal, in dem die Politiker dort den Verfassungsaspekt, die demokratischen Parteien, einen freien Journalismus und die Völkerfreundschaft betonten. Da es in der Region schon immer eine breite und volkstümliche Hambach-Rezeption in Wort und Bild gegeben hatte, wirkte dies auch nicht künstlich. Deshalb traf Heuss in seinem Beitrag zum Jubiläum von 1957 auch den richtigen heimat- und volksverbundenen Ton, wenn er an typische Pfälzer Dorfwirtschaften erinnerte, an die teilweise komische Vorgeschichte des Ur-Festes und an den ausgeprägten Erwerbssinn mancher Neustädter Wirte. Aber er erinnerte auch an die zahlreichen mutigen Reden am Berg über das große Thema der deutschen Einheit in Freiheit. Da Heuss dann an dieser Feierstunde leider nicht teilnehmen konnte, blieb seine Rede zwar ungehalten, wurde aber bald gedruckt verbreitet.[62]
Wie bereits eingangs erwähnt, erscheinen in der Tageszeitung »Die Rheinpfalz« regelmäßig ausführliche Berichte, weil dieser Ort als »Wiege der Demokratie« und als »Freiheitssymbol« angesehen und gefeiert wird. Natürlich versucht die Redaktion alle gesellschaftlichen Gruppen – also auch alle Parteien – mit ihren Veranstaltungen im Schloss möglichst gleichmäßig zu Wort und Bild kommen zu lassen. Deshalb schrieb ein Redakteur der Lokalredaktion Neustadt wohl zu Recht: »Hambach wird von allen Parteien in Neustadt/Pfalz/Rheinland-Pfalz immer wieder gerne angeführt; da gibt es keine parteipolitischen Unterschiede.«[63]
Mein Eindruck dagegen ist, dass die SPD die Schlossanlage in den vergangenen Jahren häufig genutzt und dabei auch immer die dortige Tradition für sich beansprucht hat. So feierte der SPD Ortsverein Hambach sein 100jähriges Bestehen 2004 mit Ehrungen und historischem Rückblick auf dem Schloss – spendete dafür ein dauerhaftes Stehpult aus Sandstein; aber statt seiner Partei-

62 Theodor Heuss: Das Hambacher Fest, in: Die Pfalz am Rhein 30, 1957.
63 Sebastian Böckmann, E-Mail vom 25. Juni 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

fahne war die Schwarz-Rot-Goldene groß im Bild. Damit werden die eigene und die Hambacher Tradition bewusst »verbogen«.[64]
Natürlich boten immer auch andere Parteien und Verbände dort Veranstaltungen an, aber das war dann anscheinend seltener schlagzeilenträchtig genug; konnte als knappe Meldung erledigt oder vergessen werden. Es sei dahingestellt, ob diesen Veranstaltern nichts diskussionswürdiges einfiel oder ob »Die Rheinpfalz« tatsächlich etwas zu selektiv vorgeht, wie z.B. Liberale vor Ort klagen. Typisch dagegen scheint der aktuelle Vorschlag des Neustädter SPD-Vorsitzenden zu sein, in dem künftigen Tagungszentrum Hambach ein »Institut für Demokratieforschung« einzurichten und dann auch einen »Hambacher Demokratiepreis« zu verleihen. Denn diese Akzentsetzung auf einen Demokratiebegriff im weitesten Sinne ermöglicht eben auch vielen gesellschaftspolitischen Vereinigungen eine Vereinnahmung dieses traditionsreichen Ortes.
Nachträglich, also erst im Laufe des Jahres 2008, gab die Stiftung Hambacher Schloss eine »Festschrift zum Jubiläumsjahr« heraus unter dem Titel »Zeitreise – 175 Jahre Hambacher Fest«, die sich wie ein Rechenschaftsbericht über die zahlreichen Veranstaltungen liest; allerdings mit schlichten Texten und bunt bebildert – wie eine PR-Broschüre. Darin findet sich auch ein Bericht über das Hambacher Symposium der Friedrich-Naumann-Stiftung am 8. September 2007 zu dem Thema »Die Freiheit der künftigen Generation«. Diese Veranstaltung »war auf so große Resonanz gestoßen, dass der Festsaal des Schlosses nicht alle Besucher fassen konnte. Ein Teil von ihnen erlebte das Symposium daher als Live-Übertragung in einem eigens dafür errichteten Zelt.«[65] Den zentralen Vortrag »Der Wert der Freiheit« hielt Joachim Gauck, der sich darin auch auf eigenes Erleben der DDR-Geschichte bezog sowie auf die Arbeit seines Vereins »Gegen Vergessen – für Demokratie«. Nach einer Rede von Guido Westerwelle über »Die Zukunft der Freiheit« folgte eine moderierte Diskussionsrunde, in der es u.a. um die Frage ging, wie man die notwendige Verantwortung und Mündigkeit der Staatsbürger wecken könne. Erst Wolfgang Gerhardt verband dann in seinem Schlusswort den Ort gedanklich mit dem Tagesthema und »wünschte sich mehr Veranstaltungen an solchen Stätten wie dem Hambacher Schloss. Mit einer Verknüpfung an solche Orte lasse sich viel für eine Mentalitätsänderung tun.«[66]
Dieses Hambacher Symposium der Liberalen hat inzwischen eine recht lange Tradition, die allerdings vor Ort bisher nicht entsprechend dokumentiert worden ist. Als jährliche Veranstaltung auf dem Hambacher Schloss vermutlich in

64 Die Rheinpfalz, Nr. 288 vom 10.12.2004, und Nr. 290 vom 13.12.2004, Seite: Neustadt an der Weinstrasse.
65 Zeitreise – 175 Jahre Hambacher Fest, Stiftung Hambacher Schloss, Neustadt 1. Aufl. 2008, S. 96-98, Zitat S. 96.
66 Ebd., S. 98.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den frühen Neunziger Jahren entstanden und anfangs organisiert von einer Gesellschaft für liberale Politik in Rheinland-Pfalz (1993 und 1995) oder auch von der Landeszentrale für politische Bildung (1994). Spätestens seit 1997 jedoch als Veranstaltungsreihe betreut unter dem Dach der Friedrich-Naumann-Stiftung, wenn auch in wechselnder Verantwortung eher entlegener Regionalbüros wie Saarbrücken und Konstanz. Seit 2001 erfolgt die Betreuung von Wiesbaden aus. Die politisch-inhaltlich treibende Kraft dahinter war der damalige Justizminister in Rheinland-Pfalz, Peter Caesar. Nach seinem Tod übernahm sein Nachfolger im Amt Herbert Mertin die Schirmherrschaft, die er auch heute noch als Fraktionsvorsitzender aktiv ausübt.

Die Themenwahl für die jährlichen Veranstaltungen spiegelt neben traditionellen Fragestellungen, wie »Haben wir uns zu Tode liberalisiert?« (1995) oder »Was ist uns die Freiheit noch wert?! (2004) auch gesellschaftspolitische Verwerfungen wie »Rechtsstaat in Zeiten des Terrors« (2002) und Datenschutzprobleme in »Der gläserne Bürger« (2006), die besonders Liberale früh beunruhigten. Eine Übersicht für den Zeitraum von 1993 bis 2008 zeigt eine Dominanz der Symposien mit eindeutigem Bezug auf den Wert der Freiheit; auch in Abwandlungen, wie »Freiheit und soziale Verantwortung« (2001) oder »Die Freiheit der künftigen Generation« (2007). Einen Schwerpunkt bildeten dann Veranstaltungen zu Rechtsstaats- und Demokratiefragen in Bezug auf die Rolle der Medien, wie »Demokratie-Medien-Politik. Wer entscheidet Wahlen?« (1994), »Verändern Medien die Inhalte der Politik?« (1999) und »Wer regiert wen? Politik und Medien im 21. Jahrhundert« (2005). Daneben wurden auch Themen zur Diskussion gestellt, wie »Parteiendemokratie vor dem Ende?« (1998) und »Rechtsradikalismus – ein deutsches Phänomen?« (1993); sogar einige Jahre später erneut in einer Variante »Die Angst der Deutschen vor dem `Fremden`« (1997). Absolut auf der Höhe der Zeit war sicher das Symposium von 2008 »Globale Finanzkrise – Risiko oder Chance?«; allerdings entsprach es nicht unbedingt dem Hambacher Themenkanon. Insgesamt wird jedoch deutlich, dass die FDP den erinnerungskulturellen Bezug wohl zu wahren wusste.

Da bei diesen Hambacher Symposien stets erstrangige Fachreferenten sowie prominente Politiker und Journalisten zu Wort kamen, erschienen zumindest in den letzten Jahren 300 bis 500 angemeldete (!) Zuhörer und die Veranstaltungen wurden von Phoenix übertragen. Auch das SWR-Fernsehen sendete im Rahmen seiner aktuellen Regionalberichterstattung stets eine Zusammenfassung. Natürlich schrieb auch die Presse darüber – anscheinend Mainzer Zeitungen und sogar »Die Welt« lieber als »Die Rheinpfalz«, da sie »mit ganz wenigen Ausnahmen nicht über Vortrags-/Diskussionsveranstaltungen« berichtet.[67]

67 Sebastian Böckmann, E-mail vom 11.12.2008

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Nach schriftlichem und mündlichem Informations- und Gedankenaustausch mit aktiven FDP-Mitgliedern in der Region habe ich den Eindruck gewonnen, dass der Stellenwert der Hambacher Tradition bei allen seit jeher hoch angesiedelt ist nach dem Motto: ein selbstverständlicher Erinnerungsort für uns – ja, ein Selbstläufer in unserer Traditionspflege. Vermutlich wegen dieser Selbstgewissheit unterbleibt der kritische Blick auf die Aktivitäten und Interpretationsversuche anderer Parteien, die eigentlich immer Mitbewerber bleiben. Speziell der SPD gegenüber scheint kein Rivalitätsgefühl zu bestehen; vielleicht, weil beide Parteien lange Jahre zufriedene Koalitionspartner waren und sich dabei politische Akzentsetzungen verwischt haben. Zwar gibt es an der Parteibasis in Neustadt Klagen über eine parteipolitisch unausgewogene Presseberichterstattung, aber eine eigene offensive und mediengerechte Pressepolitik erscheint dort vermutlich unangebracht, weil sich inzwischen alle demokratischen Parteien mit guten Gründen unter dem Hambacher Dach versammeln können.

Inmitten dieses sich beständig neu definierenden Erinnerungsprozesses erscheint die eindeutige Beantwortung mancher eingangs gestellten Fragen schwierig; denn wie bestimmt man die Farbe eines Chamäleons?
Folglich endet der letzte Beitrag im Jubiläumsjahrbuch der Hambach-Gesellschaft mit folgenden Überlegungen:»Der Rückblick auf die Veränderungen der Hambach-Erinnerung von den Unsicherheiten der 1950er Jahre über die Nutzung zur landespolitischen Identitätsstiftung, die parteipolitischen Differenzen anlässlich der Jubiläen, besonders dem des Jahres 1982, dem Rekurs auf die freiheitlichen Traditionen in der späten westdeutschen Bundesrepublik bis hin zu einer berlinorientierten Exklusion und Vernachlässigung zeigt eine außerordentlich hohe Wandelbarkeit des Hambachdiskurses. Dadurch erscheint die Hambach-Erinnerung nach wie vor als ein Lackmustest auf die Grundlagen des Selbstbildes der Deutschen.«[68]
Auch baugeschichtlich gesehen befand und befindet sich diese Anlage häufig im Wandel: von der romantischen Burgruine mit unverwechselbarem Charakter – über ein stark renoviertes, aber nicht mehr authentisches Schloss mit Museumsaufgaben – bis zum modernen Tagungszentrum für Jedermann. Fast wie eine Analogie zum veränderten popularisierten Wertekanon von 1832.
Fraglos haben sich im Hambach-Gedenken immer wieder die Zeitstimmung und das innenpolitische Klima gespiegelt. Jede bedeutende Feier bekam angesichts der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen ein verändertes Gesicht. Dabei fällt die bewusste politische Instrumentalisierung des Hambach-Bildes durch die verschiedenen Parteien besonders auf.

68 Schunk/Nestler (wie Anm. 33), S. 258

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die moralische Tradition des Ortes scheint sich dafür zu eignen, was in einer Demokratie und bei demokratischen Parteien unproblematisch wirkt. Aber es gab ja auch andere politische Systeme und andere Parteien, die Hambach vereinnahmen wollten.

Bestätigt wird diese Bewertung durch Forschungen zur Historiographie, insbesondere bei einer Gegenüberstellung von »zwei weltanschaulich konkurrierenden Darstellungen ..., deren Autoren mit Theodor Schieder und Karl Obermann zwei führende Historiker der Bundesrepublik bzw. der DDR waren.«[69] Dabei handelte es sich um Schieders »Vom deutschen Bund zum Deutschen Reich«, als Teil des neuen »Gebhardt« und um »Deutschland von 1815 bis 1849« von Obermann, einem marxistisch-leninistischen Lehrbuch. Während Schieder bei den Hambachern trotz des naheliegenden französischen Vorbildes vom Juli 1830 den revolutionären Willen vermisste, sah Obermann ihr Vorbild im Freiheitskampf des polnischen Volkes und stellte quasi die DDR in die Tradition von Hambach.

Unstrittig bleibt Hambach ein Ort mit liberaler Erinnerungssubstanz, der von vielen Liberalen auch bis heute als Erinnerungsort angesehen wird. Allerdings ist Hambach im Laufe der deutschen Geschichte auch zunehmend Teil einer gesamtgesellschaftlichen Erinnerung geworden, wobei die Akzente sich auf demokratische und republikanische Traditionslinien verlagert haben.

69 Frölich, Hambach und die Folgen, (wie Anm. 21) S. 150.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Henning Pahl

Rastatt als Erinnerungsort der deutschen Freiheitsbewegung im 19. Jahrhundert

Die Nation ist eine »imagined community«, eine *eingebildete* oder *vorgestellte* Gemeinschaft[1]. Sie ist, anders als etwa die Familie, nicht real erfahrbar, »weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen […] werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert.« Natürlich kann die Nation sehr reale und greifbare Erscheinungsformen annehmen, etwa in nationalen Symbolen oder Riten wie z.B. der Nationalfahne oder dem Absingen der Nationalhymne. Dennoch bleibt die Nation angewiesen auf einen Zuschreibungsprozess seiner Mitglieder, die zum einen sich selbst der Nation, zum anderen der Nation bestimmte Attribute zuschreiben. Ein wesentlicher Integrationsfaktor der Nation, aber prinzipiell auch jeder anderen Gemeinschaft ist die gleichförmige Bewertung der Vergangenheit, aus der sich die Identität der Gemeinschaft in der Gegenwart wesentlich ableitet. Dieses »kollektive Gedächtnis« (Maurice Halbwachs) hat eine zentrale Funktion für die Selbstvergewisserung jeder Gemeinschaft, und innerhalb des kollektiven Gedächtnisses spielen historische Orte, an denen sich die Geschichte der Gemeinschaft kristallisiert, eine zentrale Rolle. Es ist dabei nicht erforderlich, dass die Orte positiv konnotiert sind. Eine Integration kann auch unter negativen Vorzeichen erzielt werden, wichtig ist lediglich die gleichförmige Bewertung des Geschehenen.

Wenn im vorliegenden Sammelband der Versuch unternommen wird, die »Erinnerungsorte des Liberalismus in Deutschland« zusammenzutragen, so ist damit die Schwierigkeit verbunden, dass es *den einen* Liberalismus in Deutschland nie gegeben hat und bis heute nicht gibt. Der folgende Beitrag versteht unter Liberalismus »eine politische Weltanschauung, die die Freiheiten des einzelnen Menschen in den Vordergrund stellt und jede Form des geistigen, sozialen, politischen oder staatlichen Zwangs ablehnt«[2]. Nur mit dieser modernen Definition des Begriffs ist der folgende Beitrag überhaupt möglich, denn die Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts, die sich selbst dem Liberalismus

1 Benedict Anderson: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London/New York 1983. Hier zitiert nach der deutschen Ausgabe unter dem Titel: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Berlin 1998, S. 14f.

2 Artikel »Liberalismus«. In: Klaus Schubert/Martina Klein (Hrsg.): Das Politiklexikon. Bonn 2006. Hier zitiert nach: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=6ACI8N (Stand: 20.04.09).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zurechneten, bewerteten die revolutionären Erhebungen, die in der Folge zu analysieren sind, keineswegs alle als Teil der Freiheitsbewegung. Erst heute, in einem freiheitlich-demokratischen System können die Vorgänge in Rastatt als Freiheitsbewegung bewertet und gewürdigt werden. Auch dieser Umdeutungsprozess – auf nationaler und auf lokaler Ebene – ist daher Bestandteil des folgenden Beitrags.

I. *Das Scheitern der Paulskirche*

Mit der Verabschiedung der »Verfassung des Deutschen Reiches« am 28. März 1849 erreichte das Ansehen der in Frankfurt tagenden Nationalversammlung seinen letzten Höhepunkt. Schon wenige Tage später, als der preußische König Friedrich Wilhelm IV. die ihm angetragene Krone mit freundlichen Worten zurückwies und Hannover, Sachsen und Bayern die Anerkennung des Verfassungswerks verweigerten, war klar, dass die Parlamentarier mit ihrem Anliegen gescheitert waren. Ihr Ziel, die revolutionäre Energie der Märzrevolution von 1848 aufzunehmen und Deutschland eine nationale, freiheitliche Ordnung zu geben, hatten sie formal zwar erfüllt. Um die Verfassung aber gegen den Willen der Fürsten in Geltung zu bringen, fehlte ihnen die bürokratische und vor allem die militärische Macht. So blieb den Abgeordneten nur ein Hilferuf: Am 4. Mai 1849 rief die parlamentarische Mehrheit die Regierungen, die Gemeinden und »das gesamte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März des Jahres zur Anerkennung und Geltung zu bringen«[3]. Die parlamentarische Linke, die Fraktion Donnersberg, wandte sich am 5. Mai mit einem eigenen Appell an die »Deutschen Männer!« und forderte dazu auf, die »Freiheit gegen die Angriffe der Fürsten zu schützen«. Über die einzuschlagenden Wege ließen die Verfasser dabei keinen Zweifel: »Säumet nicht, bewaffnet Euch, organisiret Euch, benutzt Euere Vereine, wählet leitende Wehrausschüsse, seid mannhaft gerüstet für den Augenblick, wo Ihr Euch den Gewaltschritten der Willkürherren entgegen zu stellen habt!«[4]. Damit legten die Abgeordneten das Schicksal der Freiheit wieder zurück in die Hände des Volkes, dorthin, wo die revolutionäre Bewegung ein Jahr zuvor ihren Ausgang genommen hatte.

3 Aufforderung der Nationalversammlung zur Durchsetzung der Reichsverfassung. In: Walter Grab (Hrsg.): Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation. München 1980, S. 272. Vgl. Frank Engehausen: Die Revolution von 1848/49. Seminarbuch Geschichte. Paderborn 2007, S. 224 u. 231f.

4 Aufruf des Klubs Donnersberg zur Durchsetzung der Reichsverfassung. In: Lothar Gall (Hrsg.): 1848 Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und der Schirn Kunsthalle Frankfurt zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49. 18. Mai bis 18. September 1998 in der Schirn Kunsthalle Frankfurt. Berlin 1998, S. 384.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Und tatsächlich waren an der Basis noch große Mengen revolutionärer Energie vorhanden: Im Verlauf der so genannten Reichsverfassungskampagne kam es in Preußen, Hannover, Württemberg, Sachsen, Bayern, der Pfalz und Baden zu teilweise gewaltsamen Aktionen für die Umsetzung der Reichsverfassung, die in ihrer Summe »eigentlich eine zweite Revolution« darstellten[5]. Die bedeutendste und abschließende Konfrontation zwischen der freiheitlich-nationalen Idee und den konservativen Mächten fand in Baden statt.

II. *Der Rastatter Aufstand für Freiheit und Einheit – das letzte Kapitel der deutschen Revolution*

»In keinem Staat des Deutschen Bundes haben sich die Forderungen nach Einheit und Freiheit, nach einer Begründung und Festigung des neuzeitlichen Verfassungslebens, nach einem Vorstoß in die weiteren Räume des politischen Fortschritts so vehement kundgetan wie in Baden.«[6] Baden zeichnete sich seit jeher durch eine ausgeprägt liberale Haltung seiner Einwohner aus[7]. Hier erfolgte, nicht zuletzt aufgrund der badischen Verfassung von 1818 und der Existenz des Badischen Ständehauses, früher als in anderen deutschen Staaten eine Politisierung weiter Bevölkerungskreise[8].
Bereits 1848 war Baden Schauplatz zweier radikal-demokratischer Umsturzversuche: Hecker-Zug und Struve-Putsch. Beide Vorhaben scheiterten jedoch schon nach wenigen Tagen aufgrund der dilettantischen Umsetzung, des geringen Widerhalls in der Bevölkerung und der Loyalität des badischen Militärs zum Großherzog. Im Mai 1849 war dies anders. Zwischen dem 11. und 14. Mai 1849 desertierte die gesamte reguläre großherzogliche Armee – ein in der deutschen Geschichte einmaliger Vorgang[9]. Die Gründe für diesen Vor-

5 Wolfgang J. Mommsen: Die Paulskirche. In: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl. München 2005, S. 189. Die Vorgänge in den Einzelstaaten schildert unter der Überschrift »Die Mairevolution 1849« Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band II: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830-1850. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1975, S. 861-876. Vgl. Engehausen: Revolution (wie Anm. 3), S. 231-242.

6 Willy Real: Die Revolution in Baden 1848/49. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983, S. 7.

7 Vgl. Markus Bultmann: Erfahrung von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte. Rastatt und Offenburg: Erinnerungsorte der Revolution 1848/49. Darstellung – Vermittlung – Dokumentation. Koblenz 2007, S. 200f. sowie insgesamt Paul Nolte: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850: Tradition, Radikalismus und Republik. Göttingen 1994.

8 Franz X. Vollmer: Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Strukturen, Dokumente, Fragestellungen. Frankfurt am Main 1979, S. 42f.

9 Ob eher nationale Überlegungen oder vor allem innenpolitische Konstellationen die Ursache für den badischen Aufstand bildeten, wird kontrovers beurteilt. Engehausen: Revolution (wie Anm. 3), S. 241f führt die badische Erhebung auf endogene Faktoren zurück und verweist als Beleg auf die Forderungen der Offenburger Versammlung vom 12./13. Mai 1849. Vgl. insgesamt Wolfgang von Hippel: Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49. Stuttgart 1998, S. 333ff.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gang sind im politischen Bewusstsein der badischen Soldaten zu suchen. Es handelte sich ja größtenteils um Bürger, die erst durch die Mobilmachung im Frühjahr 1848 aus ihrem alltäglichen Umfeld herausgerissen worden waren und die bereits einen Prozess fundamentaler Politisierung erlebt hatten[10]. Hinzu kam eine intensive Agitation von Seiten der demokratischen Vereine. In Baden hatten sich in den ersten Monaten des Jahres 1849 rund 540 demokratische Vereine gegründet, die ca. 46.300 Mitglieder verzeichneten. Die Vereinsfunktionäre haben nachhaltig unter den Soldaten für die Reichsverfassung geworben und »systematische Zellenbildung« betrieben[11]. Auch deshalb fiel der Hilferuf der Frankfurter Parlamentarier vom Mai 1849 in Baden auf einen besonders fruchtbaren Boden. Sofort erfolgten Solidaritätsadressen, in denen man den rückhaltlosen Einsatz für die Reichsverfassung betonte: »Kameraden!«, hieß es in einem Aufruf der Karlsruher Bürgerwehr vom 7. Mai 1849, »so laßt uns denn alle unter der schwarz-rot-goldenen Fahne gegen jeden bösen Feind einstehen! Laßt uns einstehen für die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, für deutsche Einheit und Freiheit und laßt uns insbesondere unsere Brüder in Rheinbayern nicht vergessen, die unter demselben Panier kämpfen, wie wir!«[12]

Die ca. 7.000 Einwohner zählende Stadt und Bundesfestung Rastatt spielte innerhalb des letzten Kapitels der deutschen Revolution eine hervorgehobene Rolle. Sie wurde zum Schauplatz des letzten Gefechts für die Errungenschaften der Nationalversammlung, für die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes. Seit 1842 war Rastatt zu einer der Festungen des Deutschen Bundes ausgebaut worden. Fünf- bis sechstausend Soldaten lagen hier permanent unter Waffen, im Ernstfall sollten bis zu 30.000 Soldaten die Festung verteidigen können. Tatsächlich war die Festung jedoch nur ein einziges Mal in Kampfhandlungen verwickelt, und zwar im Sommer des Jahres 1849 in der Auseinandersetzung zwischen den Freiheitskämpfern und den Soldaten des Deutschen Bundes.

Innerhalb der Festungsmauern hatte man den Fortgang der Revolution sehr genau verfolgt. Der Begeisterung für die Revolution im Frühjahr 1848 war durch das Hissen von schwarz-rot-goldenen Fahnen auf den Festungsmauern sichtbar Ausdruck verliehen worden. Doch der Enthusiasmus wich je länger je mehr der Ernüchterung. Die Erschießung Robert Blums im November 1848 in Wien, mehr aber noch das absehbare Scheitern der Frankfurter Reichsverfas-

10 Wolfram Siemann: Die deutsche Revolution von 1848/49. Frankfurt am Main 1985, S. 215; Engehausen: Revolution (wie Anm. 3), S. 241.

11 Sabrina Müller: Wollt Ihr nicht selbst freie Männer werden? Soldaten und Bürgerrechtsbewegung von 1848/49 in Baden, Württemberg und Hessen. In: Clemens Rehm/Hans-Peter Becht/Kurt Hochstuhl (Hrsg.): Baden 1848/49. Bewältigung und Nachwirkung einer Revolution. Stuttgart 2002, S. 51-67, hier S. 62f.

12 Zitiert nach Karl Obermann: Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland. Berlin 1970, S. 418f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sung provozierte Bürger und Soldaten immer häufiger zu politisch motivierten Unmutsäußerungen[13]. Angespannt war die Lage auch durch die schlechte Versorgung der Soldaten und deren oft willkürlich-schikanöse Behandlung durch ihre Vorgesetzten. Immer offener diskutierten Bürger und Soldaten über Grundrechte und Freiheiten. Die rund 50 Gasthäuser der Stadt wurden zu Orten der Kommunikation und Organisation. In Feuerwehr und Gesangverein, Bürgerwehr, Bürgerverein und Volksverein versammelten sich die Unzufriedenen.

Am 9. und 10. Mai 1849 erreichte die innerstädtische Opposition eine neue Qualität: Es kam zu einem feierlichen Verbrüderungsfest zwischen den Soldaten der Bundesfestung und der Rastatter Bürgerwehr[14]. Unter schwarz-rot-goldenen Fahnen wurden die »Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes«, die »Treue und Liebe zum Volk« und »die Sache der Wahrheit und Gerechtigkeit« beschworen. Dem alten, feudalen System wurde eine deutliche Absage erteilt: »Soldaten«, rief der Leutnant der Rastatter Bürgerwehr, Ludwig Wetzel, den mehreren Hundert Zuhörern entgegen, »die frühere Scheidewand zwischen Euch und uns, zwischen Euch Söhnen des Volkes und uns Bürgern ist eingerissen. Ein Band umschlingt uns Alle, wir sind das Volk, das seine Freiheit fordert!«[15] Damit nahm Wetzel das Leipziger Postulat von 1989 »Wir sind das Volk!« vorweg forderte und die Eingliederung des Soldaten in die Gesellschaft, wie sie über einhundert Jahre später, mit dem Konzept des Staatsbürgers in Uniform, realisiert werden sollte.

Die Teilnehmer des Verbrüderungsfestes schworen sich, »Gut und Blut, Leib und Leben zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung aufzubieten, wo immer nöthig, den einzelnen Gauen des großen Vaterlandes, die in ihren Freiheiten geschmälert werden könnten, zu Hilfe zu eilen.«[16] Die Vision der Versammlung war die Freiheit, der Handlungsrahmen das ganze deutsche Reich, nicht nur das badische Großherzogtum, denn der badische Großherzog hatte die Reichsverfassung bereits anerkannt. Dieser Umstand erklärt auch, dass die Teilnehmer des Verbrüderungsfestes es nicht als widersprüchlich empfanden, zum Abschluss ihrer Zusammenkunft ein Hoch auf die Verfassung *und* den

13 Vgl. Martina Schilling: Robert Blum und Volksverein. In: Peter Hank/Heinz Holeczek/Martina Schilling (Hrsg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Bd. 1: Vom Rastatter Kongreß zur Freiheitsfestung. Rastatt 1999, S. 489-538, hier S. 495-498 und S. 500.

14 Derartige Verbrüderungsfeste gehörten in das politische Programm der demokratischen Vereine und sollten das Militär für die Sache der Demokratie einnehmen. Vgl. Vollmer: Vormärz (wie Anm. 8), S. 134. Zum Rastatter Soldatenaufstand vgl. Peter Hank: Soldatenerhebung und Amalie Struve. In: Peter Hank/Heinz Holeczek/Christian Jung/Martina Schilling (Hrsg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Bd. 2: Von der Freiheitsfestung zur Preußischen Besatzung. Rastatt 2001, S. 125-242; Sabrina Müller: Soldaten in der deutschen Revolution von 1848/49. Paderborn 1999, S. 260ff.; von Hippel: Revolution (wie Anm. 9), S. 374ff.

15 Hank: Soldatenerhebung (wie Anm. 14), S. 190.

16 Ebd., S. 180.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Großherzog auszubringen *und* die schwarz-rot-goldene Fahne in einem feierlichen Zug durch die Stadt zu tragen[17]. In den folgenden Tagen richteten sich die Emotionen immer häufiger gegen die Offiziere der Festung. Seit dem 11. Mai überschlugen sich die Ereignisse: Zuerst befreiten Soldaten einen Kameraden aus dem Arrest, der eingesperrt worden war, weil er in seiner Rede auf dem Verbrüderungsfest für die Reichsverfassung eingetreten war. Weitere Befehlsverweigerungen und Ausschreitungen gegen Offiziere folgten. »Der Aufruhr in der Rastatter Festung, die Demonstration vor dem Arrestlokal und die Misshandlung der Offiziere […] lassen sich als Aufstand der Soldaten für ihre Grundrechte interpretieren.«[18] Und es war nicht bloß ein Aufstand der Soldaten, sondern »eine Erhebung des Volkes für ein grosses politisches Ziel […]«[19]. Der am 12. Mai aus Karlsruhe angereiste badische Kriegsminister General Hoffmann, der eigentlich die Situation hatte beruhigen wollen, musste angesichts der bedrohlichen Stimmung unter den Soldaten überstürzt aus der Festung fliehen. Einen Tag später flüchtete Leopold aus seiner Residenzstadt und rief Preußen zum Eingreifen gegen die Meuterei auf.

Am 13. Mai verkündete Amand Goegg vom Fenster des Rastatter Rathauses die Beschlüsse der dritten Offenburger Versammlung vom 12. und 13. Mai. Und Lorenz Brentano, der an der Spitze der provisorischen republikanischen Regierung in Karlsruhe stand, vereidigte die Rastatter Soldaten am 14. Mai auf die Reichsverfassung mit der Eidesformel »Wir verpflichten uns auf Ehre und Gewissen unbedingt und ohne Rückhalt die Durchführung der Reichsverfassung mit allen Kräften zu unterstützen […]«[20]. Auf den Festungswällen wurden schwarz-rot-goldene Fahnen gehisst. Vom 12. Mai bis 23. Juli 1849 war Rastatt Freiheitsfestung. Bürger und Soldaten hatten ein klares Zeichen für die Durchsetzung der Reichsverfassung gesetzt und waren bereit, für die Freiheit und Einheit der Nation zu kämpfen. »Dass sich Soldaten auf die Seite einer friedlichen Demokratiebewegung schlagen, ist für die deutsche Geschichte ein bis dahin einzigartiger Vorgang.«[21]

Die Revolutionsregierung war mittlerweile von Rastatt nach Karlsruhe umgezogen und hatte dort für den 3. Juni Wahlen ausgeschrieben. Es waren die ersten Wahlen in der deutschen Geschichte auf der Grundlage eines allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Männerwahlrechts. Die gewählte badische Regierung war die erste parlamentarisch legitimierte Regierung in der

17 Die Quellen nach Bultmann: Erfahrung (wie Anm. 7), Dokumentation Text 6.15.
18 Müller: Soldaten und Bürgerrechtsbewegung (wie Anm. 11), S. 65.
19 Reinhard Mielitz: Das badische Militärwesen und die Frage der Volksbewaffnung von den Jahren des Rheinbundes bis zur 48er Revolution. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Kleinstaaten in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Freiburg 1956 (Dissertation, mschr. Manuskript), S. 267.
20 Zitiert nach Peter Hank: Freiheitsfestung und provisorische Regierung. In: Hank/Holeczek/Jung/Schilling: Rastatt und die Revolution (wie Anm. 14), S. 243-372, hier S. 294.
21 Bultmann: Erfahrung (wie Anm. 7), S. 217.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

deutschen Geschichte. »Damit wird Baden für gut sechs Wochen die erste Republik in einem deutschen Flächenstaat.«[22] Doch das von preußischen Truppen dominierte Bundesheer konnte die entscheidenden Feldschlachten bei Heppenheim, Waghäusel und Gernsbach sehr schnell für sich entscheiden. Die Freiheitskämpfer zogen sich – sofern sie nicht über die Grenze ins französische oder Schweizer Exil flohen – in die Festung Rastatt zurück. Am 30. Juni begannen die Preußen mit der Belagerung von Rastatt. In der Nacht des 6. Juli wurde die Festung erstmals beschossen, wobei Wert darauf gelegt wurde, die militärischen Anlagen nicht zu beschädigen, so dass vor allem die Zivilbevölkerung unter dem Bombardement zu leiden hatte. Allein am 7. Juli fielen 180 Kanonenkugeln auf die Stadt nieder. Die Stimmung in der Festung verschlechterte sich zusehends.

In dieser Situation war es der 34-jährige Theologiestudent Ernst Elsenhans aus Feuerbach, der den eingeschlossenen Kämpfern durch die Herausgabe der Tageszeitung »Der Festungs-Bote« neue Hoffnung und Kampfesmut verleihen wollte. 14 Ausgaben erschienen zwischen dem 7. und 22. Juli. In der ersten Ausgabe definierte Elsenhans das Ziel des Rastatter Aufstands und ließ dabei keinen Zweifel am nationalen Bezugsrahmen: »Der Donner der Geschütze allein ist es, welchem die Fürsten ein geneigtes Ohr leihen. Sie haben ihn vernommen, diesen Donner, und gebebt auf ihren Thronen. Sie sind geflohen, um die Kosaken von der Spree an die ›lachenden‹ Ufer des Rheins zu rufen und ihren Einzelwillen den freien Männern Deutschlands aufzudrängen. […] Für die allgemeine Freiheit, unter deren mächtigem Schatten alle Völker der Erde glücklich und friedlich nebeneinander wohnen können, nicht für die Freiheit Badens, der Rheinpfalz und Württembergs, haben wir uns erhoben.«[23]

Am 18. Juli überzeugten sich Oberstleutnant von Corvin und Major Lang in Begleitung des preußischen Leutnants Schmettau bei einer Erkundungsreise mit der Bahn bis nach Konstanz davon, dass keinerlei Aussicht auf Unterstützung von außen bestand. Der Kriegsrat der Freiheitskämpfer, der im Ahnensaal des Schlosses tagte, beschloss daraufhin die Kapitulation. Am 23. Juli lieferten sich die ca. 6.000[24] Soldaten – die letzten verbliebenen Freiheitskämpfer der Revolution 1848/49 – »auf Gnade und Ungnade« den Belagerern aus. Nur wenige der Aufständischen konnten sich durch Flucht entziehen, darunter z.B. Carl Schurz, der später in die USA emigrierte und dort Innenminister wurde.

Die Aufständischen wurden in den unterirdischen Kasematten arretiert und warteten dort vergeblich auf einen fairen Prozess. Im Ahnensaal des Rastatter

22 Ebd., S. 211.
23 Nach Tilman Koops/Heinz Boberach (Hrsg.): Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung. Koblenz 1984, S. 399.
24 Nach Real: Revolution (wie Anm. 6), S. 164.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schlosses wurde die Freiheitsbewegung liquidiert: Das von preußischen Richtern dominierte Standgericht verhängte 26 Zuchthausstrafen und 21 Todesurteile, 19 davon wurden vollstreckt. Als Erster wurde am 7. August Ernst Elsenhans wegen Hochverrats und versuchtem Staatsumsturz standrechtlich erschossen. Es half ihm nichts, dass er im Kampf gegen die Preußen niemals zur Waffe, sondern nur zur Feder gegriffen hatte. Sein literarischer Kampf wog in den Augen der Preußen mindestens ebenso schwer. Elsenhans kommentierte sein Todesurteil: »Es ist doch recht schlimm, so früh schon für seine Überzeugung sterben zu müssen.«[25]

Die Freiheitskämpfer oder deren Hinterbliebene mussten horrende Geldstrafen bezahlen und dazu noch die Prozess- und Gefängniskosten sowie alle Amtsgebühren tragen[26]. Ins Ausland geflohene Revolutionäre wurden enteignet und aus den Berufslisten gestrichen. Das badische Militär wurde aufgelöst, in Stand-, Kriegs- und Ehrengerichten wurden 820 aufständische Soldaten verurteilt, 50 davon zum Tod[27]. Die Festung Rastatt blieb bis 1890 preußisch besetzt, das Sagen hatte nun ein preußischer Militärkommandant.

Mit der Rastatter Kapitulation am 23. Juli 1849 endete für jedermann sichtbar die deutsche Revolution von 1848/49. Damit war zum zweiten Mal nach 1815 eine Antwort auf die deutschen Nations- und Freiheitshoffnungen durch die Fürsten des Deutschen Bundes gewaltsam unterdrückt worden. Innerhalb der badischen Bevölkerung überwog die Verbitterung über die blutige Niederschlagung der Revolution. Ausdruck fanden die antipreußischen Aversionen im Badischen Wiegenlied von Ludwig Pfau: »Schlaf mein Kind, schlaf leis! Dort draußen geht der Preuß! Deinen Vater hat er umgebracht, Deine Mutter hat er arm gemacht, und wer nicht schläft in stiller Ruh, dem drückt der Preuß die Augen zu. Schlaf, mein Kind, schlaf leis. Dort draußen geht der Preuß! Zu Rastatt auf der Schanz, da spielt er auf zum Tanz. Da spielt er auf mit Pulver und Blei, so macht er alle Badener frei. Schlaf, mein Kind, schlaf leis, dort draußen geht der Preuß. Gott aber weiß, wie lang er geht, bis daß die Freiheit aufersteht, und wo Dein Vater liegt, mein Schatz, da hat noch mancher Preuße Platz! Schlaf, mein Kind, schlaf leis!«[28]

III. *Erinnerungskultur*

Während die preußischen Sieger mit Orden und Medaillen überhäuft, zahlreiche Gedenksteine für die gefallenen Preußen errichtet und in Karlsruhe ein

25 Nach ebd., S. 172.
26 Ein entsprechender Fall bei Bultmann: Erfahrung (wie Anm. 7), S. 220.
27 Karl-Heinz Lutz: Das badische Offizierkorps 1840-1870/71. Stuttgart 1997, S. 296f.
28 Vollmer: Vormärz (wie Anm. 8), S. 179.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Denkmal für den Sieg über die »Aufständischen« erbaut wurden, verscharrte man die Anführer des Rastatter Freiheitskampfes ohne Bekleidung, ohne Sarg oder Grabhügel. Die Erinnerung an die Revolutionäre und ihre Ideale wurde unterdrückt. Sie galten hinfort als Rebellen, Plünderer, Aufrührer, Maulhelden, Störer und Zerstörer. Sogar die Pflege ihrer Gräber wurde streng bestraft[29]. Erst nachdem der badische Großherzog Friedrich I. 1862 eine Generalamnestie für die Revolutionäre von 1848/49 erlassen hatte, machten überlebende Freiheitskämpfer die Ruhestätte ihrer erschossenen Mitstreiter in Rastatt durch einen Grabhügel kenntlich. Zu Allerseelen 1873 durften die Gräber durch Holzstickel mit Namenstafeln aus Blech gekennzeichnet werden[30]. In Mannheim durfte 1874, zur 25-jährigen Wiederkehr des Badischen Aufstands, ein Revolutionsdenkmal errichtet werden. Für Rastatt verwehrte der preußische Festungskommandant ein derartiges Anliegen sowohl 1874 wie 1882, obwohl dieses Anliegen vom Bezirksamt und vom Gemeinderat zugelassen und auch bereits ein entsprechender Obelisk vom Rastatter Bildhauer Franz Breunig angefertigt worden war[31]. Dieser Rastatter Obelisk wurde schließlich von dem aus dem Exil zurückgekehrten Amand Goegg erworben und 1879 in Renchen zu Ehren des 1676 gestorbenen Dichters Hans Jakob Christoph von Grimmelshausen aufgestellt[32]. Die Seiteninschriften des Denkmals ließen deutlich werden, dass die Revolution von 1849 der eigentliche Bezugspunkt war, der erinnert werden sollte: »Deutsch Volk, belogen und betrogen im Streit um hohes Ideal« und »Halt fest, mein Volk, mit treuem Blut, dann müssen bessere Tage kommen«[33].

Erst nach Aufhebung der Rastatter Festung im Jahr 1890 und dem Ende des preußischen Gouvernements ergab sich die Gelegenheit zur Ehrung der 1849 Erschossenen. Ein aus Demokraten und Sozialdemokraten gebildetes Komitee betrieb eine Sammlung zugunsten eines Gedenksteins. Das badische Innenministerium genehmigte dessen Aufstellung mit der Bedingung, dass der Stein nicht den Charakter eines Denkmals aufweisen dürfe. Das Bezirksamt erließ die Auflage, dass auf jede Art von Feierlichkeiten verzichtet werden und die Inschrift nur »Ruhestätte der im Jahr 1849 standrechtlich

29 Ebd., S. 186, verweist auf einen Freiburger Fall, in dem junge Mädchen mit bis zu 24 Tagen Gefängnis bestraft wurden, weil sie die Gräber der Hingerichteten Neff, Dortu und Kromer mit Blumen geschmückt hatten.

30 Hans Clauser: Ruhestätte der im Jahre 1849 zu Rastatt standrechtlich Erschossenen. In: Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte (Hrsg.): Dem Ideal der Freiheit dienen – ihrer Vorkämpfer gedenken. Festgabe für Wolfgang Michalka. Karlsruhe 2003, S. 17-22, hier S. 17.

31 Ausführlich dazu vgl. ebd., S. 18. Abdruck des Verbots bei Grab: Revolution (wie Anm. 3), S. 308.

32 Rainer Wollenschneider: Das Denkmal für die standrechtlich Erschossenen der Revolution von 1849 in Rastatt. In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Handreichung zum Besuch der Erinnerungsstätte. Karlsruhe 1990, S. 30-33, hier S. 30.

33 Clauser: Ruhestätte (wie Anm. 30), S. 19.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Erschossenen« lauten sollte[34]. Daraufhin wurden die Gebeine der Toten auf den Alten Friedhof umgebettet und schließlich 1899, zum 50. Jahrestag des Rastatter Aufstands, ein schwarzer Syenit-Findling von über drei Metern Höhe aufgestellt. Eine Einweihungsfeier fand 1899 nicht statt. Erst 1909 versammelte man sich am Mahnmal zu einer offiziellen Feierstunde, wobei allerdings das Bezirksamt die Mitführung roter Demonstrationsfahnen verboten hatte[35].

Die obrigkeitlich verordnete Ausblendung des Freiheitskampfes von 1848/49 aus der Erinnerungskultur des Kaiserreichs[36] hat es zu verantworten, dass einstmalige Volkshelden und Vorkämpfer unserer heutigen freiheitlich-liberalen Gesellschaftsordnung heute nur noch in Fachkreisen bekannt, in der Allgemeinheit aber größtenteils vergessen sind. Auch Liberale und Sozialdemokraten trugen zu diesem Vergessen bei, indem sie sich gegenseitig die Schuld für das Scheitern der 48er-Hoffnungen gaben, indem sie das Trennende der Revolutionsbewegungen betonten und darüber das Verbindende und das Fortschrittliche vergaßen[37].

Selbst in der Weimarer Republik blieb die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 ein Nischenphänomen. Gleichwohl erkannten die Weimarer Demokraten nun die positive, traditionsbildende Kraft der Paulskirche an, hoben dabei insbesondere den Grundrechtekatalog von 1848 hervor, beteiligten sich aber hauptsächlich an einer teilweise absurden Auseinandersetzung um die Farben Schwarz-rot-gold[38]. In Rastatt konnte 1924 eine nachträgliche Gedenk- und Enthüllungsfeier für den Erinnerungsstein stattfinden. Der Inschrift wurde nun das Wort »Freiheitskämpfer« angefügt sowie eine weitere Inschrift eingraviert: »Den Opfern des Unverstands und der Willkür, den Kämpfern für Freiheit und Recht […]«[39]. Damit wurde den Erschossenen endlich das positive, freiheitliche Ziel ihres Aufstandes zugestanden. Doch

34 Meinhold Lurz: Sozialdemokraten contra preußisches Militär und badisches Innenministerium. Das Denkmal der 1849 erschossenen badischen Revolutionäre in Rastatt, ein Anlaß politischer Auseinandersetzung. In: Klaus Bergmann/Rolf Schörken (Hrsg.): Geschichte im Alltag – Alltag in der Geschichte. Düsseldorf 1982, S. 110-143, hier S. 129f.

35 Clauser: Ruhestätte (wie Anm. 30), S. 20.

36 Vgl. Manfred Hettling: Revolutionsbilder. Das Nachleben von 1848/49: Nachmärz und Kaiserreich. In: Christof Dipper/Ulrich Speck (Hrsg.): 1848. Revolution in Deutschland. Frankfurt am Main/Leipzig 1998, S. 11-24, besonders S. 13-15 sowie Wolfgang Michalka: Politisches Lehrstück oder wissenschaftliche Herausforderung: Die deutsche Revolution von 1848/49 als Argument. In: Jürg Hentzschel-Fröhlings/Guido Hitze/Florian Speer (Hrsg.): Gesellschaft, Religion, Politik. Festschrift für Hermann de Buhr, Heinrich Küppers und Volkmar Wittmütz. Wuppertal 2006, S. 305-321, besonders S. 305 und 307-309.

37 Michalka: Politisches Lehrstück (wie Anm. 36), S. 306; Engehausen: Revolution (wie Anm. 3), S. 271f.

38 Vgl. Martin Vogt: Revolutionsbilder. Das Nachleben von 1848/49: Weimar und die NS-Zeit. In: Dipper/Speck: 1848 (wie Anm. 36), S. 25-34, besonders S. 27-30 sowie Michalka: Politisches Lehrstück (wie Anm. 36), S. 309-314.

39 Zitiert nach Lurz: Sozialdemokraten (wie Anm. 34), S. 138.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

das Verhältnis der Deutschen im Allgemeinen sowie der Rastatter im Besonderen zu den Freiheitskämpfern des 19. Jahrhunderts blieb auch in den folgenden Jahrzehnten gespalten. Eine Feier zum 100-jährigen Revolutionsjubiläum fiel in Rastatt aus: »Da sich bei der Programmgestaltung Schwierigkeiten ergeben haben, die sich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht zur allgemeinen Zufriedenheit beheben ließen, kamen die politischen Parteien und die Vertreter der Gewerkschaft überein, von der geplanten Revolutionsfeier in ihrer Gesamtheit Abstand zu nehmen.«[40] Immerhin erschien ein kleiner Erinnerungsband, der die Erinnerung an »die Volkserhebung des Jahres 1848/49« aufrechterhalten wollte[41].

In den Jahrzehnten danach prägte vor allem die Konkurrenz zweier deutscher Staaten die Sichtweise auf die Revolution von 1848/49. DDR-Historiker interpretierten die Revolutionsgeschichte zur Vorgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik und konzentrierten sich dabei auf die Volksbewegung und Barrikadenkämpfe[42]. Erst diese kommunistische Vergangenheitsbetrachtung und Vergangenheits*aneignung* provozierte eine stärkere Betrachtung der deutschen Freiheitsgeschichte auch in der Bundesrepublik. Bundespräsident Gustav W. Heinemann war einer der ersten, der die Traditionskonkurrenz zwischen beiden deutschen Staaten sehr deutlich benannte und Konsequenzen forderte: »In der DDR pflegt man bewußt revolutionäre Überlieferungen. Manches Buch und manche Veranstaltung sind ihnen gewidmet. Sie werden aber in Entwicklungsstufen zum kommunistischen Zwangsstaat verfremdet. Unerträglich ist es, daß wir dem durch eigene Untätigkeit Vorschub leisten und uns so einen Teil unserer Geschichte entwenden lassen. Wir stehen mit einem anderen Staat im Wettbewerb um die bessere Ordnung der Dinge, der Freiheit und der Gerechtigkeit. Dazu gehört auch die Frage, wer sich mit mehr Recht auf die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte berufen kann, und wer ihre Ziele besser verwirklicht hat oder verwirklichen wird.«[43] Diese Erkenntnis Heinemanns hatte einen Wandel in der westdeutschen Erinnerungskultur zur Folge und führte 1974 zur Einrichtung der »Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte«[44] in Rastatt

40 Wollenschneider: Denkmal (wie Anm. 32), S. 31.

41 Hermann Kraemer: Rastatt im Revolutionsjahr 1848/49. Gedenkblätter zur Jahrhundertfeier. Im Auftrag der Stadtverwaltung. Rastatt 1949, Zitat S. 9.

42 Diese Vereinnahmung begann bereits 1948, zum 100-jährigen Jubiläum der Revolution, wurde aber Anfang der 1970er Jahre weiterhin verstärkt. Vgl. Edgar Wolfrum: Revolutionsbilder. Das Nachleben von 1848/49: Bundesrepublik Deutschland und DDR. In: Dipper/Speck: 1848 (wie Anm. 36), S. 35-49, besonders S. 35-37 und S. 42-45 sowie Michalka: Politisches Lehrstück (wie Anm. 36), S. 315-316.

43 Zitiert nach Matthias Rensing: Geschichte und Politik in den Reden der deutschen Bundespräsidenten 1949-1984. Münster/New York 1996 , S. 138.

44 Die Erinnerungsstätte ist Thema des Abschnitts IV. dieses Beitrags. Vgl. Wolfrum: Bundesrepublik Deutschland (wie Anm. 42), S. 45-46.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und der Initiierung des »Gustav-Heinemann-Preises für die Schuljugend zum Verständnis deutscher Freiheitsbewegungen«. Der erste Wettbewerb des Jahres 1974 hatte die »Deutsche Revolution 1848/49« zum Thema. 760 Gruppenarbeiten mit insgesamt 30.000 geschriebenen Seiten gingen ein[45]. Auch die westdeutsche Revolutionsforschung wurde nun umfangreicher. Gleichwohl verzichtete man auf nationaler Ebene bewusst auf aufwändige Feierlichkeiten zum 125. Jahrestag der Revolution. Die Erinnerung an 1848/49 spielte in der breiten Bevölkerung Westdeutschlands weiterhin kaum eine Rolle. Ganz vergleichbar war die Situation auf der lokalen Ebene: In Rastatt wurden die Ereignisse von 1848/49 zwar zum thematischen Schwerpunkt des Heimatbuchs 1974[46] gemacht, die Erinnerungspflege überließ die Stadt Rastatt aber weitgehend dem Historischen Verein Rastatt und Einzelpersonen. Besonders vernachlässigt wurde die bauliche Betreuung und historische Vermittlung der Kasematten der Bundesfestung als Symbol für die Niederschlagung des Freiheitsaufstandes.

Erst seit der Vorbereitung des 150-jährigen Revolutionsjubiläums hat sich sowohl in der Bevölkerung als auch bei den politisch Verantwortlichen ein grundlegender Einstellungswandel vollzogen. Erst seitdem kann von einer positiv konnotierten aktiven Erinnerungspolitik auf allen Ebenen gesprochen werden, wobei allerdings der Fokus der nationalen Ebene ganz auf die Paulskirchenversammlung gerichtet war, während die vielen anderen, über die Republik verstreuten Schauplätze der Demokratiebewegung von 1847 bis 1849 der Erinnerungspolitik von Ländern und Kommunen überlassen wurden[47]. In Baden-Württemberg und Rastatt erfolgte im Revolutionsjubiläum 1998/99 ein klares Bekenntnis zur traditionsstiftenden Bedeutung der Revolution[48]. Ministerpräsident Erwin Teufel eröffnete mit dem Heckerhut und einer Lobrede auf die »Forderungen des Volkes« aus Offenburg von 1847 die große Landesausstellung »Revolution der Deutschen Demokraten in Baden« in Karlsruhe[49]. Unter dem Motto »Der Freiheit eine Festung« wurde in Rastatt

45 Bundesarchiv/Kurt A. Körber-Stiftung (Hrsg.): Schülerwettbewerb zum Verständnis deutscher Freiheitsbewegungen um den Gustav-Heinemann-Preis. Katalog der eingesandten Arbeiten. Band 1: Wettbewerb 1974: Deutsche Revolution 1848/49. Koblenz 1978, S. II.

46 Heimatbuch 1 (1974). Hrsg. vom Landkreis Rastatt. Bis zur Kreisreform, von 1961 bis 1972, war das Heimatbuch unter dem Titel »Um Rhein und Murg« erschienen.

47 Für Baden-Württemberg vgl. Clemens Rehm: Helfen können nicht Festschmause und Toaste, nicht das Singen von Heckerliedern und anderen Gesängen … (Friedrich Hecker, 1848). Erinnerung und Identität im deutschen Südwesten 1997-1999. In: Rehm/Becht/Hochstuhl (Hrsg.): Baden 1848/49 (wie Anm. 11), S. 341-357 sowie Hans-Joachim Fliedner: Eine Stadt erinnert sich. Versuch einer lokalen Aufarbeitung des Erinnerns an die Demokratiebewegung 1847 bis 49. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen. Karlsruhe 1998, S. 195-226, hier S. 200-204. Hier auch eine Aufstellung der in Baden beteiligten Städte, Institutionen, Personen und geplanten Veranstaltungen.

48 Ebd., S. 201-204.

49 Clauser: Ruhestätte (wie Anm. 30), S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

eine Vielzahl verschiedener Veranstaltungen angeboten[50], die sich nun nicht nur an ein historisch gebildetes Fachpublikum, sondern an die breite Bevölkerung richteten. Rastatts Beitrag zur deutschen Freiheitsgeschichte sollte nicht nur kognitiv vermittelt, sondern erfahr- und erlebbar gemacht werden[51]. Zwei umfangreiche Bände der Stadtgeschichtlichen Reihe[52] beleuchten nun die städtische Revolutionsgeschichte. Die Kasematten wurden als authentischer Ort der deutschen Freiheitsbewegung hergerichtet und seitdem auch durch die Stadtverwaltung vermarktet. Dem Dichter der Freiheitsfestung Ernst Elsenhans wurde an seinem 150. Todestag an prominenter Stelle ein Denkmal gesetzt, das »allen, die für Freiheit kämpften und dabei ihr Leben ließen«, gewidmet ist. Auch die Einrichtung des »Revolutionspfads«, eines circa einstündigen, beschilderten Stadtrundgangs entlang der Schauplätze der Revolution, geht auf das Jubiläumsjahr zurück.

Schließlich erwuchs aus der erinnerungspolitischen Aufbruchsstimmung des Revolutionsjubiläums ein Projekt, dass die Erinnerung an die Revolutionsgeschichte nicht nur perpetuieren, sondern auch im Rahmen eines anspruchsvollen touristischen Projekts weiterführen wollte: »Die Straße der Demokratie« ging auf die Initiative des damaligen Leiters der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte, Prof. Dr. Wolfgang Michalka, und des damaligen Kulturamtsleiters der Stadt Offenburg, Dr. Hans-Joachim Fliedner, zurück und möchte dem Touristen »die Geschichte der Demokratie und Revolution in Deutschland nicht als trockenen historischen Stoff, sondern als spannende Erfahrung an authentischen Schauplätzen präsentieren.«[53] Das Angebot der elf teilnehmenden Städte umfasst spezielle Reiseangebote, Führungen, Veranstaltungen und Produkte. 2007 konnte die Straße, die mittlerweile unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten steht, eröffnet werden. Zeitgleich ist der Reiseführer erschienen[54].

50 Darunter verschiedene Vortrags- und Festveranstaltungen, Aufführungen, Ausstellungen und Theaterstücke. Vgl. Pressestelle der Stadt Rastatt: Rastatt gedenkt seiner Revolutionäre. In: Stadtverwaltung Rastatt (Hrsg.): Heimatbrief 1999. Rastatt 1999, S. 22-26.

51 Fliedner: Eine Stadt erinnert sich (wie Anm. 47), S. 214-216, liefert eine Analyse zur Rezeption der Revolutionsfeiern für Offenburg. Für Rastatt liegt eine derartige Untersuchung nicht vor.

52 Peter Hank/Heinz Holeczek/Martina Schilling (Hrsg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Vom Rastatter Kongreß zur Freiheitsfestung (= Stadtgeschichtliche Reihe, Bd. 6,1). Rastatt 1999 (557 Seiten); Dies. (Hrsg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Von der Freiheitsfestung zur Preußischen Besatzung (= Stadtgeschichtliche Reihe, Bd. 6,2). Rastatt 2001 (754 Seiten).

53 Quelle: http://www.strasse-der-demokratie.eu/themen/idee-und-hintergrund.html (Stand: 21.04.09).

54 Susanne Asche/Ernst O. Bräunche (Hrsg.): Die Straße der Demokratie. Ein Routenbegleiter auf den Spuren der Freiheit. Bruchsal, Frankfurt, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Landau, Lörrach, Mainz, Mannheim, Neustadt, Offenburg, Rastatt. Karlsruhe 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

IV. *Gustav W. Heinemann und die »Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte« des Bundesarchivs*

Bundespräsident Heinemann war der festen Überzeugung, dass Deutschland erst »am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode« in seiner Geschichte stehe. »Nicht weniger, sondern mehr Demokratie – das ist die Forderung, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben«, forderte er in seiner Rede zum Amtsantritt als Bundespräsident am 1. Juli 1969[55]. Dabei benötige die Demokratie der Gegenwart ein solides historisches Fundament, eine freiheitlich-demokratische Tradition, die Identifikationspunkte stifte und Anhänglichkeit an die Ordnung des Grundgesetzes schaffe. Somit war die Etablierung von Freiheit und Bürgersinn in Deutschland für Heinemann auch eine Frage der Geschichtskultur. Deshalb forderte Heinemann in seiner Rede bei der Bremer Schaffermahlzeit am 13. Februar 1970, »jenen Kräften […] Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch mündig und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann.«[56]

Seit seinem Amtsantritt war Heinemann darum bemüht, »eine geschichtsträchtige Stätte ausfindig zu machen, an der alles das, was nicht Paulskirche ist, angemessen dargestellt werden kann […]. Bevorzugen würde ich persönlich eine Stätte […], die zumal von Jugendgruppen auf deren Wanderfahrten oder Jugendtreffen gern besucht werden würde.«[57] In Frage kamen vor allem das Schloss Hambach und das Rastatter Schloss. Letzteres hatte den Krieg nicht nur nahezu unbeschadet überstanden, sondern wies dazu noch einen sehr persönlichen Bezug zu Gustav W. Heinemann auf. Sein Großonkel mütterlicherseits, Carl Walter, hatte 1849 unter den badischen Revolutionären mitgekämpft, war in der Schlacht bei Waghäusel verwundet worden und erlag schließlich in der Festung Rastatt seinen Verletzungen. Heinemanns zweiter Vorname »Walter« hielt diese Erinnerung wach.

Anfang 1973 fiel die Entscheidung für Rastatt. Der Bund vereinbarte mit der Stadt Rastatt und dem Land Baden-Württemberg die gemeinsame Unterhaltung einer Dauerausstellung zur deutschen Freiheitsgeschichte. Als institutionelle Verankerung in der Bundesverwaltung wurde das Bundesarchiv im

55 Beide Zitate nach Ingelore Winter: Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Richard von Weizsäcker. 6 Porträts. Düsseldorf 1988, S. 95.

56 Zitiert nach Gustav W. Heinemann: Die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Ansprache des Bundespräsidenten aus Anlass der Eröffnung der Erinnerungsstätte in Rastatt am 26.6.1974. In: Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte (Hrsg.): Einigkeit und Recht und Freiheit. Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung. Bönen 2002, S. 21-24, hier S. 21.

57 Ebd., S. 23.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Geschäftsbereich des Bundesinnenministers ausgemacht, denn das Bundesarchiv verwahrte einen wesentlichen Teil der Überlieferung aus der Revolution von 1848/49[58]. Für das Bundesarchiv wurde die Erinnerungsstätte so zum »Schaufenster« für die von ihm verwahrten Archivalien. Für den Besucher wurde sie ein einzigartiger Raum der Begegnung mit der eigenen, der deutschen Freiheitsgeschichte, ein von seiner Thematik her einmaliger Lern- und Erfahrungsort. Die Erinnerungsstätte ist ein Museum an historischer Stelle, das den Besucher nicht nur kognitiv informieren, sondern gleichzeitig für den Wert der Freiheit in der Gegenwart einnehmen möchte.

Am 26. Juni 1974, zum 125. Jahrestag der Revolution von 1849, fand im Ahnensaal des Rastatter Schlosses, dem Ort des preußischen Standgerichts, die feierliche Eröffnung der Erinnerungsstätte statt. Bei dieser Gelegenheit legte Heinemann als erster Bundespräsident am Mahnmal für die standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer einen Kranz nieder. Johannes Rau sollte seinem Beispiel im Jahr 2002 folgen.

Im Organisationserlass des Bundesinnenministeriums vom 27. Mai 1974 wurde festgeschrieben, dass im Mittelpunkt der Ausstellung der Erinnerungsstätte die »Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts« stehen müsse. Dementsprechend bildeten in allen bisherigen Dauerausstellungen – grundlegende Überarbeitungen erfolgten bis 1982 und bis 1999 – der Vormärz und die Revolution von 1848/49 die thematischen Schwerpunkte. Gleichwohl wurde der Anspruch, das Ringen der Deutschen um Einheit, Freiheit und Demokratie von der Frühen Neuzeit bis zum 20. Jahrhundert insgesamt in den Blick zu nehmen, nie fallen gelassen. Mittels Sonderausstellungen und Sonderprojekten wurden besondere Akzente gesetzt, wobei namentlich der Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft intensiv thematisiert wurde.

Seit ihrer Gründung ist die Erinnerungsstätte auch ein Ort für den historisch-politischen Diskurs und die liberale Geschichtsbetrachtung. Dazu trugen insbesondere die vielen Zeitzeugengespräche, Vortragsveranstaltungen und Tagungen bei, von denen im Folgenden nur eine Auswahl genannt werden kann: Gleich zur Einweihung der Erinnerungsstätte wurden die fünf Siegergruppen des ersten Geschichtswettbewerbs nach Rastatt eingeladen und erhielten aus den Händen des Bundespräsidenten ihren Preis. Diese Tradition wurde bis 1981 fortgeführt[59]. Wiederholt, zuletzt im Jahr 2004, war die Erinnerungsstätte der Ort, an dem der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis an Personen, Gruppen oder Organisationen vergeben wurde, die sich in hervorragen-

58 Zur Geschichte der Erinnerungsstätte im Bundesarchiv vgl. demnächst ausführlich Henning Pahl: Die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Eine Sonderaufgabe des Bundesarchivs. In: Festschrift für Hartmut Weber. Koblenz 2009 (im Druck).

59 Heinz Boberach: Archivar zwischen Akten und Aktualität. Norderstedt 2004, S. 131.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Weise um Freiheit und Gerechtigkeit verdient gemacht haben. 1977 wurde in der Erinnerungsstätte die Gustav-Heinemann-Initiative ins Leben gerufen, ein Verein, der sich bewusst in die »Tradition der demokratischen Revolution von 1848/49« stellt und für die Bewahrung der Grund- und Menschenrechte und des Friedens in der Gegenwart eintritt[60]. Die Gustav-Heinemann-Initiative hielt mehrere ihrer Jahrestagungen in der Erinnerungsstätte ab, zuletzt 2009. Von 1988 bis 1993 war die Erinnerungsstätte Veranstaltungsort des »Rastatter Tags zur Geschichte des Liberalismus«, der von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kooperation mit der Reinhold-Maier-Stiftung und dem Bundesarchiv durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Veranstaltungen wurde auch der renommierte Wolf-Erich-Kellner-Preis verliehen. Die Ergebnisse der mehrtägigen Symposien liegen publiziert vor[61]. 2000 und 2001 wurde in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung der »Tag der Freiheit« begangen, bei dem immer eine Frage gegenwärtiger Freiheit in historischer Perspektive erörtert wurde. Diese Kooperation soll mit dem jährlich stattfindenden »Frühjahrsgespräch für die Freiheit« in diesem Jahr (2009) neu belebt werden.

V. *Ausblick*

Die Friedliche Revolution in der DDR hat neue Fakten geschaffen, denen sich auch die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte stellen muss. Heinemann hatte diese einzige erfolgreiche Revolution in der deutschen Geschichte nicht voraussehen können. Das Bundesarchiv nimmt den zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls zum Anlass, um in der Dauerausstellung einen zweiten Schwerpunkt neben der Revolution von 1848/49 einzurichten. Dieser wird die Freiheitsbewegungen in der DDR von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung thematisieren. Die Verbindungslinien zwischen beiden Revolutionen sind offensichtlich: »Wir sind das Volk« haben die Menschen 1989 auf den Straßen von Leipzig, Berlin, Dresden und anderswo skandiert. Unter dem gleichen Motto begannen 140 Jahre zuvor die

60 Quelle: http://www.gustav-heinemann-initiative.de/wir/ (Stand: 20.04.09).

61 Alle sechs Bände wurden von der Friedrich-Naumann-Stiftung herausgegeben: Freiheit und Einheit: Liberalismus und deutsche Frage. 1. Rastatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 17./18. September 1988. St. Augustin 1989 (134 S.); Liberalismus und Revolution. 2. Rastatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 16./17. September 1989. St. Augustin 1990 (157 S.); Liberalismus und Gemeinde. 3. Rastatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 10./11. November 1990. St. Augustin 1991 (143 S.); Liberalismus und Europa. 4. Rastatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 26./27. Oktober 1991. St. Augustin 1992 (98 S.); Liberalismus und soziale Frage(n). 5. Rastatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 7./8. November 1992. Sankt Augustin 1993 (95 S.); Vom liberalen Umgang mit Minderheiten. 6. Rastatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 16./17. Oktober 1993. Gummersbach 1994 (98 S.).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Soldaten und Bürger der Festung Rastatt ihren Aufstand für ein einiges Deutschland, die Garantie der Menschenrechte und einen demokratischen Verfassungsstaat. Erst mit der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung ist ein gesamtdeutscher Staat entstanden, der die Forderungen der Revolutionäre von 1848/49 nach Einigkeit und Recht und Freiheit einlöst und sich zugleich als Teil einer europäischen, friedenswahrenden Staatengemeinschaft begreift.

Es ist zu hoffen, dass mit der Aufarbeitung der Geschichte der »Friedlichen Revolution« auch die Ereignisse von 1848/49 aus der Vergessenheit hervorgeholt und beide Revolutionen zu integralen Bestandteilen des kollektiven Gedächtnisses werden können. Dabei muss der Stadt Rastatt der prominente Platz eingeräumt werden, der ihr gemäß ihrer historischen Bedeutung zusteht: Mit dem beispiellosen Aufstand von Bürgern und Soldaten für die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes und der ebenso singulären Niederschlagung dieses Freiheitsbegehrens durch die Truppen des Deutschen Bundes und das preußische Standgericht steht die Festungsstadt an der Murg wie kaum eine andere für die Hoffnungen und das Scheitern der deutschen Freiheitsbewegung von 1848/49. Als Symbol deutscher Demokratiegeschichte gebührt der Militärstadt Rastatt deshalb neben dem Denkmal für die Märzgefallenen in Berlin und der Paulskirche in Frankfurt der »Ehrentitel eines Erinnerungsortes der deutschen Revolution von 1848/49«[62]. Die Festung Rastatt ist gleichermaßen das Symbol für Freiheit und Unfreiheit in Deutschland im 19. Jahrhundert. Zugleich ist Rastatt eine ständig wiederkehrende Mahnung, die Freiheit gegen jede Bedrohung zu verteidigen. »Rückhaltlos wird sich […] der heutige Betrachter zu dem großen Volksaufstand von 1849 bekennen können: Wenn es keine parlamentarische Alternative mehr gibt, ist Kampf für die Freiheit nicht nur erlaubt, sondern Pflicht.«[63]

62 Mommsen: Paulskirche (wie Anm. 5), S. 59f.
63 Vollmer: Vormärz (wie Anm. 8), S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jürgen Frölich

Erinnerungsorte der Liberalen und liberale Erinnerungsorte in Berlin. Spurensuche zur liberalen Erinnerungskultur an einem deutschen »Machtort«

I.

Schon als die Planungen für den diesjährigen Themenschwerpunkt bekannt gemacht wurden, diskutierte man unter den zur Mitwirkung eingeladenen Liberalismus-Experten heftig, ob es überhaupt möglich sei, »liberale Erinnerungsorte« oder »Erinnerungsorte der Liberalen« außerhalb Südwestdeutschlands und speziell in Berlin ausfindig zu machen, und es somit lohnend sei, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Am Beispiel Berlins kann man schnell feststellen, dass solche Skepsis nur allzu berechtigt ist. Berlin war – und ist wieder – in der Tat als Herrschaftszentrum zum einen ein »Machtort«, ungünstig für die Ausbildung einer liberalen politischen Kultur: »Eine Tradition bürgerlicher Freiheit und Selbstverwaltung konnte hier nicht entstehen.« So heißt es noch in einer jüngst wieder aufgelegten Stadtgeschichte.[1] Die Jahrhunderte währende Funktion der Stadt als Residenz- und Hauptstadt zunächst Brandenburg-Preußens, dann des kleindeutschen Nationalstaates hinterließ auch in der Erinnerungskultur unübersehbare Spuren, die anderes zu verdekken scheinen. Nicht zu Unrecht hat eine neuere, in unserem Zusammenhang wichtige Untersuchung eine »martialische Dominanz Berliner Monarchen- und Triumphdenkmäler« konstatiert.[2]

Das gilt aber auch im übertragenen Sinne, wenn man den Ruf der Stadt außerhalb des preußisch-brandenburgischen Kernlands in Betracht zieht. Bernd Sösemann hat dies vor einem Jahrzehnt so umschrieben: »Wertschätzung und Abneigung, Vorurteile und Erwartungen vielfältiger Art änderten sich im Laufe der Jahrzehnte, doch selten wurde ein Urteil über Berlin gefällt, in dem nicht ›Preußisches‹ mitformuliert oder wenigstens mitgedacht war.«[3] Die

1 Hiltrud Wallenborn, in: Julius H. Schoeps (Hrsg.): Berlin – Geschichte einer Stadt. Berlin 2007, S. 17.

2 Helke Rausch: Kultfigur und Nation. Öffentliche Denkmäler in Paris, Berlin und London 1848-1914. München 2006, S. 486.

3 Bernd Sösemann: Exerzierfeld und Labor deutscher Geschichte. Berlin im Wandel der deutschen und europäischen Politik zwischen 1848 und 1933, in: Werner Süß/Ralf Rytlewski (Hrsg.): Berlin. Die Hauptstadt – Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Bonn 1999, S. 101.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

historische Erinnerung an und über Berlin ist also kaum von seiner Funktion für Preußen abzulösen.

Natürlich gibt es auch »nachpreußischen« Phasen in der Stadtgeschichte; sie begannen im Prinzip schon im Kaiserreich. Durch sie wurde schon im Kaiserreich und dann in der Weimarer Republik bereits der Preußen-Bezug sehr viel schwächer, siehe das Schlagwort von der »Reichshauptstadt«,[4] nach 1933 ging er weitgehend verloren. Diese Abschnitte der Stadtgeschichte, also das Berlin im Dritten Reich und im geteilten Deutschland, haben sich andererseits heute vor allem in der kollektiven Berlin-Erinnerung der Deutschen – und nicht nur derer – besonders stark niedergeschlagen. So bezieht Peter Steinbach beispielsweise seinen Appell, dass sich Berlin seiner Geschichte stellen muss, in erster Linie auf die Zeit des Nationalsozialismus.[5]

In einer so umgewälzten und widersprüchlichen Geschichtslandschaft, wie sie die alte und neue deutsche Hauptstadt bietet, ist es von vornherein schwer, liberale Spuren und vor allem die Erinnerung daran ausfindig zu machen. Erinnerung und Erinnerungsorte kann es sinnvollerweise ja nur dann geben, wenn ihnen eine sie konstruierende historische Substanz zugrunde liegt. Um eine der renommiertesten Expertinnen auf diesem Gebiet sprechen zu lassen: »Erinnerungsorte sind zersprengte Fragmente eines verlorenen oder zerstörten Lebenszusammenhanges.«[6] Unsere erste Frage muss also sein, ob es in Berlin eine solche, möglicherweise erinnerungsstiftende »liberale Substanz« gegeben hat. Aber selbst wenn sich etwas derartiges ausfindig machen lässt, besagt dies noch nichts über eine daraus hervorgehende Erinnerungskultur, denn die Erinnerung könnte ja auch zum großen Teil oder in Gänze verloren gegangen sein. Michael Maurer hat dies jüngst mit zwei Bemerkungen trefflich umschrieben. Einmal meint er wohl völlig zu Recht: »… in der Tat gibt es keine Kultur ohne Tradition oder Überlieferung«,[7] mithin ohne diese auch keine »Erinnerungskultur«. Damit eine solche entsteht, muss nicht nur ein reales historisches Geschehen irgendwie erinnert werden, sondern die Erinnerung mit Werten und Schlussfolgerungen verbunden werden. Denn:

4 Vgl. S(abine) H(ollberg)/G(ottfried) K(orff): Metropole in Gardeuniform. In: Berlin, Berlin. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt. Berlin 1987, S. 255 ff – der entsprechende Ausstellungsteil war »Reichshauptstadt und ›Parvenüpolis‹« überschrieben, ebd. S. 252 – sowie Gerhard Brunn: Die Deutschen und ihre Hauptstadt, in: Hauptstadt. Zentren, Residenzen, Metropolen in der deutschen Geschichte. Köln 1989, S. 22 ff sowie Hans Wilderotter: Die Wilhelm-Straße, in: Ebd., S. 331.

5 Peter Steinbach: Berlin unter dem Nationalsozialismus, in: Süß/Rytlewski (wie Anm. 2), S. 147. Ganz ähnlich im Tenor jüngst Kurt Kister: Bühne Berlin. In: Süddeutsche Zeitung 172 v. 25.7.2008, S. 12: »In jedem Fall ist Berlin zu eng mit den blutigen und/oder autoritären Abschnitten der deutschen Geschichte seit dem alten Kaiser Wilhelm verbunden.«

6 Aleida Assmann: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. 3. Aufl. München 2006, S. 309.

7 Michael Maurer: Kulturgeschichte. Eine Einführung. Köln 2008, S. 24.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Geschichtlich entscheidend wird nur, was aus der Fülle des Geschehenen mit Bedeutung belegt wird, herausgehoben aus dem Kontinuum des Geschehens«.[8]

II.

Daraus folgt als ein weiterer Schritt im Gang der Überlegungen zum liberalen Erinnerungsort Berlin, ob die Erinnerung an die »liberale Substanz« dort von bestimmter Seite, sei es von den Liberalen selbst, sei es von offizieller Seite aufrecht erhalten worden ist und in wieweit sich dieser Erinnerungsstrang ggf. neben den vielen anderen, insbesondere dem von Sösemann herausgestellten »preußischen«, hat behaupten können. Um diese Suche an dieser Stelle – wie es so schön heißt – »operationalisierbar« zu machen, werden sich im Folgenden Beschränkungen auferlegt und zwar in doppelter Hinsicht: Einerseits wird die Suche nach der »liberalen Substanz« in Berlin auf die Zeit vor 1933 begrenzt, andererseits wird sowohl diese »liberale Substanz« als auch die Erinnerung daran in Beziehung auf den parteipolitisch organisierten Liberalismus gesucht. Es wäre sicherlich reizvoll und sinnvoll allemal, auch andere »liberale Traditionen« außerhalb der Parteipolitik, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Kultur etc. ausfindig zu machen und herauszuarbeiten, jedoch stößt dies nicht nur angesichts der Vorarbeiten auf große Schwierigkeiten und muss hier nolens volens außen vor bleiben. Zwar existiert seit einigen Jahren eine Zusammenstellung der Berliner »Orte der Demokratie«, [9] aber diese ist in der Tat nur eine – in ihrer Art sicher verdienstvolle – Zusammenstellung für Zwecke der politischen Bildung, ohne tieferen erinnerungshistorischen Forschungsdrang. Sie enthält natürlich auch einige für eine liberale Erinnerungskultur bedeutsame Hinweise, etwa auf die kommunale Selbstverwaltung oder die preußische Nationalversammlung,[10] aber der »demokratische« Erinnerungsaspekt ist natürlich zwangsläufig sehr viel weiter gefasst als ein spezifisch liberaler; der Verfasser legt ihm im Grunde die gesamte politische Kultur der heutigen Bundesrepublik zu Grunde. Die liberale Erinnerungskultur fließt damit natürlich ein, gewinnt aber kein eigenständiges Profil in Bezug auf Berlin.
Dagegen enthält die bekannte, »kanonbildende Essaysammlung«[11] zu den »Deutschen Erinnerungsorten« von Etienne François und Hagen Schulze

8 Ebd., S. 40.
9 Manfred Görtemaker: Orte der Demokratie in Berlin. Berlin/Bonn 2004.
10 Vgl. ebd., S. 104-107 und 125-132.
11 Jürgen John: »Schiller – Abbe – Haeckel«. Strukturen und Konstellationen national konnotierter »Jena-Bilder«, in: ders./ Justus H. Ulbricht (Hrsg.): Jena – ein nationaler Erinnerungsort? Köln u. a. 2007, S. 34.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zwar einen eigenen Abschnitt zum Thema »Freiheit«[12] und weist sogar angeblich eine von den Herausgebern selbst konzedierte »latente Berlin-Gewichtung«[13] auf. Doch die unter der Rubrik »Freiheit« publizierten Essays mit direktem Berlin-Bezug behandeln nur zwei Erinnerungsorte aus der Zeit nach 1933, die in dem hier gewählten Zusammenhang auch deshalb außer acht gelassen werden können, da sie nicht mit liberalen Persönlichkeiten und Parteiorganisationen in Verbindung stehen.[14] Insgesamt unterstreicht auch diese Essaysammlung andererseits noch einmal die große Bandbreite des Erinnerungsortes Berlin insgesamt und die Probleme, darin liberale Teilaspekte ausfindig zu machen. Immerhin lässt sich darin aber schon ein brauchbarer Hinweis auf eine mögliche mit Berlin verbundene liberale Erinnerungskultur finden, nämlich in dem Essay zu Walther Rathenau, der aber bezeichnenderweise nicht im Kapitel »Freiheit«, sondern in dem zur »Moderne« auftaucht.[15]

Andererseits fehlt bislang eine umfassende Untersuchung zu dem gesamten Erinnerungsort Berlin, so wie sie etwa jüngst für Jena vorgelegt worden ist.[16] Berlin als eigener Erinnerungsort wird auch nicht in der erwähnten, monumentalen Essaysammlung von François und Schulze thematisiert, was eigentlich erstaunlich ist. Denn die dafür die Vorlage bildende noch umfangreichere Sammlung von Pierre Nora hat sich ja durchaus dem Erinnerungsort »Paris« gewidmet.[17] Dieser Aufsatz von Maurice Agulhon ist insofern sehr aufschlussreich, als er genau auf jene Vielschichtigkeit und Unübersichtlichkeit eines Jahrhunderte alten politischen Zentrums als Erinnerungsort hinweist, die eben auch freiheitliche, will sagen liberale Konnotationen beinhalten: »›Paris‹ steht zudem für ganz bestimmte Werte und Realitäten – aber welche sind das eigentlich? Der reglementierende, schikanierende, steuereintreibende Staat? Die Stadt des Vergnügens, der Versuchung und des Verderbens? Oder der Hort der freien Rede und schrankenlosen Denkens?«[18] Dieser Facettenreichtum ist eben ihm zufolge auch nicht für die Erinnerungskultur vor Ort ohne Folgen geblieben, wobei Agulhon davon ausgeht, dass sich Ähnliches für viele Hauptstädte Europas, zu denen Berlin durchaus zu rechnen ist, abzeichnet: »Wie alle alten Hauptstädte ist Paris andererseits übersät von wichtigen Erinnerungsstätten, die ideologisch oder politisch belegt sind, was

12 Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 2. München 2001, S. 135-265
13 Dies.: Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 1. München 2001, S. 14.
14 Vgl. Jürgen Danyel: Der 20. Juli, in: François/Schulze (Hrsg.): Bd. 2 (wie Anm. 12), S. 220-237 u. Dominik Geppert: Die Freiheitsglocke, in: ebd., S. 238-252.
15 Martin Sabrow: Walther Rathenau, in: ebd., S. 601-619.
16 Vgl. John/Ulbricht (wie Anm. 11).
17 Maurice Agulhon: Paris – Durchquerung von Ost nach West, in: Pierre Nora (Hrsg.): Erinnerungsorte Frankreichs. München 2005, S. 517-541.
18 Ebd., S. 517.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

aber nur mehr oder weniger bewusst wahrgenommen wird.«[19] Überdies unternimmt er es, die unterschiedliche(n) Erinnerungskultur(en) einzelner Stadtteile herauszuarbeiten, was vermutlich auch für Berlin eine spannende Frage wäre, ohne dass dem im Folgenden schon nachgegangen werden könnte. Da Berlin gerade in den letzten beiden Jahrhunderten mit Paris um eine führende Stellung unter den europäischen Metropolen wetteiferte und die politischen Landschaften seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zwar in vielen Einzelheiten von einander unterschieden, aber keineswegs völlig gegensätzlich waren, müsste es auch Spuren einer liberalen Erinnerungskultur in Berlin geben.

III.

Einen Ansatzpunkt bei der Suche danach bildet natürlich die mehrfach angesprochene Funktion Berlins als politisches Zentrum. Denn natürlich musste dies sich seit der allmählichen Öffnung des politischen Massenmarktes während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch auf den parteipolitisch organisierten Liberalismus in Preußen und Deutschland anziehend auswirken. Dementsprechend sind zwischen 1861 und 1918 nicht nur alle bedeutenden Parteien der Liberalen in Berlin gegründet worden, sondern diese haben dort auch ihren organisatorischen Mittelpunkt gehabt. Die einzige nennenswerte Ausnahme war die auf Süddeutschland beschränkte »Demokratische« oder »Deutsche Volkspartei« mit Sitz in Stuttgart. Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingerichteten Geschäftsstellen der liberalen Parteien waren sehr zentral in der Stadtmitte Berlins gelegen: Das »Zentralbüro der Nationalliberalen Partei Deutschlands« logierte am Vorabend des Ersten Weltkriegs in »Berlin W 66, Wilhelmstraße 45/47 III. Etage«, wo man sogar über einen Fahrstuhl verfügte.[20] Nicht ganz so dicht am eigentlichen Machtzentrum des Reiches und des Staates Preußen, aber dennoch recht zentral ansässig waren etwa zeitgleich das »Bureau des Geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Volkspartei«, das in der Zimmerstr. 8 sich bei der Freisinnigen Zeitung untergemietet hatte,[21] und die Zentrale des »Wahlvereins der Liberalen«, der Schwesterpartei »Freisinnige Vereinigung«, in der Dessauer Straße 13.[22] Nicht ganz logisch erscheint, dass später die Geschäftsstelle der die beiden freisinnigen Parteien samt Süddeutschen Demokraten vereinigenden »Fortschrittlichen Volkspartei« in unmittelbarer Nähe der Freisinnigen Zei-

19 Ebd., S. 519.
20 Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches 6. Jg. (1914/15), S. 8.
21 Vereinskalender der Freisinnigen Volkspartei für das Jahr 1902/1903, S. 16.
22 Vgl. Die Hilfe Nr. 21 v. 14.5.1908, S. 333.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tung lag,[23] die Reichsgeschäftsstellen der Deutschen Demokratischen Partei 1920 und 25 aber wieder in der Gegend der Freisinnigen Vereinigung, nämlich in der Köthener und der Bernburger Straße.[24] Zu dieser Zeit hatte übrigens auch die nationalliberale Konkurrenz ihre Position im unmittelbaren Machtzentrum geräumt und war von der Wilhelm- in die Friedrichstraße 226 umgezogen.[25]

Mit all dem verbindet sich aber kaum eine Erinnerung, was sich insofern dadurch erklären könnte, dass Geschäftsstellen in liberalen Augen allenfalls eine unumgängliche Notwendigkeit haben, aber nicht Orte sind, die sich mit Triumph oder Trauma verbinden und deshalb zu Erinnerungsorten werden können.[26] Eine Frage allerdings, die sich dann sogleich stellen könnte, wäre, ob es sich mit der Bayerischen Strasse 5 anders verhält. Denn hier wurde eine Erinnerungstafel angebracht, die an die dort erfolgte Gründung der Liberal-Demokratischen Partei im Juni 1945 erinnert.[27] Zwar war hier in Schöneberg nicht die Geschäftsstelle der Liberaldemokraten – sie befand sich bekanntlich in der Tauben- und zwischenzeitlichen Johannes-Dieckmann-Straße in Mitte –, aber diese Adresse ist offenbar der einzige Ort in Berlin, wo an eine liberale Parteiorganisation öffentlich erinnert wird. Eigentümlicherweise bezieht sich diese Erinnerung auf eine liberale Partei, die zwar eigentlich an ihre Vorgängerinnen anknüpfen wollte, dies aber umständehalber gar nicht mehr so recht konnte und später – die Unterorganisation in West-Berlin ausgenommen – zu einer der DDR-Blockparteien mutierte.[28]

IV.

Wenn also in der Regel die Gründungslokale und Geschäftsstellen nicht zu Erinnerungsorten der Liberalen in Berlin geworden sind, verhält es sich dann mit den klassischen Wirkungsstätten liberaler Politik anders? Diese waren natürlich analog der Hauptstadtfunktion Berlins die vor Ort ansässigen Parla-

23 Zimmerstr. 8, vgl. den Stempel in dem Exemplar von Friedrich Naumann: Freiheitskämpfe. Berlin-Schöneberg 1911, dass sich in der Bibliothek des Archivs des Liberalismus befindet (Sign. C1-1015).

24 Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926, S. 33.

25 Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002, S. 164.

26 Vgl. zu letzterem Assmann: Erinnerungsräume (wie Anm. 6), S. 14.

27 Die Tafel wurde erst Anfang 2008 angebracht und ist deshalb noch nicht bei Holger Hübner: Das Gedächtnis der Stadt. Gedenktafeln in Berlin. Berlin 1997 erwähnt, vgl. aber www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/bezirk/gedenktafeln/ldp.html. Diese und die weiteren Internet-Angaben nach Stand vom März 2009.

28 Vgl. dazu allgemein Jürgen Frölich: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD). In: Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.), Die Parteien und Massenorganisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002, S. 311-342 sowie speziell zur Gründung ders.: Von Berlin nach Heppenheim und Bonn. Der deutsche Liberalismus zwischen Triumph und Tragik 1945-1949. In: Wolfgang Gerhardt (Hrsg.): Die Kraft der Freiheit. 60 Jahre Freie Demokratische Partei. Stuttgart/Leipzig 2008, S. 21-38

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mente, zunächst des Staates Preußen, dann vor allem des Reiches. Die Spuren der preußischen Volksvertretungen haben sich weitgehend verloren,[29] aber das alte – eigentliche »neue«[30] – Reichstagsgebäude steht noch und hat bekanntlich seine alte Funktion wieder zurück gewonnen. Eine besondere Beziehung der Liberalen zu dem Wallotbau lässt sich auf den ersten Blick nicht erkennen. Das mag damit zusammenhängen, dass der Reichstag dort 1894 seine Arbeit aufnahm, als die Hochzeit des deutschen Liberalismus auf nationaler Ebene, soweit dies sich in Mandaten niederschlug, bereits ihren Zenit überschritten hatte. Der Ort wurde in liberaler Eigenperspektive während des späten Kaiserreiches zu einer Stätte, wo die Liberalen vor allem politische »Rückzugsgefecht(e)« führen mussten.[31] Eine jüngere Untersuchung zum Erinnerungsort »Reichstag« kommt dann auch bezeichnenderweise zu dem Ergebnis, dass es vor 1933 weniger Liberale, sondern am ehesten noch Sozialdemokraten waren, die sich der »Symbolwirkung des Reichstagsgebäudes« bedient hätten.[32] Und später hätte der Reichstag vor allem für die deutsche Einheit und weniger für den Parlamentarismus gestanden,[33] was Aneignung durch die liberale Erinnerungskultur zwar nicht ausschließt, wohl aber wegen der schon erwähnten vergleichsweise späten Errichtung des Baus – der Höhepunkt der liberalen Nationalbewegung lag da schon mehrere Jahrzehnte zurück – sicherlich erschwert. Die genannte Studie konnte allerdings noch nicht die wiederbelebte Funktion des Wallot-Baus als Parlamentssitz berücksichtigen. Diese hat inzwischen insofern Folgen auch für die Erinnerungsfunktion des gesamten Gebäude-Komplexes, da einige neugebaute Gebäudeteile nach bekannten früheren Parlamentariern benannt worden sind, darunter einer nach der langjährigen DDP-Reichstags- und FDP-Bundestagsabgeordneten Marie-Elisabeth Lüders.[34] Diese Benennung, die auf Vorschlag der FDP erfolgte,[35] weist zwar auf die Verbindung von Weimarer und Nachkriegs-Liberalismus hin und gilt sogar einer in Berlin geborenen und wirkenden Liberalen,[36] aber ob sich daraus ein Erinnerungsort der Liberalen oder gar

29 Vgl. dazu Görtemaker (wie Anm. 9), S. 126-133, speziell S. 133.
30 Eugen Richter hat einen Teil seiner Erinnerungen dem »alten« Reichstag in der Leipziger Straße 4 gewidmet, vgl. ders: Im alten Reichstag. Bd. 1 u. 2. Berlin 1894
31 So Friedrich Naumann 1906 in seinem Nachruf auf Eugen Richter. In: ders.: Werke Bd. 5. Opladen 1964, S. 275.
32 Stefanie Frey: Von der »Quatschbude« zum Symbol der Einheit – Das Reichstagsgebäude. In: Constanze Carcenac-Leconte u. a. (Hrsg.): Steinbruch Deutsche Erinnerungsorte. Annäherung an eine deutsche Gedächtnisgeschichte. Frankfurt/M. u.a. 2000, S. 239 f.
33 Vgl. ebd., S. 245 ff.
34 Vgl. www.bundestag.de/bau_kunst/bauwerke/luedershaus/architektur/index.html.
35 Dem ehemaligen Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Manfred R. Eisenbach, danke ich für Hintergrundinformationen.
36 Vgl. zu Lüders zuletzt zusammenfassend Jürgen Frölich: Marie-Elisabeth Lüders – »wir sind fanatische Menschenrechtlerinnen«. In: Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Die liberale Frauenbewegung – Lebensbilder. Berlin 2007, S. 97-110 und Heide-Marie Lauterer: »Fürchte Dich nicht« – Marie-Elisabeth Lüders' Stellung zu den beiden deutschen Diktaturen. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 17 (2005), S. 91-98.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ein liberaler Erinnerungsort entwickeln wird, ist derzeit nicht absehbar und erscheint bei der im Vordergrund stehenden Funktionalität des Ortes – er dient unter anderem als Besprechungsraum, Bundestagsbibliothek und -archiv sowie demnächst wohl auch als Besucher-Bistro[37] – auch eher fraglich.

IV.

Mit dem Namen Marie-Elisabeth Lüders gerät in jedem Fall aber ein weiterer Ansatzpunkt auf der Suche nach der erinnerungsstiftenden »liberalen Substanz« in Berlin in den Blick: die direkt mit Berlin verbundenen Liberalen. Diese kann man grob in zwei, sich naturgemäß teilweise überlappende Kategorien einteilen:

– in Berlin geborene liberale Politiker und
– in und für Berlin wirkende Politiker.

Da zwischen 1867 und 1933 praktisch alle liberalen Spitzenpolitiker, soweit sie auf nationaler Ebene tätig waren, quasi automatisch in Berlin wirkten, entweder in den dortigen Parlamenten oder den Regierungen, sind hier besonders unter beide Kategorien fallende Persönlichkeiten interessant. Dazu gehört Gustav Stresemann, der in der Köpenicker Straße 66 an der Grenze von Mitte und Kreuzberg geboren wurde und später in Berlin wohnte,[38] allerdings weder für Berlin ein parlamentarisches Mandat hatte noch dort kommunalpolitisch aktiv war. Fast gleichaltrig wie Stresemann war die in der Kurfürstenstraße 55 und damit noch außerhalb des eigentlichen Berlins geborene[39] Marie-Elisabeth Lüders, die später für Berlin im Reichs- und im Bundestag saß und zeitweise in Berlin auch Kommunal- resp. Stadtpolitik betrieb, also unter rein formalen Aspekten noch mehr in Berlin verankert war als der langjährige Reichsaußenminister. Ein anderes bekannteres Beispiel für die Doppelkategorie ist Franz Duncker, Berliner Land- und Reichstagsabgeordneter und Gewerkschaftsgründer, aus einer bekannten Berliner Verlegerfamilie stammend.[40] Zu diesem Kreis »Urberliner Liberaler« gehört auch Hugo Preuß, der

37 Vgl. www.bundestag.de/aktuell/archiv/2007/luedershaus/index.html und www.bundestag.de/bau_kunst/bauwerke/luedershaus/technik.html.

38 Geburts- und späteres Wohnhaus in der Tauentzienstr. 9 stehen nicht mehr, aber auf das letztere weist eine Gedenktafel hin, vgl. Hübner (wie Anm. 27), S. 232 u. de.wikipedia.org/wiki/Bild:Gedenktafel_Gustav_Stresemann.jpg sowie Kurt Koszyk: Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat. Köln 1989, S. 19 u. passim

39 Marie Elisabeth Lüders: Fürchte Dich nicht. Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren 1878 – 1962. Köln/Opladen 1963, S. 11.

40 Zu ihm vgl. Jürgen Frölich: Franz Duncker (1822-1888). Berliner Großbürger, preußischer Demokrat und liberaler Gewerkschaftsgründer; in: liberal 30 (1988), H. 2, S. 77-85.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zunächst jahrzehntelang kommunalpolitisch wirkte, ehe er als »Vater« der »Weimarer« (!) Reichsverfassung seinen Auftritt auf der nationalen politischen Bühne hatte.[41] Alle vier Genannten haben übrigens Ehrengräber der Stadt Berlin bekommen.[42] Die große Mehrheit der »Berliner« Liberalen mit bekannteren Namen war aber zugezogen und fiel somit unter die zweite Kategorie. Sie umfasst vor allem in Berlin gewählte Nationalparlamentarier und Größen der Berliner Lokalpolitik.

Mit letzterem ist man wohl bei dem angelangt, was hauptsächlich die »liberale Substanz« in Berlin ausmachen dürfte. Negativ gewendet aus Sicht der politischen Konkurrenz ist dies der bekannte, von Bismarck perhorreszierte »fortschrittliche Ring«, der »die Stadt beherrscht(e)«.[43] Gemeint war damit die starke Stellung, über die der Linksliberalismus zeitweise bei der Vergabe preußischer und nationaler Parlamentsmandate in der Hauptstadt und längerfristig in der Berliner Kommunalpolitik zum Missvergnügen konservativer Kreise verfügte: »Was die kommunalpolitische Gestaltung angeht, so ist für Berlin von der sog. Neuen Ära bis zum Ersten Weltkrieg der Liberalismus die entscheidende Kraft gewesen.«[44] Von 1862 bis 1929 kamen alle Berliner Stadtoberhäupter entweder direkt aus den Reihen der Liberalen oder standen mit dem organisierten Liberalismus in mehr oder minder enger Beziehung.[45] Bei den 13 Reichstagswahlen zwischen 1871 und 1918 behielten 46 Mal liberale Kandidaten in den sechs Berliner Wahlkreisen die Oberhand, was einer Erfolgsquote von fast 50 % entspricht; allerdings ging die sich anfänglich auf alle Bezirke erstreckende Vormacht des Liberalismus immer weiter zurück, bis schließlich 1912 nur noch der Wahlkreis Berlin-Mitte gehalten werden konnte.[46] Alle dabei gewählten Abgeordneten waren Fortschrittler oder Freisinnige, Nationalliberale bekamen hier kein Bein auf den Boden. Die einzige Ausnahme bildete Eduard Lasker, selbst später beim Linksliberalismus, der

41 Da eine große Preuß-Biographie immer noch fehlt vgl. zuletzt Arndt Vaatz: Hugo Preuß (1860-1925). In: Michael Fröhlich (Hrsg.): Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien. Darmstadt 2002, S. 15-26.

42 Vgl. Hans-Jürgen Mende: Lexikon Berliner Grabstätten. Berlin 2006, S. 63, 83 f., 107, u. 284 sowie unten S. 83.

43 Die Äußerung fiel im Reichstag am 4. März 1881 während eines Rede-Duells mit dem Berliner Oberbürgermeister und freisinnigen MdR Max von Forckenbeck, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 66 (1881), S. 169; vgl. Marie-Louise Plessen: Kommunale Selbstverwaltung und Polizei. In: Berlin, Berlin (wie Anm. 4), S. 172.

44 Michael Erbe: Berlin im Kaiserreich. In: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Geschichte Berlins. Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart. München 1987, S. 759.

45 Die Oberbürgermeister aus dem Kaiserreich sind portraitiert ebd., S. 760 ff; zu Gustav Böß, OB von 1920 bis 29 vgl. Henning Köhler: Berlin in der Weimarer Republik. In: ebd., S. 827.

46 Vgl. dazu Bernd Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918. Münster 2004, S. 455. Übersicht über die Wahlergebnisse bei Erbe: Berlin (wie Anm. 44), S. 772 f sowie ausführlich in Carl-Wilhelm Reibel (Bearb.): Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse – Kandidaten – Ergebnisse. Düsseldorf 2007, Bd. 1, S. 114-137.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

1867 ein Mandat für den Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes gewann.[47]

V.

Diese zeitweise starke Position des Linksliberalismus in Berlin müsste doch auch in der allgemeinen Berliner Erinnerungskultur Spuren hinterlassen haben. In der Tat gibt es zahlreiche Straßen, die einen Bezug zum Liberalismus haben, wobei sich die Gesamtzahl der »liberalen« Straßennamen, selbst wenn man sie wie hier vorgegeben auf parteilich organisierte Liberale beschränkt, nur sehr schwierig feststellen lässt, da das einschlägige Verzeichnis sich auf die Erläuterung »Politiker« oder »Kommunalpolitiker« beschränkt.[48] Gerade aber bei Letzteren fällt eine eindeutige Zuordnung häufig schwer bzw. ließe sich nur bei langwierigen Recherchen gewinnen. Natürlich sind die heute bekanntesten Liberalen auch mit mehr oder minder bedeutenden Straßen vertreten, siehe Theodor-Heuss-Platz oder Stresemann-Strasse. Dass Straßennamen gewissermaßen »denkmalsanalog« erscheinen und »als Markierung auf der mentalen Landkarte einer Kultur« gelten können,[49] erweist sich beispielsweise an der heutigen Naumannstraße, in die der ehemalige Königsweg 1929 umbenannt wurde. Friedrich Naumann hatte dort in Schöneberg seinen Berliner Wohnsitz und fand in der Nähe seine letzte Ruhestätte.[50] Trotz der Ballung von Erinnerungselementen an dieser Stelle – neben dem Straßennamen weisen noch eine Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus sowie ein Ehrengrab auf Naumanns Wirken hier hin – erscheint es doch diskutabel, ob es sich um einen liberalen Erinnerungsort handelt: Gedenktafel und Grabinschrift nennen nur Namen und Daten des zu Erinnernden, woran eigentlich erinnert werden soll, bleibt dem Betrachter selbst überlassen.

Dies scheint das Problem bei vielen ähnlichen »Erinnerungsstücken«, die hier als »Erinnerungsorte der Liberalen« bezeichnet werden sollen, zu sein: Von offizieller Seite, d. h. der städtischen Verwaltung eingerichtet, stellen sie kaum oder gar keinen liberalen Bezug her. Das Haus, in dem Theodor Heuss während der Weimarer Republik wohnte, weist ebenso wie der Theodor-Heuss-Platz nur auf den späteren Bundespräsidenten, nicht aber den liberalen

47 Vgl. Jürgen Frölich: Die Berliner »Volks-Zeitung« 1853-1867. Preußischer Linksliberalismus zwischen »Reaktion« und »Revolution von oben«. Frankfurt/M. 1990, S. 361 ff. Dies »Versehen« wurden beim zweiten Wahlgang des Jahres 1867 auch sogleich korrigiert, ebd., S. 373 f.

48 Sylvia Lais/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Lexikon Berliner Straßennamen. Berlin 2004.

49 Maurer: Kulturgeschichte (wie Anm. 7), S. 63.

50 Vgl. Lais/Mende (wie Anm. 48), S. 318, Hübner: Gedächtnis (wie Anm. 27), S. 320, Hans-Jürgen Mende: Alter Zwölf-Apostel-Friedhof. Berlin 2007, S. 45 ff. sowie ders., Lexikon (wie Anm. 42), S. 315.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Publizisten und Abgeordneten hin.[51] Gleiches gilt auch für Grabstätten von Liberalen, selbst wenn es sich um Ehrengräber handelt: Bei Rudolf Virchow, dessen Grabstätte auf dem Alten St. Matthäus-Friedhof in der Schöneberger Großgörschenstrasse befindet,[52] nennt selbst die spätere Erläuterungstafel nur, dass er politisch sich als »Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses« engagiert habe. Ähnlich politisch neutral gehalten sind die am gleichen Ort befindlichen Grabstätten von David Hansemann, Wilhelm Loewe(-Calbe) oder Heinrich von Sybel.[53] Nur bei Adolf Diesterweg wird in dem späteren Erläuterungsschild dessen »liberale Gesinnung« angesprochen.[54] Abgesehen von Hansemann, wo die Deutsche Bank die Pflege übernommen hat, und Stresemann[55] sind diese Grabstätten auch zumeist vergleichsweise schlicht gehalten, womit es für größere Maßnahmen zur Erinnerungspflege wenig Raum gibt. Das hat zwar die DDP nicht davon abgehalten, am Grab Naumanns Gedenkveranstaltungen abzuhalten, bei der aus Anlass des 10. Todestages 1929 Theodor Heuss sprach.[56] Diese Versuche, daraus einen liberalen Erinnerungsort zu machen, erfolgten aber vergleichsweise spät, galten einer Persönlichkeit, deren Berlin-Bezug sicherlich weniger ausgeprägt war als in anderen Fällen, und entwickelten vielleicht deshalb keine richtige Nachhaltigkeit. Zumindest ist diese Tradition spätestens 1933 abgebrochen und auch später zumindest nicht nachdrücklich wieder aufgenommen worden.[57] Immerhin stellt sie aber einen Beleg für Bemühungen um eine liberale Erinnerungskultur in Berlin da.

VI.

Was ist neben dem Naumann-Grab von den parteipolitisch organisierten Liberalen in Berlin selbst als Erinnerungsort angesehen worden bzw. wo hat man von dieser Seite erkennbare Anstrengungen unternommen, einen solchen zu kreieren? Und, falls es so etwas wie eine liberale Erinnerungs- oder

51 Hübner: Gedächtnis (wie Anm. 27), S. 203 f u. 308. Bei Gedenktafeln neueren Datums ist dies offenbar anders, vgl. die alte und die neue Gedenktafel zu Rudolf Virchow, ebd., S. 132 u. 473.

52 Mende: Lexikon (wie Anm. 42), S. 310, vgl. allgemein auch Liste und Daten von Berliner Ehrengräbern unter www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/friedhoefe_begraebnisstaetten/downloads/eg-liste.pdf

53 Vgl. auch Mende: Lexikon (wie Anm. 41), S. 302, 305 u. 309; Hansemann hat kein Ehrengrab bekommen.

54 Vgl. ebd., S. 300.

55 gl. de.wikipedia.org/wiki/Bild:Gustav_Stresemann-artist-Hugo_Lederer.jpg.

56 Vgl. die Abbildung in Thomas Hertfelder/Christiane Ketterle (Hrsg.): Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Stuttgart 2003, S. 56.

57 Im Rahmen der 50-Jahr-Feierlichkeiten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat deren Vorsitzender, Wolfgang Gerhardt, an Naumanns Grab einen Kranz niedergelegt, vgl. www.fnst-freiheit.org/uploads/896/PM_Kranzniederlegung.pdf.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Geschichtspolitik in Berlin gegeben hat, ließe sich daran heute von interessierter Seite wieder anknüpfen? Bei der wie skizziert zeitweise starken Stellung des liberalen Bürgertums in der preußisch-deutschen Hauptstadt lag es natürlich nahe, dass dieses versuchte, auch erinnerungspolitisch Pflöcke einzuschlagen. Ein Anknüpfungspunkt war natürlich die Revolution von 1848, die beim Erstarken des organisierten Liberalismus um 1860 kaum ein Jahrzehnt zurücklag und an die es noch viele direkte Erinnerungen gab. Allerdings taten sich hier, wie eine neuere Untersuchung sehr schön darlegt, die Berliner Liberalen sehr schwer, schwerer zumindest als ihre Gesinnungsfreunde in Frankfurt am Main. Denn das markanteste Datum der Berliner Revolutionsgeschichte war nicht mit Parlamentarismus und Verfassungsgebung, sondern mit opferreichen Straßenschlachten verknüpft.[58] Dennoch oder gerade deshalb hatten die Berliner Stadtväter noch 1848 beschlossen, die Toten vom 18. und 19. März würdig zu beerdigen und an sie dauerhaft zu erinnern.[59] In der Reaktionszeit nach dem Scheitern der Revolution wurde dies von den Obrigkeiten untersagt und nach den Ereignissen zwischen 1866 und 1871 schien die Märzrevolution in vielen, auch liberalen Augen widerlegt. So stritt die Berliner Fortschrittspartei 1873 darüber, ob man am 18. März der gefallenen Barrikadenkämpfer offiziell gedenken sollte. Ein Teil der Linksliberalen – die Nationalliberalen sowieso – lehnte dies ab, der linke Flügel der Fortschrittspartei unternahm aber dennoch eine Gedenkfeier, übrigens unter Hinzuziehung demokratischer Elemente wie Leopold Sonnemann und mit schwarz-rot-goldenem Hintergrund.[60] Diese ambivalente Haltung lud natürlich die konkurrierenden politischen Kräfte auf der Linken geradezu ein, diese Traditionslinie für sich zu reklamieren. So wurden die Gräber im Friedrichshain zur »zentrale(n) Kultstätte des sozialdemokratischen Gedenkens an die 48er Revolution«.[61]

Auch später nahmen die Linksliberalen gegenüber den Märzgefallenen eine gespaltene Position ein; zwar suchten Teile des Freisinns 1898 mit schwarz-rot-goldenen Schleifen und Kränzen im Friedrichshain dem vorherrschenden Rot der Arbeiterbewegung einen Kontrapunkt entgegenzusetzen, aber die Parteiprominenz blieb solchen Feierlichkeiten fern.[62] Auch wenn 1923 sogar der DDP-Innenminister bei einer solchen Kranzniederlegung sprach, blieb das Mahnmal der Märzgefallenen doch auf Dauer immer mehr hinter der Pauls-

58 Vgl. zum Folgenden Claudia Klemm: Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur. Göttingen 2007.
59 Siehe auch Görtemaker (wie Anm. 9), S. 121 ff.
60 Vgl. Klemm (wie Anm. 87), S. 73-82.
61 Daniel Bussenius: Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 48er Revolution 1918-1925. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Der Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland. Göttingen 2004, S. 93; vgl. Bettina Effner: Das schwierige Erbe der Revolution. Die Auseinandersetzung mit 1848/49 in liberaler Politik und Publizistik der Bismarckzeit. In: ebd., S. 51 f.
62 Vgl. Klemm (wie Anm. 58), S. 136 f, 159.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

kirche als Erinnerungsort der Liberalen zurück, weil diese sich weit besser für ein gesamtliberales Gedenken von den Demokraten bis hin zu den Nationalliberalen eignete und außerdem von politischen Konkurrenten nicht so leicht okkupiert werden konnte.[63] 1948 schließlich wurde von einem führenden Liberaldemokraten der Friedrichshain regelrecht als spezifisch liberaler Erinnerungsort aufgegeben und in den Dienst des gesamten »antifaschistischen Blocks« gestellt.[64]

VII.

Führt also auch diese Spur, Erinnerungsorte der Liberalen in Berlin dadurch auszumachen, dass den liberalen Initiativen, das »kommunikative Gedächtnis« in ein »kulturelles Gedächtnis« zu überführen[65], nachgegangen wird, in eine Sackgasse? Nun war der Friedrichshain nicht der einzige Ansatzpunkt der Berliner Freisinnigen, Gedenken aus liberaler Perspektive zu konstituieren. Dabei bedienten sie sich auch und vor allem des Instrument, das kennzeichnend wurde für die Gedenkkultur im späten 19. Jahrhundert, der Denkmäler.[66] Die früheste diesbezügliche Initiative wurde bereits unmittelbar nach Lockerung der auf die Revolution folgenden Reaktionspolitik zu Beginn der Neuen Ära gestartet. Allerdings dauerte es zwölf Jahre von der Grundsteinlegung bis zur Einweihung, obwohl der Gedenkgegenstand äußerlich scheinbar unpolitisch im Gewand der Literatur daher kam. Aber der Ausgangspunkt, die Schillerfeiern von 1859, lag unter Federführung des Deutschen Nationalvereins und hatte einen durchaus politischen Aspekt, galten sie doch dem »Dichter der Freiheit«, der aber zugleich als Symbol für die nationale Einheit unter liberaler Führung stand.[67] Als jedoch 1871 das Denkmal endlich auf dem Gendarmen-Markt eingeweiht wurde, hatte sich die politische Konstellation bekanntlich fundamental geändert und war Schiller mehr oder minder zu einem parteiübergreifenden gesamtdeutschen Heros geworden, dem auch die herrschenden Fürsten und konservative Kreise ihre Aufwartung machten. Liberale spielten dann bei der Enthüllung nur noch eine Rolle unter anderen und waren sich überdies nicht ganz einig über die Symbolik.[68]

63 Vgl. ebd., S. 213-217, 589.
64 Vgl. ebd., S. 335.
65 Vgl. dazu im Anschluß an Jan Assmann Heinrich August Winker: Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Deutungsmacht (wie Anm. 60), S. 12.
66 Vgl. Ulrich Schlie: Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen. München 2002, S. 50, Maurer: Kulturgeschichte (wie Anm. 7), S. 175.
67 Otto Dann: Schiller, in: François/Schulze (Hrsg) (wie Anm. 12), Bd. 2, S. 178 ff.
68 Vgl. dazu jetzt Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 614-618. Eine sehr ähnliche Entwicklung nahm offenbar auch die Entstehung des Humboldt-Denkmals vor der Universität, vgl. Isidor Kastan: Berlin wie es war. 10. Aufl. Berlin 1925, S. 31 f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wenn wir die ebenfalls in ihrer Symbolik umkämpften Denkmals-Initiativen zum Turnvater Jahn, eingeweiht 1872, und zum Freiherrn vom Stein, Enthüllung 1875,[69] außer Betracht lassen, dann bleiben aber immerhin drei Denkmäler, die um 1900 nahe des Berliner Zentrums aufgestellt wurden und deren liberale Konnotation sich nun nicht bestreiten ließ: Es waren dies das Denkmal für den Achtundvierziger und Mitbegründer der Deutschen Fortschrittspartei Franz Leo Benedikt Waldeck (1802-1870)[70], das nach längerer Planung 1890 in der Oranienstrasse auf einem Friedhof aufgestellt wurde,[71] dann das Denkmal für Hermann Schulze-Delitzsch, den »Vater des Genossenschaftswesens« und wie Waldeck ebenfalls Mitbegründer der Fortschrittspartei sowie linksliberaler Abgeordneter für Berlin im Norddeutschen Reichstag,[72] dessen erhöhte Statue seit 1899 am Beginn einer südöstlichen Ausfallsstrasse unweit des Geburtshauses von Gustav Stresemann steht[73] und schließlich das 1910 unweit der Charitè errichtete Denkmal für Rudolf Virchow.[74] Auch dieser war – neben seiner bekannten Tätigkeit als Arzt – Begründer der Fortschrittspartei und Land- sowie Reichstagsabgeordneter für Berlin, aber auch lange Zeit kommunalpolitisch aktiv gewesen.[75] Ein geplantes Denkmal für Eugen Richter kam dagegen wegen des Ersten Weltkrieges offenbar nicht mehr zustande, obwohl bereits ein offizielles Zugeständnis vorlag.[76]

Dennoch, mit diesen drei Denkmälern, alle heute im eigentlichen Zentrum Berlins gelegen, hat man drei Erinnerungsorte, die erstens von den lokalen Liberalen selbst als solche gewollt worden sind. Ihnen ist zweitens gemeinsam, dass sie an die Gründung der Fortschrittspartei und damit an die Grundlegung der (links)liberalen Epoche in der Berliner Stadtgeschichte erinnern. Darüber hinaus weisen sie auf drei unterschiedliche, für den Berliner Links-Liberalismus wichtige Aspekte liberaler Tätigkeit in und für Berlin hin: mit Benedikt Waldeck auf die Verfassungskämpfe von 1848 und der 1860er

69 Vgl. ebd., S. 486 ff u. 491 ff.

70 Zu ihm vgl. Manfred Botzenhart: Benedikt Waldeck. In: Westfälische Lebensbilder Bd. 13 (1985), S. 108-129.

71 Vgl. Klemm: Erinnert (wie Anm. 58), S. 83 f, Kastan (wie Anm. 68), S. 32 f und Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 498 ff. Das mit einer wechselvollen Geschichte versehene Denkmal ist u. a. abgebildet bei de.wikipedia.org/wiki/Bild:Waldeck-Denkmal%2C_Waldeck park.jpg und – mit falschem Fürstentitel (!) – bei www.bildhauerei-in-berlin.de/_html/_katalog/details-1653.html.

72 Rita Aldenhoff: Schulze-Delitzsch. Baden-Baden 1984.

73 Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 500 ff.; abgebildet bei de.wikipedia.org/wiki/Bild:Berlin_-_Denkmal_Hermann_Schulze-Delitzsch_1.jpg u. www.mgv-info.de/downloads/wir/w-2004-08-s05.pdf

74 Vgl. ebd., S. 505; Abbildungen in de.wikipedia.org/wiki/Bild:Denkmal_f%C3%BCr_Rudolf_Virchow_in_Berlin.jpg u. www.bildhauerei-in-berlin.de/_html/_katalog/details-394.html

75 Constantin Goschler: Rudolf Virchow. Mediziner – Anthropologe – Politiker. Köln 2002, S. 211-278.

76 Vgl. Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 506 f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jahre,[77] mit Virchow auf die kommunalpolitische Arbeit des Freisinns[78] und mit Schulze-Delitzsch auf die heute weithin vergessene liberale Sozialpolitik, die gerade in Berlin im späten 19. Jahrhundert großen Anklang fand.[79] Dieses letzte Denkmal war ursprünglich geradezu als ein rein »sozialpolitisches« Monument camoufliert worden, doch die von der Stadt und der freisinnigen Prominenz aufwendig begangene Einweihung wurde dann auch dazu genutzt, um am Beispiel von Schulze-Delitzsch den Anteil des Liberalismus an der Nationalstaatsgründung gebührend herauszustellen.[80] Gerade diese Erinnerungsfeiern von 1899 zeigen, dass die Linksliberalen den Kampf um den Erinnerungsort Berlin nicht aufgegeben hatten und sowohl der monarchisch-konservativen Konkurrenz von rechts als auch den Sozialdemokraten Paroli zu bieten gewillt waren. Mit Hinblick darauf kommt auch eine neuere Untersuchung zu dem Schluss: »Der Anlauf zu einer dezidiert linksliberalen Gedächtnisbildung und Reklamierung von Beteiligungsrechten am nationalen Symboldiskurs hat allerdings, wenn auch unter mancher Restriktion, durchaus vernehmlich stattgefunden.«[81] Theodor Heuss übrigens hat in seiner großen öffentlichen Ansprache aus Anlass der Gründung der FDP-Bundespartei ausdrücklich an das Schulze-Delitzsch-Denkmal erinnert, was zeigt, dass es zumindest in der frühen Nachkriegszeit noch nicht ganz vergessen war.[82] Allerdings kann auch bei diesen Denkmälern nicht von einer nachhaltigen liberalen Erinnerungskultur die Rede sein, wozu im Falle von Schulze-Delitzsch und Virchow auch ihre Lage im Osten der Stadt beigetragen hat. Dennoch ist bislang weder etwas über eine liberale Erinnerungsarbeit vor 1933 dort noch nach 1945 für das im Westen verbliebene Waldeck-Denkmal bekannt. Interessanterweise teilten das westliche Waldeck-Denkmal und das östliche Schulze-Delitzsch-Denkmal das Schicksal, über längere Zeit von ihrem ursprünglichen Standort entfernt gewesen zu sein, um dann nach Jahr-

77 Der Gedanke zu einem Denkmal für den 1870 gestorbenen, in Berlin sehr populären Waldeck, der allerdings kein Ehrengrab bekam, vgl. Mende: Lexikon (wie Anm. 46), S. 56, kam offenbar bereits im Zuge des fünfundzwanzigjährigen Revolutionsjubiläums 1873 auf, vgl. Klemm (wie Anm. 53), S. 83 f.

78 Vgl. dazu Constanin Goschler: Infrastruktur-Liberalismus – Rudolf Virchow als Berliner Kommunalpolitiker. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 18 (2006), S. 45-58; allerdings enthält das Denkmal im Gegensatz zur Tafel an Virchows Wohnhaus ebenso wie sein Grab keinen Hinweis auf diese kommunalpolitische Wirksamkeit, vgl. Hübner: Gedächtnis (wie Anm. 26), S. 133.

79 Günter Richter: Zwischen Revolution und Reichsgründung, in: Ribbe (Hrsg.) (wie Anm. 43), Bd. 2, S. 680.

80 Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 500-504.

81 Ebd., S. 635, vgl. ebd., S. 691: »Selbst gemessen an Vielzahl und Pomp von Monarchendenkmälern ist damit von einem Defizit an bürgerlich-nationaler Symbolik und entsprechenden Voten nicht zu sprechen.«

82 Vgl. Theodor Heuss: Unsere deutsche Mission. (1948) Zitiert nach Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, S. 539.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zehnten wieder dorthin zurückzukehren. Während die Rückkehr von Schulze-Delitzsch von genossenschaftlicher Seite betrieben wurde,[83] konnte über die Hintergründe bei Waldeck bislang nichts herausgefunden werden.

VIII.

Wie im Falle Naumanns gibt es aus der Zeit nach der eigentlichen Hochphase des Liberalismus in Berlin noch ein Erinnerungsmoment, das ebenfalls die hier angelegten Kriterien für einen liberalen Erinnerungsort erfüllt und zugleich sowohl noch auf einen weiteren Aspekt, der den Liberalismus mit Berlin verbindet, hinweist. Obendrein erinnert es wiederum – anders als bei Waldeck, Schulze-Delitzsch und Virchow – an einen in Berlin geborenen Politiker mit liberalem Hintergrund. Gemeint ist die Gedenktafel an der Stelle, wo Walter Rathenau 1922 auf dem Weg zu seinem Amtssitz im Auswärtigen Amt ermordet wurde.[84] Der Gedenkort geht wiederum auf lokale liberale Initiativen zurück, diesmal Kreise der Berliner DDP. Die 1929 aufgestellte Tafel wurde nach dem Ende des Dritten Reiches von der LDP-Parteileitung erneuert, weshalb nunmehr Wilhelm Külz als Stifter genannt wird.[85] Damit fällt auch diese Gedenktafel zunächst einmal genau wie die drei vorherigen Denkmäler – und in gewisser Weise auch das Grab Naumanns – unter die Rubrik des »kommunikativen Gedächtnisses«.[86] Denn alle diese Erinnerungssymbole wurden initiiert von – liberalen – Personen, die an die jeweiligen Personen und Vorgänge noch eine persönliche Erinnerung hatten. Das gilt sowohl für Rudolf Virchow, der bei Einweihung des Erinnerungsmoments für Schulze-Delitzsch sprach[87], als auch die führenden Liberaldemokraten von 1945/46, die wie Külz oder Eugen Schiffer Walter Rathenau noch zu Beginn der 1920er Jahre im Umfeld der DDP begegnet waren und die Ermordung des ersten »liberalen« Außenministers bewusst miterlebt hatten.
Inwieweit diese liberalerseits angestoßene Tradition heute noch lebendig ist, kann und soll an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Immerhin gab es in jüngster Zeit liberalerseits mehrfach erinnerungspolitische Rückgriffe auf Friedrich Naumann und seine Schöneberger Erinnerungsmomente.[88]

83 Vgl. www.mgv-info.de/downloads/wir/w-2004-08-s05.pdf.
84 Vgl. Hübner: Gedächtnis (wie Anm. 26), S. 271, Abbildung bei de.wikipedia.org/wiki/Bild:Gedenkstein_Walther_Rathenau.JPG.
85 Hübner, ebd., vgl. Sabrow: Rathenau (wie Anm. 14), S. 616.
86 Vgl. oben Anm. 64.
87 Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 501 f.
88 Vgl. www.julis-ts.de/2008/08/24/flyer-aktion-zum-todestag-von-friedrich-naumann sowie oben Anm. 56.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

IX.

Wohl aber kann hier abschließend festgestellt werden, dass es für Berlin genügend Ansatzpunkte für eine liberale Erinnerungskultur gibt: Erstens spielte allein schon der parteipolitisch organisierte Liberalismus, auf den sich diese Überlegungen konzentrierten, eine bedeutende Rolle sowohl in der Geschichte der Stadt selbst als auch auf den in der Stadt zwischen 1848 und 1933 existierenden politischen Foren. Mithin kann für Berlin eine für die Erinnerungskultur unentbehrliche »liberale Substanz« nicht bezweifelt werden. Zweitens hat es von verschiedenen Seiten Bemühungen gegeben, die Erinnerung an diese liberalen Aspekte in der Stadtgeschichte wach zuhalten, so dass in Berlin heute nicht nur viele Erinnerungsorte der Liberalen, besser gesagt an Liberale, existieren, sondern sogar auch einige liberale Erinnerungsorte. Beide Kategorien lassen sich dadurch grob unterscheiden, dass die Einrichtung eines »Erinnerungsort der/an Liberale(n)« eher ein formaler, verwaltungstechnischer Akt ist, wobei der liberale Bezug zum Ausdruck kommen kann, aber nicht muss und es häufig – siehe die vielen nach Liberalen benannten Straßen oder die zahlreichen Ehrengräber – auch nicht tut. Dagegen zeichnet sich ein »liberaler Erinnerungsort«, der natürlich gerade in Berlin mit seiner liberalen Tradition in der Stadtverwaltung auch auf eine Verwaltungsinitiative zurückgehen kann, noch dadurch aus, dass damit erstens bewusst eine politische Demonstration verbunden war und/oder dass sich liberalerseits um eine Erinnerung an die liberale Substanz dieses Erinnerungsortes bemüht wurde. Dies trifft zumindest zeitweise für die erwähnten drei Denkmäler im Berliner Zentrum, für den Rathenau-Gedenkstein im Grunewald und für den Erinnerungskomplex um Friedrich Naumann in Schöneberg zu. Der heutige Berliner Liberalismus und die Liberalen in Berlin haben also eine Reihe von Ansatzpunkten, ihre eigene liberale Tradition hochzuhalten.

Ob, wenn man in dieser Hinsicht größere Anstrengungen unternehmen sollte, damit die eingangs skizzierte, immer noch vorherrschende Erinnerung an den, zum Teil sehr unheilvollen »Machtort Berlin« verdrängt werden kann, ist jedoch kaum zu erwarten. Wohl aber könnte beim erinnerungspolitischen Bemühen um die liberalen Aspekte in der Geschichte Berlins dessen Bild in der allgemeinen Erinnerung vielschichtiger und damit wohl auch angemessener seiner Rolle in der jüngeren Entwicklung Deutschlands werden.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Horst Sassin

Liberale Erinnerungsorte in Hamburg – Ausschnitte aus dem 20. Jahrhundert

Mit Hamburg wird der zeitgeschichtlich interessierte Deutsche herausragende Politiker wie Helmut Schmidt und Herbert Wehner verbinden, Sozialdemokraten, die die deutsche Nachkriegsgeschichte in unterschiedlichen Funktionen und auf unterschiedliche Art und Weise, aber beide nachhaltig beeinflusst haben. Dass das sozialdemokratische Milieu das politische Geschehen zwar stark geprägt, aber nicht ausschließlich beherrscht hat, sondern dass es eine virulente politische Kultur der Liberalen in Hamburg gegeben hat, soll in den nachfolgenden Ausführungen verdeutlicht werden.

Was Hamburg vor allen anderen deutschen Städten in Sachen Liberalismusgeschichte auszeichnet, ist nicht die bloße Mitwirkung Liberaler in lokalen Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus, sondern die frühzeitige Gründung spezifisch liberaler Widerstandsgruppen, die über Verbindungen nach Berlin und ein deutschlandweit angelegtes Netzwerk mittelbar in die Umsturzplanungen einbezogen waren. Diese einzigartige Konstellation in Hamburg hat den hier gewählten Ansatz zur Folge, nicht das gesamte zeitliche Spektrum der Liberalismusgeschichte abzudecken, sondern auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur mit ihrer Vor- und Nachgeschichte zu fokussieren. Die Gliederung orientiert sich an den Staatsordnungen im 20. Jahrhundert.

Der Verständlichkeit wegen werden geraffte historische Informationen als Voraussetzungen für die angeführten Erinnerungsorte gegeben. Eine Erklärung verlangt die Entscheidung, die Erinnerungsorte um einschlägige Literatur zu ergänzen. Dafür sind zwei Gründe maßgeblich. Zum einen geht es bei Erinnerungsorten nicht einfach um Geschichte, sondern um ihre Beurteilung als erinnerungswert, somit um Gewichtung und Bewertung. Diese wiederum darf nicht vordergründig erfolgen, sondern verlangt nach Sachlichkeit, Gewissenhaftigkeit und nüchternem, differenziertem Urteil. Hierfür liefert wissenschaftliche Literatur die Basis. Der andere Grund ergibt sich aus dem Problem, dass potenzielle Erinnerungsorte möglicherweise nicht (mehr) als solche wahrgenommen werden, so dass die kritische Literatur zur Bewahrerin jener Erinnerungen wird, die sonst durch Unterdrückung oder durch schlichte Nichtbeachtung vergessen würden.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hamburg war, wie der liberale Historiker Veit Valentin es ausdrückte, »die erste deutsche Weltstadt«.[1] Die Bedeutung Hamburgs als Handelsstadt im 19. und 20. Jahrhundert soll an wenigen Daten schlaglichtartig veranschaulicht werden. Bereits 1847 war die Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) gegründet worden. 1892 war Hamburg eine von zwölf deutschen Städten, in denen an den Börsen Terminhandel in Produkten getrieben wurde, und stand nach der Anzahl der so gehandelten Sparten direkt hinter Berlin. 1906 liefen 15.777 Schiffe zur See im Hamburger Hafen ein, 22.606 Schiffe von Oberelbe. Vor 1914 war Hamburg die drittgrößte Handelsstadt der Welt nach London und New York, ein Status, den die Stadt erst nach der Gründung der gemeinsamen Hafenverwaltung mit Altona und Harburg-Wilhelmsburg 1929 wieder erreichte. Heute hat Hamburg den größten Seehafen Deutschlands und den viertgrößten Europas.

Ansätze städtischer, privater und liberaler Erinnerungskultur. Hamburg im Kaiserreich: Carl Petersen und die »Vereinigten Liberalen«

Unter den hamburgischen Liberalen des 20. Jahrhunderts ragt eine erinnernswerte Gestalt hervor: Der Rechtsanwalt Dr. Carl Petersen, aus einer großbürgerlichen Juristenfamilie stammend, Enkel eines bedeutenden Bürgermeisters der Stadt, wurde 1899 in einer Nachwahl in die Bürgerschaft gewählt, wo er sich der Fraktion der Rechten anschloss. Die Fraktionsbezeichnungen dieser Zeit waren genauso rückständig wie das hanseatische Wahlrecht. In der Bürgerschaft gab es die drei Fraktionen der Rechten, des linken Zentrums und der Linken, die sich weniger politisch als gesellschaftlich unterschieden; auch die »Linken« waren eher rechts orientiert. Fraktionszwang kannte man nicht. Es galt die Persönlichkeit, so dass unterschiedliche Ansichten in den Fraktionen auch bei den Abstimmungen in der Bürgerschaft zum Ausdruck kamen.

Carl Petersen, der politisch von Friedrich Naumann geprägt war, nahm das Recht auf die Vertretung seiner abweichenden Meinung in Anspruch, als er sich schon 1902 in den Bürgerschaftsdebatten für die Errichtung einer Arbeiterkammer aussprach, obwohl dieses Anliegen angesichts der Mehrheitsverhältnisse chancenlos war. Sein Grundsatz lautete, die berechtigten Interessen der Arbeiter mit zu vertreten, um sie von dem Anschluss an die Sozialdemokratie abzuhalten.

Wenige Jahre später beriet die Bürgerschaft, nachdem erst 1896 die politischen Rechte der hamburgischen Bürger erweitert worden waren, eine Wahl-

1 Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution 1818-1849. Band 1. Köln-Berlin 1970, S. 236.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

rechtsverschlechterung zu Lasten der einkommensschwachen Schichten. Hintergrund war der Umstand, dass bei den allgemeinen Bürgerschaftswahlen 1904 bereits 13 statt des bisher nur einen SPD-Abgeordneten (1901) gewählt worden waren. Im Hintergrund stand zudem die russische Revolution von 1905.

Das Wahlrecht war ein gemischtes Pluralsystem, das Bildung, Besitz und Einkommen bevorzugte. Die kleinen Gruppen der Grundbesitzer und der Notabeln, das heißt derjenigen Bürger, die ein Ehrenamt in der städtischen Verwaltung oder ein Richteramt ausübten beziehungsweise ausgeübt hatten, wählten jeweils ein Viertel der Bürgerschaft. Darüber hinaus waren sie auch an den »allgemeinen« Wahlen beteiligt, von denen alle Einwohner mit weniger als 1200 Mark steuerpflichtigem Einkommen ausgeschlossen blieben. Dadurch besaßen im Jahre 1904 nur 29 Prozent der zum Reichstag Wahlberechtigten das Bürgerschaftswahlrecht. Durch den Wahlrechtsraub von 1906, den Petersen energisch bekämpfte, wurde für die »allgemeinen« Wahlen ein Zweiklassensystem eingeführt, wonach die Wähler mit einem Jahreseinkommen von 1200 bis 2500 Mark 24, die Wähler mit mehr als 2500 Mark Jahreseinkommen 48 Abgeordnete wählten, wobei die obere Wählergruppe ein vielfach höheres Stimmengewicht hatte. Die acht übrigen Mandate entfielen auf die hamburgischen Landgebiete.

Die Rechnung der restaurativen Bürgerschaftsmehrheit ging auf, denn die Zahl der SPD-Abgeordneten in der Hamburger Bürgerschaft, die 1901 bei 1, 1904 bei 13 Abgeordneten gelegen hatte, stieg 1907 auf 19 und stagnierte in den folgenden Wahlen 1910 und 1913 bei jeweils 20 Abgeordneten. Die Ungerechtigkeit des restaurativen Wahlsystems zeigt sich im Vergleich mit den Reichstagswahlen, wo die SPD seit 1890 sämtliche drei hamburgische Mandate gewann.

Carl Petersen und einige andere Bürgerschaftsabgeordnete hatten mit Leidenschaft und Sachverstand, aber in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse chancenlos gegen den Wahlrechtsraub vom März 1906 gekämpft. Diesmal gingen die Opponenten weiter, um ihren Grundauffassungen treu zu bleiben. Am 24. September 1906 bildete sich aus 13 Abgeordneten der alten Honoratioren-Fraktionen die politische Fraktion der Vereinigten Liberalen in der hamburgischen Bürgerschaft, zu derem Vorsitzenden zeitweilig Carl Petersen gewählt wurde. In ihrem Programm aus dem Jahr 1907 sprachen sie sich zwar für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts aus, dies allerdings nur schrittweise und ohne dabei die Gruppenwahlen von Notabeln und Grundbesitzern zu tangieren. Dennoch entwickelte sich eine andauernde, in vielen Tagesfragen und beispielsweise in der Bildungspolitik relevante Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der Vereinigten Liberalen und der Sozialdemokraten. Die politische und gesellschaftliche Diskriminierung, die von den Honoratioren der traditionellen Fraktionen ausging, hatte ein vertieftes Ver-

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

trauensverhältnis zwischen den beiden politischen Fraktionen zur Folge, die sich auch in der gegenseitigen Unterstützung in Stichwahlen ausdrückte. Bei den Wahlen konnten die Vereinigten Liberalen sich mit 23 Sitzen 1907 (1910: 29; 1913: 30) besser behaupten als die Sozialdemokraten.
Als drei linksliberale Parteien sich 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) zusammenschlossen, etablierten die Vereinigten Liberalen sich als deren Hamburger Landesverband; Carl Petersen wurde in den Zentralausschuss der FVP gewählt.
Die Vereinigten Liberalen repräsentieren den durch die sozialen Probleme vor Ort sensibilisierten kommunalen Liberalismus des Kaiserreichs. Ihre politische Einstellung kann an wenigen Beispielen gezeigt werden: an Petersens Empörung »gegen den Hang des Kaisers zur absolutistischen Machtausübung«[2] (1911), der Sympathie für die Streikenden beim großen Arbeitskampf auf den Werften im Sommer 1913, seiner erfolgreichen Initiative von 1917 zur Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts bei den allgemeinen Wahlen, in diesem Zusammenhang an seinem Einsatz für das Frauenwahlrecht und seinen Bemühungen um die Demokratisierung des Hamburger Staates.
Erst 1917 wurde ein Vertreter der Vereinigten Liberalen, Hinrich Johann Garrels, in den Senat gewählt, und erst am 27. September 1918 wurde der prominenteste Vereinigte Liberale, Dr. Carl Petersen, zum Senator gewählt.

Bürgermeister Carl Petersen und die Hamburger Liberalen in der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik zeichnete sich die politische Landschaft in Hamburg durch eine bemerkenswerte Kontinuität aus. Obwohl die Sozialdemokraten bei der ersten demokratischen Bürgerschaftswahl mit 82 von 160 Mandaten die absolute Mehrheit gewannen, gingen sie ein Bündnis mit der Deutschen Demokratischen Partei ein, die die Nachfolge der Vereinigten Liberalen angetreten hatte. Dieses Bündnis blieb bis zur nationalsozialistischen Gleichschaltung Hamburgs 1933 bestehen, seit 1925 ergänzt um die nationalliberale Deutsche Volkspartei.
Im Vergleich mit dem Reichsgebiet erzielte die DDP in Hamburg wesentlich bessere Wahlergebnisse: bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 errang sie im Reich 18,5 %, in Hamburg 26,3 %; bei den Reichstagswahlen 1920, Dezember 1924 und 1928 im Reichsgebiet 8,3 %, 6,3 % und 4,9 %, in Hamburg 17,4 %, 12,5 % und 11,6 %. Noch besser schnitt sie bei

2 Erich Lüth: Carl Petersen – Wegbereiter des Bündnisses zwischen Bürger und Arbeiter in Hamburg. In: Erich Lüth/Hans-Dieter Loose: Bürgermeister Carl Petersen 1868-1933. Hamburg 1971, S. 1-28, hier S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den Bürgerschaftswahlen am 26. Oktober 1924 mit 13,2 % und am 19. Februar 1928 mit 12,8 % ab. Bemerkenswert ist, dass auf der Liste der hamburgischen DDP von Anfang an prominente Frauenrechtlerinnen wie Helene Lange und Emmy Beckmann in die Bürgerschaft entsandt wurden.

Carl Petersen war nun der führende Kopf der DDP in Hamburg und bald auch auf Reichsebene. In Hamburg behielt er sein Senatorenamt, obwohl er am 19. Januar 1919 in die deutschen Nationalversammlung gewählt wurde, die die Verfassung der Weimarer Republik ausarbeitete. Dort wurde er sofort zu einem der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, im April 1921 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, ein Beweis für seine Sachkompetenz und sein ausgleichendes Temperament. Schon im November 1919 war er als Nachfolger des verstorbenen Friedrich Naumann zum Vorsitzenden des Parteiausschusses, im April 1920 zum Vorstandsvorsitzenden gewählt worden. Die Krönung seiner Karriere war aus Petersens Sicht die Wahl zum Ersten Bürgermeister seiner Heimatstadt im Januar 1924, ein Amt, das er, seinem Naturell entsprechend, überparteilich führte. Deshalb legte er seine parteipolitischen Ämter auf Reichs- und Landesebene nieder. Allerdings ließ er sich im Januar 1926 zum Ehrenvorsitzenden der DDP auf Reichsebene wählen, und nachdem 1927 die Senatsparteien die Bürgerschaftswahl verloren hatten, positionierte er sich im Bürgerschaftswahlkampf 1928 klar zugunsten der DDP.

Erich Lüth hat ihn mit den Worten charakterisiert: »Er war in seiner Arbeitsweise kein kühler Rechner, kein geschickter Analytiker, kein gelernter Massenpsychologe. Aber er besaß Instinkt, Herz, Temperament, einen unbestechlichen Sinn für Gerechtigkeit, Mut, Schlagfertigkeit und eben auch ein gerüttelt Maß an politischer Bildung. Er liebte den Meinungskampf und hatte, sogar in hohem Maße, Charisma […].«[3]

Die DDP in Hamburg hatte eine breite soziale Zusammensetzung, die untere und mittlere Angestellte und Beamte und kleine selbstständige Gewerbetreibende repräsentierte. Zudem erfuhr sie Förderung aus den Kreisen von Handel und Industrie. Die hohe Wertschätzung der politischen Qualifikation der Frau zeigt sich an ihrer Teilnahme am ersten DDP-Reichsparteitag. Während der Frauenanteil bei insgesamt 13,8 % lag, erreichte der Anteil der Teilnehmerinnen aus Hamburg 36,4 %.[4]

1918 war ein Zusammenschluss der Hamburger Nationalliberalen mit den Linksliberalen ausgeschlossen gewesen, weil die Gräben zu tief waren. Der hamburgische Nationalliberale Reichstagswahlverein, der seit dem Wahlrechtsraub 1906 die »alten« Fraktionen unterstützt hatte, sprach sich noch vor der Entscheidung auf Reichsebene für die separate nationalliberale Organisa-

3 Lüth: Carl Petersen (wie Anm. 2), S. 7.

4 Eigene Berechnung nach dem Teilnehmerverzeichnis in: Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919. Berlin o.J., S. 365-389.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tion aus. Petersen wirkte dennoch auf eine Sammlung von Links- und Nationalliberalen hin, während der Landesverband Hamburg der DDP diese strikt ablehnte. Die Frage, ob die hamburgische DDP sich als eine »radikal bürgerliche Partei« (Peter Stubmann) oder als »bürgerliche Linkspartei«[5] (Max Eichholz, Johannes Büll, Gerhard Meuthen) definieren solle, wurde in den Parteigremien im Sinne der Linkspartei entschieden, jedoch blieb die Frage umstritten, da die herausragendsten Repräsentanten der Partei, allen voran Carl Petersen, sich für die Öffnung zur DVP hin aussprachen.

Wiederholt verwahrte sich der hamburgische DDP-Landesverband gegen Tendenzen in der Gesamtpartei, sich von den Spenden der Großindustrie abhängig zu machen. Er engagierte sich aktiv für die Republik und gegen Kompromisse mit restaurativer Tendenz. Die Liberale Vereinigung, die 1928 die Vorsitzenden von DDP und DVP, Koch-Weser und Stresemann, als Ehrenvorsitzende gewann, wurde von der Hamburger DDP unter dem Motto »Entschiedenheit« statt »Halbheit« bekämpft.[6]

Der von der DDP-Parteiführung im Juli 1930 exerzierte Zusammenschluss mit der Volksnationalen Reichsvereinigung des Jungdeutschen Ordens, durch den die Deutsche Staatspartei (DStP) gegründet wurde, hatte auch in Hamburg gravierende Folgen. Anscheinend verlor der Landesverband Hamburg rund ein Drittel seiner 5000 Mitglieder, denn im November 1930 war von nur 3400 DStP-Mitgliedern die Rede.[7] Es brauchte Monate, bis die Organisation wieder aufgebaut war, wie das DStP-Reichsvorstandsmitglied Marie Elisabeth Lüders berichtete: »Hamburg ist die erste Stadt, die parteimäßig einen etwas erfreulicheren Eindruck macht. Dank zweckmäßiger organisatorischer Maßnahmen, geschickter Verteilung der Veranstaltungen und der Berichterstattung, sowie einer offenbar großen persönlichen Arbeitsbereitschaft vieler Mitglieder ist es gelungen, im Februar einen Teil der nicht geringen Verluste wieder einzubringen.«[8] Carl Petersen hatte noch 1930 den Ehrenvorsitz der DStP angenommen.

Als in den Jahren 1931-1933 die liberalen Parteien unter dem Ansturm der Nationalsozialisten reichsweit zu bedeutungslosen Splitterparteien schrumpften, traten Teile der Hamburger DVP für eine bürgerliche Koalition mit der NSDAP und den Deutschnationalen ein, während Carl Petersen und die DStP sich strikt dagegen aussprachen. Die Deutsche Staatspartei erhielt bei den Reichstagswahlen in Deutschland 1930 nur noch 3,8 %, im Juli und im

5 Ursula Büttner: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 63, 1977, S. 1-34, hier S. 28.

6 Ebd., S. 27f.

7 Die Zahl von 5000 Mitgliedern wird genannt in: Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926, S. 439. 3400 Mitglieder laut Ursula Büttner: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931. Hamburg 1982, S. 475.

8 BA Koblenz, NL Hermann Dietrich 245: M. E. Lüders an Dietrich, 3.4.1931, Anlage Dritter Bericht vom 3.3.1931.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

November 1932 je 1 %, in Hamburg 8,5 %, 6,4 % und 5,4 %. Bei den Bürgerschaftswahlen am 24. April 1932 errang die DStP immerhin 11,3 % und konnte somit mit geringen Verlusten an die Bürgerschaftswahlergebnisse von 1924 und 1928 anschließen.
Als die NSDAP sich auch in Hamburg anschickte, durch Gleichschaltung Regierungspartei zu werden, stellte Petersen sich ihr als Galionsfigur nicht zur Verfügung, sondern erklärte am 4. März 1933 seinen Rücktritt aus dem Senat und legte am 7. März 1933 sein Bürgerschaftsmandat nieder. Hingegen entschied sich der Landesverband Hamburg der DVP am 10. April 1933 für den geschlossenen Eintritt in die NSDAP.
Von Carl Petersens demokratischem Einsatz unter widrigen persönlichen und politischen Umständen zeugt der Umstand, dass er sich in der tiefsten Krise der DStP im September 1932 zum Mitglied des dreiköpfigen Arbeitsausschusses wählen ließ, der das Amt des Parteivorsitzenden vorübergehend ersetzte, um die Partei zunächst zu erhalten und auf weitere Sicht eine neue demokratische Mittelpartei zu gründen. Dieses letzte Amt behielt er bis zur Auflösung der DStP am 28. Juni 1933. Von einer schweren Krankheit gezeichnet, starb er am 6. November 1933.

Adressen 1

Der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete, Senator und Erste Bürgermeister Carl Petersen wohnte in Hamburg-Eppendorf, Gaedechensweg 16. Zu seinen Ehren wurde in Hamburg-Hamm eine Straße benannt, die Carl-Petersen-Straße, die den Hammer Park mit der Sievekingsallee verbindet. Darüber hinaus hängt im Bürgermeistervorzimmer des Rathauses, Rathausmarkt 1, ein Gemälde, das der bedeutende Impressionist Max Liebermann im Jahr 1928 von dem damals 60-jährigen Ersten Bürgermeister gemalt hatte.[9] Auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf befindet sich das Grab des Bürgermeisters Carl Petersen, Grabstätte AA13 (1-39).
Unter den weiblichen Abgeordneten, mit denen die DDP in der Hamburger Bürgerschaft seit der Einführung des Frauenwahlrechts 1919 vertreten war, sind insbesondere zwei Frauenrechtlerinnen zu nennen, Helene Lange (1848-1930), die in ihren letzten Lebensjahren Ehrenvorsitzende der DDP (seit 1925) war, von 1919 bis 1920 und Emmy Beckmann (1880-1967) von 1921-1933. Beide sind Namensgeberinnen kleiner Straßen: 1950 erhielt die Helene-Lange-Straße in Hamburg-Harvestehude, eine Verbindungsstraße, ihren Namen und 1980 der Emmy-Beckmann-Weg in Hamburg-Niendorf, eine

9 Eine farbige Reproduktion enthält der Band von Sigrid Schambach: Carl Petersen. Hamburg 2000, S. 85.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Stichstraße. Nach Helene Lange wurde 1927 die Oberrealschule Hansastraße, an der Emmy Beckmann damals Schulleiterin war, benannt; sie trägt seitdem mit Ausnahme der Jahre 1935 bis 1945 ihren Namen und hat heute als Gymnasium die Adresse Bogenstraße 32.[10] Das Grab von Emmy Beckmann befand sich wie das des Bürgermeisters Petersen auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, seit dem Juli 2001 liegt die Grabplatte in dem damals eröffneten Garten der Frauen, Grabstätte P27.
Das organisatorische Zentrum der Hamburger Linksliberalen, wo auch die Wiedereinbeziehung des überparteilich agierenden Bürgermeisters Carl Petersen in den Bürgerschaftswahlkampf geplant wurde, war die DDP-Geschäftsstelle in der Straße Brandsende 29 in der Hamburger Altstadt.

Literatur 1

Eine wissenschaftliche Biografie des Bürgerschaftsabgeordneten, Senators und Ersten Bürgermeisters Carl Petersen steht nach wie vor aus. Auch eine Sammlung seiner großen Reden ist nicht erschienen. Nennenswert sind zwei Publikationen: die schmale Biografie von Sigrid Schambach und der ältere, von Erich Lüth und Hans-Dieter Loose verfasste und vom Verein für Hamburgische Geschichte herausgegebene Band über Petersen.[11] Darüber hinaus wird Petersen in den Publikationen, die sich mit den Vereinigten Liberalen, der Deutschen Demokratischen Partei/Deutschen Staatspartei und der Stadtgeschichte auseinander setzen, kontinuierlich berücksichtigt.
Was die Geschichte der Hamburger Linksliberalen betrifft, sind insbesondere die Schriften von Ursula Büttner eine Fundgrube. Grundlegend für die Parteiengeschichte von der Gründung der Vereinigten Liberalen bis zur Umgründung der DDP zur Deutschen Staatspartei ist ihr wiederholt publizierter Aufsatz: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930.[12] Werner Jochmann geht im zweiten Band der repräsentativen Stadtgeschichte: Hamburg – Geschichte einer Stadt und ihrer Bewohner, auf den Nationalsozialen Verein und die Vereinigten Liberalen ein.[13]

10 Vgl. Angelika Schaser: Nomen est Omen. Zur zweimaligen Umbenennung der Mädchenschule an der Hansastraße nach Helene Lange. In: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter 13, Hamburg 1997, S. 292-296.
11 Schambach: Petersen (wie Anm. 9). Lüth/Loose: Bürgermeister Carl Petersen (wie Anm. 2).
12 Ursula Büttner: Vereinigte Liberale (wie Anm. 5). Der wichtige Aufsatz ist wiederabgedruckt in: Ursula Büttner: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1996, S. 43-66.
13 Werner Jochmann: Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg – Geschichte einer Stadt und ihrer Bewohner. Hg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose, Band 2, Hamburg 1986, S. 15-129, hier S. 60-64.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hinsichtlich der Geschichte der Hamburger DDP und ihrer Mitwirkung in der Bürgerschaft und im Senat sind auch weitere Schriften von Ursula Büttner aufschlussreich.[14] In der zweibändigen Stadtgeschichte sind die DDP und ihre führenden Politiker in Büttners Beitrag gleichfalls breit vertreten.[15]

Von und über Helene Lange und Emmy Beckmann ist zahlreiche Literatur erscheinen.[16] Aus dem Angebot der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg ist ein Band über Straßenbenennungen zur ersten Orientierung nützlich.[17]

Bemerkenswerterweise hat Ursula Büttner ihren Buchtitel »Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist« dem Tenor der Eröffnungsrede entnommen, die Helene Lange als Alterspräsidentin der Bürgerschaft am 24. März 1919 gehalten hat.[18] Helene Lange setzte sich in politischen Eingaben, publizistisch und praktisch für die gleichberechtigte wissenschaftliche Schulbildung der Frau ein, war Mitgründerin des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, Gründerin der Zeitschrift »Die Frau«, Herausgeberin des fünfbändigen »Handbuchs der Frauenbewegung«, Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins; zuletzt arbeitete sie als Lehrerin an der Sozialen Frauenschule in Hamburg (1917-1920). Einen wichtigen allgemeinen Beitrag zur Attraktivität der linksliberalen Parteien für die bürgerliche Frauenbewegung hat Angelika Schaser geleistet.[19]

An neuerer Literatur zu Helene Lange sei hingewiesen auf die Studien von Stefanie Kuhne, Dorothea Frandsen und Angelika Schaser.[20] Eine von Hiltrud Schröder erstellte bibliographische Übersicht, die allerdings nicht auf dem letzten Stand ist, liefert wertvolle Hinweise.[21]

14 Ursula Büttner: Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist – Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985. – Dies.: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982. – Dies.: Errichtung und Zerstörung der Demokratie in Hamburg: Freie Gewerkschaften, Senatsparteien und NSDAP im Kampf um die Weimarer Republik, Hamburg 1998.

15 Ursula Büttner: Der Stadtstaat als demokratische Republik. In: Hamburg (wie Anm. 13), S. 131-264.

16 Zu Emmy Beckmann vgl. Helmut Stubbe da Luz: Emmy Beckmann (1880–1967) – Hamburgs einflußreichste Frauenrechtlerin. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 73, 1987, S. 97–138. Inge Grolle/Rita Bake: »Ich habe Jonglieren mit drei Bällen geübt« – Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft von 1946 bis 1993, Hamburg 1995, S. 318f. Irma Hildebrandt: Immer gegen den Wind – 18 Hamburger Frauenporträts, Kreuzlingen 2003.

17 Rita Bake/Wilhelm Rottmann: Wer steckt dahinter? Nach Frauen benannte Straßen, Plätze und Brücken in Hamburg, 4. aktualisierte und erweiterte Auflage, Hamburg 2005, S. 55f, 72f.

18 Büttner: Politische Gerechtigkeit (wie Anm. 14), S. 9.

19 Angelika Schaser: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908-1933). In: HZ 263, 1996, S. 641-680. Vgl. allgemein dies.: Frauenbewegung in Deutschland 1848-1933. Darmstadt 2006.

20 Stefanie Kuhne: Helene Lange. Die Theorie der Geschlechterdifferenz im Denken einer gemäßigten bürgerlichen Frauenrechtlerin. Berlin 2007. Dorothea Frandsen: Helene Lange. Ein Leben für das volle Bürgerrecht der Frau. Oldenburg 1999. Angelika Schaser: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. Köln/Weimar 2000.

21 Hiltrud Schröder: Helene Lange – Kommentierte Bibliographie, Frankfurt a.M. 1997.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

An Emmy Beckmann erinnerte zudem eine Ausstellung, die der Verein »Garten der Frauen« im Rahmen seiner jährlichen Präsentationen einer Frauenbiografie vom Mai bis September 2008 im Wasserturm auf dem Ohlsdorfer Friedhof zeigte. Eröffnet wurde sie mit einer Ansprache des FDP-Landesvorsitzenden Hinnerk Fock. Ein Katalog ist dazu nicht erschienen.
Da sowohl Carl Petersen als auch Emmy Beckmann den Vorständen der DDP und der DStP angehörten, sind die edierten Sitzungsprotokolle dieser Gremien für die politische Haltung der beiden Hamburger Politiker, insbesondere für den nachhaltigen Einsatz Petersens für die Demokratie, eine aufschlussreiche Quelle.[22]

NS-verfolgte liberale Bürgerschaftsabgeordnete

Im Mai 1981 wurde eine Gedenktafel im Treppenhaus des Hamburger Rathauses enthüllt, die an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung aus der Hamburger Bürgerschaft erinnert. Sie trägt die Inschrift: »Zum ehrenden Gedenken an die Mitglieder der Bürgerschaft, die nach 1933 Opfer totalitärer Verfolgung wurden.«[23] Umstritten an dieser Beschriftung war vor allem die Entscheidung, die Namen der Opfer zu verschweigen. 21 hamburgische Bürgerschaftsabgeordnete waren Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, davon 18 Kommunisten und Sozialdemokraten, zwei Linksliberale und ein »unpolitischer« Wirtschaftsvertreter.
Die beiden linksliberalen Bürgerschaftsabgeordneten, der 1891 geborene Kaufmann Ernst Valentin Burchard und der Rechtsanwalt Dr. Max Eichholz, wurden aus rassistischen Motiven als Juden verfolgt. Beide entschieden sich 1933 bewusst, in Deutschland zu bleiben. Burchard (DDP/DStP) leitete eine Firma im Freihafen. In der letzten freien Wahlperiode der Hamburger Bürgerschaft, 1932/1933, wurde er zum Abgeordneten gewählt. Nach der Errichtung der Hitler-Diktatur unterstützte er mittellose Freunde, darunter den ehemaligen DStP-Geschäftsführer Martin Plat. Erst nach dem Novemberpogrom 1938 bereitete er die Auswanderung vor, die ihm nicht mehr gelang. Am 8. November 1941 wurde er mit Frau und Kindern in einem Deportationszug von 990 Leidensgenossen von der Sammelstelle am Dammtorbahnhof (heute: Platz der jüdischen Deportierten) aus in das Ghetto Minsk deportiert, wo sie am 10. November eintrafen. Der Hamburger Transport bezog dort das Rote

22 Konstanze Wegner/Lothar Albertin (Bearbeiter): Linksliberalismus in der Weimarer Republik – Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933, Düsseldorf 1980.
23 Ulrike Puvogel/Martin Stankowski: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – Eine Dokumentation. Bd. 1, 2. Aufl. Bonn 1995, S. 250.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Haus. Fast alle Hamburger, die bis dahin überlebt hatten, wurden am 8. Mai 1943 in einem Massaker ermordet.[24]

Der Rechtsanwalt, Fachanwalt für Staats- und Verwaltungsrecht, Max Eichholz (1881-1943) war von 1921 bis 1933 Mitglied der Bürgerschaft. In der Deutsch-Israelitischen Gemeinde unterstützte er den Wahlverein der Religiös-Liberalen.[25] Vor dem Ersten Weltkrieg engagierte er sich in der Volksheim-Bewegung für die Belange der einfachen Arbeiter. In der Weimarer Republik ging er zu der neu gegründeten DDP über und trat in der Bürgerschaft als geschliffener Debattenredner auf. Viel zitiert wird seine Erkenntnis in der Sitzung vom 30. September 1930: »Es ist ein Grundfehler von uns gewesen, mit denen, die nur die Diktatur anerkennen, über Demokratie zu streiten.«[26] Im letzten halbwegs freien Reichstagswahlkampf hielt er drei Tage vor der Wahl, am 2. März 1933, eine Veranstaltung im Curio-Haus unter dem aktuellen Thema »Parlamentskontrolle statt Cliquenwirtschaft und Parteidiktatur« ab.

Nicht nur politisch, sondern auch juristisch bekämpfte er die Nationalsozialisten. In zwei Verfahren, die Hitler 1932 gegen das SPD-Blatt »Echo der Woche« anstrengte, vertrat Eichholz' Kanzlei die Interessen der Beklagten. Als Max Eichholz Mitte 1932 die Verteidigung des sozialdemokratischen Auer-Verlags gegen den NSDAP-Gauleiter Kaufmann übernahm, erzielte er letztinstanzlich einen Vergleich. Er war den Nationalsozialisten also ein Dorn im Auge, als sie 1933 auch Hamburg »gleichschalteten«, konnte als Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs aber seine Anwaltstätigkeit zunächst weiter ausüben. Doch bereits 1934 wurde wegen einer freimütigen Äußerung ein Ehrengerichtsverfahren gegen ihn angestrengt. Ein zweiter Fall beweist seinen Behauptungswillen. Einen SS-Mann, der ihn Ende 1934 als »dreckigen Juden« beschimpfte, zeigte Eichholz an und gewann den Prozess im April 1935. Es folgten Inhaftierungen Eichholz' im November 1935 und im Frühjahr 1937. Nach dem Novemberpogrom 1938 gehörte er zu den tausend verhafteten Hamburger jüdischen Männern. Vom 16. November 1938 bis zum 17. Januar 1939 erlitt er Schikanen und Misshandlungen im KZ Sachsenhausen. Nun betrieb er die Auswanderung, die für seine Frau und seine Kinder gelang. Er selbst wurde im März 1939 erneut verhaftet und am 12. Juli 1939 wegen sogenannter Rassenschande zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haftstrafe sollte am 18. März 1944 enden.

24 Christof Brauers: Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953 – Start als bürgerliche Linkspartei. München 2007, S. 110f. – Beate Meyer: Die Deportation der Hamburger Juden 1941-1945. In: Dies. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung Hamburger Juden von 1933-1945 – Geschichte Zeugnis Erinnerung. 2. Aufl. Hamburg 2007, S. 42-79, hier S. 62-64.

25 Ina Lorenz: Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Band 1. Hamburg 1987, S. 236.

26 Zum Beispiel in Büttner: Politische Gerechtigkeit (wie Anm. 14), S. 273.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Diesen Tag erlebte Max Eichholz nicht mehr. Denn am 10. Dezember 1942 wurde er nach Auschwitz deportiert, wo er am 12. Dezember eintraf. Bereits im Januar 1943 wurde er vermutlich durch Vergasung ermordet. Es gibt einen Sterbeeintrag, der auf den 11. Januar 1943 datiert ist.[27]

Adressen und Literatur 2

An die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten, die Opfer der Verfolgung wurden, erinnert die erwähnte anonyme Gedenktafel im Treppenaufgang des Rathauses. Das Problem ihrer geringen Aussagekraft hat mit Verzögerung eine positive Folge gehabt: die Publikation einer Schrift durch die Bürgerschaft, in der der Opfer in Text und Bild gedacht wird.[28] Die Broschüre – in der zweiten Auflage ein Paperbackband – wurde auf einem Tisch vor der Gedenktafel ausgelegt und konnte von interessierten Besuchern mitgenommen werden. Seit die zweite Auflage vergriffen ist, ist das Problem des anonymen Gedenkens jedoch wieder akut.

Max Eichholz wohnte bis 1937 in der Bebelallee 13a in Hamburg-Winterhude, dann am Mittelweg 89 in Hamburg-Harvestehude; sein Anwaltsbüro, das er bis April 1939 halten konnte, nachdem er sich 1935 von seinen nichtjüdischen Kanzleikollegen hatten trennen müssen, befand sich in Hamburg-Neustadt in der Königstraße 7-9 (jetzt Abschnitt der Poststraße zwischen Große Bleichen und ABC-Straße). Zu seinen Ehren wurde eine Straße in Hamburg-Bergedorf im Neubauviertel Lohbrügge Max-Eichholz-Ring benannt.[29] Eine Schule trägt seinen Namen oder, genauer gesagt, den Namen der Straße, die nach ihm benannt worden ist: die Grundschule Max-Eichholz-Ring am Max-Eichholz-Ring 25.

Ernst Valentin Burchard wohnte in der Altstadt am Schwanenwik 34. Er war Teilhaber beziehungsweise Inhaber mehrerer Firmen. Im Freihafen residierte am Vogelreth 3 die chemische und pharmazeutische Fabrik Valentin Burchard & Co.;[30] seit 1928 war er Vorstandsmitglied der Hugo Peters & Co. AG im linkselbischen Hafengebiet, Reiherstraße 5, die Spirituosen und pharmazeutische Artikel im Angebot hatte. Zudem gründete er wenige Jahre später

27 Sterbebücher von Auschwitz. Fragmente. 3 Bde. Hg. vom Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau. München/New Providence/London/Paris 1985. Bd. 2, S. 258. Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1943. Reinbek 1989, S. 358.

28 Frank Müller: Mitglieder der Bürgerschaft. Opfer totalitärer Verfolgung. Hg. von der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1993, S. 19f, 23f; 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 1995, S. 23-25, 28-31.

29 Puvogel/Stankowski: Gedenkstätten (wie Anm. 23), S. 266.

30 Diese Information verdanke ich Carmen Smiatacz, die die Stolperstein-Broschüre für Hamburg-Barmbeck bearbeitet. Vgl. Anm. 33.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einen Weinhandel in Hamburg-Uhlenhorst, in dessen Firmengebäude Papenhuder Straße 53 die Familie 1935 umzog.
Über die beiden linksliberalen Bürgerschaftsabgeordneten gibt es kurze, aber instruktive Lebensläufe in der erwähnten Begleitpublikation von Frank Müller über die Opfer unter den Bürgerschaftsabgeordneten. Zu Max Eichholz liefert die Skizze von Wilfried Weinke weitere gesicherte Erkenntnisse.[31]
An beide DDP/DStP-Abgeordnete erinnern so genannte Stolpersteine an ihren letzten Wohnungen: für Ernst Valentin Burchard, seine Frau Olga und ihre Töchter Gabriele (geboren 1923) und Marianne (geboren 1928) verlegt im Oktober 2003 in Hamburg-Uhlenhorst, Papenhuder Straße 53, für Dr. Max Eichholz verlegt Mitte Juli 2003 in Hamburg-Harvestehude, Mittelweg 89.[32]
Den Bedenken, die die Problematik einer gewissen Oberflächlichkeit beim Erinnern mittels Stolpersteinen betreffen,[33] versucht die Landeszentrale für politische Bildung durch die Veröffentlichung von Stadtteil bezogenen Begleitbroschüren Rechnung zu tragen; allerdings sind die Broschüren für Uhlenhorst und Harvestehude noch nicht erschienen. Die Broschüre für Barmbek einschließlich Uhlenhorst wird voraussichtlich 2010 publiziert werden, während für Harvestehude die Vorarbeiten noch nicht begonnen haben.
Eine Ansprache, die der FDP-Landesvorsitzende Hinnerk Fock im Januar 2008 anlässlich des 65. Todestages von Max Eichholz an dessen Stolperstein gehalten hat, geht gleichfalls auf die Initiative der Landeszentrale zurück.
Eine Publikation der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung über Gedenkstätten in Hamburg erwähnt drei Orte, die in allgemeinerer Hinsicht für die liberale Erinnerung von Bedeutung sind. Zum einen handelt es sich um den Platz der jüdischen Deportierten, den Ausgangspunkt des überwiegenden Teils der Hamburger Deportationen. Von hier wurde Ernst Valentin Burchard deportiert, hier kann an Max Eichholz erinnert werden. Zudem ist zu bedenken, dass die DDP als laizistische Partei jüdischen Bürgern mehr entsprach als christlich geprägte Parteien. Die Planung einer Gedenkstätte für die insgesamt 7692 Deportierten, die ab dem Jahr 2017 realisiert werden kann, lässt weitere Perspektiven zu.[34] Die anderen Orte sind zwei Friedhöfe: der Jüdische Fried-

31 Wilfried Weinke: Die Verfolgung jüdischer Rechtsanwälte Hamburgs am Beispiel von Dr. Max Eichholz und Herbert Michaelis, in: Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne: Kein abgeschlossenes Kapitel – Hamburg im »Dritten Reich«, Hamburg 1997, S. 248-265, hier S. 249-255. Ders.: The Persecution of Jewish Lawyers in Hamburg, A Case Study: Max Eichholz and Herbert Michaelis, in: Leo Baeck Institute, Year Book 42, 1997, S. 221-237.
32 Beate Meyer: Die Deportation der Hamburger Juden 1941-1945. In: Dies. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung Hamburger Juden von 1933-1945. Geschichte Zeugnis Erinnerung. Hamburg 2. Aufl. 2007, S. 220f.
33 Ulrike Schrader: Die »Stolpersteine« oder Von der Leichtigkeit des Gedenkens. In: Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte 21, 2006, S. 172-181.
34 Vgl. die Ausstellung »In den Tod geschickt« vom 17. Februar bis 26. April 2009 im Kunsthaus Hamburg, Klosterwall 15; Katalog: In den Tod geschickt – Die Deportationen von Juden, Sinti und Roma aus Hamburg 1940 bis 1945. Hg. von Linde Apel u.a., Berlin 2009.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hof Ohlsdorf, wo es ein Mahnmal für die ermordeten Juden gibt, und der benachbarte allgemeine Friedhof Ohlsdorf, wo auch Carl Petersen und Emmy Beckmann beerdigt worden sind. Auf diesem wurde im Mai 1949 der Turm der Aschenurnen, ein Mahnmal für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, eingeweiht, am 3. Mai durch den Bürgermeister Max Brauer, am 8. Mai durch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, auf deren Veranstaltung der FDP-Landesgeschäftsführer Martin Plat, Mitglied der Abteilung Q, sprach.[35] Das Mahnmal mit der Lagebezeichnung V4-5 zeigt 105 Urnen mit Asche und Erde aus den Konzentrationslagern, weitere 29 Urnen sind vor dem Mahnmal in die Erde eingelassen.

Hamburg als Ort liberaler Widerstandsgruppen:

a) *Der Kaufmann Hans Robinsohn als konzeptioneller Vordenker der liberalen Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann*

Die einzige liberale Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, die reichsweit organisiert war, hatte ihren Kern in Berlin (Landgerichtsrat Ernst Strassmann) und Hamburg (Textilkaufmann Dr. Hans Robinsohn). Sie ging zurück auf den 1924 in Hamburg gegründeten »Klub vom 3. Oktober«, in dem junge DDP- und SPD-Politiker sich für die Abwehr von Angriffen auf die Weimarer Republik einsetzten und langfristige Zukunftsperspektiven für eine liberale, demokratische und soziale deutsche Republik entwarfen.[36] Ziel der Widerstandsgruppe war die Schaffung einer Auffangorganisation, die für den »Tag danach«, den Tag nach dem Sturz des Nazi-Regimes, bereitstand, um das Machtvakuum zu füllen und günstige Voraussetzungen für einen demokratischen Neubeginn zu erzielen.
Hans Robinsohn war derjenige Mann im Führungskreis der Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann, der von 1933 bis 1942 in ungeheuer produktiver Art und Weise Programm, Denkschriften, Berichte und programmatische Briefe für die Gruppe verfasste. Diese produktive Aktivität begann mit der großen Denkschrift »Der Nationalsozialismus« vom Mai/Juni 1933, in der er sich der Überlegenheit des liberaldemokratischen, parlamentarischen Systems über jede Diktatur vergewisserte, setzte sich mit der »Bibel«, dem Grundsatzprogramm der Gruppe, fort (etwa 1934/1935), gefolgt von langen, denkschriftartigen Briefen an ein nach Mexiko emigriertes Ehepaar (1934-1935,

35 Detlef Garbe/Kerstin Klingel: Gedenkstätten in Hamburg – Wegweisen zu den Stätten der Erinnerung an die Jahre 1933-1945. Völlig überarbeitete Neuauflage, Hamburg 2008, S. 35, 54f.
36 Vgl. Horst Sassin: Liberale im Widerstand – Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934-1942. Hamburg 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

1939), einem »Überblick über die Lage in Deutschland« (1936), gefolgt weiter von neun Berichten an Freunde im Ausland (1937-1939), einer Kurzdarstellung der Gruppe (1939), der großen Denkschrift »Die Deutsche Opposition« (1939), den Fragment gebliebenen »Vornotizen« (1941) und der »Bestandsaufnahme« (1941) für die ersten Maßnahmen nach dem Sturz des Hitler-Regimes.[37]

Aber er war mehr als Programmatiker: Er leitete zusammen mit Ernst Strassmann und einem kleinen Kreis Vertrauter die Widerstandsgruppe, besuchte politische Freunde in Deutschland, um zu prüfen, ob sie für die Widerstandsarbeit gewonnen werden konnten, nahm an Regionaltreffen der angeschlossenen Gruppen teil, finanzierte die Kurierdienste von unbemittelten Mitstreitern nach Berlin und Norddeutschland, schuf und hielt Kontakte ins Ausland und versuchte als Mitinhaber und Personalchef des Modegeschäfts Gebr. Robinsohn zudem, das jüdische Unternehmen unter nationalsozialistischer Herrschaft zu behaupten.

Nach seiner Emigration nach Dänemark im Dezember 1938 machte Robinsohn sich als Auslandsstützpunkt der Gruppe nützlich, indem er unter anderem Verbindungen zu britischen Regierungskreisen herstellte und befreundete Emigranten über die Vorstellungen der deutschen Opposition auf dem Laufenden hielt. Bevor die Juden in Dänemark deportiert werden sollten, gelang ihm 1943 die Flucht nach Schweden. Von dort kehrte er zwar 1946 nach Dänemark, aber erst 1958 nach Hamburg zurück, wo er bis zu seinem Tod 1981 in der Parkallee 65 in Harvestehude lebte.

b) *Der Rechtsanwalt Friedrich Ablass als Kristallisationspunkt Hamburger liberaler Widerstandsgruppen*

Der Rechtsanwalt Friedrich Ablass bildete von 1933 bis 1945 das organisatorische Zentrum des lokalen liberalen Widerstands in Hamburg. Seit 1913 war er Mitglied der Vereinigten Liberalen und der DDP/DStP, in der er sich als Vorsitzender der Ortsverbände Hohenfelde und Freihafen und als Mitglied des Landesvorstandes engagierte. Energischer Widerspruch gegen Opportunismus charakterisiert seine entschiedene Einstellung: »M. E. kann die vielleicht sogar geschichtliche Mission unserer Partei nur die sein, gegenüber den jetzt herrschenden faschistischen Gedanken die Grundrechte des Deutschen Volkes *so,* wie wir sie aus unserer klaren liberalen und demokratischen Einstellung her kennen, ohne irgendwelche Einschränkungen und Konzessionen,

37 Die großen Schriften sind auszugsweise, die kleinen vollständig abgedruckt in Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 36), S. 257-370. Die Denkschrift »Die Deutsche Opposition« wurde – mit Ausnahme der zahlreichen Randglossen – vollständig abgedruckt in Wolfgang Benz: Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. In: VfZG 29, 1981, S. 437-471. Die »Vornotizen« sind bisher unpubliziert. Die »Bibel« ist verschollen.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zu vertreten. Daraus ergibt sich für mich die Notwendigkeit eindeutiger Opposition, die nicht durch irgendeinen Kompromiss belastet werden darf [...].« Er verlangte, dass die DStP »unter klarer Herausstellung unserer Gedanken in eine zwar sachliche, aber äußerst scharfe Opposition zum gegenwärtigen System treten« sollte.[38] Diese Haltung hatte die Gründung mehrerer Oppositionsgruppen zur Folge, in denen sich nach der Etablierung der Einparteiendiktatur ehemalige DDP/DStP-Mitglieder sammelten.

Der Psychologe Dr. Walter Jacobsen hielt bis zu seiner Emigration nach Schweden 1937 die Verbindung zwischen Robinsohn und den Ablass-Gruppen, die auch die Bezeichnungen Gruppe Freies Hamburg, Abteilung Q und Verein der Hafenfreunde tragen. Ablass-Gruppe und Gruppe Freies Hamburg sind Sammelbezeichnungen für antinazistische Kreise, die sich im Anwaltsbüro Ablass gleich nach Büroschluss periodisch trafen, wobei die Bezeichnung Gruppe Freies Hamburg anscheinend erst im Zweiten Weltkrieg aufgekommen ist. Die Abteilung Q war ein schon vor 1933 bestehender Geselligkeitsklub von DDP-Mitgliedern, der den Zusammenhalt wahrte und sich weiterhin, zunächst im Café Nobiling, traf. Bald nach der Gründung des Vereins der Hafenfreunde e.V. wurden Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Diejenigen Mitglieder, die auch der Abteilung Q angehörten, traten aus den Hafenfreunden aus, um Doppelmitgliedschaften zu vermeiden. Der inzwischen in Verein der Hafenfreunde Hamburg-Altona e.V. umbenannte Verein löste sich vermutlich 1936 auf. Die Abteilung Q wiederum traf sich nicht mehr regelmäßig im Café des Konditoreimeisters Georg Nobiling, der als Vorsitzender des DDP-Ortsverbandes Eppendorf, als Vorsitzender der DDP-Gruppe Handwerk, Handel, Gewerbe und als Bürgerschaftsabgeordneter exponiert gewesen war, sondern an wechselnden Orten.

Eine Besonderheit ist der Aufbau des literarischen Kabaretts Bronzekeller an der Ecke Düsternstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße, an dem sich zehn Mitglieder der Abteilung Q beteiligten, Levy zum Beispiel mit der Elektroinstallation. Das Q-Mitglied Kurt Witte, ein Gastronom, fungierte als Inhaber, als Geschäftsführer arbeiteten zwei Q-Mitglieder, die sogenannten Halbjuden Ernst Sußmann und Gustav Sternberg, als kaufmännischer Angestellter das Q-Mitglied Otto Lange. Levy erinnerte sich, dass die monatlichen Programmwechsel zugleich dem politischen Austausch und der Verabredung aktueller Maßnahmen dienten.

In die ersten Jahre der Ablass-Gruppe fällt die Gründung Groß-Hamburgs am 1. April 1937. Dabei wurde Hamburg mit den preußischen Städten Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek vereinigt, während es seinerseits einige Exklaven, darunter Cuxhaven, an Preußen abgab. Direkte Verbindun-

38 BA Koblenz, NL Dietrich 142: Ablass an den Parteivorsitzenden Hermann Dietrich, 9.3.1933.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen der Ablass-Gruppen bestanden nicht nur in diese eingemeindeten Städte, wie etwa durch den Kriminalbeamten Bruno Schmachtel nach Harburg, sondern beispielsweise auch nach Kiel.
Das Besondere an diesen Gruppen ist die Organisierung von Mitgliedern der ehemaligen DDP und DStP, die vor der Auflösung ihrer Partei zum Teil eine Schlüsselposition innegehabt hatten. Dazu zählten Dr. Friedrich Ablass, ehemaliges Mitglied des Landesvorstandes von DDP und DStP und Vorsitzender der Ortsverbände Hohenfelde und Freihafen, der ehemalige Landesverbands-Geschäftsführers Martin Plat, der zugleich Geschäftsführer der DDP/DStP-Bürgerschaftsfraktion und des Demokratischen Clubs war, der Kaufmann Harald Abatz als Vorsitzender des Ortsvereins St. Pauli, der Elektrohändler Alfred Johann Levy als stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins Barmbeck-Uhlenhorst und Carl Nehls als DStP-Ortsvereinsvorsitzender. Auffällig in diesen Gruppen ist der hohe Anteil an Freiberuflern und selbstständigen Kaufleuten. Von 50 nachgewiesenen Mitgliedern der Führungsgruppen und der liberalen Gruppen waren 22 Kaufleute und Handwerker, 7 Freiberufler, 10 Angestellte, 7 Beamte, 2 Arbeiter, 1 Hausfrau, 1 unbekannt.[39] In Hamburg gab es außerdem Verbindungen mit dem Hamburger Bürgerverein, dem Freimaurerbund zur Aufgehenden Sonne, der SPD und dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund.

Ein Liberaler im Hamburger Zweig der Weißen Rose

Nachdem die studentische Widerstandsgruppe Weiße Rose in München aufgedeckt und ihre führenden Mitglieder im Frühjahr 1943 zum Tode verurteilt worden waren, bestanden weiterhin Kreise, die als Hamburger Zweig der Weißen Rose bezeichnet werden. Dazu zählte auch der Buchhändler Felix Jud, der in seiner »Hamburger Bücherstube« in den Colonnaden an vertrauenswürdige Personen verbotene Literatur abgab. So kam er auch mit Mitstreitern der Hamburger Weißen Rose in Kontakt.
Die Verhaftungen begannen in Hamburg im Mai 1943 und erreichten ihren Höhepunkt im Herbst des Jahres. Felix Jud wurde am 18. Dezember 1943 verhaftet. Drei der dreißig Hamburger Verhafteten kamen in Gestapo-Haft ums Leben. Felix Jud und andere wurden im Juni 1944 in das KZ Neuengamme überführt und einige Wochen später zurück in das Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel verlegt. Monate nach Abschluss der polizeilichen Voruntersuchungen datiert die Anklageschrift des Oberreichsanwalts Dr. Spahr vom 23. Februar

39 Berechnet auf der Basis der Robinsohn-Gruppe, der Führungsgruppe ab 1940, des Vereins der Hafenfreunde, der Abteilung Q und der Harburger Gruppe. Vgl. die Übersicht in Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 36), S. 395-399.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

1945 gegen Albert Suhr, Hannelore Willbrandt, Dr. Ursula de Boor, Wilhelm Stoldt und Felix Jud (Az. 9 J 25/45), in der es heißt: »Die Angeschuldigten haben während des Krieges, vor allem 1942 und 1943, in Hamburg untereinander oder im Kreise anderer staatsfeindlich eingestellter Personen einen kommunistischen oder demokratisch-liberalistischen Staat propagiert.« Am 19. April 1945 verurteilte der in Hamburg tagende Volksgerichtshof Felix Jud zu vier Jahren Zuchthaus. Zwei Wochen später, am 3. Mai 1945, wurde Hamburg von der britischen Armee befreit.[40]

Adressen 3

Dr. Hans Robinsohn, Mitgründer der liberalen Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann, wohnte in Hamburg-Winterhude auf der Willistraße 1. Wichtiger für seine Widerstandsarbeit war sein Privatbüro, das er als Teilhaber (seit 1933) des Kaufhauses Gebr. Robinsohn führte. Das Kaufhaus stand in der Neustadt an der Ecke Neuer Wall 25/33, Schleusenbrücke. In seinem Privatbüro empfing er Hamburger Verbindungsleute und auswärtige Kuriere der Widerstandsgruppe, schrieb programmatische Texte und verwahrte sie dort wenigstens kurzfristig. Mit dem Novemberpogrom 1938, Robinsohns Flucht aus Hamburg und seiner Emigration entfiel dieser Treffpunkt. Das Kaufhaus ist 1939 arisiert worden, aber nach 1945 zurück in den Besitz der Familie Robinsohn gelangt. Als die Kinder von Dr. Hans Robinsohn es 1988 verkauften, wurde auf Betreiben der Bank für Gemeinwirtschaft eine Gedenktafel angebracht und am 9. November 1988 eingeweiht, die an das ehemalige Kaufhaus Gebr. Robinsohn erinnert.[41] Ihr Wortlaut: »Zum Gedenken an das Modehaus Gebr. Robinsohn[,] das sich bis zu seiner Zerstörung am 9.11.1938 in diesem Gebäude befand[.] 9.11.1988«. Das Geschäftshaus wird heute von dem Wäschehaus Möhring genutzt.
Der 1924 gegründete Klub vom 3. Oktober, dem Ernst Strassmann und Dr. Hans Robinsohn führend angehört hatten, ein ideelles und personelles Reservoir für die Widerstandsgruppe, hatte in Hamburg in der Rentzelstraße 12 in Hamburg-Rotherbaum seine Geschäftsstelle unterhalten.[42] Der Berliner Richter Ernst Strassmann hat während seiner Altonaer Referendariatszeit (1923-1926) als Klubsekretär gewirkt.

40 Ursel Hochmuth/Ilse Jacob: Weiße Rose Hamburg. In: Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Frankfurt a.M. 1980, S. 387-421, hier S. 392f, 414, 417, 419f; Zitat S. 412. – Interview des Verf. mit Felix Jud vom 7.3.1983.
41 Brief von F. Peter Robinsohn an den Verf., 16.11.1988.
42 BA Koblenz, NL Robinsohn 17: Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober (Rundschreiben).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Das Büro des Rechtsanwalts Dr. Friedrich Ablass residierte in der Altstadt zunächst auf dem Mönkedamm 5/6 nahe der Börse, laut Adressbuch ab 1941 in der Schmiedestraße 6. Seine Wohnung blieb im Erlenkamp 27 in Hamburg-Uhlenhorst, jedoch fanden die Gruppenzusammenkünfte nach zahlreichen Aussagen bis 1943 in Ablass' Büroräumen statt. Nach den großen Bombenangriffen auf Hamburg Ende Juli 1943 verlegte er seinen Wohnsitz nach Hirschberg in Niederschlesien, kehrte aber zur Vertretung seiner Klienten zeitweilig nach Hamburg zurück.
Der Verein der Hafenfreunde war ein eingetragener Verein, der im Hamburger Adressbuch erstmals 1934 und letztmals 1936 erschien. Sein Büro hatte er in Hamburg-Steinwerder auf der linken Elbseite in der Nordelbstraße 1, sein Vereinslokal auf der rechten Elbseite im St. Pauli Porterhaus, Zirkusweg 1.
Die Abteilung Q führte ihre etwa monatlichen Treffen zunächst im Café Nobiling, Eppendorfer Landstraße 36 in Hamburg-Eimsbüttel durch, dann aus Tarnungsgründen in wechselnden Lokalen oder im Grünen auf dem Geesthachter Sandrücken oder in Langenrehm, Kreis Harburg. Das Kabarett Bronzekeller, das später für regelmäßige Besprechungen genutzt wurde, war in der Düsternstraße 29, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße in der Hamburger Neustadt untergebracht.
Für den Hamburger Zweig der Weißen Rose wurden verschiedene Erinnerungsorte in Hamburg angelegt, die entweder den acht Opfern insgesamt oder einzelnen Opfern gewidmet sind. Da Felix Jud zwar verhaftet und verurteilt, aber nicht hingerichtet wurde, gibt es keine Erinnerungsstätte für ihn, es sei denn den Weiße-Rose-Platz mit Mahnmal in der Fußgängerzone von Volksdorf, Bezirk Wandsbek.[43] Sein eigentlicher Wirkungsort war die Hamburger Bücherstube Felix Jud & Co. in der Neustadt an den Colonaden 104, die er nach dem Wiederaufbau am Neuen Wall 13 betrieb.

Literatur 3

Die um Dr. Hans Robinsohn und Ernst Strassmann gesammelte Widerstandsgruppe und ihr hamburgischer Zweig werden ausführlich dargestellt in der Studie von Horst Sassin über Liberale im Widerstand.[44] Das jüdische Element in der Widerstandsgruppe, das auch in Hamburg mehrfach vertreten war, findet besondere Berücksichtigung in zwei Aufsätzen desselben Autors.[45]

43 Garbe/Klingel: Gedenkstätten in Hamburg (wie Anm. 35), S. 62.
44 Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 36).
45 Horst Sassin: Liberals of Jewish Background in the Anti-Nazi Resistance. In: Leo Baeck Institute, Year Book 37, 1992, S. 381-396. Ders.: »Charakterinseln im Schlammsee des Dritten Reiches« – Assimilierte Juden im liberalen Widerstand, in: »Gegen alle Vergeblichkeit« – Jüdischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hg. von Hans Erler, Arnold Paucker, Ernst Ludwig Ehrlich, Frankfurt a.M./New York 2003, S. 167-186.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Robinsohns programmatische Schriften, insbesondere zur Außenpolitik, werden in einer polnischen akademischen Zeitschrift untersucht.[46]
Werner Johe berücksichtigt den Widerstand in Hamburg in seinem Beitrag in der zweibändigen Stadtgeschichte an zwei Stellen, wobei er eine von knapp zehn Seiten der Widerstandsgruppe um Robinsohn und Strassmann widmet, ohne auf deren hamburgischen Zweige, über die damals noch nichts Nennenswertes publiziert worden war, einzugehen.[47]
Abbildungen von Hans Robinsohn und fünf Mitgliedern der Abteilung Q befinden sich in dem älteren Ausstellungskatalog von Horst Sassin über Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler in der NS-Zeit.[48]
Über Felix Jud gibt es noch keine wissenschaftliche Monografie. Wesentliche Informationen sind dem älteren Beitrag von Ursel Hochmuth und Ilse Jacob in dem Band »Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand« entnommen.[49] Zudem ist eine informative Geschichte seiner Buchhandlung erschienen.[50]

Die Neugründung der Hamburger FDP aus dem Geist des Widerstands

Wie in keiner anderen Stadt, in die Strassmann Widerstands-Verbindungen unterhalten hatte, zeigt sich ein deutlicher Zustrom aus den Ablass-Gruppen Freies Hamburg in den schon im Mai 1945 gegründeten Bund Freies Hamburg (BFH), aus dem im September 1945 die Partei Freier Demokraten (PFD) gegründet wurde. Insofern wurde die hamburgische FDP im Kern durch die Widerstandsgruppe geprägt. Der Bund Freies Hamburg bezeichnete sich in einer frühen Selbstdarstellung ausdrücklich als Nachfolger der Strassmann-Gruppe in Hamburg: »Im Jahre 1933 schlossen sich in allen Gegenden Deutschlands unter der Führung von Dr. Strassmann, Berlin, Männer aus den verschiedensten Parteien zu einer Oppositionsgruppe zusammen, die immer wieder versucht hat, der verhängnisvollen Entwicklung unter der Hitlerherrschaft Einhalt zu gebieten. Aus dem Hamburger Kreis dieser Gruppe hat sich im Mai 1945 der ›Bund Freies Hamburg‹ gebildet.«[51] Hein charakterisiert ihn

46 Horst Sassin: Liberałowie niemieccy przeciwko Hitlerowi, in: Zbliżenja Polska Niemcy – Pismo Uniwersytetu Wrocławskiego, 1 (7), Wrocław 1994, S. 82-90.
47 Werner Johe: Im Dritten Reich 1933-1945, in: Hamburg – Geschichte einer Stadt und ihrer Bewohner, Band 2, Hamburg 1986, S. 265-376, an zwei Stellen (S. 324-329, 356-359).
48 Horst Sassin: Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933-1945, Bonn 1983, S. 44, 58f.
49 Ursel Hochmuth/Ilse Jacob: Weiße Rose Hamburg, in: Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945, Frankfurt a.M. 1980, S. 387-421.
50 Wilfried Weber/Marina Krauth: »Und wer besorgt das Spielzeug?« 75 Jahre Hamburger Bücherstube Felix Jud & Co., Hamburg 1998.
51 FZH, 11/B24, Beissel, Rudolf: Bund Freies Hamburg, Typoskript, 2 S., zitiert wurde der Abschnitt »Entstehung«. Vgl. ACDP, NL Beissel 01-422: Bund Freies Hamburg (Typoskript), 2 Seiten, hier S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

als Ausnahmeerscheinung: »Der Bund Freies Hamburg bietet das überaus seltene Beispiel eines antifaschistischen Kampfbundes bürgerlich-liberaler Ausrichtung.«[52]

Die Programmatik von BFH und PFD rührte direkt aus der Programmdiskussion in den Ablass-Gruppen; sie zielte auf die klare Abwendung vom Nationalsozialismus und Militarismus, die Wiederherstellung der Grundrechte, eine sparsame Verwaltung, eine freie Wirtschaft und eine starke sozialstaatliche Komponente einschließlich die Sozialisierung der Bodenschätze und eine Bodenreform zugunsten von Kleinbauern und Siedlern.

Mit dem Vorsitzenden Wilkening, seinem Stellvertreter Dr. Friedrich Ablass und dem Schriftführer Harald Abatz wurde der Vorstand des BFH in wichtigen Positionen aus den Reihen der Ablass-Gruppen berufen. In den elfköpfigen Landesvorstand der PFD wurden mit Ablass, Abatz, Rieckhoff, Sußmann, Wilkening und Zarse sechs Mitglieder der Ablass-Gruppen gewählt. In einigen Bezirksverbänden stellten ehemalige Mitglieder dieser Gruppen die Parteivorsitzenden: Abatz in St. Pauli, Ablass in Hohenfelde, Sußmann in Eimsbüttel.[53]

Bis in die 1960er Jahre hatten Mitstreiter der Hamburger Widerstandsgruppen führende Positionen in der hanseatischen FDP und in der Bürgerschaftsfraktion inne. Aus den Ablass-Gruppen wurden zwölf FDP-Bürgerschaftsabgeordnete gewählt: Harald Abatz, Lieselotte Anders,[54] Walter Brosius, Max Dibbern, Wilhelm Langhoff, Alfred Johann Levy, Wilhelm Lindemann, Carl Nehls, Cäsar Oehding, Bruno Schmachtel, Eduard Sußmann und Eduard Wilkening, und zwar in den Legislaturperioden 1946-1949 2, 1949-1953 7, 1953-1957 5, 1957-1961 und 1961-1965 je 2.[55]

Obwohl die Hamburger FDP sich im Kampf um das Verhältniswahlrecht aus taktischen Gründen mit anderen bürgerlichen Parteien gegen die SPD verband (Vaterstädtischer Bund Hamburg 1949, Hamburg-Block 1953), zeichnete sie sich innerparteilich als Protagonistin des Liberalen Manifests 1952 gegen das »Deutsche Programm« einer deutschnationalen Sammlungsbewegung aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen aus.

52 Dieter Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949. Düsseldorf 1985, S. 88.

53 PRO, FDP HH, FO 1014/554: FDP 1945-1946. – Die Mitwirkung von Alfred Zarse in der Ablass-Gruppe wurde ermittelt von Brauers: Die FDP in Hamburg (wie Anm. 24), S. 158.

54 Die Mitwirkung von Dr. Lieselotte von Kruglewsky-Anders in der Ablass-Gruppe wurde ermittelt von Brauers: Die FDP in Hamburg (wie Anm. 24), S. 115f.

55 Vgl. »Bürgerschaftsabgeordnete der F.D.P. bis 1978«, in: FDP-Landesverband Hamburg: Geschäftsbericht 1980/81, Hamburg 1981, S. 86f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Partei Freier Demokraten (PFD) Hamburg wurde am 20. September 1945 von 98 Personen unter dem Vorsitz von Dr. Friedrich Ablass in einem Hörsaal der Universität am Bornplatz, dem heutigen Institut für Politische Wissenschaft am Allendeplatz 1, gegründet. 1995 schrieb Fock anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der FDP in Hamburg: »Das Gebäude trägt übrigens keine Tafel, die daran erinnert.«[56] An diesem Befund hat sich seither nichts geändert. Auch als Ort für Jubiläumsveranstaltungen der FDP ist der Hörsaal nicht genutzt worden. Die Feier zum 50. Parteigründungsjubiläum fand im Rathaus statt.

Die frühen Geschäftsstellen, wo bis in die 1960er Jahre die Landesgeschäftsführer Martin Plat und Eduard Sußmann aus den Ablass-Gruppen arbeiteten, können wie folgt verzeichnet werden. Das BFH-Büro befand sich in der Magdalenenstraße 5 in Hamburg-Harvestehude, das erste PFD-Büro am Alsterdamm 16-18 (heute: Ballindamm), auf den die Straße Brandsende stößt, wo in der Weimarer Republik die DDP-Geschäftsstelle untergebracht gewesen war. Schon bald siedelte die FDP-Geschäftsstelle in die Ferdinandstraße über, eine Parallelstraße des Alsterdamms, von Brandsende gekreuzt; die nächste Adresse war seit etwa 1950/51 am Schwanenwik 10-12 (bis Mitte der 1980er Jahre).

Der Landesverband Hamburg der FDP kann als geschichtsbewusst bezeichnet werden. Eduard Sußmann, Geschäftsführer des FDP-Landesverbandes Hamburg und ehemaliges Mitglied der Abteilung Q, verfasste die erste parteioffizielle Geschichte 1963, in der er zwar auf den Bund Freies Hamburg, nicht aber auf die Widerstandsgruppen um Ablass eingeht.[57] Sie wurde im folgenden Jahr in überarbeiteter Form von der Bundes-FDP neu herausgegeben.[58] Schon vor drei Jahrzehnten wurden Akten hauptsächlich der Anfangsjahre des Landesverbandes, die im Keller der Geschäftsstelle Schwanenwik dem Verfall preisgegeben gewesen waren, an das Staatsarchiv Hamburg, Kattunbleiche 19, abgegeben und somit für die wissenschaftliche Forschung erschlossen (Bestand 614-2/10 I: Freie Demokratische Partei I). Nach dieser ersten Ablieferung, die Aktenmaterial aus den Jahren 1945 bis 1978 im Umfang von 23 laufenden Metern enthält, wurden weitere, sehr erhebliche Bestände aus dem

56 Hinnerk Fock: Die Gründung der »Partei Freier Demokraten«. In: 50 Jahre Hamburger Freie Demokraten. Hg. von der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Hamburg, Hamburg 1995, S. 14-18, hier S. 16.

57 Eduard Sußmann: Freie Demokratische Partei (FDP). Kurzbericht über Grundlagen, Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der liberalen Partei Deutschlands. Hektographiertes Typoskript. Hamburg 1963, 39 Seiten, zum Bund Freies Hamburg S. 12.

58 E. Sußmann: Liberale in der Verantwortung. Vorgeschichte und Entwicklung der FDP. Hg. von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei. Bonn 1964, über den Bund Freies Hamburg S. 24.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zeitraum 1946 bis 1997 im Umfang von 162,5 laufenden Metern an das Staatsarchiv Hamburg übergeben, die teilweise noch nicht erschlossen sind (Bestand 614-2/10 II: Freie Demokratische Partei II).[59] Die Benutzung unterliegt besonderen Genehmigungsvorbehalten. Die Aufarbeitung dieses kontroversen Materials in wissenschaftlichen Arbeiten trägt zur Belebung der nicht nur historischen Liberalismusdebatte bei.[60]

Hinzu kommt das Gedenken bei verschiedenen Anlässen. So wurde Alfred Johann Levy, Mitglied der DDP, der DStP, der Abteilung Q, des Vereins der Hafenfreunde, des Bundes Freies Hamburg und der PFD/FDP, auf dem Landesparteitag am 12. Januar 1980 zum Ehrenmitglied gewählt.

In demselben Jahr druckte die der FDP nahe stehende Friedrich-Naumann-Stiftung, Landesbüro Hamburg, Ursula Büttners drei Jahre zuvor erschienenen Aufsatz »Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930« als separaten Sonderdruck nach, um ihn einer breiten interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Geschäftsbericht des FDP-Landesverbandes Hamburg für das Geschäftsjahr 1982/1983 enthält im zweiten Band einen historischen Teil zum liberalen Widerstand im Dritten Reich, in dem Auszüge aus dem Ausstellungskatalog von 1983 und aus dem Aufsatz von Wolfgang Benz nachgedruckt wurden.[61] Seit über einem Jahrzehnt sind aus den Geschäftsberichten die historischen Teile verschwunden. Hingegen hat der Landesvorstand sich zur Publikation von Broschüren zur Parteigeschichte an runden Daten entschieden.

In der 83-seitigen Festschrift »40 Jahre Freie Demokraten in Hamburg«, der ersten selbstständigen Parteiveröffentlichung zur eigenen Geschichte seit 1963, berichtet Dorothee Oetzmann über die Herkunft der hanseatischen FDP aus dem Bund Freies Hamburg und aus den Widerstandsgruppen Ablass und Q, die sie allerdings gleichsetzt. Ausführlich zitiert sie Alfred Johann Levys Rede auf dem Landesparteitag im Januar 1980 über seine Mitwirkung in der Abteilung Q und insbesondere über die Einrichtung und Unterhaltung des Kabaretts Bronzekeller.[62] Hinnerk Fock steuert einen Beitrag über die Früh-

59 Paul Flamme u.a. (Hg.): Kommentierte Übersicht über die Bestände des Staatsarchivs der Freien und Hansestadt Hamburg. 2., erweiterte und verbesserte Auflage. Hamburg 1999, S. 380f.

60 Vgl. zuletzt Brauers: Die FDP in Hamburg (wie Anm. 24). Vgl. dazu die sehr kritische Rezension von Beate-Carola Padtberg in: Jahrbuch für Liberalismus-Forschung 19, 2007, S. 328-333.

61 FDP-Landesverband Hamburg: Geschäftsbericht 1982/83. Vorgelegt von Landesgeschäftsführer Hinnerk Fock. Band 2, Hamburg 1983, S. 49-53. Vgl. Sassin: Widerstand (wie Anm. 48).

62 Dorothee Oetzmann: Liberalismus zwischen Restauration und Neubeginn. Zur Geschichte der Freien Demokratischen Partei Hamburgs. In: Freie Demokratische Partei, Landesverband Hamburg (Hg.): 40 Jahre Freie Demokraten in Hamburg. Hamburg 1985, S. 5-32, hier S. 6-8.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

geschichte der FDP (1946-1952) bei.[63] Victor Kirst liefert einen Überblick über die 40-jährige Geschichte der FDP in Hamburg.[64]
Das 50-jährige Jubiläum markiert das Scheitern einer tiefer gehenden Erinnerungskultur des FDP-Landesverbandes Hamburg. Das verdeutlicht Beate-Carola Padtberg, eine ausgewiesene Historikerin, in den persönlichen Vorbemerkungen ihres Beitrags. Die Vorplanungen, die in eine von kompetenten Beiträgern zusammengestellte und verfasste Fest- und Dokumentationsschrift in Buchform hätten münden sollen, führten letztendlich aufgrund ineffizienter Strukturen zu der Notlösung einer erneuten Broschüre von 63 Seiten Umfang.[65] In ihrem essayistischen Beitrag geht Padtberg auf die Gründung der PFD (FDP) in Hamburg mit deutlich linksliberalem Profil ein und stellt insbesondere die Richtungsfrage der 1950er Jahre zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung relativ ausführlich dar, wobei auch die initiative Rolle des Landesverbands Hamburg verdeutlicht wird. Zwei Beiträge von Hinnerk Fock spannen einen Bogen über die Geschichte des Bürgertums und der Liberalen in Hamburg vom Spätmittelalter bis 1945 und untersuchen die Gründungssituation der PFD/FDP 1945/1946.[66] Wiederum wird hier die Gruppe Freies Hamburg mit der Abteilung Q gleichgesetzt. Ein weiterer Beitrag liefert persönliche Erinnerungen und Reflexionen zur fünfzigjährigen Geschichte der Hamburger FDP.[67]
Im Jahre 2005 ist die Broschüre »60 Jahre politischer Liberalismus in Hamburg« mit 35 Seiten Umfang erschienen, in der es zwei Beiträge gibt, die die Frühgeschichte der hamburgischen FDP berücksichtigen. Ihren ansonsten unverändert belassenen essayistischen Beitrag aus der Broschüre von 1995, deren persönliche Vorbemerkungen nun fallen gelassen wurden, hat Padtberg fortgeschrieben.[68] Der Landesvorsitzende referiert in einem Kurzbeitrag die Gründungsgeschichte bis 1949, wobei er erneut, wie Oetzmann 1985 und Fock 1995, die Gruppe Freies Hamburg mit der Abteilung Q gleichsetzt.[69] Bemerkenswert ist, dass der Nutzer der Homepage des FDP-Landesverbandes

63 Hinnerk Fock: Streiflichter aus der Frühgeschichte der Hamburger Freien Demokraten. In: ebd., S. 35-55.
64 Victor Kirst: 40 Jahre Freie Demokraten in Hamburg. Ein liberales Selbstbekenntnis. In: ebd., S. 59-77.
65 Beate-Carola Padtberg: Die Position der Hamburger Freien Demokraten auf dem Hintergrund bundespolitischer Entwicklungen. Ein landespolitischer Vergleich. In: 50 Jahre Hamburger Freie Demokraten (wie Anm. 56), S. 19-41, hier S. 19-22.
66 Hinnerk Fock: Liberale in Hamburg. In: 50 Jahre Hamburger Freie Demokraten (wie Anm. 56), S. 5-13; ders.: Die Gründung der »Partei Freier Demokraten«. In: ebd., S. 14-18.
67 Hans-Joachim Widmann: Partei Freier Demokraten, Freie Demokratische Partei – eine Partei von innen und außen gesehen. In: ebd., S. 42-58.
68 Beate-Carola Padtberg: Reaktionen und Positionen der Freien Demokraten in Hamburg auf politische Entwicklungen seit 1945. Ein landespolitischer Vergleich. In: 60 Jahre politischer Liberalismus in Hamburg. Hg. von der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Hamburg, Hamburg o.J. [2005], S. 4-24.
69 Leif Schrader: Gründung und Geschichte der FDP in Hamburg bis 1949. In: ebd., S. 25-30, hier S. 25.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hamburg gleich einen Link zur Geschichte der Partei bekommt, auf dem die Festschrift von 2005 aufgerufen werden kann.

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und der Widerstand Liberaler

Dr. Hans Robinsohn ist erst 1958 aus seinem dänischen Exil nach Hamburg zurückgekehrt. Damals erregte er mit seinen Veröffentlichungen über den Versuch, das Modehaus Gebr. Robinsohn in der nationalsozialistischen Diktatur zu bewahren, Aufsehen.[70] Ende 1958 wurde er (mit Werner Jochmann, Erich Lüth, Walter Tormin, Curt Zahn) in einen kleinen Arbeitsausschuss berufen, der konzeptionelle Perspektiven für die Wiedererrichtung einer Forschungsstelle zur hamburgischen NS-Geschichte entwickeln sollte. Bereits im März 1959 konnte der Ausschuss seinen Bericht an die Schulbehörde einreichen.
Als im April 1960 die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Vorläuferin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, gegründet wurde, wurde unter dem Direktor Werner Jochmann der Kaufmann Hans Robinsohn in die Leitung berufen. Robinsohn nahm sich zwei Themenschwerpunkte vor, die mit seiner Biografie zusammenhingen: die Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann und die Rassenschandefälle beim Landgericht Hamburg. Mit der juristischen Verfolgung angeblicher Rassenschande beschäftigte Robinsohn sich, weil er durch die einschlägige Verfolgung seines Vaters und seines politischen Mentors Dr. Max Eichholz schon seit den 1930er Jahren sich damit auseinander zu setzen hatte.
Für die Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann war Robinsohn als Programmatiker und Berichterstatter der Gruppe der berufene Mann, dem die Darstellung ihrer Geschichte zuzutrauen war. Sein erklärtes Ziel war, die Fokussierung der Darstellung des deutschen Widerstands auf die konservativ-militärische und christlich-klerikale Motivation zu brechen und sie um den liberaldemokratischen und sozialdemokratischen Widerstand zu ergänzen. Nachdem er Strassmann zuvor schon wiederholt gedrängt hatte, sachliche Fehler in anderweitigen Darstellungen zu korrigieren, war es nach dem Tod Strassmanns 1958 an der Zeit, die Erinnerungen seiner Mitstreiter zu bewahren. Er arbeitete einen Fragenkatalog aus, den er am 8. Juni 1960 an die noch lebenden Mitglieder des reichsweiten Führungskreises sandte. Die Resonanz war jedoch ernüchternd, da die Adressaten aus Zeit- oder Sachgründen nicht bereit und in der Lage waren, ihre Erinnerungsbruchstücke schriftlich zu fixieren.

70 Hans Joachim Robinsohn: Ein Versuch, sich zu behaupten. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 3, 1958, S. 196-206, hier S. 204f. Abgedruckt auch in: Die Zeit Nr. 34 vom 7.11.1958.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ein Mitstreiter bedauerte, er habe den Ansatzpunkt zur Darstellung der Widerstandsgruppe nicht gefunden.[71] So gelang es Robinsohn nur, viele seiner Briefe, Berichte und Denkschriften zurückzuerhalten. Einen Versuch, die spezifische Ausprägung des hamburgischen Zweigs der Strassmann-Gruppe unterhalb der ihm bekannten Struktur zu ermitteln, hat er anscheinend nicht unternommen.
Dennoch wurden seine gescheiterten Bemühungen wichtig für die spätere Darstellung seiner Widerstandsarbeit, die zunächst Wolfgang Benz in einem Zeitschriftenbeitrag unternahm.[72] Bei der Erarbeitung der Verbindungen der Widerstandsgruppe hat mir eine Namensübersicht sehr geholfen, die ein Mitglied der Führungsgruppe auf Robinsohns Rundschreiben hin angelegt hatte. Die von Robinsohn selbst noch gesammelten Denkschriften und Berichte beweisen, wie intensiv die Gruppe sich um ein liberal, demokratisch und sozial geprägtes Nach-Hitler-Deutschland bemühte.
Bis 1963 blieb Robinsohn in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, dann verlagerte er seinen Schwerpunkt auf die Bürgerrechtsarbeit in der Humanistischen Union und auf politische Think-tank-Arbeit.

Adressen 5

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, die im Jahr 2000 der Universität Hamburg angeschlossen wurde, residiert seit 2007 unter der Adresse Beim Schlump 83 in Hamburg-Harvestehude.
Hinweise auf Robinsohns Mitwirkung an der Konzeption der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg als Vorläuferin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg werden in der Literatur bisher punktuell in Publikationen über diese Institution berücksichtigt.[73] Seine Anfang der 1960er Jahre dort verfasste juristische Arbeit fand zunächst keinen Verleger, konnte aber 1977 in einer renommierten Schriftenreihe erscheinen.[74]

71 ADL, NL Dehler 1736: Robinsohns Rundschreiben vom 8.6.1960. BA, NL Robinsohn 5: Jans Kingma an Robinsohn, 28.2.1962.
72 Benz: Eine liberale Widerstandsgruppe (wie Anm. 37).
73 Axel Schildt: Historisches Gedächtnis der Stadt – Der lange Weg zur Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. In: Auskunft. Mitteilungsblatt der Hamburger Bibliotheken 22 (2002), Heft 3, S. 253-271, hier S. 260. – Ursula Büttner: Die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. In: Geschichte in Hamburg – Erforschen, Vermitteln, Bewahren. (Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 74/75). Hamburg 1989, S. 81-96, hier S. 83.
74 Hans Robinsohn: Justiz als politische Verfolgung – Die Rechtsprechung in »Rassenschandefällen« beim Landgericht Hamburg 1936-1943. Stuttgart 1977.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

In der Forschungsstelle gibt es neben Literatur auch Archivmaterial zur Parteiengeschichte einschließlich des Bundes Freies Hamburg.

Resümee: Erinnerungs- oder Vergessensorte?

Was den Fall des Stadtstaates Hamburg im Kontext liberaler Erinnerungsorte auszeichnet, ist die Kontinuität, die einer Sanduhr vergleichbar von den Vereinigten Liberalen des Kaiserreichs über die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Staatspartei der Weimarer Republik durch den Flaschenhals der liberal geprägten Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus über den Bund Freies Hamburg in die Partei Freier Demokraten beziehungsweise Freie Demokratische Partei führte.
Ein Überblick über die in diesem Beitrag angezeigten Orte lässt erkennen, dass es sich in nur bescheidenem Umfang um Erinnerungsorte Liberaler handelt.
Der große linksliberale Bürgermeister Carl Petersen, von dem es die Wohnadresse, das Grabmal, eine Straße und sogar ein von exklusiver Hand gemaltes Porträt an prominenter Stelle gibt, spielt für die Erinnerungskultur der heutigen Liberalen eine gewisse Rolle. So wurde seitens der FDP bei den jüngsten Auseinandersetzungen um die Reform des Hamburger Bürgerschaftswahlrechts durch Kumulieren und Panaschieren auf die reformerischen Impulse Carl Petersens seit 1906 verwiesen. Die beiden mit Straßen- und Schulnamen gewürdigten Bürgerschaftsabgeordneten Helene Lange und Emmy Beckmann sind als liberale Politikerinnen und Frauenrechtlerinnen weniger in der Erinnerung der Hamburger FDP als in der kritischen Würdigung durch die feministische Bewegung vertreten. Die Bürgerschaftsabgeordneten Max Eichholz und Ernst Valentin Burchard finden städtischerseits in einer anonymen, durch keine Begleitschrift mehr erläuterten Gedenktafel im Rathaus, Eichholz auch in einem Straßen- und Schulnamen Erinnerungsorte, die von Seiten der heutigen Liberalen aber nicht zu Erinnerungszwecken genutzt werden. Sichtlich bemüht um die Erinnerung ist die Landeszentrale für politische Bildung mit ihren erst teilweise erschienenen Broschüren über die Stolperstein-Biografien und mit ihrem Gedenken an markante Daten. Aus FDP-Sicht scheint es sich eher um Vergessensorte zu handeln, deren bloßes Vorhandensein der wie auch immer gearteten Erinnerung Interessierter genügt.
Punktuelle Anzeichen historischer Erinnerung sind neben dem Geschichts-Link auf der Homepage des FDP-Landesverbandes Hamburg, der allerdings den Stand von 2005 wiedergibt, Ansprachen des FDP-Landespolitikers Hinnerk Fock anlässlich der Ausstellung des Vereins »Garten der Frauen« über

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Emmy Beckmann auf dem Ohlsdorfer Friedhof und anlässlich der Wiederkehr des Todestages von Max Eichholz an dessen Stolperstein.
Recht gemischt sieht es in Sachen der literarischen Aufarbeitung aus. Ein Desiderat ist 76 Jahre nach seinem Tod das Fehlen einer umfassenden Biografie des hamburgischen Bürgermeisters Carl Petersen. Hingegen sind die Aktivitäten der Vereinigten Liberalen und der DDP/DStP, ihrer Bürgerschaftsfraktionen und ihrer Senatsvertreter im Rahmen der Stadtgeschichte teilweise bearbeitet worden. Auch hier würden vertiefende Spezialuntersuchungen die empirische Basis verbreitern und zu neuen Erkenntnissen führen. Die Frühgeschichte der FDP bis 1953 harrt trotz der umfangreichen Darstellung von Brauers einer konzisen Darstellung, da diese unübersichtlich organisiert ist, sich in zahlreichen Abschweifungen verirrt, einen Teil des grundlegenden Quellenmaterials, wie etwa die Sitzungsprotokolle der Bürgerschaft, vernachlässigt und die Grundlagen seiner Wertungen nicht durchweg offen legt.
Die vergleichsweise zahlreiche Beteiligung der Hamburger Linksliberalen an der Opposition und am Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat eine ergiebige Darstellung hinsichtlich der Gruppen um Hans Robinsohn und Friedrich Ablass gefunden, während die Beteiligung Hamburger Liberaler an verschiedensten anderen Widerstandsgruppen noch kaum bearbeitet worden ist.
Es gibt keinen zweiten Liberalen in Hamburg, der sich in derartig vielfältiger Weise für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus engagiert hat wie der Juniorchef des Modehauses Gebr. Robinsohn, Dr. Hans Robinsohn. Dass es für ihn keinen Erinnerungsort in Hamburg gibt, ist nur als Gedankenlosigkeit und Achtlosigkeit oder aber vor dem Hintergrund seiner dezidiert linksliberalen Einstellung und seiner Parteilosigkeit seit 1930 als Ablehnung zu verstehen. Sein Rigorismus kann aus heutiger, historisierender Sicht kein Hinderungsgrund für die angemessene Erinnerung sein. Dem Willen der Angehörigen, an dem Geschäftshaus am Neuen Wall mit einer Gedenktafel ausschließlich an die Firma zu erinnern, sollte Rechnung getragen werden, auch wenn hier mit Hans Robinsohns Privatbüro ein wichtiger Ort seiner Widerstandsarbeit war, da es der Familie darum ging, nicht nur einen speziellen Angehörigen, sondern die Firmengründer und die Firma mit ihren 700 Beschäftigten insgesamt in Erinnerung zu rufen. Also stellt sich die Frage nach einer Alternative.
Eine geradezu bestechende Möglichkeit angemessenen Erinnerns eröffnet die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, deren Vorläuferin, die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Robinsohn mit konzipiert und in der er in den ersten Jahren mitgearbeitet hat. Sie ist der Ort, wo er die ersten Schritte zur wissenschaftlichen Aufarbeitung seiner eigenen Widerstandsgruppe unternommen hat. Mit seiner dort verfassten

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schrift über die Rassenschandefälle im Bereich des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg betrat er brisantes wissenschaftliches Neuland. Zeitweilig residierte die Forschungsstelle in der Rentzelstraße 7 in Hamburg-Rotherbaum, somit ganz in der Nähe des Hauses Rentzelstraße 12, wo der entschieden republikanische Klub vom 3. Oktober in der Weimarer Republik seine Geschäftsstelle unterhalten hatte. Zudem ist in Robinsohns Fall das Fehlen einer umfassenden Biografie zu beklagen, denn in meinem Werk »Liberale im Widerstand« werden zwar seine Herkunft, seine Tätigkeit vor 1933 und insbesondere sein Schicksal in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur näher dargestellt, aber die dreieinhalb Jahrzehnte danach nur gestreift.

Dass der Rechtsanwalt Dr. Friedrich Ablass, der zwölf Jahre lang als Kristallisationspunkt für zahlreiche Widerstandsverbindungen in Hamburg nicht nur im liberalen Spektrum, sondern auch zu Sozialdemokraten und Zentrumsleuten fungierte, nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Ablass-Gruppen noch keinen Erinnerungsort erhalten hat, wirft ebenso wie der Fall Robinsohn Fragen nach der Relevanz symbolischer Erinnerungskultur seitens der Liberalen auf. Auch in seinem Fall fehlt eine wissenschaftliche Biografie, so dass man auf seine Erwähnung in Monografien zur Liberalismus-, Widerstands- und Stadtgeschichte zurückgreifen muss.

Aufschlussreich und vergleichsweise ungewöhnlich ist die Tatsache, dass die Hamburger Ablass-Gruppen sich zwei feste Anlaufpunkte erst geschaffen haben, wo die Gesinnungsgemeinschaft sich unauffällig treffen und beraten konnte: das Büro des Vereins der Hafenfreunde und das Kabarett Bronzekeller der Abteilung Q. An das Kabarett wird in den periodischen Festschriften erinnert, während sein Standort dem Vergessen anheim gegeben ist.

Doch zu den Vergessensorten zählen nicht nur die Wirkungsstätten der prominentesten liberalen Politiker und Widerstandskämpfer, sondern auch der Gründungsort der Hamburger FDP. Das Fazit für die aktuelle Erinnerungskultur des FDP-Landesverbandes Hamburg lässt Sachkultur (Wohn-, Dienst- und Geschäftshäuser, Büros) und symbolische Erinnerungsorte (Straßen, Plätze, Gräber, Denkmäler, Gedenktafeln, Stolpersteine) als Anknüpfungspunkte des Gedenkens wenn nicht vermissen, so doch weit in den Hintergrund treten, weist aber auf Wissenschaft und Publizistik, auf Geschichtssicherung durch Archivierung im Staatsarchiv und auf Schriften hin.

Der Versuch einer Erklärung für die geringe Beachtung, die die realen Erinnerungsorte der Liberalen in Hamburg finden, führt zu dem Analogiefall der bekannten hanseatischen Aversion gegen das dekorative Ordenswesen. Daraus lässt sich im Umkehrschluss folgern, dass dem nüchternen Charakter des Hamburger Bürgers die Auseinandersetzung mit der einschlägigen Literatur eher entspricht als der gedenkende Besuch von realen Erinnerungsorten. Aber auch den Hamburger Liberalen würde es nicht schlecht anstehen, über ihren ordensfeindlichen Schatten zu springen und mit der jährlichen Verleihung

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einer Robinsohn-Strassmann-Medaille an Menschen, die sich im Sinne der Namensgeber für die Verteidigung der Grundrechte und der Demokratie und für die Förderung sozial Benachteiligter in besonderem Maße engagiert haben, ein Zeichen zu setzen und zugleich einen Erinnerungsort wiederzugewinnen.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Weitere Beiträge

Philipp Erbentraut

Karl Rosenkranz als Parteienforscher

Der heute fast vergessene liberale Philosoph und Theologe Karl Rosenkranz (1805–1879) war ein Universalgelehrter alten Schlages und dazu ein ausgesprochener Vielschreiber. Neben rund 250 Aufsätzen, Artikeln und kleineren Abhandlungen umfasst seine Publikationsliste die – auch für die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts – atemberaubende Anzahl von 65 Monographien.[1] Diese enorme Produktivität und Schaffensfreude in fast allen Bereichen der Geisteswissenschaften hat bei der Rezeption seines Werkes sehr verschiedene Schwerpunktsetzungen motiviert. So wurde Rosenkranz bereits als Politiker und Pädagoge, als Literaturhistoriker und -kritiker, als Herausgeber und Biograph Hegels, natürlich als Hegelianer, als Epigone des altgriechischen Komödiendichters Aristophanes, als unermüdlicher Briefeschreiber und in Beziehung zum Idealismus porträtiert.[2]

1 Für ein ausführliches Werkverzeichnis vgl. Klaus-Gunther Wesseling: Rosenkranz, Johann Karl [Carl] Friedrich. In: Friedrich W. Bautz (Hrsg.): Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 8 (Rembrandt-Scharbel). Herzberg 1994, Spalten 673–680.

2 Lotte Esau: Karl Rosenkranz als Politiker. Studien über den Zusammenhang der geistigen und politischen Bewegungen in Ostpreußen. Halle 1935; Ludwig Sroka: Karl Rosenkranz als Pädagoge. Würzburg 1921; Heinz Boddin: Karl Rosenkranz als Literaturhistoriker. Berlin 1981; Eugen Japtok: Karl Rosenkranz als Literaturkritiker. Eine Studie über Hegelianismus und Dichtung. Freiburg 1964. Der von Friedhelm Nicolin geplante Band über Karl Rosenkranz als Biograph Hegels und Herausgeber seiner Werke ist über umfangreiche Vorarbeiten leider nicht mehr herausgekommen; Norbert Waszek: Karl Rosenkranz als Hegelianer – Im Lichte seiner Briefe. In: Jahrbuch für Hegelforschung. Bd. 3 (1997), S. 287-294; Rudolf Unger: Karl Rosenkranz als Aristophanide. Interpretation einer literarischen Episode aus den Schulkämpfen des Späthegelianismus. In: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 11 (1933), S. 1–28; Joachim Butzlaff (Hrsg.): Karl Rosenkranz. Briefe 1827-1850. Berlin und New York 1994; Paul Herre (Hrsg.): Karl Rosenkranz. Politische Briefe und Aufsätze 1848–1856. Leipzig 1919; Arthur Warda (Hrsg.): Briefwechsel zwischen Karl Rosenkranz und Varnhagen von Ense. Königsberg 1926; Steffen Dietzsch: Karl Rosenkranz und die Entdeckung des Deutschen Idealismus. Vortrag vor der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft. Gehalten in Hannover am 19. Mai 2005. URL: http://www.nlb-hannover.de/Leibniz/Gesellschaft/Dokumente/Dietzsch2005.doc (Stand: 02.03.2009).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mit Fug und Recht kann Karl Rosenkranz aber auch als einer der Väter der Parteienforschung in Deutschland bezeichnet werden. Neben der Präsentation eines erstaunlichen Reichtums an empirisch-soziologischen Einzelzügen des gesamten Parteilebens sind vor allem seine Leistungen auf dem Gebiet der Parteientheorie im Vormärz hervorzuheben. Rosenkranz schreibt in einer historischen Phase, die sowohl der theoretischen Anerkennung als auch der faktischen Entwicklung von Parteien äußerst ungünstig ist. Umso mehr beeindrucken das erreichte Abstraktionsniveau und die prognostische Kraft seiner Analysen. Hinter den vermeintlich zeitlosen Resultaten einer neutralen wissenschaftlichen Betrachtungsweise brechen sich aber auch – und diese Tatsache ist aus ideengeschichtlicher Perspektive nicht weniger bemerkenswert – die konkreten tagespolitischen Forderungen des Liberalismus Bahn, die schließlich in die Revolution von 1848/49 münden. Die hier aufgeworfene Frage nach der normativen Verortung der Parteien in der (damals noch zu schaffenden) Verfassung hat bislang weder in der Politikwissenschaft noch im Staatsrecht zu gesicherten Ergebnissen geführt[3], was die Aktualität und Relevanz dieser frühen Lehre nochmals unterstreicht. Umso erstaunlicher ist es, dass Karl Rosenkranz von der heutigen Parteienforschung mehr oder weniger ignoriert wird. Wenn seine Theorie auch kein vollkommen blinder Fleck ist, so huschen die Autoren der meisten Überblickswerke doch recht rasch über diese ersten Gehversuche der Disziplin hinweg und erwähnen sie lediglich in lexikalischer Form oder im gleichen Atemzug mit anderen ebenfalls aus dem Fokus geratenen Denkern des 19. Jahrhunderts.[4] Zum Gegenstand einer eigenen Untersuchung ist diese Pionierarbeit – soweit ich es überblicke – aber noch nicht gemacht worden. Das Ziel des Beitrags besteht deshalb darin, verschüttetes Wissen freizulegen und Karl Rosenkranz eine gerechte Würdigung als Parteienforscher widerfahren zu lassen.

Der Aufsatz ist in vier Teile gegliedert. Da Leben und Werk des gebürtigen Magdeburgers heute kaum noch bekannt sind, scheinen zunächst einige biographische Hinweise sinnvoll. Vor allem trägt die Bestimmung der Position des Autors innerhalb der Hegelschen Schule zum Verständnis seiner dialektischen Parteientheorie bei (I). Rosenkranz partizipiert am Vorabend der 1848-

3 Dieter Grimm: § 14 Politische Parteien. In: Ernst Benda/Werner Maihofer/Hans-Jochen Vogel (Hrsg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Berlin und New York ^{2}1994, S. 599–656 (610). Zum Stand der Debatte vgl. auch: Richard Stöss: Parteienstaat oder Parteiendemokratie? In: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn ^{2}2001, S. 13–35.

4 Vgl.: Iring Fetscher: Eduard Gans über »Opposition« und Karl Rosenkranz über den »Begriff der politischen Partei«. In: Hegel-Studien 32 (1997), S. 161–169; Klaus von Beyme: Partei, Faktion. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 4. Stuttgart 1978, S. 677–733 (703 ff.); Kurt Lenk/Franz Neumann: Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied und Berlin 1968, S. XVII–LXXX (XXXII ff.).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Revolution in Deutschland an einem äußerst fruchtbaren Diskurs, der maßgeblich von Links- und Rechtshegelianern bestimmt wird. Der Abriss dieser Diskussion soll veranschaulichen, inwieweit Rosenkranz als ein typischer Repräsentant vormärzlicher Parteientheorie gelten kann und in welchen Punkten er sich von den Diagnosen der Zeitgenossen unterscheidet (II). Anschließend folgt die Analyse seiner wichtigen Rede zum Krönungsfest Preußens vom 18. Januar 1843[5], in der die entscheidenden Gedanken zum Phänomen der politischen Partei systematisch entfaltet werden. Von besonderem Interesse sind dabei die Ausführungen zum Begriff, zur Entstehung und Entwicklung der Partei, bezüglich ihrer Organisation und der Tendenz zum Zerfall sowie hinsichtlich ihres Standorts (III). In den Schlussbetrachtungen möchte ich kurz Bilanz ziehen und den Bogen zurück schlagen zu den anfänglichen Überlegungen hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Rolle der Partei. Im Mittelpunkt steht hier die Frage, wie angesichts der heute vielfach beklagten Machtfülle der etablierten Parteien die Offenheit des politischen Systems für Impulse von der gesellschaftlichen Basis gewährleistet werden kann. Im Anschluss an Karl Rosenkranz bestünde eine vielversprechende Strategie in der Stärkung innerparteilicher Demokratie (IV).

I *Leben und Werk*

Karl Rosenkranz' Leben war an äußeren Ereignissen eher arm.[6] Er wurde 1805 geboren und entstammte einer Königsberger Beamtenfamilie. Der Vater war Steuersekretär, beide Eltern starben früh. Zum Sommersemester 1824 immatrikulierte er sich in Berlin, wo er neben Literatur, Geschichte und Naturphilosophie anfänglich auch Vorlesungen bei Hegel hörte, die den jungen Studenten jedoch gruselten, da der Meister »sich in mühsame und schleppende Perioden erging, die er seltsam umherwarf, mit Husten und Taback-

5 Karl Rosenkranz: Über den Begriff der politischen Partei. Rede zum 18. Januar 1843 am Krönungsfeste Preußens in der Königl. Deutschen Gesellschaft zu Königsberg. In: Hermann Lübbe (Hrsg.): Die Hegelsche Rechte. Stuttgart-Bad Cannstatt 1962, S. 65–85.

6 Die Darstellung folgt hier im Wesentlichen der schönen Beschreibung von Steffen Dietzsch: Ein Leben für Königsberg und Kant – Karl Rosenkranz. In: Susanne Craemer/Joseph Kohnen (Hrsg.): Europäische Begegnungen. Beiträge zur Literaturwissenschaft, Sprache und Philosophie. Festschrift für Joseph Kohnen. Luxembourg 2006, S. 311–324. Vgl. auch die Charakterstudien unter den verschiedenen Gesichtspunkten seines Werkes bei: Werner Röcke: Karl Rosenkranz (1805-1879). In: Christoph König/Hans-Harald Müller/Werner Röcke (Hrsg.): Wissenschaftsgeschichte der Germanistik in Porträts. Berlin 2000, S. 33–40; Wolfhart Henckmann: Vorwort. In: Karl Rosenkranz: Die Ästhetik des Hässlichen (1853). Neudruck Darmstadt 1973, S. V–XXI; Japtok (wie Anm. 2), S. 8–14; Wesseling (wie Anm. 1), Sp. 673–675. Ein frühes, im Ton äußerst respektvolles Porträt stammt von dem Rosenkranz-Schüler, Richard Jonas: Karl Rosenkranz. Leipzig 1906. Eine wertvolle Quelle sind zudem die beiden autobiographischen Fragmente Karl Rosenkranz: Von Magdeburg bis Königsberg. Berlin 1873 und Ders.: Aus einem Tagebuch. Königsberg Herbst 1833 bis Frühjahr 1846. Leipzig 1854.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schnupfen unterbrach und eine Sprache redete, die mir Sterblichem verschlossen schien«[7]. Erst das intensive Selbststudium der »Phänomenologie des Geistes« löste bei Rosenkranz dann einige Zeit später jene Revolution aus, die ihn immer begieriger auf Hegel werden ließ und noch in der Erinnerung einer »intellectuellen Ekstase«[8] glich.

Zu Ostern 1826 wechselte Rosenkranz nach Halle (mit einem Intermezzo in Heidelberg), wo er sein Studium im Februar 1828 mit einer literaturwissenschaftlichen Promotion zur Periodisierung der deutschen Nationalliteratur abschloss. Nur fünf Monate später konnte er sich bereits mit einer Arbeit über Spinoza habilitieren. 1831 – mit gerade 26 Jahren – erhielt der zu großen Hoffnungen Anlass gebende Privatdozent eine außerordentliche Professur für Philosophie in Halle. Kurz darauf übernahm er den Lehrstuhl Immanuel Kants an der Albertina-Universität in Königsberg – »der Hochburg des vormärzlichen Liberalismus«[9] –, den er von nun an über 40 Jahre, vom Wintersemester 1833/34 bis zum Frühjahr 1874, innehaben sollte. In der Auseinandersetzung mit dem übergroßen Amtsvorgänger schärfte sich sein Bewusstsein für die geistigen Zusammenhänge der Zeit. »Er schien zu bemerken: die Hegel-Frage ist eine Kant-Frage!«[10]

Dem Hegelianismus erwuchs in Rosenkranz eine außerordentliche literarische Begabung, bei der »man die dialektische Schärfe, die lebendige Fülle, die rasche und dabei anmuthige Schreibart allgemein rühmt«[11]. Seinen Status als sogenanntes »Centrum der Hegelschen Schule« festigte Rosenkranz einerseits mit der von der Familie und dem Freundesverein autorisierten und von der Forschung auch heute noch gelesenen Biographie »Hegels Leben« (1844) sowie dem 1870 erschienenen Band »Hegel als deutscher Nationalphilosoph«. Die 1837 von David Friedrich Strauß wohl eher aus Mangel an eindeutigen Zuordnungskriterien vorgenommene Einordnung Rosenkranz' in die Mitte zwischen Links- und Rechtshegelianern sorgte wegen der Zweideutigkeit des Wortes »Zentrum« gleichwohl für viel böses Blut unter den Zeitgenossen.[12] War er manch einem Kollegen wegen seiner überbordenden publizistischen Tätigkeit und des Herumdilettierens in allerlei Disziplinen ohnehin schon verdächtig, wollte man diesen ostpreußischen Außenseiter nun erst recht nicht als den tüchtigsten Repräsentanten der umkämpften

7 Rosenkranz 1873 (wie Anm. 6), S. 187.
8 Ebd., S. 290.
9 Herre (wie Anm. 2), S. IX.
10 Dietzsch (wie Anm. 6), S. 312.
11 Brief Varnhagens an Rosenkranz, vom 12. Juni 1834. In: Warda (wie Anm. 2), S. 10 f.
12 Zum Richtungsstreit unter Hegels Schülern vgl. Walter Jaeschke: Hegel-Handbuch. Leben, Werk, Schule. Stuttgart 2003, S. 501–537; Norbert Waszek: Die Hegelsche Schule. In: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit. Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus. München 1986, S. 232–246.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Lehre ausgezeichnet sehen. Rosenkranz litt unter den neidischen Sticheleien. Er empfand sie als ungerecht und wollte die Sache klarstellen: »Ich bin weit davon entfernt, so anmaßend zu sein, mich, der ich in dem äußersten Winkel Deutscher Literatur ein höchst peripherisches, kryptogamisches Dasein führe, als Mittelpunkt der Schule zu setzen. Keine Thorheit könnte diese übertreffen.«[13]

Rein inhaltlich hielt er die ihm zugeschriebene vermittelnde Position zwischen »Hegelingen« und »Hegelitern« (Links- und Rechtshegelianer) jedoch für eine treffende Charakterisierung.[14] 1840 verarbeitete er das Thema schließlich in einer Komödie, die er mit feiner (Selbst-)Ironie »Das Centrum der Speculation« nannte. In der Rolle des Güldenstern bilanzierte er darin sein bisheriges Leben mit süß-sauren Worten: »Freilich weiß ich selbst nicht recht, was ich will. Mir geht es ganz confus im Kopf herum, ob ich zum alten oder jungen Deutschland gehöre und leider ist dies eine Sache, bei welcher das Herz nicht entscheiden kann. Erst habe ich Gedichte geschrieben, dann mich in's Mittelalter versenkt, hierauf mittelmäßige literarische Compilationen gemacht, dazwischen über Glauben und Wissen, Schleiermacher und Daub, Kant und Hegel philosophiert und endlich zwischen den Parteien mich so zweideutig umhergeworfen, daß mir keine einzige mehr traut. Ich habe es mit allen verdorben und bin doch zu furchtsam, allein zu stehen. Gott weiß, was aus mir noch werden soll. Am Ende werde ich wirklich nichts Anderes, als was ich schon bin, ein bloßer Schriftsteller.«[15]

In der Revolutionszeit verließ Rosenkranz vorübergehend seinen Katheder, um sich aktiv in die Tagespolitik einzumischen. Im Sommer 1848 kam er auf Geheiß des neuen preußischen Ministerpräsidenten Rudolf von Auerswald als

13 Karl Rosenkranz: Kritische Erläuterungen des Hegelschen Systems (1840). Neudruck Hildesheim 1963, S. VIII.

14 Auch in der Literatur wird Karl Rosenkranz in der Regel der vermittelnden Richtung innerhalb der Hegelschule zugerechnet. Vgl. Werner Jung: Rosenkranz, Karl. In: Bernd Lutz (Hrsg.): Philosophen-Lexikon. Von den Vorsokratikern bis zu den neuen Philosophen. Stuttgart und Weimar ^{2}1995, S. 748–750. Eine Ausnahme bildet die Quellenedition Hermann Lübbes (wie Anm. 5), der Rosenkranz ausschließlich auf der Hegelschen Rechten verortet. Doch haben schon Zeitgenossen Rosenkranz zum Teil auch als komplett Abtrünnigen »enttarnt«. So äußerte sich etwa Friedrich Engels abfällig über Rosenkranz als den »Belletristen, den kein richtiger Hegelianer anerkennt«. (Zitiert nach Werner Ziegenfuss/Gertrud Jung: Philosophen-Lexikon. Handwörterbuch der Philosophie nach Personen. Bd. 2. Berlin 1950, S. 372.). Bedenken hegte auch Ferdinand Lassalle. Ohne in Hegels Sinn wahrhaft logisch und dialektisch zu verfahren, gehe Rosenkranz in Wahrheit »descriptiv« vor. Er beschreibe lediglich die Begriffe »etwa wie ein Naturforscher seine Gattungen und Arten, statt sie auseinander entstehen zu lassen«. Vgl. Ferdinand Lassalle: Die Hegelsche und die Rosenkranzsche Logik. Leipzig ^{2}1928, S. 5. Zu den Unterschieden zwischen Hegel und Rosenkranz vgl. ebenfalls Erwin Metzke: Karl Rosenkranz und Hegel. Ein Beitrag zur Geschichte der Philosophie des sogenannten Hegelianismus im 19. Jahrhundert. Leipzig 1929.

15 Karl Rosenkranz: Das Centrum der Speculation (Königsberg 1840). Nachdruck in: Heiner Höfener (Hrsg.): Hegel-Spiele. München 1977, S. 223–334 (310). Zur Interpretation dieses Schauspiels vgl. Unger (wie Anm. 2), S. 1–28.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»vortragender Rat« nach Berlin. Doch bereits im darauffolgenden Jahr legte Rosenkranz seine Tätigkeit für die Regierung genauso nieder wie das erst 1849 erworbene Abgeordnetenmandat im preußischen Landtag. Der Entbehrlichkeit eines wahrhaft unabhängigen Geistes im politischen Betrieb war er sich nur allzu bewusst: »Ich suche mich, soviel ich vermag, einsam zu halten, denn als Philosoph habe ich das Bedürfnis der freien, universellen Kritik und kann mich für die unvermeidlichen Streitigkeiten und extremen Handlungen einer wirklichen Partei nicht verbindlich machen.«[16] Auf eigenen Wunsch, aber ohne Bitterkeit, kehrte er im Herbst 1849 an die Königsberger Universität zurück, um »in der lieben Pregelstadt fortzudozieren«[17].
Seine Schaffenskraft blieb auch nach der Berliner Episode ungebrochen. Er veröffentlichte weiterhin mit hoher Schlagzahl – darunter mit der »Ästhetik des Hässlichen« 1853 eines seiner bekanntesten Werke –, unterhielt ein breites Lehrangebot und übernahm arbeitsintensive akademische Ämter. Ab 1867 machte ihm eine Augenkrankheit immer mehr zu schaffen, die sieben Jahre später zur völligen Blindheit und zum Abschied vom Hörsaal führte. »Mein Leben ist aber«, so musste er bilanzieren, »von meiner Amtstätigkeit verzehrt worden, da ich über dreißig Jahre ganz allein alle philosophischen Bedürfnisse der Fakultät zu befriedigen habe«[18]. 1879 starb Rosenkranz in Königsberg. Seine Parteienlehre geriet in Vergessenheit.

II *Die Theorie der Partei im Vormärz*

Das Wort »Partei« hatte in Deutschland lange keinen guten Klang.[19] Schon Goethe schrieb an Schiller: »Die Fratze des Parteigeistes ist mir mehr zuwider als irgendeine andere Karikatur.«[20] Otto von Bismarck meinte: »Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteiansichten.«[21] Und noch der Artikel 130 der Weimarer Reichsverfassung lehnte den Gedanken eines Parteienstaates wohl aus Sorge vor parteipolitisch gefärbter Ämterpatronage rundheraus ab: »Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.« Klaus von Beyme hat angesichts dieser Prüderie treffend von der »Geschichte eines diskriminie-

16 Rosenkranz 1854 (wie Anm. 6), S. 256.
17 Brief Rosenkranz' an Theodor von Schön vom 23. November 1848. In: Butzlaff (wie Anm. 2), S. 397.
18 Brief Rosenkranz' an Hermann Karl v. Leonhardi vom 12. August 1868. In: Sächsische Landesbibliothek Dresden. Zitiert nach: Dietzsch (wie Anm. 6), S. 317.
19 Für einen kurzen Überblick vgl.: Ulrich von Alemann: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2003, S. 9 ff.
20 Brief Goethes an Schiller vom 17. Mai 1797. Zitiert nach Ernst Lautenbach (Hrsg.): Lexikon Goethe-Zitate. Auslese für das 21. Jahrhundert – Aus Werk und Leben. München 2004, S. 772.
21 Rede Bismarcks im preußischen Herrenhaus am 15. Januar 1867. In: Horst Kohl (Hrsg.): Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesamtausgabe. Bd. 3. Stuttgart 1892, S. 117–126 (118).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

renden Begriffs«[22] gesprochen. Es waren antike Gemeinwohl- und Ordnungsvorstellungen sowie mittelalterliche Concordia-Lehren, die bis tief in die Neuzeit nachwirkten und wenig Raum für eine positive Bewertung des Parteiwesens ließen. Parteien wurden häufig mit politischen Sekten oder staatszersetzenden Faktionen gleichgesetzt, die die Einheit der Nation gefährdeten. Nicht zuletzt konnten sich selbst radikale Demokraten in ihrer Ablehnung auf Rousseau berufen, der im Vorfeld der Französischen Revolution vor der Existenz von selbstsüchtigen Teilgesellschaften innerhalb des Staatsganzen gewarnt hatte.

Nach der politischen Erschütterung, Auflösung und Neuordnung Deutschlands drang der Begriff zu Beginn des 19. Jahrhunderts langsam und unter erheblichen Vorbehalten in den deutschen Sprachgebrauch ein. Freilich erschwerte das Fehlen von konstitutionellen Anknüpfungspunkten die faktische Ausbildung von Parteien. Gelangte doch der Parlamentarismus mit seinem auf Wahlen und Vertretungskörperschaften ausgerichteten politischen System als ermöglichende Bedingung erst in der Revolution von 1848/49 zum zwischenzeitlichen Durchbruch. Mangels Anschauung und Erfahrung wurde die Partei von den meisten Denkern im Vormärz daher vor allem ideologisch als »Gesinnungsgemeinschaft«[23] und noch nicht als fest gefügte Organisation zur Durchsetzung konkreter Interessen begriffen. Wie Schieder anschaulich formuliert: »Parteien waren für sie mehr oder weniger Gedankengebilde, dialektische Momente im Prozeß der Geistesgeschichte, aber keine realen politischen Gruppen.«[24]

Während also auf der einen Seite die Verfassungswirklichkeit die tatsächliche Entwicklung hemmte, behinderte die herrschende Staatslehre gleichzeitig die Entfaltung einer systematischen Parteientheorie. Als »vermittelndes Organ zwischen Regierung und Volk«[25] nannte Hegel die Stände, nicht die Parteien. Allein das in Ständen gegliederte Ganze entspreche der politischen Wirklichkeit. Dagegen empfand er jene andere »atomistische, abstracte Ansicht«[26], wonach mittels eines Repräsentativsystems alle an den Staatsangelegenheiten Teil haben sollten, als »abgeschmackt«[27]. Das Wort »Parthei« fiel bezeichnenderweise dort, wo von der »Gewalt weniger« die Rede war, deren besonderes, zufälliges Interesse »gerade neutralisiert werden sollte«[28].

22 Beyme (wie Anm. 4), S. 732.
23 Beyme (wie Anm. 4), S. 697.
24 Theodor Schieder: Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus. In: Ders.: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. München [3]1974, S. 110–132 (117).
25 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Die »Rechtsphilosophie« von 1820. Mit Hegels Vorlesungsnotizen 1821–1825. In: Karl-Heinz Ilting (Hrsg.): Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Vorlesungen über Rechtsphilosophie 1818–1831. Bd. 2. Stuttgart 1974, S. 770 (§ 302).
26 Hegel (wie Anm. 25), S. 772 (§ 303).
27 Hegel (wie Anm. 25), S. 776 (§ 308).
28 Hegel (wie Anm. 25), S. 780 (§ 311).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wenn die Parteien bei Hegel selbst auch keine positive Aufnahme in die Staatsphilosophie fanden, so lieferte er mit der Anerkennung der Fruchtbarkeit dialektischer Gegensätze doch eine entscheidende Andockmöglichkeit für seine Schüler. Die daraus resultierende Debatte zwischen der Hegelschen Linken und Rechten, in deren Lagerbildung selbst die Keime eines politischen Gegensatzes lagen, übte maßgeblichen Einfluss auf die gesamte Parteiendiskussion im Vormärz aus und ist damit auch folgenreich für die gemäßigt-liberale Parteientheorie Karl Rosenkranz' gewesen.

Auf dem linken Flügel war es Arnold Ruge, der 1842 als Erster den Übergang von der philosophischen Kritik zur politischen Praxis der Partei forderte: »Wie der gleichgültige Unterschied logisch zum feindlichen Gegensatze fortgetrieben wird, so steigert sich die theoretische Kritik nothwendig zur Praxis des Handelns, zur *Partei*, wenn sich die neue Form der Freiheit in die Köpfe der Menschen eingenistet und das Alte ihr gegenüber nun dennoch beharrt.«[29] Parteien politische Freiheit zu gewähren sei ganz das, »was das Freigeben der geistigen Gegensätze in der Wissenschaft, die Freiheit der Forschung und der Geltendmachung des Gedankens in der Theorie ist«. In der frei gesetzten Parteibewegung könne die »befruchtende Macht der Negativität« geschichtlich wirksam werden. Ängstliche Gemüter versuchte der Autor zu beruhigen: Das Lob der Partei sei in Wahrheit »nicht eine Anleitung zur Revolution, sondern eine Angabe, wie sie gründlich zu vermeiden sei«[30]. Trotz dieser Beschwichtigungsformel war Ruges Theorie der Anlage nach revolutionär[31], da sie annahm, dass das Freisetzen prinzipieller Kritik durch die Tätigkeit der Partei in einem dialektischen Prozess zur Überwindung der gültigen Ordnung führen könnte. Der Begriff der Partei war damit erstmals »aus dem Gegensatz zu dem der Regierung gedacht«[32]. Wie Klaus von Beyme gezeigt hat, wies eine solche, zur »Philosophie der Tat« gehörende Theorie voraus auf den demokratischen und den sozialistischen Parteibegriff.[33] Der eine wurde von Gottlieb Christian Abt, der andere von Marx und Engels formuliert.

Abt wendete sich im Artikel »Parteien« des Rotteck-Welckerschen Staatslexikons[34] zunächst auf breitem Raum gegen die damals populäre organologische Idee des Schweizers Friedrich Rohmer, der eine kunstvoll versponnene Theorie der Parteien aus dem Wesen der menschlichen Lebensalter abgeleitet

29 Arnold Ruge: Kritik und Partei. In: Deutsche Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst (vormals: Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst). 5. Jg. (1842), S. 1175–1182 (1179).
30 Ruge (wie Anm. 29), S. 1182.
31 Anders Lenk/Neumann (wie Anm. 4), S. XXXIX.
32 Schieder (wie Anm. 24), S. 115.
33 Beyme (wie Anm. 4), S. 704.
34 Gottlieb Christian Abt: Artikel Parteien. In: Carl von Rotteck/Karl Theodor Welcker (Hrsg.): Das Staats-Lexikon. Encyclopädie der sämmtlichen Staatswissenschaften für alle Stände. Bd. 10. Altona ^{2}1848, S. 479–496.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hatte.[35] Danach sei der Knabe radikal, der Jüngling liberal, der Mann konservativ und der Greis absolut.[36] Die Provokation dieser »geistreichen, originellen Paraphrase des Bestehenden«[37] lag für Abt nun darin, dass Rohmer den beiden mittleren Lebensstufen Liberalismus und Konservatismus trotz ihrer äußeren Verschiedenheit eine innere Verwandtschaft und allen vier politischen Richtungen eine gewisse Berechtigung ihrer Anliegen attestierte. Demgegenüber trieb Abt, der Rohmer eine »absichtliche Begriffsverwirrung«[38] unterstellte, die bereits bei Ruge angelegte Dichotomie der Prinzipien des Fortschritts und der Bewahrung auf die Spitze, indem er lediglich zwei Parteien unterschied; solche, die sich auf Sonderinteressen stützten und jene, die »allgemeine Menschheits-Interessen« verträten. Konkret stellte er den partikularen Kräften der Staatsgewalt, der Kirche und des Kapitals die Gesamtheit des Volkes und damit die Bewegungs- oder demokratische Partei gegenüber.[39] Letztere repräsentiere die »organische Entwicklung vom Alten zum Neuen, vom Unbrauchbar-Gewordenen zum Besseren«[40]. Die Radikalität dieses Denkens führte in letzter Instanz zu einer Negierung des Parteienpluralismus überhaupt, denn der einzige und richtige Maßstab für die Beurteilung der Parteien lag für Abt nun in ihrem Verhältnis zu dem »allgemeinen Menschlichen«. Folgerichtig hieß es am Ende des Artikels: »Factisch kann jede Partei herrschen, rechtlich nur die demokratische.«[41]

Bei Marx und Engels[42] war ebendieser Gegensatz in die Theorie des historischen Materialismus eingebettet und wurde in der Dialektik von Bourgeoisie und Proletariat auf den Nenner gebracht. Wegen seiner geschichtsphilosophischen Inanspruchnahme schloss der sozialistische Parteibegriff einen möglichen Parteienpluralismus in ähnlicher Weise, aber noch konsequenter aus, als dies bei Abt der Fall gewesen war. Allein der kommunistischen Partei als Kampforganisation der Arbeiterklasse falle die weltgeschichtliche Rolle zu, den Sturz der Bourgeoisie und damit den Aufstieg des Proletariats zur herrschenden Klasse vorzubereiten.[43] Über das Stadium der Diktatur des Proletariats vollziehe sich die historische Entwicklung weiter bis zur Aufhebung aller Klassen – und damit auch der Partei – in einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«[44].

35 Friedrich Rohmer: Die vier Parteien (1844). In: Heinrich Schulthess (Hrsg.): Friedrich Rohmer's Wissenschaft und Leben. Bd. 4. Nördlingen 1885.
36 Rohmer (wie Anm. 35), S. 69.
37 Abt (wie Anm. 34), S. 493.
38 Abt (wie Anm. 34), S. 479.
39 Abt (wie Anm. 34), S. 494.
40 Abt (wie Anm. 34), S. 495.
41 Abt (wie Anm. 34), S. 496.
42 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1848). In: Marx-Engels-Werke Bd. 4 (1959), S. 461–493.
43 Marx/Engels (wie Anm. 42), S. 474.
44 Marx/Engels (wie Anm. 42), S. 482.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Obwohl er genau wie Marx und Engels ebenfalls von Hegel ausging, gelangte Karl Rosenkranz zu einer weit weniger revolutionären Deutung der Rolle der Partei. Im Grunde lief seine Theorie auf den originellen Versuch hinaus, mit den Mitteln der dialektischen Methode die Lehre vom substanziellen Staatsganzen, das sich in der Regierung verkörpert, mit einer dynamischen Lehre von den Parteien zu verbinden.[45]

III *Die Parteientheorie Karl Rosenkranz'*

a) *Begriff, Entstehung und Entwicklung der Partei*

Wie wir gesehen haben, ist der Parteibegriff nach einer langen Phase der Stigmatisierung in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Deutschland auf dem Vormarsch. Nach und nach setzt sich die Tendenz durch, »dies schreckliche Wort«[46] zur Bezeichnung gegenläufiger politischer Strömungen teils affirmativ, zumindest aber wertfrei zu gebrauchen. Dies zeigt auch ein Brief, den Karl Rosenkranz zu Beginn des Jahres 1842 schreibt: »Königsberg ist in lauter religiöse, politische und philosophische Parteien zerrissen. Die Parteiung selbst ist ein Fortschritt, weil sie ein Beweis vom Denken, weil sie die Tatsache des Fortschritts, der lebendigen Entwicklung ist; allein wir müssen uns erst gewöhnen, einen solchen Zustand zu ertragen.«[47] Seine Ansprache zum Krönungsfest Preußens beginnt ein Jahr später bereits mit der Feststellung, Partei sei »ein unentbehrliches Schlagwort« geworden, das »in allen grammatischen Formen, als Substantiv, Adjectiv und Verbum, bald hier bald da erscheint« und »für die Bewegung des Geistes charakteristisch ist«. Eine allgemeine Definition schickt der Redner voran: »Partei ist die selbstbewußte Einseitigkeit, welche das praktische Verhalten des Gemeinwesens bei seinen Gliedern in der Ungleichheit und dem aus ihr entstehenden Conflict der Bedürfnisse hervorruft«[48]. Nach der überzeugenden Einschätzung von Lotte Esau wird an dieser Stelle durch die (sich) selbst bewusste Einseitigkeit der Glieder das Moment der Vernunft eingeführt. Die Parteien werden somit Produkte eines geistigen Prozesses und können sich als solche der geschichtlichen Entwicklung einordnen.[49]
Rosenkranz betont die neuartige Verwendung des Begriffs und grenzt die Partei an sich von der politischen Partei ab. Das Wort sei zwar schon lange

45 Schieder (wie Anm. 24), S. 115.
46 Ruge (wie Anm. 29), S. 1179.
47 Brief Rosenkranz' an Immanuel Hermann Fichte vom 4. Januar 1842. In: Butzlaff (wie Anm. 2), S. 268.
48 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 65.
49 Esau (wie Anm. 2), S. 131.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bekannt. Habe man bislang aber eher von Ansichten, Meinungsdifferenzen, Richtungen, von Klubs, Zirkeln oder Schulen gesprochen, gebrauche man den Begriff Parteien nun in der Bestimmung, »daß durch sie ein politisches Element als ein für das Ganze des Staates nothwendiges gesetzt würde«. Die Entstehung der politischen Partei müsse also aus dem Begriff des Staates abgeleitet werden.[50] Entgegen der Ansicht, die in der »Rechtsphilosophie« zum Ausdruck kam, hebt Rosenkranz seinen Gegenstand damit über die anderen »organischen Unterschiede, zu welchen der Staat sich auseinanderlegt«[51]. Gemeint sind damit in erster Linie die Familien und die Stände. Zwar gingen die Mitglieder der Regierung weiterhin aus den Familien und den Ständen hervor, sie müssten jedoch lernen, von den individuellen und partikularen Interessen derselben zu abstrahieren und stets das Ganze des Staates vor Augen zu haben. Als richtungsweisend für die weitere Evolution der Parteientheorie sollte sich herausstellen, dass Rosenkranz die Parteien hier mit der legislativen Gewalt in Verbindung bringt: »Die wirkliche Partei im rein politischen Sinn entsteht erst, wenn zu dem persönlichen Interesse der Familien und zu dem objectiven Interesse der Stände das Princip des Staates selbst, die Gesetzgebung, hinzutritt.«[52] Weder wird jedoch das genaue Verfahren ausbuchstabiert, in dem die Parteien mögliche legislative Aufgaben wahrnehmen könnten, noch erfolgt, etwa per Zuweisung zu einzelnen Gesetzgebungskammern, eine verfassungsmäßige Verankerung im Sinne des Parlamentarismus.

Es ist allerdings bemerkenswert, dass Rosenkranz, bei seiner Fahndung nach den Ursachen und Bedingungen der Entstehung von Parteien, so starkes Gewicht auf das Interesse legt. Historisch betrachtet ist die Ausrichtung auf ein faktisches Machtziel – mit Ausnahme vielleicht der Arbeiterbewegung – nämlich durchaus kein typisches Wesensmerkmal der deutschen Parteien im 19. Jahrhundert. Im Vergleich mit den frühen politischen Organisationen anderer Länder sind sie laut Nipperdey in besonderem Maße an Prinzip und Doktrin, Theorie und Idee gebunden: »Eine Grundfigur des deutschen Parteiwesens [ist] die ideologische Orientierung und das damit oft verbundene gestörte Verhältnis zur Wirklichkeit.«[53] Karl Rosenkranz hingegen reflektiert das Verhältnis von Idee und Interesse, wenn er das Streben der politischen Parteien nach der Bestimmung des Staatsinhaltes als einen konstituierenden Wesenszug ansieht. Zwar begründeten sie sich zwischen den Extremen von Revolution und Restauration auf eine »Verhaltungsweise gegenüber den Ideen«. Das »Bewußtsein des Princips« verschmelze jedoch mit dem des

50 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 68.
51 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 69.
52 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 70.
53 Thomas Nipperdey: Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 32–55 (53).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Interesses, indem »jenes diesem die idealistische Begeisterung, dieses jenem die reale Verleiblichung gewährt«[54].
Die Auffassung von der Realitätsbezogenheit der Parteien macht für Rosenkranz überhaupt erst eine objektive Würdigung ihres dialektischen Kampfes möglich, der einsetzt, sobald »ein Element des Staates den Charakter usurpirt, in seiner Besonderheit nicht nur an sich, sondern überhaupt das Allgemeine zu sein«. Durch dieses Streben entstehe – ganz hegelianisch gedacht – mit naturnotwendiger Gewissheit die Gegenpartei: »Indem jede Partei unausbleiblich die ihr widersprechende erzeugt, sieht man, daß es eigentlich das Ganze selbst ist, welches seine Unterschiede bis zum Extreme gegen einander spannt, um sich dadurch des wahrhaften Inhaltes seiner selbst, der ihm sonst ein verborgenes Gut bliebe, zu bemächtigen.«[55]
Auf zwei Aspekte lenkt diese Textstelle die Aufmerksamkeit im Besonderen. Zum einen ist für Rosenkranz nach angelsächsischem Vorbild nur ein Zweiparteiensystem denkbar. Insofern teilt er vordergründig die dynamische Auffassung der Linkshegelianer, wonach sich die historische Entwicklung über das Ringen der Prinzipien von Fortschritt und Beharrung vollzieht. Zum anderen aber kann Rosenkranz sich nicht zu der zukunftsträchtigeren Erkenntnis durchringen, dass die Anerkennung eines von unterschiedlichen vernünftigen Interessen geleiteten Parteienkampfes gleichbedeutend mit dem Abschied von der Idee eines organisch-substanziellen Staatsganzen ist. Hierin liegt vielleicht ein Schwachpunkt, in jedem Fall aber ein bedeutender Unterschied, etwa im Vergleich zur Theorie Arnold Ruges. Die Ursachen für diese Verweigerungshaltung sind in der für die Zeit typischen Idealvorstellung eines auf Vermittlung und Ausgleich programmierten politischen Systems zu suchen.
So vollzieht sich die Konstituierung einer liberalen Partei im Vormärz gegen den ausdrücklichen Willen gemäßigter Liberaler wie Rosenkranz. Aus der Sicht der Oppositionellen ist sie lediglich eine Folge davon, dass die Fürsten und Höfe in Deutschland durch die Nicht-Gewährung der Presse- und Meinungsfreiheit schon zuvor faktisch Partei geworden sind.[56] Trotz der damit klar zutage tretenden Frontstellung will Rosenkranz die oberste Maxime des Liberalismus nicht so einfach opfern. Versucht er wie seine Gesinnungsgenossen im Anschluss an Hegel doch stets, die verfassungsrechtliche Frage nach dem Träger der höchsten Staatsgewalt auszuklammern und den Gegensatz zwischen Fürsten- und Volkssouveränität im Begriff der entpersonalisierten Staatssouveränität theoretisch aufzuheben. Deutlich wird diese Denkweise, wenn Rosenkranz in einem Brief des Frühjahrs 1849 die schroffe

54 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 70 f.
55 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 71.
56 Lenk/Neumann (wie Anm. 4), S. XXXIII.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zurückweisung der Frankfurter Kaiserdeputation durch Friedrich Wilhelm IV. zutiefst bedauert: »Man mußte diese Männer freundlich behandeln, nicht imponieren wollen, nicht ironisieren. Ganz Deutschland konnte der König jetzt gewinnen, die Fürsten hätten nachgeben müssen, und es wäre das Prinzip der Volkssouveränität mit dem des dynastischen versöhnt worden, während der Riß jetzt drohend auseinanderklafft.«[57]
Eine solche Sicht der Dinge zeitigt selbstverständlich auch Konsequenzen hinsichtlich der normativen Verortung der Parteien in der Verfassung. Bevor ich diesen Punkt klarer herausarbeite, sollten wir jedoch zunächst einen Blick auf die innerparteiliche Organisation und die Soziologie des Parteimitglieds werfen, in deren Typologien der phantasievolle Leser auch so manchen Spitzenpolitiker der Gegenwart wiederentdecken wird. Der Berücksichtigung wert ist auch Rosenkranz' eigenartige Theorie des Parteienzerfalls.

b) *Aufbau, Organisation und Parteienzerfall*

Karl Rosenkranz vertritt eine prozesshafte Auffassung der Partei. Sie sei kein ein für allemal fertiges Dasein, sondern »während ihrer Dauer in einer steten Umbildung begriffen«[58]. In dieser Vorstellung treten aus »der unbestimmteren Gährung der Masse« zunächst einige gesellige Kreise mit verwandten Ansichten hervor, aus denen dann wiederum ein Individuum, das sich durch sein Handeln das Vertrauen der Mitstreiter erworben hat, der »entschiedene Gravitationspunct« für die anderen wird. Was der Parteichef an kleinen menschlichen Makeln oder Lücken der Bildung auch haben mag, macht er dadurch wieder wett, dass er »alle Interessen seiner Partei mit unermüdlicher Thätigkeit als seine eigensten behandelt und bis zur höchsten Aufopferung, bis zu der des Lebens, für sie zu wirken entschlossen ist«[59]. Als das »monarchische Moment der Partei« muss dieser tapfere und unverwüstliche Soldat »für den urtheillosen Haufen, wie für die feinsten Intelligenzen und solidesten Charaktere von gleicher Anziehungskraft sein«. An persönlichen Ruhm darf er dabei am wenigsten denken. In seiner Zeit entdeckt Rosenkranz einen solchen Mann in der Person des irischen Freiheitskämpfers Daniel O'Connell.[60]
Ihre absolute Entgegensetzung findet die loyale und selbstaufopferungsvoll kämpfende Führungskraft in der Figur des Überläufers, der »wie die Nummern eines Pegels den Wasserstand« markiert. Im Triumphzug lauthals vorneweg, halten Krankheit, Reisen oder dringende Familienangelegenheiten ihn

57 Brief Rosenkranz' an Theodor v. Schön, vom 11. April 1849. In: Butzlaff (wie Anm. 2), S. 431.
58 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 74.
59 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 75.
60 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 77.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

von den Sitzungen und Versammlungen fern, sobald die Partei am Boden liegt. Die Inszenierung des Abschieds beginnt, indem er »mit einem Mitgliede der vorigen Partei sich persönlich überwirft und damit sein Ausscheiden pathologisch motivirt«. Ein harmloses und gutwilliges Individuum, das für alle Kalamitäten verantwortlich gemacht wird, rundet die kleine Parteimitgliederstudie ab: der Vetter Michel. Seine Unbeholfenheit, Unvorsichtigkeit, der Mangel an Kombination machen ihn zum »Auskehrichthaufen alles Verdrießlichen« und er wird »beständig ausgezankt«. Für die Verträglichkeit der Übrigen sei aber von größter Bedeutung, »daß dieser bon homme seine Rolle gut spiele«[61].

Rosenkranz geht auch der Frage nach, ob der einzelne Bürger verpflichtet sei, sich einer Partei aktiv anzuschließen. Immerhin: »Gesinnungslos möchte Niemand gern erscheinen. Zu erklären, daß man nur für sein Fortkommen in der Welt, für den Zuwachs seines Vermögens, für die Erhöhung der standesmäßigen Ehre, nicht aber für die Entwickelung des Staats und der Kirche, ein Interesse habe, an diese vielmehr nur den Maaßstab seiner privaten Wohlfahrt lege, klingt gar zu egoistisch.«[62] Dennoch bedürfe es bei den meisten Menschen zum Parteieintritt doch eines besonderen Anstoßes, bevor sie ihr Schwanken und Zaudern endlich überwinden: »Es muß ihnen von einer Seite her so unrecht, so wehe gethan sein, daß sie von derselben nicht nur nichts Förderndes mehr für sich, im Gegentheil nur Widriges erwarten. Entdecken sie nun in sich selbst nicht die Mittel, den Kampf zu unterhalten, so werden sie, wie leicht erklärlich, sich der entgegengesetzten Seite als Stütze in die Arme werfen und von diesem Augenblick an Partei nehmen und Partei predigen.«[63]

Angesichts der charakterlichen Verschiedenheit ihrer Mitglieder stellt der innerparteiliche Pluralismus eine Selbstverständlichkeit für Karl Rosenkranz dar: »Die extremen Anhänger jeder Meinungsnüance nennen wir Ultra's; die Nüancen selbst Fraktionen, Coterien und, in der höchsten Zuspitzung, Cliquen. Alle außerhalb ihrer selbst als Gegenparteien existirenden Widersprüche muß die Partei in sich selbst tragen und in sich selbst zu überwinden haben.«[64] Genau wie im Großen die Parteien des Fortschritts und der Beharrung, so stehen sich auch innerhalb einer Partei »jene noch mit dem Alten unmittelbar verflochtene senile und diese in dem Neuen, in der Vorstellung der anderen Zeit schwelgende juvenile Fraction« mit notwendiger Spannung einander gegenüber. Traditionell nenne man jene die rechte, diese die linke Seite. Zwischen beiden steht das Centrum, »welches die Neigung zum Stillstande mit der Wagelust des Fortschritts, die zögernde Vorsicht mit der phan-

61 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 74.
62 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 67.
63 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 68.
64 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 75.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tastischen Uebereilung vereint und aus dem Conflict der Opposition innerhalb der Partei durch seine Opposition gegen beide Extreme seine Kraft zieht.«[65]

Unschwer kann man in Rosenkranz' Abstufung der Parteien eine Anspielung auf Hegels »ehernes Gesetz des Parteizerfalls« erkennen. Dort heißt es: »Eine Parthey bewährt sich erst dadurch als die Siegende, daß sie in zwey Partheyen zerfällt; denn darin zeigt sie das Princip, das sie bekämpfte, an ihr selbst zu besitzen, und hiemit die Einseitigkeit aufgehoben zu haben, in der sie vorher auftrat. Das Interesse, das sich zwischen ihr und der andern theilte, fällt nun ganz in sie und vergißt der andern, weil es in ihr selbst den Gegensatz findet, der es beschäfftigt. Zugleich aber ist er in das höhere siegende Element erhoben worden, worin er geläutert sich darstellt. So daß also die in einer Parthey entstehende Zwietracht, welche ein Unglück scheint, vielmehr ihr Glück beweißt.«[66]

Das Zerfallen einer Partei in sich selbst, ist für Rosenkranz also als etwas vollkommen Natürliches, ja sogar Wünschenswertes, weil in der Entzweiung der Fortschritt der Sache zum Ausdruck komme. Neue Fraktionen rissen sich wie Kolonien vom Mutterland los, sobald sie in der bisherigen Überordnung nicht mehr ihre geistige Heimat erblicken könnten. Mit einer solchen Verselbstständigung seien dann – wie unter feindlichen Geschwistern nicht selten zu beobachten – äußerste Gehässigkeiten gegen die ursprüngliche Partei verbunden. Die Spaltung sei jedoch nur dann ein Glück für das Gemeinwohl, wenn sie aus »objectiver Nothwendigkeit organisch entspringt«. Zynischen Machtpolitikern, die die Parteien und deren Interessen für manipulierbar hielten, wird eine deutliche Absage erteilt: »Die gemachte Entzweiung, nach dem Macchiavellistisch-Jesuitischen Grundsatze des divide et impera hervorgebracht, ist nur eine Uneinigkeit, welche, wofern die Existenz der Partei auf einer wirklich substantiellen Basis beruhet, lediglich einen Wechsel der Personen, weiter nichts, zur Folge haben kann.«[67] Die rechte Form der Auflösung sei dagegen jene, »welche der Partei, weil sie ein unabweisliches Bedürfniß repräsentirt, die Nothwendigkeit ihrer Geltung zugesteht und sich durch den Kampf mit ihrer Gegenpartei sich selbst auflösen lässt«[68].

Die Selbstaufhebung der Parteien und ihr Einmünden in den Staat, der als mit den gesellschaftlichen Gesamtinteressen homogen gedacht wird, ist für Rosenkranz der optimale politische Zustand. Hier offenbart sich das liberale Vertrauen, dass im Fortgang der Entwicklung letztlich doch ein harmonisches

65 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 76.
66 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Phänomenologie des Geistes (1807). In: Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Gesammelte Werke. Bd. 9. Hamburg 1980, S. 312.
67 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 81.
68 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 84.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gleichgewicht zwischen Staat und Gesellschaft eintreten werde.[69] Welche Rolle spielen die Parteien dabei nun genau?

c) *Standort, Funktion und Kampf der Parteien*

Obwohl er sie vorsichtig mit dem Begriff des Staates und dessen höchster Funktion der Gesetzgebung in Verbindung bringt, bleiben die Parteien bei Rosenkranz doch eindeutig der gesellschaftlichen Sphäre zugeordnet. Die Idee einer Parteiregierung befremdet ihn. Schließlich habe die Regierung die Aufgabe, über dem »Waschbeckentumult eines parteiischen Treibens«[70] den Staat nach seiner Ganzheit und Einheit zu vertreten. Von der modernen Funktionsweise einer repräsentativen Demokratie, in der die Mehrheitspartei(en) im Parlament und die Regierung eng miteinander verschränkt sind, ist der Autor mit dieser Anschauung noch weit entfernt. Und auch das in weiten Teilen Europas bereits vor 1848 theoretisch durchleuchtete und faktisch vorherrschende konstitutionell-dualistische System von Regierung versus (Gesamt-) Parlament reflektiert er nicht vollständig. In seiner Theorie ist der eigentliche Widersacher der Partei nämlich nicht die »neutrale« Regierung, sondern die Gegenpartei.[71] Damit befinden sich die Parteien bei Rosenkranz auf einer Stufe der Anerkennung, die dem Staatsrecht der konstitutionellen Monarchie entspricht.[72] Freilich ließe sich dieser Passage – gleichsam gegen den Strich gelesen – ein Dreh ins Progressive geben. Der Autor liefert bei genauer Betrachtung in der Tat eine recht realistische Beschreibung der gegenwärtigen politischen Praxis. Schließlich sind auch die modernen Parteien der repräsentativen Demokratie in ihrer Auseinandersetzung hauptsächlich aufeinander fixiert. Der große Unterschied besteht allerdings darin, dass es für die heutigen Parteien um die Besetzung von Regierungsämtern und somit um die tatsächliche Staatsgewalt geht, während Rosenkranz' Prototypen über die Erringung der Deutungshoheit innerhalb der Gesellschaft höchstens indirekt auf die Steuerung des Staates einwirken können.

Trotz dieser Herrschaftsferne erfüllen sie aber eine wichtige Funktion. Tatsächlich eröffnet ihr dialektisches Ringen der Regierung die Möglichkeit »aus dem Buche der öffentlichen Meinung das, was Noth thut, herauszulesen«[73]. Die Formulierung enthält den demokratietheoretisch originellen Gedanken, dass sich die Gemeinwohlorientierung als das Spiel der unsichtbaren Hand des politischen Wettbewerbs einstellt: »salus publica ex processu«[74]. Für Rosenkranz ist das Gemeinwohl nicht mehr länger etwas Stati-

69 Lenk/Neumann (wie Anm. 4), S. XXXIII.
70 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 66.
71 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 77.
72 Beyme (wie Anm. 4), S. 703.
73 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 72.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sches, a priori Feststehendes. Vielmehr erkennt er dessen prozesshaften Charakter, wenn er betont, dass »das wahrhafte Bedürfniß des Volkes« sich erst durch den Kampf der Parteien offenbart. Vor diesem Wettstreit braucht die Regierung sich daher nicht zu fürchten. Sie selbst müsse allerdings dafür Sorge tragen, dass – ähnlich einem mittelalterlichen Ritterturnier – jeder Partei »freies Feld und keine Gunst« zu Teil werde. Übersetzt in unsere heutigen Begriffe könnte man pointiert auch vom Status der Freiheit und der Gleichheit der Parteien sprechen, wobei das Bündel der Rechte und Pflichten, das sich an die Parteieigenschaft knüpft, mittlerweile auf Verfassungsebene verankert ist.[75]

Mit ihrem eigenen Urteil soll die Regierung so lange wie möglich zögern, »um die Dialektik der Parteien auch durch das Stadium der Sophistik erst hindurchgehen und nach beiden Seiten hin allen falschen Schimmer abstreifen zu lassen«. Auf Dankbarkeit braucht sie dabei gar nicht erst hoffen, sondern muss stets in dem Bewusstsein handeln, es auf Dauer »keiner Partei recht machen« zu können. Ausdrücklich wird die Regierung davor gewarnt, den ihr angemessenen überparteilichen Standpunkt und damit ihre Neutralität gegenüber allen relevanten gesellschaftlichen Strömungen aufzugeben. Man kann diese Passage als weiteren Beleg für die Enttäuschung des liberalen Monarchiebefürworters über die einseitige Parteinahme des Königs zugunsten der Konservativen lesen. Lobend verweist Rosenkranz in diesem Zusammenhang eigenartigerweise ausgerechnet auf Napoleon. Dieser sei mit sich selbst immer dann am zufriedensten gewesen, »wenn Alles mit ihm am unzufriedensten war«[76].

Obwohl die Regierung die politische Tätigkeit stets genauestens überwachen und »jeden Uebergriff einer Partei in Umgehung oder Verletzung der bestehenden Gesetze auf das Strengste rügen« muss, ist sie allein schon aus Klugheitserwägungen dazu angehalten, dies »pädagogische Geschäft« auch »ohne geheime Polizei, ohne Verletzung des Briefgeheimnisses, ohne Bestechung«[77] auszuüben. Der Gebrauch unsittlicher Mittel würde nur das Vertrauen in die Regierung untergraben – die dezent platzierte Kritik am Gebahren des preußischen Schnüffelstaates dürfte dem aufmerksamen Auditorium nicht entgangen sein.

Neben den theoretischen Prinzipien des Parteienwettbewerbs ist Rosenkranz auch die schmutzige Seite der Politik nicht unbekannt. So prangert er etwa Parteien an, die nur deshalb opponieren, um »die Regierung zur Bestechung

74 Peter Häberle: Öffentliches Interesse als juristisches Problem. Eine Analyse von Gesetzgebung und Rechtsprechung. Berlin ^{2}2006, S. 86.
75 Martin Morlok: Artikel 21. In: Horst Dreier (Hrsg.): Grundgesetz-Kommentar. Bd. 2,2. Tübingen 2006, S. 350.
76 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 73.
77 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 72.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zu zwingen« und tadelt die wohlbekannte Praxis »sich eines Schreiers und Bekrittlers zu entledigen«, indem man ihn mit Geld und Anstellung mundtot macht.[78] Die adäquaten Mittel des Parteienkampfes seien seit jeher die gleichen. Dazu zählten im Bereich der Theorie »die begriffliche Widerlegung der Ansichten der Gegenpartei« genauso wie die »streng sachliche Kritik ihrer Handlungen und Charaktere«[79]. Weniger würdig und moralisch delikat, aber ebenfalls zum Arsenal der politischen Auseinandersetzung gehörend, seien polemische Attacken wie das Streuen von Gerüchten, Verunglimpfungen des politischen Gegners, Verleumdungen usw. Auch versammelten sich – was den europäischen Betrachter häufig erschrecke – etwa in den amerikanischen Wahlkämpfen unter lautem Getöse ungeheure Volksmassen mit drohenden Bannern und Karikaturen, bewürfen die Redner mit Kartoffeln oder Eierschalen und zündeten gar Bildnisse von Ministern an.[80] Seine höchste Steigerung zum Aufruhr hin erfahre der Parteikampf in Gestalt der Faction. Die Neigung zur sogenannten »Factiosität«[81] wird gegeißelt, weil daraus »wirklicher Krieg« werden könne. Alles andere, meint Rosenkranz, sei für die öffentliche Ruhe und Ordnung aber gar nicht so gefährlich, wie es auf den ersten Blick aussehe.

Viel schädlicher müsse dagegen der Versuch der Regierung wirken, eine unbequem werdende Opposition mit Gewalt oder Verboten zu unterdrücken. Denn die Folge davon sei unfehlbar »das Entstehen geheimer Gesellschaften, welche den Parteizweck im Stillen weiter verfolgen«. Eine Partei, »welche aus substantiellem Boden entsprossen ist«, könne auf diese Weise überhaupt nicht vernichtet, sondern ihre Entwicklung höchstens verzögert werden, allerdings um den Preis, dass sie »fanatisch« wird.[82] Schlauer sei es hingegen, wenn die Regierung sich so verhält, »wie Hegel von der Vernunft sagt, daß sie als zweckmäßig handelnde die List sei, welche das Mittel für die Verwirklichung des Zwecks sich abreiben und aufarbeiten läßt und sich den Genuß des reinen Resultates vorbehält«[83]. Dass Rosenkranz der Regierung den miteinander streitenden Parteien gegenüber zu der gleichen listigen Gelassenheit rät, schränkt seine demokratische Fortschrittlichkeit doch ganz erheblich ein[84] und unterstreicht noch einmal die Tatsache, dass die Partei in dieser Theorie nur ein »Product der Nothwendigkeit«[85] darstellt, mit dem man sich irgendwie arrangieren muss, wozu die Zeitgenossen nochmals gemahnt werden: »Das Klagen über die Parteien, das Verdrießlichthun gegen sie hilft nichts,

78 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 73.
79 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 77.
80 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 80.
81 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 85.
82 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 83.
83 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 84.
84 Fetscher (wie Anm. 4), S. 169.
85 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 81.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wenn sie einmal da sind; nur ihre selbstbewußte Freilassung von Seiten der Regierung verwandelt das Negative ihres Thuns in positive Leistungen.«[86] Doch müsse auch die vernünftige Regierung eine höhere Macht über sich anerkennen: die Vorsehung. Sie ist der »durch die Geschichte schreitende Gott« und damit eine wieder stärker religiöse und personifizierte Variante des Weltgeistes. Ihm sollen die Parteien sich demütigen.[87]

IV *Fazit und Schlussbetrachtungen*

Das Ziel dieses Aufsatzes bestand in der gerechten Würdigung des Liberalen Karl Rosenkranz als Parteienforscher. Worin liegen die besonderen Stärken seines Beitrags? Faszinierend ist zunächst die Fülle plastischer Beispiele wie die Vielzahl feiner Beobachtungen zu ganz verschiedenen Aspekten des Parteiwesens, die der Autor mangels realer Anschauungsobjekte zum Teil aus Romanen von Dickens und Sealsfield zusammengetragen hat. Rosenkranz setzt sich zu einem Zeitpunkt dezidiert mit der politischen Partei auseinander, als es unserem heutigen stark auf die Organisation und den Parlamentarismus fokussierten Verständnis nach überhaupt noch keine Parteien in Deutschland gibt. Seine Theorie bezieht daraus eine eigentümliche Spannung, da sie aufgrund ihrer Realitätsfremde den Charakter der Prognose, Hoffnung oder auch Warnung annehmen kann. Letzteres ist etwa dort der Fall, wo der Redner im Gewande des scheinbar werturteilsfreien wissenschaftlichen Vortrags die politischen Postulate des vormärzlichen Liberalismus artikuliert, am wichtigsten jene nach bedingungsloser Überparteilichkeit der Regierung und der Schaffung einer Verfassung, die der Souveränität der Fürsten Grenzen setzt.

Bemerkenswert ist ferner die große begriffliche Klarheit, mit der der Forscher sich seines Gegenstandes annimmt. Indem er den Begriff der politischen Partei aus der Entwicklung des Staates ableitet und sie gleichzeitig, wenn auch noch lose, mit der Gesetzgebung in Verbindung bringt, betont Karl Rosenkranz die prinzipiell neue Qualität des untersuchten Phänomens und dies sowohl im Vergleich zum allgemeineren Sprachgebrauch von »Partei« als auch zu den anderen intermediären Organisationen des Staates, wie den Familien und Ständen, die der politischen Partei nun – anders als noch bei Hegel – untergeordnet sind. Eine weitere originäre Denkleistung besteht in der Übertragung der dialektischen Methode auf den Parteienkampf, in dem die gesellschaftlichen Grundkonflikte sich widerspiegeln. Dass Parteien entlang sozialstruktureller Konfliktlinien entstehen, ist der Kerngedanke der in der Politik-

86 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 84.
87 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 85.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wissenschaft bis heute sehr einflussreichen Cleavage-Theorie[88], deren wesentliche Aspekte Rosenkranz damit vorweg nimmt. Von der Akzeptanz eines vernünftigen Interessenpluralismus innerhalb der Gesellschaft gelangt er dergestalt zu einer neuen prozesshaften Auffassung der Parteien und des Gemeinwohls. Dieses ist nicht einfach substanziell vorhanden, sondern ergibt sich erst aus einem durch den Staat fair zu gestaltenden Wettbewerbsverfahren, das den Status der Freiheit und Gleichheit der Parteien garantieren soll. Die wichtige Funktion der Gemeinwohlfindung veranlasst Rosenkranz zur Betonung der Notwendigkeit von Parteien für das politische System – eine Einsicht, die in Deutschland erst mehr als 100 Jahre später im Grundgesetz der Bundesrepublik positiviert wird. Ebenso aktuell muten die Überlegungen zu den Möglichkeiten und Risiken eines Parteiverbots an.

Nicht verschwiegen werden darf auf der anderen Seite, dass Rosenkranz vielfach bei Hegel stecken geblieben ist. Dies betrifft vor allem die mehr oder weniger unreflektiert übernommene Auffassung einer sittlichen Totalität des Staates. Auf der Ebene der Parteienlehre schlägt sich diese organische Ansicht in der Hoffnung nieder, die Parteien und ihre Streitigkeiten mögen sich in einem höheren, harmonischen Zustand der Balance zwischen Staat und Gesellschaft auflösen, sobald die nötigen Reformen erst einmal greifen. Parteien sind für Rosenkranz nicht um ihrer selbst Willen legitimiert, sondern vielmehr ein nötiges Übel in einem bestimmten Stadium der dem Weltgeist anheim gestellten Geschichte. Ihrem dialektischen Ringen fehlt zudem der letzte Ernst, da die politischen Auseinandersetzungen auf die gesellschaftliche Sphäre beschränkt bleiben und die Schwelle zur tatsächlichen bürokratisch-organisatorischen Steuerung des Staates nicht überschreiten. Die Regierung, in der allein sich die Einheit des Ganzen verkörpert, bleibt prinzipiell unangreifbar. Es ist dies die Staatsauffassung der konstitutionellen Monarchie, die die historische Entwicklung in Deutschland faktisch bis zum Ende des Ersten Weltkriegs bestimmt, theoretisch aber – etwa auf Seiten der Linkshegelianer – bereits im Vormärz herausgefordert wird.

Ist Karl Rosenkranz also nur noch ein Fall für das Kuriositätenkabinett der Parteienforschung oder hat seine Lehre trotz vermeintlicher Schwächen die Substanz, der nach wie vor aktuellen Debatte um den verfassungsrechtlichen Standort der Parteien neue Impulse zu geben? Ich denke, letzteres ist zutreffend. Denn wenn wir Rosenkranz auch zu Recht die Staatsferne seiner Parteien vorgehalten haben, so ist inzwischen umgekehrt die im Vergleich dazu paradoxe Situation eingetreten, dass Politikwissenschaftler und Juristen gegenwärtig die Allmacht der Parteien beklagen und vor einer systematischen

88 Vgl.: Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignements. Cross-National Perspectives. New York 1967.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Aushöhlung der Gewaltenteilung warnen.[89] Es sieht dabei ganz so aus, als seien die Parteien über das Ziel der verfassungsmäßigen Anerkennung ihrer Scharnierfunktion zwischen Staat und Gesellschaft hinausgeschossen und liefen nun Gefahr, sich von ihrer gesellschaftlichen Basis immer weiter zu entkoppeln. Zur Disposition stünde damit der vom Grundgesetz im Artikel 21 festgezurrte Status ihrer Öffentlichkeit. Schlagwortartig spricht deshalb etwa Morlok davon, dass der ersten Welle konstitutioneller Verankerung nun eine »Zweite Generation des Parteienrechts«[90] folgen müsse, um im Interesse der demokratischen Offenheit des politischen Prozesses Machtpositionen der Parteien zu beschränken. Die normative Stoßrichtung dieser Forderung ist hauptsächlich durch die Sorge vor einer Beeinträchtigung der Volkssouveränität getragen, da das jetzige Parteienrecht mehr auf den Schutz der Parteien vor dem Staat als auf den Schutz der Bürger vor den Parteien ausgerichtet ist. Wo wäre der Hebel zur Verteidigung der Chancengleichheit der politischen Aktivitäten der Bürger also anzusetzen?

Mehrere Maßnahmen sind denkbar. Eine aussichtsreiche Strategie könnte beispielsweise darin bestehen, den politischen Prozess außerhalb der Parteien zu beleben, etwa durch den vermehrten Einsatz direktdemokratischer Elemente oder gezielte Modifikationen des Wahlrechts. Eine andere, für unseren Zusammenhang noch lohnendere Strategie zielte dagegen auf den zur Oligarchisierung neigenden Binnenraum politischer Organisationen und damit letztlich auf die Stärkung der innerparteilichen Demokratie, die der Volkssouveränität im staatlichen Bereich entspricht.[91] Die Wichtigkeit eines ungehinderten innerparteilichen Meinungs- und Interessenpluralismus hat Karl Rosenkranz bereits 1843 mit großer Klarheit erkannt: »Weil nun die Partei ein lebendiges, werdendes Dasein ist, in welchem die einzelnen constitutiven Elemente sich stets organisch reproduciren, so ist auch begreiflich, wie sie in sich selbst eine große Abstufung des Maaßes von Energie, von Verschiedenheit der Ansichten, enthalten muß.«[92] Diese selbstverständliche Diversität führt bei Rosenkranz organisatorisch zu der bereits besprochenen Abstufung der Gesamtpartei in immer kleinere Funktionseinheiten. Denkt man den Ansatz konsequent zu Ende, so ließe sich mit der gleichen Logik auch für eine Stärkung der Position des einzelnen Abgeordneten argumentieren. Ungeachtet der im Grundgesetzartikel 38 festgeschriebenen Gewissensfreiheit der Mandatsträger ist das

89 Zum Stand der Debatte vgl. Ulrich von Alemann: Brauchen wir noch politische Parteien? In: Peter Häberle u. a. (Hrsg.): Festschrift für Dimitris Th. Tsatsos zum 70. Geburtstag. Baden-Baden 2003, S. 1–10; Martin Morlok: Lob der Parteien. In: Jahrbuch der Juristischen Gesellschaft Bremen. Bd. 2. Bremen 2001, S. 53–75.

90 Martin Morlok: Für eine Zweite Generation des Parteienrechts. In: Dimitris Th. Tsatsos (Hrsg.): 30 Jahre Parteiengesetz in Deutschland. Die Parteiinstitution im internationalen Vergleich. Baden-Baden 2002, S. 53–71.

91 Morlok (wie Anm. 75), S. 382.

92 Rosenkranz (wie Anm. 5), S. 75.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Innere der Parlamentsfraktion tatsächlich ein nahezu rechtsfreier Raum. Die Erhöhung der Konfliktfähigkeit des Abgeordneten gegenüber seiner eigenen Fraktionsführung könnte aus liberaler Perspektive zu dem gewünschten Ergebnis führen, dass der Willensbildungsprozess der Kammer unter geringerem Einfluss der Parteiorganisationen verläuft und damit möglicherweise offener und transparenter wird, was zu einer positiveren Bilanz der parlamentarischen Demokratie insgesamt beitragen könnte.

Konkrete Vorschläge für ein derartiges Reformprojekt gibt es im 19. Jahrhundert zum Beispiel in Süddeutschland, wo die Sitzordnung in den Abgeordnetenkammern zeitweise durch das Los ermittelt wird. Das Zusammensitzen von politischen Fraktionen zu unterbinden, hält etwa Rosenkranz' berühmterer Zeitgenosse Robert von Mohl für sinnvoll, weil es dem Einzelnen anders als in einer geschlossenen Masse die Entscheidung erleichtere, seiner wahren Überzeugung auch in den Fällen zu folgen, in denen er von der Meinung oder den Beschlüssen seiner Partei abweicht.[93] Ähnliche Zufallsverfahren kommen damals auch bei der Besetzung von Ausschüssen und Kommissionen zum Einsatz. Hier ist zudem oft das Verlesen vorformulierter Reden unzulässig, da sich die Meinung anhand des besseren Arguments erst im Plenum, und nicht entlang der Parteidisziplin schon im Fraktionszimmer bilden soll. Solch detaillierte Handlungsanweisungen einer ausdifferenzierten Parlamentskultur kann man von Karl Rosenkranz fairerweise nicht erwarten, da der gemäßigte Gelehrte im Inneren noch auf das gütliche Einvernehmen aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Staat und damit auf ein Abebben der Parteikämpfe überhaupt hofft. Die Beschäftigung mit seiner Theorie kann dennoch die Fruchtbarkeit der vormärzlichen Staatslehre für die heutige Parteienforschung unter Beweis stellen.

93 Robert von Mohl: Das Staatsrecht des Königreiches Württemberg. Tübingen 1829, S. 611.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Andreas Pehnke

Das Engagement liberaler Pädagogen im »Verein zur Abwehr des Antisemitismus« und seine Fortwirkungen

Gegenwärtig entwickelt sich ein besorgniserregender neuer Judenhass, wenn in den alten Bundesländern Antisemitismus bei 9,5 Prozent und in den neuen Ländern bei 4,2 Prozent der Bevölkerung verbreitet ist.[1] Kürzlich hat der Bundestag aus Anlass des 70. Jahrestages der antijüdischen Pogromnacht vom 8. zum 9. November 1938 einen entschiedenen Kampf gegen den Antisemitismus angemahnt; schließlich mussten von Januar bis September 2008 797 antisemitisch eingestufte Straftaten registriert werden – im Vergleichszeitraum 2007 waren es 716 Delikte dieser Art. Diese aktuellen Rahmenbedingungen verdeutlichen, dass die Geister des Hasses noch längst nicht gebannt sind.
Als Bildungshistoriker möchte ich nachfolgend ausgewählte historische Erfahrungswerte kennzeichnen, wie liberale Pädagogen das Zusammenleben von Judentum und Christentum in Respekt miteinander zu lösen versuchten.

1. *Liberale Pädagogen inmitten der Kämpfe gegen den Antisemitismus*

Der Dialog zwischen Juden und Nicht-Juden, das kultivierte Miteinander zwischen den Religionen, avancierten für die Verteidiger der Ideale der Humanität und Toleranz vor allem in Zeiten des Ansturms der Judenhetzer seit Ende des 19. Jahrhunderts zu wesentlichen Tätigkeitsfeldern ihres politischen und beruflichen Lebens. So hatten sich 1890 auf dem Höhepunkt des politischen Antisemitismus, der sich vor allem als eine antiliberale Protestideologie verstand, im deutschen Kaiserreich führende Persönlichkeiten – überwiegend christlichen Glaubens – im politischen und kommunalen Leben ihrer Zeit, in Wissenschaft, Kunst und Literatur, Handel und Industrie im *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (VAA) zusammengeschlossen. Zu den Gründungsmitgliedern zählten bürgerlich-liberale Politiker wie Heinrich Rickert (1833-1902), Theodor Barth (1849-1909) oder Georg Gothein (1857-

1 Vgl. zu Ergebnissen entsprechender empirischer Studien: Andreas Pehnke: Frieden zwischen den Religionen. Max Kosler (1882-1966): Sächsischer Brückenbauer für ein harmonisches deutsch-jüdisches Zusammenleben und sein Schicksal in den Diktaturen. Beucha (bei Leipzig) 2009, S. 18.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

1940) und Wissenschaftler wie der Sanskritforscher Albrecht Weber (1825-1901) oder der Astronom Wilhelm Julius Foerster (1832-1921). Ihr Ziel war es, antisemitische Lügen wissenschaftlich fundiert zu widerlegen, antisemitische Demagogen in Wort und Schrift zu demaskieren, aber auch Kenntnisse über das Judentum, seine Geschichte und Religion sowie über die enge Verbundenheit der deutschen Juden mit Deutschland und seiner Kultur zu verbreiten.
Wenngleich seit der Gründungsinitiative für diesen sog. Abwehrverein Christen und Juden eng miteinander kooperierten, so hob man häufig das Engagement der Christen hervor und erwähnte aktive jüdische Mitglieder wie den Fabrikbesitzer Isidor Loewe (1848-1910) oder den Bankier und Philanthropen Charles L. Hallgarten (1838-1908), die de facto das Rückgrat des Vereins darstellten, anfangs namentlich selten, weil der Gründungsaufruf des VAA als Fürsprache von christlichen Deutschen für die Juden formuliert wurde.

Bedauerlicherweise wird selbst bei den in Wissenschaft und/oder im öffentlichen Leben gestandenen Hauptrepräsentanten des VAA deren mutiges Eintreten für die jüdischen Mitbürger zum Beispiel in der aktualisierten zweiten Ausgabe der *Deutschen Biographischen Enzyklopädie* vollständig ignoriert.[2] Während solide Gesamtdarstellungen zum VAA seit mehr als 20 Jahren vorliegen, und auch das deutsche Judentum im Kontext der Liberalismusforschung bearbeitet wurde sowie schließlich das Wirken einzelner Berufsgruppen wie das der evangelischen Theologen innerhalb dieses Abwehrvereins oder regionale Ortsgruppen des VAA wie der in Marburg analysiert wurden,[3] steht eine solche Untersuchung für Vertreter der Pädagogenschaft noch aus.

In einer Anzeige im *Chemnitzer Tageblatt* vom 1. Februar 1891 sind von 469 Erstunterzeichnern des Gründungsaufrufes für den VAA 25 Pädagogen ausgewiesen, zumeist Schulleiter höherer Schulen. Auch der Berliner Schulrefor-

2 So findet sich in den entsprechenden Bänden der seit 2005 in München herausgegebenen zweiten Ausgabe der *Deutschen Biographischen Enzyklopädie* bei den o.g. Gründungspersönlichkeiten des VAA nicht ein Hinweis auf deren Engagement für den christlich-jüdischen Dialog.

3 Vgl. Barbara Suchy: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I): From its Beginnings to the First World War. In: Year Book of the Leo Baeck Institute 28 (1983), S. 205-239. – (II): From the First World War to its Dissolution in 1933. In: Ebd. 30 (1985), S. 67-103. – Werner Fritsch: VAA (Abwehrverein) 1890-1933. In: Dieter Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Bd. 4. Köln 1986, S. 375-378. – Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Das deutsche Judentum und der Liberalismus; German Jewry and Liberalism. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute London. Sankt Augustin 1986. – Auguste Zeiß-Horbach: Der VAA. Zum Verhältnis von Protestantismus und Judentum im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Leipzig 2008. – Gottfried Mehnert: Der VAA in Marburg (1891/92). In: Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte 108 (2003), S. 215-230.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mer Johannes Tews (1860-1937) zählt zu den Gründungsmitgliedern des VAA, was in der pädagogischen Historiografie bislang gänzlich unterschlagen wurde. Der in Pommern geborene und dort zum Volksschullehrer ausgebildete Tews warb nach seinem Wechsel 1881 nach Berlin in zahlreichen Veröffentlichungen für eine Demokratisierung des Bildungssystems, den Abbau klassenbezogener Bildungsprivilegien, eine Verbesserung der Lehrerausbildung und einen Auf- und Ausbau einer nachschulischen Volksbildung. Tews war über enge Kontakte mit Rickert, dem späteren Gründungsvorsitzenden des VAA, 1889 in Verbindung mit dessen *Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung* gekommen und wurde zwei Jahre später Generalsekretär und zugleich Redakteur ihrer Zeitschrift *Der Bildungsverein* (seit 1904 *Volksbildung*). Hauptamtlicher Geschäftsführer dieser Vereinigung war Tews von 1904-33 und avancierte zudem als schulpolitischer Repräsentant des *Deutschen Lehrervereins* zu einem entschiedenen Vorkämpfer für die Einheitsschule als einer Simultan- oder Gemeinschaftsschule für alle Schüler aller Bekenntnisse und Weltanschauungen, wie es vor allem die bildungspolitischen Sprecher der DDP am Beginn der ersten deutschen Republik forderten und damit besonders in der Volksschullehrerbewegung großen Anklang fanden.[4] Aus Anlass seines 70. Geburtstages erhielt der Liberale Tews im Juni 1930 die Ehrendoktorwürde der Greifswalder Universität. Die Initiative für diese Ehrenpromotion ging vor allem vom Philologen Konrat Ziegler (1884-1974) aus, der als 327. Rektor der 1456 gegründeten Greifswalder Universität auf der Jahreshauptversammlung des VAA im April 1929 in Dortmund in den Vorstand gewählt worden war.[5]

Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes für den VAA gehörte ebenso der liberale Leipziger Professor für Kulturgeschichte Karl Biedermann (1812-1901), der gewissermaßen am Ende seines Lebens mit dem VAA seine Initiative zur Gründung von Anti-Antisemitismus-Organisationen wiederbelebt sah und sie noch selbst im hohen Alter aktiv fördern konnte. Biedermann, der mit seiner 1852 in Leipzig herausgegebenen Schrift *Erziehung zur Arbeit* (nach

4 Vgl. u.a. Johannes Tews: Deutsche Einheitsschule – Freie Bahn jedem Tüchtigen [1916], hg. mit einem Nachwort von Karl Düsseldorf. Heinsberg 2001 sowie Bericht über die Verhandlungen des 2. ordentlichen Parteitages der DDP, abgehalten in Nürnberg, 11. bis 14. Dezember 1920. Berlin o.J., Anlage 3.

5 Ziegler wurde nach der Machtübernahme der Nazis sogleich aus politischen Gründen entlassen und erhielt Schreibverbot. Weil er vielen bedrängten Juden half, wurde er 1939 wegen der Unterstützung jüdischer Freunde bei der illegalen Auswanderung und Devisenvergehen zu einer eineinhalbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. – Dem 80jährigen Z. sollte 1964 das Bundesverdienstkreuz verliehen werden, doch weil vor ihm Adenauers Staatssekretär Hans Globke (1898-1973), Verfasser des Kommentars zu den *Nürnberger Gesetzen,* diese Auszeichnung erhalten hatte, lehnte Z. ab. Als *Gerechter unter den Völkern* wurde Z. im Juni 2001 von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem für die Hilfe und den Schutz, den er jüdischen Menschen während der Zeit des Naziregimes geboten hatte, posthum geehrt: UA der Uni Greifswald, PA 196 sowie B. Kratz-Ritter: Konrat F. Ziegler. Ein Göttinger »Gerechter unter den Völkern«. Göttingen 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

30 Jahren in überarbeiteter Auflage unter dem Titel *Erziehung durch Arbeit* publiziert) als theoretischer Kopf der internationalen Knabenhandfertigkeitsbewegung in die Bildungsgeschichte eingegangen ist, hatte bereits Anfang 1844 mit seinem *Leipziger christlich-jüdischen Emanzipationsverein* einen historischen Vorläufer im Kampf für die Gleichberechtigung deutscher Mitbürger jüdischen Glaubens gegründet. Dabei wurde Biedermann vor allem durch Julius Fürst (1805-1873) unterstützt, der seit 1840 als Dozent für talmudische Sprachen und Literatur als einziger Jude an der Universität Leipzig lehrte und seit dieser Zeit (bis 1851) die Literaturzeitschrift *Der Orient* herausgab, die 1848/49 als jüdisches Sprachrohr der Revolution eine zentrale Bedeutung erlangte. Die Initiatoren dieses Emanzipationsvereins sahen vor dem Hintergrund der empfundenen Zunahme der Vorurteile und des Hasses gegen die jüdischen Mitbürger entsprechenden Handlungs- und vor allem Aufklärungsbedarf: »Unser Jahrhundert hat seine Judenfeinde und Judenhasser so gut wie die früheren; wo sonst das Schwert wütete, da würgt jetzt die Feder. Früher tauchte man das Eisen in das Blut des Feindes; seitdem Humanität Fortschritte macht, begnügt man sich, Samen des Hasses und des Vorurteils auszustreuen, den Boden mit Falschheit und Verleumdung zu düngen und trotz aller Aufklärung unserer Zeit reift der geistige Same zur Frucht und pflanzt sich fort – bis er einst überall licht werden wird«, resümiert Louis Simon (1844)[6] in der ersten öffentlichen Resonanz auf die Leipziger Vereinsgründung in dem in Hamburg herausgegebenen und von Karl Gutzkow redigierten *Telegraph für Deutschland.* Der Emanzipationsverein, »an dessen Spitze nicht Juden, sondern Christen stehen, an dem nicht Juden oder Christen, sondern das Volk Anteil nehmen wird […], ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit«, lobt Simon und konstatiert an gleicher Stelle weiter: »Der Zweck dieses Vereins ist, für die Freiwerdung der Juden durch Wort, Schrift und Tat zu wirken; es soll ein Verein werden für Deutschland, aber sein Segen wird über die deutschen Grenzen hinausgehen, er soll ein einstimmiges Organ werden für ein ganzes Volk und solche Stimme ist zu mächtig, als dass sie ohne Erhörung verhallen könnte.«

In der historischen Forschung ist über diesen Emanzipationsverein bislang wenig bekannt. Michael Schäbitz schätzt ein, dass der Verein nicht über die formale Gründung wesentlich hinausgekommen zu sein scheint.[7] Zu einem anderen Ergebnis gelangte Simone Lässig, denn sie unterstrich vor dem Hintergrund dieser Vereinsgründung, dass ein Teil des christlichen Bürgertums

6 Louis Simon: Der Emanzipations-Verein. In: *Telegraph für Deutschland,* Nr. 40/1844 (März), S. 158/159, hier 158. – Ich habe die Quelle nach aktuellen Schreibregeln zitiert. – Dieses Zitat übernahm auch Alphonse Levy: Geschichte der Juden in Sachsen. Berlin 1900, S. 92f.

7 Michael Schäbitz: Juden in Sachsen – jüdisches Sachsen? Emanzipation, Akkulturation und Integration 1700-1914. Hannover 2006, S.181.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die Gleichstellung der Juden nun tatsächlich als originären Teil der *eigenen* Emanzipation begriff: »Dass dies zugleich ein tragfähiges Fundament für die Ausprägung von ähnlichen Deutungscodes und Handlungsmustern in dezidiert politischen Fragen, also in der Ausformung einer konfessionsübergreifenden verbindenden politischen Bürgerlichkeit gewesen sein dürfte, zeigt sich dann auch in Leipzig bei den Wahlen der Revolutionsjahre. Obwohl die Gesetzgebung selbst in der Revolutionszeit noch rückständig und die Zahl der ansässigen Juden verschwindend gering war, entsandte das Leipziger Bürgertum mit Julius Fürst einen jüdischen Vertreter ins Frankfurter Vorparlament, zu dem Ende März auch neun weitere Juden aus Deutschland und Österreich eingeladen wurden.«[8]

Dessen ungeachtet hätte es vor allem Karl Biedermann als Gründer des Emanzipationsvereins verdient, nicht nur als Nestor eines modernen Arbeitsunterrichts in der Geschichtsschreibung im Allgemeinen wie in der Bildungsgeschichte im Besonderen gewürdigt zu werden.[9] Die Aufgabenstellung und der interessanterweise von Beginn an überregional, ja sogar international definierte Anspruch des Leipziger Emanzipationsvereins stehen selbst in bildungshistorischen Traditionen – beispielsweise wurde die religiöse Toleranz bereits seit 1758 zum wichtigsten Erziehungsziel für den Philanthropen Johann Bernhard Basedow (1724-1790), der zudem die damit einhergehenden gesellschaftlichen Vorteile einer konfessionellen Vielfalt betonte,[10] – und sie können des Weiteren als annähernd deckungsgleich mit dem 46 Jahre später in Berlin gegründeten VAA gelten.

Als Gothein 1909 die Leitung des VAA bis 1933 (!) übernahm, wurde auch Frauen die Mitgliedschaft ermöglicht. So konnte beispielsweise Gertrud Bäumer (1873-1954) am 16. November 1919 in den Reichsausschuss des VAA gewählt werden.[11] Die liberale Reichstagsabgeordnete Bäumer war somit die erste Frau in einer Führungsposition im Abwehrverein, bevor sie auch 1920-33 als erste Frau Ministerialrätin in der kulturpolitischen Abteilung des

8 Simone Lässig: Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert. Göttingen 2004, S. 89f.

9 So findet weder Biedermanns frühe Initiative für die Etablierung des Emanzipationsvereins noch sein späteres Engagement im VAA bei Siemann oder bei Skiera eine Erwähnung: Vgl. Wolfram Siemann: Friedrich Karl Biedermann. In: Manfred Asendorf und Rolf von Bockel (Hg.): Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Stuttgart und Weimar 1997, S. 54-56 oder Ehrenhard Skiera: Reformpädagogik in Geschichte und Gegenwart. Eine kritische Einführung. München und Wien 2003, S. 106f.

10 Vgl. Hanno Schmitt: Pädagogen im Zeitalter der Aufklärung – die Philanthropen. In: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Klassiker der Pädagogik, Bd. 1: Von Erasmus bis Helene Lange. München 2003, S. 119-143, hier S. 125. – Basedows bemerkenswert frühe Forderungen nach einer bürgerlichen Gleichstellung der Juden wurden beispielsweise durch den Hamburger Hauptpastor Johan Melchior Goeze als »Missgeburten der Hölle« denunziert.

11 Vgl. Angelika Schaser: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. Köln [u.a.] 2000, S. 274.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Reichsinnenministeriums wurde, wo sie sich verstärkt für Reformen der Wohlfahrtspflege einsetzte, aber ebenso für das Unterrichtsfach Staatsbürgerkunde, den reformpädagogischen Arbeitsunterricht, die Landerziehungsheime, Versuchsschulen und das Unterrichtswesen im Ausland zuständig war. Sie war bereits im Juni 1920 bei der Reichsschulkonferenz federführend tätig.

Während im Publikationsorgan des VAA, *Mitteilungen* (seit 1925 *Abwehrblätter*), in der Zeit des Wilhelminischen Kaiserreiches lediglich über antisemitische Tendenzen in unterschiedlichen pädagogischen Handlungsräumen wie in den Volksschulen,[12] höheren Schulen,[13] in der Schulaufsicht,[14] in Privatschulen wie den Landerziehungsheimgründungen von Hermann Lietz (1868-1919)[15] oder in Strömungen der Jugendbewegung[16] berichtet wurde, galt es in der Weimarer Republik, innerhalb dieser Handlungsfelder selbst unmittelbar zum Schutze von Wahrheit, Gerechtigkeit, religiöser und sozialer Ethik sowie zur Abwehr der kulturschändenden Attacken des Judenhasses und der Judenhetze aktiv zu wirken. Beispielsweise gelang es dem linksliberalen Dresdner Volksschullehrer Max Kosler (1882-1966), Reichsausschussmitglied im VAA, Redaktionsmitglied der vereinseigenen Zeitschrift und Gründungsvorsitzender der 1920 gebildeten Dresdner Ortsgruppe, die Jugendarbeit im VAA zu forcieren. Auf der Hauptversammlung des VAA 1921 in Hamburg forderte Kosler die Verbandsmitglieder dazu auf, dafür Sorge zu tragen, »dass Ihre politischen Parteien zu einem klaren Bekenntnis

12 Der Antisemitismus in der Schule. In: *Mitteilungen* 22 (1912) 24, S. 195. – Vgl. auch zu parallelen Initiativen im 1893 gegründeten *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (CV): Schule und Antisemitismus. In: *CV-Zeitung* 3 (1924) 12 und das Themenheft: Jüdische Kinder in der Schule. In: Ebd. 10 (1932) 52.

13 Antisemitismus an höheren Schulen. In: *Mitteilungen* 29 (1919) 5 & 8, S. 39/40 & 63/64.

14 Als ein Paradebeispiel dafür kann der Widerstand gegen Kurt Löwensteins (1885-1939) Berufung zum Oberstadtschulrat von Berlin gelten. L. war prominenter Erziehungswissenschaftler. Nach der ersten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der neugeschaffenen Gemeinde Groß-Berlin für das Amt des Oberstadtschulrats designiert, war er mit den Stimmen der Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten, die die absolute Mehrheit im Stadtparlament errungen hatten, im September 1920 gewählt worden, sah sich indessen einer von bürgerlichen Rechtsparteien und den christlichen Elternbünden entfesselten monatelangen Kampagne ausgesetzt. Sie gipfelte in den Anwürfen, er sei als Jude wie als Dissident in dem Amt des gesamtverantwortlichen Schulmannes der Reichshauptstadt untragbar; außerdem habe er keine Erfahrungen im öffentlichen Schuldienst. Die Folge war, dass der Oberpräsident der Provinz Brandenburg dem 35jährigen Erziehungspolitiker, der zugleich Reichstagsabgeordneter war, die Bestätigung als Oberstadtschulrat versagte. L. wirkte dann von 1921-33 als Stadtrat für Volksbildung in dem Reformpädagogik-Zentrum Berlin-Neukölln. – Vgl. dazu die Analyse des VAA, der freilich aus seiner Sympathie für den jüdischen Erziehungstheoretiker keinen Hehl machte, ihn aber dennoch wegen seiner schulpraktischen Unerfahrenheit als ungeeigneten Kandidaten für das avisierte Amt ansah: *Mitteilungen* 30 (1920) 18, S. 116/117.

15 Deutsche Landerziehungsheime und Antisemitismus. In: *Mitteilungen* 23 (1913) 14, S. 111.

16 Vgl. sowohl Antisemitische Strömungen in der Jugendbewegung. In: *Mitteilungen* 23 (1913) 25, S. 197-200 und Der Antisemitismus in der Jugendbewegung – Ein ernsthaftes Erziehungsproblem. In: Ebd., S. 200-202 – als auch Aus der Wandervogelbewegung. In: *Mitteilungen* 27 (1917) 3, S. 23/24.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gegen den Antisemitismus kommen und dieses Bekenntnis in der Öffentlichkeit bekannt geben«.[17] Kosler ging mit gutem Beispiel voran, konnte er doch im selben Jahr folgende Resolution auf dem Parteitag der DDP einstimmig zur Verabschiedung bringen: »Wenn wir aufbauen wollen, dann muss die Schule erst einmal wieder auf eine ruhige Basis gestellt werden. Die Schule ist ein Politikum geworden. Die Politik aber muss heraus aus der Schule. Der Lehrer darf nicht mit Sowjetstern oder Hakenkreuz herumlaufen. Wir haben in Sachsen fast keine Juden, und doch haben wir hier den ekelhaftesten Antisemitismus in den Schulen. In Dresden wurde erklärt, man könne den anderen Kindern nicht zumuten, neben Judenmädchen zu sitzen. Wir müssen diese moralische Verwilderung beseitigen.« Kosler empfahl unter dem Beifall der Delegierten in seinem Antrag »die Reinigung der Schulen vom politischen Kampf und der Rassen- und Klassenhetze«.[18] 1922 legte er seine Schrift »Deutschlands Jugend rette Deutschlands Zukunft! Zugleich eine Antwort auf die Frage: ›Ist der Jude Schuld?‹« vor. Kosler sollte in seinen späteren Lebensläufen wiederholt herausheben, »dass Walther Rathenau [1867-1922] mir noch bei unserem Zusammensein am Tage vor seinem Tode ein Vorwort zu meiner Broschüre zusagte«.[19]

Max Koslers Argumentationsbroschüre, sein »Appell an den Verstand, das selbstständige Denken und die Kritikfähigkeit der Jugend«[20] erinnert vom religiösen Hintergrund her an das Reformjudentum und an eine Philosophie, die mit dem Begriff des ethischen Monotheismus umschrieben werden kann. Dieser Begriff nimmt auf die ethische Grundtendenz des Judentums Bezug, die in der hebräischen Bibel, dem Alten Testament, mit dem Gedanken der Nächstenliebe (3. Buch Moses, 19,18) ausgedrückt wird. Der Begriff der Nächstenliebe wird dabei verstanden als Liebe zum Anderen, in den ausdrücklich auch der Nichtjude einbezogen ist. Philosophisch ausformuliert hat

17 *Mitteilungen* 31 (1921) 21/22, S. 135f.

18 Bericht über die Verhandlungen des 3. ordentlichen Parteitages der DDP, abgehalten in Bremen vom 12. bis 14. November 1921, Berlin o.J., S. 113. – Etwa ein viertel Jahrhundert zuvor verwies die *Allgemeine Zeitung des Judentums* kurz vor den Reichstagswahlen in ihrer Ausgabe vom 26. Mai 1893 auf den eigentümlichen Umstand, dass der Antisemitismus gerade dort die größten Erfolge zeigte, wo die Juden »nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der Gesamtbevölkerung bilden und schon aus diesem Grund selten Anlass zu Klagen geben«. Diese Diskrepanz zeigte sich besonders im Königreich Sachsen, das zu den deutschen Ländern mit dem niedrigsten Anteil von Juden an der Gesamtbevölkerung zählte. – Folgerichtig musste Felix Goldmann als Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen im CV noch am Ende der Weimarer Republik konstatieren: »In Sachsen gab es nie einen jüdischen Lehrer an öffentlichen Schulen, es gab keinen jüdischen Beamten, keinen jüdischen Abgeordneten und keinen jüdischen Richter.« – Zit. aus Jüdisches Jahrbuch für Sachsen, Ausgabe Dresden, Chemnitz, Plauen 1 (1931/32), S. 47.

19 Vgl. z.B. Max Kosler: Politischer Lebenslauf vom 7. Juli 1947. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bezirkstag & Rat des Bezirkes, VdN-Akten, Nr. 4049, Bl. 34/35. – Vgl. aus Anlass des Mordes an Außenminister Walther Rathenau (24. Juni 1922) den Aufruf des VAA in: *Mitteilungen* 32 (1922) 13/14, Titelseite.

20 Zit. aus Koslers benannter Schrift, vollständiger Wiederabdruck in Pehnke 2009 (wie Anm. 1), S. 138-152, zit. S. 140.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dieses Postulat der jüdische Philosoph Hermann Cohen (1842-1918). Die Aufgabe des Juden wird in der ethischen Einheit der Welt gesehen, nicht in der religiösen Abgrenzung und in der Fokussierung auf die Zeremonialgebote. Die Idee des Messianismus wird im Sinne des Weltfriedens verstanden. Daher wird auch verständlich, dass diese Richtung die Diaspora akzeptiert und der Idee des Zionismus eher reserviert gegenübersteht. Der ethische Monotheismus schließt an die jüdische Aufklärung, die Haskala (vor allem Moses Mendelssohn) und an die mit ihr einhergehende Toleranzidee an. Dies alles kommt in Koslers Veröffentlichung deutlich zum Ausdruck. Die Frage, ob jemand Christ ist oder Jude, ist sekundär gegenüber dem Gebot humanen Handelns.

Der »Kampf um die Jugend« wurde sodann auch zu einem zentralen Schwerpunkt der Hauptversammlung des VAA erklärt, die am 15. Oktober 1922 in Mainz stattfand. Unmittelbar zuvor erschien in den *Mitteilungen* des VAA die Ankündigung für Koslers Argumentationsbroschüre: »›Deutschlands Jugend rette Deutschlands Zukunft!‹ – so apostrophiert Max Kosler, Volksschullehrer in Dresden, unserem Nachwuchs in einem Schriftchen, das er zugleich als eine Antwort auf die Frage ›Ist der Jude schuld?‹ bezeichnet. Mit diesem kleinen Werk kommt der Verfasser, der als Vorsitzender der Dresdner Ortsgruppe unserem Verein nahe steht, tatsächlich einem tief gefühlten Bedürfnisse entgegen, denn gerade die Jugend, die zu einem nicht unbeträchtlichen Teile von gewissenlosen Leuten durch das Gift des Antisemitismus verseucht worden ist, bedarf dringend der Aufklärung, um sie auf den rechten Weg zurückzuführen. In keineswegs trockenem Lehrton werden hier die hauptsächlichsten antisemitischen Lügen und Verdrehungen in objektiver Form dargetan. Diese Sachkenntnis und eine zu Herzen gehende Sprache zeichnen das Werkchen aus, das bei seiner idealen Bestimmung die weitgehende Verbreitung verdient und in großen Mengen an die Schuljugend, Bibliotheken usw. abgegeben werden sollte.«[21] Der 20.000 Exemplare umfassenden ersten Auflage von Koslers Broschüre folgten 1923, im Jahr der Hyper-Inflation, sowie 1924 nochmals zwei weitere unveränderte Auflagen von jeweils 5.000 Stück.

Der Vereinsvorsitzende Gothein unterstrich auf der Mainzer Hauptversammlung, dass die Volksschulen, die höheren Schulen und die Universitäten ganz besonders dazu berufen seien, die Abwehr des Antisemitismus zu unterstützen. Wenngleich schon viele Volksschullehrer diese Arbeit befördern, so gebe es nach Gothein noch eine ganze Anzahl unter ihnen, »die das Gift des Antisemitismus in die jungen Herzen zu träufeln sich nicht scheuen«. Noch schlimmer als an vielen Volksschulen sei es an den Gymnasien. »Was soll man zu einem Gymnasiallehrer sagen«, fragt Gothein, »der den in der

21 *Mitteilungen* 32 (1922) 19, S. 106. – Eine neuerliche Titelanzeige findet sich in ebd., Nr. 22/23 vom 30. November 1922, S. 120.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sekunda sitzenden Schülern den Klassenaufsatz gibt: ›Wie verhalten wir uns gegenüber unseren jüdischen Mitschülern?‹ und der ihnen als Leitmotiv gibt, sie sollen sie zwar nicht verunglimpfen und verspotten, aber sie sollen nicht mit ihnen verkehren.« Jeder, der auf diese Weise den Antisemitismus verbreitet, müsse bekennen: »Ich bin mitschuldig an den furchtbaren Taten, die geschehen sind und die unsere Nation herabdrücken auf die Stufe jener minderwertigen Völker, bei denen Pogrome an der Tagesordnung sind«, mahnte der Vorsitzende des VAA. Und für die Universitäten konstatiert Gothein: »Es gab eine Zeit, wo unsere Burschenschaften die Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Freiheit waren und diesen idealen Gedanken in die Gemüter ihrer Kommilitonen senkten. Heute sind sie Vorkämpfer des Antisemitismus. Heute gehen die Bestimmungen bei manchen Korps, die zu ihren alten Herren unzählige Männer jüdischen Glaubens oder jüdischer Abkunft zählen, dahin, dass sie eine Ahnenprobe verlangen, dass mindestens durch fünf Generationen hindurch kein jüdisches Blut in der Familie vorhanden sei. Der, der Jude ist, oder von gemischblütiger Abkunft, wird damit vom Eintritt in das Korps ausgeschlossen. Ebenso der, welcher ein jüdisches oder farbiges Weib nimmt.« – Mit Ekel und Abscheu müsse man sich von dieser antisemitischen Praxis abwenden. Und mit Bedauern musste Gothein feststellen, »dass die Kultusminister, wenn Beschwerden von uns wegen antisemitischer Betätigung von Schülern und Lehrern an den Schulen und Universitäten usw. vorgebracht worden sind, eine bedauerliche Schlaffheit gezeigt haben, die uns in Erstaunen gesetzt hat. Das war nicht allein bei Unterrichtsministern der Fall, die rechts gerichtet waren oder etwa aus den deutschen Volksparteien hervorgegangen sind, so etwas passierte sogar bei unabhängigen Kultusministern, wenn sie nicht genügend Energie und Verständnis für ihre Stellung haben [...]. Da ist es eben Aufgabe der Öffentlichkeit, dem mit allen Mitteln entgegenzutreten und das an den Pranger zu stellen, was an Ausschreitungen geleistet wird. Ein Lehrer, der sich antisemitisch in der Schule betätigt, der ist kein Erzieher mehr und ist zum Lehrer nicht geeignet. Denn wie kann jemand das Volk erziehen, d.h. es sittlich frei machen, wenn er selbst keine Sittlichkeit hat? Das Ideal von der Gleichberechtigung aller Menschen und aller Mitbürger muss in den Herzen unserer heranwachsenden Jugend Platz greifen, gerade in dieser Zeit der Not, wo alle Kräfte vereint werden müssen zum Wiederaufbau in wirtschaftlicher, in politischer und sittlicher Beziehung. Unsere Jugend muss empfinden, dass wir ein einig Volk von Brüdern sind, dass wir in dieser schweren Zeit keine Kraft entbehren können.«[22]

Über antisemitische Entgleisungen in den deutschen Hochschulen berichtete zuvor bereits das Publikationsorgan des VAA, indem es u.a. auf folgendes »geradezu unerhörtes Stück ›völkischen‹ Irrsinns« an der Technischen Hoch-

22 Zit. n. (einschließlich vorstehender Zitatpassagen) *Mitteilungen* 32 (1922) 22/23, S. 114.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schule in Dresden hinwies: Die dortigen Studenten hatten beschlossen, die Staatsangehörigen fremder Staaten nur zur Immatrikulation zuzulassen, wenn sie durch Ehrenwort bekräftigen, von Vater- und Mutterseite bis zu den Großeltern kein jüdisches Blut in sich zu haben, und dies sei auf Verlangen nachzuweisen. Im Übrigen aber seien die Staatsangehörigen fremder Staaten wie deutsche Staatsangehörige zu betrachten, also eine Beschränkung in der Zahl sollte bei der Zulassung nicht stattfinden. Nicht so bei deutschen Studierenden jüdischer Konfession. Diese können zwar zugelassen werden, jedoch würden sie als einer nationalen Minderheit innerhalb des deutschen Reiches zugehörig angesehen und dürften daher in der Studentenschaft nur zu einem Prozentsatz zugelassen werden, der der reichsweiten Gesamtzahl der Juden entspräche.[23] – Dazu schlussfolgerte der VAA, »dass die deutschen Juden nach der Meinung der Dresdner jugendlichen Patentpatrioten weit hinter den Ausländern rangieren, die – soweit sie Nichtjuden sind – ausdrücklich den inländischen Studenten rechtlich gleichgestellt werden sollen. Dass eine derartige Schildbürgerei ausgerechnet in dem fast judenreinen, altberüchtigten Antisemiten-Dorado Sachsen von dem völkischen Sturmtrupp ›Akademische Jugend‹ verübt wird, kann ja niemanden wundernehmen, der den Geist unserer Hochschulen kennt, aber es wird endlich höchste Zeit, dass die Kultusminister einmal nach dem Rechten sehen und mit eisernem Besen diesen Augiasstall säubern.« Neben den Vorfällen in Rostock und Greifswald, in Gießen und Marburg, Berlin und Karlsruhe beweise dieser Dresdner Beschluss nur zu deutlich, wie wenig die studierende Jugend gewillt sei, den Verfassungssatz der Rechtsgleichheit zu respektieren: »Der Ruhm aber, die Methoden zaristisch-russischer Judenentrechtung noch übertrumpft zu haben, soll der Technischen Hochschule nicht vorenthalten werden. Hat es doch selbst russische Willkür nicht unternommen, russische Juden hinter Ausländern derart zurückzusetzen, wie es die Dresdner völkische Blüte der Nation tun möchte.«[24]

Max Kosler eröffnete auf der Mainzer Hauptversammlung die öffentliche Diskussion mit folgenden Anmerkungen: »Die Jugend bedarf ganz besonders unserer Beachtung. Die Antisemiten versuchen, die Jugend an ihren Wagen zu spannen. Die Jugendbewegung, die vom Antisemitismus entfacht worden ist, wird ganz bestimmt eine Gefahr für unser Vaterland werden, wenn wir nicht allergrößten Eifer der Bekämpfung der Vergiftung unserer Jugend durch den Antisemitismus widmen.« Und besonders seien es die Eltern, die Priester der christlichen Kirchen und die Lehrer, die hauptsächlich geeignet und berufen seien, über dem zu wachen, was die Jugend lese. Deshalb dürften nicht die antisemitischen Schriften eines Theodor Fritsch oder Artur Dinter in die Hände Jugendlicher gelangen. Kosler illustrierte, dass an einem sächsischen

23 Vgl. Über-Holigans. In: Ebd. 30 (1920) 7, S. 55/56, hier S. 55.
24 Ebd., S. 55f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Lehrerseminar ein Lehrer im Religionsunterricht das Buch von Dinter *Die Sünde wider das Blut* (1918) behandelt habe. Dieser Pädagoge sei heute noch Religionslehrer und werde durch den sächsischen USPD-Kultusminister geduldet. Und Kosler gibt schließlich zu bedenken: »Überlegen Sie sich, Seminaristen, zukünftige Volkserzieher werden durch ihren Religionslehrer, der ihnen Autorität ist, mit gemeinsten antisemitischen Schriften versorgt! Wenn wir Deutschland retten wollen, dann müssen wir die Jugend frei machen von diesem Antisemitismus, denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!«[25]

Die sowohl von Gothein als auch von Kosler in Mainz kritisierte Praxis antisemitischer Hetze in pädagogischen Räumen und deren ministerielle Duldung lässt sich an den zwei nachfolgend illustrierten Fallbeispielen aus der basispädagogischen Arbeit Max Koslers als Vorsitzender der Ortsgruppe Dresden des VAA beispielhaft illustrieren:

Judenhetze in den Fortbildungsschulen

Unter dieser Überschrift berichtete die *Unabhängige Volkszeitung* in Dresden (Nr. 98 vom 29. April 1920), dass der Lehrer Walter Kühn[26] seinen Schülern an der III. Fach- und Fortbildungsschule einen Vortrag gehalten habe, in dem er »alle Schuld für unsere heutigen Zustände auf die Juden schob. Das ganze Kapital wäre in Händen der Juden, ganz Deutschland würde von Juden regiert. Die Verhältnisse würden sich erst bessern, wenn sämtliche Juden beseitigt wären. […] Die Beweisführung dieses ›Pädagogen‹ ist köstlich. Jedenfalls in Ermangelung eigener Geistesschärfe kolportierte er den jungen, unaufgeklärten Menschen die Weisheiten eines kürzlich verteilten antisemitischen Flugblattes und plärrte alle Dummheiten wortgetreu nach. Uns kann die Bloßstellung dieser Geistesgröße nur recht sein. Im Interesse der jungen Generation verlangen wir aber, dass Maßnahmen getroffen werden, diesem Herrn das Handwerk der antisemitischen Vergiftung der Schüler zu legen.«

Nachdem sich der Bezirksschulausschuss in seiner 26. Sitzung am 18. August 1920 mit 15 gegen 6 Stimmen für die Versetzung Kühns ausgesprochen hatte, schloss sich dem auch der Rat der Stadt Dresden in seiner Beratung vom 24.

25 Wie Anm. 22, S. 115. – Vgl. in diesem Zusammenhang den nahezu identischen Bericht »Unglaubliche Hetze in der Schule« über antisemitische Entgleisungen aus dem Braunschweigischen Holzminden, der bereits in den *Mitteilungen* 30 (1920) 8, S. 63 veröffentlicht wurde.

26 Der 1888 in Göggendorf Geborene besuchte 1903-09 die Lehrerseminare in Annaberg und Leipzig und war ab 1913 als Volksschul- und seit 1919 als Berufsschullehrer in Dresden angestellt. Von 1922-24 wirkte K. als Stadtverordneter der Deutschnationalen Volkspartei, wurde im Mai 1919 Mitbegründer einer *AG bürgerlich gesinnter Lehrkräfte,* 1921 Vors. des Sächsischen Erzieherbundes, 1924 2. Vors. des *Neuen Sächsischen Lehrervereins,* 1925 zum OL ernannt. – Die Nazis beriefen K. im Oktober 1933 zum Gewerbeschulrat für den Aufsichtsbezirk Leipzig (Stadtarchiv Dresden, 2. 3. 20, Schulamt, PA: K 272).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

September 1920 an. In einem Bericht an das Ministerium vom 25. September 1920 schrieb der Bezirksschulrat, »dass der Lehrer Walter Kühn in seinem Unterricht einen gegen die Juden und gegen die Teilnahme der Juden an der Regierung gerichteten Vortrag eingeflochten hat. Er hat dadurch die im Unterricht an einer öffentlichen Schule erforderliche Unparteilichkeit nicht gewahrt und das Vertrauensverhältnis und damit die erzieherischen Teile seines Unterrichts gestört.« Schließlich betonte der Bezirksschulrat, dass er allerdings der mehrheitlich geforderten Versetzung Kühns nicht zugestimmt habe. Mit Schreiben vom 16. Oktober 1920 betrachtet das Kultusministerium, das in der Phase der MSPD/DDP-Koalitionsregierung vom 6. Oktober 1919 bis 8. Dezember 1920 dem liberalen Reformpädagogen und Bildungspolitiker Richard Seyfert (1862-1940) unterstand, »es nach dem Ergebnisse der Erörterungen als ausreichende Maßnahme, wenn Lehrer Kühn außerhalb des Dienststrafverfahrens auf das Unzulässige seines Verhaltens hingewiesen und vor Wiederholung gewarnt wird. Seiner Versetzung an eine andere Schule zuzustimmen, hält das Ministerium sonach nicht geboten.«[27]

Ausgrenzung jüdischer Schülerinnen an privaten Mädchenschulen

Max Kosler veranlasste in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Dresdner Ortsgruppe des VAA die Familienväter Julius Lichtenstein und Moritz Rappaport, sich im Dezember 1921 schriftlich an ihn zu wenden, um die Praxis der höheren privaten Mädchenschule anzuprangern, die prinzipiell die Aufnahme von jüdischen Schülerinnen verweigerte. Sodann schrieb Kosler folgenden Brief an den USPD-Kultusminister Hermann Fleißner (1865-1939)[28], der in der Phase der sozialistischen Minderheitsregierung vom 9. Dezember 1920 bis 4. Januar 1924 unter Ministerpräsident Wilhelm Buck (1869-1945) dem Kultusministerium vorstand:

27 Stadtarchiv Dresden, Schulamt, 2.3.20: Antisemitismus in der Schule, Nr. 42, Bl. 11 und 14 bis 16.

28 Unter Fleißner avancierte das Kultusministerium zu einer ausgesprochenen Reforminstanz: So wurden u.a. das »Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden«, das »Gesetz über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes« und das »Gesetz über die Ausbildung der Volksschullehrer« auf den Weg gebracht. Letzteres regelte die Ausbildung der Volksschullehrer an den Universitäten, nicht mehr wie bisher am Seminar. Als »größte kulturelle Tat der sozialdemokratischen Regierung« feierten beide Fraktionen (SPD und USPD) das im Jahre 1922 beschlossene »Schulbedarfsgesetz«, das die Weiterführung des bereits bestehenden »Übergangsgesetzes« u.a. den unentgeltlichen Unterricht für die achtjährige Schulzeit, die Herabsetzung der Schülerzahl in den Schulklassen, die Erhöhung der Schulstundenzahl, eine Aufstockung des Lehrerpersonals, die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl für Lehrer und zuletzt auch die Abschaffung der körperlichen Züchtigung beinhaltete. Die beabsichtigte Reform des höheren Schulwesens (Einheitsschule) gelang Fleißner infolge der im Oktober 1923 vorgenommenen Reichsexekution und der damit verbundenen politischen Wende in Sachsen nicht mehr (vgl. Burkhard Poste: Schulreform in Sachsen 1918-1923. Eine vergessene Tradition deutscher Schulgeschichte. Frankfurt am Main [u.a.] 1993, S. 61 ff.).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Sehr geehrter Herr Minister! – Sie hatten die Güte, mir in der am 5. Dezember [1921] stattgehabten Unterredung die Zusendung beifolgender zwei Eingaben an Sie persönlich zu gestatten und sicherten mir zu, die Beschwerden nach Kenntnisnahme selbst an die amtlichen Zwischenstellen zur sachlichen und beschleunigten Erledigung zurückzugeben. – Außer den beiden zur Beschwerde kommenden Fällen sind mir noch mehrere gleicher Art bekannt. Nach meiner Ansicht handeln die Privatschulleiterinnen direkt gegen den klaren Willen der Verfassung. Ich habe die beiden Herren Beschwerdeführer zur Überreichung ihrer Eingaben durch mich veranlasst, um noch einmal Gelegenheit nehmen zu können, Herrn Minister um ein energisches Vorgehen gegen den immer mehr im Zunehmen begriffenen antisemitischen Unfug an den Schulen – leider auch an den Volksschulen – zu bitten.
Eine Verordnung gegen den Hakenkreuzunfug oder gar die Bekanntgabe einer solchen in den Schulen habe ich tatsächlich nicht feststellen können; im Gegenteil wird das Hakenkreuz in allen Schulgattungen von Lehrern und Schülern noch immer demonstrativ getragen. Deshalb werden die hinter mir stehenden Volkskreise für das mir am 5. Dezember in Aussicht gestellte Verbot besonders dankbar sein. – Ich hoffe, mit dem wiederholten Vortragen dieser Angelegenheit nicht lästig geworden zu sein und bin mit größter Hochachtung.«[29]
Die ministerielle Antwort wurde am 7. März 1922 verfasst und geht in bezeichnender Weise gar nicht auf das von Kosler initiierte und erhoffte Verbot von Nazisymbolen in öffentlichen Bildungseinrichtungen ein: »Aus den Berichten der Inhaberinnen der in Frage stehenden Privatschulen ergibt sich, dass von ihnen die Aufnahme jüdischer Schülerinnen – teils grundsätzlich, teils in einzelnen Fällen – abgelehnt worden ist. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften kann jedoch ein solches Verhalten nicht beanstandet werden. Weder im Volksschulgesetz vom 26. April 1873, noch im Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 findet sich eine Bestimmung, auf Grund deren Inhaber privater Volksschulen gezwungen werden könnten, Angehörige jedes Bekenntnisses aufzunehmen. Dem gemäß ist auch bei Genehmigung der in Frage stehenden Schulen den Inhabern keine solche Verpflichtung auferlegt worden. Die Aufnahme und Entlassung der Schüler in Privatschulen beruht auf einem rein privatrechtlichen Vertragsverhältnis, über das somit den Schulinhabern die freie Verfügung zusteht. Bei dieser Rechtslage ist das Ministerium nicht in der Lage, einen Zwang in der Richtung auszuüben, dass Kinder bestimmter Bekenntnisse in diese Schulen – die überdies eine Unterstützung aus Staatsmitteln nicht erhalten – aufgenommen werden.«[30]

29 Wie Anm. 27, Nr. 42, Bl. 20 bis 31, hier Bl. 21b.
30 Ebd., Bl. 30.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Immer stärker rückte der VAA in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre den Kampf gegen die nationalsozialistischen Rassentheorien, der gefährlichsten Form des Antisemitismus, in den Vordergrund. Hatte Kosler bereits seit Anfang seiner politischen Aktivitäten zu Beginn der Weimarer Republik sein Hauptaugenmerk auch auf die sogenannten Hakenkreuzeleien gerichtet, so wurde die Auseinandersetzung mit Hitlers *Mein Kampf* und den judenfeindlichen Aktivitäten der NSDAP im Publikationsorgan des VAA seit 1925 geführt.[31] Den dabei vollzogenen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess von zunächst vage formulierten Protesten und zum Teil verharmlosender Kritik bis hin zur entschiedenen Auseinandersetzung hat Barbara Suchy analysiert.[32]

Fragt man in diesem Zusammenhang danach, was den VAA privilegiert, auch in die Bildungsgeschichte einzugehen, dann zählt dazu beispielsweise, Lehrmaterial bereitgestellt zu haben, »in dem die Notwendigkeit dargetan ist, dem rechts-, sitten- und kulturwidrigen Antisemitismus bereits durch entsprechende vorbeugende Einwirkung auf die heranwachsende Jugend zu begegnen«.[33] In diesem Zusammenhang wurde zuvörderst das Lehrbuch *Erziehende Rechtskunde – Handbuch zum Lehrstoff für Volks-, Mittel- und höhere Schulen* empfohlen, das durch den Berliner Rektor Eichhoff und den Rechtsanwalt Baer herausgegeben wurde. Die Redaktion der *Abwehrblätter* veröffentlichte aus diesem Buch beispielgebend die vollständige Unterrichtslektion zum Thema »Grabmalschändungen auf einem jüdischen Friedhof durch christliche Volksschüler«.[34] Des Weiteren initiierte der VAA selbst Forschungsarbeiten wie die von Bruno Altmann, der den enormen Anteil jüdischer Persönlichkeiten an der Etablierung der Erziehungswissenschaft in Geschichte und Gegenwart analysierte, indem er u.a. die Impulse des Breslauer Arztes Hermann Cohn (1838-1906) für die Schulgesundheitspflege, die Leistungen von William Stern (1871-1938) für die Experimentelle Pädagogik und Psychologie oder die individualpsychologischen Forschungen von Alfred Adler (1870-1937) und Siegmund Freud (1856-1939) in ihrer Bedeutung für die Pädagogik herausstellte.[35]

Als Ende der 1920er Jahre die nationalistische Gefahr im Lande immer stärker wurde und der Abbau der Weimarer Demokratie stürmisch voranschritt, forcierten die Mitglieder des VAA vor allem mittels ihrer *Abwehrblätter* und ihrer vereinseigenen Agitationsbroschüren den publizistisch geführten Kampf gegen die nazistische Rassenlehre, gegen Provokationen der NSDAP, gegen NS-Politik im Allgemeinen und ihren Rassenwahn im Besonderen. Des Wei-

31 Vgl. *Abwehrblätter* 35 (1925) 19/20, S. 96ff. und 37 (1927) 3/4, S. 17f.
32 Siehe Anm. 3.
33 *Abwehrblätter* 40 (1930) 4, S. 38-40, zit. S. 38.
34 Ebd., S. 39f.
35 Vgl. Bruno Altmann: Juden in der Pädagogik. In: Ebd. 42 (1932) 3, S. 39-43.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

teren wurden reichsweit Massenversammlungen organisiert, auf denen auch Pädagogen wie Max Kosler oder Leberecht Schulze, langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Dresdner Ortsvereins im VAA[36], u.a. in Hamburg, Stettin, Halle/Saale, Mainz und Wiesbaden als Redner für ein harmonisches deutsch-jüdisches Zusammenleben warben.
Bei der Reichstagswahl 1930 gab der VAA die Losung aus »Keine Stimme der NSDAP!« und erklärte, wer diese Partei wähle, mache sich mitschuldig, wenn Deutschland »in den Bürgerkrieg, in das Chaos, in den Untergang als Volk und Staat geführt wird«.[37] Den Wahlerfolg der Nazipartei betrachtete er als »ernstes Warnungszeichen«, das zu »verdoppelter Hingabe an der Sache der Humanität« verpflichte und »mit gesteigerter Aufklärungsarbeit« beantwortet werden müsse.[38] Der VAA, der auf dem Höhepunkt seines Kampfes gegen den Antisemitismus nochmals die Effizienz seiner Arbeit durch eine Erhöhung der Auflage seiner *Abwehrblätter* auf 25.000 Exemplare steigern konnte, prangerte wiederholt die Friedhofs- und Synagogenschändungen sowie pogromartige Ausschreitungen der Nazis gegen jüdische Staatsbürger an und wies auf die den Juden nach Errichtung eines nationalsozialistischen Regimes drohenden Gefahren hin.[39]

Ausgerechnet in dieser Atmosphäre musste der Verein sein 40jähriges Vereinsjubiläum begehen: »Die Tatsache seines vierzigjährigen Bestehens kann aber nicht Anlass bieten zu festlicher Jubiläumsfeier. Ein kulturpolitischer Kampfbund wie der Abwehrverein hätte erst an dem Tage Recht und Möglichkeit zu freudigem Jubel, an dem seine Aufgabe erfüllt, er selbst also überflüssig geworden wäre, weil die Kulturschande, gegen die seine Front gerichtet ist, zu bestehen aufgehört hätte. Dieser Tag scheint aber heute ferner zu sein als jemals in den letzten vier Dezennien. Niemals in diesem Zeitraum […] erschien seine Existenz notwendiger, der Kreis seiner Pflichten und Aufgaben größer als heute.«[40]
Geleitworte zum 40jährigen Bestehen des Abwehrvereins wurden Anfang 1931 von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den *Abwehrblättern* publiziert. Stellvertretend sei an dieser Stelle auf Siegfried Kawerau (1886-1936), dem Mitbegründer und Schriftführer des *Bundes Entschiedener Schulreformer* (BES) und vor allem leidenschaftlichen Streiter für die Beseitigung von Feindbildern im Allgemeinen sowie denen in Geschichts-

36 Über Koslers DDP-Parteifreund, den Dresdner Berufsschullehrer Leberecht Schulze, geboren am 12. September 1890 in Dresden, der 1911 das Lehrerseminar in Dresden-Strehlen absolviert hatte, konnten bislang noch keine weiteren biografischen Angaben ermittelt werden.
37 Im Dritten Reich (Flugblatt). In: *Abwehrblätter* 40 (1930) 8/9, Beilage.
38 Ebd. 40 (1930) 10, S. 132.
39 Vgl. ebd. 41 (1931) 7, S. 177/178 und Nr. 8/9, S. 218ff. sowie 42 (1932) 4/5, S. 67f.
40 Max Heilgemayr: Vierzig Jahre. In: Ebd. 41 (1931) 1/2, S. 1-8, hier S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lehrbüchern im Besonderen, verwiesen.[41] Er betonte: »Dass die Arbeit des ›Vereins zur Abwehr des Antisemitismus‹ heute noch notwendig, nach vierzigjähriger Tätigkeit noch so notwendig ist, ist eins der traurigen Symptome unserer dunklen Zeit. Aber schließlich muss ja auch die Reblaus oder die Rattenplage oder das Malaria-Fieber durch organisatorische Maßnahmen bekämpft werden. Mein herzlichster Wunsch ist der, dass Ihr Verein überflüssig werde. Und vielleicht ist das ein Unterpfand kommender besserer Zeiten, dass ein Ausschuss aus Vertretern des Stockholmer Kongresses für praktisches Christentum und des Weltfreundschaftsbundes der Kirchen am 23. August 1926 ein Programm zur Revision der Geschichtsbücher angenommen hat, dessen dritter Punkt lautet: ›Vermeidung aller generalisierenden Werturteile (besonders der Diffamierung ganzer Völker und Rassen).‹ Dies Programm liegt der Erneuerungsarbeit auf dem Gebiet des Geschichtsunterrichts bei den meisten Kulturvölkern zu Grunde. Mit dieser Reinigung unseres Denkens und Urteilens muss Hand in Hand gehen eine Läuterung unseres Willens. Es ist nur ein Zeichen von Art- und Lebensschwäche, von Flucht vor Verantwortung und Feigheit, wenn man sich selber unverdrossen seine edle Abstammung und Blutreinheit bescheinigt, sich immerzu daran erinnern muss, dass man ein Deutscher ist; wenn man von den Beilsiegen der arischen Lichtvölker träumt und im ›Juden‹ den Sündenbock (im Grunde fürs eigene Versagen) gefunden zu haben meint. Anstatt zu sagen: mea culpa, mea maxima culpa. Anstatt zu handeln unter gemeinsamem Schicksal an gemeinsamer Aufgabe. Mit Ihnen ist die Gemeinschaft aller anständigen Menschen.«[42]

Auch der namhafte Repräsentant der deutschen Reformpädagogik-Entwicklung Georg Kerschensteiner (1854-1932), der seit 1895 an der Spitze des Münchener Schulwesens stand, 1912 für die Fortschrittliche Volkspartei in den Reichstag gewählt wurde und sich seit 1918 als Universitätsprofessor u.a. für die Arbeitsschulbewegung engagierte, meldete sich in den *Abwehrblättern* unter der Rubrik »Bayerische Stimmen gegen den Judenhass« wie folgt zu Wort: »Ich erkläre den Antisemitismus als eine unsittliche Stellungnahme gegenüber Mitmenschen und insbesondere Mitbürgern. Wer immer eine Klasse oder Rasse allgemein der sittlichen Minderwertigkeit bezichtigt, begeht ein Unrecht, denn keine Rasse, keine Klasse ist in allen ihren Gliedern

41 Der promovierte Berliner Oberstudiendirektor redigierte die Zeitschrift *Die Neue Erziehung,* nachdem der BES diese vom Verband sozialistischer Lehrer übernommen hatte. K. veröffentlichte 1921 seine vielbeachtete *Soziologische Pädagogik* (Leipzig ^{2}1924) und war seit 1927 als Schulleiter an verschiedenen höheren Schulen in Berlin tätig. 1933 wurde er aus dem Schuldienst entlassen und zeitweise inhaftiert, dabei mehrfach schwer misshandelt. 1936 starb er – erst 50jährig – an Lungenkrebs. Vgl. Kaweraus Autobiografie: *Selbstbildnis* (Leipzig 1928).

42 Antisemitismus und Abwehr. Geleitworte zum vierzigjährigen Bestehen des Abwehrvereins. In: *Abwehrblätter* 41 (1931) 1/2, S. 12ff., hier zit. S. 30f. – Siehe auch die Würdigung »Vierzig Jahre VAA« in: *Ethische Kultur: Wochenschrift zur Verbreitung ethischer Bestrebungen* 39 (1931) 3, S. 20/21.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

durchweg gut oder durchweg schlecht. Die ungeheure Gefahr, die in einer solchen Haltung liegt, besteht darin, dass sie die Menschen der Gerechtigkeit entwöhnt. Die Gerechtigkeit gegen jeden Einzelnen ist aber allein die Grundlage eines gesunden Gemeinschaftslebens.«[43]

Zu einem Höhepunkt der Abwehrarbeit avancierte die letzte Jahreshauptversammlung des VAA, die – nicht zuletzt durch die Bemühungen der Dresdner Mitglieder des Reichsausschusses um den demokratischen Oberbürgermeister Wilhelm Külz (1875-1948) und Max Kosler – am 23. Juni 1932 im Dresdner *Belvedere* stattfand. Die vornehme Sachlichkeit der historischen Feststellungen, die prägnante Herausarbeitung der kulturpolitischen Gegenwartssituation und Zukunftsaufgabe sowie die klare Entwicklung der christlichen Grundsätze gegenüber den antisemitischen Theorien und Postulaten wurde – wie es in den historischen Konferenzberichten heißt – mit stürmischem Beifall bedacht. Die Veranstaltung wurde aber zugleich von lärmenden Zwischenrufen einer Gruppe von Antisemiten gestört, die ihre Zugehörigkeit zur NSDAP mit großem Stimmaufwand deutlich machten.[44]

Grundlegend für den VAA waren stets die liberalen Werte wie Freiheit des Gewissens für jede religiöse, politische oder wissenschaftliche Überzeugung des Einzelnen sowie gleiche Rechte und Pflichten für jeden Staatsbürger unabhängig von der Konfession. Diese Grundsätze standen, wie Auguste Zeiß-Horbach analysierte,[45] so hoch, dass sie auch gegenüber den Antisemiten angewandt wurden. Während die Antisemiten ihre totale Parteinahme gegen die Juden in wüsten Beschuldigungen ausspielten, zeigten die Mitglieder des VAA die ehrenwerte Haltung, auch andere Meinungen gelten zu lassen, verlangten gar von betroffenen Juden Toleranz gegenüber denen, die ihnen selbst keinerlei Toleranz entgegenbrachten. Mit dieser Haltung ging der Verein an der Realität vorbei. Er erwartete im Sinne des Menschenbildes der Aufklärung, dass eine vernünftige Argumentation und die Vorbildfunktion gebildeter und bekannter Persönlichkeiten die Menschen von irrigen Meinungen abbrächten. Der VAA vertraute auf die Wirkung der Aufklärung gegen den irrationalen Judenhass. Den Mitgliedern des Abwehrvereins wurde zunehmend deutlich, dass für die Bevölkerungsmehrheit solche Argumente nicht zugänglich waren. Selbst Gebildete, für die das Aufklärungsmaterial gedacht war, ließen sich von der antisemitischen Bewegung in ihren Bann ziehen. Im Verein wurde die Ineffektivität seiner rationalen Argumentations-

43 *Abwehrblätter* 40 (1930) 6/7, S. 85.
44 Vgl. Die antisemitische Gefahr. Bericht über die Dresdner Tagung des Abwehrvereins. In: *Abwehrblätter* 41 (1931) 7, S. 145-167.
45 Zeiß-Horbach 2008 (wie Anm. 3), S. 54f., 84.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

weise zunehmend erkannt, er sah sich aber außerstande, etwas anderes an seine Stelle zu setzen.

Nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur musste der VAA seine Tätigkeit einstellen. Das letzte Heft der *Abwehrblätter* erschien in reduzierter Auflage von 20.000 Exemplaren im März 1933. In ihm wurde gegen die verstärkt einsetzende antisemitische Hetze und die beginnende Judenverfolgung scharf Stellung genommen.[46] Gothein trat am 2. April 1933 als Vorsitzender des VAA zurück. Heinrich Krone (1895-1989) koordinierte sodann sowohl die Auflösung seiner Zentrumspartei als auch die des VAA für den 7. Juli 1933, nachdem zahlreiche Mitglieder aus berechtigter Angst vor den Nazis ausgetreten waren, Räumlichkeiten des VAA durchsucht und Material und Spendengelder beschlagnahmt wurden. Einen Restbetrag von 1.000 RM konnte der Abwehrverein noch gerade rechtzeitig an jüdische Gemeinden in Berlin und Frankfurt am Main verteilen.

Prominente Hauptrepräsentanten des VAA wie Max Kosler oder der Leipziger Historiker Walter Götz (1867-1958)[47] wurden noch vor dem berüchtigten »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« (GWB) vom 7. April 1933 aus politischen Gründen aus dem Öffentlichen Dienst entfernt. Andere Gegner des Antisemitismus wie der liberale Reichstagsabgeordnete Heinrich Landahl (1895-1971) zählten sogleich zu jenen Pädagogen, die umgehend mittels dieses Gesetzes gemaßregelt wurden.[48]

46 Vgl. *Abwehrblätter* 43 (1933) 3. – Vgl. auch Rainer Erkens und Horst R. Sassin: Dokumente zur Geschichte des Liberalismus in Deutschland 1930-1945. Sankt Augustin 1989, S. 265-269, 295-299 und 319/320.

47 Götz war 1920-28 als Mitglied der DDP Abgeordneter im Reichstag. Er hatte noch auf der letzten Jahrestagung des VAA im Juni 1932 in Dresden eines der Hauptreferate zum Thema »Der Antisemitismus im neuen Deutschen Reiche« gehalten. – Vgl. Wolf Volker Weigand: Walter Wilhelm Goetz (1867-1958). Eine biografische Studie über den Historiker, Politiker und Publizisten. Boppard a. Rh. 1992.

48 Landahl verlor 1933 sein 1927 übernommenes Amt als Leiter der berühmten Lichtwarkschule, des einzigen Hamburger Reformgymnasiums. Zur demokratisch-republikanischen Kultur dieser Schule gehörte es, dass hier Antisemitismus und aufkommender Nationalsozialismus bis 1933 keinen Anklang finden konnten. Ein ehemaliger Lichtwarkschüler und nach 1933 aktiver Widerstandskämpfer erinnerte sich in diesem Zusammenhang an folgenden Vorfall am Ende der 1920er Jahre: »Auf einem Sportfest der Hamburger höheren Schulen im *Hammer Park* war der Höhepunkt der 100-Meterlauf der älteren Jungen. Sieger wurde, ich werde den Namen nie vergessen, ein Junge mit Namen Goldschmidt. Ein ungeheures Gepöbel und Geheule der Gymnasiasten setzte ein. Ein Jude war Sportchampion der Saison geworden! Das konnten diese ›Germanen‹ nicht ertragen. Nur aus der Ecke der Lichtwarkschule kam demonstrativer Beifall. Die Gymnasiasten und die Universität waren die ersten Hochburgen der Nazis; ›die Blüte der Nation‹, die späteren Oberbeamten, Offiziere, Richter und Staatsanwälte!« Vgl. Hellmut Kalbitzer: Widerstehen oder Mitmachen. Eigensinnige Ansichten und sehr persönliche Erinnerungen. Hamburg 1987, S. 32. – Mit offenen antisemitischen Attacken sah sich diese Versuchsschule im Allgemeinen sowie ihr jüdischer Lehrer Ernst Loewenberg im Besonderen seit dem Erscheinen des ersten Hamburger Presseorgans der NSDAP, der Wochenzeitung *Hamburger Volksblatt,* Anfang Januar 1928 wiederholt konfrontiert, vgl. z.B. »Jüdische Politik in der Lichtwarkschule« in: *Hamburger Volksblatt* vom 20. August 1928. Vgl. Joachim Wendt: Die Lichtwarkschule Hamburg 1921-1937. Hamburg 2000, S. 379.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Das letztendliche Scheitern des VAA ist weniger in den Unzulänglichkeiten und Fehlern seiner Protagonisten und ihren Argumenten oder Methoden zu suchen, sondern vielmehr bei denjenigen, die in nicht ausreichendem Maße die Beweggründe des VAA unterstützten sowie bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die die humanistischen Werte des VAA vollkommen ausklammern konnten. [49] Sowohl der 1893 gegründete *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (CV),[50] der sich mit seinen 70.000 Mitgliedern zur größten jüdischen Organisation entwickeln konnte, als auch der viel kleinere VAA mit seinen 20.000 Anhängern standen, von der Kräftekonstellation her geurteilt, auf verlorenem Posten, als der Antisemitismus zu einer mächtigen Massenbewegung anschwoll, die zudem dann auch noch für ihre Ziele staatliche Machtmittel einsetzen konnte.

Zwar haben die führenden Persönlichkeiten des VAA vor dem Hintergrund des tödlichen Ausgangs des Antisemitismus in Nazideutschland ihr großes Ziel, den Antisemitismus zu beseitigen, auch nach vier Jahrzehnten bekanntlich nicht erreichen können. Dennoch blieb es unter denkbar gefährlichen Rahmenbedingungen für viele ehemalige Vereinsmitglieder wie Kosler möglich, verfolgten Juden Hilfe und Zuspruch zukommen zu lassen. Mitte März 1933 wurde Max Kosler für sechs Monate im Dresdner »Hilfs-KZ« Mathildenstraße inhaftiert. 1936 übernahm er die Wirtschaftsberater-Praxis seines jüdischen Freundes Hans Pohly. Wegen seiner fortwährenden Unterstützung verfolgter jüdischer Bürger wurde Kosler 1939 erneut in Gestapohaft genommen und schwer misshandelt. Im Rückblick auf die Naziära schrieb er 1947: »Ich half den Juden, die die Absicht hatten, ins Ausland zu entweichen, zu ihrem Fortkommen und versteckte Teile ihres Vermögens.«[51]

So gesehen darf das Schicksal des VAA und seiner Repräsentanten nicht ausschließlich in der Kategorie des Misserfolgs interpretiert werden. Während in der Historiografie die Erinnerung daran allzu lange blind blieb, war sie stets wach bei den dankbaren jüdischen Zeitzeugen, die mit dem Titel *Gerechter unter den Völkern* sogar eine herausragende Auszeichnung schufen, die an Persönlichkeiten wie Konrat Ziegler[52] für genau die Zivilcourage und empfangene Hilfe während der Nazi-Ära verliehen wurde, die zeitgleich auch Max Kosler Opfern der verbrecherischen Rassenpolitik des NS-Regimes in Dresden hatte angedeihen lassen. Auch die winzige Minderheit der Retter und Helfer von Verfolgten hat ein Recht, nicht vergessen zu werden.[53] Wir wissen

49 Vgl. Suchy 1985 (wie Anm. 3), S. 102f.
50 Vgl. Avraham Barkai: »Wehr Dich!« Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938. München 2002.
51 Wie Anm. 19, Bl. 34/35.
52 Vgl. oben, Anm. 5.
53 Vgl. den Literaturbericht zu den *Judenhelfern* von Angela Borgstedt in: Michael Kissener (Hg.): Widerstand gegen die Judenverfolgung. Portraits des Widerstandes, Bd. 5. Konstanz 1996, S. 285-341 sowie zuletzt Samson Madievski: Die anderen Deutschen. Rettungswiderstand im Dritten Reich. Aachen 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

noch viel zu wenig über die in der jüdischen Literatur gar nicht selten beschriebenen, aber in der Forschung sehr vernachlässigten sogenannten »stillen Helden, die deutschen Nichtjuden, die den Verfolgten halfen«, wie es beispielsweise die jüdische Schriftstellerin und Journalistin Inge Deutschkorn in ihrer Autobiografie[54] beschreibt, Brückenbauer für ein harmonisches deutsch-jüdisches Zusammenleben. Während die absolute Mehrheit der Deutschen dem ethnisch-bürokratischen Herrschaftswahn als Befehlende und Ausführende Gefolgschaft und Bewunderung erwies, ließen nur wenige Pädagogen, selbst von den Nazis gemaßregelt, ihren exponiertesten Opfern, den in Europa lebenden Juden, Hilfe zuteil werden. Zu diesen *Helfern,* wie sie von Anne Frank (1929-1945) in ihrem berühmten Tagebuch bezeichnet wurden, zählten folgende Persönlichkeiten aus der Pädagogenschaft:

- Elisabeth Abegg, Lehrerin an einer Berliner Mädchenschule, war aktiv in der Widerstandsbewegung gegen die Nazis im Rahmen der Quäker beteiligt. Wegen ihrer Äußerungen zur Verteidigung der Juden wurde sie aus ihrer Lehrtätigkeit entlassen.
- Elisabeth Fluegge, Lehrerin an einer Hamburger Privatschule, in der auch jüdische Schüler lernten, wurde wegen ihrer Forderung gegenüber nichtjüdischen Schülern, dass diese sich gegenüber Juden wohlwollend benehmen sollen, von den Nazis an eine Schule der niedrigeren Stufe in ein Armenviertel zwangsversetzt.
- Albert Heuer, Lehrer in Hannover, wurde 1933 inhaftiert, später KZ. Er versteckte in seiner Familie ein jüdisches Mädchen.
- Prof. Dr. Gerhard Radke, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Gymnasiallehrer in Berlin, verhalf im Umfeld seines Wehrdiensteinsatzes 1941 im besetzten Belgrad einer jüdischen Familie, die einen persischen Pass besaß, zur Flucht aus Jugoslawien.
- Walter Rieck, Rektor einer Berliner Volksschule, ermöglichte es der Familie eines jüdischen Lehrers unterzutauchen.[55]
- Marie Pleißner (1891-1983), Lehrerin einer höheren Mädchenschule und Grande Dame der Chemnitzer Liberalen, unterrichtete nach ihrer Entfernung aus dem Schuldienst (1934) privat jüdische Schüler, die immer mehr von den öffentlichen Schulen verbannt wurden. Auch sie verhalf über ihr Engagement in der *Religiösen Gesellschaft der Freunde* jüdischen Mitbürgern zur Ausreise. Nach Ausbruch des Weltkrieges wurde sie denunziert und war sieben Monate im Frauen-KZ Ravensbrück interniert.[56]

54 Inge Deutschkorn: Ich trug den gelben Stern. München [13]1995.

55 Diese fünf vorstehenden Beispiele wurden ausgewiesen in: Anton Maria Keim (Hg.): YAD VASHEM. Die Judenretter aus Deutschland. München 1983, S. 15, 49, 72, 120 und 122.

56 Erwähnt in: Juden in Sachsen. Ihr Leben und Leiden, hg. von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Dresden, Leipzig 1994, S. 101, vgl. ausführlicher: Andreas Pehnke: Chemnitzer Schulen unterm Hakenkreuz. In: Chemnitz in der NS-Zeit. Beiträge zur Stadtgeschichte 1933-1945, hg. vom Stadtarchiv Chemnitz, Bd. 10. Chemnitz 2008, S. 37-58.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

- Willy Steiger (1894-1972), der weit über seinen Wirkungskreis, die Versuchsschule in Hellerau bei Dresden, während der Zwischenkriegszeit in Schulreformerkreisen hoch geschätzte Reformpädagoge wurde wegen seines Engagements im Bund Entschiedener Schulreformer 1933 entlassen, später strafversetzt. Anwerbungen seitens der NSDAP konnte er sich widersetzen. Als berühmter Autor – erinnert sei an seinen Klassiker erfolgreich gelebter Reformpädagogik *S´blaue Nest* (Dresden 1927) – kooperierte er mit jüdischen Verlegern. Des Weiteren konnte er sowohl jüdische als auch ausländische Bürger materiell unterstützen.[57]

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg kämpfte Max Kosler, der zum Schulrat für Dresdner-Stadt-Ost berufen worden war, weiter gegen antisemitische Tendenzen. So entgegnete er auf der Schulratskonferenz Anfang Februar 1948 in Dresden-Wachwitz dem Ministerialdirektor Wilhelm Schneller (1894-1979), einem gefürchteten Apparatschik stalinistischer Bildungspolitik und Pädagogik, der ein Grundsatzreferat zum Thema *Die politische Bildung der Lehrerschaft* hielt, in der öffentlichen Diskussion: »Wer glaubt, dass sich der Antisemitismus in der Lehrerschaft kaum bemerkbar macht, irrt sich. Gerade dem Lehrer müsste klar gemacht werden, dass er gegen diese Einstellung kämpfen muss. Ein großer Teil der Neulehrer ist durch die nazistische Erziehung gegangen und mit Schlagwörtern gefüttert worden. Es ist klar, dass da etwas hängen bleibt. Einer unserer Punkte muss die systematische Bekämpfung des Antisemitismus sein.«[58]
Max Kosler, der im Juli 1948 abermals aus dem Schuldienst relegiert worden war und sodann wieder als freischaffender Wirtschafts- und Steuerberater den aus Deutschland vertriebenen jüdischen Mitbürgern nun bei der Rücküberführung und/oder Entschädigung ihrer Vermögenswerte half, wurde im Dezember 1948 ausgerechnet wegen seines lebenslangen Engagements für die Versöhnung zwischen den Juden und den Deutschen angezeigt. Er hätte sich während der Nazi-Ära am Vermögen seiner jüdischen Klienten bereichert, hieß es in einer Anzeige. Aber bereits am 13. Januar 1949 mussten Koslers Häscher nach der Anhörung einhellig entlastender Zeugenaussagen konstatieren, dass eine weitere Inhaftierung Koslers nicht aufrecht zu erhalten sei. Dennoch blieb er weiterhin in Haft und wurde schließlich auf Betreiben der SED-Bezirksleitung Dresden der Sowjetischen Militäradministration zugeführt. Durch ein sowjetisches Militärtribunal wurde Max Kosler schon am 26. Januar 1949 zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt.[59]

57 Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen & Ministerium für Volksbildung, Nr. 275, Bl. 77.
58 Ebd., Nr. 518, unpag.
59 Vgl. Pehnke 2009, wie Anm. 1, S. 220ff. und 239f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wie fast alle Liberalen prägte Max Kosler und seine Bundesgenossen im VAA um Gertrud Bäumer und Johannes Tews eine evolutionär-teleologische Grundannahme und keine historisch basierte staatsformgebundene Ideologie. So ist es logisch, dass sie die revolutionären Praktiken der extremen Linken ablehnten, es ist aber auch konsequent, wenn sie sich gleichermaßen gegen die gewaltsamen Praktiken der ›Konterrevolution‹ und insbesondere gegen die Nazis entrüsteten. Sie standen immer wieder zwischen den polarisierenden Kräften, in allgemeinen politischen Fragen wie in Bildungsfragen. Sie fanden zunächst in der DDP, die sich von allen bürgerlichen Parteien am klarsten zur Weimarer Republik bekannte, ihre politische Heimat. In der »Judenfrage« gelangte der deutsche Liberalismus in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre aber zunehmend in die Defensive,[60] was nicht wenige Linksliberale in die SPD führte, weil sie dort bis zum Ende der Ersten Republik praktisch die einzige politische Kraft erblickten, die konsequent für die Interessen der Juden eintrat. Dem gegenüber befand der DDP-Vorsitzende Erich Koch-Weser (1875-1944) 1927 für seine Partei: »Die jüdische Frage hat immer weniger Bedeutung.«[61] Wenngleich der Kampf gegen den Antisemitismus nicht eine zentrale Aufgabe für die gesamte Fraktion blieb, kann vielen Liberalen ihr beherzter Einsatz für die Rechte ihrer jüdischen Mitbürger nicht abgesprochen werden.

60 Vgl. Erkens/Sassin 1989, wie Anm. 47, S. 269.
61 Zit. nach Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der DDP. Göttingen 1973, S. 81.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Matthias Weippert

»Verantwortung für das Allgemeine«? Bundespräsident Heuss und die FDP 1949-1956[1]

Wer wird Ministerpräsident im neuen Bundesland Baden-Württemberg? Diese Frage beschäftigte auch Theodor Heuss, obwohl sie unmittelbar nach der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952 eine eindeutige Antwort erhalten zu haben schien: Gebhard Müller und seine CDU hatten mit 35,9% der Stimmen die Wahl klar vor SPD (28%) und DVP/FDP (18%) gewonnen. Doch einen guten Monat später hieß zur Verblüffung aller und zur Bestürzung vieler der neue Ministerpräsident Reinhold Maier. Die gerade einmal drittstärkste Fraktion hatte es also geschafft, eine Koalition mit der SPD und dem BHE zu schmieden und Reinhold Maier als Ministerpräsidenten durchzusetzen. Das war ein Paukenschlag, nicht nur im deutschen Südwesten. Mochte es noch angehen, dass der allseits anerkannte Maier das Amt des Ministerpräsidenten erhielt, so war die CDU mehr als brüskiert, trotz des deutlichen Wahlsiegs auf die Oppositionsbänke verbannt worden zu sein. Besonders Gebhard Müller war tief getroffen, hatte er doch zuvor Seite an Seite mit Maier für die Zusammenlegung der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden gekämpft. Über die landespolitischen Grenzen hinaus hatte dieser überraschende Schachzug auch Auswirkungen auf die Bundespolitik. Adenauer sorgte sich um den Erfolg seiner Außenpolitik wegen der im Bundesrat zur Abstimmung stehenden Westverträge. Das neue Bundesland war dort das Zünglein an der Waage und es war völlig unklar, wie sich eine liberal-sozialdemokratische Landesregierung angesichts der bekannten und vehementen Gegnerschaft der SPD gegen die Westverträge verhalten würde. Mindestens ebenso unklar war für die FDP- und CDU-Spitzen in Bonn, ob die Regierungskoalition Bestand haben würde, wenn in einem wichtigen Flächenstaat die FDP mit der auf Bundesebene fundamentaloppositionellen SPD koalierte. Wie sollten angesichts dieser Konstellation CDU und FDP ihre »Bürgerblockpolitik« auf Bundesebene glaubhaft gegenüber den Wählern noch vertreten können? Diese Frage blieb ungelöst und brachte in die FDP erheblichen Konfliktstoff, da die weit rechts ste-

1 Ich danke Herrn Dr. Thomas Hertfelder und Herrn Dr. Jürgen Frölich herzlich für die vielen Hinweise und Anregungen.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

henden Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen einen scharf antisozialistischen Kurs fuhren.
Was hat diese Episode mit dem Verhältnis von Theodor Heuss zur FDP zu tun? Formal gesehen nichts, denn dem Bundespräsidenten stehen vom Grundgesetz bei der Bildung von Länderregierungen keinerlei Rechte zu, so dass er sich theoretisch in dieser Angelegenheit nicht hätte engagieren müssen. De facto wurde der Bundespräsident, der sich in seiner erst kurzen Amtszeit bereits ein gehöriges Maß Anerkennung und Autorität erworben hatte, jedoch wegen der bundespolitischen Auswirkungen und wegen der Bedeutung des neuen Flächenstaats von mehreren Seiten gebeten, seinen Einfluss in diese oder jene Richtung geltend zu machen. Heuss hat dies auch getan und die Probleme, vor die er sich bei seinem Engagement gestellt sah, verdeutlichen wie in einem Brennglas die Konfliktlinien seines Verhältnisses zur FDP generell: Ein linksliberal sozialisierter Theodor Heuss hatte schon in seiner kurzen Zeit als Vorsitzender der FDP eine Partei kennen gelernt, deren programmatische Ausrichtung alles andere als präzise war. Liberalen Landesverbänden wie dem württemberg-badischen standen stramm nationalistische wie in Nordrhein-Westfalen gegenüber, deren Türen auch für ehemalige Nationalsozialisten offen waren. Diese Frontstellung sorgte nicht nur angesichts der Regierungsbildung im Südwesten für Spannungen. Noch stärker als von diesen innerparteilichen Querelen und politisch-ideologischen Standortfragen war Heuss von den Auseinandersetzungen um die Außenpolitik betroffen. Von Adenauers außenpolitischem Kurs der Westbindung überzeugt, wurde Heuss durch die davon abweichende Linie seiner eigenen Partei immer wieder »genötigt«, sich gegen die FDP zu stellen, und zwar nicht nur durch die veränderten Bundesratsmehrheiten nach der Regierungsbildung im Südwesten, sondern vor allem durch Dehlers Konfrontationskurs gegenüber Adenauer seit 1953.
Damit sind die wesentlichen Themen benannt, die Heuss veranlassten, auf seine Partei Einfluss zu nehmen. Neben der Regierungsbildung im Südwesten waren dies der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, das Gutachten zum EVG-Vertrag und der damit zusammenhängende Sturz Dehlers als Minister sowie die Abstimmung über das Saarabkommen und der daraus hervorgehende Koalitionsbruch. Derartig innen- wie außenpolitisch brisante Themen beschäftigten natürlich auch den Bundespräsidenten und erschwerten seine Bemühungen, überparteiliche Zurückhaltung und politische Einflussnahme in Richtung von ihm gewünschter Lösungen im Gleichgewicht zu halten.
Inwieweit Theodor Heuss dies gelungen ist und welche Motive ihn (in Bezug auf die FDP) dabei jeweils leiteten, ist eine Leitfrage dieser Ausführungen.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

FDP als »Nazi-Partei«?

Bis in die heutige Zeit ist innerhalb der FDP immer wieder der aus dem 19. Jahrhundert herrührende Konflikt zwischen links- und rechtsliberalen Positionen hervorgebrochen, wobei es häufig weniger um die programmatische Definition von »Liberalismus« ging als vielmehr um den strategischen Ort der FDP im deutschen Parteiensystem. Die weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende Heterogenität des Liberalismus und seine Aufspaltung in Flügel wurde auch mit seiner Wiederbegründung nach 1945 zunächst nicht überwunden.

Auf einer grundsätzlichen Ebene ging es seit der überzonalen Vereinigung in Heppenheim um die strategische Ausrichtung der FDP, bei der sich zwei Konzeptionen lange Jahre gegenüberstanden, die später idealtypisch in den beiden konkurrierenden Programmentwürfen des »Liberalen Manifests« und des »Deutschen Programms« aus dem Jahr 1952 ihren Niederschlag fanden. Hinter diesen standen bereits aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammende, divergente Parteikonzeptionen, die Dieter Hein auf die Formel »nationale Sammlungsbewegung« versus »liberale Milieupartei« gebracht hat.[2]

Ein weiterer Streitpunkt betraf den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, vor allem die Frage, wie mit Symbolen, die in den Jahren 1933-1945 Verwendung gefunden hatten, und ehemaligen überzeugten und »mitgelaufenen« Nationalsozialisten umzugehen sei. Einig war sich die Partei in ihrer Forderung, »daß wir mit dieser unglückseligen Entnazisierung (sic!) fertig werden müssen«[3], da diese »Millionen Menschen […] dem neuen demokratischen Staat entfremdet [habe], weil sie nicht allein darauf beschränkt gewesen sei, die wirklich Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.«[4] Schwere Auseinandersetzungen gab es hinsichtlich der Mitarbeit und Mitgliedschaft ehemaliger Nationalsozialisten in der FDP. Wenn auch die Gleichung nicht vollständig aufging, derzufolge auf eine nationale Sammlungsbewegung ausgerichtete Landesverbände nationalistische Symbole verwendeten und ehemalige Nationalsozialisten in ihre Parteistruktur integrierten, so gab es doch zwischen den parteipolitischen und -strategischen Ausrichtungen und dem Verhältnis zur Vergangenheit deutliche Parallelen. Das Paradebeispiel für diese Gleichung ist der nordrhein-westfälische Landsverband in den Jahren 1952/53, als dieser mit dem »Deutschen Programm« eine

2 Hein, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Düsseldorf 1985, S. 349-353.

3 Rademacher, Willy Max: Stenogramm FDP-Parteitag 1950 in Hamburg, Anlage zu Brief an Heuss, 11.5.1950, Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus (hinfort SBTH), Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= Bundesarchiv Koblenz, hinfort BArch).

4 Gutscher, Jörg Michael: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Überarb. und erw. Neuausgabe, Königstein/Ts. 1984, S. 149.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

rechtsliberale Volkspartei zu schaffen versuchte und sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, von ehemaligen Nationalsozialisten unterwandert zu werden.[5] Ob es hier einen planmäßigen Unterwanderungsversuch gegeben hat, ist sekundär; fest steht, dass mit einem der Autoren des »Deutschen Programms« und persönlichen Referenten Middelhauves, Wolfgang Diewerge, ein ehemaliger hoher Beamter des Reichspropagandaministeriums[6] im Zentrum der nordrhein-westfälischen FDP arbeitete; das Gleiche galt für weitere NS-Funktionäre der mittleren Chargen in Diensten der FDP, die allesamt einen guten Kontakt zum ehemaligen Staatssekretär im Reichspropagandaministerium Werner Naumann hatten, dem vorgeworfen wurde, die FDP planmäßig unterwandern zu wollen.

In Niedersachsen wiederum ging die Öffnung gegenüber den Rechtsparteien sehr weit und in der Parteiarbeit fand die schwarz-weiß-rote Fahne Verwendung, was in Niedersachsen zur Abspaltung des Liberalen Bundes 1953 führte.[7] Trotz des Verzichts des für den niedersächsischen Rechtskurs verantwortlichen Artur Stegners auf den Landesvorsitz änderte sich in Niedersachsen wenig. Dies zeigte sich zwei Jahre später, als dort ausgerechnet Leonhard Schlüter, ein Verleger rechtsradikaler Schriften, von den Liberalen als Kultusminister auf den Schild gehoben wurde. Hier reagierte die Bundes-FDP relativ entschlossen und drängte Schlüter zum Rücktritt.[8] Es war also innerhalb der FDP ziemlich unklar, welche programmatische Ausrichtung die Partei haben und wie sie mit der nationalsozialistischen Vergangenheit umgehen sollte.

Für dieses Changieren ist auch Theodor Heuss ein Beispiel: Einerseits wandte er sich gegen die erste Phase der Entnazifierung als eines viel zu schematischen Verfahrens und trat für die Zahlung von Pensionen an ehemalige Offiziere ein[9], andererseits wehrte er sich vehement gegen die Verwendung nationalistischer Symbole und beurteilte den nordrhein-westfälischen Landesverband als »Nazi-FDP«[10]. Zweifellos war Heuss immer ein Gegner des Natio-

5 Zum folgenden Jansen, Hans Heinrich: Dritte Kraft oder Partei der Mitte? Die FDP in den fünfziger Jahren, Frankfurt 2000 (Habil.), S. 70ff. Gutscher, Entwicklung der FDP (wie Anm. 4), S. 151ff.

6 Diewerge war SS-Standartenführer und Ministerialrat in der Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums.

7 Jansen, Dritte Kraft (wie Anm. 5), S. 129ff.

8 Jansen, Dritte Kraft (wie Anm. 5), S. 237f.

9 Becker, Ernst Wolfgang: Einführung: Theodor Heuss als Erzieher zu Demokratie. Briefe 1945-1949, in: Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949, hrsg. von Ernst Wolfgang Becker, München 2007, S. 15-55, hier S. 44f. Heuss, Theodor: Pensionen für Offiziere?, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 4.2.1948, abgedruckt in: Ralf Dahrendorf/Martin Vogt (Hg.): Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, Tübingen 1984, S. 346-348.

10 Heuss, Theodor: 07.02.1956, in: Ders.: Tagebuchbriefe 1955-1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. v. Eberhard Pikart, Tübingen 1970, S. 143. Auch wenn Heuss sich nicht dezidiert zur »Naumann-Affäre« geäußert hatte, so hatte sich bei ihm seit dieser Zeit offensichtlich das Bild einer nationalsozialistische beeinflussten FDP nachhaltig festgesetzt.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nalsozialismus gewesen, der die Deutschen in den 1950er Jahren wiederholt in Reden gemahnte, sich an die Verbrechen der Nationalsozialisten zu erinnern.[11] Mögen diese Mahnungen heute verklausulierend und verharmlosenden erscheinen – in den Anfangsjahren der Bundesrepublik waren sie selten und wirkten mutig.

Unterstützung fand Heuss in Briefen besorgter Bürger/innen und FDP-Mitglieder über den Umgang der FDP mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, in denen stets der Wunsch zum Ausdruck kam, Heuss möge doch korrigierend auf die FDP einwirken. In diesen Schreiben an den Bundespräsidenten ging es um die moralische Empörung über die Verwendung von nationalsozialistisch belasteten Symbolen, um den unbefangenen Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten oder nationalistischen Parolen sowie um die Angst vor einem starken Rechtsruck der FDP.

Die Antwortschreiben von Heuss gleichen sich nahezu. Er verwies zunächst immer auf die ihn verpflichtende Neutralität seines Amtes, um anschließend den Briefschreibern zu versichern, ihre Sorgen zu teilen und bei sich bietender Gelegenheit die Parteispitzen darüber zu informieren. Eine detaillierte Auseinandersetzung fand nicht statt. Vielmehr antwortete Heuss auf eine allgemeine, in der Ablehnung der Rechtstendenzen nichtsdestotrotz eindeutige Weise, wie folgendes Beispiel zeigen mag:

»Ich selber habe mich, wie Sie begreifen werden, seit meiner Wahl zum Bundespräsidenten aus der aktiven Parteienpolitik zurückgezogen und nehme an den entsprechenden Verhandlungen in den Parteigremien keinerlei Anteil mehr, habe aber natürlich die freundschaftlichen Beziehungen zu den leitenden Männern durchaus aufrecht erhalten und werde gern einmal die Gelegenheit wahrnehmen, die Erfahrungen, die Sie mir in dem Brief mitteilen und die ja […] mir Sorge machen, zur Sprache zu bringen.«[12]

Das Spektrum der »Sorgen« war breit und reichte von der Beobachtung, dass sich die FDP zu ausschließlich mit der Opferrolle der Deutschen und zu wenig mit den Opfern des Nationalsozialismus beschäftige[13], über die Einbeziehung von Nationalsozialisten in die Parteiarbeit[14] – sei es als Redner oder als Kandidaten für öffentliche bzw. Parteiämter – bis hin zur Furcht, die FDP könne »in den Geruch einer rechts von der CDU stehenden, reaktionären Partei«

11 Baumgärtner, Ulrich: Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2001.

12 Heuss an Erna Nordmann, 17.11.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= BArch).

13 Willy Max Rademacher an Heuss, 11.5.1950, Gertrud Wittstock an Heuss, 31.3.1953, beide SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= BArch).

14 Eduard Große (Vorsitzender des Liberalen Clubs der Universität Frankfurt) an Heuss, 19.6.1950, Erna Nordmann an Heuss, 11.11.1952, Gertrud Wittstock an Heuss, 31.3.1953, alle drei SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= BArch).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gelangen[15], und zur Empörung über die Verwendung der Farben schwarz, weiß, rot für Wahlkampfzwecke.[16]

Im letztgenannten Fall lässt sich auch ein – erfolgreiches – Eingreifen von Heuss beim Parteivorstand mit dem Ziel, eine offizielle Missbilligung zu erreichen, nachweisen.[17] Im Schreiben des Parteivorsitzenden Blücher an das Bundespräsidialamt heißt es zu der Verwendung eines »Plakates der FDP in den Farben schwarz-weiss-rot«: »Der Vorstand war sich in der Ablehnung eines solchen Plakates einig und hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass er sein Missfallen darüber zum Ausdruck gebracht hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Herrn Bundespräsidenten mitteilen würden, dass der Vorstand der FDP dieses Plakat auf das Schärfste missbilligt.«[18]

Angesichts der bereits erwähnten öffentlichen Bekundungen von Heuss nahmen sich seine Interventionen gegen die Rechtstendenzen der FDP eher bescheiden aus. Zweifellos war es ihm zuwider, wenn seine Partei mit nationalsozialistischen Parolen, Symbolen und Personen in Verbindung gebracht wurde. Aber er setzte sich für eine Bekämpfung derartiger Tendenzen weder besonders vehement noch aus parteipolitischen Erwägungen ein. Dies war für ihn vielmehr eine prinzipielle Frage der jungen Demokratie in Deutschland, die nicht in erster Linie hinter den verschlossenen Türen einer Parteileitung zu diskutieren war, sondern öffentlich und ohne Rücksicht auf Parteistrategien. Zudem konnte sich der Bundespräsident dazu öffentlich äußern und sich seines stärksten Wirkungsmittels, der Rede, bedienen, ohne dass ihm derartige Äußerungen als »parteiisch« ausgelegt werden konnten.

Erstaunlich bleibt jedoch, dass sich Heuss zu den programmatischen und strategischen Spannungen innerhalb »seiner« Partei, die beinahe zu einer Spaltung geführt hätten, so gut wie nicht äußerte[19] und auch zu der damit zusammenhängenden Krise im Zuge der »Naumann-Affäre« keine Stellung nahm – weder öffentlich als Bundespräsident, noch parteiintern als »graue Eminenz«

15 Harald Abatz (Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft/Bund der Kriegsgegner) an Heuss, 13.10.1950, vgl. auch Fritz Sehrbunt an Heuss, 12.11.1952, Gertrud Wittstock an Heuss, 31.3.1952, alle drei SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= BArch).

16 Franz Plutz an Heuss, 18.9.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= BArch).

17 Klaiber an Franz Plutz, 24.9.1952, Blücher an Klaiber, 4.10.1952, Klaiber an Plutz 9.10.1952, alle drei SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= BArch).

18 FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949-1954. Erster Halbband, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1990, S. 500. Blücher an Klaiber, 4.10.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= BArch).

19 In einem Briefwechsel mit Ernst Mayer spricht Heuss die Spannungen innerhalb der FDP im Nachklang zur Regierungsbildung im Südwesten und ein Gespräch mit Middelhauve an, allerdings nur auf einer ganz allgemeinen Ebene, so dass sich daraus Heuss' Ansichten zur programmatischen Ausrichtung der FDP nicht erschließen an. Heuss an Mayer 21.6.1952, Mayer an Heuss 28.6.1952, Heuss an Mayer 1.7.1952, alle drei SBTH, NL Heuss, N 1221, 174 (= BArch). Vgl. dazu auch den Abschnitt zur Regierungsbildung im Südwesten.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der FDP.[20] Das verblüfft umso mehr, als Heuss im teilweise vergleichbaren »Fall Schlüter« zwei Jahre später sehr deutliche Worte gefunden hat. Als Leonhard Schlüter von der FDP zum Kultusminister gemacht wurde, rief dies in der Öffentlichkeit große Empörung hervor. Der *Spiegel* berichtete über den Fall und brachte auch den Bundespräsidenten mit der Behauptung in ein schlechtes Licht, er habe sich früher einmal lobend über die Dissertation Schlüters geäußert. Heuss wandte sich an den Parteivorsitzenden Dehler, um dieses Missverständnis auszuräumen und seine große Besorgnis über die Entwicklung der FDP zu äußern. »Die FDP scheint zu riskieren, nun die Funktion einzubüßen, in den geistigen Dingen Repräsentant einer anständigen Sachlichkeit zu bleiben.« Heuss bekannte gegenüber Dehler, dass er deswegen sogar den Parteiaustritt erwogen habe.[21]

Südwestdeutscher Alleingang

Der deutsche Südwesten war lange ein Sorgenkind der Politik.[22] Die drei nach dem Krieg unter französischer und amerikanischer Besatzung entstandenen Länder, deren Grenzen historische Vorläufer ignorierten, wurden von der Bevölkerung nicht akzeptiert. Die Lösungssuche gestaltete sich dennoch bekanntlich sehr schwierig und erst nach langen Querelen setzte sich in einer Volksabstimmung die Schaffung eines einheitlichen Südweststaats durch.

Dessen Taufe war alles andere als harmonisch, denn die Siegerpartei der Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung wurde auf eine Statistenrolle reduziert. Entgegen der Erwartungen aller, dass das neue Bundesland von einer großen Koalition aus CDU, SPD und DVP/FDP unter Gebhard Müller regiert werden würde, gelang es Reinhold Maier und Wolfgang Haußmann von der DVP/FDP eine Koalition mit der SPD und dem BHE unter Ausschluss der CDU zu vereinbaren. Diese Vorgänge lösten in Bonn ein hektische Treiben aus: Die Bundes-FDP hoffte durch eine Verhinderung der »klei-

20 Der Schriftsteller Hans Grimm sah in einem offenen Brief an Heuss einen Skandal in der Behandlung von Werner Naumann, da dieser »im eigenen Lande jeglicher Freiheit beraubt und mundtot gehalten« werde. Heuss antwortete darauf lapidar und launisch, »dass ich mich in diesem, soweit ich sehe noch völlig in der Klärung befindlichen Komplex mit einer Stellungnahme oder mit Werturteilen über diese oder diese Haltung und Äusserung dieser oder dieser Persönlichkeit völlig zurückhalte.« Grimm an Heuss, 31.5.1953, Heuss an Grimm, 10.6.1953 beide SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2140 (= BArch).

21 Heuss an Dehler, 02.06.1955, 28.07.1955 in Theodor Heuss: Lieber Dehler. Briefwechsel mit Thomas Dehler. Hrsg. von Friedrich Henning. München 1983, S. 111f.

22 S. dazu und zum Folgenden Matz, Klaus-Jürgen: Grundlagen und Anfänge von Baden-Württemberg 1948-1960, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Bd. 4: Die Länder seit 1918. Im Auftrag der Kommission für Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. von Hansmartin Schwarmaier/Meinrad Schaab, Stuttgart 2003, S. 519-590.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nen Koalition« schwere Konflikte innerhalb der Partei zu vermeiden. Durch die betont antisozialistische und antisozialdemokratische Ausrichtung der Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen war ein heftiger parteiinterner Streit vorprogrammiert, sollte die CDU im Südwesten tatsächlich die Oppositionsrolle übernehmen müssen. Auch die Bundes-CDU und vor allem Adenauer waren für eine große Koalition, da diese die Bonner Regierung stützen und die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht verschieben würde, was angesichts der zu verabschiedenden außenpolitischen Verträge ein gewichtiges Argument war. Heuss war ebenfalls über ein mögliches Nichtzustandekommen einer großen Koalition höchst beunruhigt und teilte dies den Verantwortlichen auch in zahlreichen Gesprächen und Briefen mit.[23]

Detailliert hat er Wolfgang Haußmann im April von seinen Ansichten unterrichtet und dabei eine Doppelstrategie verfolgt. Im Hinblick auf das Zusammenwachsen Baden-Württembergs legte Heuss dar, warum eine große Koalition das Beste für das neue Bundesland sei. Mit sach- und personalpolitischen Argumenten versuchte Heuss, die ihm bekannten Hindernisse einer Einigung zwischen CDU und DVP/FDP aus dem Weg zu räumen. Heuss, der als Befürworter eines starken Staates und Gegner eines ausgeprägten Länderpartikularismus[24] bereits in der Weimarer Republik für die Zusammenlegung von Württemberg und Baden eingetreten war[25], sah im Zusammenwachsen des Südweststaates eine wichtige Voraussetzung für eine vernünftiges föderales System in Deutschland. Nur eine große Koalition konnte dies in seinen Augen gewährleisten, da nur eine von einer breiten Mehrheit verabschiedete Verfassung die verschiedenen Landesteile und deren Bevölkerung miteinander und mit dem neuen Bundesland aussöhnen würde. Es »liegt in der Südweststaat-Frage ganz auf der Hand, dass in dem Kabinett der Verfassunggebenden Versammlung die Prominenz von Südbaden, von Nordbaden und von Süd-Württemberg einfach vorhanden sein muss, um die sogenannte Integration […] zu

23 Siehe auch: FDP-Bundesvorstand. Erster Halbband (wie Anm. 18), S. 316.

24 Heß, Jürgen C.: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Stuttgart 1973, S. 102ff.

25 So z.B. in seiner Rede »Deutschlands Zukunft«, die er 1919 in Stuttgart gehalten hatte. Heuss, Theodor: Deutschlands Zukunft, in: Ders.: Die großen Reden München 1967, S. 7-25, hier S. 11. Auf diese Rede kommt Heuss auch in seinen Erinnerungen zurück; Heuss, Theodor: Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963, S. 243f.
Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beispielsweise die beiden Denkschriften Heuss, Theodor: Nordbaden – Nordwürttemberg (8. Juli 1945), in: Ders.: Aufzeichnungen 1945-1947. Aus dem Nachlaß hg. und mit einer Einleitung versehen von Eberhard Pikart, Tübingen 1966, S. 91-96; Ders.: Zur Frage der staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands (Juli 1947), in: ebd., S. 111-140. 1948 war Theodor Heuss Teilnehmer einer Konferenz auf dem Hohenneuffen, auf der die Regierungschefs von Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden über eine mögliche Neugliederung im Südwesten diskutierten. Vgl. Matz, Grundlagen und Anfänge (wie Anm. 22), S. 532. Oder in einem Brief an den Parteifreund und Oberbürgermeister von Lahr Paul Waeldin 3.7.1948, in: Heuss, Erzieher zur Demokratie (wie Anm. 9), Nr. 136, S. 387-389.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einer Gesamtstaatlichkeit psychologisch zu erleichtern.«[26] Diese Integrationsfrage stand für Heuss ohne Zweifel über parteipolitischen Erwägungen, er argwöhnte jedoch, ob Haußmann ebenfalls dieses staatspolitische Interesse vorrangig im Auge hatte. »Zum mindesten hat man von aussen her aber den Eindruck, dass die DVP sich bei diesen Dingen auf das Finessieren einstellt. Sie kann damit Positionen gewinnen oder halten, sie kann aber damit im letzten auch hereinfallen.«[27]

Beim sachpolitischen Argument ließ Heuss seine ganze Erfahrung aus dem Parlamentarischen Rat und seine landespolitische Kenntnis einfließen, um Lösungen für die Streitpunkte zwischen CDU und DVP/FDP aufzuzeigen. Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen DVP und CDU gab es vor allem in der Schulfrage und bei der Gliederung der Verwaltungsbezirke Meinungsverschiedenheiten. Während die CDU für die Beibehaltung von Konfessionsschulen und die Schaffung zweier Verwaltungsbezirke eintrat, die den alten Ländergrenzen von Baden und Württemberg folgen sollten, lehnte die DVP dies strikt ab. Heuss suchte hier zu vermitteln, ohne mit seiner eigenen Meinung hinter dem Berg zu halten. Zwei Verwaltungsbezirke Baden und Württemberg waren für ihn eine »glatte Unmöglichkeit« zumal Heuss immer wieder betonte, dass er die historischen Grenzziehungen aus Napoleonischer Zeit »nicht als eine heilige Sache ansehe, und dass ich ziemlich sicher bin, dass in 10-20 Jahren die Generation des spezifischen Staatspatriotismus ins Grab gestiegen ist.«[28]

Zur Lösung des Konflikts schlug er »elastische Formulierungen« vor, die die Frage der Verwaltungsbezirke noch nicht bis ins Detail klären. Ähnliches riet er für die Schulfrage, die von der CDU mit den Grundrechten gekoppelt wurde. Heuss empfahl, »wenn schon Grundrechte herein sollen, die Formulierungen des Bonner Grundgesetzes […] zu übernehmen«, wobei es seiner Meinung am besten sei, »wenn Ihr überhaupt auf Grundrechte verzichtet und in der Präambel der Verfassung einen Hinweis auf die Formulierungen des Bonner Grundgesetzes gebt«[29], da diese Formulierungen Zustimmung von CDU, SPD und FDP gefunden hätten.

Heuss' personalpolitisches Argument drehte sich vor allem um die Person Reinhold Maiers. Dem alten politischen Weggefährten und Duzfreund zu raten, auf einen Teil der Macht und das Amt des Ministerpräsidenten zu ver-

26 Heuss an Haußmann 17.4.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 587 (= BArch). Heuss bezog sich dabei auf die vier Abstimmungsbezirke Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern, die anlässlich der Volksabstimmung gebildet worden waren. Er plädierte für einen in einer großen Koalition möglichen Länderproporz, wobei er wohl hauptsächlich an die CDU-Befürworter eines Südweststaates gedacht haben dürfte. Zugleich wollte er damit sicherlich einer zu starken Dominanz der württemberg-badischen DVP vorbeugen.

27 Heuss an Haußmann 17.4.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 587 (= BArch).

28 Heuss an Haußmann 17.4.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 587 (= BArch).

29 Heuss an Haußmann 17.4.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 587 (= BArch).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zichten, um eine große Koalition zu ermöglichen, fiel Heuss sichtlich schwer: »Dass ich mich persönlich und sachlich freuen würde, wenn er [Reinhold Maier, MW] auch das Gründungskabinett des Südweststaates führen könnte, brauche ich nicht auszusprechen.« Der Bundespräsident stand vor der Zwangslage, »seinem« Landesverband und seinen politischen Freunden Maier und Haußmann in die Parade zu fahren und damit die Bundes-FDP wie auch die CDU zu stärken, weil er von der Notwendigkeit einer großen Koalition überzeugt war.
Heuss argumentierte aber nicht nur von seinem übergeordneten, auf die Integration des neuen Bundeslandes zielenden Standpunkt aus, sondern bezog auch die politische und personelle Lage im Südwesten ein. Er warnte davor, dass »eine personelle Insistenz« auf Maier durchaus zu einer Einigung von SPD und CDU unter Ausschluss der DVP führen könne. Maier habe aber nicht den »geschichtlichen Auftrag«, »Führer einer ›Opposition‹ zu werden«. Um das Plädoyer für einen Verzicht Maiers auf das Ministerpräsidentenamt weiter zu untermauern, war sich Heuss auch nicht zu schade, an seinen Verzicht auf das Amt des »Kultministers« zu erinnern, der damals Reinhold Maier ermöglichte, weiterhin Ministerpräsident von Württemberg-Baden zu sein. Heuss fügte noch hinzu, dass Maier durch »seine Erfahrung, seine die andere übertreffende Kenntnis des Landes und durch seine Klugheit sachliche Entscheidungen weiterhin in der Hand behalten« werde, wenn er beispielsweise als Justiz- oder Wirtschaftminister in ein Kabinett Müller eintreten würde.

Bezüglich seiner Taktik der Einflussnahme lässt sich feststellen, dass Heuss zunächst seine Meinung lieber über Mittelsmänner den Entscheidungsträgern zukommen ließ als mit diesen direkt in Kontakt zu treten. Dabei bediente er sich sowohl der Briefform als auch des persönlichen Gesprächs. Es verging über ein Monat, bis Heuss sich direkt mit Haußmann in Verbindung setzte; bis dahin waren seine Kontaktpersonen Ernst Mayer, Franz Blücher, Konrad Wittwer, Konrad Adenauer, Otto Gönnenwein, Willy Stahl, Hermann Höpker Aschoff und Paul Waeldin – und das heißt, er tauschte sich nur mit den Gegner einer »kleinen Koalition« aus, nicht jedoch mit den Befürworten und seinen alten Freunden Maier und Haußmann.
Was hat Heuss dazu bewogen, am 17. April dann doch Haußmann einen sehr langen und deutlichen Brief zu schreiben? Heuss selbst schrieb dazu: »Ich hatte mich in dieser Frage mit vollkommener Absicht nach dem 9. März zurückgehalten und auch darauf verzichtet, meine Auffassung Dir oder Reinhold brieflich vorzutragen.« Der Brief an Haußmann macht deutlich, wie groß bei Heuss die Verunsicherung war, ob Haußmann und Maier die Verhandlungen in seinem Sinne führen würden oder ob die große Koalition bei beiden lediglich ein Lippenbekenntnis darstellte. Diese Vermutung hatte bereits

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ernst Mayer in einem Brief an Heuss vom 1. April geäußert. Gespräche um den 9. April herum in Badenweiler mit Ernst Mayer, Otto Gönnenwein, Willy Stahl, Hermann Höpker Aschoff, Paul Waeldin und später mit Franz Gurk scheinen ihn darin bestärkt zu haben: »Er [Franz Gurk, MW] sagte mir nur ganz offen und zugleich besorgt, dass die Verhandlungen von Dir ziemlich schroff geführt würden und dass er die Empfindung habe, dass sie auf Bruch abgestellt seien. Ob er sich darin täuscht, weiss ich nicht […]. Aber eine Äußerung von Gönnenwein lässt mich vermuten, dass Du die Vorstellung hast, das alte Kabinett SPD/FDP von Württemberg-Baden könne im wesentlichen bleiben.«[30] Den Ausschlag für den Brief dürfte dann ein Artikel in der FAZ gewesen sein, »weil ja nun in der wohl besten deutschen Zeitung die Fragen der südweststaatlichen Regierungsbildung sehr persönlich auf Reinhold zugespitzt werden.«[31]

Diese Chronologie zeigt zugleich, in welchem Ausmaß Heuss versuchte, sich selbst ein umfassendes Bild der Lage zu machen, um dann über sein Eingreifen zu entscheiden. Euler hatte ihn beispielsweise gebeten, aufgrund sonst möglicher schwerer innerparteilicher Verwerfungen im Südwesten einzugreifen[32]; die gleiche Bitte hatte Adenauer mit dem Argument zu erwartender aufreibender Auseinandersetzungen in der Bonner Koalition geäußert. Heuss reagierte auch auf diese an ihn herangetragenen Wünsche, aber die von Euler und Adenauer vorgebrachten Argumente spielten in seinen Briefen keine Rolle. Eulers parteipolitische und Adenauers bundespolitische Erwägungen waren für Heuss augenscheinlich nebensächlich, ihm ging es vorrangig um ein rasches und möglichst reibungsloses Zusammenwachsen des neuen Bundeslandes.

Das änderte sich, als in einer dramatischen Sitzung am 25. April 1952 Maier entgegen der Tagesordnung nicht nur zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, sondern dieser zugleich auch sein Kabinett vorstellte und die offizielle Geburtstunde des neuen Bundeslandes verkündete. Heuss äußerte offen seine Bedenken: »Aber es wäre unredlich gegen mich wie gegen Dich, wollte ich […] verschweigen, daß neben dem Glückwunsch ad personam die argen Sorgen sachlich-psychologischer Natur stehen.« Heuss wiederholte dann noch einmal sein Hauptargument – die Integrationsproblematik – für die große Koalition: »Meine Befürchtungen zielen vor allem auf das innere Verwachsen-Können des südlichen Baden und des schwäbischen Oberlandes.«[33] In weiteren Briefen griff er anschließend aber auch partei- und bundespolitische

30 Heuss an Haußmann 17.4.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 587 (= BArch).
31 Heuss an Haußmann 17.4.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 587 (= BArch).
32 »Die Fraktion wäre Ihnen, lieber Theodor Heuss, ausserordentlich dankbar, wenn Sie ihren freundschaftlichen Einfluß auf Reinhold Maier geltend machen würden, um eine empfindliche politische Panne im Südwesten zu vermeiden.« Euler an Heuss 19.3.1952, SBTH, NL Heuss, N1221, 65 (=BArch).
33 Heuss an Maier 26.4.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 69 (= BArch).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Überlegungen auf, die er bisher nicht geäußert hatte. Die zu erwartenden parteiinternen Verwerfungen wie auch die bundespolitischen Folgen für die Verabschiedung der Westverträge dürften ihn dazu bewogen haben.
Dass Adenauer durch Maiers unerwarteten Schachzug eine sichere Bundesratsmehrheit für die EVG-Verträge verloren hatte, trug nicht gerade zu einem guten Verhältnis der beiden Politiker bei. Heuss sah darin eine Gefahr für die Beziehungen Baden-Württembergs zur Regierung Adenauer. Maier gegenüber bekundete er deshalb seine Absicht, Adenauer zu treffen und ihm zu sagen, »daß ich eine baldige und gründliche politische Aussprache zwischen Euch beiden für ein absolutes Staatserfordernis halte«. Die Verbesserung der Atmosphäre zwischen Maier und Adenauer war Heuss wichtig, aber nicht Selbstzweck: »Das neue Land hat für die Gesamtentwicklung stark an Gewicht gewonnen. Damit ist nicht nur Deine Verantwortung gewachsen, sondern auch die Notwendigkeit für die Bundesregierung, über die Funktion des Gewichtes für die Legislative wie für die Politik einigermaßen Bescheid zu wissen.«[34] Damit sprach Heuss nun doch das alle Beteiligte bewegenden Problem der anstehenden Abstimmung im Bundesrat über den EVG-Vertrag an, auch wenn es nach wie vor nicht seine Hauptsorge war. Gegenüber Adenauer erklärte Heuss, »er halte im staatspolitischen Interesse eine eingehende politische Aussprache des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident *Maier* für unbedingt nötig.«[35]
Die Wochen nach der Wahl Maiers zum Ministerpräsidenten waren für die FDP äußerst dramatisch, da vor allem die auf eine nationale Sammlungsbewegung zielenden Landesverbände, allen voran Hessen, schärfste Kritik am Vorgehen von Maier und Haußmann übten. Parteiausschlussforderungen und Austrittsdrohungen von Landesverbänden wechselten sich ab. Heuss schaltete sich aus Sorge um den Bestand seiner Partei ein. Vor einer Vorstandssitzung bat er Dehler dafür zu sorgen, dass der Vorstand kein Kommuniqué verabschiede, das die Fronten weiter verhärten könne.[36] In einem Brief an Mayer beklagte er, dass dies leider nicht gelungen sei und das nun doch verabschiedete Kommuniqué einen Tonfall habe, »der wie eine gewollte Verschärfung wirkt, und Stuttgart hat dann auch […] verärgert reagiert.«[37]

34 Heuss an Maier 26.4.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 69 (= BArch). Die Enttäuschung über das Vorgehen von Maier und Haußmann wird auch daran deutlich, dass Heuss auf einen langen Erklärungsbrief Haußmanns nicht reagiert, sondern lediglich Mayer gegenüber das Unbefriedigende der Haußmannschen Erklärungen erwähnt. Haußmann an Heuss 25.5.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2194 (= BArch).; Heuss an Mayer 25.5.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 174 (= BArch).
35 Adenauer, Konrad/Heuss, Theodor: Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1997,Nr. 15 (28.4.1952), S. 88.
36 »Dehler telefonisch gebeten, sie sollten wohl den Komplex behandeln, aber kein Kommuniqué darüber loslassen.« Heuss an Mayer 20.5.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 174 (= BArch).
37 Heuss an Mayer 20.5.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 174 (= BArch); Gutscher, Entwicklung der FDP (wie Anm. 4), S. 125.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

In einem weiteren Brief an Mayer hieß es zwar: »Ich will aber jetzt schriftlich in die Geschichte nicht weiter eingreifen«[38], aber nachdem der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP einen Sonderparteitag zur Frage der Regierungsbildung im Südwesten gefordert hatte, griff Heuss wieder zur Feder und schrieb einen ausführlichen Brief an den Parteivorsitzenden Blücher mit einem Durchschlag an den Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen Friedrich Middelhauve. Zu Beginn des Briefes argumentierte Heuss noch staatsmännisch: Er fürchtete bei öffentlichen Auseinandersetzungen die Gefahr, »nicht bloss die Partei stark zu schädigen, sondern für die deutsche Politik sehr abträglich zu wirken.«[39]

Als er auf den geforderten Sonderparteitag zu sprechen kam, ging es Heuss darum, parteipolitischen Schaden von der FDP abzuwenden. Zunächst verlangte er eine Aussprache zwischen Blücher und Haußmann[40], um den öffentlichen Parteistreit zu vermeiden. Der vom nordrhein-westfälischen Landesverband geforderte Sonderparteitag war für Heuss »eine schiere Unmöglichkeit«: »Der Versuch aber, eine Art von Diktat unter Bedrohung auszusprechen oder sogar […] diese Entscheidungen auf die Linie von Ehrentscheidungen zu schieben, ist vollkommen sinnlos und im letzten ja auch gegen ein Grundelement der parlamentarischen Demokratie, nach der eine Fraktion bezw. ein Abgeordneter sein Mandat nur nach seiner eigenen Überzeugung und nicht nach Anweisungen von aussen auszuüben hat. Dass dies in vielen Fällen lediglich eine Fiktion ist, weiss ich natürlich auch. Aber gerade unsere Partei darf nicht damit beginnen wollen, Scherbengerichte zu errichten, bei denen der Angeklagte mit Recht die Unzuständigkeit des Richters feststellt.«[41]

Auch wenn Heuss das Vorgehen der DVP verurteilte, wehrte er sich doch gegen eine öffentliche Anklage und Verurteilung. Er pochte auf demokratische Grundrechte und übernahm damit die Argumentation seines ehemaligen Landesverbands. Durchschläge des Briefes gingen außer an Blücher auch an Middelhauve, Mayer und Schäfer, wobei er in den jeweiligen Anschreiben das Vorgehen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes mal schärfer, mal diplomatischer angriff, aber vor allem darauf drängte, die Regierungsbil-

38 Heuss an Mayer 25.5.1952, SBTH, NL Heuss, N 1221, 174 (= BArch).

39 Heuss an Blücher 31.5.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2194 (= BArch).

40 Beide hatten sich in öffentlichen Erklärungen gegenseitig bezichtigt, die Unwahrheit zu sagen. Vgl. dazu die beiden Erklärungen, die Blücher in der FDP verbreitet hat vom 10. und 20. Mai 1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2194 (= BArch); sowie Haußmann an Blücher 4.7.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122,2194 (= BArch).

41 Heuss an Blücher 31.5.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2194 (= BArch).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dung als Faktum zu akzeptieren und in einer Aussprache wieder zu gemeinsamer politischer Arbeit zu finden.[42]
Auf die Antwortschreiben ging Heuss nicht einzeln ein, nur auf die Reaktion Middelhauves, der indigniert war, weil Heuss nicht ihm direkt geschrieben hatte. »Meinen Sie, ich benutze Herrn Blücher als Umschlagsplatz für Sie? […] Ich habe mich selbstverständlich an Blücher gewandt, weil er mir für die Frage eines außerordentlichen Parteitages als der hierfür zuständige Mann erschien. Wenn ich etwa das Bedürfnis habe, Ihnen etwas mitzuteilen, bin ich unbefangen genug, direkt an Sie zu schreiben.« Dann forderte er Middelhauve noch einmal zur Mäßigung gegenüber der DVP auf: »Man soll und darf natürlich die Gesamtfragen nicht verharmlosen und bagatellisieren, aber man soll sie auch nicht dramatisieren, sondern in dem Versuch einer kameradschaftlichen Verständigung verbleiben. Die Württemberger werden Sie auf die bayerische Situation hinweisen und werden ihnen auch sagen, daß es Ihnen nicht bekannt geworden sei, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen die ehemalige SPD- und FDP-Regierung in Bremen als eine Art von Parteiverrat betrachtet habe.«[43]

Außenpolitik mit parteipolitischen Folgen

Die Bundesrepublik Deutschland stand nach der bedingungslosen Kapitulation, dem beginnenden Kalten Krieg und der dadurch hervorgerufenen faktischen Teilung in zwei deutsche Staaten vor gewaltigen außenpolitischen Herausforderungen. Erschwert wurde deren Bewältigung durch die mangelnden Souveränitätsrechte der Bundesrepublik und die dadurch nötigen Absprachen mit den alliierten Kontrollmächten. In Westdeutschland bestand zwischen den Parteien – abgesehen von der kommunistischen Partei – ein Konsens hinsichtlich grundlegender außenpolitischer Ziele: Deutschland sollte so rasch wie möglich in den Grenzen von 1937 wieder errichtet werden und möglichst bald in der westlichen Welt wieder zu einem gleichberechtigten Staat aufsteigen. Die Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage, ob nicht eine zu konsequente Westbindung das Ziel eines gesamtdeutschen Staates gefährden könnte. Adenauers Politik der Westbindung und Europäisierung stand somit von Anfang an unter scharfer Kritik der Opposition, vor allem Kurt Schumachers.

42 Vgl. Heuss an Mayer 31.5.1952, Heuss an Schäfer 31.5.1952, beide SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2194 (= BArch).
43 Heuss an Middelhauve, 6.6.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2194 (= BArch). Die Frage, ob Koalition auf Landesebene mit der SPD möglich sein sollten, wurde bereits auf einer Sitzung von Bundesvorstand und Fraktionsvorstand am 18./19.11.1949 diskutiert. Vgl. dazu: Jansen, Dritte Kraft (wie Anm. 5), S. 25ff.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Im Gefolge des Koreakrieges grassierte in Deutschland und bei den USA die Befürchtung, der Kalte Krieg könne in einen heißen übergehen, indem sich in Deutschland wiederhole, was in Korea geschehen sei. Die Verteidigung Europas vor einem sowjetischen Angriff war damit hoch brisant geworden und die USA und Großbritannien drängten auf einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Adenauer sah sofort die Chance, dadurch die Westintegration zu beschleunigen, aber auch für Deutschland mehr Souveränität zu erlangen. »Für ihn gingen die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Revision beziehungsweise die Ablösung des Besatzungsstatuts Hand in Hand.«[44] Für Frankreich war dies ein Albtraum, aber der Druck der Alliierten wurde sehr groß, so dass der französische Ministerpräsident Pleven 1950 einen Plan für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft präsentierte. Nach äußerst zähen und schwierigen Verhandlungen wurde 1952 der EVG-Vertrag unterzeichnet. In Deutschland waren die SPD-Opposition aber auch ein Teil der FDP skeptisch, ob dieser Vertrag nicht der Wiedervereinigung im Wege stünde. Vor allem die »Bindungsklausel«, die ein wiedervereinigtes Deutschland definitiv im westlichen Mächtebündnis verankert sah, erregte massiven Widerspruch. Gerade innerhalb der FDP war die nationale Integrität Deutschlands ein primäres Ziel, das man durch die Politik Adenauers gefährdet sah. Als erster formulierte Karl Georg Pfleiderer konzise im September 1952 Bedenken und forderte ein bündnisfreies Deutschland als Voraussetzung für eine mögliche Wiedervereinigung.
Seine Überlegungen fanden innerhalb der FDP zunächst kaum Widerhall, so dass die FDP nahezu geschlossen den Regierungskurs unterstützte. Als Thomas Dehler 1953 den Fraktions- und 1954 den Parteivorsitz übernahm, wurden die Konflikte der FDP mit den Unionsparteien in außenpolitischen Fragen heftiger. Dehler verhalf den Überlegungen Pfleiderers zu breiterer Resonanz und besonders die Frage einer möglichen Europäisierung des seit 1945 abgetrennten Saarlandes brachte die FDP in scharfe Opposition zum Kanzler, löste aber auch innerparteilich eine schwere Krise aus, die letztlich zu einer Parteiabspaltung führte.

Heuss, der diesen Meinungsverschiedenheiten der Parteien in außenpolitischen Grundsatzfragen von Amts wegen eigentlich fern stand, wurde einerseits in dieses umkämpfte Feld hineingezogen, andererseits mischte er sich auch aus eigenem Antrieb ein. Um es vorwegzunehmen: Dass Heuss in außenpolitischen Auseinandersetzungen eine aktive Rolle vor und hinter den Kulissen eingenommen hat, lässt sich zunächst nur schwer mit seiner politischen Biografie vereinbaren. Sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer

44 Schöllgen, Gregor: Jenseits von Hitler. Die Deutschen in der Weltpolitik von Bismarck bis heute, Berlin 2005, S. 223.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Republik lagen seine Interessensschwerpunkte als Journalist, Politiker und Dozent auf innenpolitischem und demokratietheoretischem Gebiet. Doch die hitzigen Debatten über den EVG-Vertrag und das Saarabkommen sowie die damit zusammenhängenden parteipolitischen Folgen in Form des Sturzes von Dehler als Minister und des Koalitionsbruchs 1956 veranlassten Heuss, sich auch auf dem Feld der Außenpolitik einzumischen.

Heuss als Stütze Adenauers? – Das Gutachtenersuch zum EVG-Vertrag

Der EVG-Vertrag war in außenpolitischer und verfassungsrechtlicher Hinsicht hochgradig umstritten. Würde eine Wiederbewaffnung Deutschlands im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht die Wiedervereinigung erschweren oder gar unmöglich machen? Konnte das Parlament angesichts dieser weitreichenden Konsequenzen überhaupt mit einfacher Mehrheit über den Vertrag abstimmen? Diese Fragen beschäftigten das politische Leben in Deutschland und lösten heftige Angriffe der SPD auf die Regierung aus.

In diesem Konflikt zwischen Opposition und Regierung agierte Heuss zunächst in seiner Funktion als Bundespräsident. Er erbat vom Bundesverfassungsgericht im Juni 1952, wahrscheinlich durch Justizminister Dehler beraten,[45] ein höchstrichterliches Gutachten zu der Frage: »Steht der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Widerspruch zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, soweit durch ihn auf Grund des Artikels 24 des Grundgesetzes die zwischenstaatliche Einrichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft berechtigt wird, europäische Wehrhoheit unter Zugrundelegung der Wehrpflicht der Staatsbürger der Mitgliedsstaaten auszuüben?«[46]

Heuss begründete später – nachdem er seine Bitte um ein Gutachten zurückgezogen hatte – seine Anfrage zum einen damit, »für die eigene Entscheidung sich frühzeitig eine Rechtsberatung« zu sichern, zum anderen damit, die Frage des Wehrbeitrags nicht von einem Gericht, sondern von den Parlamentariern entscheiden zu lassen.[47]

45 Dehler hatte noch in einem frühen Stadium eine Gutachtenanfrage des Bundespräsidenten erwogen, dies aber verworfen. Er blieb auch weiterhin skeptisch, hat dann aber bei der Formulierung des Gutachtens beratend gewirkt. Dazu Wengst, Udo: Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie. München 1997, S. 205ff. Pikart, Eberhard: Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie, Zürich 1976, S. 106; Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart 1981, S. 172.

46 Zitiert nach Baring, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München/Wien 1969, S. 224.

47 Pressemitteilung des Bundespräsidialamtes, 10.12.1952, in: Der Kampf um den Wehrbeitrag 2. Halbband: Das Gutachtenverfahren, München 1953, S. 811.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dieses Ansinnen verletzte keineswegs die präsidiale Neutralität[48], bewegte sich vielmehr im Rahmen der vom Grundgesetz vorgesehenen Aufgaben und Rechte des Bundespräsidenten, der in einer derart schwierigen und für Deutschland existentiellen Frage den Rat des Bundesverfassungsgerichts einholte, um seiner Rolle als »Hüter der Verfassung«[49] nachzukommen und den Weg für eine politische Entscheidung frei zu machen.

Die Regierungskoalition erwartete ein für die eigene Position positives Gutachten und hoffte, damit den parlamentarischen und juristischen Widerstand der Opposition zu überwinden. Zunächst schien diese Erwartung aufzugehen, denn das Bundesverfassungsgericht lehnte die schon im Januar 1953 – also vor der Paraphierung der Verträge – eingereichte oppositionelle Klage zur Feststellung einer notwendigen Verfassungsänderung für den Fall eines deutschen Wehrbeitrags ab. Allerdings kursierten Gerüchte, das Gutachten werde doch nicht das erhoffte Ergebnis bringen, woraufhin sich die Regierung entschloss, nun ihrerseits eine taktisch motivierte Klage gegen die Opposition einzureichen. Diese sollte den oppositionellen Widerstand untergraben, indem man die Opposition der haltlosen Obstruktion bezichtigte, weil nach Lesart der Regierung durch den Gang der Opposition zum Bundesverfassungsgericht der Wille deutlich geworden sei, diese werde auch eine mehrheitliche Zustimmung zum EVG-Vertrag in dritter Lesung nicht akzeptieren. Ein solches Vorgehen schränkte in den Augen der Regierung den Bundestag in seinen verfassungsmäßigen Rechten ein, weshalb das Gericht zugleich feststellen sollte, dass eine einfache Mehrheit für die Annahme des Vertragswerks ausreiche. Die Regierungskoalition hoffte, dass diese Klage vor dem Gutachten behandelt und vom »schwarzen Senat« positiv beschieden werde, so dass das Gutachten obsolet werden würde.

Das Bundesverfassungsgericht fasste diese Klage und das offenkundige Taktieren mit »rotem« und »schwarzem Senat« als Instrumentalisierung und damit als Angriff auf seine Autorität auf und beschloss deshalb, das Gutachten zuerst zu verhandeln und das Votum für beide Senate bindend zu gestalten. Das Gutachten hätte dadurch keinen beratenden Charakter mehr gehabt, sondern alle späteren Urteile präjudiziert.

Durch diese Entscheidung aufgeschreckt beschloss das Kabinett den »Gang zum Bundespräsidenten und überzeugte diesen ohne große Diskussion, daß der einzige Ausweg in einer Zurücknahme des Ersuchens um ein Gutachten

48 Dazu Blücher: Der Bundespräsident hat ein Gutachten angefordert, »weil er die überparteiliche Stellungnahme der Präsidialgewalt besonders dadurch unterstreichen wollte, daß er das Votum der höchsten Stelle haben will. Er hält es für nötig, daß sich die Präsidialgewalt als besonderer Zeuge äußerster Vorsicht und als Zeuge für die Vermeidung einer jeden irgendwie partei- oder koalitionsgebundenen Gewalt darstellt«. FDP-Bundesvorstand. (wie Anm. 18), S. 334.

49 Heuss, Theodor: Rundfunkansprache vom 10.12.1955, abgedruckt in: Dahrendorf/Vogt, Theodor Heuss (wie Anm. 9), S. 412-413, hier S. 413.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bestand.«[50] Heuss tat dies auch, was in der Öffentlichkeit als parteiisches Handeln zugunsten Adenauers gewertet wurde – und dies ist auch wahrscheinlich, hatte Heuss doch im November 1952 an Dehler geschrieben: »Ich selber möchte hoffen dürfen […] daß die Meinungsbildung der Richter im Bundesverfassungsgericht sich nicht gegen die politischen Notwendigkeiten, wie ich sie sehe, stellen wird.«[51] Er war demnach von der Notwendigkeit des EVG-Vertrages überzeugt und rechnete mit einem für die Regierung positiven Gutachten aus Karlsruhe. Heuss stimmte sowohl inhaltlich mit Adenauers Außenpolitik überein als auch mit dessen juristischer Einschätzung dass über eine Wiederbewaffnung eine einfache Bundestagsmehrheit entscheiden könne.[52]

Um dem Eindruck in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken, er habe parteiisch gehandelt, erklärte Heuss sein Verhalten in einer Pressemitteilung und einer Rundfunkansprache folgendermaßen: »Nachdem dem Bundespräsidenten der Wortlaut des Beschlusses des Bundesverfassungsgericht vom 8. Dezember mitgeteilt war, wonach das von ihm erbetene Rechtsgutachten sowie alle anderen Gutachten beide Senate in ihrer Rechtsentscheidung binden, hat er sich entschlossen, sein Gesuch um ein Rechtsgutachten zurückzuziehen, da ihm der Charakter eines Gutachtens schlechthin und in seinem grundsätzlichen Wesen durch diese Entscheidung aufgehoben zu sein scheint.«[53]

Diese Gründe spielten sicherlich auch eine Rolle für sein Verhalten, doch waren es eben nicht nur derartig »neutrale« Gründe wie etwa die Überzeugung, »daß nicht eine justizförmige Politik die Verantwortungen und Entscheidungen den im legitimen Kampf ringenden Kräften und Gruppen abnehmen kann«[54], und die Infragestellung der eigenen Autorität als »Hüter der Verfassung«, sondern auch der Konsens mit dem Kanzler in den inhaltlichen und formalen Fragen. Heuss hat sich gegen den Vorwurf, Handlanger Adenauers gewesen zu sein, vehement zur Wehr gesetzt: »Dieser mein Entschluß

50 Schwarz, Ära Adenauer (wie Anm. 45), S. 176. Laut Adenauer hatte Heuss diesen Entschluss sogar schon vor dem Eintreffen der Kabinettsdelegation getroffen, wollte aber bevor er die Richter in Karlsruhe davon in Kenntnis setzte noch mit Ollenhauer sprechen. Vgl. Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1953-1955, Stuttgart 1966, S. 184.

51 Heuss an Dehler 25.11.1952, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 83-86, hier S. 84. Zudem gehörte für Heuss zu einem Staat eine Armee unabdingbar dazu. Vgl. Pikart, Heuss und Adenauer (wie Anm. 45), S. 55.

52 »Bundespräsident erklärt, daß nach seiner Auffassung ein Wehrgesetz durch einfaches Bundesgesetz erlassen werden könne, da jedem demokratischen Staat das Recht der Selbstverteidigung und deshalb auch die gesetzliche Regelung dieser Materie zustehe, auch wenn es nicht ausdrücklich in der Verfassung erwähnt sei.« Adenauer/Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 35), Nr. 12 (17.1.1952), S. 74. Dazu auch: Pikart, Heuss und Adenauer (wie Anm. 45), S. 104f.

53 Pressemitteilung des Bundespräsidialamtes, 10.12.1952, in: Kampf Wehrbeitrag (wie Anm. 47), S. 811. Vgl. auch Heuss an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, 9.12.1952, in: ebd.

54 Heuss, Theodor: Rundfunkansprache vom 10.12.1955, abgedruckt in: Dahrendorf/Vogt (Hg.), Theodor Heuss wie Anm. 9), S. 412-413, hier S. 413.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

[…] hat nichts zu tun mit der sachlichen Bewertung des umkämpften Vertragswerkes. Ich pflege meine Entschlüsse aus eigener Entscheidung zu treffen – diese nimmt mir vor der Geschichte und vor meinem Gewissen niemand ab.«[55] Ohne Zweifel war Heuss nicht der verlängerte Arm des Kanzlers, sondern agierte aufgrund eigener Überzeugungen. Doch stimmten diese Überzeugungen in den Grundsatzfragen der Politik mit denen Adenauers überein und Heuss versuchte, mit seinem Einfluss Unterstützung zu geben. Auch nach dem Ende des Tauziehens um das Gutachten bemühte er sich, den Gang der Dinge in seinem und Adenauers Sinn zu beeinflussen. Heuss übte gemeinsam mit Adenauer vor der Abstimmung über die Westverträge im Bundesrat gehörigen Druck auf Reinhold Maier aus und spielte Zeuge und Gewährsmann, als der Chef des Bundespräsidialamts Klaiber dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten den Vorschlag Adenauers übermittelte, der Kanzler würde sich für Maier als Ministerpräsident einsetzen, selbst wenn seine Regierungskoalition in Baden-Württemberg nach einem »ja« im Bundesrat zerbrechen sollte.[56]

Heuss' Verhalten machte offenkundig, in welch starkem Maße er Adenauers Politik unterstützte. Er hat sich gegen diesen Vorwurf der Parteilichkeit später mit großen Engagement verteidigt[57] und versucht seine Neutralität zu stärken, indem er der SPD versprach, erst nach einer positiven verfassungsrechtlichen Prüfung den EVG-Vertrag zu unterzeichnen.[58] Während es Heuss gelang, den »Makel« der Parteilichkeit in der öffentlichen Wahrnehmung recht schnell abzustreifen, wirkten diese Vorgänge auf andere Weise noch lange nach. Als Justizminister spielte Dehler eine wesentliche Rolle in den geschilderten Kämpfen, agierte dabei aber in einer Art und Weise, die Heuss' Vorstellungen von einem Spitzenpolitiker deutlich widersprach. Der Bundespräsident entwickelte eine merkliche Antipathie gegenüber Dehler und war maßgeblich daran beteiligt, dass Dehler 1953 nicht wieder ins Kabinett berufen wurde.

55 Ebd., S. 412.

56 Matz, Klaus Jürgen: Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989, S. 413, S. 415; Pikart, Heuss und Adenauer (wie Anm. 45), S. 113.

57 In seiner Silvesteransprache von 1952 bemerkte Heuss zum Vorwurf der Parteilichkeit: »und dieser Vorwurf in einem Augenblick, da er [der Bundespräsident, MW] sich nicht in eine Sache mischt, sondern sich aus ihr zurückzieht, damit sein Amt nicht von dem Wechsel taktischer Überlegungen und prozeßtechnischer Entscheidungen in Mitleidenschaft gezogen werde.« Zitiert nach Baring, Außenpolitik (wie Anm. 46), S. 248.

58 FDP-Bundesvorstand. Erster Halbband (wie Anm. 18), S. 968. Heuss hatte auch vorher schon das Gespräch mit der SPD gesucht, um eine möglichst einheitliche Haltung in einer für die Bundesrepublik derartig wichtigen Frage zu erreichen, war damit aber gescheitert und hatte durch die Rücknahme seines Gutachtenersuchens bei der Opposition viel Kredit verspielt. Zu Heuss' Gesprächsbereitschaft s. z.B. Aktennotiz »Delegation der Bundestagsfraktion der FDP beim Bundespräsidenten am 25. Januar 1952«, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 31269 (= BArch).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Aus dem Briefwechsel zwischen Dehler und Heuss spricht ein verbindlicher, nahezu freundschaftlicher Ton seit den Tagen liberaler Parteigründungen nach 1945[59], als beide in der US-amerikanischen Zone und später im Parlamentarischen Rat zusammengearbeitet haben.

Im Zuge der anstehenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgericht zu den EVG-Verträgen kamen zwischen beiden Misstöne auf, als Dehler das Bundesverfassungsgericht öffentlich scharf angriff: »Ich möchte hoffen, daß in dem höchsten deutschen Gericht keine politischen Willensentscheidungen, sondern Rechtsentscheidungen fallen.«[60] Dehler, der den außenpolitischen Kurs Adenauers bis dato vorbehaltlos unterstützt hatte, war über die Schwierigkeiten, die EVG-Verträge zu ratifizieren, enttäuscht und zudem fest davon überzeugt, dass die Regierung korrekt handelte. Ein anders lautendes Votum des obersten deutschen Gerichts konnte deshalb seiner Meinung nach nur ein politisches und kein sachliches Urteil sein.

Als Heuss von Dehlers Äußerungen erfuhr, schrieb er ihm sofort einen Brief, stand ihm doch der Schaden vor Augen, den Dehlers Angriffe für das Ansehen des erst kürzlich gegründeten Bundesverfassungsgerichts bedeuten könnten.[61]

War das Verhältnis der beiden FDP-Politiker schon zu diesem Zeitpunkt auf einem ersten Tiefpunkt angelangt, so wurde es vollends zerrüttet, als die erwähnte Kabinettsdelegation den Bundespräsidenten bat, sein Gutachtenersuchen beim Bundesverfassungsgericht zurückzuziehen. Dehler war Mitglied dieser Delegation und hat nach Aussagen Heuss' ihn an seinen Amtseid erinnert. Dehler hat dies immer bestritten und beteuert, es handle sich um ein Missverständnis. Allerdings spricht viel für die Auffassung von Heuss, denn in den Kabinettsprotokollen wird Dehler mit folgenden Worten zitiert: »Bundespräsident ist oberster Hüter der Verfassung. Er ist mit seinem Eid verpflichtet, diesen Rechtsbruch zu verhindern. ›Er muß das Grundgesetz wahren und verteidigen‹.«[62]

Die Art und Weise, in der Dehler in fast präskriptivem Ton den Bundespräsidenten an seine Aufgaben und Pflichten gemahnte, hat Heuss tief verletzt. Er

59 Dehler war jedoch schon in der Weimarer Republik stark vom Denken Theodor Heuss' beeinflusst. Dazu: Wengst, Thomas Dehler (wie Anm. 45), S. 41.

60 Rede Thomas Dehlers auf dem Parteitag in Bad Ems 21.11.1952, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 86-95, hier S. 90.

61 Heuss an Dehler, 25.11.1952, in: ebd. S. 83-86, hier S. 84. Vgl. zu Heuss' Verteidigung des Bundesverfassungsgerichts auch: Besprechung Bundespräsident – Höpker-Aschoff – Bundeskanzler 19.12.1952, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 31269 (= BArch).

62 Sondersitzung der Bundesregierung, 9.12.1952, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 5: 1952, bearb. v. Kai von Jena, Boppard am Rhein 1989, S. 732-734, hier Anm. 6, S. 733.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

war aber nicht nur darüber erbost, sondern mindestens ebenso über die fortgesetzten verbalen Ausfälle[63], die sich Dehler erlaubte.[64] Die »Leidenschaftlichkeit und Exzentrik, die sich Dehler als Parteipolitiker bewahrt hatte und als Minister artikulierte,«[65] mussten mit Heuss' Politikverständnis und Stilempfinden kollidieren.
Diese Bedenken gegenüber Dehlers konfrontativen und viele verletzenden Politikstil verdichteten sich bei Heuss zu einer veritablen Abneigung gegen Dehlers Wiederberufung in das Kabinett nach der Bundestagswahl 1953. Heuss wurde auch gegenüber Dehler sehr deutlich und stellte klar, er habe »unter Äußerungen und Handlungen von Ihrer Seite, die ich für unklug oder falsch oder bedenklich hielt, geradezu gelitten.« Dies hätte dazu geführt, dass Heuss an seiner Demission nicht unbeteiligt gewesen sei: »Ich sah seit langem die Lage sich vorbereiten, wo ich mich zwischen menschlicher Freundschaft mit ihren Bindungen und die einfache Staatsraison mit ihren Verantwortungen gestellt sehen würde.«[66]

Preisgabe deutschen Territoriums? – Das Saarabkommen

Die Frage der staatsrechtlichen Stellung des Saargebiets war seit der Gründung der Bundesrepublik virulent und eingebettet in die Grundsatzentscheidungen über Westbindung, Europäisierung und Wiederbewaffnung.
Dementsprechend verliefen auch die Konfliktlinien zwischen CDU und FDP entlang der zu bereits geschilderten Linien: Hatte die FDP insgesamt bis 1953 Adenauers Außenpolitik nahezu vorbehaltlos unterstützt, änderte sich dies allmählich in Teilen der Partei nach den Bundestagswahlen 1953. Parteipolitische und inhaltliche Gründe waren für diesen Kurswechsel ausschlaggebend.
Das schlechte Wahlergebnis[67] (9,5% im Vergleich zu 11,9% 1949) wurde einerseits mit den Wirkungen der Naumann-Affäre und den öffentlich ausgetragenen Konflikten erklärt. Andererseits war die FDP enttäuscht darüber, dass offensichtlich die unbestreitbaren Erfolge der ersten Bundesregierung der CDU und nicht dem Koalitionspartner FDP angerechnet wurden. Diese Diagnose fiel auf den Parteivorsitzenden Blücher zurück, der es in den Augen vieler FDP-Funktionäre nicht vermocht hatte, die FDP-spezifische Position darzustellen und die Partei gegen die CDU und den übermächtig erscheinen-

63 »… die Meinung, ich könne Sie ermuntern, auf die Rolle des enfant terrible für eine Zeit zu verzichten, habe ich längst nicht mehr.« Heuss an Dehler, 28.05.1953, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 97.
64 Adenauer/Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 35), Nr. 20 (17.12.1952), S. 104.
65 Henning, Friedrich: Einleitung, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 11-21, hier S. 15.
66 Heuss an Dehler, 20.10.1953, in: ebd., S. 98.
67 Dazu und zum Folgenden Gutscher, Entwicklung der FDP (wie Anm. 4), S. 166ff.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den Kanzler zu profilieren. Genau dies sollte nun geschehen und als Dehler sein Ministeramt räumen musste, schien mit dem bayerischen Landesverbandsvorsitzenden ein idealer Kandidat gefunden. Dehler traute man aufgrund seiner rhetorischen Fähigkeiten zu, eine Strategie des begrenzten Konflikts gegenüber der CDU umzusetzen. Er entschied sich für das Feld der Außenpolitik und griff hier – das ist der inhaltliche Grund für den Kurswechsel – auf die Konzeptionen Pfleiderers zurück. Damit konnte er innerhalb seiner Partei trotz der bisherigen, andersartigen Regierungspolitik auf Resonanz stoßen. Die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten war ein zentrales Ziel freidemokratischer Außenpolitik, bei manchen eben auch um den Preis eines neutralen Deutschland.
Als der EVG-Vertrag in Paris 1954 scheiterte, brachten die folgenden Londoner und Pariser Verhandlungen für Deutschland zunächst eine wesentlich günstigere Position, denn unter anderem wurde vorgesehen, das Besatzungsstatut für Deutschland weitgehend aufzuheben und der Bundesrepublik eine Mitgliedschaft in der NATO zu ermöglichen. Im Rahmen dieser Verhandlungen einigten sich Frankreich und Deutschland auch über die Zukunft des Saarlandes, für das politisch ein autonomer und europäischer Status, wirtschaftlich eine Union mit Frankreich vorgesehen war. In einer Volksabstimmung sollten die Saarländer über diese Vereinbarungen entscheiden. Diese Einigung widersprach den Vorstellungen der FDP, die bereits vor Adenauers Paris-Reise im Oktober 1954 einen Vierzehnpunkte-Vorschlag verabschiedet hatte, in dem unter Anerkennung der französischen Wirtschaftsinteressen die Wiedereingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik gefordert wurde. Damit waren Koalitionskonflikte nahezu unvermeidbar, zumal für niemanden abzusehen war, wie die Saarbevölkerung abstimmen würde. Aus Sicht der FDP war deshalb das Saarabkommen eindeutig eine Preisgabe deutschen Territoriums.

Eine derartige Sichtweise musste die Koalition und vor allem das Verhältnis der führenden Protagonisten schwer belasten, stand dahinter doch letztlich der Vorwurf, basale deutsche Interessen zu verraten. Diese Anschuldigung blieb zunächst unausgesprochen, aber bereits am 15.11.1954 kam es zu einem ersten Höhepunkt der Auseinandersetzungen. Die FDP/DVP im baden-württembergischen Landtag hatte folgenden Antrag eingebracht: »Der Landtag wolle beschliessen, die Landesregierung zu ersuchen, bei der künftigen Beratung der Pariser Verträge durch den Bundesrat das Saarabkommen abzulehnen und ihm nur unter der Bedingung zuzustimmen, dass das Abkommen durch erneute Verhandlungen eine grundlegende Änderung seines Inhalts dahin erfährt, dass die Zugehörigkeit des Saargebiets und der darin wohnenden 930000 Deutschen zu Deutschland gesichert ist.«[68]

68 Zitiert nach: Müller an Adenauer, 15.11.1954, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2195 (= BArch).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dieser Antrag war politischer Zündstoff. Bei einer positiven Annahme hätte ein Länderparlament eine Landesregierung in ihrem Abstimmungsverhalten im Bundesrat festgelegt und dadurch den CDU-Ministerpräsidenten gezwungen, gegen seine Überzeugung zu stimmen. Zudem hatte der Antrag nur Aussichten auf Erfolg, wenn die mitregierende FDP/DVP die Stimmen der oppositionellen SPD erhalten würde.

Als Heuss von diesem Antrag erfuhr, war er über das Vorgehen »seines« Landesverbands erbost. In einem Brief an den Fraktionsvorsitzenden der FDP/DVP Gönnenwein formulierte Heuss seine grundsätzlichen Einwände. Nachdem er noch einmal seiner Enttäuschung über die Regierungsbildung im Südwesten 1952 Ausdruck verliehen hatte, fuhr er unmissverständlich fort: »Aber ich würde mir ein Versäumnis zum Vorwurf machen müssen, würde ich Ihnen als Fraktionsvorsitzendem nicht ein ernstes Wort darüber sagen, dass ich den Antrag wegen der Festlegung der Regierung zu dem in Behandlung befindlichen Saarabkommen vor dem baden-württembergischen Landtag mit dem Auftrag einer dezidierten Stellungnahme politisch wie staatsrechtlich für einen Unfug halte.«[69]
Mit diesem Eröffnungssatz gab Heuss die Linie seiner Argumentation vor. Aus verfassungspolitischen und historischen Überlegungen heraus lehnte er Bindungsbeschlüsse des Parlaments für die jeweilige Regierung ab. Dies habe es schon einmal anlässlich des Dawes-Planes in der Weimarer Republik gegeben, verhindere aber eine »elastische Außenpolitik« und widerspreche der Föderativgestaltung. Ein derartiger Beschluss »macht ja […] eine Regierung zum interfraktionellen Dauerausschuss und entkleidet sie damit ihres eigenen selbständig formenden Charakters.«[70] Heuss führte es hier nicht näher aus, aber diese Ansichten gründen auf seinem schon in der Weimarer Republik ausgebildeten Verständnis von Staat, Führung und Demokratie. Er war der Meinung, »daß der demokratische Staat nur leben kann, wenn er Autoritäten, Befehlsinstrumente in seinen Gewaltenaufbau eingefügt hat«[71], wenn also die Exekutive eine gewisse Machtfülle besitzt und eben nicht zu einem »interfraktionellen Ausschuss« degradiert wird.
Mit dieser Einschätzung rannte Heuss bei Gönnenwein offene Türen ein, der sich mit dem Antrag seiner Fraktion überrumpelt fühlte und gegenüber Haußmann die gleichen Bedenken wie Heuss äußerte.[72] Für Heuss war diese Frage

69 Heuss an Gönnenwein, 18.11.1954, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2195 (= BArch).
70 Heuss an Gönnenwein, 18.11.1954, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2195 (= BArch).
71 Heuss: Anmerkungen zum Schlagwort, in: Der Türmer 23, 1 (1920/21), S. 271; zitiert nach Heß, Heuss vor 1933 (wie Anm. 24), S. 48.
72 Gönnenwein an Haußmann, 19.11.1954; Gönnenwein an Heuss, 21.11.1954, beide SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2195 (= BArch).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

aus allgemein staatsrechtlichen Gründen heraus von hoher Bedeutung und er versuchte deshalb, losgelöst von der Saarfrage, alle Parteien in Bonn von seiner Meinung – »Länderparlamente als Organ bindender Instruktionen gleich Unfug« – zu überzeugen.[73] Nach einigem Hin und Her[74] hatte er damit in Baden-Württemberg Erfolg, denn der »Saarantrag der FDP ist im Ständigen Ausschuß des Landtages in der vergangenen Woche zurückgestellt worden«.[75]

Damit war die Krise in Baden-Württemberg zwar behoben, aber die viel bedeutenderen Auseinandersetzungen auf Bundesebene standen noch bevor. Bei diesen überlagerten sich zwei Ebenen: auf der einen Seite die Koalitionskrise zwischen CDU und FDP, angeheizt durch den persönlichen Streit zwischen Adenauer und Dehler, auf der anderen Seite die FDP-internen Spannungen zwischen Befürwortern und Gegner des Saarabkommens.

Auf beiden Ebenen griff Heuss ein und versuchte zu vermitteln. Allerdings trat er hier, wie auch schon bei der Regierungsbildung im Südwesten und dem EVG-Vertrag nicht als präsidial-neutraler Vermittler auf, sondern vertrat dezidiert seine Meinung, die Adenauer und die »Kanzlerliberalen« stützte.

Seine Argumentation folgte dabei verschiedenen Logiken. Um die Entscheidungen in der FDP in die von ihm gewünschte Richtung zu lenken, bediente er sich einer verantwortungs-, einer sach-, einer partei- und einer symbolpolitischen Begründung. Gönnenwein formulierte eines der verantwortungspolitischen Bedenken, die auch Heuss beschäftigten: »Wenn […] die Parteifreunde so argumentieren: die Pariser Verträge werden ja doch angenommen und ratifiziert, hintendrein können wir Demokraten aber sagen, wir seien mit Nachdruck gegen die vorläufige Lösung der Saarfrage eingetreten, so heiße ich das keine verantwortungsvolle Politik mehr.«[76] Genau dieses Problem sprach Heuss an, als er nach einem Treffen mit den Bundesministern der FDP an Dehler schrieb, dass »auch die Gruppe der realistisch denkenden Menschen, die in dieser Sache über einen geglaubten populären Stimmungseffekt hinaus sehen können, so gering ist wie mir das beschrieben wurde.«[77]

Für Heuss stellte das Kalkül, mit der Ablehnung des Saarstatuts Wählerstimmen zu gewinnen, eine verantwortungslose Politik dar, die nicht an der Sache,

73 Heuss an Gönnenwein, 22.11.1954, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2195 (= BArch).
74 Gönnenwein an Heuss, 28.11.1954, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2195 (= BArch).
75 Gönnenwein an Heuss, 12.12.1954, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2195 (= BArch).
76 Gönnenwein an Heuss, 12.12.1954, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 2195 (= BArch).
77 Heuss an Dehler, 24.02.1955, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 108-110, hier S. 108.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sondern am kurzfristigen parteipolitischen Gewinn orientiert war. In dieser Perspektive stellten sich für Heuss auch die konkreten Folgen für die Bundespolitik negativ und verantwortungslos dar: »Soweit ich übersehe, wollen einige Mitglieder der Fraktion an sich Zerbrechen der Koalition. Das sind aber keine politisch verantwortlich denkenden Menschen, sondern entweder Leute mit Ressentiments oder Rachsucht oder im besten Fall Gesinnungsethik. Verantwortungsethik wird […] bei ihnen nicht geübt.«[78]

In Heuss' politischem Denken spielte der Verantwortungsbegriff eine große Rolle, allerdings in einer zweifachen Bedeutung. Heuss meinte damit nämlich sowohl die Verantwortung gegenüber den Staatsbürger/innen als auch die Verantwortung, die gewählten Politikern zuerkannt, aber von diesen auch angenommen und ausgefüllt werden muss. Immer wieder wehrte sich Heuss dagegen, die Exekutive zu stark durch Gesetze und Parlamentsbeschlüsse in ihrer Handlungsfreiheit zu binden und damit folglich auch die exekutive Verantwortung einzuschränken. Diese Überzeugung spielte auch bei der Frage des Saarstatuts eine große Rolle. Den Bundesministern musste nach Heuss' Einschätzung »ihre Eigenverantwortlichkeit«[79] und Eigenständigkeit belassen werden, und sie durften deshalb nicht dem Fraktionszwang unterworfen werden. »Ihr könnt nicht nach meiner Meinung etwas wie Fraktionszwang auch für die Minister aussprechen. Ein Kabinett ist, wie oft habe ich das gesagt, etwas anderes wie [sic!] ein interfraktioneller Dauerausschuß.« Würden die Minister jedoch gebunden, wäre eine Koalitionskrise unausweichlich, was Heuss »geradezu für leichtfertig«[80] hielt.

Neben diesen allgemeinen Erwägungen sprachen auch inhaltliche Überlegungen für das Saarstatut. In Heuss' Augen war es »realpolitisch klar […], daß zwischen den verschiedenen Verträgen ein Junktim«[81] bestehe und deshalb die Pariser Verträge nur um den Preis der Zustimmung zum Saarabkommen zu haben seien. Aber auch vom Saarstatut als solchem war Heuss, wenn auch nicht restlos, überzeugt: »Das Saarstatut sei sicherlich nicht glücklich in allen seinen Einzelheiten, aber doch eine politische Etappe auf dem Wege der Besserung der innenpolitischen Lage der Saarbevölkerung und einer späteren Rückkehr dieses Gebietes zu Deutschland.«[82] Mit dieser Einschätzung der Sachlage befand sich der Bundespräsident im Einklang mit dem Bundeskanzler und stützte ein weiteres Mal dessen Außenpolitik.

78 Heuss an Dehler, 24.02.1955, in: ebd., S. 108-110, hier S. 109.
79 Aufzeichnung über Unterredung Bundespräsident – Dr. Thomas Dehler am 14. April 1955, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 31269 (= BArch).
80 Heuss an Dehler, 24.02.1955, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 108-110, hier S. 109.
81 Aufzeichnung über Unterredung Bundespräsident – Dr. Thomas Dehler am 14. April 1955, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 31269 (= BArch).
82 Aufzeichnung über Unterredung Bundespräsident – Dr. Thomas Dehler am 14. April 1955, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 31269 (= BArch).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schließlich hielt Heuss eine Ablehnung des Saarabkommens auch aus parteitaktischen Gründen für ungeschickt. Das Kalkül, dadurch eine weit verbreitete Stimmung in der Bevölkerung aufgreifen und so Wählerstimmen gewinnen zu können, war für Heuss wenig erfolgversprechend, da »die große Masse der Bevölkerung die Saarproblematik nicht so zugespitzt sieht, wie sie von Euch jetzt vordergründig behandelt wird.«[83] Überdies sei ein derartiges Abstimmungsverhalten für die CDU schwer tragbar, »wenn die FDP zwar die günstigen Pariser Verträge akzeptiere, aber das unpopuläre Saarstatut ablehne«.[84]
In diesen außenpolitischen Kontroversen kam dem Verhältnis von Adenauer und Dehler eine besondere Rolle zu, da Dehler den Kanzler in vielen Reden äußerst scharf angriff und Adenauer oft nicht minder schroff darauf reagierte. War Heuss aus den genannten Gründen grundsätzlich nicht auf Seiten Dehlers, so echauffierten ihn dessen unüberlegte Worte, und er nahm bei seiner Kritik kein Blatt vor den Mund. Dehlers Bundestagsrede vom 25. Februar qualifizierte er als »degoutant […]. Er habe die Rundfunkübertragung der Rede teilweise angehört und sich überzeugt, daß Dehler an manchen Stellen seiner Rede in die Tonart und Lautstärke Adolf Hitlers verfallen sei.«[85] Wie angespannt das Verhältnis der beiden untereinander war, wird an dieser Aussage mit Händen greifbar. Heuss gab jegliche Zurückhaltung auf und machte seiner Empörung Luft. Für Heuss waren Fragen des politischen Stils, die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung und damit die symbolische Ebene der Politik sehr wichtig. Dehlers Verhalten war für ihn Ausdruck eines Politikertypus, dessen öffentliches Agieren die Demokratie gefährden konnte. Heuss plädierte auch in der politischen Auseinandersetzung für ein gewisses Maßhalten und für Fairness.[86]

Mit seinen Argumenten erreichte Heuss nur eine Minderheit in der FDP. Nachdem Dehlers Bundestagsrede vom 25. Februar sein Verhältnis zu Adenauer stark belastet hatte und auch von Parteifreunden stark kritisiert worden war, prallten auch die parteiinternen Gegensätze für jeden sichtbar aufeinander als bei der Abstimmung über das Saarabkommen im Bundestag die FDP-Fraktion nicht geschlossen mit »Nein« stimmte: Die FDP-Minister waren ent-

83 Heuss an Dehler, 24.02.1955, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 108-110, hier S. 108.
84 Aufzeichnung über Unterredung Bundespräsident – Dr. Thomas Dehler am 14. April 1955, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 31269 (= BArch).
85 Aufzeichnung über Unterredung Bundespräsident – Dr. Thomas Dehler am 14. April 1955, SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 31269 (= BArch).
86 Demokratie ist für Heuss die die »Anerkennung eines freien Menschentums, das auch im Gegner den Partner sieht, den Mitspieler. […] Sie [die Deutschen, MW] sind in der schauderhaften Lage, kein Wort zu besitzen, wie es etwas die Engländer haben, das Fairneß heißt.« Heuss, Theodor: Um Deutschlands Zukunft (1946), in: Ders., Reden (wie Anm. 25), S. 81-93, hier S. 92.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

weder der Abstimmung fern geblieben, hatten sich enthalten oder – wie Blücher – mit »Ja« gestimmt. Sowohl Dehlers Rede als auch Blüchers »Ja« lösten in der FDP starke Reaktionen aus, die bis hin zu Rücktrittsforderungen reichten. Heuss lud daraufhin die FDP-Minister und einige Abgeordnete, die ebenfalls für das Saarabkommen eintraten, ein und versuchte, den drohenden Koalitionsbruch sowie die Demission Blüchers zu verhindern. Er hatte damit Erfolg und berichtete an Adenauer: »das geplante Mißtrauensvotum gegen Blücher sei vermieden worden, der Wille zur Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition sei klar zum Ausdruck gekommen.« [87]
Dieser Erfolg war jedoch nur von kurzer Dauer, denn auf dem einen Montag später abgehaltenen FDP-Parteitag in Oldenburg machte Dehler Adenauer zum Vorwurf, er sei für das Nichtzustandekommen einer gemeinsamen deutschen Außenpolitik verantwortlich. Adenauer fühlte sich durch diesen Vorwurf tief verletzt und in seiner Antipathie gegenüber Dehler bestätigt.[88] Trotzdem blieb Dehler bei seiner Auffassung und vertrat konsequent seine außenpolitische Position, dass eine Wiedervereinigung auf Grundlage der Westverträge unrealistisch und deshalb eine Modifikation nötig sei.

Außenpolitik als Trennungsgrund – Der Bruch der Koalition

Durch diese vor allem von Dehler vehement und öffentlichkeitswirksam vorgetragenen außenpolitischen Konzeptionen sah Adenauer die Grundlagen der Koalition gefährdet. Er forderte deshalb die FDP auf, folgende Frage eindeutig und vor der Debatte im Bundestag am 1. Dezember zu beantworten: »Steht die Bundestagsfraktion der FDP wie bisher auf dem Boden der Pariser Verträge, und zwar ohne Änderung?«.[89] Adenauer drängte auch auf eine Erklärung, in der die FDP ihren Willen kundtun sollte, auch in Zukunft in andere Fragen gemeinschaftlich mit der CDU zu handeln.
Von diesem Brief erhielt auch der Bundespräsident einen Durchschlag und ihm war nach einem Gespräch mit den Ministern Blücher und Preusker klar, dass die Koalition in Gefahr war.[90] Dehlers Verhalten charakterisierte er als »unbeherrschte Eskapaden«, kritisierte jedoch auch den Brief von Adenauer als »psychologisch verständlich, aber taktisch unbedacht«.[91] Noch einmal traf

87 Adenauer/Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 35), Nr. 36 (18.03.1955), S. 157.
88 S. dazu. Auszug aus der Rede von Dr. Thomas Dehler auf dem Parteitag in Oldenburg, 25.3.1955, Adenauer an Dehler, 1.4.1955, Dehler an Adenauer 7.4.1955, Adenauer an Dehler 12.4.1955, alle als Anhang zum Brief Dehler an Klaiber 14.4.1955 (Brief ist fälschlicherweise auf den 14.3. datiert), SBTH, Bundespräsidialamt, Amtszeit Heuss, B 122, 31269 (= BArch).
89 Adenauer an Dehler, 22.11.1955, teilweise abgedruckt in: Adenauer, Erinnerungen (wie Anm. 50), S. 80-82, hier S. 82.
90 Adenauer/Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 35), Nr. 45 (26.11.1955), S. 184f.
91 Heuss, Theodor: 24.11.1955, in: Ders.: Tagebuchbriefe (wie Anm. 10), S. 100

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

er sich mit Dehler und berichtete dem Kanzler, dass weitaus die Mehrheit an einer Fortsetzung der Koalition interessiert sei und Dehler keine Koalition mit der SPD für die Zeit nach der Wahl 1957 plane.[92]
Dennoch war Heuss durch den Verlauf der Dinge davon überzeugt, dass Dehler als Fraktionsvorsitzender abgelöst werden müsse und er versuchte sogar, Hermann Wellhausen zu überreden, gegen Dehler zu kandidieren.[93] Dieses Urteil stützte sich auf seine Einschätzung des FDP-Personals, die nicht gerade schmeichelnd ausfiel: »Gefährliche Zerfahrenheit in der FDP-Fraktion wegen unerfüllter (und unerfüllbarer) Ehrgeize und daher gegenseitige Herabsetzung, sehr schwer, die Gruppen nach Sachgewicht zu beurteilen«.[94] Damit scheiterte er genauso wie mit seinen Versuchen, die Koalition zu stabilisieren. Allerdings lag dies nicht allein in seinem Handlungsspielraum, denn zwei Dinge beschleunigten den Koalitionsbruch: Erstens die von der CDU eingebrachte Wahlrechtsreform, deren Grabenwahlrecht für die FDP existenzgefährdend werden konnte, und zweitens der damit in direktem Zusammenhang stehende Koalitionswechsel in Nordrhein-Westfalen.
Zunächst wurde Dehler durch Adenauers »Ultimatum-Brief« vom 22. November in der Fraktion gestärkt[95] und die Fraktion rückte noch enger zusammen, als die Union im Dezember die erwähnte Wahlrechtsreform vorschlug. Heuss war über diesen Schritt ebenfalls besorgt und riet dem Kanzler, einen Kompromiss in der Wahlrechtsfrage zu suchen, nicht zuletzt, um denjenigen in der FDP den Rücken zu stärken, die die Regierungskoalition fortsetzen wollten.[96] Erst durch den geplanten Wechsel der nordrhein-westfälischen FDP zur SPD zu Beginn des Jahres 1956 änderte Adenauer seine Haltung und steuerte auf eine Einigung zu. Die nordrhein-westfälische FDP ließ sich dadurch jedoch nicht beeindrucken und blieb bei ihrem Kurs, was Heuss sehr verärgerte, für den die Verantwortlichen eine »Gruppe von Personalehrgeizen«[97] waren. Er unterstützte die Bundesminister in ihrer Ablehnung »gegen den ziemlich tollen […] Versuch der Düsseldorfer Nazidemokraten, von dort aus mit SPD des Landes die Bundespolitik sozusagen an sich zu reißen«[98] und kritisierte mehrfach Dehlers Haltung als unentschlossen und widersprüchlich.[99]

92 Adenauer/Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 35), Nr. 45 (25.11.1955), S. 185
93 Heuss, Theodor: 12.12.1955, 13.12.1955, in: Ders.: Tagebuchbriefe (wie Anm. 10), S. 113, 115. Adenauer/Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 35), Nr. 46 (23.1.1956), S. 192.
94 Heuss, Theodor: 26.11.1955, in: Ders.: Tagebuchbriefe (wie Anm. 10), S. 101.
95 Heuss dazu: »…ich sagte A., daß er mit der Wahl der ultimativen Briefform D.'s Position (Mannentreue) selbst etwas gestärkt habe.« Heuss, Theodor: 12.12.1955, in: Ders.: Tagebuchbriefe (wie Anm. 10), S. 113.
96 Adenauer/Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 35), Nr. 46 (23.01.1956), S. 192.
97 Heuss, Theodor: 07.02.1956, in: Ders.: Tagebuchbriefe (wie Anm. 10), S. 143.
98 Heuss, Theodor: 14.2.1956, in: ebd., S. 147.
99 Dazu Heuss, Theodor: 14.2.1956, 23.2.1956, in: ebd., S. 147, 150.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Als der Koalitionsbruch in Nordrhein-Westfalen vollzogen worden war, versuchte Heuss noch, die Kanzlerliberalen davon abzuhalten, die Bundestagsfraktion zu verlassen. Für ihn war jetzt klar: »Die FDP steht in Gefahr zu platzen.«[100] Am 23. Februar war es dann soweit, denn die vier Bundesminister sowie weitere 12 Abgeordnete erklärten ihren Austritt aus der Fraktion – entgegen dem von Heuss gegebenen Rat, die Wahlen am 4. März in Baden-Württemberg abzuwarten. Heuss war tief enttäuscht und über die Zukunft seiner Partei sehr besorgt. Sein Groll richtete sich sowohl gegen Dehler und die nordrhein-westfälische FDP als auch gegen die Abgeordneten, die aus der Fraktion ausgetreten waren. In den Augen des ersten Bundesvorsitzenden hatten die FDP-Politiker ihre »individuelle(.) Glaubwürdigkeit« eingebüßt, die Heuss für sich in Anspruch nahm: »…meine entscheidende Position im Parlamentarischen Rat ruhte ja nicht so sehr auf den ›Einsichten‹, wie ein Staat aussehen könnte […]; sie ruhte auf der individuellen Glaubwürdigkeit. Diese aber hat Dehler bei einem guten Teil der eigenen Leute verloren […] Und das sah doch 48,49 noch ganz zukunftsmöglich aus! Aber es sind ein paar Leute dabei, die nun eben aus der Politik von Anfang an nicht nur den Beruf – das ist ja heute Schicksal – sondern den Broterwerb gemacht haben.«[101]
Für Heuss war dies auch insofern ein einschneidendes Ereignis, weil mit den 16 Ausgetretenen die letzten Politiker die FDP verlassen hatten, mit denen Heuss noch engen persönlichen Kontakt hatte. Besonders enttäuschend war für Heuss, dass sich nun in seinen Augen ehemalige Weggefährten nicht zu schade waren, sich gegenseitig »den Vorwurf des unbedarften Nationalismus« zu machen und dafür auch vor Stammtischparolen nicht zurückschreckten. Dehler und Maier waren für ihn die herausragenden Beispiele für den »schreckliche(n) Niveauschwund« der FDP.[102] Trotzdem traf sich Heuss noch einmal mit den vier Ministern, um über die Zukunft der »Abtrünnigen« zu sprechen. »Die Situation bleibt höchst verworren« und Heuss sah keine Lösung. Klar war für ihn, dass Dehler als Politiker und als Parteiführer untragbar geworden und für die Abwärtsentwicklung der FDP verantwortlich war: »…er macht die FDP zur Partei der Proleten. Schade auch um ihn.«[103]
Damit begann eine neue Phase im Verhältnis des Bundespräsidenten zu seiner Partei, denn in der Folgezeit äußerte er sich nur noch sehr sporadisch zu Entwicklungen innerhalb der FDP. Der »Niveauschwund« der Partei war für Heuss ebenso deprimierend wie die Erkenntnis, kaum noch persönliche Kontakte zu den maßgeblichen Personen in der FDP zu haben. Obwohl er die »Spaltung der FDP besonders bedauert« hat und im »staatspolitischen Inter-

100 Heuss, Theodor: 22.02.1956, in: ebd., S. 150.
101 Heuss, Theodor: 23.02.1956, in: ebd., S. 150.
102 Heuss, Theodor: 26.02.1956, 4.3.1956, in: ebd., S. 151, S. 153.
103 Heuss, Theodor: 09.03.1956, in: ebd., S. 155.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

esse eine starke liberale Partei nur begrüßen würde«, unternahm Heuss keinen ernsthaften Versuch mehr, die Partei wieder zusammenzuführen.[104]

»Verantwortung für das Allgemeine« – Fazit

Regierungsbildung im Südwesten, EVG-Vertrag und Ministersturz Dehlers, Saarstatut und Bruch der Koalition – Heuss hat als Bundespräsident zu wichtigen, vielfach auch die Bundesrepublik prägenden Entwicklungen dezidiert Stellung bezogen. Hat er damit seine Neutralität und Überparteilichkeit verletzt? Diese eingangs gestellte Frage lässt sich nicht mit einem klaren »Ja« oder »Nein« beantworten. Der Gründe dafür liegen in den unterschiedlichen Handlungsräumen des Bundespräsidenten sowie in der Diskrepanz zwischen den von Heuss verfolgten Zielen und den dafür eingesetzten Mitteln.
Der im öffentlichen Raum und offiziell agierende Heuss hat ohne Zweifel sein angekündigtes Rollenverständnis umgesetzt und damit für seine Nachfolger die Maßstäbe vorgegeben: »…aber mir scheint, daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellbogenveranstaltung ist, sondern daß es den Sinn hat, über den Kämpfen […] nun als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.«[105] Im Gegensatz dazu steht der hinter den Kulissen, im Arkanraum der Politik Briefe schreibende und Gespräche führende Heuss, der auf diesen Wegen versuchte, seine Vorstellungen in der FDP durchzusetzen.
Dieses zweifelsohne als parteilich zu bezeichnende Verhalten erhält seine Spezifik erst im Kontext der bei Heuss nicht kongruenten Zweck-Mittel-Relation. Auf der Seite der Zwecke standen bei Heuss' Eingriffsversuchen Ziele, die alles andere als parteipolitisch genannt werden können. Sei es die Sorge um das Zusammenwachsen des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg, sei es die Überzeugung von der Notwendigkeit des EVG-Vertrags, sei es der als unverantwortlich erkannte Politikstil Dehlers, das als erforderlich erachtete Saarabkommen oder die Warnung vor dem Koalitionsbruch – Heuss hatte nicht vorrangig den Erfolg der FDP im Auge, sondern übergeordnete Belange. Seine staatspolitischen Interessen hat er jedoch nicht mit »präsidialen« Mitteln wie öffentlicher Rede oder offiziellen Gesprächen mit Vertretern aller Parteien durchzusetzen versucht, sondern mit den Mitteln der Honoratiorenpolitik. Wohl wissend, dass in modernen Demokratien in parteipolitischen Auseinandersetzungen die öffentliche Rede ein recht stumpfes

104 Adenauer/Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 35), Nr. 53 (19.11.1956), S. 217. Heuss erklärte sich in diesem Gespräch zwar bereit, »die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung der FDP und FVP zu prüfen«, aber ein derartiges Unterfangen lässt sich nicht nachweisen. Vgl. ebd., S. 218.

105 Heuss, Theodor: Bonn – 12. September (1949), in: Ders., Reden (wie Anm. 25), S. 105-109, hier S. 105f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schwert ist, hat Heuss sich mitten in die Parteipolitik begeben, ohne Politik für die FDP zu machen. Allerdings stammte seine Form der Parteipolitik aus dem 19. Jahrhundert und war deshalb nicht von Erfolg gekrönt. Um wirklich durchzudringen, hat es der Bundespräsident versäumt, Allianzen zu schmieden und Mehrheiten zu organisieren. Dies hing sicherlich mit der bekannten und von ihm auch selbst bekundeten Abneigung gegen Parteipolitik[106] zusammen, vielleicht aber auch mit der Sorge, durch parteipolitisches Taktieren das Ansehen des Amtes zu schädigen. Immerhin konnte er relativ sicher sein, dass seine Form der Honoratiorenpolitik nicht an die Öffentlichkeit dringen würde.

Dennoch bleibt unbeantwortet, ob Heuss' Überzeugungen und die daraus resultierenden Interventionen einer bestimmten Logik folgten. Offensichtlich war es keine parteipolitische Strategie, die der FDP dauerhaft einen Platz im politischen System der Bundesrepublik sichern sollte. Auch fehlten eigene konkrete Vorstellungen zur Gestaltung der verschiedenen Politikfelder Deutschlands, die Heuss' Handeln hätten leiten können. Nicht, dass er beispielsweise in außenpolitischen Fragen meinungslos gewesen wäre, aber er orientierte sich gerade auf außenpolitischem Gebiet stark an Adenauer. Um zu erklären, warum Heuss in den geschilderten Fällen seine Stimme erhoben hat, ist eine andere, vielleicht vorpolitisch zu nennende Ebene zu berücksichtigen.

In Heuss' Äußerungen tauchen immer wieder der Begriff »Verantwortung« und das dazu gehörende Begriffsfeld auf. Für Heuss bestand zwischen Verantwortung und politischem Handeln in Demokratien ein enger, ja beinahe unauflöslicher Zusammenhang. Geschult an dem von ihm hochgeschätzten Max Weber sah Heuss in der Verantwortungsethik offensichtlich einen wesentlichen Maßstab einer gelungen Demokratie.

Dieses Verständnis von Verantwortung war das Muster, das das Verhältnis von Heuss zur FDP prägte. Eine kurze Auflistung soll noch einmal knapp diese Tatsache ins Gedächtnis rufen: Die Freunde in »seinem« Landesverband erinnerte er daran, dass die Regierungsbildung das Zusammenwachsen des neuen Bundeslandes ermöglichen müsse und dass Reinhold Maier eine

106 »Die Parteien sind weiß Gott sehr diesseitige Gebilde mit allerhand Schlauheit, Taktik und kleinem Machtsinn.« Heuss, Theodor: Vor dem Parlamentarischen Rat (1949), in: Ders., Reden (wie Anm. 25), S. 94-104, hier S. 102f. Zur Wahl zum Parteivorsitzender 1948 schrieb Heuss: »Daß ich an die Spitze der Partei getreten [bin], ist, von mir aus gesehen, nur ein Opfer, keine irgendwie als Sieg empfundene Entwicklung meines Lebens, denn außer einer gewissen Beredsamkeit und dem Talent, Schwierigkeiten auszuweichen, bringe ich für dieses Amt nicht allzu viel mit. Vor allem fehlt mir der Trieb zum Organisatorischen und das Bedürfnis, im Rampenlicht spazierenzugehen.« Heuss an Traube 22.12.1948, in: Heuss, Erzieher zur Demokratie (wie Anm. 9) Nr. 170, S. 448-449, hier S. 448; vgl. ebd. Nr. 87, S. 280, Nr. 156, S. 425, Nr. 165, S. 441, 443. Siehe dazu auch: Hamm-Brücher, Hildegard: Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Theodor Heuss und die deutsche Demokratie, München 1984, S. 68.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gewachsene Verantwortung im Bundesrat trage und sich deshalb aus staatspolitischem Erfordernis mit Adenauer treffen sollte. Als Heuss begründete, warum er seine Bitte um ein Gutachten zurückziehe, verwies er auch darauf, dass das Parlament nicht die Entscheidungsverantwortung an die Justiz abgeben dürfe. Dehler wurde gemahnt, als Minister keine Stimmungsreden zu halten, sondern »mit absoluter staatlicher Verantwortung«[107] zu sprechen. Bei der Haltung zum Saarabkommen warnte er vor populistischer Meinungsmache und den treibenden Kräften des Koalitionsbruchs 1956 in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene warf er vor, Politik als »Broterwerb«[108] zu betreiben und sich vom persönlichen Ehrgeiz treiben zu lassen. Im Zuge der Auseinandersetzungen um das Saarstatut warnte er Dehler vor einem Koalitionsbruch und offenbarte seine politische Grundhaltung: »Das sind aber keine politisch verantwortlich denkenden Menschen, sondern entweder Leute mit Ressentiments oder Rachsucht oder im besten Fall Gesinnungsethik. Verantwortungsethik wird […] bei ihnen nicht geübt.«[109]

Diesen hohen Anspruch, verantwortungsethisch zu handeln und damit »für die (vorhersehbaren) *Folgen* seines Handelns aufzukommen«[110], hat Heuss für Politiker und damit auch für sich erhoben, ihn aber zugleich auf viele anderen Gruppen ausgedehnt. Die Bismarcksche Parlamentskonstruktion geißelte er, weil das Parlament »von der Exekutive und ihren konkreten persönlichen Verantwortungen«[111] ferngehalten wurde und durch die fehlende Mitwirkung nicht seine Funktion als »Erziehungsschule der politischen Verantwortung«[112] erfüllen konnte. Den Journalisten schrieb er die »außerordentliche Verantwortung für die Bildung einer ›öffentlichen Meinung‹«[113] ins Stammbuch und in Anlehnung an Max Weber machte er »jener unverbindlichen Schriftstellerei, die emotionellen Nationalismus oder sozialökonomische Utopie produzierte« den Vorwurf des »›Romantischen‹, das sich an sich selbst erwärmt. Ihm [Max Weber, M.W.] dem denkerisch herben Rationalisten, der die ›Vernünftigkeit‹ als Maß aller Entscheidungen forderte, war derlei ein individueller Luxus, den die Verantwortung für das Allgemeine dem politisch öffentlich Sprechenden einfach nicht verstatte.«[114] Ein letztes Beispiel sei

107 Heuss an Dehler 25.11.1952, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 83-86, hier S. 84.
108 Heuss, Theodor: 23.2.1956, in: Ders.: Tagebuchbriefe (wie Anm. 10), S. 150.
109 Heuss an Dehler, 24.02.1955, in: Heuss, Lieber Dehler (wie Anm. 21), S. 108-110, hier S. 109.
110 Weber, Max: Politik als Beruf, in: Ders.: Gesammelte politische Schriften, hrsg. von Johannes Winckelmann, 2. erw. Aufl. Tübingen 1958, S. 493-548, hier S. 540.
111 Heuss, Theodor: Max Weber in seiner Gegenwart, in: Max Weber. Gesammelte politische Schriften, hrsg. von Johannes Winckelmann. 2. erw. Aufl. Tübingen 1958, S. VII-XXXI, hier S. XIX.
112 Heuss, Theodor: Rede im Parlamentarischen Rat über die Grundalgen einer Verfassung (1948), in: Dahrendorf/ Vogt (Hg.), Theodor Heuss (wie Anm. 9), S. 349-366, hier S. 356.
113 Heuss, Max Weber (wie Anm. 111), S. VII-XXXI, hier S. XXIV.
114 Ebd., S. XXV.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

genannt: In seiner bedeutsamen Rede zum Widerstandskreis um den 20. Juli sprach Heuss von der »Verantwortung vor der *Geschichte*«, die das soldatische Führungspersonal zu übernehmen habe.[115]
Verantwortungsethik und demokratische Politik hingen für Heuss offensichtlich eng zusammen. Gepaart war dieses Handeln mit einem Politikverständnis, das noch zum Teil von den Einheitsvorstellungen der Jahrhundertwende geprägt war. In den großen Fragen erhoffte sich Heuss ein einheitliches, an der besten Lösung orientiertes Verhalten, das ein Gegenbild zu der tiefen Feindschaft politischer Parteien in der Weimarer Republik darstellen sollte. Durch das Scheitern der Weimarer Republik, das nicht zuletzt durch die fehlende Kompromissbereitschaft der Parteien hervorgerufen worden war, standen Heuss die Folgen eines parteiegoistischen und damit verantwortungslosen Handelns deutlich vor Augen. Wenn Wolfgang Becker Heuss als »Erzieher zur Demokratie« porträtiert, kann dieses Bild ergänzt werden um den verantwortungsethischen Politiker. Heuss ging es demnach um beides, um die Schaffung einer demokratischen politischen Kultur in der Gesellschaft und um die Bildung einer verantwortungsethischen politischen Klasse, die in zentralen Fragen des Staates parteipolitische Erwägungen hintan stellt. Hermann Rudolph hat Heuss treffend als einen Präsidenten beschrieben, »der eine gewisse Harmonie der obersten Verfassungsorgane demonstrieren (Hans-Peter Schwarz) und ein leuchtendes Gegenbild zur politischen Zerrissenheit der Weimarer Republik liefern wollte.«[116]

115 Heuss, Theodor: Vom Recht zum Widerstand – Dank und Bekenntnis (1954), in: Ders., Reden (wie Anm. 25), S. 212-222, hier S. 218.
116 Möller, Horst: Theodor Heuss. Staatsmann und Schriftsteller, Bonn 1990, S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hans-Heinrich Jansen

Unterwegs zur Einheit? Anmerkungen zur Deutschlandpolitik der FDP 1969-1982

Betrachtet man den traditionell engen Zusammenhang von Liberalismus und Nationalismus im 19. Jahrhundert, dann war die Deutschlandpolitik, die Frage, wie die Bundesrepublik Deutschland auf die Teilung Deutschlands nach 1945 reagieren sollte, seit jeher eines der wichtigsten Themen für die FDP. Die Auseinandersetzungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier mit Bundeskanzler Konrad Adenauer über den Deutschlandvertrag und die EVG-Vereinbarungen aus dem Jahre 1952[1], die Diskussionen über den Pfleiderer-Plan[2], der Koalitionskonflikt über das Saar-Statut des Jahres 1954, die Kritik Dehlers am Ergebnis der Moskaureise Adenauers und seine verspätete Abrechnung mit Adenauers Außenpolitik 1958[3] sind nur die bekanntesten Stationen in den fünfziger Jahren. Unter dem Eindruck des Mauerbaus vom 13. August 1961 waren es im folgenden Jahrzehnt vor allem die umstrittenen Schollwer-Pläne[4] und der Entwurf eines Generalvertrages mit der DDR[5], mit denen die FDP deutschlandpolitisch auf sich aufmerksam machte, und dabei einen inhaltlichen Kurswechsel gegenüber den 50er Jahren andeutete, aber gleichzeitig deutlich machte, daß ihr das Thema unverändert wichtig war. Gemeinsam war den Konflikten der 50er und der 60er Jahre, daß es neben deutschlandpolitischen Positionen stets auch um innerparteiliche Fragen der FDP ging. Maier und Pfleiderer wollten in den frühen 50er Jahren den allzu Adenauer-Treuen in der FDP entgegentreten;

1 Vgl. Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989, hier S. 398-435.
2 Ebd.
3 An den Ergebnissen der Moskaureise hatte Dehler vor allem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR kritisiert, die die deutsche Teilung »geradezu verbrieft« habe. Vgl. Udo Wengst: Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie. München 1997, hier S. 250-260, 269 und S. 309-311.
4 Benannt nach dem Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle Wolfgang Schollwer. Zu den beiden Schollwer-Papieren aus den Jahren 1962 und 1967 vgl. Wolfgang Benz u. a. (Hrsg.), Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978, 185–204, und Wolfgang Schollwer: Deutschland- und Außenpolitik. Material zur Klausurtagung des Bundesvorstandes der FDP, 23. Dezember 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (künftig: DzD) V/1 (1966/67), S. 193–201.
5 Drucksache V/3866. Antrag der Fraktion der FDP, 12. Februar 1969, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode. Anlagen zu den Stenographischen Berichten Bd. 127, Bonn 1969.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ähnlich lagen die Dinge, als Dehler in der Kontroverse um das Saar-Statut neben dem Bundeskanzler auch den Ministerflügel der FDP bzw. mit seiner Bundestagsrede 1958 auch indirekt die Parteiführung um den mittlerweile nicht mehr ganz so Adenauer-feindlichen Maier attackierte. Auch im folgenden Jahrzehnt hatte die Deutschlandpolitik stets zugleich eine innerparteiliche Funktion, indem sie als ein Sammlungspunkt der Modernisierer in der FDP diente.

Ein Erfolg hat bekanntlich viele, zumeist selbsternannte Eltern. Dieses Diktum gilt, wie könnte es anders sein, auch für die so genannte »Neue Ost- und Deutschlandpolitik« der sozialliberalen Koalition. Selbst innerhalb der FDP gibt es gleich mehrere »Väter«. Mit dem Rückbezug auf den Pfleiderer-Plan und unter Hinweis auf die Überlegungen Schollwers reklamieren Liberale heute zumindest in zweifacher Hinsicht die geistige Urheberschaft. Ob damit den Überlegungen Pfleiderers, die einer völlig anderen Zeit vor der 2. Berlin-Krise und dem Mauerbau entstammten, – so interessant sie in diplomatiegeschichtlicher Sicht gewiß sein mögen – nicht eine falsche Ehre angetan wird, sei dahin gestellt. Sie mit den zeitlich und inhaltlich der Politik der 70er Jahre wesentlich näher stehenden Überlegungen Schollwers in eine Linie zu rücken, scheint auf jeden Fall mehr dem Bemühen geschuldet zu sein, eine kontinuierliche Parteivergangenheit zu konstruieren als der tatsächlichen inhaltlichen Nähe der beiden Konzepte. Ihre Gemeinsamkeiten liegen jedenfalls mehr in der Ablehnung von Adenauers Außen- und Deutschlandpolitik als in ihrer konzeptionellen Übereinstimmung.

In der Literatur und den Medien dominiert heute aber ein ganz anderer Vordenker der neuen Ostpolitik: Egon Bahr, der zweifelsohne ein wesentlicher Ideengeber war, aber darüber hinaus auch Hauptakteur der sozialliberalen Politik gegenüber dem Osten, und außerdem ein begnadeter Maler an seinem und Willy Brandts Bild in der Geschichte. Bahrs Tutzinger Rede aus dem Jahr 1963[6] mit dem bekannten Motto »Wandel durch Annäherung« gilt heute vielfach als Blaupause für die Politik nach 1969, wobei man getrost davon ausgehen kann, daß viele von denen, die das heute behaupten, die Tutzinger Rede gar nicht kennen, sondern dieses weit verbreitete Urteil einfach nur nachbeten. Aber es gibt auch andere selbsternannte Vordenker und selbst dem nationalliberalen Flügel der alten FDP zuzurechnende Politiker, die später zu den schärfsten Kritikern der Politik von Brandt und Scheel gehörten, meldeten hier Ansprüche an So beklagte Erich Mende sich bei verschiedenen Gelegenheiten und vor allem in seinen Memoiren, daß er auf der gleichen Tutzinger Tagung wie Bahr eine Rede ähnlichen Inhalts gehalten habe, nur Bahr aber heute in aller Erinnerung sei.[7]

6 Vgl. DzD IV/9 (1963), S. 572–575.
7 Vgl. Erich Mende: Von Wende zu Wende. Zeuge der Zeit 1962–1982. Bergisch Gladbach 1988, S. 120f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Bahrs Bemühen um Brandts und sein eigenes Bild in der Geschichte wird erfolgreich gestützt durch das seit langem der Forschung zur Verfügung stehende Depositum Egon Bahr im Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung, neben einigen staatlichen Aktenbeständen sicher der wichtigste Quellenbestand,[8] wenigstens bis 1974, als Bahr mit dem Kanzlerwechsel in Bonn aus dem Alltag der Deutschlandpolitik ausschied.[9] Zur Frage der Quellen muß hier weiter festgehalten werden: Aufzeichnungen über Koalitionsrunden und Notizen über die Beratungen im Kabinett liegen bisher lediglich von der Hand Sannes vor, also des Leiters der zuständigen Abteilung 2 im Bundeskanzleramt, der die »Neue Ostpolitik« im Bundeskanzleramt von Anfang an begleitet hatte. Seine Aufzeichnungen lassen keinen spezifischen FDP-Einfluß erkennen. Ob Sanne als ausgemachter »Schmidt-Mann« und Kanzleramtsmitarbeiter hier evtl. die FDP bzw. andere Ressorts zu kurz kommen läßt, könnte man nur prüfen, wenn man eine Überlieferung aus dem Umkreis der FDP-Teilnehmer hätte. Im Nachlaß Mischnick finden sich solche nicht, ob es in den Akten Genschers solche Aufzeichnungen gibt, ist unbekannt.
Angesichts der Bedeutung, die deutschlandpolitische Fragen an sich seit 1949 für die FDP hatten, und der gleich in mehrfacher Hinsicht selbst reklamierten Vordenkerschaft lohnt es sich, quellengestützt den Anteil der Liberalen an der Deutschlandpolitik, im engeren Sinne und als Teil der sogenannten »Neuen Ostpolitik«, der sozialliberalen Koalition der Regierungen Brandt/Scheel und vor allem Schmidt/Genscher näher zu beleuchten. Dabei wäre besonders zu fragen, welchen Einfluß die Liberalen auf die praktische Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition und deren Ausgestaltung im Detail tatsächlich genommen haben.

Nach der Bundestagswahl 1969 bildete die Deutschland- und Ostpolitik fraglos einen der wichtigsten Bausteine der sozialliberalen Koalition: »Die Regelung unseres (i. e. der Bundesrepublik Deutschland, HHJ) Verhältnisses zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR war

8 Den wichtigen Beständen von Seiten der SPD (im Archiv der sozialen Demokratie/Bonn allein das Willy-Brandt-Archiv, das Helmut-Schmidt-Archiv, das Depositum Egon Bahr, das Herbert-Wehner-Archiv, sowie das Helmut-Schmidt-Archiv Hamburg und der Teilnachlaß Herbert Wehner in der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung Dresden) stehen leider gleich aussagekräftige Bestände seitens der FDP nicht gegenüber, so daß die Geschichte der sozialliberalen Koalition, nicht nur ihrer Deutschland- und Ostpolitik, derzeit ganz überwiegend und entsprechend einseitig aus staatlichen oder SPD-Beständen geschrieben werden muß.

9 Bahr blieb allerdings auf zwei Ebenen weiter ostpolitisch aktiv, als vertrauter Ansprechpartner der sowjetischen Führung in Moskau, die er als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mehrmals besuchte, obwohl die UdSSR damals wohl kein vorrangiger Partner in der Entwicklungshilfepolitik war, und als Bonner Teil des Kanals Breshnew – Lednew – Bahr – Kanzler. Dazu vgl. Wjatscheslaw Keworkow: Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik. Berlin 1995.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die eigentliche, wenn nicht sogar die einzige wirkliche Basis des sozialliberalen Bündnisses an seinem Beginn. Hier war man sich von Anfang an, ohne lange Diskussionen, wirklich einig.«[10] Vor diesem Hintergrund wäre es natürlich völlig unangemessen, permanent heftige deutschlandpolitische Koalitionskonflikte ausgerechnet auf einem der wichtigsten Felder der Zusammenarbeit zu erwarten. Natürlich trugen die Liberalen die Deutschlandpolitik als Teil der Koalitionspolitik der von ihnen mitgetragenen Bundesregierung im Bundestag und in der Öffentlichkeit mit. Vielmehr wird es darum gehen, gegebenenfalls Formen und Nuancen herauszuarbeiten, mit denen die FDP trotz aller grundsätzlichen Koalitionstreue ihre eigenständige Position auch in der Deutschlandpolitik untermauerte.

Allerdings wird bereits mit Blick auf die Zusammensetzung der sozialliberalen Bundesregierung und die Besetzung der FDP-Ministerposten deutlich, daß die Koalitionsbildung zumindest für die Liberalen nicht unproblematisch war. Die nun einsetzende Politik der Reformen in einer ganzen Reihe von Politikfelder, darunter als zentraler Baustein auch die ›neue Ostpolitik‹ und die damit in den Verträgen mit der UdSSR[11] und der Volksrepublik Polen[12], aber auch mit der DDR zwangsläufig verbundenen deutschlandpolitischen Konzessionen, waren für den rechten Flügel der FDP nur schwer zu schlucken. Durch personelle Zugeständnisse versuchten die Architekten des neuen Regierungsbündnisses daher, die gesamte FDP an die Koalition mit der SPD zu binden. Neben dem dezidierten Befürworter der »Neuen Ostpolitik« Walter Scheel, der das Amt des Bundesaußenministers übernahm, wurden 1969 mit Hans Dietrich Genscher (als Innenminister) und Josef Ertl zwei weitere Politiker der FDP ins Kabinett berufen, die nicht gerade in dem Ruf standen, dem linken FDP-Flügel besonders nahe zu stehen; vor allem die Ernennung Ertls zum Bundeslandwirtschaftsminister sollte dezidiert dazu dienen, den rechten FDP-Flügel auch personell einzubinden,[13] was zunächst weitgehend gelang. Einzelne Austritte aus beiden Regierungsparteien wie der des ehemaligen FDP-Vorsitzenden Mende, aber auch das Ausscheiden des Vertriebenenpolitikers Hupka aus der SPD, konnten so aber nicht verhindert werden, was dann

10 Arnulf Baring: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, hier S. 199. Innenpolitische Reformprojekte waren dagegen Baring zufolge nicht »Grundlage und Hauptzweck des sozialliberalen Bündnisses« (ebd., S. 197). Allerdings sollte man bei der Einigkeit nicht diejenigen übersehen, die in den nächsten Jahren die Regierungsfraktionen just wegen der Ost- und Deutschlandpolitik verließen, und ebensowenig die Differenzen, die sich auch in den Jahren nach 1972 immer wieder auftun sollten.

11 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, 12. August 1970 (sog. Moskauer Vertrag), in: BGBl. 1972 II, 354 f.

12 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen, 7. Dezember 1970 (sog. Warschauer Vertrag), ebd., 362 f.

13 Baring (wie Anm. 10), S. 179.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wegen der von Anfang an knappen Mehrheit der Regierungskoalition[14] letztlich zu vorgezogenen Neuwahlen im Herbst 1972 führte, nachdem zuvor im April die Union mit ihrem Misstrauensantrag gegen Brandt ebenso gescheitert war wie die Bundesregierung mit ihrem Haushaltsentwurf. Doch gerade deswegen blieb die nun nach den Austritten der Kritiker um so reibungsloser zu betreibende Deutschland- und Ostpolitik ein zentrales Bindeglied der sozialliberalen Regierung auch nach 1972, nachdem sich der am Vorabend der Wahl paraphierte Grundlagenvertrag[15] mit der DDR für beide Regierungsparteien als der dringend benötigte *vote winner* herausgestellt hatte.[16] Die SPD wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stärkste Partei, die FDP konnte trotz der Austritte und der damit verbundenen Verluste bei den nationalliberalen Wählern die Fünf-Prozent-Marke sehr viel deutlicher überwinden als 1969. Eine Fortsetzung des Erfolgsmodells Ostpolitik, die offenkundig im Interesse beider Parteien war, lag angesichts dieses kollektiven Erfolgserlebnisses also nahe. Damit entlastete das Wahlergebnis aber zugleich die personellen Entscheidungen: Nachdem die wesentlichen deutschlandpolitischen Konzessionen gemacht und im Gefolge dieser Zugeständnisse die führenden Nationalliberalen aus der FDP ausgetreten waren, mußten die Reste dieses alten Parteiflügels nicht mehr durch weitere personelle Konzessionen befriedigt werden. Die Bewahrung der Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl 1976, bei der beide Regierungsparteien leichte Verluste hinnehmen mußten, wurde dann erneut auch als Bestätigung der kontinuierlich fortgesetzten Entspannungspolitik gedeutet. Dies wurde auch in der Anfang 1977 folgenden Debatte über den »Bericht zur Lage der Nation« deutlich. [17]

14 Ob die wenigen Stimmen Mehrheit ausreichen würden, um das ambitionierte Reformprogramm der sozialliberalen Koalition durchzubringen, war von Anfang an bezweifelt worden. Manche, darunter wohl auch Herbert Wehner, hätten daher eine Fortsetzung der großen Koalition vorgezogen. Vgl. Christoph Meyer: Herbert Wehner. Biographie. München 2006, S. 345f.

15 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972 mit Zusatzprotokoll und weiteren Anlagen in: BGBl. 1973 II, 423–429; weitere ergänzende Vereinbarungen und Erklärungen zu Protokoll, in: Deutscher Bundestag. Drucksache 7/153. 9. Februar 1973, 24 S.

16 Schwer zu kalkulieren bleibt, wer in der vom Wahlkampf überlagerten Schlußphase der Verhandlungen die größeren Zugeständnisse machte: die DDR-Seite wegen ihres Interesses am Fortbestand der sozialliberalen Koalition oder die Bundesregierung in dem Bemühen, so kurz vor Toresschluß noch einen vorzeigbaren Vertrag abzuschließen. Bahr neigt in seinen Erinnerungen (Egon Bahr: Zu meiner Zeit. München 1996, hier S. 412 f.) natürlich zur erstgenannten Position und sieht Zugeständnisse der DDR auf breiter Front: zu Berlin, den Vermögens- und den Staatsbürgerschaftsfragen, schließlich zum kleinen Grenzverkehr. Dies, so Bahr weiter, genügte Scheel, nicht aber Genscher. Der Bundesinnenminister »möchte aus Profilierungsgründen und um sagen zu können, daß er dies oder jenes durchgesetzt habe, Schwierigkeiten machen« (ebd.). Am Ende, so hatte Bahr aus dem Innenministerium gehört, werde Genscher aber zustimmen.

17 Dazu vgl. Heinrich Potthoff: Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990. Berlin 1999, S. 143f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Nach der Regierungsbildung 1969 war es, bedingt durch die Ressortverteilung zu einer Art Arbeitsteilung in der Ostpolitik gekommen: Die außenpolitische Komponente der Ostpolitik, also vor allem die Verhandlungen mit der UdSSR und danach mit Polen und der CSSR, fielen naturgemäß an das Auswärtige Amt und damit Walter Scheel, auch wenn die Rolle Bahrs bei den Verhandlungen mit Moskau nicht zu übersehen ist. Noch deutlicher wurde dies bei den Verhandlungen, die zum Abschluß des Viermächteabkommens führten; hier war es der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Bahr, der für die Bundesregierung mit den Amerikanern und den Sowjets wesentliche Dreier-Verhandlungen führte, und nicht etwa einer der Spitzendiplomaten des Auswärtigen Amtes. Im innerdeutschen Bereich konnte das Auswärtige Amt – schon aus staatspolitischen Gründen, da die DDR kein Ausland war – schon formal kein Akteur sein. Soweit nötig informiert wurde das Außenministerium allerdings, da es vor allem die Berlin betreffenden Fragen der Deutschlandpolitik mit den drei Westmächten in der Bonner Vierergruppe zu koordinieren hatte.

Die Sonderstellung des Auswärtigen Amtes und des Bundesaußenministers wird auch dadurch deutlich, daß Genscher den DDR-Außenminister Fischer bis 1982 nie außerhalb internationaler Veranstaltungen getroffen hat. Offiziell begegnete man sich nur im Rahmen des KSZE-Treffens in Helsinki oder am Rande der alljährlichen UN-Vollversammlungen zustande.[18] Bilaterale Fragen kamen dabei nicht zur Sprache: »Nichts wäre der DDR-Seite schließlich lieber gewesen, als wenn von den Außenministern Themen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR besprochen worden wären. Das hätte die These der DDR, daß beide deutsche Staaten füreinander Ausland seien, unterstrichen.«[19] Erst im Rahmen des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland empfing 1987 Genscher Fischer in seinem Arbeitszimmer im Auswärtigen Amt.

Damit lag die operative Deutschlandpolitik während der Regierungszeit Brandt/Scheel fest in der Hand des Bundeskanzleramts, genauer gesagt in den Händen Bahrs. Bei ihm liefen alle Fäden zusammen; sein Wissensvorsprung durch die zahlreichen Vieraugengespräche mit dem DDR-Unterhändler Michael Kohl[20] (»Rotkohl« im Gegensatz zum Oppositionsführer Helmut Kohl) zu Honecker[21], aber auch zu Breschnew[22], und seine sehr selektive

18 Hans-Dietrich Genscher. Erinnerungen, Berlin 1995, S. 191 f. Zu Gesprächsaufzeichnungen vgl. die Jahresbände der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

19 Genscher (wie Anm. 18), S. 17.

20 Vgl. DzD VI/2 (Bahr-Kohl–Gespräche1970–1973: CD-ROM).

21 Zum Gespräch Bahr–Honecker am 7. September 1972 vgl. Vermerk Bahr vom 11. September 1972 in: Potthoff (wie Anm. 17), S. 217–232; und teils wortgleicher Vermerk Honecker vom 7. September 1972, ebd., S. 232–242.

22 Vgl. Aufzeichnung Bahrs über Gespräch mit Breschnew, 10. Oktober 1972, in: DzD VI/2 (1971/72), S. 633–637.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Berichterstattung, die letztlich allenfalls dem ihm völlig vertrauenden Brandt gegenüber vollständig war[23], verliehen ihm eine veritable Schlüsselposition, die Interventionen von außen in den Kern der deutsch-deutschen Verhandlungen, und sei es vom Koalitionspartner, nahezu unmöglich machten. In ersten Jahren der sozialliberalen Regierung war die FDP also an der Ausgestaltung der Deutschlandpolitik im Detail weitgehend unbeteiligt. Angesichts der nun zu machenden Zugeständnisse im Rahmen der Verträge von Moskau und Warschau, des Transitabkommens[24], des Verkehrsvertrages[25] und des Grundlagenvertrags, war es aus Sicht der FDP im Hinblick auf die noch verbliebenen nationalliberal geprägten Wählergruppen möglicherweise sogar von Vorteil, wenn dies optisch den Sozialdemokraten überlassen blieb.[26] Diese Konzentration in der Regierungszentrale bedeutete aber auch, daß – bis 1982 und darüber hinaus in der Ära Kohl bis 1990 – die wesentlichen Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin vom Kanzleramt aus geführt oder zumindest gesteuert wurden. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die Liberalen die Deutschlandpolitik nicht grundsätzlich mitgetragen hätten, im Gegenteil. Aber parlamentarische Unterstützung ist nicht gleichzusetzen damit, auf wichtige Detailfragen in den komplizierten Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin Einfluß zu nehmen.

Als Alternative zum Kanzleramt stand zwar das zwischenzeitlich umgetaufte Ministerium für innerdeutsche Beziehungen bereit. Die DDR-Führung weigerte sich jedoch standhaft, mit diesem Ministerium unter der Führung des Sozialdemokraten Franke irgendetwas zu tun zu haben. Andere Ministerien waren vor Abschluß des Grundlagenvertrages nur am Rande involviert worden.

Auch das Bundeskabinett insgesamt spielte nur eine nachgeordnete Rolle; die Deutschlandpolitik wurde hier soweit erkennbar weder konzeptionell vorbereitet noch im Verhandlungsverlauf begleitet. In der Regel wurden die Ver-

23 Zur Berichterstattung Bahrs über die Verhandlungen mit der DDR vgl. DzD VI/2 (wie Anm. 20); als Beispiel für die ausschließliche Unterrichtung Brandts vgl. die Vorlage Bahrs »Nur für den Herrn Bundeskanzler«, 19. Oktober 1972, ebd. Nr. 385. In dieser Vorlage berichtete Bahr über eine mündliche Botschaft Honeckers, in der dieser sein Interesse am Fortbestand der Regierung Brandt und seine Bereitschaft bekundete, im Rahmen der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag seinen Teil dafür zu tun.

24 Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 17. Dezember 1971 mit Protokollvermerken und Erklärungen in: Bulletin. Nr. 183. 11. Dezember 1971, 1954–1966.

25 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972 mit Protokollvermerken, Briefwechsel und Erklärungen in: BGBl. 1972 II, 1450–1458.

26 Baring (wie Anm. 10), S. 249, zufolge äußerte sich Ertl in einer Sitzung des FDP-Vorstandes am 21. Juni 1970 entsprechend skeptisch: »Es gibt Leute, die meinen, in der Ostpolitik ließen sich große Erfolge erzielen. Da gibt es gar keine großen Erfolge, da gibt es höchstens bittere Erkenntnisse zu sammeln. Deshalb müssen wir einmal von der ostpolitischen Euphorie herunter.«

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

handlungsergebnisse nur im Nachhinein formal bestätigt. Nur selten läßt sich nachweisen, daß den Unterhändlern in innerdeutschen Verhandlungen im Rahmen des Kabinetts verabschiedete und mehr oder weniger ausformulierte Verhandlungsdirektiven mitgegeben wurden, wie dies auf DDR-Seite für jeden einzelnen Verhandlungstermin üblich war. Im Kontext der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag machte die Bundesregierung Bahr nur zweimal Vorgaben. Nach einer Sondierungsphase erhielt Bahr mit einem Kabinettsbeschluß vom 9. August 1972 immerhin den Auftrag, über einen Grundlagenvertrag mit der DDR zu verhandeln. Die Eckpunkte der verabschiedeten Richtlinien waren jedoch vage, ganz im Sinne von Bahrs Verhandlungsphilosophie, dem jeweiligen Delegationsleiter – also vor allem sich selber – größtmögliche Freiheiten zur Auslotung aller Kompromißmöglichkeiten einzuräumen; genaue Festlegungen hätten die Verhandlungen unnötig erschwert.[27] In der Schlußphase der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag bekam Bahr dann schließlich einen 5-Punkte-Katalog vorgegeben, dessen Einlösung ihn zur Paraphierung eines Abkommensentwurfs berechtigen sollte.[28]

In den 18 Monaten zwischen der Bestätigung der sozialliberalen Koalition im Herbst 1972 und dem Frühjahr 1974 trat jedoch eine Reihe von Veränderungen ein, die die bisherige fast nahtlose Übereinstimmung und alles in allem reibungsarme Zusammenarbeit in der Deutschlandpolitik in Frage stellen konnten, gleichzeitig aber der FDP wenigstens auf einigen Gebieten neue Einflußmöglichkeiten auf die Deutschlandpolitik eröffneten. Mit den Ausscheiden Brandts – im Gefolge der Guillaume-Affäre – und Scheels – durch die Wahl zum Bundespräsidenten – aus der Bundesregierung verloren die sozialliberale Koalition und ihre Ost- und Deutschlandpolitik zwei wesentliche Akteure, die durch ihren informellen Umgang miteinander viele Probleme auf dem Weg der Koalition bereits im Vorfeld ausräumen konnten. Nahezu zeitgleich begannen in der Deutschlandpolitik die Mühen der Ebene. Nach den viel beachteten Vertragsabschlüssen wollte und mußte man nun in vielen Bereichen an die zweifellos mühsamere Ausfüllung des vom Grundlagenvertrag vorgegebenen Rahmens in den innerdeutschen Beziehungen gehen. Dabei mußte es auch an die Lösung der Fragen gehen, die man bei den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag nur durch Ausklammerung aus

27 Vgl. Auszugsweise Abschrift aus dem Kurzprotokoll über die 120. Kabinettsitzung mit anliegenden Richtlinien, in: DzD VI/2 (1971/72), S. 586–588.

28 In einem Briefwechsel zwischen Bahr und Genscher versuchte der damalige Bundesinnenminister eine enge Auslegung der fünf Punkte festzuschreiben. Dies ist eines der frühen Beispiele für Genschers in der Tendenz eher restriktive Einflußnahme auf die Deutschlandpolitik. Vgl. Vermerk Bahrs, 3. Oktober 1972, und Briefwechsel Genscher–Bahr, 3. bzw. 5. Oktober 1972 (ebd., S.622–624).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dem Weg räumen hatte können.[29] Das Interesse der DDR, aber auch der UdSSR[30], an einer Fortsetzung der Vertragspolitik war jedoch mit dem Abschluss bzw. der Ratifikation der Abkommen und der Bereitschaft der Bundesregierung, das Zustandekommen der KSZE nicht mehr zu blockieren, erlahmt. Mit der Anerkennungswelle für die DDR seit Abschluß des Grundlagenvertrages und dem Ende der KSZE fehlten wichtige Anreize für weitere Zugeständnisse seitens der DDR. Da sich daher die Verhandlungen über Nachfolgevereinbarungen meist lange hinzogen, suchte man weitere Möglichkeiten, um zu Vereinbarungen mit der DDR zu kommen, vor allem auf den Gebieten Verkehrsverbindungen mit West-Berlin und Reisemöglichkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten. Gerade auf dem zuletzt genannten Feld lagen zusätzliche, oft selbst unbedeutend erscheinende Erleichterungen der Kontakte (z. B. Benutzung von Fahrrädern im kleinen Grenzverkehr, Ausdehnung von Kurzbesuchen von einem auf zwei oder gar drei Tage), da sie der seitens der DDR-Führung nicht zu Unrecht gefürchteten »Aggression auf Filzlatschen« Tür und Tor zu öffnen schienen, kaum im Interesse Ost-Berlins und mußten von der Bundesregierung unter dem Einsatz erheblicher Geldmittel buchstäblich erkauft werden, in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung kein ganz unproblematischer Weg.[31] Die bisherige Interessenkonvergenz der beiden Koalitionsparteien war in dieser immer schwieriger werdenden Konstellation zumindest nicht mehr automatisch gewährleistet, da die Deutschlandpolitik immer öfter mit problematischen Zugeständnissen und Mißerfolgen und um so weniger mit vorzeigbaren Erfolgen verbunden war.

Wie die vor allem nach dem Kanzlerwechsel 1974 die innerdeutschen Verhandlungen und daran anschließend die Entscheidungsprozesse auf Seiten der

29 Ausdrücklich erwähnt wurden im Rahmen des Grundlagenvertrages Vermögensfragen und das Problem der Staatsangehörigkeit. Während man sich bei den Vermögensfragen wenigstens noch auf einen gemeinsamen Text eines Protokollvermerks zum Vertrag hatte einigen können, erklärten die beiden Vertragspartner ihre Vorbehalte zu den noch kontroverseren Staatsangehörigkeitsfragen mit unterschiedlichen Texten und machten damit ihre Differenzen besonders augenfällig.

30 Vor allem Bahr hatte bei Problemen der innerdeutschen Verhandlungen des öfteren, aber mit wechselndem Erfolg versucht, die DDR via Moskau zum Einlenken zu bewegen, indem er an die ureigenen sowjetischen Interessen am Fortgang der Entspannungspolitik appellierte. Typisch dafür ist Bahrs Gespräch mit Breschnew in Moskau am 9. März 1974; zum Vermerk Bahr vgl. DzD VI/3 (1973/74), S. 530–533. Wehner und Gaus befürworteten im Gegenzug eher den direkten Weg nach Ost-Berlin und zu Honecker. Dabei dürften nationale bzw. patriotische Argumente ebenso eine Rolle gespielt haben, wie die Frage, auf welchem Wege die jeweiligen Akteure sich selbst die meisten Einflußmöglichkeiten ausgerechnet haben.

31 Möglichen weiteren politischen Zugeständnissen, etwa in der für die DDR so wichtigen Frage der Anerkennung ihrer Staatsbürgerschaft war durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973 (Urteil des Zweiten Senats in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hg. von Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Bd. 36. Tübingen 1974, 1–37) außerordentlich enge Grenzen gesetzt geworden.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Bundesregierung, soweit erkennbar, in der Regel abliefen, soll am Beispiel der Vereinbarungen, die Ende 1975 getroffen wurden, erläutert werden. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den regulären, oft mühsamen und langwierigen Nachfolgeverhandlungen, wie sie im Grundlagenvertrag vorgesehen waren, und den für das innerdeutsche Klima besonders wichtigen Verhandlungen, bei denen es vor allem um den Aus- bzw. Neubau der Transitwege (Berlin–Helmstedt, Berlin–Hamburg), die überwiegend von der Bundesregierung zu tragenden Baukosten und die dazu parallel zu zahlende Transitpauschale ging. Die Verhandlungen unter Steuerung durch die Abteilung 2 des Bundeskanzleramts verliefen in zwei Stufen. Zunächst versuchte Gaus, der Leiter der Mitte 1974 im Schatten der Guillaume-Affäre errichteten Ständigen Vertretung, mit seinem regulären Gesprächspartner, dem stellvertretenden DDR-Außenminister Nier, eine Einigung zu erzielen, jedoch ohne Erfolg. Wie schon im Herbst 1974[32] versuchten beide Seiten dann auch 1975 durch Sonderbeauftragte, eine Lösung zu finden.[33] Nach dem Abschluß dieser langwierigen, oft um vermeintliche Kleinigkeiten feilschenden Verhandlungen und der Aushandlung von Vereinbarungstexten beriet der Bundeskanzler mit den zuständigen Ressortchefs – in diesem Falle also dem Innerdeutschen, dem Finanz- und dem Verkehrsminister, das Ergebnis, anschließend in einer großen Koalitionsrunde, an der einige weitere Minister beider Koalitionsparteien, Vertreter der Fraktionsführungen sowie die zuständigen Mitarbeiter des Kanzleramts teilnahmen, und danach gab schließlich das Kabinett zur allgemeinen Überraschung seine Zustimmung. Ein Scheitern wäre zu diesem Zeitpunkt aber ohnehin nur noch um den Preis eines erhebliche Eklats mit unabsehbaren Folgen für die innerdeutschen Beziehungen, aber auch für die Beziehungen zu den Drei Mächten möglich, die das Verhandlungsergebnis in seinen Berlin-Bezügen zuvor abgesegnet hatten. Entscheidend war ohnehin die Koalitionsrunde, wie der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Gaus seinem DDR-Verhandlungspartner Schalck-Golodkowski, mit dem Honecker offenbar u. a. – wegen seiner Devisengeschäfte besonders eng zusammenarbeitete, erläuterte.[34] Soweit die uns vorliegenden Aufzeichnungen erkennen lassen, gab es aber auch auf der Koalitionsebene keinerlei Zweifel. Der einschlägige Auszug aus dem Kabinettsprotokoll lautete wie viele andere auch: der Minister – in diesem Falle: Franke – trug anhand seiner Kabinettsvorlage vor, an

32 Im Sommer 1974 gelang es dem Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Pöhl, einem engen Vertrauten Schmidts aus seiner Zeit als Finanzminister, in einigen Gesprächen mit dem stellvertretenden DDR-Außenhandelsminister Schalck-Golodkowski Lösungen für anstehenden Fragen zu finden (vgl. DzD VI/3 [1973/74], S. 667–671, 674–677, 689–699).

33 Anstelle von Pöhl verhandelte nun zunächst der zuständige Abteilungsleiter in Kanzleramt Sanne mit Schalck-Golodkowski (vgl. DzD VI/4 [1975/76], S. 254–267, 279–284, 366–374). Am Ende traf sich dann Gaus selbst mit Schalck-Golodkowski (ebd., S. 440–443, 450–455, 458–462, 488–501, 503–505, 541f.). Dieses nun mehrfach bewährte zweistufige Verhandlungsschema sollte auch 1978 wieder angewandt werden.

34 Vgl. DzD VI/4 (1975/76), S. 514.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Aussprache beteiligten sich der Bundeskanzler sowie die Minister A und B und der Parlamentarische Staatssekretär C, das Kabinett stimmte der Vorlage zu. Wenn dieses Verfahren als typisch für den Regierungsstil Schmidts und der von ihm geführten Koalition gewertet werden kann, wofür einiges spricht, dann ließ sich Einfluß auf die Deutschlandpolitik am leichtesten dann nehmen, wenn man für bestimmte Teilbereiche der Nachfolgeverhandlungen ressortmäßig zuständig war. Allein schon wegen der Milliardensummen, um die es bei den Autobahnbau- und Erneuerungsmaßnahmen sowie der Transitpauschale ging, standen diese Verhandlungen stets im Mittelpunkt der innerdeutschen Kontakte, wenn auch wegen der Diskretion der Verhandlungen mit Schalck-Golodkowski nicht unbedingt der Medienberichterstattung. Die anderen Verhandlungsthemen (Rechtshilfe, nichtkommerzieller Zahlungs- und Verrechnungsverkehr etc.) waren oft nur für die direkt Betroffenen bedeutsam.

Zu den Rahmenbedingungen für die Deutschlandpolitik in der zweiten Hälfte der sozialliberalen Koalition gehört auch die sich erneut verschärfende Konfrontation des zweiten Kalten Krieges (Stationierung der sowjetischen SS 20-Raketen und NATO-Doppelbeschluß, sowjetische Invasion in Afghanistan und westlicher Olympia-Boykott). Allen Problemen zum Trotz bestand zwischen den Koalitionspartnern in der zweiten Hälfte der 70er Jahre grundsätzlich Einvernehmen darüber, daß die innerdeutschen Beziehungen soweit wie möglich aus der erneuten Ost-West-Eskalation herausgehalten werden sollten, ohne allerdings die Position der Bundesrepublik Deutschland innerhalb des westlichen Lagers zu beschädigen.

Die Aufnahme der Verhandlungen über die im Grundlagenvertrag vorgesehenen Folgeabkommen und das Ausscheiden von Bahr veränderten zunächst die Durchführung der Deutschlandpolitik erheblich. Bisher lagen Planung und Ausführung nahezu ausschließlich in den Händen des Bundeskanzleramtes, unterstützt allenfalls durch Zuarbeiten des ebenfalls SPD-geführten Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Mit einem Mal verbreitete sich aber 1974 die Palette von Verhandlungsthemen, oft um Fragen, die bei den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag ausgeklammert werden mußten, um dessen Abschluß nicht zu gefährden: innerdeutsche Grenze, Kultur, Umweltschutz, Rechts- und Amtshilfe sowie weitere Zusammenarbeit im Bereich Justiz, Wissenschaft und Technik, Verkehrsprojekte mit Schwerpunkt Autobahnbau usw.[35] Auch wenn die erhoffte Welle von Nachfolgever-

35 Ein besonders wichtiges Thema der deutsch-deutschen Beziehungen, die sogenannten »Besonderen Bemühungen« um Häftlingsfreikäufe und Familienzusammenführung, um das sich Politiker aller Parteien bei ihren Begegnungen mit DDR-Spitzen bemühten, muß hier ausgeblendet bleiben, da die einschlägigen Quellen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen nicht zugänglich sind. Vgl. dazu Ludwig Rehlinger: Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1989, Frankfurt 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

trägen nicht zustande kam, machte das größere Thementableau nach 1973/74 die stärkere Einbeziehung weiterer Ministerien erforderlich, nicht zuletzt weil das jeweils federführende Fachministerium den Kern der Verhandlungsdelegation und oft auch den Delegationsleiter stellte.

Welche Möglichkeiten hatte die FDP nun unter diesen neuen Rahmenbedingungen, ihre eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen in der Bundesregierung durchzusetzen, wenn sie von denen des Koalitionspartners abwichen? Konnte sie eigene Akzente, gar eine eigene Richtung deutlich machen? Zur Beantwortung dieser Frage lohnt sich ein Blick auf die operative Deutschlandpolitik der Bundesregierung und speziell der FDP-geführten Ressorts, wobei über die besondere Rolle des Auswärtigen Amts das Wesentliche schon gesagt ist. Auf die Bedeutung Genschers, der ja in seiner Doppelfunktion als Außenminister und Parteivorsitzender gefordert war, das Profil der Liberalen auch in der Deutschlandpolitik zu zeigen, wird gesondert einzugehen sein.

Von den drei bzw. (nach 1972) vier FDP-Ministerien war im engeren Sinne besonders das Bundesministerium des Innern in die Nachfolgeverhandlungen involviert. Es waren vor allem drei Bereiche, für die das Innenministerium zuständig: innerdeutsche Grenze, Kulturverhandlungen und Fragen des Umweltschutzes.

Die Grenzkommission nach Ziffer I des Zusatzprotokolls zum Grundlagenvertrag, die den Verlauf der innerdeutschen Grenze festschreiben und im Konfliktfalle klären sollte, und die Verhandlungsführung über ein Kultur- und ein Umweltschutzabkommen lagen im Geschäftsbereich des FDP-geführten Bundesinnenministeriums. Die beiden zuletzt genannten Verhandlungen liefen sich schon sehr bald fest. Dabei scheiterten die Kulturverhandlungen faktisch schon nach wenigen Runden an der DDR-Forderung, den Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz an die DDR zu übergeben, wozu die Bundesregierung sowohl aus rechtlichen als auch aus politischen Gründen nicht bereit war. Wie in dieser ausweglosen Situation bei der Schadensbegrenzung taktisch zu verfahren sei, war zwischen dem Großteil der Delegation aus dem Innenministerium und der Delegationsleitung, die anders als bei den meisten anderen Fachverhandlungen beim Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, Günter Gaus, lag, umstritten. Dabei war das Innenressort offenbar bereit, auch ein offenkundiges Scheitern eher in Kauf zu nehmen als Kanzleramt, Ständige Vertretung und Innerdeutsches Ministerium, denen daran gelegen war, einen formellen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern.

Noch kürzer und erfolgloser verliefen die Verhandlungen über ein Umweltschutzabkommen. In den siebziger Jahren kam überhaupt nur eine Verhandlungsrunde am 29. November 1973 zustande, in der für das Innenministerium

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Menke-Glückert die Delegationsleitung innehatte.[36] Gleich danach stellte die DDR die Gespräche wieder ein und benutzte die von Bahr in bemerkenswerter und erheblicher Fehleinschätzung der Reaktion seitens Ost-Berlins vorgeschlagene Errichtung des Bundesamtes für Umweltfragen in Berlin (West) als Vorwand und Anlaß.[37] Seinen Standortvorschlag für das Umweltbundesamt (der Name rückte anderes als bei anderen Bundesbehörden absichtlich den Bestandteil »Bundes-« nicht in den Vordergrund) hatte Bahr bereits am 19. Juni 1973 an Genscher übermittelt: »Ich möchte dafür Berlin vorschlagen. Es würde eine besondere Bedeutung haben, daß die Bundesregierung die erste sich bietende Gelegenheit benutzt, die bestehenden Bindungen auszubauen. Dies würde zudem auf einem Gebiet erfolgen, auf dem Berlin besondere Anstrengungen unternimmt, Modelle zu entwickeln. Die Materie ist schließlich nicht geeignet, von der DDR etwa als Provokation hochstilisiert zu werden«.[38] Bahr weist in seinen Erinnerungen die Verantwortung für den Flurschaden allerdings Genscher zu, der die Kabinettsentscheidungen (»zum Lobe des Verkünders, zum Tadel des Erfinders«) noch vor dem Ende der Sitzung an die Öffentlichkeit gebracht habe. Dadurch sei ihm, Bahr, die Möglichkeit genommen worden, in Bahr-typischer Manier zunächst Moskau und dann mit sowjetischer Rückendeckung die DDR zu informieren, anstatt sie mit vollendeten Tatsachen zu konfrontieren.[39] Bahr berichtet weiter, seine Verbindungsleute nach Moskau hätten ihm damals signalisiert, bei entsprechender Vorbereitung wäre das Umweltbundesamt reibungslos zu errichten gewesen.[40] Angesichts der andauernden Diskussionen um den Berlin-Status in den Folgejahren erscheint dies aber zweifelhaft. Zwar kritisierte Ost-Berlin dies heftig als Verstoß gegen das Viermächteabkommen. Im Grunde genommen mußte die SED-Führung der Bundesregierung jedoch außerordentlich dankbar sein, das sie ihr diesen Vorwand geliefert hatte: Tatsächlicher Hintergrund war nämlich die Einsicht auf Seiten der DDR, daß im Gegensatz zu den meisten anderen Projekten im Bereich Umweltschutz größere Zahlungsverpflichtungen der DDR an die Bundesrepublik Deutschland am Ende der Verhandlungen stehen konnten.[41] Ausschlaggebend dafür war zumeist die Fließrichtung

36 Vermerk des Hilfsreferenten im BMB, Franzky, vom 3. Dezember 1973 in: BArch, B 137/16370.

37 In seinen Memoiren verdeutlicht Seidel (Karl Seidel: Berlin-Bonner Balance, Berlin 2002, S. 185) die Konsequenzen der Entscheidung zur Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin (West): »Wir setzten als Sanktion die bereits begonnenen Umweltschutzverhandlungen sofort aus.«

38 Vgl. DzD VI/3, S. 430 Anm. 1.

39 Bahr (wie Anm. 16), S. 453.

40 Ebd., S. 454

41 Das SED-Politbüro nahm in seiner Sitzung am 15. Januar 1974 eine Information über den Stand der Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland zustimmend zur Kenntnis (Protokoll Nr. 2/74 und Anlage Nr. 9 in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1486, Bl. 1–11, 79 f.). In den Anlagen 1 (Bl. 81–112) und 2 (Bl. 113 f.) wurde das weitere Vorgehen in den

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der meisten Flüsse, die große Schadstofffrachten von Ost nach West transportierten. Da die DDR-Führung jedoch nicht bereit war, auch nur ein einzelnes Abkommen zu schließen, das für sich betrachtet zu Nettozahlungen seitens der DDR führte, selbst wenn die wechselseitigen Zahlungsverpflichtungen aus allen Abkommen insgesamt die DDR zum Netto-Einnehmer machten, waren an dieser Stelle keine Verhandlungen mehr möglich.[42] Die chronische Devisenknappheit der DDR machte eine Umweltschutzvereinbarung denkbar unattraktiv.

In den Verhandlungen der Grenzkommission ging es vor allem darum, eine gemeinsame Feststellung des Grenzverlaufs zu treffen. Dies gelang auch bis 1978 für weite Teile des Grenzverlaufs zu Lande. Ungleich schwieriger erwies sich dies jedoch für den Verlauf auf dem Grenzabschnitt, auf dem die Elbe die Grenze bildete. Bisher hatten die Bundesregierungen stets die Position vertreten, die Grenze verliefe auf dem östlichen Flussufer, und sich dabei auf wenig konkrete alliierte Vereinbarungen aus der Nachkriegszeit berufen. Eine endgültige Klärung war nicht zu erzielen, da die entsprechenden Vereinbarungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zwischen alliierten Offizieren nicht schriftlich vorlagen und daher nicht überprüft werden konnten.[43] Wäh-

Nachfolgeverhandlungen festgelegt. Bei einigen Themen hielt das Politbüro einen Abschluß in absehbarer Zeit für möglich. Zeitlich war der Abschluß »so zu gestalten, daß damit die abgestimmte Politik der Bruderstaaten gegenüber der BRD gefördert wird und realistische Kräfte in der BRD gestärkt werden (z. B. Beachtung der Termine der Landtagswahlen.)« (Bl. 81). Bei den übrigen Themengruppe dagegen war eine Intensivierung der Verhandlungen aus unterschiedlichen Gründen noch nicht vorgesehen. Im Umweltbereich stand einem raschen Abschluß vor allem entgegen, daß Vereinbarungen »ökonomisch weitaus überwiegend die DDR belasten« (Bl. 113) würden. Gleichwohl galt auch für diese Themen, daß »in den Jahren 1975 und 1976 (Landtags- und Bundestagswahlen) Vertragsabschlüsse unsere Position und die Positionen verständigungsbereiter Kräfte in der BRD stärken können« (ebd.).

42 Unauflösbare Gegensätze in einzelnen Verhandlungsbereichen traten nicht nur im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern auf. So scheiterten beispielsweise die Verhandlungen im Justizbereich an der DDR-Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesregierung. Noch komplizierter war die Situation bei den Verhandlungen über ein Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Ein Abschluß der Gespräche scheiterte daran, daß die DDR wohl auf Drängen Moskaus auf den Abschluß eines entsprechenden Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR wartete, das sich an der Frage der Einbeziehungen von Berlin (West) festgefahren hatte. Hier verlangte offenbar die östliche Supermacht, daß die DDR mit dem Abschluß eigener Abkommen eine Einigung zwischen Bonn und Moskau abwartete. Die großen Probleme bei den im Grundlagenvertrag vereinbarten Nachfolgeverhandlungen, bis hin zum Scheitern einiger Verhandlungen, sind ein Teil der Ursachen, warum die Verhandlungen über den Ausbau der Verkehrswege und die Transitpauschale auch für die Bundesregierung so bedeutsam für die innerdeutschen Beziehungen waren: So ließen sich, ohne grundsätzliche Statusfragen lösen zu müssen, durch Einsatz von Milliardensummen vorzeigbare Verhandlungsergebnisse erzielen, die die Verbindungen nach West-Berlin verbesserten, und in deren Zusammenhang dann auch Reiseerleichterungen in die DDR auszuhandeln waren.

43 Vgl. Protokoll zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über die Erneuerung und Ergänzung der Markierung der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bestehenden Grenze, die Grenzdokumentation und die

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

rend die DDR auf der Flußmitte bzw. der Mitte des Schiffahrtsweg als Grenze bestand, vertrat die sozialliberale Bundesregierung, wie auch ihre Vorgänger, zunächst im Kern die Auffassung, die Grenze verlaufe am östlichen Elbufer. Auf Seiten der SPD war man im Verlauf der Verhandlungen jedoch mehr und mehr bereit, auf eine international übliche Regelung einzugehen, die einen Grenzverlauf in der Flußmitte vorsah. Doch das Innenministerium blieb in der Elbe-Frage hart.

Daher mußte auch in den Koalitionsvereinbarungen vom 8./10. Dezember 1976 das Thema Grenzkommission in den interministeriellen Gymnicher Kreis verschoben werden, der die künftige Verhandlungslinie festlegen sollte.[44]

Wie kompliziert jedoch die Gemengelage in innerdeutschen Fragen sein konnte, lässt sich an diesem Beispiel gut verdeutlichen. Auf Seiten der SPD und insbesondere im Bundeskanzleramt bestand eine gewisse Bereitschaft, die DDR-Forderung anzuerkennen, sei es, weil man sie für berechtigt hielt, sei es, um in der Sache endlich voranzukommen. Dem brauchte die Bundes-FDP jedoch nicht entgegenzutreten, zumindest nicht offen. Denn die FDP in Niedersachsen hatte bereits im Koalitionsvertrag für die neue CDU-geführte Regierung Albrecht entsprechende Vorkehrungen getroffen, um die nötige Zustimmung der Landesregierung zu blockieren, falls dies überhaupt nötig werden sollte.[45]

Das nach der Bundestagswahl 1972 neu zur FDP gekommene Bundesministerium für Wirtschaft war am deutschlandpolitisch wichtigen innerdeutschen Handel als federführendes Ressort beteiligt. Doch waren die deutschlandpolitischen Handlungsmöglichkeiten, die sich daraus ergaben, aus mehreren Gründen eng. Zunächst einmal gab es eine Reihe vertraglicher Abmachungen, nämlich das 1960 erneuerte Berliner Abkommen von 1951[46]; den EWG-Vertrag, in dem die Sonderrolle des innerdeutschen Handels mit den übrigen fünf Mitgliedsstaaten vereinbart worden war[47], der den Handel mit der DDR aus-

Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme, 29. November 1978, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969–1979, Bericht und Dokumentation. o. O. 1980, S. 353–363.

44 Vgl. DzD VI/4 (1975/76), 904.

45 Vgl Schreiben des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht an Bundeskanzler Schmidt, 16. Februar 1978, in: DzD VI/5 (1977/78) (erscheint demnächst).

46 Abkommen vom 20. September 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) – Berliner Abkommen – in der Fassung der Vereinbarung vom 16. August 1960 mit Anlagen in: Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 32. 15. Februar 1961, 11 S.

47 Beim Abschluß des Vertrages über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 25. März 1957 in Rom (mit Anhängen in: BGBl. 1957 II, 766–963, 1014–1153) hatten die unterzeichnen-

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schließlich für die Bundesrepublik weitgehend zum Binnenhandel machte, und den Grundlagenvertrag, in dem des weiteren der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen vereinbart worden war. Darüber hinaus waren auch traditionell die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen nicht Gegenstand politischer Kompensationsgeschäfte, auch in den kältesten Tagen des Kalten Kriegs hatte man den innerdeutschen Handel nicht heruntergefahren. Diese Linie wurde auch in den 70er Jahren fortgesetzt. Angesichts der schon Mitte der 70er Jahre erkennbaren ökonomischen Probleme der DDR hätte es damit, zumindest theoretisch, die Möglichkeit gegeben, auf die DDR einzuwirken. Doch auch hier gab es für die FDP kaum praktische Gestaltungsmöglichkeiten in der Deutschlandpolitik, denn der innerdeutsche Handel sollte traditionell nicht benutzt werden, um die DDR mit ökonomischen Pressionen zu politischen Zugeständnissen zu veranlassen. Eine überraschte Nachfrage des Staatsministers beim Bundeskanzler, Wischnewski, warum man im Bundeskanzleramt von dem spektakulären Verkauf von 10.000 VW-Golf in die DDR erst so spät erfahren habe, beantwortete der Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik Hans Otto Bräutigam – der einzige mit Deutschlandpolitik befaßte höhere Beamte, der damals als der FDP nahe stehend galt[48] – mit dem Hinweis darauf, daß man die Deutschlandpolitik traditionell aus dem innerdeutschen Handel heraushielte.[49] Zudem hatte auch die Bundesregierung ein Eigeninteresse an den konjunkturellen Auswirkungen des innerdeutschen Handels. Das Bun-

den Regierungen »im Hinblick auf die besondere Lage Berlins und die Notwendigkeit seiner Unterstützung durch die freie Welt« erklärt, in der Gemeinschaft ihre »guten Dienste« dafür einzusetzen, »daß alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Lage Berlins zu erleichtern, seine Entwicklung zu fördern und seine wirtschaftliche Stabilität zu sichern« (Gemeinsame Erklärung betreffend Berlin, ebd., 760; DzD III/3 [1957], 524). Darüber hinaus behielt sich die Bundesregierung vor, bei Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden zu erklären, daß beide Verträge »auch für das Land Berlin gelten« (Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung der Verträge für Berlin, ebd.; BGBl. 1957 II, 764); die entsprechende Erklärung vom 9. Dezember 1957 ließ ausdrücklich die »Rechte und Verantwortlichkeiten« der drei Westmächte »in bezug auf Berlin unberührt« (vgl. DzD III/3 [1957], 2029).

48 Die zuständigen Leiter der für Außen- und Deutschlandpolitik zuständigen Abteilung 2 im Bundeskanzleramt, Carl Werner Sanne und Jürgen Ruhfus, standen der SPD bzw. der CDU nahe, die langjährigen Abteilungsleiter im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Jürgen Weichert und Edgar Hirt, müssen schon wegen ihrer engen Verbindung zu Herbert Wehner und Egon Franke ebenso als SPD-nah gelten. Zur überraschenden CDU-Parteimitgliedschaft von Ruhfus vgl. Jürgen Ruhfus: Aufwärts. Erlebnisse und Erinnerungen eines diplomatischen Zeitzeugen 1955 bis 1992. Sankt Ottilien 2006, hier S. 178.

49 Vgl. hs. Notiz des Persönlichen Referenten Wischnewskis, Kiewitt, für Bräutigam, 6. Dezember 1977 (BArch, B136/18152): »StM Wischnewski fragt, ob es üblich sei, daß [der] Bundesregierung Geschäfte wie dasjenige von VW erst aus Pressemitteilungen bekannt werden.« Darauf antwortete Bräutigam am 7. Dezember 1977: die Verhandlungen von VW waren der Treuhandstelle für Interzonenhandel und damit dem Bundesministerium für Wirtschaft offenbar von Anfang an bekannt. Die Treuhandstelle wurde laufend über den Fortgang unterrichtet. Entsprechend seiner bisherigen Praxis hat das Wirtschaftsministerium weder das Bundeskanzleramt noch die Bundesregierung über den bevorstehenden Abschluß des Geschäfts unterrichtet: »Dahinter steht das Bestreben, den innerdeutschen Handel von politischen Einflüssen freizuhalten.«

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

deswirtschaftsministerium vertrat die Auffassung, daß wirtschaftliche Pressionen keinen Erfolg haben würden. Allenfalls sei es möglich, neue wirtschaftliche Vereinbarungen im Vorfeld anderweitiger politischer Verhandlungen, an denen die DDR ein Interesse hatte, anzusetzen. Dann ließen sich günstigere Konditionen erreichen. Ansonsten war das Wirtschaftsministerium gerade in den Krisenjahren der 70er nicht daran interessiert, Handelsprobleme zu schaffen.
Ein besonders wichtiges Instrument des innerdeutschen Handels lag ohnehin nicht in den Händen des Wirtschaftsministeriums. Der von DDR-Seite spätestens seit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker chronisch defizitäre innerdeutschen Handel blieb nur dank des allseits als »Swing« bekannten zinslosen Überziehungskredits im Gang, der zunächst Sache der Bundesbank war, letztlich aber im Falle der Zahlungsunfähigkeit der DDR durch den Bundeshaushalt und damit durch das Finanzministerium zu übernehmen gewesen wäre.
So blieb den Bundeswirtschaftsministern nur übrig, gelegentliche Zeichen zu setzen. Als die DDR zum Beispiel trotz wiederholten Drängens von Seiten der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik zur Leipziger Messe 1975 etwa zwei Korrespondenten des Deutschlandfunks nicht akkreditierte, brach Hans Friderichs seinen Besuch in Leipzig ab.
Auch das vierte FDP-Ressort, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, unter der Leitung Josef Ertls bot sich schon aus thematischen Gründen nicht gerade für maßgebliche deutschlandpolitische Initiativen an: Sortenschutz bei Saatgut war zwar ein Verhandlungsgegenstand zwischen den beiden deutschen Staaten, aber kein zentrales Thema.
Die Beteiligung der FDP an der tagtäglichen Umsetzung der in der Koalition vereinbarten Deutschlandpolitik blieb relativ gering. Die Ressortverteilung führte dazu, daß die Liberalen nur begrenzte Einflußmöglichkeiten hatten; ein liberaler Finanz- oder Verkehrsminister wäre deutlich stärker in die zentralen Verhandlungen involviert gewesen. Ein besonderes Interesse der FDP, hier an Einfluß zu gewinnen ist nicht erkennbar. Das früher für die Liberalen so wichtige Themenfeld scheint fast geräumt worden zu sein. In den Vorstandsprotokollen ist nicht zu erkennen, daß Deutschlandpolitik ein zentral wichtiges der Liberalen im Rahmen des Regierungsbündnisses mit den Sozialdemokraten gewesen sei. Deutlich wird dies beispielsweise auch beim Blick in die Register der fdk und des Fraktionspressedienstes: In beiden Publikationen spielt die Deutschlandpolitik nur eine Nebenrolle.

Ein Kapitel für sich ist die Rolle Genschers in der Deutschlandpolitik der Ära der sozialliberalen Koalition. Von Anfang an kam ihm aus DDR-Sicht die Funktion des *bad guy*, des Sündenbocks zu. Schon die Rolle, die der Bundesinnenminister während der Geiselnahme bei den Olympischen Spielen 1972

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hatte, wurde in der DDR mit scharfer Kritik bedacht. Aber auch in innerdeutschen Fragen trat Genscher der DDR-Führung auf die Füße: Während eines Schleusungsvorgangs im Nord-Ostsee-Kanal am 9. Januar 1972 verließ ein Ingenieur des DDR-Motorschiffs »Eichsfeld« das Schiff und bat bei der Grenzschutzstelle Kiel um Notaufnahme. Anschließend gelang es von ihm alarmierten Beamten des Bundesgrenzschutzes und der Wasserschutzpolizei trotz des Protestes der Schiffsführung, auch seine Frau und Tochter von Bord zu holen. Presseberichten zufolge drohten die Offiziere des Schiffs sogar, von ihren Schußwaffen Gebrauch zu machen, um die Befreiung der Frau und der Tochter des Schiffsingenieurs zu verhindern, dank des energischen Einschreitens des Bundesgrenzschutzes ohne Erfolg.[50]

Doch auch in der Auseinandersetzung mit anderen Ressorts nutzte Genscher die Möglichkeit, seinen Kurs klar zu machen. Nach Abschluß des Transitabkommens wurden die Transitwege zu einem wichtigen Fluchtweg aus der DDR und damit zu einem Dauerthema der innerdeutschen Gespräche. Die Ost-Berliner Führung verlangte immer wieder, die Bundesregierung möge entsprechende Maßnahmen gegen Fluchthelfer, seien sie nun aus persönlichen oder kommerziellen Motiven tätig, ergreifen, um dieses Schlupfloch zu stopfen. Entsprechende Bemühungen scheiterten jedoch stets, nicht zuletzt an dem sinnvollen Argument des Vertreters des Innenministeriums in der zuständigen interministeriellen Arbeitsgruppe, daß die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland keine abschreckenden Strafen für jemand bereit hielt, der bereit war, ein Verhaftung und anschließende Verurteilung in der DDR in Kauf zu nehmen.[51] Dieser Streit berührte auch Genschers Amt als Verfassungsminister. Während Bahr den Standpunkt vertrat, das Transitabkommen sei ein Unterabkommen zum Viermächteabkommen über Berlin und stünde damit außerhalb der Grundgesetzes, standen für Genscher »die Bestimmungen des Grundgesetzes zur Freizügigkeit aller Deutschen über den Mißbrauchbestimmungen des Transitabkommens zur Fluchthilfe«.[52] Diese skeptische Linie behielt das Innenministerium auch unter Genschers Nachfolgern, Maihofer und Baum, bei.

50 Aufzeichnung der Ministerialräte Staab und Mahnke (BMB), 27. Januar 1972, BArch, B 137/16339; vgl. AAPD 1972, S. 57 Anm 2. Vgl. auch Genscher (wie Anm. 18). S. 168f.; im gleichen Kontext schildert Genscher auch einen nicht datierten Vorfall an der innerdeutschen Grenze, bei dem drei BGS-Beamte einen beim Fluchtversuch durch eine Mine verletzten DDR-Bürger retteten, indem sie den Grenzzaun beiseite räumten und den Verletzten in ein Krankenhaus brachten, was ihnen eine Belobigung durch den Minister und, sicher nicht minder willkommen, eine Beförderung einbrachte (ebd., S. 167f.).

51 Vgl. DzD VI/3 (19737/74), S. 317f.

52 Vgl. Hans-Dieter Lucas: Wahrung der deutschen Option – Hans-Dietrich Genscher und die neue Ost- und Deutschlandpolitik (1969–1974), in: ders. (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa. Baden-Baden 2002, S. 59–81, hier S. 76f. Bezeichnenderweise gibt es in dem von Lucas herausgegebenen Sammelband auch für die Jahre von 1974 bis 1982 keinen Beitrag über die Rolle Genschers in der Deutschlandpolitik.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Trotz dieser Beispiele ist der Bewertung von Lucas zuzustimmen, daß Genscher »in den Jahren 1969–1974 nicht in der ersten Reihe der Deutschland- und Ostpolitiker« stand. [53] Denn erst als Bundesaußenminister wurde Genscher vollends zur Bête noir für die DDR-Führung, denen in ihrer Abneigung die SPD-Deutschlandpolitiker um Wehner und Gaus übrigens in nichts nachstanden.[54] Bereits im ersten Jahr seiner Amtszeit setzte er einen allerdings kaum bemerkten Akzent. Der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Kohl bemühte sich lange um einen Antrittsbesuch im Auswärtigen Amt, versuchte aber, sich um ein erstes offizielles Treffen mit dem innerdeutschen Minister Franke zu drücken. Diesen Versuch seitens der DDR, eine bundesdeutsche Realität zu unterlaufen, ließ Genscher nicht zu. Einen Kompromißidee, die Genscher zunächst mit seinem DDR-Amtskollegen Fischer erörterte und die später dann auch der Bundeskanzler ins Auge faßte, ließ sich auch nicht verwirklichen. Man hatte der DDR nämlich insoweit entgegenkommen wollen, daß die Besuche am gleichen Tag, aber zuerst im Auswärtigen Amt, stattfinden sollten. Damit wäre der Charakter einer Vorbedingung nicht mehr so offensichtlich gewesen. Die Tatsache, daß Kohl schon lange vorher Genscher in seiner Eigenschaft als FDP-Vorsitzender einen Antrittsbesuch abgestattet hatte, konnte an dem Dilemma nichts ändern. Letzten Endes gab die DDR klein bei, Kohl besuchte zunächst am 25. Juni 1976 Franke – ohne Presseresonanz – und dann gut zwei Monate später Genscher.[55]

Besonders ärgerlich aus der Sicht Ost-Berlins waren Genschers alljährliche Reden vor der UNO-Generalversammlung, in denen er ganz im Sinne der Präambel des Grundgesetzes die Offenheit der Deutschen Frage reklamierte. Dabei war es wohl vor allem das Forum der Weltöffentlichkeit, vor dem er ein ums andere Mal die Existenz der DDR in Frage stellte, was die DDR so in Rage brachte.[56]

1976, nach einer Reihe von Grenzzwischenfällen mit Toten und Verletzten an der innerdeutschen Grenze, ging Genscher noch einen Schritt weiter. Wohl auf sein Betreiben hin beschloß das Bundeskabinett, die Gründung eines UN-Menschenrechtstribunals zu beantragen, vor dem genau solche Vergehen verhandelt werden sollten; auch wenn der Vorschlag formal ohne direkten Bezug auf die DDR formuliert war, so wussten doch alle Beteiligten, wer gemeint

53 Ebd., S. 80.

54 Ende 1974 sagte Wehner gegenüber einem DDR-Gesprächspartner: »Er hoffe, daß der B[undes]K[anzler] bei seiner Beteuerung bleibt, Moskau nicht als Klagemauer über die DDR anzureisen. Im Falle Genscher sollten wir da schon jetzt auf Schlimmes gefaßt sein. Dieser Fettsack ließe sich nicht gängeln.« Vgl. die Aufzeichnung über eine Unterredung Wehners mit dem DDR-Anwalt Vogel (?), 21. Oktober 1974, in: DzD VI/3 (1973/74), S. 782–785, hier S. 784.

55 Vgl. Schreiben Schmidt an Wehner vom 1. Oktober 1975, in: DzD VI/4 (1975/76), S. 395 und ebd. Anm. 2

56 Genscher (wie Anm. 18), S. 347f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

war. Zwar unterrichtete Bundeskanzler Schmidt im Anschluß an die Kabinettsitzung die Öffentlichkeit über das neue Vorhaben, doch für die DDR-Führung blieb dies immer der »Genscher-Vorschlag«. Daß diese Initiative im Wahljahr 1976 auch der Kritik von Seiten der Union an der sehr zurückhaltenden und auf Deeskalation zielenden Reaktion der Bundesregierung auf die Grenzzwischenfälle den Wind aus den Segeln nehmen sollte, darf man wohl annehmen. Immerhin ging dieser Vorschlag dem Ständigen Vertreter Gaus viel zu weit, der in ihm vor allem eine unnötige Belastung des innerdeutschen Verhandlungsklimas sah. Sehr viel ist aus dieser Initiative auch nicht geworden.[57]

Wie verhaßt Genscher in der Folge all dieser und ähnlicher Beispiele in der DDR-Spitze war, lässt sich gut an einem Beispiel zeigen. Seit Abschluß des Grundlagenvertrages hatte die DDR immer darauf gedrungen, ihre Ständige Vertretung in Bonn wie eine normale Botschaft behandelt zu sehen. Das hieß auch, daß der reguläre Ansprechpartner das Auswärtige Amt und nicht, wie von Seiten der Bundesregierung entschieden und mit der DDR vereinbart, das Kanzleramt sein sollte. Immer wieder drängte Ost-Berlin in Gesprächen darauf, diese Zuordnung zu ändern, bis im Mai 1977 Wehner in einem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt und Anwalt Vogel, dem Emissär Honeckers, darauf hinwies, daß dann nicht mehr der Bundeskanzler und die Beamten des Kanzleramts, sondern Genscher und seine Mitarbeiter die Hauptanlaufstelle sein würden.[58] Das Drängeln der DDR ließ daraufhin für eine Reihe von Jah-

57 Zum Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers zu den Zwischenfällen an der innerdeutschen Grenze, die Schmidt im Anschluß an eine Kabinettsitzung abgab und die auch im Fernsehen ausgestrahlt wurde, vgl. Bulletin. Nr. 89. 29. Juli 1976, 847; in der Erklärung hieß es unter anderem: »Das Vorgehen der DDR-Grenzbehörden übersteigt jedes Maß abgemessener Reaktion auf geringfügige Grenzüberschreitungen. Die Bundesregierung verurteilt dieses Vorgehen, vor allem verurteilt sie den Gebrauch von Schußwaffen und die ihm zugrundeliegenden Weisungen. Die Bundesregierung hat deshalb bei der Regierung der DDR Protest eingelegt. ... Die Zwischenfälle belasten nachhaltig unser Verhältnis zur DDR. ... Entspannung heißt auch, die Verhältnisse an der Grenze menschlich zu machen.« Abschließend kündigte Schmidt eine Initiative der Bundesregierung zur Schaffung einer weiteren UN-Menschenrechtsinstitution an. Dieser Vorschlag, der Ende September 1976 der UN-Vollversammlung vorgelegt werden sollte, war offenbar von Genscher ins Spiel gebracht worden, und zielte darauf ab, »eine objektiv urteilende Institution zu schaffen, bei der Menschenrechtsverletzungen individuell angeklagt werden« könnten. Gleichzeitig wollte die Bundesregierung eine Konvention gegen Terrorakte, v. a. Geiselnahmen, vorschlagen. In einem Schreiben an den Bundeskanzler warnte Gaus ausführlich vor den deutschlandpolitischen Folgen dieses Vorschlags und riet dazu, bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen keinen Resolutionsentwurf einzubringen und den Vorschlag insgesamt nicht in Verbindung mit den Zwischenfällen an der innerdeutschen Grenze zu erwähnen. Vgl. »Gute Chancen für Konvention gegen Geiselnahmen«, in: Die Welt. Nr. 174. 29. Juli 1976, 2; Vorlage des Vortragenden Legationsrat I Gorenflos an Genscher, 12. August 1976, Schreiben Gaus an Schmidt, 18. August 1976, beide in : AAPD 1976 II, 1198–2101 und 1218–1221.

58 Vgl. Information über die Unterredung mit Bundeskanzler Helmut Schmidt am 16. Mai 1977 in Berlin (West), in: Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente. Bonn 1997, S. 368–384, hier S. 382.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ren schlagartig nach. Erst 1980 tauchte die Forderung in leicht verwandelter Gestalt im Rahmen der Geraer Forderungen wieder auf. Gut eine Woche nach der Bundestagswahl, bei der die Regierung Schmidt/Genscher ein letztes Mal vom Wähler (gegen den Unions-Kandidaten Strauß) bestätigt wurde, verlangte Honecker erneut die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften. Mit seinem taktisch klugen Timing verriet Honecker ein mittlerweile gewachsenes Verständnis für die nötigen Rücksichtnahmen auf die Interessen seiner Bonner Partner.

Doch nicht nur in der DDR-Führung war Genscher unbeliebt. Auch in Moskau sah man den Bundesaußenminister mit sehr gemischten Gefühlen. Bei einem jüngst publizierten Gespräch zwischen Honecker und Breschnew auf der Krim 1976 hatten sich die beiden Generalsekretäre wenig Freundliches zu sagen. Missernten und gestiegene Energiekosten belasteten die beiderseitigen Beziehungen erheblich. So diente es wohl auch der Entspannung – man könnte auch sagen: dem Abreagieren –, als beide mehr oder weniger unvermittelt und völlig aus dem Gesamtzusammenhang des Gesprächs gerissen begannen, über Genscher zu lästern.[59]

Deutschlandpolitik wurde aber auch auf heute weniger bekannten Gebieten betrieben. So versuchte die DDR seit Mitte der 70er Jahre, die Diözesangrenzen der katholischen Bistümer den Grenzen der DDR anzupassen, und war damit auch partiell erfolgreich.[60] Am 26. Oktober 1976 gründete der Heilige Stuhl eine kirchenrechtlich selbständige »Berliner Bischofskonferenz« mit Zuständigkeit für das Gebiet der DDR im Bereich der Fuldaer Deutschen Bischofkonferenz. Den zweiten endgültigen Schritt, die Errichtung eigenständiger und ausschließlich auf dem Territorium der DDR belegener Bistümer und damit die Nachvollziehung der deutschen Teilung auf kirchenrechtlichem Gebiet, versuchte die Bundesregierung zu verhindern. Gleichwohl ist eine entsprechende Entscheidung des Vatikans, wie sie Kardinalstaatssekretär Casaroli wohl betrieb, nur durch den Tod Pauls VI. verhindert worden, der die bereits vorliegenden Dekrete nicht mehr unterzeichnen konnte.[61] Sein Nach-

59 Honecker sagte bei dieser Gelegenheit, Genscher sei »ein richtiger SA- und SS-Typ, worauf Breschnew erwiderte: Als ich ihn in Helsinki sah, dachte ich, das ist ein richtiger SS-Typ. Der würde uns glatt aufhängen.« Vgl. Vermerk über das Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genossen Leonid Breschnew, auf der Krim am Donnerstag, den 19. August 1976, in Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch (Hrsg.): Risse im Brüderbund. Die Gespräche Honecker–Breschnew 1974 bis 1982. Berlin 2006, S. 113–135, hier S. 127.

60 Im Gefolge des Warschauer Vertrages war eine solche Anpassung an der Grenze zwischen der DDR und Polen seitens des Vatikan vorgenommen, der damit faktisch die polnische Westgrenze symbolträchtig anerkannte.

61 Auch sein unmittelbarer Nachfolger, der Luciani-Papst Johannes Paul I., nahm sich während seines kurzen Übergangspontifikats der Sache nicht an. Vgl. Josef Pilvousek, Vatikanische Ostpolitik – Die Politik von Staat und Kirche in der DDR, in: Karl-Joseph Hummel (Hg.), Die Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978, Paderborn u.a. 1999, S. 113–134, hier S. 132, und Genscher (wie Anm. 18), S. 283–285.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

folger Johannes Paul II. war für solche Konzessionen an die kommunistischen Machthaber Osteuropas nicht zu haben. Aufschlußreich für die Deutschlandpolitik Genschers und der FDP wird diese Frage nach der Anpassung der katholischen Bistumsgrenzen an die DDR-Staatsgrenzen unter anderem dadurch, daß sie einen der wenigen Punkte markiert, in denen Genscher in seinen Erinnerungen für die Zeit von 1969 bis 1982 auf deutschlandpolitische Fragen eingeht, beim Blick in das Inhaltsverzeichnis sogar der einzige.[62] Diese besondere Heraushebung soll wohl auch verdeutlichen, wie wichtig aus der Sicht der Zeitgenossen die Haltung des Vatikans war. Eine Aufwertung der DDR durch die Angleichung der Diözesan- an die Staatsgrenzen hätte einen der wenigen noch fehlenden Schritte zur vollständigen Anerkennung auf internationaler Ebene bedeutet.

Die FDP unterhielt während der gesamten Nachkriegsjahrzehnte Kontakte zur LDPD, wenn auch mit deutlichen Schwankungen in der Intensität der Beziehungen. Angesichts des geringen Gewichts der Liberaldemokraten im realen Machtgefüge der DDR sind die Motive für die Pflege dieser Gesprächsebene unklar, auch wenn sie für die FDP ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Parteien darstellte. Nicht ganz klar sind auch die Gründe für das Treffen des Fraktionsvorsitzenden Mischnick mit Wehner und Honecker Ende Mai 1973. Abgesehen davon, daß er damit seinem Fraktionsvorsitzendenkollegen Flankenschutz gegenüber allzu konspirativen Deutungen der Begegnung der beiden alten Kampfgefährten gewährte, sind keine besonderen Resultate der Begegnung mit dem SED-Chef zu erkennen.[63] Eine Fortsetzung dieses Kontakts kam aber wohl erst nach 1982 zustande. Nach der Wende intensivierte die FDP auch ihre Kontakte zur LDPD, insbesondere Mischnick traf sich in dichterer Folge als zuvor zu Gesprächen mit LDPD-Funktionären, an der Spitze Manfred Gerlach. Themen waren weniger die Deutschlandpolitik im engeren Sinne, also Fragen der innerdeutschen Beziehungen, als vielmehr die in den 80er Jahren besonders virulenten Fragen von Friede und Abrüstung. Auch Genscher unternahm einen Versuch, auf dieser Ebene aktiv zu werden, möglicherweise weil sie ihm Kontakte in die DDR ermöglichte, die ihm in seinem Amt als Außenminister verwehrt waren. Viel ist daraus aber

62 Ebd., S. 5.

63 Das vorangegangene Gespräch Wehners mit Honecker, an dem Mischnick nicht teilnahm, hatte immerhin zur Lösung des Problems der durch unkluges Agieren Bahrs ins Stocken geratenen Ausreise zahlreicher DDR-Bürger, der sog. »Kofferfälle«, geführt. Vgl. dazu Meyer (wie Anm. 14), S. 399–403, und Norbert Pötzl: Erich Honecker. Eine deutsche Biographie, Stuttgart 2002, S. 168–171. Der Wunsch, wegen »der in der BRD aufflammenden Hetzkampagne« zum Abschluß des Gesprächs Wehner–Honecker auch Mischnick hinzuzuziehen, war von Wehner geäußert worden. Vgl. den Bericht über das Gespräch vom 31. Mai 1973 in: DzD, VI/3 (1973/74), S. 157–163, hier S. 163

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nicht geworden. Der hauptsächlich Aktive an der FDP-Spitze blieb Mischnick[64].

Ein weiteres Indiz für die Veränderungen in der Deutschlandpolitik der FDP auch auf anderer Ebene wird aber durch eine Episode erkennbar, die der langjährige Leiter der Abteilung BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Karl Seidel, in einem Interview anläßlich des 20. Jahrestags von Honeckers Besuch in der Bundesrepublik der Zeitung »Junge Welt« berichtete. Anders als während der Besuchsvorbereitungen vereinbart empfing Genscher den DDR-Außenminister Fischer nicht im Gästehaus des Auswärtigen Amtes, sondern in seinem Arbeitszimmer. Dem Wunsch des Innerdeutschen Ministeriums, ganz auf das Treffen zu verzichten, gab Genscher nicht nach.[65] Angesichts der Bedeutung auch kleiner protokollarischer Gesten in den Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin wird man die Aufwertung erkennen, die Genscher seinem Amtskollegen damit zuteil werden ließ. Der ehemalige Bremser in innerdeutschen Fragen trat nun entgegenkommend auf, jedenfalls wechselte er die Rolle. Die FDP, die in der Koalition mit der SPD stets eher eine Bremserrolle in der Deutschlandpolitik innegehabt hatte, gab sich nun als Garant der Kontinuität und wechselte vom Bremser – um im Lokomotiven-Bild zu bleiben – in die Rolle des Heizers, ohne dabei die Grundsätze der siebziger Jahre aufzugeben.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

1) Die Liberalen, und besonders Genscher, spielten während der sozialliberalen Koalition in Fragen der Deutschlandpolitik ihre Rolle als Korrektiv, indem sie als die Bremser bemüht waren, in einigen wichtigen Fragen weitergehende Zugeständnisse an die DDR im Rahmen der innerdeutschen Verhandlungen zu verhindern, zu denen manche Sozialdemokraten wohl bereit gewesen wären. Darüber hinaus versuchten sie bei sich bietender Gelegenheit auch, in Einzelaktionen die deutschlandpolitische Eigenständigkeit der FDP durch eine DDR-kritischere Haltung unter Beweis zu stellen. Damit konnten sie zugleich auch mancher Kritik von Seite der Opposition den Wind aus den Segeln nehmen. Auch nach 1982, in der Koalition mit der Union, behielt die FDP diese typische Korrektivfunktion kleinerer Koalitionspartner bei, die aber angesichts des neuen Regierungspartners auch eine neue Richtung bekam; die Union mußte von zu weit gehenden Zugeständnissen weniger abgehalten werden als die SPD.

64 Vgl. Jürgen Frölich: (K)Ein besonderer liberaler Weg zur Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten? Die Kontakte zwischen FDP und LDPD in den 1970er und 1980er Jahren, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 20 (2008), S. 199–212.

65 Vgl. »Der Erfolg der Reise schlug ins Gegenteil um«. Gespräch von Detlef Nakath mit Karl Seidel, in: Junge Welt, 8. September 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

2) Insgesamt war der Einfluß der FDP auf den Alltag der Deutschlandpolitik eher begrenzt. Die wichtigsten Verhandlungen fielen in die Geschäftsbereiche der sozialdemokratischen Minister für Finanzen und Verkehr, durch seine Querschnittszuständigkeit war zudem das innerdeutsche Ministerium von Bedeutung. Eine zentrale, ja vorrangige Rolle bei den innerdeutschen Verhandlungen spielte aber stets das Kanzleramt. Vor diesem Hintergrund der fehlenden operativen Gestaltungsmöglichkeiten scheint bei den Liberalen nur wenig Interesse an Deutschlandpolitik bestanden zu haben. Angesichts der Veränderungen in der Parteimitgliedschaft und der Wählerstruktur hatte das Thema für die FDP im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren seine akute Bedeutung verloren, das erst 1989 wieder stärker in der Vordergrund rücken sollte.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Forum

Philippe Alexandre

Liberalismus und liberale Erinnerungskultur in Frankreich – Überlegungen zu einer paradoxen Situation

Die Herausgeber der »Deutschen Erinnerungsorte« (2005) schreiben über das große »Vorbild«: die »Lieux de mémoire«[1] von Pierre Nora: »Noras Frankreich stellt sich als ein klares, weitgehend geschlossenes, rundum zustimmungsfähiges Bild dar, und tatsächlich leitet ihn eine fast nostalgische Rückschau, namentlich auf das Frankreich der Dritten Republik, in dem die Verheißungen der Großen Revolution wahr wurden.«[2] Alle Einzelstudien des umfangreichen Projektes werden in eine Kontinuität eingeordnet; sie gründen sich auf einen »Kanon« des kollektiven Gedächtnisses, der eine Identifikation für alle französischen Bürger möglich machen, ihr nationales Bewusstsein und ihre nationale Identität prägen soll. 1986 hieß es in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« in einem Vergleich mit Deutschland: »im Falle Frankreichs (sei) ja klar, was französische Geschichte heiße, und wer sich als Franzose fühlen dürfe«[3].

Dieser »Konsens« ist jedoch trügerisch; er verdeckt große Unterschiede in der Art und Weise, wie die Franzosen ihre Nationalgeschichte oder ihre Nationalsymbole wahrnehmen und deuten. Der »Französischen Revolution«, der »Republik« oder der »Marseillaise« wird nicht von allen der gleiche Sinn gegeben. Dem Politikwissenschaftler Marc Riglet kann man wohl Recht geben, wenn er in einer Rezension der »Deutschen Erinnerungsorte« schreibt: Nachdem man all diese Beiträge gelesen habe, stelle man fest, wie verschieden unsere Nationalgeschichten sein können: »Während die Franzosen auf eine verlorene Geschichte oder wenigstens auf eine Geschichte, die ihre Erinnerung spaltet, zurückblicken, scheinen die Deutschen dagegen die Ufer einer

1 Pierre Nora (Hg.): Les lieux de mémoire, 3 Bde. Paris 1997.
2 Etienne François/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl. München 2005, S. 10.
3 Gustav Seibt: »Monolog über Räume«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.10.1986; zitiert ebd. , S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wenn auch nicht ruhigeren, so doch einigenden Geschichte erreicht zu haben.«[4]

Diese Situation Frankreichs zwischen Konsens und Gespaltensein erscheint problematisch. Bis wohin reicht denn der Konsens? Ist er nicht ein Mythos? Es gibt in der Nation Gruppen: politische, soziale, regionale usw., die nationalen Erinnerungsorten eine eigene Deutung geben, auf eigene Traditionen zurückblicken, eigene Geschichtsbilder und Erinnerungsorte haben, die für sie identitätsstiftende Momente oder Identitätsmarker sind; bei Pierre Nora heißt dies *contre-mémoire*. Es gibt wiederum gruppeneigene Erinnerungsorte, die als nationale Erinnerungsorte gelten, z.B. eine gewisse Arbeiterliteratur, die die Erinnerung an die Arbeiterwelt von gestern wachhält.

Am Beispiel der französischen Liberalen sollen in der vorliegenden Studie diese Fragen erörtert werden. Ein solches Unterfangen erweist sich aber als eine Herausforderung.

1. Erstens muss klargestellt werden, was man im Falle Frankreichs unter »liberal« oder »Liberalismus« verstehen kann. Der Liberalismus ist ein parteiübergreifendes Gedankengut[5], ein Komplex von verfassungs-, wirtschafts-, kultur- und kirchenpolitischen Doktrinen, die von Theoretikern ausgearbeitet, von Parteien und Bewegungen getragen und von Regierungen in die politische Praxis umgesetzt wurden. Liberale Ideen, wie die der europäischen Aufklärung, prägten auch das Programm von Parteien und die Politik von Regierungen, die das Etikett »liberal« nie für sich beanspruchten.
2. Lässt sich in Frankreich – die Frage gilt aber auch für andere Länder – eine klar umrissene, gradlinige liberale Tradition von den Anfängen, die zeitlich verortet werden müssten, bis heute zurückverfolgen? Wie wir sehen werden, hat sich die französische Parteiengeschichte mit der Zeit so entwickelt, dass Verbindungslinien zwischen den Liberalen von gestern und denen von heute kaum zu erkennen sind.
3. Die Dritte Republik (1875-1940) hat mit der Form ihrer Verfassung einen Kompromiss gefunden, die unter den Umständen von 1875 von den damaligen Liberalen – als Vertreter eines *juste milieu* – durchgesetzt wurde; aber gerade weil die Republik sich gegenüber den reaktionären Kräften behaupten und ihre Grundlage festigen musste, bauten ihre Regierungen ab den 1880er Jahren ein Modell der kollektiven Erinnerung auf, ein Integrationsmodell, das auf einem weitgehenden Konsens beruhen sollte.

Aus dieser Entwicklung resultierte eine Situation, die wir hier zu charakterisieren versuchen möchten, und bei der sich ja letzten Endes folgende Frage aufdrängt: Gibt es überhaupt »liberale« Erinnerungsorte in Frankreich?

4 Marc Riglet: »Les Allemands regardent derrière eux«, Lire, Mai 2007. In: http://www.lire.fr/critique.asp/idC=51232/idR=214/idG=6

5 Philippe Nemo/Jean Petitot (Hg.): Histoire du libéralisme en Europe. Paris 2006, 1428 S.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Was heißt »liberal« in Frankreich? Liberale von gestern

Als »liberal« werden in Frankreich Vordenker bezeichnet, die im 17. Jahrhundert den Absolutismus Ludwigs XIV. bekämpften, Vertreter der protestantischen Intelligenz, die die Aufhebung des Toleranzediktes von Nantes im Oktober 1685 missbilligten, Befürworter der »liberté du commerce«, der Handelsfreiheit und der Idee des Marktes als soziales Band, die die Wirtschaftspolitik des Ministers Colbert[6] ablehnten. Die Physiokraten und R.J. Turgot (1727-1781), der linke Flügel des Enzyklopädismus im 18. Jahrhundert gelten als »liberal«. Der alte Geist der Provinzparlamente vor der Großen Revolution, die demokratischen und liberalen Ideen gewannen Gestalt u.a. durch die Schriften von E. J. Siéyès (1748-1836), einem der Haupttheoretiker der Französischen Revolution, sie reiften unter dem Einfluss der amerikanischen Revolution und fanden ihren Niederschlag in der »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« im August 1789[7].

Auch wenn es zwischen dem Jakobinismus und dem Bonapartismus seinen Platz nur schwer finden konnte, lebte das liberale Denken in Frankreich durch das ganze 19. Jahrhundert fort. Diese geistige Strömung behauptete sich bald und übte mit Befürwortern der »Charte«, der konstitutionellen Monarchie unter den Bourbonen der Restaurationszeit, also unter Ludwig XVIII. nach 1814 einen großen Einfluss aus. Benjamin Constant (1767-1830) gilt als der Theoretiker der liberalen Ideen im Frankreich jener Zeit, als der Wortführer des aufsteigenden Bürgertums, das sich auf eine parlamentarische Monarchie und das Zensuswahlrecht zu stützen suchte, um seine Klasseninteressen zu wahren und seinen materiellen Wohlstand zu steigern. Wollte sich dieses Bürgertum behaupten, so musste es einerseits gegen die Klerikalen, andererseits gegen Adlige, die bestrebt waren, ihre früheren Privilegien wiederherzustellen, auftreten[8].

Liberale waren unter der Julimonarchie (1830-1848) die »Orléanisten«. Der Minister Fr. P. G. Guizot (1787-1874) bemühte sich, durch seine historischen Schriften zu zeigen, das Besitz- und Bildungsbürgertum sei die einzige Klasse mit der Fähigkeit, die öffentlichen Angelegenheiten zu verwalten. Weil sie zu sehr an den politischen Folgen der Revolution orientiert waren, vergaßen die französischen Liberalen, dass aus ihr auch sozialpolitische Lehren gezogen werden und wachsende egalitaristische Tendenzen berücksich-

6 Gilbert Faccarello: »La ›liberté du commerce‹ et la naissance de l'idée de marché comme lien social«. In: ebd., S. 205 ff.

7 Vgl. dazu Philippe Nemo: Histoire des idées politiques aux Temps modernes et contemporains. Paris ²2003; hier bes. Kapitel 7: Démocrates et libéraux en France aux XVIIe et XVIIIe siècles, S. 411 ff.

8 Jacques Droz: Histoire des doctrines politiques en France, 7. Aufl. (Que sais-je ?; Nr. 304), Paris 1975; hier bes. Kap. VI: Le triomphe du libéralisme, S. 65-73; Maurice Flamant: Histoire du libéralisme, Paris 1988; hier bes. Kap. IV: Le triomphe, S. 67-89.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tigt werden mussten. Die Krise von 1830 war schon ein Warnsignal. Wie der einsichtige Alexis de Tocqueville in »La démocratie en Amérique« (1835) zeigte, war die Demokratie in einer modernen Gesellschaft als eine Notwendigkeit zu betrachten. Der Garant der demokratischen Gleichheit sei der Staat[9]. Hier tritt der Unterschied zwischen »Liberalen« und »Demokraten« oder »Republikanern« hervor[10]; letztere verlangten mehr vom Staat und forderten das gleiche Wahlrecht für alle Bürger. In Deutschland würden sich »Linksliberale« in dieser demokratischen oder republikanischen Bewegung wieder erkennen.

Die Krise von 1848 unterbrach die Hochzeit der französischen Liberalen nur für einige Zeit. Adolphe Thiers (1797-1877), einer der Vertreter des »juste milieu« und der Befürworter des »Empire libéral« unter Napoleon III., spielte eine entscheidende Rolle in der Übergangszeit der frühen 1870er Jahre, als nach dem Sturz des kaiserlichen Regimes eine Verfassungsform für Frankreich gefunden werden musste. Ein entscheidender Kompromiss wurde im Frühjahr 1875 erzielt; er resultierte aus einer Zusammenarbeit des orléanistischen »centre droit« (der rechten Mitte) mit dem republikanischen »centre gauche« (der linken Mitte), mit den gemäßigten Republikanern, den »Vernunftrepublikanern« wie Thiers und den »Opportunisten«. Dieser Kompromiss (*amendement Wallon*) sprach nicht ausdrücklich von der Staatsform der »Republik«, sondern »schmuggelte diese staatsrechtlich entscheidende Wendung nur scheinbar beiläufig ein«[11]. Statt der monarchischen wurde damals zwar die republikanische Staatsform festgelegt; aber die verabschiedete Verfassung regelte das Verhältnis von Regierung und Parlament mit Hilfe eines Zwei-Kammer-Systems und mit einem republikanischen Präsidenten. Dieser Präsident, der von den beiden Kammern für sieben Jahre gewählt wurde und danach wieder gewählt werden konnte, nahm die Stellung des Königs in einer konstitutionellen Monarchie ein[12]. Ein solches Arrangement entsprach – sagen Politikwissenschaftler – dem Ideal der orléanistischen Liberalen[13].

Die Ideen der liberalen Demokratie prägten die Verfassung der Dritten Republik (1875-1940). Sie setzten sich erst nach langen Kämpfen gegen die Restaurationstendenzen und -versuche der reaktionären Kräfte durch[14]. 1875

9 Droz (wie Anm. 8), S. 71 ff.
10 Louis Girard: Les libéraux français, 1814-1875, Paris 1985; hier bes. Kap. XIII: La crise de 1830. Libéralisme et démocratie, S. 115-125.
11 Martin Kirsch: Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert: der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich, Göttingen 1999, S. 378 f.
12 Ebda. S. auch Maurice Duverger: Le système politique français. Droit constitutionnel et systèmes politiques. Paris [19]1986, S. 12 f.
13 L. Girard (wie Anm. 10), S. 258 ff.
14 Gudrun Gersmann/Hubertus Kohle/Beatrice Hermanns: Frankreich, 1871-1914: Die Dritte Republik und die Französische Revolution. Stuttgart 2002, S. 154 f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

markierte aber noch lange nicht das Ende dieser Kämpfe. Philippe Nemo schreibt: »Jene liberale Republik siegte über die verbündeten Kräfte des Sozialismus und der extremen Rechten, als der Staatsstreichsversuch von Boulanger 1889 scheiterte. Die Ideen, Grundsätze und Werte dieser ideologischen Richtung spielten in der raschen Industrialisierung und Modernisierung Frankreichs eine zentrale Rolle.«[15]

Die Konturen des Liberalismus in Frankreich verschwammen aber seit den 1880er Jahren zunehmend. Seine Ideen wurden großenteils von den »Republikanern« übernommen und umgesetzt. Der französische Liberalismus scheint sich in der Ideologie, im Parteiensystem und in der Politik der Dritten Republik weitgehend aufgelöst zu haben. Die Liberalen »orléanistischer Prägung« wurden immer mehr verdrängt. Das republikanische Lager bildete eine bunte Konstellation: Es gab »radikale« und gemäßigte Republikaner, die mit dem pejorativen Prädikat »opportunistisch« charakterisiert werden; diese sollte man aber eher »Regierungsrepublikaner« nennen.

Will man zwischen »Rechts-» und »Linksrepublikanern« unterscheiden, so lassen sich die Trennungslinien anhand folgender Punkte ausmachen:

1. Der »Boulangismus«, d.h. ein gewisser Verfassungsrevisionismus und der »Revanche«-Gedanke mit seiner demagogischen Dimension, machte zeitweise den General Boulanger populär, namentlich im Milieu des Heeres, das sich dadurch einem Teil der entschiedenen Republikaner entfremdete. Weil sie Boulanger unterstützten, diskreditierten sich Elemente der radikalen Partei.
2. Die Dreyfus-Affäre, die Frankreich in zwei Lager spaltete, war entscheidend; sie vertiefte die Kluft zwischen Gemäßigten – wie Jules Méline und die »Fédération républicaine« – und den Radikalen: jene waren für die Revision des Dreyfus-Prozesses, letztere waren dagegen (»Antidreyfusards«/»Dreyfusards«).
3. Der Durchbruch der Arbeiterbewegung und des Sozialismus war eine weitere Ursache der Uneinigkeit im republikanischen Lager: Radikale und Radikal-Sozialisten zeigten sich bereit, mit den Sozialisten zusammenzugehen und mit ihnen Regierungen zu bilden, was Republikaner, die sich fortschrittlich, gemäßigt oder liberal nannten, ablehnten.
4. Das Verhältnis von Staat und Kirche war eine Frage, in der sich die Republikaner nicht einigen konnten. Das zeigte sich zunächst in den Kämpfen um die Schulreformen von Jules Ferry, die zu Beginn der 1880er Jahre die französischen Staatsschulen laizisierten[16], und später, als die Radikalen

15 Philippe Nemo (wie Anm. 8) Kapitel 10: Démocrates et libéraux en France au XIXe siècle. Constant, Bastiat, Prévost-Paradol, S. 591-697.

16 Diese Reformen wurden von den deutschen Linksliberalen begrüßt. Vgl. dazu Philippe Alexandre: »La loi scolaire française du 28 mars 1882 et la question de l'enseignement laï-

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

eine antiklerikale Politik betrieben und das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirchen (1905) durchsetzten. Gemäßigte missbilligten die radikale Wendung dieser Politik, die nach dem *ralliement*, d.h. der von Papst Leo XIII. begünstigten Aussöhnung von katholischen Kreisen mit der Republik, eintrat. Im Zusammenhang mit den kirchenpolitischen Fragen vollzog sich z.T. das Schwenken nach rechts dieser gemäßigten oder »liberalen« Republikaner.

5. Protektionistische Tendenzen steigerten sich im wirtschaftspolitischen Bereich schon lange vor dem Ersten Weltkrieg in Frankreich wie im übrigen Europa – Großbritannien ausgenommen; der gemäßigte Republikaner Jules Méline war es, der als Handelsminister 1892 das liberale handelspolitische Gesetz von 1860 aufgehoben und eine schutzzollpolitische Wende herbeigeführt hatte.

Die »Krise« und der »Zusammenbruch« des Liberalismus seit dem 19. Jahrhundert haben – so Maurice Flamant – drei Ursachen: sein Dogmatismus, seine Distanz gegenüber einer sich wandelnden Realität, sein Verhältnis zu Modernisierungsbewegungen. Der Liberalismus schloss sich im Dogmatismus ab, nachdem er lange Zeit eine treibende Kraft, ein Motor des Fortschritts gewesen war. Weil das Festhalten an überholten Vorstellungen, das ihn nun charakterisierte, in eine Orthodoxie ausartete, verurteilte er sich selbst zum Untergang. Indem er die Ideen des Sozialdarwinismus missbrauchte, vergaß er die humanitären Ideale, die er anfangs verwirklichen wollte. Ideen, die früher die Gesellschaft erneuern sollten, erstarrten im Immobilismus, so dass er sich auf Dauer unfähig zeigte, sich den Veränderungen in der Gesellschaft anzupassen. Im Mittelpunkt der liberalen Weltauffassung stand der *homo oeconomicus*, der doch kein universelles Ideal sein kann; über die Produktion vergaß er die Umverteilung, die Gerechtigkeit, die eine der wesentlichen Forderungen des aufsteigenden Vierten Standes war. Gegenüber neuen Bewegungen, dem Nationalismus, dem »romantisme social«, dem sozialen Katholizismus, den verschiedenen Formen des Sozialismus erwies sich der Liberalismus als unfähig, sein Denken zu erneuern[17].

Und doch konnte der Liberalismus diese Krisen überleben, bis der Erste Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre das Gleichgewicht unserer europäischen Gesellschaften vernichtete. Der Zweifel an den Werten, die der Liberalismus bis dahin verkörpert und gefördert hatte, wuchs immer mehr. Nach der Zeit des Faschismus, der sich als die Antithese des Liberalismus verstand, nach der ökonomischen Krise, die den wirtschaftlichen Liberalismus

que. Un débat dans la presse allemande«. In: Jean-Paul Cahn/Hartmut Kaelble (Hg.): Religion und Laizität in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert/Religions et laïcité en France et en Allemagne aux 19e et 20e siècles. Stuttgart 2008, S. 39-52.

17 M. Flamant (wie Anm. 8), Kap. V: Crise et effondrement, S. 90-124.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

diskreditierte, nach dem Zweiten Weltkrieg war auch in Frankreich die staatlich gelenkte Wirtschaft an der Tagesordnung. Danach erlebte der Liberalismus eine Renaissance.

Der paradoxe Fall Frankreichs

Frankreich stellt einen paradoxen Fall dar. Seine politische Ordnung beruhte in der Hauptsache auf einer liberalen Grundlage, der Staat greift aber seit jeher massiv in manche Lebensbereiche ein. In weiten Kreisen der Intelligenz hat der Liberalismus eine schlechte Presse, stellt Maurice Flamant fest: Man greift ihn an oder zeigt sich ihm gegenüber vorsichtig, ja man hält sich auf Distanz. Bekennt man sich zu ihm, so handelt es sich um einen Liberalismus des »Fortschritts« in einer neuen Gesellschaft. Und seit der Parlamentswahl von 1978 und der Präsidentschaftswahl von 1981 bildet er für viele Wähler eine Trennungslinie zwischen »links« und »rechts«[18].

Dies ist der parteipolitische Aspekt einer Frage, die auch andere Aspekte umfasst, nämlich einen kulturellen und einen soziologischen. Liberale von heute bezeichnen Frankreich als das Land des »Antiliberalismus«[19]. Diese Liberalen setzen einerseits den Akzent auf die Tradition des »Etatismus« in ihrem Land; andererseits vergessen sie, – wobei sie gewissermaßen die von Maurice Flamant hervorgehobenen Mängel bestätigen –, Selbstkritik zu üben, was den Liberalismus wohl zeitgemäßer und in den Augen vieler Mitbürger annehmbarer machen könnte.

1902 sagte der französische liberale Publizist Emile Faguet (1847-1916) humorvoll von sich, er sei der »einzige Liberale« in seinem Land[20]. Diese »unüberwindliche Tendenz« seiner Landsleute erklärte er wie folgt: Der Franzose, behauptete er, ist ein »überaus leidenschaftlicher Parteimensch«, der nach nichts anderem strebt, als seine eigenen Interessen zu wahren und den politischen Gegner zu vernichten[21]. Als Patriot wünschte er die Größe Frankreichs, die für ihn Synonym mit dem Triumph seiner Partei ist. Die Freiheit beanspruchte er für sich, aber nie für die gehassten Gegner. Dieses Symptom beobachtete er im »Despotismus« der aufeinander folgenden Regimes, im Antiklerikalismus der »halb-absolutistischen und halb-liberalen Regierung

18 Ebd., S. 119.

19 Psychanalyse de l'antilibéralisme. Les Français ont-ils raison d'avoir peur ? Sous la direction de Christian Stoffaës. Institut d'Histoire de l'Industrie. Paris 2006, S. 7. Dieser Sammelband enthält die Beiträge der Teilnehmer an einer Tagung vom 18.6.2003 zum Thema: Parcours du libéralisme, XIX^{e}-XXI^{e} siècle, die an der Pariser Sorbonne stattfand.

20 Vgl. dazu Emile Faguet, de l'Académie française: Le libéralisme. Paris 1903, bes. das Kapitel XIX: Pourquoi les Français ne sont pas libéraux, S. 307-336. E. Faguet war Professor an der Sorbonne und Mitglied der Académie française.

21 Ebenda, S. 307.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Julimonarchie«, im Antiklerikalismus der radikalen Republikaner, die damals die klerikalen Gegner zu vernichten suchten im Namen der »moralischen Einheit der Nation«[22]. Die gemäßigten, sich auch fortschrittlich nennenden Republikaner, die sich als eine »Mittelpartei« verstanden, beschuldigte er, nur »ergebene Gegner« der regierenden Radikalen zu sein. Aus diesen französischen Zuständen resultierte folgende paradoxe Situation: Die nationalistische Partei, die aus monarchischen, bonapartistischen und klerikalen Elementen bestand, war die einzige Partei, die das Etikett »liberal« für sich beanspruchte, und zwar deshalb, weil sie als Minderheit Freiheiten forderte, die ihr die Möglichkeit geben sollten, dem Übergewicht der Linken im Parlament zu widerstehen.

In seiner Geschichte der französischen Liberalen (1814-1875) betont Louis Girard – an »L'idée républicaine« von Claude Nicolet anknüpfend – folgendes französisches Paradoxon: »Verfassungsformen des repräsentativen Regimes, die in Frankreich bis 1875 von den Republikanern abgelehnt wurden, bilden die am wenigsten schlechten Garantien für die Volkssouveränität. Die französische Demokratie ist undenkbar ohne diese liberale Grundlage, die seit 1814 aufgebaut wurde. Die Demokratie ihrerseits bildet den Abschluss, die Krönung des Liberalismus; die Republikaner haben das allgemeine Wahlrecht mit seinem Entwicklungspotential eingeführt. Die Verbindung beider Faktoren liegt der französischen Republik zugrunde; beide sind untrennbar. Die Liberalen haben zweifelsohne den Akzent auf die Rechte der Minderheit gesetzt, auf die wesentliche Freiheit der Opposition, die durch die Achtung der Gesetze des Rechts garantiert wird.«[23]

Französische Liberale von heute erklären die Krise, aus der der Liberalismus in Frankreich nicht herauskommen zu können scheint, mit dem Antiliberalismus ihrer Mitbürger. Die Ursachen und die Symptome dieses Phänomens analysieren sie in dem schon oben zitierten Tagungsband »Psychanalyse de l'antilibéralisme«. Die Herausgeber schreiben: »Der Liberalismus stellt eines der großen Geheimnisse des politischen und geistigen Lebens in Frankreich. Als Erbe der Aufklärung und der Französischen Revolution steht er im Herzen unserer kollektiven Mentalität und unserer Institutionen und er durchzieht die meisten Strömungen, die unser demokratisches Leben strukturieren.«[24]

Und doch war Frankreich eine der treibenden Kräfte im Aufbau Europas und ein Faktor der Globalisierung. Als ein Pardaxon kann also die Tatsache erscheinen, dass der Liberalismus in der öffentlichen Debatte fast einstimmig abgelehnt wird: Er gilt als Ausfluss des Eigennutzes, der Privatinteressen, der

22 Ebenda, S. 310 ff.
23 Girard (wie Anm. 10), Conclusion: Un siècle après, S. 266 ff.
24 »Psychanalyse de l'antilibéralisme…« (wie Anm. 19), S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Macht des Geldes, der Schwächung des Staates, ja auch – und irrtümlicherweise – als Import aus der angelsächsischen Kultur.
Die Franzosen empfinden sich als »Republikaner«, sie verwerfen das Wort »liberal«. »Republikanisch« und »liberal« seien doch gleichbedeutend, heißt es in »Psychanalyse de l'antilibéralisme«[25]. In der globalisierten Welt scheint also der »Antiliberalismus« die politische Identität der Franzosen auszumachen[26]. Wie lässt sich dieser Befund erklären? Die Liberalen antworten: Durch die »intellektuelle Diktatur der Denkweise der Linken«, des *gauchisme*, von dem der Diskurs vieler Medienleute geprägt ist; durch den Populismus einer Rechten, die Standesinteressen vertritt; durch die Haltung einer politischen Mitte, die weitgehend für demokratisch-christliche Auffassungen eintritt. So dass »der französische Konsens von heute auf der quasi einmütigen Ablehnung des Liberalismus beruht«[27].
Auch auf Websites französischer liberaler Gruppen begegnet man Äußerungen, die dahin gehen, zu sagen, der Liberalismus bleibe in Frankreich »unbeliebt«[28], der Antiliberalismus gehöre zur Doktrin der Linken, die seit Jahrzehnten über die Medienlandschaft herrscht.
In diesem französischen Zusammenhang erscheint die Bezeichnung »liberal« als problematisch. Die Linke verwendet sie taktisch, um die »konservative« Rechte zu diskreditieren und eine Trennungslinie zwischen »links« und »rechts« zu ziehen. Frankreich lebt nun einmal in einer Bipolarität, die oft jede Nuance verwischt. Wie Maurice Flamant erinnert, beanspruchten doch frühere französische Sozialisten wie Proud'hon, Jean Jaurès, Léon Blum den »Liberalismus« für sich«[29]. 2008 erklärte der französische Sozialist Bertrand Delanoë, der Pariser Bürgermeister: »Ich bin Liberaler UND Sozialist«[30]. Das Etikett »sozial-liberal« lehnt er entschieden ab; »fortschrittlich« nennt er sich aber gerne. Den Liberalismus definiert er als eine »Doktrin der Befreiung der Menschen«, die sich in der Aufklärungszeit herausgebildet hat und große *politische und soziale*[31] Errungenschaften zu erzielen erlaubte. Im Namen der sozialen Gerechtigkeit verwirft er jede Form der Unterdrückung und der Knechtschaft. Die Idee der Freiheit geht s. E. mit der Idee der Verantwortung einher; frei sein bedeutet nicht, dass man tut, was man will, sondern dass man will, was man tut. Deshalb beruft er sich auf Montesquieu und John Locke. Jeder Mensch hat ein Recht auf das Glück und das Recht, nach Gutdünken das

25 Ebenda, S. 12.
26 Ebenda, S. 13.
27 Ebenda
28 Vgl. z.B. http://www.dantou.fr/liberalisme.html
29 Flamant (wie Anm. 8), S. 101 f.
30 Bertrand Delanoë: De l'audace. Entretiens avec Laurent Joffrin. Paris 2008. Vgl. auch http://www.tempsreel.nouvelobs.com/actualites/politique/20080521.OBS4897/bertrand_delanoe_oui_je_suis_liberal_et_socialiste.html
31 Hervorhebung von mir, P.A..

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Glück zu erstreben, aber in den Grenzen, die im Artikel 4 der »Erklärung der Menschenrechte« von 1789 festgelegt sind. Delanoë zitiert: »Die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen hat also nur die Grenzen, die den anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuss eben dieser Rechte sichern.« Er prangert die »Konservativen« an, die diese Philosophie in den Dienst des wirtschaftlichen »laisser faire« gestellt und also entstellt haben. Er erklärt: »Im Namen des Freiheitsprinzips arbeiten sie [die Konservativen] schließlich auf einen Immobilismus hin, der Privilegien fortdauern lässt und dieselben Ungleichheiten immer wieder erneuert.« Darin bestehe die *supercherie*, der Betrug des Liberalismus[32]; damit dürfe sich deshalb die Linke nicht abfinden.

Mit dieser Äußerung, er sei »Liberaler UND Sozialist«, löste Delanoë in den Reihen der französischen Linken Reaktionen aus, die zeigen, dass in Frankreich »der Trennung ›links‹-›rechts‹ noch schöne Tage beschieden sind«[33]. Diese Dichotomie ist auf die parteipolitische Entwicklung im Frankreich der Dritten Republik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückzuführen. Drei Richtungen gingen aus dem Spaltungsprozess, der sich damals vollzog, hervor: ein Wirtschaftsliberalismus, der mit dem »Manchestertum« gleichgesetzt wird, ein Liberalismus, der sich als treibende Kraft des »Fortschritts« verstand, auf »Vernunft« und »Wissenschaft« setzte, und ein »republikanischer Liberalismus« (Marcel Gauchet). Dieser Liberalismus französischer Prägung, der sich immer misstrauisch gegenüber der Wirtschaftsfreiheit zeigte, bildete – von Gambetta bis Clemenceau – die » Achse der französischen Politik in der Zeit der Dritten Republik«. Seine Vertreter wollten zugleich politische Freiheit, eine repräsentative Regierungsform und Wirtschaftsfreiheit; letztere sollte aber – ihrer Auffassung nach – der politischen Freiheit untergeordnet bleiben. Das sind auch die Vorstellungen französischer Sozialisten von heute, die sich nicht scheuen, sich auf einen so verstandenen »Liberalismus« zu berufen, wobei sie die Marktwirtschaft nicht systematisch verwerfen, sofern diese unter Kontrolle bleibt.

Nicht dieser »Linksliberalismus« à la française – wir wagen diesen Ausdruck zu benutzen – soll in dieser Studie in Frage kommen, sondern der französische »Rechtsliberalismus«. Unser Augenmerk werden wir einerseits auf Persönlichkeiten richten, die in den letzten Jahrzehnten liberale Parteien inspiriert oder ins Leben gerufen haben und die immer noch eine beachtenswerte Rolle im öffentlichen Leben Frankreichs spielen. Als Beispiel nennen wir Valéry Giscard-d'Estaing, der 1962 die Partei der »Républicains indépendants« mit-

32 Ebenda

33 »Les beaux jours de la division droite-gauche. Entretien avec Marcel Gauchet. ›Où va la droite ?‹«. In: Revue des deux mondes, April 2008 und http://www.scribd.com.com/doc/2563369/Gauchet-Les-beaux-jours-de-la-division-droite-gauche-Revue-des-deux-mondes-avril-2008

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

begründete und sich als Präsident der Republik auf die 1978 von ihm gebildete UDF (»Union pour la démocratie française«) stützte. Diese »Union« umfasste die »Parti républicain« (PR) (1977-1997), die »Parti social-démocrate«[34], die »Parti radical« und das »Centre des démocrates sociaux« (CDS) (dann »Force démocrate«), »Parti Populaire pour la Démocratie Française« (PPDF) (1995-2002). Die UDF spaltete sich 2007 im Zuge der Politik der »Öffnung« von Nicolas Sarkozy, dessen Orientierung eher etatistisch als liberal gilt[35]. »Démocratie libérale«, der Alain Madelin vorstand, war von 1998 bis 2002 die Nachfolgepartei der PR; diese löste sich 2002 in der UMP unter Chirac auf.

Eine solche Zersplitterung und solche programmatischen Unterschiede erschweren noch die Problematik. Welche Parteien oder Gruppen beanspruchen 2009 in Frankreich offen das Etikett »liberal« für sich? Die am 1. März gegeründete »Alternative libérale«, diese liberal-demokratische »Parti de la liberté« beruft sich auf die deutsche FDP sowie auf die fortschrittlichen Demokraten Irlands und möchte eine Kraft werden, die ihren Platz zwischen der Sozialistischen Partei und den Konservativen findet. Sie setzt sich aus Elementen verschiedener liberalen Vereine zusammen, und versteht sich als Komponente der Gruppe »Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei« (ELDR) im Europäischen Parlament. Nach einer Sezession bildete sich im April 2008 die »Parti libéral démocrate« – eine Partei der rechten Mitte, die die großen liberalen Reformen in Frankreich fördern will. François Bayrou, – der doch 18 Prozent der Stimmen beim ersten Gang der Präsidentschaftswahl von 2007 erhielt, und sein »Mouvement démocrate« (MoDem) bemühen sich einen dritten Weg zu gehen zwischen links und rechts.

Unsere Aufgabe ist also keine leichte, wie man sieht. Zunächst aus ideengeschichtlichen Gründen. Der Politologe Lucien Jaume vertrat 1997 die These, es gebe mehrere Liberalismen, die von den jeweiligen historischen Umstän-

34 Die »Parti social-démocrate«, die ursprünglich unter dem Namen »Mouvement démocrate socialiste de France« (MDSF), dann »Mouvement démocrate socialiste« (MDS) bekannt war, ging in den 1970er Jahren aus mehreren Sezessionen der »Parti socialiste« hervor, wie die PSD, der »Mouvement socialiste libéral«, der »Socialisme démocratique«, der »Socialisme pour les libertés et la démocratie«, denen sich 1986 der »Mouvement des jeunes sociaux libéraux« anschloss. Die Mitglieder der »Parti social-démocrate« lehnten das Zusammengehen der »Parti socialiste« mit den Kommunisten ab und entschieden sich für eine Allianz in der Mitte mit den »centristes« und den Radikalen im »Mouvement réformateur«. Kurz nach der Gründung der UDF schlossen sie sich der Union an, wo sie einen Pol der linken Mitte bildeten. Die »Jeunesses sociales-libérales« waren eine Komponente der PSD. Im Januar 2007 beschlossen André Santini und mehrere Persönlichkeiten der PSD, die Nicolas Sarkozy nahestehen, die PSD neuzugründen unter dem Namen »Cercle démocrate, républicain et social«, aber offenbar ohne Erfolg.

35 Zaki Laïdi (Sciences-Po) : »Le sarkozysme est-il un libéralisme?« In: La Tribune.fr, 07.05.2008, La Chronique de Télos, http://www.latribune.fr/impression/Le-sarzkosysme-est-il-un-libéralisme?

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den und von den nationalen Zusammenhängen geprägt sind; in Frankreich habe sich ein Liberalismus durchgesetzt, der den Staat und das allgemeine Interesse dem Interesse der Einzelnen überordnet[36]. Allen, die sich in Frankreich zum Liberalismus bekannt haben, sei ein »liberaler Geist« gemein, der dazu neigte, die Komplexität der Gesellschaften als eine Realität zu erkennen und mit Mäßigung für Universalrechte einzutreten; in Zeiten, wo es den Despotismus zu bekämpfen gilt, zeige sich aber dieser Geist besonders lebendig. Diese These eines etatistisch orientierten Liberalismus widerlegte der liberale Philosoph und Publizist Jean-François Revel anhand der Schriften von Alexis de Tocqueville, Frédéric Bastiat, Benjamin Constant u.a.[37]

Nicht nur solche Debatten über den französischen Liberalismus von gestern, sondern auch die parteigeschichtliche Situation der französischen Liberalen von heute bringen uns in Verwirrung. 1. Zersplitterung charakterisiert eine verschwommene Konstellation von »Radikalen«, »Demokraten« und »Liberalen«. Was nicht bedeutet, dass sich diese Splittergruppen nicht auf einflussreiche Intellektuelle, Vereine, Ideenlabore und Arbeitgeberverbände stützen können, von denen eine Anzahl parteiübergreifend funktionieren. 2. Diese Zersplitterung – die nun schließlich in der Natur des Liberalismus liegt – hat aber manche französischen liberalen Politiker und Gruppen zu einer gewissen Machtlosigkeit verurteilt. 3. Der internationale Kontext, die Globalisierung und die jetzige weltweite Finanzierungskrise, neue Probleme, die sich früher nicht oder anders gestellt haben, ja auch die Politik des Präsidenten Nicolas Sarkozy scheinen bei ihnen eine gewisse Verlegenheit zur Folge zu haben.

Angesichts dieser Situation stellt sich auch die Frage der Kontinuität zwischen den französischen Liberalen von gestern und denen von heute. »Nach hundert so ereignisreichen Jahren [d.h. seit den 1880er Jahren] hat sich der Liberalismus geändert«, schrieb Louis Girard 1985[38]. Er zitierte den Historiker und Politologen René Rémond[39], der von Méline bis Valéry Giscard d'Estaing über Poincaré und Antoine Pinay eine »fortdauernde liberal-konservative Bewegung« sah. Diese Bewegung bezeichnete Rémond als »orléanistisch«, nicht im Sinne der Julimonarchie (1830-1848), sondern um ihren

36 Lucien Jaume: L'individu effacé ou Le paradoxe du libéralisme français. Paris 1997, 592 S.

37 Er schrieb damals in einer Rezension: »Die Absicht von Lucien Jaume ist, uns zu überzeugen, dass die französischen Liberalen des 19. Jahrhunderts in Wirklichkeit Etatisten waren und dass die Neoliberalen von heute – durch die österreichisch-angelsächsische Schule pervertiert – Befürworter der Privatisierung und der Dereglementierung sind, dass sie sich also nicht auf jene berufen dürfen. Unsere Liberalen der Aufklärungszeit und des 19. Jahrhunderts hätten nie den Staat abschaffen wollen.« Vgl. J.-F. Revel: »Les libéraux français étaient-ils libéraux ?« In: http://www.chezrevel.net/les-liberaux-francais-etaient-ils-liberaux; vgl. auch »Aux origines du libéralisme politique français«. In: Esprit, Juni 1998.

38 Girard (wie Anm. 10), Conclusion: Un siècle après, S. 266 ff.

39 Vgl. René Rémond: Les doites en France. Paris 1982.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Geist zu charakterisieren. Können aber solche Verbindungslinien gezogen werden?

Die Erinnerungsorte der Republik: das französische Modell der kollektiven Erinnerung

Diese langen Prämissen über den französischen Liberalismus genügen nicht, um auf die Problematik »liberaler Erinnerungsorte in Frankreich« einzugehen; vorerst muss noch geschildert werden, wie die Republik von den 1880er Jahren bis nach 1945 ein *modèle mémoriel français*, ein besonderes erinnerungspolitisches Modell aufgebaut hat, das Charakteristiken aufweist[40].

Wie hat sich dieses Modell entwickelt? Eine Tendenz der französischen Geschichtsschreibung war, »eine auf Paris zentrierte und von oben durchgesetzte Republik« zu präsentieren. Auch dem 2007 erschienenen »Dictionnaire critique de la République« wurde vorgeworfen, auf traditionelle Muster zurückzugreifen und an einem »gewissen Monismus der republikanischen Idee in Frankreich« festzuhalten[41]. Es galt hier, »in der Geschichte der Republik eine Grundlage herauszuarbeiten, die erlaubt, den Durchbruch vielfältiger politischer Traditionen zu begreifen«, d.h. »zugleich den demokratischen Sozialismus [...] und den politischen Liberalismus, aber auch den politischen Terror, den autoritären Nationalismus, ja auch den Faschismus ›à la française‹«. Die hier unternommene Geschichte der Republik sollte auch »eine Geschichte der Demokratie« sein[42].

Nun, wie die amerikanische Historikerin Sheryl Kroen zu Recht bemerkt, wurden doch republikanische Symbole und Embleme, Lieder wie die »Marseillaise« auch in nicht-republikanischen Perioden des 19. Jahrhunderts – z.B. in der Restaurationszeit oder unter der Julimonarchie – im Volk als Protestformen benutzt, um demokratische Forderungen zu artikulieren. Das System der Nationalsymbole war nicht allein ein Werk der republikanischen Regierung und einer offiziellen Erinnerungspolitik, sondern es entstand *auch* als Ausfluss von Traditionen im Volk und auf lokaler Ebene, und nicht allein in Paris. Wie aus zahlreichen neuesten Forschungsarbeiten deutlich hervorgeht, bildeten sich diese Traditionen »von unten« heraus, eng verbunden mit der Artiku-

40 François Furet/Mona Ozouf: Dictionnaire Critique de la Révolution Française. Paris 1989, erschienen zum 200jährigen Jubiläum der Französischen Revolution; vgl. auch Vincent Duclert/Christophe Prochasson (Hg.): Dictionnaire critique de la République. Paris 2007.

41 Sheryl Kroen (Associate professor of history, University of Florida): »La République, oui; mais qu'en est-il de la démocratie?« (ins Französische übersetzt von Céline Grasser). In: Le Mouvement social, Editions de l'Atelier/Editions Ouvrières, Nr. 209, Okt./Dez. 2004, S. 91-103; hier S. 91. Vgl. auch http://www.cairn.info/revue-le-mouvement-social-4-page-91.htlm

42 Duclert/Prochasson (wie Anm. 40), S. 13.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lierung von politischen Idealen[43]. Das gilt auch für das Erbe der Festkultur, mit Ausnahme des »14. Juli«. Der »15. August«, der »Napoleontag« z.B. hatte je nach den Regimes unterschiedliche Bedeutungen; er wurde in der Restaurationszeit in einen monarchischen Gedenktag umgewandelt, aber ohne Erfolg.

Die Geschichtsschreibung hat in Frankreich lange Zeit die »Lokalsphäre« als partikularistisch und weitgehend ohne eigene staatsbürgerliche Traditionen ignoriert und sich auf die »Nationalsphäre« zentriert, die – angeblich – allein universelle politische und kulturelle Werte ausstrahlt[44]. Dies lässt sich wohl dadurch erklären, dass sich in der Zeit der Dritten Republik eine offizielle Erinnerungskultur herausgebildet hat, die Form und Inhalt gemeinsamer Erinnerungen in Frankreich bestimmte und einen nationalen Konsens erzielen sollte[45]. In diesem Sinne war die Erinnerungspolitik der republikanischen Regierung seit 1880 eine Integrationspolitik: Angestrebt war eine *communion républicaine*, die Entstehung einer republikanischen Nationalgemeinschaft, die durch einen Erinnerungskonsens zusammengehalten wurde. Der Beweis einer nationalen Kontinuität, die im Zeichen des Fortschritts Altes und Neues miteinander verbindet, sollte erbracht werden.

Historikern fiel diese Aufgabe zu. Es galt, so der Gründer der »Revue historique« Gabriel Monod (1844-1912), durch die Historie das Selbstbewusstsein der Nation zu fördern, der Geschichte der Nation eine Orientierung zu geben. Jeder Franzose sollte sich als Kind des »alten Frankreichs« fühlen. Der Zweck war dabei auch, jeden Rückfall in den Bürgerkrieg zu verhindern und »ein erinnerungspolitisches Instrument der Befriedung«[46] auszuarbeiten. Der Kanon dieser offiziellen Nationalgeschichte wurde durch die (Grund)schule vermittelt[47] und in Lehrbüchern von Historikern der französischen Universität, von Ernest Lavisse[48] und anderen, festgelegt.

Auch die Erinnerungspolitik der republikanischen Regierung sollte zur Erfüllung dieser Nationalaufgabe beitragen. 1880 wurde der »14 juillet« als Nationalfeiertag eingeführt. Erinnert wurde bei dieser Gelegenheit nicht an die Erstürmung der Bastille, sondern an die »fête de la Fédération«, d.h. an jenes Bundesfest, das am 14. Juli 1790 auf dem mit der dreifarbigen Fahne, der Trikolore, geschmückten Marsfeld stattgefunden hatte und als ein Fest der Ein-

43 Vgl. Maurice Agulhon: La République au village. Les populations du Var de la Révolution à la III^{e} République«. Paris ^{2}1979; ders.: Le Cercle dans la France bourgeoise 1810-1848. Etude d'une mutation de sociabilité. Paris 1977.

44 Kroen (wie Anm. 41)., S. 98.

45 Patrick Garcia (Maître de conférences am IUFM von Versailles): »Politiques de la mémoire«. In: http://www.eurozine.com/articles/2006-07-03-garcia-fr.html

46 Zitiert von P. Garcia, ebenda

47 Vgl. auch Suzanne Citron: Le mythe national: l'histoire de France en question. Paris 1987; Anne-Marie Thiesse: La création des identités nationales. Europe, XVIII^{e}-XIX^{e} siècle. Paris Seuil 1999.

48 Pierre Nora: »L'›Histoire de France‹ de Lavisse«. In: Lieux de mémoire, Bd. 1, S. 851-902.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

heit galt[49]. Seit 1885 wurde der Pantheon erneut Ruhmeshalle Frankreichs, in der die »großen Männer« der Nation beigesetzt wurden. Auf dem Fries der Fassade ist die Weiheinschrift: »Den großen Männern der Dank des Vaterlandes« zu lesen[50]. Victor Hugo, der von den französischen Liberalen als einer der ihrigen gefeiert werden könnte, wird hier seit 1885 als Nationaldichter der Republik in dieser Gedenkstätte verehrt. Manche prominenten Persönlichkeiten, die eigentlich zu den Liberalen gezählt werden könnten, gingen wie Hugo den Liberalen verloren; sie gehörten zum geistigen Erbe der Republik von dem Augenblick an, wo sie »pantheonisiert« wurden. Das gilt u.a. für Condorcet, der 1989 – gelegentlich des 200jährigen Jubiläums der Revolution – symbolisch[51] im Pantheon beigesetzt wurde.

Der Höhepunkt dieser Erinnerungskultur war wohl das Jubiläumsjahr 1889. Victor Hugo schrieb einmal: »Jede Geschichtsschreibung ist eine Geschichte der Vergangenheit... Aber die Geschichte der Revolution ist eine Geschichtsschreibung für die Zukunft.«[52] Das bedeutete: Die Geschichte dieses Gründungsereignisses ist zukunftsweisend, sie erschließt neue Wege, die auf weitere Errungenschaften hoffen lassen. Das Programm des Jubiläumsjahres 1889 zeigt, dass damals nur an konsensträchtige Momente der Revolutionszeit erinnert wurde. Die Schreckensherrschaft und der Bürgerkrieg durften nicht erwähnt werden.

Kriege haben dieser französischen Erinnerungskultur eine neue Dimension gebracht, und zwar der deutsch-französische Krieg von 1870/71 und später die beiden Weltkriege. Ihre Bedeutung als solche geht schon aus der Orts- und Straßennamensgebung hervor[53]: In jeder französischen Stadt wurde nach 1871 eine Straße oder ein Platz nach Thiers und Gambetta benannt. Gambetta gehörte zwar der republikanischen Minderheit an, die 1870 Gegner des Deutsch-Französischen Krieges war. Am 7. Okt. 1870 wurde er von der Regierung der Nationalen Verteidigung beauftragt, den Krieg in der Provinz zu leiten. Aber sein Plan, die Hauptstadt zu befreien, scheiterte. Als Paris am 28. Januar 1871 kapitulierte, befürwortete er aber die Fortsetzung des Krieges, musste schließlich den Waffenstillstand akzeptieren und trat dann von seinem Regierungsamt zurück. Nach dem Krieg war er ein entschiedener Vertreter des Revanchismus gegenüber Deutschland und prägte das Wort: »Immer daran denken, nie davon sprechen!« Adolphe Thiers hat viele Beinamen erhalten, die Männer des von ihm niedergeworfenen Kommune-Aufstandes

49 Christian Amalvi: »Le 14 juillet«, ebenda, S. 383-425.
50 Mona Ozouf: »Le Panthéon«, ebenda, S. 155-178.
51 Sein Leichnam ist verschollen.
52 Zitiert von Garcia (wie Anm. 45).
53 Jean-Claude Guillon (Université de Provence – UMR Telemme): »Panthéon fin de siècle«. In: http://histoire-sociale.univ-paris1.fr/Collo/Guillon.pdf

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bezeichneten ihn als den »Massenmörder«, ihm kam trotzdem der Ehrentitel des »Befreiers des Staatsgebietes« zu.
In allen französischen Städten tragen viele Straßen und Plätze den Namen eines Feldherrn oder einer Schlacht des Ersten Weltkrieges: »Places Foch« oder »Rues du Maréchal Joffre«, sowie »Rues de Verdun« oder »Rues de la Marne« gibt es überall in Frankreich. Dies gilt auch für den Zweiten Weltkrieg. Nach 1945 wurden in jeder französischen Stadt Hauptstraßen in »Rue Maréchal de Lattre de Tassigny« oder in »Rue Général Leclerc« umbenannt. »Places du 8 Mai«, die an den Sieg von 1945 erinnern, begegnet man auch öfters.
Eines muss noch betont werden: Jeanne d'Arc, die Nationalheldin – die sowohl durch die Republikaner als auch durch die Monarchisten vereinnahmt wurde – gehört zum Kanon der Straßennamensgebung in Frankreich. Die »Befreierin des Vaterlandes« steht nicht nur auf den »Places Jeanne d'Arc«, sondern auch in jeder Kirche an einem Ehrenplatz; die – meistens im Harnisch dargestellte – Kriegerin hält entweder ein Schwert oder eine Fahne als Symbol des »Patriotismus« in der Hand.
Nach 1871 agitierten zum ersten Mal Vereine zugunsten der Errichtung von Denkmälern, die an die Soldaten und Zivilisten, die »fürs Vaterland gefallen« waren, erinnern sollten. Die Veteranenvereine sorgten dafür, dass die Grabmäler gepflegt wurden. Diese Tradition aus der Zeit vor 1914 wurde nach dem Ersten Weltkrieg fortgesetzt. Von nun an wurde alljährlich an den 11. November 1918, den Tag des Waffenstillstands, erinnert; diese Feier war aber vor allem eine Totenfeier, an der das Militär teilnahm und die in jedem Dorf vor bzw. um das *monument aux morts*, das Kriegerdenkmal, abgehalten wurde.
Nach einem ähnlichen Ritual wurde nach dem Zweiten Weltkrieg an den 8. Mai 1945 erinnert. Dass auf diese Weise an die Tradition des 11. Novembers angeknüpft wurde, verlieh der neuen Gedenkfeier eine Legitimität. Wie Patrick Garcia betont, konnte der Sinn dieser Feier nicht derselbe sein[54]. Während des Großen Krieges hatten die Soldaten durchgehalten, viele waren in diesem Kampf für die Verteidigung des angegriffenenVaterlandes gefallen. Die Situation des Zweiten Weltkrieges war eine andere, eine ambivalente: Auf die Bataille de France folgten die Niederlage und die deutsche Besatzung in Frankreich (1940-1944), das Vichy-Regime und die Kollaboration; demgegenüber wirkten die »Forces Françaises Libres« (die Freien Französischen Streitkräfte), die sich in den Kolonien organisiert hatten und die Widerstandsbewegung des »France libre« (des Freien Frankreichs) unterstützten .
Die Republik als definitive Staatsform seit den 1880er Jahren hat nicht nur diese Erinnerungskultur entwickelt, sie hat auch ihre Symbole, u.a. die »Mar-

54 Garcia (wie Anm. 45).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

seillaise« oder die »Trikolore«, die Symbole der ganzen Nation sind, vereinnahmt. Die französischen Liberalen haben sich – unseres Wissens – bislang nie mit der Frage nach ihrer Stellung zu dieser Erinnerungskultur und diesen Symbolen auseinandergesetzt. Unsere Aufmerksamkeit verdient aber in dieser Hinsicht die Polemik, die der liberale Präsident Valéry Giscard d'Estaing auslöste, als er während seiner Amtszeit (1974-1981) mit der Tradition offensichtlich etwas zu revolutionär umging.

1975 strich er den »8. Mai« aus dem Kalender der Nationalfeiertage, zu denen er von 1953 bis 1965[55] gezählt hatte, wobei sein Status und seine Bedeutung als solcher unklar geblieben waren. Diese Maßnahme traf Giscard d'Estaing in einer Zeit, als in Frankreich die Teilnahme an Gedenkfeiern nachgelassen hatte. Patrick Garcia spricht von einem *épuisement mémoriel du modèle national-républicain*, einer Ermattung des national-republikanischen Erinnerungsmodells. Das Nationale wurde in seinem Stellenwert relativiert, das Empire français, das französische Kolonialreich, war zusammengebrochen, der Prozess der europäischen Integration hatte begonnen. Demgegenüber mochte die traditionelle republikanische Erinnerungskultur überholt scheinen. Giscard d'Estaing hatte seine Gründe: Er wollte konsequent eine Aussöhnungspolitik gegenüber Deutschland betreiben, deshalb sollte der Tag der Erinnerung an den Sieg der Westalliierten im Jahre 1945 abgeschafft werden.

Patrick Garcia stellt einen Zusammenhang zwischen der Geschichtsauffassung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten und dieser Entscheidung her. Aus seinem Buch *Démocratie française* (Paris, 1976) geht hervor, dass Giscard d'Estaing das Erbe der Geschichte als eine Last ansah, die sich schwer mit der Modernität vereinbaren ließ; deshalb sollte das Verhältnis der französischen Gesellschaft zu den Notwendigkeiten der Gegenwart korrigiert werden, in der Innen- wie in der Außenpolitik. Er erklärte, Frankreich müsse – angesichts seiner neuesten Entwicklung – *au centre*, »in der Mitte«, regiert werden, in der Form einer »fortgeschrittenen liberalen Demokratie«. In der Geschichte seines Landes erkannte er eine Tradition der Konflikte[56], ja eine *culture de la division, de la guerre civile*, »eine Kultur des Bürgerkrieges«; nun gelte es, diese Tradition zu überwinden. Nach außen hin ging es darum, ein positives Bild Frankreichs zu vermitteln. Er meinte: »Soll Frankreich eine Ausstrahlung haben, dann muss es ein menschliches, liberales, weltoffenes und modernes Bild von sich geben.«[57]

55 Der »8. Mai« wurde am 20. März 1953 zu einem Nationalfeiertag und Erinnerungstag erklärt, dann durch ein Dekret vom 11. April 1959 von Charles de Gaulle abgeschafft. Mitterrand sollte am 1. Juni 1981 diesen Feiertag in seiner doppelten Dimension wieder einführen.

56 Neujahrsansprache von Giscard d'Estaing. In: Le Monde, 2.1.1976. Zitiert von Patrick Garcia, in: »›Du passé faisons table rase?‹ Valéry Giscard d'Estaing, la modernité et l'histoire«. In: http://histoire-sociale.univ-paris1.fr/Collo/Garcia.pdf

57 Zitiert ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gegenüber der Polemik, die er auslöste, ließ der französische Staatspräsident zur Rechtfertigung seiner Entscheidung folgende Argumente gelten. 1. Er stellte fest, dass dieser Feier des »8. Mai« nur noch geringes Interesse entgegengebracht wurde. »Ich [...] habe die offizielle Erinnerung an einen Tag abgeschafft, für die es keine öffentliche Feier mehr gab«[58], erklärte er. 2. In einem Brief an die europäischen Regierungen[59] hieß es, er wolle verdeutlichen, dass mit dem Aufbau Europas die Zeit der »Brüderkriege« zu Ende gegangen sei. »Jeder von uns wird seine eigenen Erinnerungen bewahren und diejenigen ehren, denen Ehre gebührt«, fügte er hinzu. »Aber es ist Zeit, den Weg in die Zukunft zu öffnen und uns zusammen auf das zu besinnen, was uns einander näherbringt und verbinden kann.«[60]

Will man die Ursachen der damals von Giscard d'Estaing ausgelösten Polemik begreifen, so sollte man auch noch andere Umstände berücksichtigen, mit denen seine Entscheidung zusammenfiel. Es war zu einem Zeitpunkt, als die Jahre der deutschen Besetzung in Frankreich (1940-1944) neu betrachtet und anders gedeutet wurden. Die Abschaffung des »8. Mai« als Nationalfeiertag konnte als der Wille interpretiert werden, dieses dunkle Kapitel in der jüngeren Nationalgeschichte auszuradieren. Politische Gegner von links und rechts wollten solch eine Logik in dieser Maßnahme sehen. Es ging ihres Erachtens darum, das Nationalgedächtnis auszuschalten, »um die Integration in ein föderalistisches, liberales und atlantistisches Europa zu erleichtern«[61]. Michel Debré, ein Gaullist der ersten Stunde und treuer *compagnon* von de Gaulle, ging so weit, die Bestrebungen der Unabhängigkeitsbewegung auf Korsika und die der »liberalen europäistisch orientierten Anhänger von Giscard« gleichzustellen; es gehe für sie darum, so Debré, Frankreich zu »integrieren« und zu »desintegrieren«[62].

Patrick Garcia sieht in diesen Reaktionen den Ausdruck eines Festhaltens politischer Kreise an der traditionellen Auffassung der französischen Geschichte und ihrer Funktion als integrierender Faktor sowie einer Ablehnung eines Europas, das diese Auffassung in Frage stellen würde[63]. Dazu bemerkt er zutreffend: Der Nationalmythos, der so manches vergessen und sich so nachsichtig zeigen kann, wurde nach Mai 1968 immer mehr in Frage gestellt. Was aber nicht bedeutet, dass man mit der Vergangenheit *tabula rasa* machen wollte, im Gegenteil. In den 1970er Jahren sollte die kollektive Erinnerungsarbeit an Bedeutung gewinnen.

58 Garcia: »Politiques de la mémoire…« (wie Anm. 45).
59 Wiedergegeben in: Le Monde, 10.5.1975.
60 Zitiert von Garcia »Politiques de la mémoire…« (wie Anm. 45).
61 So Ebenda
62 Michel Debré: »Vivante est la nation«. In: Le Monde, 6./7.11.1977, tribune libre.
63 Garcia will in dieser Strömung die ersten Reaktionen der späteren »Souveränisten« erkennen.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Giscard d'Estaing traf in Sachen Nationalsymbole Entscheidungen, mit denen er auf heftige Kritik stieß. Er wünschte, dass man die Ausführung der »Marseillaise« wieder verstärkt der ursprünglichen Fassung anpasste und schon 1974 ließ er den Rhythmus der Nationalhymne verlangsamen, – eine Änderung, die 1981 von seinem Nachfolger Mitterrand rückgängig gemacht wurde. Auch die »Trikolore« erfuhr eine Änderung; der Präsident legte die Farbe des dunkelblauen Streifens neu fest, die er zu martialisch und aggressiv fand; dieses Blau sollte etwas heller werden bei der Fahne, die z.B. bei Fernsehansprachen hinter dem Staatschef zu sehen war. Von der neueren Tradition wich Giscard d'Estaing auch ab: Am 14. Juli ließ er – anknüpfend an die alte Tradition des revolutionären Paris – die Truppen zwischen dem Platz der Bastille und dem Platz der Republik defilieren, andere Male auch an anderen Orten; die Truppenparade fand seit 1919 traditionell auf den Champs-Elysées statt.[64] Aus diesen Gründen zog sich der liberale Staatspräsident den Ruf zu, sich an den Nationalsymbolen vergriffen zu haben[65].

Angesichts dieser Entwicklung des Liberalismus in Frankreich und dieser französischen Erinnerungskultur, die sich auf republikanische Erinnerungsorte und einen quasi unantastbaren Kanon von Traditionen konzentriert hat, drängt sich die Frage auf: Können die französischen Liberalen von heute eigene Erinnerungsorte für sich beanspruchen?[66]

Liberale Erinnerungsorte in Frankreich

Die Antwort fällt ambivalent aus. Die Erinnerungsorte der französischen Republik: ihre Symbole – wie die Devise »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, die »Trikolore«, die »Marseillaise«, der Panthéon und die Kriegerdenkmale oder der 14. Juli, alle *institutions de mémoire*, d.h. Einrichtungen, die – wie das Collège de France, das Museum, die Ecole des Chartes, das Institut, die Bibliotheken und namentlich die Nationalbibliothek – das kollektive Gedächtnis und das immaterielle Kulturerbe pflegen, sind gemeinsame Erinnerungsorte, also auch die der Liberalen.

64 Vgl. z.B. http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article157
65 Vgl. z.B. http://www.societe.fluctuat.net/valery-giscard-d-estaing.html
66 Wir haben eine Enquete bei einer Anzahl von liberalen Politikern und Meinungsführern durchgeführt und die Frage gestellt: Haben die französischen Liberalen eigene Erinnerungsorte? Nur einer hat geantwortet: François Léotard, der ehemalige Vorsitzende der »Parti républicain« und der bürgerlich-liberalen UDF (1996-1998) als Nachfolger von Giscard d'Estaing und zweimal Minister unter der Präsidentschaft des letzteren. »Ich bin nicht in der Lage, Elemente für eine Diskussion über dieses Thema zu bringen«, entschuldigte er sich, »und zwar aus Mangel an Distanz gegenüber einer solchen Frage.«

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Eine liberale Identität definiert sich teilweise durch die Deutung der Französischen Revolution, deren geistige Verarbeitung seit Anfang des 19. Jahrhunderts immer wieder, und nicht zuletzt gelegentlich des 200jährigen Jubiläums von 1989, vielfältige Diskussionen und Interpretationen genährt hat. In wirtschaftspolitischen Fragen – mehr als in nationalgeschichtlichen – können sich die Liberalen auf ein eigenes Gedankengut und geistige Väter, Vordenker und Stichwortgeber berufen. Vielleicht dürfen auch die Symbole der Europäischen Union im französischen Kontext als liberale Erinnerungsorte betrachtet werden?

Die Große Revolution war für die französische Nation ein grundlegendes Ereignis, auch ein identitätsstiftendes; aber die Interpretation dieses Ereignisses stand im Mittelpunkt einer Nationaldebatte. Für Liberale wie François Guizot oder Casimir-Périer bedeutete der Dynastiewechsel von 1830 die Vollendung der Julirevolution, die selber die Revolution 1789 krönte[67]. Für die liberalen Nationalökonomen blieb die Revolution von 1789 ein Bezugspunkt. Deren Abdriften in die Diktatur wurde von ihnen verworfen; dieser Frage schenkten sie aber nur wenig Interesse: Was für sie zählte, war, dass die Revolution – ihrer Auffassung nach – den Anfang und die Entwicklung einer Marktwirtschaft möglich gemacht hatte, die auf der individuellen Initiative beruhte und dem Projekt der Revolution eine Orientierung gab. Mit anderen Worten: Der französische Wirtschaftsliberalismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand in der Revolution von 1789 »die Quelle einer Legitimität«[68].

Der liberale Historiker François Furet bezeichnete die Revolution 1989 als einen quasi hundertjährigen Prozess, der 1774 begann, als Ludwig XVI. den Thron bestieg, und mit der definitiven Errichtung der Republik um 1880 seinen Abschluss fand[69]. Alle Erfahrungen, die Frankreich während dieser Periode machte, erscheinen als ein »langes Vorwärtstasten« der Nation auf der Suche nach einem politischen System, in dem sich alle – in mancher Hinsicht etwas widerspruchsvollen – Erwartungen von '89 verwirklichen würden[70]. Die Debatte kreiste nicht darum, zu wissen, ob die Dritte Republik – also »die Republik der Republikaner« – »die Tochter der [Großen] Revolution« sei, – alle waren sich darin einig –, sondern darum, ob man sich auf 1789 oder 1793

67 Jean Garrigues: »Les images de la Révolution de 1830 à 1848: enjeux politiques d'une mémoire«. In: Maurice Agulhon (Hg.): Le XIX^{e} siècle et la Révolution française, Société d'histoire de la Révolution de 1848 et des révolutions du XIX^{e} siècle (France), Université de Paris X-Nanterre. Paris 1992; hier S. 94.

68 François Démier: »Une source de légitimité pour le libéralisme économique de la monarchie constitutionnelle: la Révolution française«, ebenda, S. 369-388; hier S. 384.

69 Vgl. François Furet/Mona Ozouf: Le siècle de l'avènement républicain. Paris 1993, 475 S.

70 Maurice Agulhon, Préface zu: Le XIX^{e} siècle et la Révolution française (wie Anm. 67), S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

berufen sollte[71]. Darin gingen die Meinungen auseinander. Der Rechten waren die Revolution wie die Dritte Republik verhasst; beide wurden von der Linken verherrlicht. Was die Liberalen betrifft, so war ihre Haltung etwas ambivalent. Es gab ja unter ihnen Republikaner der ersten Stunde, Vernunftrepublikaner – wie Thiers – und solche, die sich nachträglich und aus verschiedenen – oft taktischen – Gründen mit der Republik aussöhnten.

Im 20. Jahrhundert änderte sich die Problematik. Die Schreckensherrschaft, also die diktatorische Phase der Großen Revolution, die im vorigen Jahrhundert als ein Produkt der Umstände und als Nebenerscheinung betrachtet worden war, rückte nun in den Mittelpunkt der Debatte, und zwar deshalb, weil sie inzwischen, namentlich von den Marxisten, »gelobt, theoretisiert und von späteren Revolutionen wiederholt«[72] worden war. Darüber wurde die teleologische Dimension des Ereignisses, seine Bedeutung für den Gang des Fortschritts vergessen. Nun verschärften sich die Gegensätze: Der Revolution wurde die Konterrevolution, der Revolution der roten Zipfelmütze die der Trikolore, dem Umsturz die Reform entgegengestellt.

Die Wendung, die diese Debatte zwischen der »Linken« und der »Rechten« über die Revolution genommen hat, scheint sich nicht ändern zu wollen[73]. Französische Liberale von heute behaupten: Unsere Revolution von 1789 hatte einen liberalen Charakter[74]. Sie hat uns die Erklärung der Menschenrechte gebracht, das Prinzip der Gedankenfreiheit und der Laizität eingeführt, die feudalen Privilegien, die Sklaverei und die Zünfte abgeschafft, die Nationalgüter privatisiert. Der erste Koalitionskrieg hatte zwar die Schreckensherrschaft zur Folge. Die Große Revolution war aber durchaus liberal und hat die liberale Tradition geprägt[75]. Sie war immer ein Bezugsereignis für alle fortschrittlich Denkenden in der Welt, die den Kampf gegen Monarchien, Feudalsysteme und den religiösen Obskurantismus führten. Im 19. Jahrhundert waren lange Zeit Liberalismus und Linke Synonyme. Liberale bekannten sich zur Devise der heutigen französischen Republik: »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«. Heute sind die drei Wörter ein Teil des nationalen Erbes Frankreichs und an vielen Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden zu lesen.

Französische Liberale werfen der marxistischen Geschichtsschreibung vor, die Französische Revolution vereinnahmt und völlig pervertiert zu haben. Die

71 Ebenda, S. 6.
72 Ebenda, S. 7.
73 François Jarrige, Geschichtsprofessor an der Universität Angers, schreibt, dass dieses Ereignis von Anfang an der Gegenstand einer Konfrontation unter den Historikern war. François Jarrige: »La Révolution française dans l'histoire: le regard engagé d'Eric Hobsbawm«. In: Mouvements des idées et des luttes, http://www.mouvements.info/spip.php?article250
74 Pierre Manent/Jean-Miguel Pire/Jacques Rigaud/Christian Stoffaës: Avant propos zu: Psychanalyse de l'antilibéralisme (wie Anm. 19), S. 8-9, 12.
75 Ebenda, S. 13.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Linke« beschuldigt ihrerseits die »Liberalen«, dieses Gründungsereignis in einem »revisionistischen« Sinne darzustellen[76]. Das Erscheinen eines Buches von Eric Hobsbawm nährte 2007 die Polemik[77]. Der englische Historiker hatte 1989 die jakobinische und republikanische Deutung der Französischen Revolution verteidigt gegen die der liberalen bzw. konterrevolutionären »Revisionisten«, die suggerierten, die Revolution hätte keinen so großen Wandel mit sich gebracht[78], ja sie sei der Ursprung aller Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, wo sie doch die ganze Welt in Bewegung gebracht hat. Die Liberalen der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert haben – laut Hobsbawm[79] – die Erinnerung an die Revolution instrumentalisiert, um ihr politisches Programm durchzusetzen. Die jungen Liberalen von damals haben sie als das Ergebnis des jahrhundertelangen Aufstiegs des Bürgertums dargestellt. In Anlehnung an diese Darstellungsweise hat Marx die Revolution als einen Sieg des Bürgertums im Klassenkampf interpretiert. Hobsbawm hat Recht, wenn er schreibt, seit der Errichtung des republikanischen Regimes in Frankreich seien die Erinnerungsfeiern immer politische Ereignisse gewesen[80]. Trotz der auseinandergehenden Deutungen der Revolution herrschte 1989 weitgehend Übereinstimmung darüber: Sie stellte für die französische Nation ein Gründungsereignis dar, das einen radikalen Wandel zur Folge hatte. Eine neue Generation von Historikern wollte sich aber von einer vorherrschenden Deutung abgrenzen, in einem neuen Kontext, dem der Fünften Republik, der so genannten »Trente glorieuses«, der Zeit des wirtschaftlichen Booms von 1945 bis 1975, dann des Weltkapitalismus und des triumphierenden liberalen Antikommunismus.

Ein Buch von François Peillon[81] war 2008 der Anlass zu einer erneuten Polemik zwischen »Linken« und »Liberalen«[82]. Der Sozialist setzte sich für die Idee ein, dass jede Generation den *roman national*, die Nationalgeschichte, neu zu schreiben hat. Er ist der Meinung, dass die neue Generation in Frankreich gegenüber der Krise, die Frankreich zurzeit durchmacht, ratlos dastehe. Diese Krise sei vor allem »eine Krise des [kollektiven] Gedächtnisses«, es gelte die vorherrschende Interpretation der Geschichte in Frage zu stellen. Peillons Diskurs verdient deshalb unsere Aufmerksamkeit, weil er in der

76 Jarrige (wie Anm. 73)..
77 Eric Hobsbawm: Aux Armes Historiens. Paris 2007. Dieses Buch ist eine Überarbeitung von Vorträgen, die der englische Historiker 1989 in den Vereingten Staaten gehalten hatte. Der französische Titel: Zu den Waffen, Historiker! ist eine Variation des ersten Verses des Kehrreims der »Marseillaise«: »Zu den Waffen, Bürger!«
78 Ebenda, S. 10.
79 1. Kapitel: Die bürgerliche Revolution.
80 3. Kapitel: Von einem Jahrhundertjubiläum zum anderen.
81 Seit 2004 europäischer Abgeordneter, Philosoph und Leiter der Stiftung Edgar Quinet.
82 »Faut-il brûler François Furet ?«, »Nouvel Observateur«, Nr. 2286, 28.8.2008, Les débats de l'Obs; vgl. auch http://hebdo.nouvelobs.com/hebdo/parution/p2286/articles/a381786-.html und http://www.liberaux.org/lofiversion/index.php?t39323.html

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Debatte über die Französische Revolution und in der Widerlegung der – von ihm entstellten – Thesen des Liberalen François Furet eine *matrice de sens*, eine sinnergebende Vorlage sieht. In der »ideologischen Schlacht«, die es der »vorherrschenden konter-revolutionären Ideologie« (der Liberalen!) zu liefern gilt, gehe es darum, dem »Wunsch nach Gleichheit« Geltung zu verschaffen, einem Wunsch, der von den Liberalen als eine Gefahr für die individuelle Emanzipation verworfen wird. Die Orientierung, die aus Peillons Dialektik hervorgeht, ist die »Überwindung des Gegensatzes zwischen Freiheit und Gleicheit«, d.h. »der republikanische Sozialismus«. War dies bis jetzt unmöglich, so ist dies seines Erachtens darauf zurückzuführen, dass die *amnésie nationale* institutionalisiert worden ist. Es gelte aus dem Schema Tocqueville/Marx herauszukommen. Mit diesem Schema könne über das Spezifische am politischen und sozialen Modell Frankreichs nicht nachgedacht werden. Aus der Französischen Revolution leitet der Sozialist den *pacte républicain*, einen »reformistischen Sozialismus« ab. Dieser allein soll einen Fortschritt garantieren können; deshalb gelte es ihn gegen die Liberalen durchzusetzen.

Wie wir sehen, erkennen sich die französischen Liberalen in den Gründungsereignissen der Nationalgeschichte und in den Symbolen der Nation wieder, wobei sie ihnen einen besonderen Sinn geben. Mit einer liberalen Literatur haben sie überdies einen eigenen Erinnerungsort geschaffen.

Liberale haben z.B. 1990 in Bayonne, der Heimat des Nationalökonomen Frédéric Bastiat (1801-1850), den gleichnamigen »Cercle Frédéric Bastiat« ins Leben gerufen[83]. Eine Gedenktafel am Geburtshaus erinnert – so die Website des Cercles – an den »Riesen der Wirtschaftswissenschaft«, dessen Lehren, die überall in der Welt (mit Ausnahme Frankreichs) vermittelt werden, einen Ronald Reagan beeinflusst haben. Als 2001 gelegentlich des 200jährigen Geburtstages von Bastiat der »Cercle« die Gedenktafel anbringen ließ, protestierten Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerkes ATTAC. Der »Cercle« veranstaltet regelmäßig Tagungen. Sein doppelter Zweck ist das Leben und das Werk von Bastiat bekannt zu machen und für eine »Moral der individuellen Freiheit und der Verantwortung« einzutreten, und zwar nicht in polemischer, sondern pädagogischer Absicht. Er gehört zu einem Netzwerk von liberalen Organisationen[84]. In Paris existiert auch seit 1993 ein »Club Frédéric Bastiat« (Bastiatstraße 5 – im 8. Bezirk), der auch regelmäßig Gesprächsabende organisiert[85].

Angesichts ihrer Namen und der von ihnen verfolgten Zwecke fungieren solche Organisationsformen in einer gewissen Hinsicht als Erinnerungsorte. Gilt

83 »Sur les pas de Frédéric Bastiat«. In: http://www.objectifliberte.fr/2009/02/frederic-bastiat.html

84 Vgl. http://www.bastiat.net

85 Vgl. http://www.groupe-auffray.com

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

aber diese Bemerkung z.B. auch für das »Centre Raymond Aron«? Es handelt sich hier um ein Forschungszentrum, das 1992 im Rahmen der »Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales« (EHESS) gegründet wurde und aus einem Zusammenschluss des »Institut Raymond Aron« und des CETSAP (»Centre d'Etudes Transdisciplinaires – Sociologie, Anthropologie, Politique«) hervorging[86]. Stichwortgeber und einflussreiche Persönlichkeiten im CETSAP waren Claude Lefort, der vom Marxismus kam und einen organizistischen Demokratiebegriff entwickelt hat, und Edgar Morin. Auch wenn Raymond Aron von französischen Liberalen als einer ihrer Lehrmeister angesehen wird, kann dieses nach ihm benannte Zentrum angesichts seines Standorts, seines Personals und seiner Bestimmung als Erinnerungsort gelten? Das wollen wir dahingestellt lassen.

Dieselbe Bemerkung machen wir im Fall der »Fondation Saint-Simon«, die von 1982 bis 1999 existierte, eine Allianz, in der sich seit Ende der 1970er Jahre liberal und sozialdemokratisch gesinnte Intellektuelle versammelten, um das *programme commun*, das Bündnis des Kandidaten Mitterrand mit den Kommunisten zu bekämpfen. Gegründet wurde diese Stiftung von François Furet; sie funktionierte wie ein Ideenlabor und eine einflussreiche Gruppe.

Etliche Websites dokumentieren die Tatsache, dass dieses Netzwerk seit einigen Jahren auch von französischen liberalen Kreisen dazu genutzt wird, Aufklärungsarbeit zu leisten über den unbekannten Liberalismus und über liberale Vordenker in Frankreich. Wir nennen hier nur den »Cercle Benjamin Constant«, der als Element eines weiten Netzwerkes u.a. Links zum »Institut Molinari« oder zur »Mont Pelerin Society« anbietet. Jacques de Guenin schrieb im Februar in einem Artikel mit der Überschrift: »Wissen Sie wirklich, was Liberalismus bedeutet?«: »In unserem Land kann der Liberalismus auf eine alte und reiche Tradition zurückblicken. In dieser Tradition stehen eine große Zahl von berühmten Schriftstellern, u. a. folgende: La Boétie, Montaigne, Montesquieu, Voltaire, Diderot, Turgot, Condorcet, Benjamin Constant, Jean-Baptiste Say, Frédéric Bastiat, Victor Hugo, Alexis de Tocqueville, Gustave de Molinari, Jacques Rueff, Bertrand de Jouvenel, Raymond Aron, Jean-François Revel.«[87] Dazu zwei Bemerkungen. 1. Unter diesen Namen finden wir Vertreter des politischen und des wirtschaftspolitischen Liberalismus, und solche – wie Condorcet oder Hugo, die im 19. Jahrhundert von Radikalen und Republikanern für sich beansprucht worden sind. 2. In der parteipolitischen Landschaft Frankreichs, wo der Liberalismus

86 Vgl. http://crpra.ehess.fr

87 Jacques de Guenin: »Savez-vous ce qu'est vraiment le libéralisme ?« (Aus: tribunes politiques). In: http://cerclebenjaminconstant.over-blog.com

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wenig sichtbar ist, bringt das Internet eine gewisse Hilfe; es erlaubt Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit und bietet gewissermaßen Ersatz für fehlende Erinnerungsorte.

Wenn sich Gelegenheiten dazu bieten, berufen sich französische Liberale nachdrückich auf Vordenker wie Alexis de Tocqueville, François Guizot, Frédéric Bastiat, die »die Konturen einer französischen Tradition« umrissen haben[88]. Der Liberalismus ist in Frankreich »kein Importprodukt«, betont Alain Madelin. »Der Liberalismus ist eine französische Idee, der im Ausland ein wunderbarer Erfolg beschieden war. Getragen wurde diese Idee im 18. und 19. Jahrhundert von Liberalen, die weder rechts noch links standen. Adam Smith hatte an Turgot einen Vorgänger, Destut de Tracy kam vor Jefferson und viele unter den glänzendsten Analysten des wirtschaftlichen Denkens in den Vereinigten Staaten sind Nachfolger der französischen Nationalökonomen des 19. Jahrhunderts, von Dunoyer bis Bastiat, ohne vom politischen Liberalismus von Tocqueville, Royer-Collard, Laboulaye und vielen anderen zu sprechen oder noch von Lehrmeistern der neuesten Zeit wie Raymond Aron, Bertrand de Jouvenel und Jacques Rueff.«[89]

Eine letzte Frage könnte man hier aufwerfen: Sind europäische Feiertage und Symbole in diesem französischen Zusammenhang als »liberale« Erinnerungsorte anzusehen? Sicherlich nicht. Aber in Frankreich wird den Liberalen oft vorgeworfen, sich zu Europa, wie es bis jetzt funktioniert, d.h. auf einer liberalen Grundlage, zu bekennen. Kurz vor dem Beginn der französischen EU-Ratspräsidentschaft war Giscard d'Estaing 2008 Gast einer Sendung bei »Canal plus«. In einem Blog hieß es kurz darauf, »der große Liberale [...], unser europäischer Großwesir richtete an den Präsidenten [Sarkozy] die Bitte, bald die europäische Fahne und die europäische Hymne zu übernehmen und die Symbole des »14. Juli«, der – sagt er – weiterhin gefeiert werden soll, in den Hintergrund zu rücken. Und er schlägt uns vor, den »9. Mai« als europäische Feier einzuführen und mit dem »8. Mai« als französischer Nationalfeiertag Schluss zu machen.«[90] In demselben Blog wird Giscard, »dem bürgerlichen Internationalisten«, unterstellt, er habe sich immer bereit gezeigt, »das Nationale zu liquidieren«, wie er in der Zeit seines Amtes als Präsident die nationale Industrie liquidiert habe. Die Widerstandskämpfer, heißt es hier weiter, werden ihre Verachtung gegenüber einer solchen Bitte klar ausdrükken: »Man rühre den 8. Mai nicht an!«

88 Psychanalyse de l'antilibéralisme (wie Anm. 19), S. 8.
89 Alain Madelin: »La démocratie redevient libérale« (Conclusion), ebenda, S. 249-254; hier bes. S. 249 f.
90 »Férié. Giscard a choisi le 9 mai plutôt que le 8«, 1.6.2008. In: http://ber60.over-blog.com/article-20085191.htlm

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Als es sich 2007 herausstellte, dass die Symbole Europas[91] nicht wieder in den Europäischen Verfassungsvertrag aufgenommen werden würden, bezeichnete Giscard d'Estaing diese Entscheidung als »jämmerlich« und fügte hinzu, »sie wäre lächerlich, wenn sie unseren noch nicht festen Stolz, uns als Europäer zu fühlen, nicht verletzte.«[92]

Abschließend können wir folgende Feststellungen machen. In Frankreich bleibt der Begriff »Liberalismus« unklar, und er gilt in vielen Kreisen als Synonym für einen Neoliberalismus, der von der Linken entschieden abgelehnt und bekämpft wird. Von dieser wird das große Missverständnis in der öffentlichen Debatte weidlich ausgenutzt. Der Liberalismus hat sich nach 1880 in der Republik sozusagen aufgelöst, so dass »liberale« Erinnerungsorte in Frankreich schwer zu verorten sind. In Deutschland sind liberale Erinnerungsorte wie Hambach, die 1848er Revolution, die Paulskirche oder das Frankfurter Verfassungswerk von 1849 zum geistigen Gemeingut der Nation geworden; in Frankreich sind die Erinnerungsorte der Republik auch die der Liberalen. Die französische Erinnerungskultur, wie sie sich während der Dritten Republik entwickelt hat, lässt wenig Platz übrig für gruppenspezifische Erinnerungsorte. Sie sollte ein Instrument der nationalen Integration sein, bildete aber oft den Nährboden für Polemiken. Die wirtschaftstheoretische Literatur, mit der die französischen Liberalen einen eigenen Erinnerungsort haben könnten, bleibt der breiten Öffentlichkeit unbekannt. Alain Madelin bemängelt die *amnésie culturelle*, unter der der französische Liberalismus zu leiden hat, und fordert seine Gesinnungsgenossen auf, gegenüber dieser Situation entschieden zu reagieren[93].

91 Die europäische Flagge, die Hymne, die der »Ode an die Freude« aus der Neunten Symphonie von Ludwig van Beethoven entstammt, der Leitspruch der Union: »In Vielfalt geeint« und der Europatag, der in der gesamten Union am 9. Mai gefeiert wird.

92 Vgl. Le Monde, 15.6.2007. Zitiert von Bernard Poignant (Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament), in: Expedia.fr, Dienstag, 18.9.2007, http://sauvonleurope.over-blog.fr/archive-09-18-2007.html

93 Psychanalyse de l'antilibéralisme (wie Anm. 19), S. 249. Vgl. Auch Alain Madelin (Hg.): Aux sources du libéralisme français. Paris 1997.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Stephanie Zibell

»... habe mich soeben durch eine kräftige Schädeldouche zu einer Unterhaltung mit Ihnen gestärkt«.[1] – Von aufmüpfigen Dichtern, demokratischen Ideen und der Bedeutung der Kur für die 1848er Revolution. Eine (fast durchgängig) ernste Betrachtung

Im Herbst 1844 erschien Ferdinand Freiligraths Gedichtband »Ein Glaubensbekenntniß«. Sowohl der Autor als auch sein Werk sind heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Freiligrath kennen eigentlich nur noch Experten und ausgemachte Freunde der Poesie des 19. Jahrhunderts. Deshalb weiß auch fast niemand, dass der Satz »Wir sind das Volk!«, den die Demonstranten in der DDR ihrer Regierung im Jahr 1989 zornig entgegen schleuderten, aus dem 1848 erschienenen Freiligrath-Gedicht »Trotz Alledem (Variiert)« stammt.[2]

Zu seiner Zeit aber war Freiligrath keineswegs nur Eingeweihten bekannt. Im Gegenteil: Er zählte zu den erfolgreichen und vielgelesenen Dichtern in den deutschen Staaten. Das »Glaubensbekenntniß« sorgte dafür, dass sich Freiligraths Bekanntheitsgrad noch weiter steigerte; allerdings nicht nur bei seiner Leserschaft, sondern auch bei den Behörden, denen seine Texte aufgrund ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Staat und ihrem Eintreten für die Volksrechte ein gewaltiger Dorn im Auge waren. Freiligrath konnte sich daher leicht ausrechnen, dass ihm die Publikation des neuen Werkes größten Ärger einbringen würde. Um diesem aus dem Weg zu gehen, entschloss er sich, noch vor dem offiziellen Erscheinungstermin des »Glaubensbekenntnisses« ins Exil zu gehen.

Doch ehe er sich ins rettende Ausland begab, wollte er noch etwas für seine Gesundheit tun. Da er im Exil alle Kräfte für den Aufbau einer neuen Existenz benötigen würde, konnte er sich gesundheitliche Probleme nicht leisten. Folglich mussten diese vor Reiseantritt angegangen und möglichst beseitigt wer-

1 Ferdinand Freiligrath über seinen Kuraufenthalt im Kronthal im Sommer 1844; zitiert nach: Kurt Roessler/Irene Hufnagel: 1844er Assmannshäuser. Kommentarband zu »Ein Glaubensbekenntniß. Zeitgedichte« von Ferdinand Freiligrath. Mainz 1994, S. 141.

2 Gerd Gadek: Ferdinand Freiligrath und die Wende in der DDR. In: Werner Broer u.a. (Hrsg.): Wir sind das Volk, die Menschheit wir. Grabbe-Jahrbuch 1997. Detmold 1997, S. 11f.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den. Diesen letzten Erholungsaufenthalt vor der Abreise wollte Freiligrath im ruhigen Kronthal nahe Kronberg im Taunus verbringen. Dort betrieb der erfahrene Mediziner und Hydrotherapeut Dr. Ferdinand Küster seit einigen Jahren eine Kuranstalt.

Im Folgenden versuche ich darzustellen, aus welchem Grund sich Freiligrath ausgerechnet das Kronthal als Erholungsort ausgesucht hatte, welche Heilverfahren ihn dort erwarteten, und wie er die »anwendungsfreie« Zeit verbrachte. Statt nämlich brav im stillen Kronthal zu verweilen und sich zu entspannen, traf er sich im nahegelegenen (Bad) Soden mit August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, der im Verdacht stand, den lange Zeit völlig unpolitischen Dichter Freiligrath in den frühen 1840er Jahren mit »liberalistischem« Gedankengut infiltriert und somit zum Politisieren verführt zu haben.[3]

Im Gegensatz zu Freiligrath ist Hoffmann auch heute noch wohlbekannt. Schließlich stammt aus seiner Feder das »Lied der Deutschen«.[4] Doch nicht nur deswegen ist dieser Dichter immer noch in aller Munde: Wer hat sie nicht schon gesungen, die berühmten Kinder- und Weihnachtslieder: »Ein Männlein steht im Walde«, »Kuckuck, Kuckuck, ruft's aus dem Wald« oder »Morgen kommt der Weihnachtsmann« und »Morgen, Kinder, wird's was geben«?[5]

Über die Texte und die Vertonung solch harmloser Lieder werden Hoffmann und Freiligrath bei ihren Zusammentreffen im Sommer 1844 allerdings kaum geplaudert haben; eher schon über Pläne, wie sie die Monarchie zu Fall bringen und die Fürstenherrschaft durch die Demokratie ersetzen konnten.

Daher stellt sich die tiefsinnige Frage: Hatte der Kuraufenthalt im Taunus Anteil an der heraufziehenden politischen Entwicklung der 1840er Jahre, die in der Revolution von 1848 mündete? Halfen demnach Kurärzte wie jener Dr. Küster, staatsgefährdendes Gedankengut zu verbreiten, indem sie Aufrührer wie Freiligrath und Hoffmann von ihren körperlichen Leiden befreiten und ihre Gesundheit soweit stärkten, dass sie sich ganz auf ihre politischen Ziele konzentrieren konnten? Und wenn das tatsächlich so gewesen wäre: Welche Lehren können Politiker der Gegenwart aus diesen vergangenen Ereignissen ziehen? Was bedeutet uns heute die Kur? Wie geht man (gesundheits-)politisch mit dieser Heilmethode um? Was hat man bezüglich der Gefahr, die von Kuraufenthalten für Staat und Gesellschaft ausgeht, aus der Geschichte gelernt?

3 August Heinrich Hoffmann von Fallersleben: Mein Leben (gekürzt). Herausgegeben von Augusta Weldler-Steinberg. Nachdruck der Ausgabe von 1868. Eschborn 1996, S. 260.

4 Jürgen Borchert: Hoffmann von Fallersleben. Ein deutsches Dichterschicksal. Berlin 1991, S. 131.

5 Ebd., S. 130f. u. S. 172. »Lied der Deutschen«; vgl. http://www.uni-koeln.de/ew-fak/Mus_volk/scripten/probst/20Jh.htm [22.01.2009].

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Diesen zum Teil ernsthaften, zum Teil doch eher augenzwinkernden Fragen wird im Folgenden auf den Grund gegangen.

Das Kronthal ist »kein kokettes Weib«

Anfang Juni 1844 traf der Dichter Ferdinand Freiligrath (1810-1876) mit seiner Ehefrau Ida (1817-1899) im Kronthal ein[6], um ein »vernachlässigtes rheumatisches Leiden«, das ihn bereits seit Jahren quälte, auszukurieren oder wenigstens abzumildern[7]. Das Kronthal, das heute zur Stadt Kronberg gehört, befand sich damals im Besitz der im Herzogtum Nassau gelegenen Gemeinden Mammolshain und Kronberg.[8]

Ein mondäner Kurort war es nicht, den sich Freiligrath da ausgesucht hatte. Doch das nahm er billigend in Kauf, denn der Dichter brauchte wirklich Ruhe und Erholung. Die Zeit, die hinter ihm lag, war mehr als aufregend und anstrengend gewesen, und die, die ihn erwartete, versprach noch kräftezehrender zu werden.[9] Insofern konnte es ihm nur Recht sein, dass es im Kronthal außer dem Wohn- und Badehaus des Dr. Ferdinand Küster (1791-1854), in dem er und seine Frau die nächsten Wochen verbringen sollten, nur noch wenige Gebäude gab, darunter ein Hofgut und eine Bürstenmacherei.[10]

Zerstreuungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten, wie sie beispielsweise in der nassauischen Landeshauptstadt Wiesbaden geboten wurden, kannte das Kronthal folglich nicht. Es gab kein Theater, keine Konzerte und erst recht keine elegante Flaniermeile mit exquisiten Geschäften, sondern vornehmlich Natur und Landschaft.[11] Die relative Abgeschiedenheit des Ortes und das karge Freizeitangebot sorgten allerdings dafür, dass die Kosten für den Kuraufenthalt nicht ins Unermessliche stiegen. Wahrscheinlich war das einer der Gründe, weshalb der unter Geldsorgen leidende Freiligrath sich für eine Kur im Kronthal entschied.[12]

6 Schreiben Freiligraths vom 11. Juni 1844 an den Landrat von St. Goar, Hans Karl Heumann; abrufbar unter: http://www.ferdinandfreiligrath.de [02.12.2008].
7 Roessler/Hufnagel (wie Anm. 1), S. 141.
8 Hanspeter Borsch: Bebauung und Ziegeleigewerbe im Kronthal. In: Konrad Schneider (Hrsg.): Gewerbe im Kronthal. Mineralwasser und Ziegel aus dem Taunus. Darmstadt 2007, S. 79. Konrad Schneider: Brunnen- und Badebetriebe im Kronthal. In: ebd., S. 24f.
9 Stephanie Zibell: Rheingeschichten. Geschichte und Geschichten aus dem Rheingau und dem Mittelrheintal. Frankfurt am Main 2008, S. 90ff.
10 Borsch (wie Anm. 8), S. 80f. Schneider, S. 31. Ferdinand Küster: Ueber Wasserheilkunde unter besonderer Berücksichtigung der Wasserheilanstalt zu Cronthal. Frankfurt am Main 1841, S. 35. Ferdinand Küster: Kurze Nachricht über die Gas-, Mineral-, Wasser- und Kräutersaft- und Molkenkur-Anstalten zu Cronthal. Frankfurt am Main 1839, S. 35f.
11 Küster 1839 (wie Anm. 10), S. 34.
12 Schreiben Freiligraths vom 2. Juni und vom 1. Juli 1844 an Heuberger; beides abrufbar unter: http://www.ferdinandfreiligrath.de [02.12.2008]. Zu Freiligraths Schulden vgl. auch Roessler/Hufnagel (wie Anm. 1), S. 140.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wichtig war ihm auch die Tatsache, dass der Ort abseits der Hauptverkehrsstraßen lag und keinen eigenen Bahnanschluss besaß. Ins Kronthal kam demnach kaum jemand zufällig.[13] Das war gut, denn Freiligrath wollte sich nicht nur erholen, sondern darüber hinaus inkognito bleiben.[14] Was aber sollte diese Geheimnistuerei? Was steckte dahinter? Ein Blick auf Freiligraths Lebensweg gibt hierüber Auskunft.

Freiligraths Vita

Ferdinand Freiligrath war im Jahr 1838 schlagartig berühmt geworden. Damals hatte er ein Büchlein veröffentlicht, das den bescheidenen Titel »Gedichte« führte und ihm und seinem Verleger Cotta in Stuttgart förmlich aus den Händen gerissen wurde. Fortan war Freiligrath ein berühmter Dichter und seine romantischen, manchmal etwas mystischen, die Leser in fremde Welten entführenden Texte in aller Munde.[15]

Im Laufe der 1840er Jahre veränderte sich das Freiligrath'sche Werk. Der bislang als unpolitischer Dichter bekannte Autor wurde zu einem eminent politischen. Der von ihm stammende Satz: »Der Dichter steht auf einer höheren Warte, als auf den Zinnen der Partei« hatte sich für ihn selbst überlebt.[16] Ausschlaggebend hierfür war nicht zuletzt der Wechsel auf dem preußischen Thron. Im Jahr 1840 hatte nämlich Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861; Regentschaft: 1840-1858) den Thron bestiegen, wodurch die Hoffnungen auf liberale Umstrukturierungen im Lande genährt worden waren. Doch die ersehnten politischen Verbesserungen blieben aus. Im Gegenteil: Manches wurde noch schlimmer als es zuvor schon gewesen war, zum Beispiel die Möglichkeit, regierungskritische Meinungen öffentlich kundzutun. Für diese Verschlechterung zeichnete unter anderem die strenge neue Zensurverordnung verantwortlich, die der Monarch am 31. Januar 1843 erlassen hatte. Die Bevölkerung reagierte daraufhin mit Enttäuschung, Ärger und Widersetzlichkeit. Freiligrath beobachtete diese Entwicklung, befand sie für gerechtfertigt und hielt es schließlich für angebracht, das Volk und seine Bestrebungen mit seinen Mitteln, also mit Hilfe des Wortes, zu unterstützen. So wurde aus Freiligrath ein politischer Dichter.[17]

13 Borsch (wie Anm. 8), S. 82f.
14 Schreiben Freiligraths vom 11. Juni 1844 an Heumann; Schreiben Freiligraths an Klara und Karl Freiligrath vom 14. August 1844; beides abrufbar unter: http://www.ferdinandfreiligrath.de [02.12.2008].
15 Volker Giel: Ferdinand Freiligrath. Eine poetologische Biographie. In: Grabbe-Jahrbuch 1997, S. 24ff. Ferdinand Freiligrath. In: Lexikon Westfälischer Autoren und Autorinnen 1750-1950; abrufbar unter: http://www.lwl.org/literaturkommission [27.11.2008].
16 Das Zitat stammt aus dem im November 1841 erschienen Gedicht »Aus Spanien«.
17 Giel (wie Anm. 15), S. 36. Roessler/Hufnagel (wie Anm. 1), S. 87f. Manfred Häckel: Ferdinand Freiligrath. In: Männer der Revolution von 1848. Band 1. Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte Band 72. Berlin(-Ost) ^{2}1988, S. 81.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Aus der Feder dieses – nunmehr politischen – Dichters stammte also der Gedichtband »Ein Glaubensbekenntniß«. Dabei handelte es sich um eine Komposition aus älteren, bereits veröffentlichten, weitgehend unpolitischen Poemen und neuen, noch nicht publizierten Gedichten mit eminent aufrührerischem und regierungskritischem Inhalt, dessen Veröffentlichung Freiligrath einerseits herbeisehnte, andererseits aber fürchtete, und zwar aus folgendem Grund: »Freiligrath interpretierte das neue Werk als eine Art politische Autobiographie. Hinter ihrer Abfassung steckte der Wunsch, den Menschen klar zu machen, dass er – Freiligrath – eine politische Entwicklung durchlaufen habe, und von daher als Beispiel für andere dienen könne. Er hoffte [...], andere würden es ihm nachtun und sich ebenfalls von einem unpolitischen in einen politischen Charakter verwandeln.«[18]

In Preußen, das war Freiligrath klar, würde er sein »Glaubensbekenntniß« niemals veröffentlichen können. Die neuen, rigiden Zensurbestimmungen sowie das Staatsinteresse standen dem entgegen. Folglich musste sich Freiligrath um einen Verlag außerhalb Preußens bemühen. Einen solchen fand er im großhessischen Mainz, wo das Werk dann Ende August 1844 erscheinen sollte.[19]

Um sicherzugehen, dass die Publikation seines »Glaubensbekenntnisses« durch die preußischen Behörden, die den preußischen Staatsbürger Freiligrath ohnehin schon im Auge hatten, nicht bereits im Vorfeld unterbunden wurde, war er Anfang Mai 1844 aus dem preußischen St. Goar ins nassauische Assmannshausen übergesiedelt. Hier, in dem kleinen Rhein-Dorf, das weder über eine Dampfschiffanlegestelle noch über eine Bahnstation verfügte, mietete er sich für einige Wochen in einem bescheidenen Gasthaus, der »Krone« ein, um sein Werk in Ruhe fertigstellen zu können.[20]

Nachdem dies Ende Mai 1844 geschehen war, reiste er nach Mainz, übergab das Manuskript seinem Verleger und kehrte dann noch einmal nach St. Goar zurück, um zu regeln, was noch der Regelung bedurfte.[21] Freiligrath war nämlich klar, dass er sich nach dem Erscheinen des »Glaubensbekenntnisses« in Preußen und anderen deutschen Staaten nicht mehr sehen lassen durfte. Tauchte er doch auf, musste er damit rechnen, wegen seiner aufrührerischen und staatsgefährdenden Äußerungen festgenommen zu werden. Folglich blieb ihm nichts anderes übrig, als sich nach Beendigung des dringend notwendigen Kuraufenthalts im Kronthal ins Exil zu begeben. Spätestens im Juli/August 1844 wollte er Deutschland verlassen haben.[22]

18 Zibell (wie Anm. 9), S. 93.
19 Giel (wie Anm. 15), S. 36f.
20 Roessler/Hufnagel (wie Anm. 1), S. 134f. Herbert Eulenberg: Ferdinand Freiligrath. Berlin 1948, S. 63f.
21 Roessler/Hufnagel (wie Anm. 1), S. 140.
22 Ebd., S. 141. Giel (wie Anm. 15), S. 42ff. Eulenberg (wie Anm. 20), S. 56f. u. S. 91. Häckel (wie Anm. 17), S. 89f. u. S. 99.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Von daher erscheint es nicht weiter verwunderlich, dass Freiligrath gerade das abgelegene Kronthal als Kurort auswählte und darüber hinaus danach trachtete, inkognito zu bleiben.

Geschwitzt und vollgebadet: Zur Kur im Badehaus Dr. Küster

Über seine Badekur im Kronthal berichtete Freiligrath Folgendes: »Heute endlich schlage ich dem Fasse meiner Faulheit den Boden ein. Es ist 11 Uhr Morgens, ich habe geschwitzt und vollgebadet, bin nach dem Frühstück dritteinhalb Stunden spazieren gewesen, und habe mich soeben durch eine kräftige Schädeldouche zu einer Unterhaltung mit Ihnen gestärkt. Während ich mich derselben hingebe, sitzt Ida mit nassen Haaren im Garten, um ihr zweites Regenbad in stiller Bedachtsamkeit nachwirken zu lassen. Es geht eben auch hier zu wie in Marienberg; nur was die Zahl der Kurgäste angeht, in weit kleinerem Maßstabe.[23] Auch wird hier statt des Schmitzischen Süßwassers zu allen Kronthaler Bädern kaltes Mineralwasser angewandt, was, wie Dr. K.[üster] versichert, energischer wirkt als jenes, selbst bei höherer Temperatur. Zwölfgrädiges Salzwasser, wie wir es hier in den Vollbädern haben, soll eine kräftigere Wirkung äußern als 8-9 grädiges süßes.«[24]
Der 1814 zum herzoglich-nassauischen Medizinalrat ernannte Ferdinand Küster[25], »Dr. der Med.[izinischen] Chirurgie u.[nd] Geburtshülfe«[26], war 1818 als Amtsarzt nach Kronberg gekommen.[27]
Kurze Zeit später entdeckte er die heilsame Wirkung der Quellen im nahegelegenen Kronthal, die ihn – eigenem Bekunden zufolge – von einem langwierigen Bronchialkatarrh kurierten.[28] Binnen drei Wochen sei er den quälenden Husten los gewesen, erklärte er. Dafür habe er nicht mehr tun müssen, als täglich 1 ½ Gläser des salzhaltigen Wassers zu trinken.[29] Dadurch seien die verdorbenen körpereigenen Säfte, die sich zäh und schleimig in seinen Organen festgesetzt hätten, gelöst worden.[30] Wasser – und insbesondere das hervorra-

23 Joachim Moerchel: Die Nassauischen Badeärzte in ihrer wissenschaftlichen und praktischen Tätigkeit 1816-1866. Frankfurt am Main 1977, S. 87. H.J.C. [richtig: H.J.E.F. = Heinrich Julius Ernst Ferdinand] Küster: Cronthal in den Jahren 1840-1842. In: Nassauische Medicinische Jahrbücher 2/1843 (Sonderdruck).
24 Zitiert nach Roessler/Hufnagel (wie Anm. 1), S. 141.
25 Heinrich Julius Ernst Ferdinand Küster wurde am 24. August 1791 in Stadtoldendorf geboren. Er starb am 25. April 1854 während einer Typhus-Epidemie in Kronberg; vgl. Schneider (wie Anm. 8), S. 72 (Fußnote 15) u. S. 29. Zur Biographie Küsters vgl. Wilhelm Jung: Alles über Kronthal. 2 Bde. Kronberg 1975; hier: Bd. 1, S. 106ff.
26 Vgl. Ferdinand Küster: Kurze Nachricht über die Mineralquellen bei Cronberg. Frankfurt am Main 1826.
27 Schneider (wie Anm. 8), S. 26. Jung (wie Anm. 25), Bd. 1, S. 118.
28 Moerchel (wie Anm. 23), S. 87. Jung (wie Anm. 25), Bd. 1, S. 17.
29 Ferdinand Küster: Soden und seine Heilquellen. Nebst einem Anhang über die Heilquellen von Kronberg. Zur Belehrung und Unterhaltung für Kur-Gäste. Hadamar 1820, S. 88.
30 Küster 1841 (wie Anm. 10), S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gende Kronthaler Wasser – vermöge, die zähen »Säfte«, die Krankheiten wie Rheumatismus, Gicht, Nervenbeschwerden, Lungenkrankheiten, Unterleibsleiden und Koliken verursachten[31], entweder gänzlich aufzulösen oder in einem Maße zu verdünnen, dass sie zu den Verdauungsorganen transportiert und über diese ausgeschieden werden könnten.[32]
Nachdem Küster erkannt hatte, welche Heilkraft das Kronthaler Wasser besaß, ließ er die Quellen fassen und ein einfaches Holzbadehaus mit einer Wanne darin errichten.[33] Im Sommer 1844, als der Dichter Ferdinand Freiligrath ins Kronthal reiste, waren diese primitiven Zeiten allerdings längst vorbei. Die schlichte Bretterhütte hatte schon in den 1830er Jahren einem komfortablen Wohn- und Kurhaus mit mehreren modernen Badekabinetten weichen müssen.[34]
Der Sommer war zweifellos die beste Jahreszeit, um sich einer hydrotherapeutischen Kur zu unterziehen; wenngleich Freiligrath das Pech hatte, einen wettermäßig nicht ganz optimalen Sommer erwischt zu haben, denn der Juli war teilweise kühl und regnerisch.[35] Zum Glück für den Dichter arbeitete Dr. Küster aber nicht streng nach der vor allem auf Kaltwasserbäder[36] ausgerichteten Methode des Vinzenz Prießnitz (1799-1851), sondern bot auch Warmwasserbäder, heiße Duschen und Schwitzkuren an.[37]
Förderlich für die Austreibung der schlechten »Säfte« sollte außerdem Bewegung an der frischen Luft sein; eine ärztliche Anordnung, der der Rheuma-Patient Freiligrath nur zu gerne Folge leistete.[38] Allerdings unternahm er seine Spaziergänge nicht ausschließlich zum Zweck der körperlichen Ertüchtigung und nicht nur aus Gründen der Förderung des Heilungsprozesses, sondern auch zu seinem ganz persönlichen Vergnügen, denn Freiligrath wollte mehr erleben, als nur das Kronthal.

Das Volk hat mehr zu bedeuten als die Fürsten: Die politischen Debatten der Kurgäste Freiligrath und Hoffmann

Aus diesem Grund wanderte er häufig den schattigen Fußpfad entlang, der die benachbarten Ortschaften Kronthal und Soden miteinander verband. Soden schickte sich damals an, von einem durch Landwirtschaft und kleine Hand-

31 Vgl. Küster 1826 (wie Anm. 26), S. 6f.
32 Küster 1841 (wie Anm. 10), S. 15.
33 Moerchel (wie Anm. 23), S. 87, Schneider (wie Anm. 8), S. 26f.
34 Ebd., S. 28f.
35 Hoffmanns Bericht über seinen Kuraufenthalt in Soden vom 5. Juli bis 2. August 1844; abrufbar unter: http://www.zeno.org/Literatur/M/Hoffmann+von+Fallersleben [02.12. 2008].
36 Schneider (wie Anm. 8), S. 30.
37 Küster 1841 (wie Anm. 10), S. 38.
38 Moerchel (wie Anm. 23), S. 87.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

werksbetriebe geprägten »schmutzigen Dorf«[39] zu einem schicken Kurstädtchen aufzusteigen. Verantwortlich für diese Entwicklung waren die im frühen 18. Jahrhundert vor Ort entdeckten Mineralquellen und die ihnen zugeschriebene Heilkraft.[40]

Dort, in Soden, traf Freiligrath im Juli 1844 einen Bekannten wieder, nämlich den Dichter August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798-1874), den er im August 1843 in Koblenz kennengelernt hatte. Mit ihm und dem ebenfalls vor Ort weilenden Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy (1809-1847)[41], der sich wegen seines kränklichen Sohnes Felix (1843-1851) in Soden aufhielt[42], führte er tiefgreifende Gespräche über Literatur und Politik.[43]

Anders als Mendelssohn Bartholdy war Hoffmann als »Patient« nach Soden gereist. Auf die ihm dort offerierten Heilbäder verzichtete er allerdings. Stattdessen konzentrierte er sich auf die innerliche Anwendung des Wassers, also auf die Trinkkur. »Ich ließ mich nur auf das Trinken ein,« schrieb Hoffmann über seinen Aufenthalt in Soden[44], und seine Schwester ließ er wissen: »Schon den folgenden Tag [nach dem am 5. Juli 1844 erfolgten Eintreffen in Soden] begann ich die Kur. Des Morgens gehe ich nun täglich an die Quelle und trinke 3 Glas von Nr. 6to.«[45] Allerdings scheint der Nutzen dieser Trinkkur eher gering gewesen zu sein, denn wenig später findet sich folgender Vermerk in Hoffmanns Aufzeichnungen: »Nach einigen Tagen befand ich

39 Anton Kirchner in seinem 1818 erschienenen Buch »Ansichten von Frankfurt und seiner Umgebung« über Soden: »Das Tempe der Badelust ist ein schmutziges Dorf, wo es fast an Allem gebricht, was zur Lebenslust und zur Bequemlichkeit beitragen kann«; zitiert nach Joachim Kromer: Bürgersinn und Bürgertat. Über Sodener Bürgerinitiativen. In: Kreisausschuß des Main-Taunus-Kreises (Hrsg.): Zwischen Main und Taunus. Jahrbuch des Main-Taunus-Kreises 1994. 2. Jahrgang. Hofheim am Taunus 1993, S. 44.

40 Erika Ullrich/Edith Vetter: Wo Sodens Kurgäste logierten. Norderstedt ^{2}2005, S. 1ff. Edith Vetter (Bearb.): Mordsache Jette Weyershäuser 1844. Ein Kriminalfall in nassauischer Zeit in Soden. Bad Soden 1994, S. 6f. Jürgen Dehl: Ein Genie macht Urlaub. Frankfurt, der Vordertaunus und Felix Mendelssohn Bartholdy. Frankfurt am Main 2005, S. 91ff. Küster 1841 (wie Anm. 10), S. 34. Rudolf Küster: Bad Cronthal bei Frankfurt am Main. Kurbericht über die letzten Jahre. Frankfurt am Main 1856, S. 5. Kromer (wie Anm. 10), S. 44.

41 Ullrich/Vetter (wie Anm. 40), S. 167f. Hoffmanns Bericht über seinen Kuraufenthalt in Soden vom 5. Juli bis 2. August 1844; abrufbar unter: http://www.zeno.org/Literatur/M/Hoffmann+von+Fallersleben [02.12.2008]. Der Wortlaut des Berichts über den Kuraufenthalt in Soden findet sich auch in Hoffmann von Fallersleben (wie Anm. 3), S. 258-260. Dehl (wie Anm. 40), S. 86, S. 93 u. S. 105.

42 Ebd., S. 91 u. S. 96.

43 Vgl. Hoffmanns Bericht über seinen Kuraufenthalt in Soden vom 5. Juli bis 2. August 1844; abrufbar unter: http://www.zeno.org/Literatur/M/Hoffmann+von+Fallersleben [02.12.2008]. Zu Hoffmanns Aufenthalt in Soden vgl. außerdem Ullrich/Vetter (wie Anm. 40), S. 164. Zur Begegnung Freiligraths mit Hoffmann in Soden vgl. Schreiben Freiligraths vom 25. Juli 1844 an Hans Karl Heumann in St. Goar; abrufbar unter: http://www.ferdinandfreiligrath.de [02.12.2008]. Zur Bekanntschaft zwischen Freiligrath und Hoffmann vgl. Hoffmann von Fallersleben (wie Anm. 3), S. 237.

44 Hoffmanns Bericht über seinen Kuraufenthalt in Soden vom 5. Juli bis 2. August 1844; abrufbar unter: http://www.zeno.org/Literatur/M/Hoffmann+von+Fallersleben [02.12.2008].

45 Schreiben Hoffmanns vom 15. Juli 1844 an seine Schwester; zitiert nach Dehl (wie Anm. 40), S. 93.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mich sehr schlecht und mußte zu einer minder starken Quelle übergehen. Aber auch danach wurde es mir nicht besser [...].«[46] Wenig später hat er das »Brunnentrinken« dann offensichtlich gänzlich eingestellt. Da er jedoch nicht vor hatte, seinen Aufenthalt in Soden vorzeitig abzubrechen, entwickelte er für sich eine Art alternatives Kurprogramm, das – neben körperlicher Erquikkung in Form nachmittäglicher Wanderungen und Spazierfahrten mit der Pferdekutsche[47] – vor allem auf die Befriedigung seiner intellektuellen Bedürfnisse abzielte. Hierzu gehörte der Dialog mit Mendelssohn Bartholdy und Freiligrath.[48]

Der Kontakt zwischen den drei Männern intensivierte sich gegen Ende des Monats Juli.[49] Bis zu Hoffmanns Abreise am 2. August 1844 sahen sich vor allem Freiligrath und Hoffmann täglich und zwar sowohl in Soden als auch im Kronthal. »Wir besuchten uns wechselseitig,« schrieb Hoffmann, » doch war ich öfter in Kronthal als er in Soden.«[50]

Ihre Gespräche drehten sich natürlich häufig um Politik. Mendelssohn Bartholdy notierte diesbezüglich am 25. Juli 1844: »[...] ferner besuchten mich […] Hoffmann von Fallersleben[51] und Freiligrath gegen Abend, und ich begleite sie eine Viertelstund weit übers Feld nach Haus, und wir finden Fehler in der Weltordnung [...].«[52]

Zu den Fehlern, die die drei in der Weltordnung fanden, gehörte die Beschränkung der politischen und persönlichen Freiheiten in den deutschen und europäischen Staaten, die sie für inakzeptabel hielten. Sie waren der Auffassung, dass die Macht des Adels zurückgedrängt werden müsste, denn »[...] das Volk [hat] mehr zu bedeuten als die Fürsten«, wie Freiligrath resümierte.[53] An die Stelle der meist selbstherrlichen kirchlichen und monarchistischen Herrscher sollte eine vom Volk gewählte Regierung treten, die nicht nur die Geschicke des Staates lenkte, sondern auch dafür sorgte, dass alle Staatsbürger über die gleichen Rechte und Pflichten verfügten. Es ging also um die Schaffung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in einem geeinten Deutsch-

46 Hoffmanns Bericht über seinen Kuraufenthalt in Soden vom 5. Juli bis 2. August 1844; abrufbar unter: http://www.zeno.org/Literatur/M/Hoffmann+von+Fallersleben [02.12.2008]. Ullrich/Vetter (wie Anm. 40), S. 164.

47 Dehl (wie Anm. 40), S. 93. Ullrich/Vetter (wie Anm. 40), S. 8.

48 Hoffmanns Bericht über seinen Kuraufenthalt in Soden vom 5. Juli bis 2. August 1844; abrufbar unter: http://www.zeno.org/Literatur/M/Hoffmann+von+Fallersleben [02.12.2008].

49 Hoffmanns Bericht über seinen Kuraufenthalt in Soden vom 5. Juli bis 2. August 1844; abrufbar unter: http://www.zeno.org/Literatur/M/Hoffmann+von+Fallersleben [02.12.2008]. Ullrich/Vetter (wie Anm. 40), S. 166. Schreiben Freiligraths vom 25. Juli 1844 und vom 28./ 29. Juli 1844; abrufbar unter: http://www.ferdinandfreiligrath.de [02.12.2008]. Dehl (wie Anm. 40), S. 105 u. S. 109.

50 Hoffmanns Bericht über seinen Kuraufenthalt in Soden vom 5. Juli bis 2. August 1844; abrufbar unter: http://www.zeno.org/Literatur/M/Hoffmann+von+Fallersleben [02.12.2008].

51 Ullrich/Vetter (wie Anm. 40), S. 164.

52 Dehl (wie Anm. 40), S. 109.

53 Schreiben Freiligraths vom 18. August 1844 an Hoffmann von Fallersleben; abgedruckt in Hoffmann von Fallersleben (wie Anm. 3), S. 260.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

land, denn auch der deutschen Kleinstaaterei war man längst überdrüssig. Die diversen deutschen Staaten mussten unbedingt zusammengefasst werden, weil die Menschen, die dort lebten, hinsichtlich Sprache und Kultur zusammengehörten, also eine Nation bildeten.[54] Wer, so notierte Mendelssohn Bartholdy in einem Brief, »sich noch ein deutsches Herz im Busen bewahrt hat«, müsse denken wie die Männer, die in Soden und im Kronthal kurten, und sich ihnen unbedingt anschließen.[55]

Allerdings konnte das offene Bekenntnis zur Demokratie – vor allem dann, wenn es vergleichsweise radikal ausfiel, wie das sowohl bei Freiligrath als auch bei Hoffmann der Fall war – erhebliche Schwierigkeiten für die Betroffenen nach sich ziehen. Hoffmann hatte diese bittere Erfahrung zwei Jahre zuvor machen müssen. Wenige Monate nach dem Erscheinen seiner 1840/41 in zwei Bänden zusammengefassten »Unpolitischen Lieder«, einer trotz des harmlosen Titels hochpolitischen Lyriksammlung, verlor er seine Stellung als Professor für deutsche Sprache und Dichtung im preußischen Breslau und wurde darüber hinaus des Landes verwiesen.[56] Freiligrath drohte – wenn demnächst sein Gedichtband »Glaubensbekenntniß« erschien – ein ähnliches Schicksal, zumindest was den Zwang anging, im Exil leben zu müssen.

Mendelssohn Bartholdy war übrigens nicht ganz so mutig wie seine Freunde Hoffmann und Freiligrath: Obwohl auch er der Politik des preußischen Königs kritisch gegenüberstand, hütete er sich doch davor, es sich mit der Majestät zu verderben. Folglich hielt er sich mit allzu kritischen öffentlichen Äußerungen zurück. Im Gegenteil: Als der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Storkow in Brandenburg, Ludwig Tschech (1789-1844), am 26. Juli 1844 aufgrund verletzter persönlicher Ehre ein Attentat auf Friedrich Wilhelm IV. verübte, das – zum Glück für den König – scheiterte, schickte der »Königlich-Preußische Kapellmeister« Felix Mendelssohn Bartholdy seinem Monarchen wenig später einen Brief, in dem er ihm zu seiner Rettung gratulierte, und übersandte ihm zugleich die Partitur eines auf dem Text des 91. Psalms basierenden a capella-Doppelquartetts, das den Titel trug: »Denn er hat seinen Engeln befohlen über dir, daß sie dich behüten auf allen deinen Wegen«.[57]

Hoffmann scheint dem Komponisten die Verneigung vor dem Preußenkönig nicht weiter nachgetragen zu haben.[58] Mit Freiligrath war der Professor wei-

54 Vgl. hierzu auch Vorwort zu den »Unpolitischen Liedern« von Heinrich Hoffmann von Fallersleben; abrufbar unter: http://www.von-fallersleben.de [18.12.2008].
55 Schreiben Mendelssohn Bartholdys vom 22. Juli 1844; vgl. Dehl (wie Anm. 40), S. 105.
56 Ullrich/Vetter (wie Anm. 40), S. 164f. Zu Hoffmann von Fallerslebens Lebenslauf und den »Unpolitischen Liedern« vgl. http://www.von-fallersleben.de [18.12.2008]. Hoffmann von Fallersleben (wie Anm. 3), S. 228.
57 Dehl (wie Anm. 40), S. 126 u. S. 128f.
58 Vgl. Hoffmann von Fallersleben (wie Anm. 3), S. 285.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

land weniger duldsam umgesprungen. Konkret ging es bei dem Sträußchen, das die beiden Dichter miteinander auszufechten hatten, um Freiligraths Akzeptanz einer »Ehrenpension« aus der Schatulle des preußischen Königs.[59] Im Jahr 1842 war ihm die finanzielle Unterstützung Friedrich Wilhelms IV., die sich auf 300 Taler jährlich belief, aufgrund seiner herausragenden dichterischen Leistungen zugebilligt worden. Freiligrath hatte das Geld damals dankbar angenommen. Es kam ihm mehr als gelegen, denn um seine Finanzen war es schon zu dieser Zeit nicht allzu gut bestellt. Seine Dichtkunst allein reichte nämlich nicht (mehr) aus, um ihn zu ernähren, und parallel dazu zerschlug sich auch noch seine Hoffnung, in Darmstadt eine Stelle als Redakteur antreten zu können.[60]
Hoffmann jedoch ließ diese Erklärung nicht gelten. Bei ihrem ersten Zusammentreffen im August 1843 in Koblenz sagte der aus politischen Gründen entlassene Professor dem »Ehrenpensionär« Freiligrath daher gründlich die Meinung. Zwar geschah dies auf lyrische Weise, nämlich über das Lied vom »Schweigetaler«, aber an der beißenden Schärfe der geäußerten Kritik änderten auch die schönen Verse nichts:[61]

Wollt' ein König mir doch geben
Pension!
O wie ließ' ich ihn hoch leben,
o wie würd' ich ihn erheben!
Pension!

Sagt, was kann von euch erwerben
unsereins?
Soll ich denn vor Hunger sterben?
Soll und muß ich ganz verderben
Unsereins?

Drum juchhe! Juchhe! Ich bin ein
Hofpoet!
Denn das bringt Gewinn ein:
Deutsches Volk, verzeih' – ich bin ein
Hofpoet!

59 Vgl. Ebd., S. 238.
60 Giel (wie Anm. 15), S. 36. Roessler/Hufnagel (wie Anm. 1), S. 87f. Häckel (wie Anm. 17), S. 81.
61 Hoffmann von Fallersleben (wie Anm. 3), S. 238. http://www.von-fallersleben.de [18.12. 2008].

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ei, wie klingt es so erquicklich:
Pension!
Ja, ich find es gut und schicklich,
und ich nehm' auch augenblicklich
Pension!

Als die beiden Männer sich dann ein knappes Jahr später, nämlich im Juli 1844, in Soden wiedertrafen, gab es für Hoffmann keinen Grund mehr, Freiligrath zu kritisieren. Vielmehr begrüßte er ihn jetzt als Gleichgesinnten, und das bedeutete, dass auch Freiligrath im Kreis der politischen Dichter angekommen war. Wie Hoffmann wollte nun auch er das Streben nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Veränderungen lyrisch befördern, nicht zuletzt mit den neuen Gedichten, die sich im zweiten Teil des »Glaubensbekenntnisses« niedergelegt fanden. Poesie war für den politisch geläuterten Dichter fortan nicht mehr nur Mittel zur Unterhaltung der Leserschaft, sondern eine Möglichkeit, um auf die politische Meinung des Publikums einzuwirken. Abgesehen von dieser Entwicklung, die Freiligrath in den letzten Monaten durchlaufen hatte, war er bereit gewesen, sich des »Schweigetalers« zu entledigen, also auf die jährliche Ehrenpension aus der Tasche des preußischen Königs zu verzichten. Freiligrath war demnach kein »Hofpoet« mehr. Er habe, so erklärte er, inzwischen erkannt, dass er von einem Mann wie Friedrich Wilhelm IV., der die Rechte des Volkes mit Füßen trete, unmöglich Geld annehmen könne, zumal der Monarch sogar seine – Freiligraths – Gedichte, darunter »Trotz alledem!«, »Die Freiheit! Das Recht«, »Am Baum der Menschheit«, entweder ganz verboten oder durch seine Zensurbehörden habe »entschärfen« lassen.[62]
Insofern herrschte also in jenem Kursommer 1844 traute Eintracht zwischen Hoffmann und Freiligrath. Entsprechend schwer fiel den beiden dann auch der Abschied, denn keiner von ihnen wusste, ob der Kampf um die Freiheit des Volkes, für Recht und Gerechtigkeit sowie für ein geeintes Deutschland jemals von Erfolg gekrönt sein würde. Und erst recht wussten sie nicht, was das Schicksal für sie bereit hielt. Würden sie einander je wiedersehen können? Ein wenig betrübt notierte Hoffmann daher in sein Tagebuch: »Wir nahmen voneinander Abschied ohne die tröstende Hoffnung, uns bald wiederzusehen.«[63]
Was ihnen blieb, war ihr gemeinsamer Traum von einer tiefgreifenden politischen Umwälzung in Deutschland, der sie in den Tagen und Wochen ihres Aufenthalts im Taunus immer wieder beschäftigte und zu der Diskussion

62 Eulenberg (wie Anm. 20), S. 41. Vgl. Vorwort Freiligraths zum Gedichtband »Glaubensbekenntniß«; abrufbar unter: http://jhelbach.de/freiligr/glvor.htm [27.11.2008]. Hoffmann von Fallersleben (wie Anm. 3), S. 259f., Giel (wie Anm. 15), S. 36.
63 Hoffmann von Fallersleben (wie Anm. 3), S. 259.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

anregte, wie solches wohl am besten zu bewerkstelligen wäre. Zu einer abschließenden Lösung gelangten sie jedoch nicht.

Eine Sache der Staatsraison: Schluss mit der Kur!

Zwischen Voll- und Schwitzbad, »Schädeldouche« und Trinkkur ließ es sich im Kronthal und Umgebung also ganz vortrefflich politisieren. Die Herren hatten ja auch Zeit, denn Ablenkung und Abwechslung gab es kaum. Insofern haben die Ruhe und die Abgeschiedenheit, die die Region kennzeichnete, das ihre dazu beigetragen, die politischen Ideen zu beflügeln, die später die Basis für die 1848er Revolution bildeten.
Gleiches gilt auch für die Heilmethoden des Dr. Küster und seiner Kollegen. Die engagierten Hydrotherapeuten kurierten die Zipperlein und Leiden derer, die – wie Freiligrath und Hoffmann – an den Thronen der deutschen Fürsten rüttelten, Machtbeschränkung für Monarch und Staat forderten, und zugleich nach mehr Rechten für das Volk riefen. Befreit von Schmerzen aller Art und mit verbesserter Durchblutung, die sich bekanntlich auch auf die Denkfähigkeit auswirkt, konnten sich die Streiter für die Rechte des Volkes und für ein geeintes Deutschland viel besser als vor der Kur auf ihre politischen Pläne konzentrieren.
Insofern trugen also das Kronthal und (Bad) Soden, einschließlich der dort praktizierenden Kurärzte, ganz erheblich zur Vorbereitung der Revolution von 1848 bei und zeichneten darüber hinaus dafür verantwortlich, dass sich die Ideen, denen die Revolutionäre anhingen, weiterverbreiteten. Der Stachel war gesetzt; das »demokratische Gift« strömte aus.
Was lehrt uns das? Welche Folgerung können wir aus dieser Erkenntnis für Gegenwart und Zukunft ziehen? Schließlich heißt es immer, dass man aus der Geschichte lernen soll. Was also lernen wir hieraus?
Ganz einfach: Kuren sind gefährlich. Aus Gründen der Staatsraison muss man diese potenziell gefährlichen Veranstaltungen daher soweit wie möglich reduzieren!

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Christian Blasberg

Das Erbe Luigi Einaudis. Italiens Suche in der Vergangenheit nach Ikonen für die Gegenwart

Eine Ausstellung über Luigi Einaudi ins Leben zu rufen, ist ein ausgesprochen anspruchsvolles Unterfangen. Der erste Staatspräsident der Italienischen Republik (1948-55) war nicht gerade jemand, der gerne im Licht der Öffentlichkeit stand, durch sein Handeln permanent in dasselbige geraten wäre oder darum bemüht war, der Nachwelt ein idealisiertes, ikonographisch sorgfältig aufgearbeitetes Bild seiner selbst und seines Wirkens zu hinterlassen. Entsprechend schwierig ist es, in Archiven und Nachlässen – sein eigener im Archiv der Luigi Einaudi-Stiftung in Turin ist ausgesprochen umfangreich – hinreichend bildliches, visuelles oder gegenständliches Material zu finden, mit dem eine große Ausstellung, wie sie von Frühjahr 2008 bis Sommer 2009 im Römischen Quirinalspalast, sowie danach in Mailand und Turin stattfand, nicht nur gefüllt, sondern auch einem breiten Publikum interessant gemacht werden kann.[1]

Einaudis Wirken war vor allem auf Theorie ausgerichtet, die Theorie des Liberalismus, der Marktwirtschaft und der staatlichen Haushaltspolitik, aber auch des Zusammenlebens der Völker, und damit der Gesellschaft und ihrer moralischen und politisch-ökonomischen Grundlagen. Seine Welt war lange Zeit die Universität und die Publizistik, bevor die Person hinter den Schriften selbst durch die politischen Umstände und die rasante Entwicklung der Medienwelt in der Bevölkerung Bekanntheit erlangte. Nur die letzte Phase im Leben Einaudis, sein Aufstieg zum Gouverneur der Banca d'Italia, zum Vize-Regierungschef und Bilanzminister, schließlich gar zum ersten Staatspräsidenten der Italienischen Republik liefert hinreichend »Stoff«, um einem Publikum, das oft außer dem Namen wenig oder gar nichts über ihn weiß, die Figur dieses großen Liberalen näher zu bringen. Immerhin gilt Einaudi zusammen mit dem Christdemokraten Alcide De Gasperi und dem Kommunisten Palmiro Togliatti als einer der Gründerväter des modernen Italien. Dass auch seine früheren Lebensphasen einen einer Ausstellung gerechten visuel-

1 Die Ausstellung »L'eredità di Luigi Einaudi. La nascita dell'Italia repubblicana e la costruzione dell'Europa« wurde auf Initiative der Fondazione Luigi Einaudi in Rom und der gleichnamigen Fondazione Luigi Einaudi in Turin ins Leben gerufen und durchgeführt.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

len Rahmen erhalten haben, »verdankt« Einaudi zu einem großen Teil den unruhigen Zeiten, in denen sich diese einbetteten – zwei Weltkriege und dreiundzwanzig Jahre Faschismus – und den zeitgenössischen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Entwicklungen, zu denen er in seinen zahllosen Schriften Stellung nahm.[2] Durch die Darstellung des historischen und persönlichen Umfeldes Einaudis können Leben und Werk des eher introvertierten Akademikers schließlich dennoch wirkungsvoll durch diese ersten Jahrzehnte »transportiert« werden.

Einaudi selbst hätte in seiner fast stoischen Bescheidenheit eine Ausstellung über sein Leben ohne jeden Zweifel abgelehnt, wollte er doch, wenn überhaupt, dann nur durch seinen publizistisch-wissenschaftlichen Nachlass in Erinnerung bleiben. Das Projekt dennoch durchzuführen, war somit sicherlich ein Verstoß gegen seinen vermutlichen Willen. Allerdings ist es aus Sicht der Organisatoren – und hier handelt es sich zum Teil um direkte Nachfahren des Ökonomen, vor allem seinen Enkel Roberto Einaudi, Präsident der Einaudi-Stiftung in Rom – auch nachvollziehbar, dass zum sechzigsten Jahrestag seiner Wahl zum Staatspräsidenten und fast fünfzig Jahre nach seinem Tod ein Impuls zur Wiederentdeckung der immer noch erstaunlich aktuellen Schriften und Ideen Einaudis durch nachfolgende Generationen gegeben werden musste – und dafür reichten gelegentliche Präsentationen von Neuauflagen seiner Bücher und von Biographien über ihn nicht mehr aus.[3]

Die beiden voneinander unabhängigen Stiftungen, die seinen Namen tragen und sein Erbe pflegen, eine in Turin und die andere in Rom, sind zwar in Wissenschaftskreisen sehr geschätzt, aber kein Anziehungspunkt für die Massen. In einer Zeit zunehmend visueller Wahrnehmung musste die Person selbst in den Mittelpunkt gerückt werden, soweit sie dies erlaubte; es musste ein Kompromiss zwischen einer modernen Ikonisierung Einaudis und der Respektierung seines Lebenswerks gefunden werden, ein fast unmöglicher Spagat, der aber mit dem Projekt der Ausstellung letztlich doch gelungen ist. Symbolhaft dafür ist deren Werbebild, das Foto eines lächelnden Einaudi – eine Rarität, war doch der Präsident gewöhnlich von äußerst ernsthafter und geradezu asketischer Natur – schemenhaft auf einen klein und dicht geschriebenen Text aus seinen Werken projiziert.[4]

Auch der Titel sollte zu dieser vorsichtigen Modernisierung Einaudis beitragen; »das Erbe«, bzw. »die Hinterlassenschaft« (ital.: »l'eredità«) Luigi Einaudis, begleitet von dem Untertitel »Die Geburt des republikanischen Italien und der Aufbau Europas« hieven die Figur des ersten Staatspräsidenten mitten

2 Ein Verzeichnis der Schriften Einaudis in: Luigi Firpo (Hsg.): Bibliografia degli scritti di Luigi Einaudi. Pubblicazione promossa dalla Banca d'Italia. Turin 1971.

3 Die umfassendste Biographie zu Einaudi: Riccardo Faucci: Luigi Einaudi. Mailand 1993.

4 Roberto Einaudi (Hsg.): L' eredita di Luigi Einaudi: la nascita dell'Italia repubblicana e la costruzione dell'Europa. Mailand 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

in zwei der aktuellsten Debatten der heutigen italienischen Öffentlichkeit hinein: zum einen in die Interpretation der Geschichte der so genannten »Ersten Republik«, die zu Beginn der 1990er Jahre in einem Mix aus Korruptions- und Mafiasumpf sowie auch aufgrund ideologischer Paradigmenwechsel im Zuge der internationalen Umwälzungen zusammenbrach und noch immer nach einer vollgültigen Nachfolgelösung sucht; zum anderen in die Diskussion zur Überwindung der politischen Identitätskrise des geeinten Europa und die Rolle Italiens darin. Einaudi als Vertreter einer funktionierenden Marktwirtschaft und liberalen Demokratie in Italien und Einaudi als überzeugter Verfechter der Idee der Überwindung der absoluten Souveränität des Nationalstaates zugunsten eines föderalistischen Europa schon während des Ersten Weltkriegs nehmen denn auch einen prominenten Platz in der Ausstellung ein und sollen beweisen, dass hilfreiche Ideen für die aktuellen Verfassungs- und Wirtschaftsdiskussionen auf nationaler und internationaler Ebene schon vor vielen Jahrzehnten vorgedacht worden sind.[5]

Wie fast jede Initiative mit historisch-politischem Charakter in Italien musste jedoch auch die Einaudi-Ausstellung zum aktuellen Zeitpunkt Anlass zu polemischen Auseinandersetzungen geben. Dass ein solches Projekt nicht schon zum fünfzigsten Jahrestag der Wahl Einaudis zum Staatspräsidenten, also im Jahr 1998 realisiert werden konnte, führen nicht wenige auf den vermeintlichen Umstand zurück, dass Italien wenige Jahre nach dem Umbruch kulturell noch nicht »reif« für eine Wiederentdeckung einer der großen historischen Leitfiguren des Liberalismus, und damit des Liberalismus ganz allgemein war. Tatsächlich traten seit der Mitte der 1990er Jahre und insbesondere nach dem Zusammenbruch sowohl der Kommunistischen als auch der Christdemokratischen Partei ganz neue Gruppen von politischen Historikern aus dem Schatten, die die Zeiten der sozialistisch inspirierten Mitte-Links Experimente (Christdemokraten und Sozialisten) in den 1960er und des »Historischen Kompromisses« (Christdemokraten und Kommunisten) in den 1970er Jahre für beendet erklärten und die neue Zeit als eine Rückkehr zu den liberalen Ursprüngen des italienischen Staates seit 1860/61 sehen wollten.[6]

So entstand eine Vielzahl von Forschungsinitiativen, gefördert u.a. vom »Istituto per la Storia del Pensiero Liberale Italiano« (ISPLI – »Institut für die Geschichte des Liberalen Gedankens«) in Siena und von den besagten Einaudi-Stiftungen in Rom und Turin, sowie der Guido Cortese-Stiftung in Neapel. Als 2006 im Parlament zu Rom der sechzigste Jahrestag der Republik-

5 Zur Krise der Italienischen Republik u.a.: Gaetano De Bernardis: Dalle origini alla crisi della Repubblica. Palermo 2009. Zur Krise der Europäischen Verfassung u.a.: Frank Dekker/Marcus Höreth (Hrsg.): Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts. Wiesbaden 2009.

6 Zu den umstrittensten revisionistischen Werken gehört: Ernesto Galli ella Loggia: La morte della patria. La crisi dell'idea di nazione tra Resistenza, antifascismo e Repubblica. Rom/Bari 2003.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gründung mit einer wissenschaftlichen Tagung begangen wurde, war die Anzahl der Beiträge zur Rolle der Liberalen beim Übergang von der Monarchie zur Republik (mit dem Referendum vom 2. Juni 1946 besiegelt) im Vergleich zu den Beiträgen zu Christdemokraten, Kommunisten oder Sozialisten erstaunlich groß, obwohl die Liberalen nach der Befreiung vom Faschismus 1943/45 eigentlich nur noch in zweitrangiger Position Anteil an den Geschehnissen hatten.[7]

Dass die jahrzehntelang nahezu brach liegende Liberalismus-Forschung in Italien eine solche Blüte erleben konnte, ist wohl nicht zuletzt auf den Aufstieg Silvio Berlusconis in der politischen Szene zurückzuführen. Da Politik, politische Kultur und Geschichtswissenschaft in Italien in besonderer Weise miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig beeinflussen, musste der Versuch des Großunternehmers und nunmehr langjährigen Regierungschefs, die gesellschaftlichen Kräfte des Landes in einem rigoros marktwirtschaftlichen »Unternehmen Italien« zu reorganisieren, vor allem aber seine verbal entschiedene, wenngleich in der Sache durchaus fragwürdige Ablehnung der politisch dominanten Kräfte der »alten« Republik bis 1992/93, zu einer Propagierung des Liberalismus-Gedankens als Leitidee eines »neuen« Italien führen. War der Liberalismus mit dem Aufstieg der christdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Massenparteien in der »alten« Republik zu einer Randerscheinung degradiert worden, so sollte er nun in der »neuen« Republik eine triumphale Rückkehr erleben. Dieses auch kulturell neu zu gestaltende Italien brauchte historische Leitfiguren; daher musste die von den Initiatoren schon lange gehegte Idee, dem Begründer des modernen italienischen Wirtschafts-Liberalismus und Staatspräsidenten während der Zeit vor der vermeintlichen Linkswende des Landes Ende der 1950er Jahre, Luigi Einaudi, eine Ausstellung zu widmen, nunmehr Gehör finden.

Ob Einaudi wirklich das Italien Berlusconis gutgeheißen hätte, sei dahingestellt; jedenfalls scheinen einige der Parameter seines politischen Werdegangs durchaus in jene theoretisch-kulturellen Grundlagen zu passen, auf die sich die »neue« Republik trotz unzähliger Widersprüche zu berufen versucht. Andere hingegen widersprechen ihr ganz eindeutig. Die Ausstellung selbst versucht zum Teil erfolgreich, sich der politischen Instrumentalisierung zu entziehen, wenn auch die Darstellung eines durch und durch von der sozialen Identität des Bürgertums beeinflussten Mannes ins gesellschaftspolitische Bild des neokonservativen Italien passt. Allerdings bleibt der entscheidende Unterschied zwischen Einaudi und Berlusconi prägend: Einaudi war alles

7 Gerardo Nicolosi: I liberali e la resistenza (Vol. I, S. 383-421); Christian Blasberg: La crisi del PLI. I liberali tra CLN e qualunquismo (Vol. II, S. 169-201); Giovanni Orsina: Translatio Imperii. La crisi del governo Parri e i liberali (Vol. II, S. 201-257); Fabio Grassi Orsini: Questione dell'ordine pubblico e lotta politica in Italia (Vol. II, S. 373-419). In: Giancarlo Monina (Hrsg.): 1945-1946. Le origini della Repubblica. Soveria Mannelli 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

andere als ein Populist oder Tribun; er lieferte sich manch wissenschaftliche, nie aber ideologisch polemisierte Auseinandersetzung mit seinen Zeitgenossen und er ließ sich niemals zu persönlich demütigenden oder erniedrigenden Attacken gegenüber seinen Antagonisten hinreißen, selbst wenn der sachliche Gegensatz frontaler Natur war.

Es ist vor allem die Charakterstudie eines geradlinigen, ernsthaften, selbstlosen und arbeitsamen Menschen, die in der Ausstellung vermittelt werden soll und was sich in gewisser Weise manchen der heute politisch Tätigen in Italien entgegenstellt. Herzstücke im letzten Teil der Ausstellung sind die Rekonstruktionen mit Originalmöbeln und Gegenständen der drei wichtigsten Arbeitszimmer Einaudis, in der Banca d'Italia, deren Gouverneur er von 1944 bis 1948 war, als Staatspräsident im Quirinalspalast in Rom und schließlich in der Bibliothek seines privaten Anwesens im piemontesischen San Giacomo. Alle drei zeichnen sich durch extreme Einfachheit und Funktionalität aus, einmal abgesehen vom bereits gegebenen, prunkvollen Ambiente im ehemals päpstlichen und sodann königlichen Quirinalspalast, auf dessen Vereinfachung Einaudi wohl vor allem deshalb verzichtete, weil dies nur unnötige Ausgabenpunkte im Präsidialbudget verursacht hätte. Andere »physische« Orte, die symbolhaft sein Wirken repräsentieren, lassen sich wohl kaum finden.[8]

Die Ausstellung folgt in einer letztlich einfachen, chronologischen Struktur den verschiedenen Abschnitten im Leben Einaudis und zeigt, soweit möglich, das historische Umfeld, in dem er sich bewegte und in dem seine liberalen Überzeugungen reiften. So erfährt der Besucher, dass seine Kindheit, Jugend und Bildungsphase (1874-1914) mit der Zeit des klassischen liberalen Kapitalismus zusammenfielen, der junge Einaudi jedoch zunächst durchaus Sympathien für die Arbeiterbewegung hatte und zwischen 1893 und dem Beginn der 1900er Jahre für die Zeitschrift »Critica Sociale« des Reformsozialisten Filippo Turati schrieb. In seinem ersten Artikel etwa zeigt sich Einaudi vom erfolgreichen Widerstand der deutschen Sozialdemokratie gegen Bismarcks Sozialistengesetze durchaus beeindruckt.[9] Die gezeigten Porträts der Elite des italienischen Liberalismus jener Zeit, Lehrmeister wie auch Weggefährten Einaudis, lassen aber keinen Zweifel an seiner Lebensorientierung: Vilfredo Pareto, Benedetto Croce, Luigi Albertini, Francesco Saverio Nitti, Antonio De Viti De Marco und andere. Auch die Inspiration durch den angelsächsischen Liberalismus von Adam Smith über Alfred Marshall bis John Stuart Mill wird deutlich. Von Adam Smith hatte Einaudi gar kleine Statuen in jedem seiner Arbeitszimmer stehen.[10]

8 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 219-225.
9 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 29.
10 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 94.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mit seinen Freunden Giuseppe Prato und Pasquale Jannacone sowie Attilio Cabiati bildete Einaudi in jenen Jahren eine Gruppe aufstrebender Jung-Ökonome, die zum Herzstück der Turiner Wirtschaftsschule der vorfaschistischen Zeit wurde und in Nittis Zeitschrift »Riforma Sociale« eine erste Artikulationsplattform fand. Nachdem Einaudi 1908 deren alleinige Direktion übernahm, verschwand jedoch bald jede sozialreformistische Tendenz und sie wurde zu einem Sprachrohr für die Ideen des klassischen angelsächsischen Liberalismus, der nach Ansicht Einaudis genügend reformistische Energie enthielt, um die Beibehaltung des Titels der Zeitschrift zu rechtfertigen.[11] Durch die »Riforma Sociale« und seine Arbeit im »Laboratorio di Economia Politica« (Labor für Politische Ökonomie) der Universität Turin unter der Leitung Salvatore Cognettis und später Gaetano Moscas gelangte Einaudi in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts in Intellektuellenkreisen zu nationaler Bekanntheit; seine Funktion als Auslandskorrespondent des »Economist« zwischen 1908 und 1940 machte ihn gar sehr bald zu einem der bekanntesten italienischen Intellektuellen im englischsprachigen Raum.[12]
Schon 1896 war Einaudi Mitarbeiter der Turiner »La Stampa« geworden, wechselte aber später, um seiner Ablehnung der Politik Giovanni Giolittis[13] Ausdruck zu verleihen, zum »Corriere della Sera«, der größten italienischen Tageszeitung. Im Liberalen Giolitti, der als oftmaliger Ministerpräsident zwischen 1901 und 1913 durch wechselnde Zugeständnisse an Sozialisten, Katholiken und Nationalisten die Regierungspaxis des so genannten »Transformismus« verkörperte und später im Ersten Weltkrieg vehement gegen einen Kriegseintritt Italiens plädierte, fand Einaudi einen idealen Gegenspieler. Politischer Opportunismus und eine antipatriotische Gesinnung waren seiner Auffassung von einem reinen und am Wohl des Staates orientierten Liberalismus zuwider. Vor allem aber die protektionistische Wirtschaftspolitik Giolittis wurde seit 1911 zur Zielscheibe der publizistischen Attacken Einaudis. Er erkannte darin einen Pakt zwischen Monopolindustrie und organisierter Arbeiterklasse zu Lasten des landwirtschaftlichen und kommerziellen Kleinbesitzes oder der unabhängigen Handwerkerschaft. Diese waren, aus der Sicht Einaudis »…arbeitsame Leute, …zum Aufbau und zur Fortentwicklung entschlossen, zumeist ohne Hilfe von Regierung oder Banken, Arbeiter und Bauern, die gelernt haben zu kämpfen und aufrecht zu stehen …«, jedoch ohne jede politische Vertretung. Die Regierungen jener Epoche waren nach Ansicht Einaudis nicht liberal, auch wenn sie sich als solche ausgaben.[14]

11 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 36 (der Untertitel der Zeitschrift wechselte jedoch 1908 von »Rassegna di scienze sociali e politiche« in »Rassegna di questioni economiche, finanziarie e sociali«, und schließlich 1913 in »Rivista critica di economia e finanza«).
12 R. Einaudi, (wie Anm. 4) S. 35-38.
13 Aldo Alessandro Mola: Giovanni Giolitti. Fare gli italiani. Turin 2005.
14 R. Einaudi, (wie Anm. 4) S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die folgende Sektion der Ausstellung, die Jahre des Ersten Weltkriegs und der Nachkriegszeit bis zur Etablierung der faschistischen Diktatur 1926 umfassend, enthält fast überhaupt keine Abbildungen Einaudis selbst oder seines persönlichen Umfeldes. Es dominieren Bilder von den Zerstörungen und des menschlichen Leidens im Krieg, von der Versailler Friedenskonferenz, von der Oktoberrevolution in Russland oder von den bürgerkriegsähnlichen Arbeitskämpfen im Italien des »Biennio Rosso« (der zwei »roten Jahre« von 1919 bis 1921); schließlich von Mussolinis Marsch auf Rom und der Ermordung des Sozialdemokraten Giacomo Matteotti 1924, die zur Radikalisierung des Regimes führte.[15]

In diesen unruhigen Zeiten zwischen gewalttätigen Diktatur-Modellen verschiedener ideologischer Prägung publizierte Einaudi unermüdlich und bezog in seinen Schriften klar Stellung zum Geschehen. Obwohl er seit seiner Aufnahme in den königlichen Senat 1919 zur engeren politischen Elite Italiens gehörte, war diese Phase für Einaudi ein Prozess der intellektuellen Isolierung. Seine Ideen über die Notwendigkeit supranationaler Strukturen für Politik und Wirtschaft unmittelbar nach Ende des Krieges veröffentlichte er unter Pseudonymen als »Politische Briefe des Junius« (1920) und »Ideale eines Ökonomen« (1921); seine Artikel gegen eine staatssozialistische Kriegswirtschaft wurden 1920 als »Prediche« (Mahnpredigten) veröffentlicht; der Titel wurde gewählt, weil Predigten, so Einaudi, »…wie es gewöhnlich den Mahnungen von Ökonomen ergeht, nicht erhört werden.« Sie gerade deshalb beständig zu wiederholen sei daher eine fast heilige Pflicht.[16]

Der Krieg (dessen entschiedene Befürwortung durch Einaudi in der Ausstellung kaum Erwähnung findet) und der Versailler Vertrag brachten Einaudi zur Ansicht, dass Staaten auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten müssten, um supranationalen Friedensordnungen zum Erfolg zu verhelfen. Er teilte daher die Kritik am Völkerbund, der keine föderalistischen Strukturen vorsah, und diejenige von John Maynard Keynes an den überzogenen Reparationsforderungen gegen Deutschland, die eine Gesundung des europäischen Wirtschaftssystems erheblich erschwerten und politischen Sprengstoff in sich bargen.[17] Es war die Geburt des Europäers Einaudi, auch wenn der Gedanke an ein einheitliches Europa schon vor dem Krieg eine nicht unwichtige Rolle in seinen Überlegungen gespielt hatte. In seinem Europa hatte der aufstrebende Kommunismus ebenso wenig Platz wie die von ihm als »Mediävalisten« bezeichneten Katholiken – und damit jene beiden Kräfte, die Italiens erste Republik zwischen 1946 und 1993 dominieren sollten.[18]

15 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 40-53.
16 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 41.
17 Junius [Luigi Einaudi], Lettere politiche. Bari 1920.
18 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 43-45.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dieses liberale Bekenntnis Einaudis aber wurde vor allem durch seine Haltung zum aufstrebenden Faschismus herausgefordert. Angesichts der in seiner Wahrnehumg von den Kommunisten ausgehenden Bürgerkriegs- und Revolutionsgefahr forderte Einaudi Ende 1920 eine starke Regierung und ein starkes Parlament, gestützt auf die öffentliche Meinung des »gesunden« Teils der Bevölkerung und somit fähig, die Autorität des Staates und seine Finanzhoheit wiederherzustellen. Damit aber stand er unversehens im Einklang mit den Forderungen der aufstrebenden faschistischen Bewegung, deren politisches Programm er gar als »…klar jenes liberale einer klassischen Tradition« zu erkennen glaubte. Die Angst vor dem Kommunismus trieb ihn wie viele Liberale jener Zeit zu der trügerischen Hoffnung, der gewalttätige Faschismus werde sich, die kommunistische Gefahr erst einmal beseitigt, in institutionelles Fahrwasser einbetten und so »entradikalisieren« lassen können. Einaudi aber war auch Demokrat; er sah die Notwendigkeit, eine Regierung durch öffentliche und institutionelle Diskussion ständiger Kontrolle zu unterziehen und war von Beginn an skeptisch ob der Fülle der Vollmachten, die Mussolini seit Oktober 1922 für sich beanspruchte. Schon im Mai 1923 äußerte er öffentliche Kritik an innenpolitischen Maßnahmen und Verfassungsreformen der neuen Regierung. Wenig später ging er auf die Einladung seines Turiner Schülers Piero Gobetti ein, seine Kritik in dessen regimekritischer Zeitschrift »Rivoluzione Liberale« zu publizieren, obwohl diese auch sozialismusnahen Autoren ein Forum bot. Einaudi blieb wirtschaftspolitisch ein Gegner des Sozialismus, aber wandte sich auch gegen den Korporatismus des neuen Regimes.[19]

Nach der Ermordung des Sozialdemokraten Giacomo Matteotti im August 1924 aber blieb Einaudi kaum mehr Raum für seine Kritik. Das Ereignis hatte einschneidende Auswirkungen auf seinen politischen Standpunkt gegenüber dem Faschismus; im Vorwort einer Neuausgabe der »Freiheit« von John Stuart Mill Ende des Jahres findet sich ein letzter Aufruf, den Kampf gegen die Revolution von 1919/21 nicht mit dem Preis der bedingungslosen Unterwerfung unter das Joch des Faschismus zu bezahlen.[20] Einaudi schien seinen Fehler eingesehen zu haben. Mitte 1925 unterschrieb er Croces »Manifest der antifaschistischen Intellektuellen« und trat im November als Mitarbeiter des »Corriere della Sera« zurück, nachdem dessen Direktor Luigi Albertini, ein enger Freund Einaudis, von den Faschisten abgesetzt worden war. Sein Rücktrittsbrief an die Redaktion wurde gegen seinen ausdrücklichen Willen nicht veröffentlicht. Bald darauf wurde ihm sein Lehrstuhl an der Mailänder Bocconi-Universität entzogen; derjenige in Turin blieb ihm nur unter Auflagen erhalten.[21]

19 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 49/50.
20 John Stuart Mill: La libertà. Con prefazione di Luigi Einaudi. Turin 1925.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dieses Bild eines anfänglich desorientierten, dann aber sehr bald geläuterten Opfers der faschistischen Herrschaft bleibt jedoch nicht ganz ohne Fragezeichen, was die Ausstellung auch keineswegs zu verschweigen versucht. 1931 beugte sich Einaudi dem Druck des Regimes, einen Eid zur Heranbildung von »…arbeitsamen, dem Vaterland und dem faschistischen Regime ergebenen Bürgern …« zu schwören. Dies tat er um, wie es heißt, die Lehre nicht vollends in die Hände von faschistischen Dozenten geraten zu lassen. Andere Weggefährten des Ökonomen hatten diese Geste verweigert und sich damit gänzlich aus der intellektuellen Arbeit in die innere Emigration verabschiedet. Auch behielt Einaudi bis zuletzt seinen Sitz im Senat und nahm in den Folgejahren an gelegentlichen Abstimmungen teil, wie es heißt, stets gegen Maßnahmen des Regimes, wie das Wahlgesetz von 1928, die Intervention in Äthiopien 1935 oder die Rassengesetze von 1938, ohne das dies besondere Konsequenzen für ihn gehabt hätte. Dass Einaudi 1926 der immer noch existenten Liberalen Partei beigetreten war, kann nicht wirklich als Zeichen einer aktiven Opposition gewertet werden, hatte sich doch deren Führungsfigur Antonio Salandra weitgehend mit dem Regime arrangiert, während andere Parteien zu diesem Zeitpunkt schon längst aufgelöst waren.[22]

Ähnlich wie Benedetto Croce konnte Einaudi weiter relativ unbehelligt seinen Studien nachgehen und beide konnten sich in den 1930er Jahren einen weit beachteten philosophisch-wissenschaftlichen Disput über den Gehalt des Liberalismus liefern. Sah Croce den Liberalismus als religionsgleiche Philosophie allen gesellschaftlichen Daseins und den Wirtschaftsliberalismus (in ital.: »liberismo«) als dem untergeordnete Anwendungsdisziplin, so stellte Einaudi beide Begriffe auf eine Stufe; vom liberalen Wirtschaftssystem ginge das ganze gesellschaftliche Konzept des Liberalismus aus.[23] Eine andere wesentliche intellektuelle Auseinandersetzung lieferte sich Einaudi mit Keynes, zu dem er seit dessen Pamphlet »The End of Laissez-Faire« von 1926 in zunehmenden Gegensatz geriet; staatliche Interventionspolitik auf Kosten höherer Staatsverschuldung lehnte Einaudi ab. Keynes' »The Means to Prosperity« von 1933 brachte die endgültige Abgrenzung Einaudis von ihm, obwohl er dessen Kritik an den wirtschaftlichen Restriktionsbestimmungen des Versailler Vertrages von 1919 gegen Deutschland noch ganz und gar unterstützt hatte.[24] Einaudi selbst veröffentlichte im gleichen Jahr (1933) in Yale seine eigene Analyse der Nachkriegskrise, die er auf kollektivistische Strukturen im italienischen Wirtschaftssystem zurückführte, welche unver-

21 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 55.
22 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 55-57.
23 Paolo Solari (Hrsg.): Benedetto Croce, Luigi Einaudi: Liberismo e Liberalismo. Mailand 1957.
24 John Maynard Keynes: The means to prosperity. London 1933. Ders.: The end of Laissez-faire. London 1926. Ders.: The economic consequences of the war. London 1920.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

meidbar zum faschistischen Korporatismus führen mussten. Zu Beginn der 1940er Jahre fand Einaudi dann Inspiration beim deutschen Ökonom Wilhelm Röpke, der mit einer Analyse zur »Krise des Kollektivismus« auf sich aufmerksam gemacht hatte und ihn zur Unterscheidung zwischen Konkurrenzwirtschaft und historischem Kapitalismus brachte.[25]

Die Ausstellung lenkt die Aufmerksamkeit des Besuchers auch auf die Söhne Einaudis und unterstreicht deren teils aktiven Widerstand gegen das faschistische Regime. Um seinen jüngsten Sohn Giulio, Mitglied der Untergrundgruppe »Giustizia e Libertà« (Gerechtigeit und Freiheit), aus den Fängen der faschistischen Justiz zu befreien, entschied sich Einaudi 1935 zur Einstellung der »Riforma Sociale«, die bis dahin im Verlag seines Sohnes unter Auflagen hatte weiter erscheinen können. Bis 1943 konnte Einaudi jedoch eine kleine Nachfolgezeitschrift, die »Rivista di Storia Economica« herausgeben.[26] Auch weitere Umstände belegen einen eher schonungsvollen Umgang des Regimes mit Einaudi; so konnte er trotz seiner kritischen Haltung zum Faschismus frei ins Ausland reisen und als italienischer Vertreter der Rockefeller Foundation seine Schüler zum Studium in die USA schicken. Er publizierte bis zum Kriegseintritt Italiens 1940 weiter im »Economist«, wo seine Kommentare zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zunehmend kritisch wurden. Vor allem aber konnte Einaudi in Italien Kontakte mit verurteilten Antifaschisten pflegen – zum Beispiel mit Ernesto Rossi, der seit 1931 in faschistischen Gefängnissen einsaß und 1939 in Verbannung überführt wurde. Seit 1925 kannten sich beide; Rossi hatte gelegentlich für die »Riforma Sociale« geschrieben. Seit 1939 wurde ihre Korrespondenz jedoch ausgesprochen umfangreich, auch wenn Meinungsverschiedenheiten keine Seltenheit waren; Rossi stand den Theoretikern eines »liberalen Sozialismus« um Carlo Rosselli nahe.[27]

Erst der dramatische Niedergang des Regimes machte Einaudi zu einem wahren Protagonisten des Antifaschismus. Nach dem Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 suchte die konservative Regierung des Marschalls Badoglio um eine Mitarbeit des Senators beim Wiederaufbau des Landes nach. So publizierte Einaudi nach achtzehn Jahren erstmals wieder im »Corriere della Sera« und übernahm am 4. September das Amt des Rektors der Universität Turin. Nach der Besetzung der Stadt durch die Deutschen zwei Wochen später aber musste er überstürzt flüchten, um einer fast sicheren Verhaftung zu entgehen. Der nächtliche Übertritt des 69-jährigen und seiner Angehörigen bei schlechtem

25 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 67-70. Wilhelm Röpke: Die Krise des Kollektivismus. Zürich 1940.

26 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 57.

27 Giovanni Busino, Stefania Martinotti-Dorigo (Hrsg.): Luigi Einaudi – Ernesto Rossi: Carteggio (1925-1961). Turin 1988. Zu Ernesto Rossi u.a.: Giuseppe Armani (Hrsg.): Ernesto Rossi. Un democratico ribelle. Mailand 2001. Giuseppe Fiori: Una storia italiana. Vita di Ernesto Rossi. Turin 1997.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wetter über einen Alpenpass in die Schweiz, zu Fuß und behindert durch eine schwere Verletzung, die er sich bei einem Autounfall 1926 am Bein zugezogen hatte, zudem in der ständigen Gefahr, von einer deutschen oder Salò-italienischen Patrouille aufgegriffen zu werden, ließ Einaudi zu einer heldengleichen Figur des Widerstandes werden. Bis heute erinnert eine Gedenktafel an jenem Pass im Aostatal an die dramatische Flucht.[28] Für die jüngste Geschichtsschreibung aus liberaler Sicht ist dieses Ereignis von zentraler Bedeutung, dient es doch als ein Beweis dafür, dass auch Liberale und nicht nur Kommunisten, Sozialisten oder die Anhänger der linksdemokratischen Widerstandspartei »Partito d'Azione«, die sog. »Aktionisten« vom Faschismus verfolgt und in ihrem Leben bedroht worden waren. Der antifaschistische Widerstand, auf dem sich die »alte« Republik begründete, sollte kein Monopol der politischen Linken gewesen sein, sondern auch den Liberalen als moralische Daseinsberechtigung dienen.[29]

Einaudi beschrieb seine Flucht in seinem Tagebuch in geradezu stoisch sachlicher Weise und belegte so seine Fähigkeit zu nüchterner Analyse selbst aufwühlender Erlebnisse. Er nutzte das Exil bis Ende 1944 vor allem zur Vorbereitung seiner politischen Aktivitäten nach der endgültigen Befreiung Italiens. Er publizierte in italienischen Exilzeitschriften und ließ Untergrundorganisationen wie der römischen »Liberalen Bewegung Italiens« (MLI) um den Grafen Carandini über die Kanäle des »Comitato di Liberazione Nazionale« (CLN; Nationales Befreiungskomitee) mehrere Artikel zur zukünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik des demokratischen Italien zukommen.[30] Am 10. Dezember 1944 kehrte Einaudi schließlich über das mittlerweile befreite Frankreich nach Rom zurück und wurde zum Gouverneur der Banca d'Italia ernannt, einer der wichtigsten Positionen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes, dessen nördlicher Teil immer noch unter deutscher Besatzung stand.[31]

Die Erfahrung zweier Weltkriege hatte in Einaudi endgültig die Überzeugung reifen lassen, dass der Staat einen Teil seiner Macht an supranationale Strukturen abgeben müsse, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, da kein Staat der Welt die notwendigen Ressourcen habe, sich gänzlich selbst zu versorgen. Schon seit Beginn des Jahrhunderts hatte er auf die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten voneinander hingewiesen, so wie auch der einzelne Mensch nicht

28 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 70/71.

29 Tommaso Piffer: La resistenza liberale. Appunti per una ricerca. In: Fabio Grassi Orsini, Gerardo Nicolosi (Hrsg.): I liberali italiani dall'antifascismo alla Repubblica. Soveria Mannelli 2008. S. 77-99. Gerardo Nicolosi: L'interpretazione liberale della resistenza. In: Ventunesimo Secolo, n.8, Oktober 2005, S. 93-121.

30 Christian Blasberg: Italienische Liberale im Umbruch. Die Orientierungskrise des PLI zwischen Resistenza und Zentrismus 1943-1954. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 16 (2004), S. 193-220.

31 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 71.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

alleine leben könne, sondern sich in der Gesellschaft mit anderen Menschen organisieren müsse. Aus der Kritik an der absoluten Souveränität des Staates zog Einaudi spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg vier wesentliche Konsequenzen. Erstens sollten Staaten das Recht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates haben. Dadurch sollte sich zweitens die Ablehnung der absoluten Souveränität als tiefere Ursache für die Möglichkeit von Kriegen ergeben. Die dritte Konsequenz war das eingetretene, bzw. voraussehbare Scheitern des Völkerbundes und der UNO, da sie keine supranationalen Strukturen besäßen, sondern nur der fruchtlose Versuch seien, absolute Souveränitäten miteinander zu koordinieren, was aber Kriege nicht verhindern könne. Schließlich erkannte Einaudi die Notwendigkeit einer europäischen Föderation mit Kompetenzen der Währungskontrolle, des freien Warenverkehrs, der Außenzölle (eigentlich unnötig, da der Markt global zu begreifen sei) und der Sicherheitspolitik.[32] Es ist erstaunlich, wie sehr diese Vorstellungen Einaudis von 1945 dem heutigen Europa entsprechen und wie sich seine Einschätzungen zur UNO bewahrheitet haben.

Diese Ideen versuchte Einaudi durch sein Engagement in der Europäischen Föderalistischen Bewegung (MFE) zu propagieren, zu deren Gründern er neben Altiero Spinelli und Ernesto Rossi gehörte.[33] Ja, eigentlich war die Bewegung, die sich auf das »Manifest von Ventotene« (nach der Verbannungsinsel im Mittelmeer benannt, auf der Rossi und Spinelli 1941 das Dokument verfasst hatten) berief, gar auf Einaudis Ideen zurückzuführen, die er in der Phase nach dem Ersten Weltkrieg unter dem Pseudonym »Junius« veröffentlicht hatte; Rossi und Spinelli hatten sich bei der Abfassung des Manifests ausgiebig davon inspirieren lassen. Während aber vor allem Spinelli die Bewegung als parteigleiche Organisation mit eigenem Wertegehalt verstand und sich folglich in der Nachkriegszeit gänzlich aus der nationalen Politik heraushielt, um sich ganz dem Aufbau eines föderal geeinten Europa zu widmen, sah Einaudi im MFE eine übergeordnete Struktur, die keine autonome Ideologie besaß und folglich ein Engagement in der nationalen Politik nicht ausschloss.[34]

Dennoch grenzte er sich auch von Croce ab, der die nationale Dimension stets als unabänderbare Basis jeden politischen Urteils verstand. Der Kontrast wurde 1947 deutlich, als beide in der Verfassungsgebenden Versammlung (»Costituente«) in der Frage der Ratifizierung des Friedensvertrags für Italien gegensätzliche Standpunkte einnahmen: während Croce die Ratifizierung ablehnte, da der Friedensvertrag aus seiner Sicht ein zu hartes moralisches Urteil gegen die Nation Italien darstellte, befürwortete Einaudi sie; das

32 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 73-91.
33 Raffaele D'Agata: Le origini del Movimento Federalista Europeo, 1941-1946. Rom 1976.
34 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 83-85.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schicksal Italiens in seiner nationalen Dimension sei zweitrangig gegenüber der viel wichtigeren Zukunftsaufgabe, nämlich der Integration des Landes in europäische und globale Strukturen, weshalb die Annahme harter Friedensbedingungen nach einem verlorenen Krieg kein demütigender Akt sei. »Im Leben der Nationen…« schrieb er 1954 zugunsten einer Ratifizierung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, »…ist gewöhnlich der Fehler irreparabel, den entscheidenden Moment verpasst zu haben. Die Notwendigkeit der Einigung Europas ist offensichtlich. Die existierenden Staaten sind substanzloser Staub. …Das Problem liegt nicht zwischen Unabhängigkeit und Vereinigung, sondern zwischen gemeinsamer Existenz und dem Untergang.«[35]

Seit 1945 war Einaudi trotz dieser europäischen Berufung zunächst auf nationaler Ebene aktiv. Ein geeintes Europa musste zwangsläufig durch die nationalen Instanzen vorbereitet werden und der Wiederaufbau Italiens konnte nicht warten. Einaudi war als Gouverneur der Banca d'Italia wesentlich daran beteiligt, engagierte sich aber auch im politischen Leben durch die wieder gegründete Liberale Partei. Die Einberufung einer Konsultierenden Versammlung (»Consulta«) vor der Wahl eines demokratischen Parlaments war nicht zuletzt auf eine Initiative der Liberalen zurückzuführen und Einaudi gehörte ihr ab September 1945 als einer von 14 verbliebenen Senatoren, die vor 1922 ernannt worden waren, ebenso automatisch an wie die Riege der »großen alten Männer« des liberalen Zeitalters von Croce über Nitti bis Vittorio Emanuele Orlando.[36]

Der Beitrag Einaudis zu den Arbeiten der Versammlung bis zum 1. Juni 1946 war als Mitglied der Finanz- und Haushaltskommission vor allem technischer Natur. In seinen privaten Aufzeichnungen finden sich fast keine Kommentare zu den Sitzungen, was auf ein eher geringes Interesse an dieser wenig repräsentativen Vorform parlamentarischer Tätigkeit schließt. Lediglich zu Beginn notierte er, die Atmosphäre sei »würdevoll, mit oberflächlichen Beiträgen und vielen Abschweifungen und Zwischenrufen.« Nur zweimal redete Einaudi vor der »Consulta«, am 16. Januar 1946, als es um das Recht für Italien ging, seine ehemaligen Kolonien bis zur Unabhängigkeit weiter zu verwalten, und am 11. Februar, als er sich in einer Debatte um die anstehenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung (»Costituente«) gegen ein Verhältniswahlrecht aussprach. Dieses, so glaubte er, müsse zur Vervielfältigung der Parteien und deren Versteifung auf spezifische Anliegen führen. Nicht die Effizienz kollektiver Wahlmaschinen, sondern individuelle Kompetenzen müssten hingegen für die Arbeit des Parlaments maßgeblich sein.[37]

35 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 90/91.

36 Vera Capperucci: I liberali alla Consulta ed alla Costituente. Percorsi di ricerca. In: Fabio Grassi Orsini, Gerardo Nicolosi (Hrsg.): I liberali italiani dall'antifascismo alla Repubblica. Soveria Mannelli 2008. S. 343-373.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Auch in dieser Diskussion könnte Einaudi heute als Visionär gelten, litt doch die »alte« Republik nach Ansicht vieler an genau den von ihm aufgezeigten Symptomen.

Seine eigene Partei aber hätte zu den ersten Opfern eines Mehrheitswahlrechts gehört. Die Liberalen als ehemals regierende politische Klasse des Landes hatten sich lange der Illusion hingegeben, auch im neuen Italien trotz des Aufstiegs der Massenparteien eine der führenden Kräfte bilden zu können; sie glaubten die öffentliche Meinung der breiten bürgerlichen Mittelschichten auf ihrer Seite zu haben, auch wenn diese traditionell jeglicher Form politischer Organisation skeptisch gegenüberstanden. Mit dem Ziel der bürgerlichen Regierungsbildung gemeinsam mit den Christdemokraten – die Annäherung an diese selbst war ein historischer Schritt, nachdem die Liberalen den politischen Katholizismus bis 1922 aufs Heftigste bekämpft hatten – war der liberale Parteichef Cattani gegen die CLN-Strukturen zu Felde gezogen und hatte Ende 1945 den Sturz der Regierung des ehemaligen Partisanenführers Parri ausgelöst. Dies ebenso wie die reale Übermacht der Christdemokraten im bürgerlichen Lager aber führte zu umfangreichen Abwanderungsbewegungen noch vor den Wahlen vom 2. Juni 1946, bei denen sich die Liberalen schließlich zu ihrem großen Erstaunen im Kreise der Kleinparteien wieder fanden.[38]

Einaudi hielt sich von diesen Ereignissen weitestgehend fern und engagierte sich nur zurückhaltend in den Gremien der Liberalen Partei. Auf einem Foto des ersten Nachkriegskongresses im Mai 1946 sieht man ihn in einer Loge im Hintergrund, ein wenig versteckt hinter den Altliberalen Bonomi, Nitti und Orlando, die gemeinsam mit Croce ein repräsentatives Quartett für die liberale Wahlallianz »Unione Democratica Nazionale« (UDN) bildeten; ein anderes zeigt Einaudi in der Rolle des Redners neben Croce und Parteipräsident De Caro. Für die »Costituente« bestritt er mit 72 Jahren seinen ersten und einzigen Wahlkampf – eine eher ungewohnte Rolle. Zumeist versuchte er aber aus einer weniger sichtbaren Position heraus durch seine Publikationen in der Parteizeitung »Risorgimento Liberale« und anderen Tageszeitungen auf die öffentliche Meinung einzuwirken.[39]

Bis zuletzt blieb Einaudi der Savoyen-Dynastie verbunden, nicht zuletzt durch seine persönlichen Beziehungen zu Mitgliedern der Königsfamilie. In mehreren Artikeln im Vorfeld des institutionellen Referendums bezog er entschieden Stellung zu seiner monarchischen Gesinnung. Die Turiner »L'Opinione« veröffentlichte eine Woche vor der Abstimmung einen Artikel Einaudis mit dem Titel: »Warum ich für die Monarchie stimmen werde«. Wie

37 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 109-111.
38 Blasberg (wie Anm. 7), S. 196-199.
39 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 114-117.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schon nach dem Ersten Weltkrieg überwog in ihm auch jetzt die Angst vor einer »roten« Revolution, der eine Republik Tür und Tor öffnen könnte. Die Monarchie hingegen, nach britischem Vorbild modernisiert und von Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus bereinigt, würde ein wirksames Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr darstellen. Letztendlich zweifelte Einaudi gar an der bloßen Idee einer Verfassungsgebenden Versammlung, die allzu leicht von den revolutionären Kräften für ihre Zwecke missbraucht werden könne, ja sogar am Nutzen einer neuen Verfassung selbst, hätte doch eigentlich bloß das »Albertinische Statut« von 1848 – zu seiner Zeit eine durchaus fortschrittliche Verfassung – gemäß den Anforderungen einer modernen Demokratie des 20. Jahrhunderts reformiert werden müssen.[40] In dieser Frage war Einaudi also sicherlich als konservativ zu bezeichnen, auch wenn die Ausstellung versucht, seiner Position eine moralisch-historische Rechtfertigung zu verleihen.

Die Übergangsphase von der Monarchie zur Republik nach deren knappen Sieg am 2. Juni 1946 belehrte Einaudi eins Besseren: Italien zeigte die notwendige demokratische Reife, diesen Prozess ohne extreme Ausschweifungen zu meistern und als Demokrat beugte sich der Monarchist dem Gebot der Loyalität gegenüber der neuen Staatsform. Sicherlich war Ministerpräsident Alcide De Gasperi in dieser Phase für Einaudi eine Garantie gegen jede revolutionäre Versuchung, auch wenn dieser bis Mitte 1947 noch mit Kommunisten und Sozialisten zusammen regierte. Es wirkte sicherlich auch beruhigend, dass der Vorschlag, den »Papst des Liberalismus«, Benedetto Croce zum ersten provisorischen Staatoberhaupt der Republik zu ernennen, ausgerechnet von Seiten der Sozialisten kam; für Croce, der aus Altersgründen ablehnte (wenngleich er sich in der Folge äußerst energisch in der »Costituente« für die neue Verfassungsordnung einsetzen sollte), wurde schließlich ein anderer Altliberaler ernannt, Enrico De Nicola.

Während sich so die wichtigsten Führungsfiguren der altliberalen Elite mit der Republik arrangierten und ihren tatkräftigen Beitrag zu deren Aufbau leisteten, schied die Liberale Partei nach dem 2. Juni 1946 aus der Regierung und wurde mehr und mehr zum Sammelbecken vergrämter Alt-Monarchisten und zur Informationsbörse für Nachrichten aus dem portugiesischen Exil des letzten italienischen Königs Umberto II.[41] Nachdem sich Croce Ende 1947 als Parteipräsident zurückgezogen hatte, wurde das Amt Einaudi angetragen, der aber dankend ablehnte und seine ohnehin schon sporadische Parteiarbeit nun im Zeichen des Protests gänzlich einstellte. Vielmehr wurde er zunehmend zu einer Symbolfigur für die Aussöhnung zwischen Monarchisten und Republi-

40 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 116.

41 Andrea Ungari: I liberali visti dai monarchici. In: Fabio Grassi Orsini, Gerardo Nicolosi (Hsg.): I liberali italiani dall'antifascismo alla Repubblica. Soveria Mannelli 2008. S. 777-815.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

kanern, während viele seiner liberalen Parteikollegen nach Wegen suchten, der Monarchie doch noch durch irgendeine juristische Hintertüre zur Rückkehr auf die politische Bühne zu verhelfen.[42]

Als Mitglied der »Costituente« und der »Kommission der 75«, ein Gremium aus 75 ausgewählten Parlamentariern, war Einaudi unterdessen an der Erarbeitung der neuen Verfassung beteiligt. Dieser Aufgabe widmete er sich mit wesentlich größerem Einsatz als in der »Consulta« zuvor: 24 Reden vor dem versammelten Parlament in wenig mehr als einem Jahr und 150 Wortmeldungen in der »Kommission der 75« machen dies deutlich. Mit seinem Einwirken versuchte er, den neuen Staatsapparat auf ein liberales Wirtschaftssystem abzustimmen; das Parlament als Ort freier Diskussion sollte den Markt als Ort freien Warenaustauschs widerspiegeln – ökonomische Prinzipien als Inspiration für eine Verfassungsdebatte. Dieser Linie folgte er auch bei seiner erfolgreichen Ablehnung der Planwirtschaft als konstitutionell verankertem Leitprinzip der staatlichen Wirtschaftspolitik, sowie beim Antrag für einen Artikel, der besagte, dass alle Gesetze, die neue staatliche Ausgaben vorsahen, einen finanziellen Ausgleichsplan beinhalten mussten. Sein Einsatz für ein staatliches Verbot der Monopolbildung blieb hingegen erfolglos, ebenso wie sein Vorschlag der Einführung einer Goldklausel zum Schutz der Kleinsparer vor Geldentwertung.[43]

Aber auch auf anderen Gebieten wirkte Einaudi konstruktiv an der Verfassung mit; trotz seiner Überzeugung von einer föderalen Ordnung auf internationaler Ebene, die vornehmlich auf ökonomischen Prinzipien beruhte, sah er im Innern allzu umfangreiche Autonomierechte für Sizilien oder das Aostatal eher als Gefahr für die nationale Einheit. Die Aufnahme der Lateran-Verträge von 1929 in die Verfassung war für ihn – erneut in Gegensatz zu Croce – hingegen weniger ein Zugeständnis an die Katholische Kirche, denn ein Ausdruck der Internationalisierung der Verfassung und damit eine Maßnahme gegen die absolute Souveränität des Staates. Den Besucher mag an dieser Stelle der Ausstellung eine Gegenüberstellung eines Fotos Einaudis mit einem Mahatma Gandhis verwundern (die Ähnlichkeit beider Männer ist erstaunlich); tatsächlich war Gandhi für den Pazifisten Einaudi ein leibhaftiges Idol; der passive, friedliche Widerstand Gandhis in Indien war für Einaudi ein erklärtes Vorbild für liberales Zivilverhalten, für »…die spirituelle Freiheit der Menschen, Erhebung jedes Menschen hin zum Göttlichen, Zusammenarbeit der Völker, Verzicht auf unnützen Prunk…« wie den Mythos der absoluten Souveränität.[44]

42 Christian Blasberg: Die Liberale Linke und das Schicksal der Dritten Kraft im italienischen Zentrismus, 1947-1951. Frankfurt a.M. 2008.
43 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 118-121.
44 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 126/127.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Entgegen seinen pazifistischen Überzeugungen aber wurde Einaudi zunächst unversehens zu einer Symbolfigur für Polarisierung und Konfrontation. Mitte Mai 1947 entließ Ministerpräsident De Gasperi Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung und »ersetzte« diese in einer erweiterten Einparteienregierung durch zwei Unabhängige Minister liberaler Herkunft, Giuseppe Grassi im Justizressort und Einaudi. Dessen Eintritt in die Regierung bedeutete somit die Verhärtung der Fronten des Kalten Krieges auch innerhalb Italiens. Liberale waren seit dem Rücktritt des Finanzministers Epicarmo Corbino im September 1946 nicht mehr an der Regierung beteiligt gewesen; ein Versuch De Gasperis, den liberalen Grafen Carandini im Januar 1947 zum Außenminister zu bestellen, war am Widerstand der Liberalen Partei gescheitert, die anders als Carandini jede Zusammenarbeit mit den Linksparteien ablehnte. Nun aber hatte sich diese Situation geändert. Einaudi selbst hatte dem christdemokratischen Regierungschef als Bedingung für seine Mitarbeit in der Regierung die Schaffung eines Bilanzministeriums vorgeschlagen, das die Kompetenzen von Finanz- und Haushaltsministerium bündeln sollte und ihm eine zuvor nicht da gewesene Fülle an Vollmachten an den Schalthebeln der Wirtschaft verschaffen würde. Dieser politische Vorgang von historischer Tragweite belegt, dass Einaudi trotz seiner zurückhaltenden Erscheinung seine Bedingungen durchzusetzen verstand. Zudem wurde er als stellvertretender Ministerpräsident eine der führenden politischen Figuren Italiens.[45]

Als Minister setzte Einaudi seine Tätigkeit aus der Zeit als Bankgouverneur in politische Aktion um und konnte so die entscheidenden Weichen zur Gesundung des italienischen Staatshaushalts stellen. Die bis Mai 1947 verfolgte Politik der immer größeren Neuverschuldung zur staatlichen Finanzierung des Wiederaufbaus mit der Folge alarmierender Teuerungsraten und Inflation ersetze er durch eine strikte Sparpolitik, Kreditkürzungen und Privatisierung, begleitet von umfassenden Steuererleichterungen – klassische Maßnahmen liberaler Wirtschaftspolitik. Schon 1945 hatte er sich energisch für die Beibehaltung der Lira eingesetzt, die die eher linkslastige Regierung Ferruccio Parris durch eine neue Währung hatte ersetzen wollen (tatsächlich wurde die Verteilung der bereits gedruckten neuen Banknoten im Sommer 1946 nur durch den Diebstahl der Original-Druckvorlagen der 500 und 1000 Lire-Noten verhindert). Gleichzeitig hatte Einaudi nationale Wiederaufbauanleihen ins Leben gerufen, die jedoch trotz breit angelegter Werbekampagnen und der Unterstützung selbst des Gewerkschaftsbundes CGIL[46] nur langsam begannen, ihre Früchte zu tragen. Erst die Hilfen des Marshall-Plans – fast zeit-

45 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 141-143.

46 CGIL – »Confederazione Generale Italiana per il Lavoro« (Allgemeiner Italienischer Verband für Arbeit), kommunistisch dominierter Dachverband aller italienischen Gewerkschaften bis 1948, als sich seine katholischen und sozialdemokratischen Teile in eigenen Gewerkschaftsbünden verselbständigten; diese Dreiteilung besteht bis heute fort (Anm. d. Verf.).

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gleich mit dem Wechsel Einaudis in die Regierung verkündet – brachten tatsächlich die Wende. Sie konnten unter der Steuerung des Bilanzministers ausgesprochen effizient nach den Ideen der US-amerikanischen Geldgeber verwendet werden.[47]

Das italienische Wirtschaftswunder der 1950er Jahre ist zweifellos zu einem großen Teil auf die Reformen der Jahre 1947/48 zurückzuführen, für die Einaudi maßgebliche Verantwortung trug. Allerdings waren die unmittelbaren Auswirkungen seiner Politik nicht nur positiv; 1948 sanken die Privatinvestitionen entgegen den Erwartungen des Bilanzministers und auch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ließ auf sich warten. Italiens Finanzwelt durchlebte eine Stabilisierungskrise infolge der Deflationspolitik. Dagegen wuchsen das Bruttoinlandsprodukt und die Industrieproduktion merklich an und auch die Auslandsexporte nahmen deutlich zu, während sich das Handelsdefizit halbierte. Parallelen zu Ludwig Erhard und der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland aber bleiben problematisch, waren doch die Reformen des italienischen Sozialsystems eher ein Produkt späterer Jahre und oftmals mit den einaudianischen Wirtschaftsreformen inkompatibel.[48]

Die Liberale Partei versuchte von Beginn an, die Regierungsbeteiligung Einaudis als Erfolg ihrer antikommunistischen Strategie hinzustellen und Einaudi als Zugpferd für eigene Wahlzwecke zu benutzen. Dass ein »Einaudi-Effekt« jedoch ausblieb, bewiesen bereits die Römischen Kommunalwahlen im Oktober 1947 und spätestens die ersten nationalen Parlamentswahlen am 18. April 1948 machten klar, dass die Partei und Einaudi nicht für das gleiche politische Programm standen.[49] Da die Ernennung Einaudis zum Senator auf Lebenszeit bereits vor den Wahlen beschlossen worden war, kam er um die Verlegenheit herum, einen Wahlkampf im Namen des »Nationalen Blocks« führen zu müssen, des rechtsgerichteten Wahlbündnisses, das die Liberale Partei um sich gebildet hatte. Die extreme Konfrontation und Polemisierung dieses Wahlkampfes zwischen Christdemokraten und Kommunisten infolge des Kalten Kriegs, die zuweilen gar einen Bürgerkrieg befürchten ließ, wäre auch kein leichtes Terrain für ein politisches Engagement des nüchternen Bilanzministers gewesen, der nichtsdestotrotz eine der bevorzugten Zielscheiben der Propaganda der Linksparteien war.[50]

Die Sektionen des Parlaments und der Banca d'Italia spiegeln einmal mehr die Medienscheue Einaudis wieder, obwohl das Medium Film in jenen Jahren einen enormen Aufschwung zu verzeichnen hatte und die Anzahl von Filmproduktionen zunahm. Ein Interview des »Istituto Luce« mit Einaudi im Jahr 1946, das im Einführungsfilm der Ausstellung gezeigt wird, zeigt deutlich,

47 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 143/144.
48 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 142-145.
49 Blasberg (wie Anm 42), S. 148-151.
50 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 128/129.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dass der Bankgouverneur mit dem neuen Medium nicht umzugehen verstand. Ein fast verlegener Einaudi schien die anwesende Kamera als störend zu empfinden und zögerte während seiner Ausführungen zwischen bewusstem Hinsehen und dem Versuch, dies ebenso bewusst zu vermeiden. Die wenigen Filmausschnitte von Kabinettssitzungen in seinem Beisein zeigen bezeichnenderweise einen an seinem Platz fast starr sitzenden und auf den Beginn der Beratungen wartenden Einaudi inmitten einer aufgelockerten Runde auf- und abgehender Minister in angeregter Unterhaltung. Im März 1948, kurz vor Ende seiner Amtszeit als Minister und Gouverneur der Banca d'Italia, wies er jegliches Lob seines designierten Nachfolgers Menichella an seiner Tätigkeit zurück; wenn der Staatshaushalt saniert worden war, dann sei dies nicht das Werk eines Messias gewesen, sondern das jedes einzelnen Italieners durch tägliche harte Arbeit.[51]

Diese bescheidene und medienscheue Gestalt wurde am 11. Mai 1948 zum ersten Staatspräsidenten der Italienischen Republik gewählt. Einaudi war jedoch nicht der Wunschkandidat des Regierungschefs De Gasperi, der seinen Außenminister Carlo Sforza[52] vorgezogen hätte. Dieser aber war umstritten, da er einerseits die von den Linksparteien aufs heftigste bekämpfte Westintegration Italiens verkörperte, andererseits aber auch als überzeugter Verfechter der Republik der starken monarchistischen Minderheit im Lande ein Dorn im Auge war. Dies gepaart mit seinem entschiedenen Laizismus im Angesicht einer erstarkenden Katholischen Kirche und seiner extremen Eitelkeit ließ die Kandidatur Sforzas nach drei Wahlgängen in den vereinigten Parlamentskammern scheitern. So wurde schließlich Einaudi vorgeschlagen, in gewisser Weise das genaue Gegenteil Sforzas: Monarchist aus Tradition, aber der Republik loyal ergeben, durch seinen Europäismus einer totalen Anbiederung Italiens an die USA skeptisch gegenüberstehend, aber als Liberaler gleichzeitig entschieden antikommunistisch, politischer Laizist, aber seit seinem Schweizer Exil praktizierender Katholik, und schließlich jedem Hang zu Eitelkeit und Selbstsucht unverdächtig. Zudem hatte sich Einaudi letztlich aktiv am antifaschistischen Widerstand beteiligt, auf dessen Fundamenten sich die Republik gegründet sah. 518 Parlamentarier der Christdemokraten, Liberalen, Republikaner und Sozialdemokraten stimmten im vierten Wahlgang für ihn, 320 der Sozialisten und Kommunisten für den neuen Gegenkandidaten Vittorio Emanuele Orlando, ein Relikt des alten liberalen Italien.[53]

Damit hat die Ausstellung schließlich jenen historischen Moment erreicht, dessen sechzigsten Jahrestag sie zelebrieren soll. Das parteipolitische Schaf-

51 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 146.
52 Livio Zeno: Carlo Sforza. Ritratto di un grande diplomatico. Florenz 1999.
53 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 151/152.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

fen Einaudis ist beendet und er wird zu einer repräsentativen Gestalt an der Spitze eines Staates, der sich trotz fortbestehender innerer Spannungen langsam konsolidiert und in das entstehende europäische System integriert.[54] Das ausgerechnet Giulio Andreotti, seinerzeit persönlicher Staatssekretär De Gasperis, später, nach einer schier endlosen Politkarriere in der »alten« Republik wegen Mafia-Machenschaften angeklagt, und heute als Senator auf Lebenszeit Stammgast in politischen Fernsehdiskussionen, dass also dieser umstrittene Andreotti am 11. Mai 1948 mit Einaudi im offenen Cabriolet durch jubelnde Zuschauermassen in den Quirinalspalast einfahren durfte, mag manchem italienischen Betrachter heute etwas befremdlich anmuten, symbolisiert es doch für viele einen eklatanten Gegensatz zwischen zwei Arten politischer Moral: die intakte, nahezu edle Moral der liberalen Staatsmänner von einst gegen die korrumpierbare Moral der Regierenden in der Republik – und Andreotti, gleich ob zu Recht oder zu Unrecht, steht wie kaum ein anderer für die »alte« Republik mit all ihren Unzulänglichkeiten.[55]

Der Besucher der Ausstellung sieht in diesem letzten Teil eine Vielzahl typischer Bilder eines jeden Staatspräsidenten ohne große politische Macht: Unterredungen mit Staatsgästen aus aller Welt, etwa US-Präsident Dwight D. Eisenhower, Außenminister John Foster Dulles und Botschafterin Claire Boothe Luce, Japans jugendlicher Kronprinz Akihito, Papst Pius XII. und dessen Nachfolger Kardinal Roncalli, aber auch den Empfang im Präsidialpalast von Armen und Kindern, Kriegsversehrten, Veteranen des Russland-Feldzugs und Widerstandsmärtyrern wie Alcide Cervi, dessen sieben Söhne von den Faschisten ermordet worden waren; daneben Menschenmengen bei Besuchen Einaudis in Montecassino oder in Triest aus Anlass der Wiedereingliederung der Stadt in den Staatsverband 1954. Als Präsident schien Einaudi ein wenig seine Menschenscheue überwinden zu können und lernte, der Menge mit seinem charakteristischen Hut zuzuwinken – ein Lächeln begleitete diese Geste jedoch eher selten. Dies blieb eher seiner Ehefrau Donna Ida überlassen, die im Land zu einer wahren Sympathieträgerin wurde und das asketische Bild ihres Mannes in der Öffentlichkeit ein wenig korrigieren konnte.[56]

Einaudi musste in den sieben Jahren seiner Präsidentschaft zahlreiche Regierungen entlassen und neu ernennen; Anfang 1950 bildete De Gasperi ein Kabinett ohne die Liberalen und Mitte 1951 verließen auch die Sozialdemokraten die Koalition. Besonders schwierig aber wurde die Situation 1953, als aus den Parlamentswahlen trotz eines äußerst umstrittenen Prämienwahlgesetzes, das die vier Parteien der alten »Zentrismus«-Koalition (Christdemo-

54 Giuliana Limiti: Il residente professore. Luigi Einaudi al Quirinale. Mailand, Trient 2001.

55 Veröffentlichungen über Andreotti sind zumeist tendenziös und wenig aussagekräftig, so u.a.: Massimo Franco: Giulio Andreotti. La vita di un uomo politico, la storia di un epoca. Mailand 2008.

56 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. 151-160.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

kraten, Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner) hätte begünstigen sollen, keine klare Regierungsmehrheit hervorging. Einaudi musste so den politischen Niedergang seines Weggefährten De Gasperi verwalten und mit ansehen, wie das Parlament und die Parteien mehr und mehr zum Zentrum einer instabilen politischen Macht wurden, was er immer zu verhindern versucht hatte. Er musste in jeder Regierungskrise zahlreiche Konsultationen mit den verschiedenen Parteichefs führen und schließlich nacheinander die Christdemokraten Attilio Piccioni, Giuseppe Pella (beide 1953), Amintore Fanfani, Mario Scelba (beide 1954) und Antonio Segni (1955) mit stets voraussehbar kurzlebigen Regierungsbildungen beauftragen. Sein Freund Ernesto Rossi bezeichnete Einaudi 1954 als »idealen Präsidenten der Republik des Wohlregierens, und realen Präsidenten der Republik des Schlechtregierens…« und bezeichnete seine Amtszeit als eine der wenigen glücklichen Erfahrungen der Republik.[57]

Luigi Einaudi sollte der einzige liberale Staatspräsident Italiens bleiben. Seine Nachfolger waren zumeist Christdemokraten (Giovanni Gronchi, Antonio Segni, Giovanni Leone, Francesco Cossiga, Oscar-Luigi Scalfaro) oder Sozialisten (Giuseppe Saragat, Sandro Pertini). Vielleicht kam ihm letztlich Carlo-Azeglio Ciampi am nächsten, dessen Werdegang einige Ähnlichkeiten mit dem Einaudis aufweist. Ciampi stand ebenfalls in der antifaschistischen Widerstands-Tradition, war parteiunabhängig und hatte sich in der Banca d'Italia, als Finanzminister und Regierungschef um die Rettung der italienischen Staatsfinanzen verdient gemacht, bevor er in Zeiten neuer politischer Polarisierung zwischen Ex-Kommunisten und Ex-Faschisten als Präsident zu einer besonderen Integrationsfigur für Italien und seine nationalen Wurzeln wurde.[58] Solche Vergleiche aber sollten niemals überstrapaziert werden und deshalb tun sie der Einzigartigkeit der Figur Einaudis auch keinen Abbruch.

Luigi Einaudi verkörpert sicherlich wie kein Zweiter so etwas wie das Gewissen einer Nation, der man seit jeher in ihrem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben sprunghafte Impulsivität, einen Hang zur Kleinkrämerei und eine Mentalität nachsagt, die oftmals den Blick über den Tellerrand scheut. Wie dem auch sei: Einaudi war das völlige Gegenteil all dessen und dennoch Italiener mit Leib und Seele, das hebt ihn von allen übrigen historischen Gestalten ab, mit denen sich die Nation zu identifizieren versucht; Cavour oder Garibaldi, Giolitti oder Croce, De Gasperi oder Togliatti, Berlinguer oder Moro stehen zwar als Beispiele eines Aufbegehrens gegen diese kollektiven Schwächen, sind ihnen aber teilweise doch selbst zuweilen erle-

57 R. Einaudi (wie Anm. 4), S. S. 183. Hierzu auch: Paolo Silvestri: Il liberalismo di Luigi Einaudi e del buongoverno. Soveria Mannelli 2008.

58 Paolo Peluffo: Carlo Azeglio Ciampi. L'uomo e il presidente. Mailand 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen. Keiner von ihnen, nicht einmal De Gasperi, strahlte eine derartig rationale und konsequente Nüchternheit aus wie Einaudi. Dem Durchschnittsitaliener, der sein Land letztlich aber gerade wegen dieser Schwächen liebt, auch wenn er sich täglich über sie beklagt, und der stets sehr schnell zum Vergeben bereit ist, mag der geradezu penetrante Gewissensappell, der von Einaudi ausgeht, durchaus unangenehm vorkommen. Der Ex-Präsident mag wohl Recht haben, aber er wirkt doch phasenweise regelrecht gefühlskalt und robotisch (woran auch die idyllischen Bilder Einaudis im Kreise seiner Familie im heimischen Anwesen in San Giacomo nicht viel ändern können) und taugt daher als Ikone nur bedingt. Er appelliert in vorbildlicher Weise an den Verstand, nicht aber ans Herz.

Genau das mag den Erfolg ausmachen, den die Figur eines Mussolini heute immer noch bei nicht wenigen Italienern – nicht nur extrem rechts orientierten – genießt. Mussolini hatte nicht Recht, darin sind sich (fast) alle Italiener einig; er hat Gewalt gepredigt, gemordet und Kriege geführt, er hat die Freiheit unterdrückt, den Staat usurpiert und schließlich in den Untergang geleitet, er war von grenzenloser Eitelkeit und Selbstsucht besessen bis hin zum Größenwahn, aber in seiner Begrenztheit und in seinen Schwächen war er doch irgendwie ein – wenngleich fehlgeleitetes – Produkt des italienischen Charakters. Nachdem die ebenso voluminösen wie umstrittenen Biographien Renzo De Felices diese menschlichen Züge des faschistischen Diktators herauszukehren versuchten[59], ist heute selbst sein Konterfei auf T-Shirts und anderen Ramschartikeln auf Flohmärkten allgegenwärtig und regt kaum noch jemanden auf. Das Monster war Hitler, Mussolini war trotz allem Mensch, und nach dem Geschmack des Durchschnittsitalieners vielleicht mehr Mensch als ein Einaudi, vor dem er nach dem Besuch der Ausstellung mehr denn je Respekt und Hochachtung empfindet, mit dem er sich jedoch nun nicht unbedingt stärker emotional identifiziert.

Für Berlusconi, ebenfalls ein Produkt des italienischen Charakters, mag die Botschaft Einaudis vordergründig ein nützlicher Beitrag zur Rechtfertigung der wirtschaftspolitischen Prinzipien seiner Regierung sein. Allein zur Untermauerung seiner politischen Kultur trägt sie wohl kaum bei; diese vereint all jene Phänomene in sich, gegen die sich Einaudi immer gewandt hatte: vom Transformismus der Ära Giolittis über korporative Strukturen des Faschismus bis zur Korruption der »alten« Republik findet sich alles in der »neuen« Republik wieder. Wer sich die moralische Integrität Einaudis zum Vorbild nimmt, kommt nicht umhin festzustellen, dass die gegenwärtige politische Landschaft, egal auf welcher Seite, ebenso wenig von den Appellen seiner »Mahnpredigten« beeinflusst ist, wie diejenige seiner Zeit, gegen die er diese »Pre-

59 Siehe u.a.: Renzo De Felice: Mussolini il duce. Vol. 1. Gli anni del consenso 1929-1936; Vol. 2. Lo Stato totalitario 1936-1940. Mailand 2006.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

digten« gerichtet hatte. Einaudi ist nach der Ausstellung vielleicht dem ein oder anderen ein wenig präsenter; vielleicht wird der ein oder andere Schüler, der mit seiner Klasse durch das Paneellabyrinth gelaufen ist, sich erinnern, dass Einaudi der erste Präsident Italiens war und ein wichtiger Wirtschaftsprofessor. Er wird jedoch dadurch weniger zu einer Ikone für die Gegenwart als zu einem Mahnmal. Aber Mahnmäler haben zumeist das Schicksal, dass im Alltagsleben fast alle Menschen gleichgültig an ihnen vorbeigehen.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Interdisziplinäres Graduierten-Kolleg der Friedrich-Naumann-Stiftung mit Walter Rathenau als Namenspatron

Erstmals in der Geschichte der Begabtenförderung wird die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) ein Graduiertenkolleg einrichten. In Kooperation mit dem Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam und Professorinnen und Professoren weiterer Universitäten wird es sich dem Thema »Liberalismus und Demokratie. Zur Genealogie und Rezeption politischer Bewegungen von der Aufklärung bis zur Gegenwart« widmen. Damit ergreift die Stiftung die Gelegenheit, ihr wichtige Aspekte aus der Geschichte liberaler Ideen, Organisationen und Persönlichkeiten international ausgerichtet im interdisziplinären Verbund untersuchen zu lassen.
Unser Partner, das Moses Mendelssohn Zentrum betreibt seit seiner Gründung 1992 eine breit gefächerte Grundlagenforschung zur »Geschichte, Religion und Kultur der Juden und des Judentums in den Ländern Europas.« Seine dabei gewonnenen Kompetenzen und seine institutionellen Möglichkeiten wie beispielsweise die sehr umfangreichen Bibliothek werden somit mit den Ressourcen der FNF, insbesondere mit dem Archiv des Liberalismus und dem Liberalen Institut vernetzt und so den Stipendiaten der FNF optimale Arbeitsbedingungen bieten.

Inhaltliche Schwerpunkte sollen dabei sein:
– Die Entstehung und Entwicklung einer bürgerlichen Frauenbewegung vor dem Hintergrund der Liberalisierung europäischer Gesellschaften
– Kontinuitäten und Diskontinuitäten im europäischen Nachkriegsliberalismus
– Krise und Zukunft des demokratischen Verfassungsstaates
– Liberaldemokratische Erinnerungskulturen im europäischen Vergleich
– Jüdische Biographien in den liberalen Bewegungen

Diese Akzentuierung schließt aber nicht die Bearbeitung weiterer Aspekte im Rahmen des Oberthemas aus. Zentrales Anliegen der Initiatoren ist dabei einerseits, dass die verschiedenen Fachrichtungen von der Geschichtswissenschaft über die Politologie und die Rechtswissenschaft bis hin zur Philologie und zur Gender-Forschung zusammenarbeiten. Und zweitens soll eine Deutschland übergreifende, international vergleichende Perspektive gewählt

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

werden, die vor allem die bisher vernachlässigte Geschichte des Liberalismus im östlichen Europa mit einbezieht.
Die beiden beteiligten Institutionen haben sich darauf geeinigt, das Graduierten-Kolleg dem Andenken Walther Rathenaus (1867-1922) zu widmen, der zweifellos zu den bedeutendsten deutsch-jüdischen Persönlichkeiten der jüngeren Geschichte gehört. Der Sohn eines jüdischen Groß-Industriellen verkörpert gleichsam als Vordenker des deutsch-jüdischen Verhältnisses, Konzernlenker und engagierter Liberaler in seiner Vita viele Aspekte und Probleme der liberalen Entwicklung in Mitteleuropa.
Besondere Bedeutung hat dieses Kolleg für das Ignatz-Bubis-Stipendium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, das dieses Jahr zum vierten Mal verliehen wurde. Der Ignatz-Bubis-Stipendiat erhält mit dem Kolleg eine herausragende inhaltliche Betreuung und Anbindung an die zeitgenössische Forschung.
Das Kolleg wird im April 2010 beginnen und sich über zwei Jahre erstrecken, mit der Option auf eine Verlängerung um ein weiteres Jahr. Insgesamt bietet es Platz für 10 bis 15 Promovierende, die mit einem Stipendium der FNF ausgestattet werden, sowie 5 bis 10 assoziierte Kollegiatinnen und Kollegiaten, die ohne Stipendium an dem Kolleg teilnehmen können.
Interessenten für ein Stipendium im Rahmen des Kollegs können sich bis Ende November 2009 bewerben, weitere Informationen dazu finden sich unter www.stipendien.freiheit.org. Diese Bewerber werden gemeinsam mit allen Bewerberinnen und Bewerbern das reguläre Bewerbungsverfahren bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit durchlaufen. Weitere Termine sind der 31.05.2010 und der 30.11.2010.
Stipendiatinnen und Stipendiaten der FNF, die bereits gefördert werden, thematisch aber sehr gut in das Kolleg zu integrieren sind, können sich ebenfalls um eine Aufnahme bemühen.

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Autorenverzeichnis

Alexandre, Philippe, Jg. 1953, Dr. phil., Prof. für deutsche Geschichte am Institut d'études germaniques an der Universität Nancy 2 u. Leiter des Centre d'Etudes Germaniques Interculturelles de Lorraine (C.E.G.I.L.), Nancy

Blasberg, Christian, Jg. 1971, Dr. phil., Akademischer Koordinator des »Master in European Studies«, LUISS Guido Carli Universität, Rom u. Dozent für Zeitgeschichte, Upter-Universität, Rom

Erbentraut, Philipp, Jg. 1982, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Frölich, Jürgen, Jg. 1955, Dr. phil., Archiv des Liberalismus, Gummersbach

Jansen, Hans-Heinrich, Jg. 1960, Prof. Dr. phil., wissenschaftlicher Angestellter beim Bundesarchiv/Edition Dokumente zur Deutschlandpolitik in Sankt Augustin, apl. Prof. an der Universität Frankfurt/M.

Padtberg, Beate Carola, Jg. 1947, Dr. phil., M.A., Dipl.-Bibliothekarin, Hamburg

Pahl, Henning, Jg. 1973, Dr. phil., Archivrat u. Leiter der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt

Pehnke, Andreas, Jg. 1957, Prof. Dr., Institut für Bildungswissenschaften der Universität Greifswald

Roth, Ralf, Jg. 1957, Dr. phil., Privatdozent an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main und Research Fellow des Royal Holloway College, London.

Sassin, Horst, Jg. 1953, Dr. phil., Gymnasiallehrer in Solingen

Weippert, Matthias, Jg. 1971, Dr. phil., Persönlicher Referent des Rektors der Universität Siegen

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zibell, Stephanie, Jg. 1966, Dr. phil., M.A., Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Mainz

https://doi.org/10.5771/9783845219196 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY